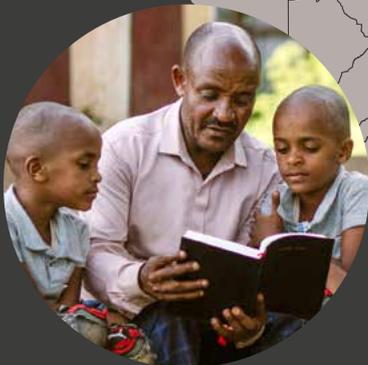


WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2024

Der ausführliche Bericht

Zeitpunkt der Veröffentlichung: 17.01.2024

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 bis 30. September 2023

Die Bilder in den Länderprofilen wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex	4
1.1. Hintergründe und Ziele des Weltverfolgungsindex	4
1.2. Die aktuelle Situation	4
1.3. Definition von Verfolgung	6
1.4. Differenzierte Analyse	6
1.5. Überkonfessionell	6
2. Rangliste – Weltverfolgungsindex	7
3. Wesentliche Entwicklungen	8
3.1. Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu	8
3.2. Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben	9
3.3. Vor den Wahlen steigt die Gewalt in Indien drastisch an.....	10
3.4. Angriffe auf Kirchen durch Regierungen und Extremisten in bislang höchstem Ausmaß	11
3.5. Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat	12
3.6. Lateinamerika: Nicaragua verschlechtert sich rapide, Kuba ist schlechtestplatziertes Land.....	14
3.7. Nordkorea erneut auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex	15
3.8. Einige wenige Lichtblicke.....	15
4. Informationen zu den einzelnen Ländern	16
5. Methodik hinter dem WVI	381
5.1. Grundannahmen hinter dem WVI	381
5.2. Definition von Verfolgung	383
5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex.....	383
Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1–6 (bewertet) sowie Block 7 (ohne Wertung)	386
Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel.....	395
Anhang 3: Definition von »Christ« und Kategorien von Christen	402
Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen.....	403
Anhang 5: Erläuterungen zu den neun Triebkräften der Verfolgung.....	406
Anhang 6: Auflistung der Verfolger.....	410
Anhang 7: Erläuterungen zum »Verfolgungsmuster«	411
6. Open Doors in Kürze	412

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

1.1. Hintergründe und Ziele des Weltverfolgungsindex

Seit mehr als 30 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex (WVI) die Situation verfolgter und diskriminierter Christen weltweit. Der WVI ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Die Forschungsergebnisse werden überwiegend aus Primärquellen bezogen.

Open Doors ist in mehr als 70 Ländern tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Daraus haben sich wertvolle und oftmals langjährige Beziehungen zu betroffenen Christen ergeben. Die auf diesem Weg gewonnenen Einblicke bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit für den WVI. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, um die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen.

Durch die Kombination mit Erkenntnissen externer Fachleute sowie Informationen aus zahlreichen weiteren Quellen entsteht ein umfassendes Bild, das tiefe Einblicke in die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung gewährt.

Die alljährliche Veröffentlichung des WVI soll auf die Lage der Christen aufmerksam machen und zu konkretem Handeln motivieren. Politische und kirchliche Entscheidungsträger finden darin fundierte Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit. Darüber hinaus ist der WVI eine wichtige Erinnerung für die Christen in den westlichen Ländern, ihre verfolgten Glaubensgeschwister zu unterstützen und ihnen mit Gebet zur Seite zu stehen.

1.2. Die aktuelle Situation

In den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung, die im aktuellen Weltverfolgungsindex aufgelistet sind, leben ca. 5,3 Milliarden Menschen, darunter über 756 Millionen Christen. Ihre Lage hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert. Im aktuellen Berichtszeitraum haben die folgenden Entwicklungen wesentlich dazu beigetragen:

- **Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu**

In 26 Ländern südlich der Sahara wurde die Verfolgung und Diskriminierung von Christen als mindestens »hoch« eingestuft. 15 dieser Länder wiesen in der Kategorie Gewalt einen »extrem hohen« Wert auf, im Vorjahr waren es 13. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex (WVI) 2024 wurden in Subsahara-Afrika mindestens 4.606 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Der Anstieg der Gewalt zeigt sich in der Zunahme von Angriffen auf Kirchen, christliche Einrichtungen sowie Häuser und Geschäfte von Christen durch islamistische Gruppen. Nicht zuletzt tragen auch der Abzug internationaler Schutztruppen sowie Militärputsche zur weiteren Destabilisierung der Region bei. Im Chaos von Unruhen sind religiöse Minderheiten wie Christen zusätzlich gefährdet, da sie kaum gewichtige Fürsprecher und Schutz haben.

- **Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben**

China stärkt autokratische Regimes in Afrika durch Infrastruktur und Technologie und liefert sein Regierungsmodell gleich mit. Afrikanische Regierungen – allen voran Nigeria – geben nach Angaben des britischen Institute for Development Studies jährlich insgesamt über 1 Milliarde Dollar für Überwachungstechnologien aus. Russland weitet seinen Einfluss in Afrika u. a. durch die paramilitärische Wagner-Gruppe aus, die in Burkina Faso, Mali, der Zentralafrikanischen Republik, Mosambik und Madagaskar aktiv ist. Die Gruppe begeht massive Menschenrechtsverletzungen und hat den Raum für Christen erheblich eingeschränkt.

- Gewalt gegen Christen in Indien steigt vor den Wahlen drastisch an**

In Indien hat sich die Situation für Christen in einigen Landesteilen rapide verschlechtert und in anderen verbessert. Die Gewalt gegen Christen nahm insgesamt aber deutlich zu. Als besonders dramatisch zu bewerten ist, dass im Berichtszeitraum des WVI 2024 mehr als 62.000 Christen gezwungen waren, aus ihren Häusern zu fliehen. Das ist gegenüber 2022 mit 380 und 2023 mit 834 Betroffenen ein immenser Anstieg. Das Aufkommen von Gewalt und Vertreibung war am stärksten im Bundesstaat Manipur.
- Angriffe auf Kirchen durch Regierungen und Extremisten in bislang höchstem Ausmaß**

Die zehn Länder des WVI 2024, in denen die meisten Kirchen angegriffen wurden, sind: China, Indien, Nigeria, Nicaragua, Äthiopien, Ruanda, Sudan, Burkina Faso, Niger und Angola. Insgesamt wurden in diesen Ländern 14.129 Kirchen oder andere christliche Einrichtungen angegriffen oder geschlossen. Am stärksten betroffen von Kirchenschließungen sind die sogenannten »Hauskirchen« in China, bedingt durch Verbote seitens der Regierung. Anders als dort sind in Indien oftmals aggressive Volksmengen für Angriffe auf Kirchen verantwortlich. In Nigeria, Burkina Faso und Niger werden Kirchen oder öffentliche christliche Gebäude zumeist von islamistischen Gruppen angegriffen.
- Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat**

Der jahrelange Bürgerkrieg in Syrien hat zur Zerstreuung der Christen im Land geführt und die Kirche geschwächt. Auch die Folgen des verheerenden Erdbebens und die Aktivitäten islamistischer Gruppen stellen die Christen vor große Herausforderungen. Christen im Nordirak leiden ähnlich wie diejenigen in Nordsyrien unter den militärischen Vorstößen der Türkei bei ihrem Kampf gegen die Kurden. Auch in Libyen, Algerien und Tunesien hat sich die Situation der Christen verschärft.
- Lateinamerika: Nicaragua verschlechtert sich rapide, Kuba ist schlechtestplatziertes Land**

In Lateinamerika fällt besonders die negative Entwicklung in Nicaragua auf. Die Regierung schränkt immer offener die Religions- und Meinungsfreiheit ein, was sich in zahlreichen Repressalien gegen kirchliche Mitarbeiter und Einrichtungen niederschlug. Die schlechteste Platzierung aller südamerikanischen Länder nimmt jedoch Kuba (22) ein. Die dortigen Christen haben immer weniger Spielraum, ihren Glauben zu praktizieren; jede Kritik am Regime zieht harte Konsequenzen nach sich.
- Nordkorea erneut auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex**

Nach 20 Jahren an der Spitze des WVI ist Nordkorea seit dem Berichtszeitraum 2023 wieder dorthin zurückgekehrt. Der von Pjöngjang auf Christen ausgeübte Druck ist konstant und extrem hoch; das zeigt sich dadurch, dass die Wertungen in allen fünf untersuchten Bereichen des christlichen Lebens die höchste Punktzahl erreicht haben.
- Einige wenige Lichtblicke**

In Mali, Indien und Sri Lanka gibt es inmitten einer verschlechterten Gesamtsituation für die Christen auch positive Entwicklungen. So könnte in Mali die neue Verfassung die Rückkehr zu einer zivilen Regierung bewirken; sie enthält eine klare Anerkennung der christlichen Minderheit im Land. Im indischen Bundesstaat Karnataka hat die neu gewählte Regierung einige Verordnungen und Gesetze ihrer Vorgängerregierung revidiert und dadurch den Druck auf die Christen deutlich verringert. Und in Sri Lanka konnten einige geplante Kirchenschließungen verhindert werden.

Weitere Details zu diesen und anderen aktuellen Entwicklungen finden Sie unter [3. Wesentliche Entwicklungen](#).

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes »Verfolgung«. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition.

Nach diesem Ansatz definiert Open Doors Verfolgung als »jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.«

Weitere Informationen hierzu unter: www.opendoors.de/was-ist-verfolgung

1.4. Differenzierte Analyse

Bei der Bewertung der einzelnen Länder berücksichtigt Open Doors sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von christlichen Gruppierungen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe eines umfassenden Fragenkataloges detailliert ermittelt (vgl. [Anhang 1: WVI-Fragebogen](#)). Die Fragen decken fünf zuvor definierte Lebensbereiche ab, außerdem den übergeordneten Aspekt »physische Gewalt«. Dadurch wird eine differenzierte Analyse der Lebenswirklichkeit verfolgter Christen gewährleistet.

Weitere Details zur Erstellung des Weltverfolgungsindex finden Sie unter [5. Methodik hinter dem WVI](#).

1.5. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen einschließlich der Situation christlicher Konvertiten in einem Land.

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Platz	Land	2024						2023			
		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	PUNKTE	Platz	Punkte	
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	12,8	96	1	98	
2	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,6	10,6	93	2	92	
3	Libyen	15,9	16,0	15,9	16,1	16,4	10,2	91	5	88	
4	Eritrea	14,6	14,9	15,5	15,9	15,7	12,8	89	4	89	
5	Jemen	16,7	16,7	16,6	16,7	16,7	5,9	89	3	89	
6	Nigeria	13,5	13,9	14,5	14,9	14,4	16,7	88	6	88	
7	Pakistan	13,2	13,9	15,0	15,1	13,1	16,7	87	7	86	
8	Sudan	14,1	14,2	14,9	14,9	15,5	13,3	87	10	83	
9	Iran	15,0	14,6	13,5	15,8	16,5	10,9	86	8	86	
10	Afghanistan	15,7	15,9	15,2	16,3	16,6	4,6	84	9	84	
11	Indien	12,2	12,6	13,3	14,8	13,2	16,5	83	11	82	
12	Syrien	13,4	14,3	13,9	14,3	14,2	11,1	81	12	80	
13	Saudi-Arabien	15,2	15,3	14,8	15,7	16,6	3,3	81	13	80	
14	Mali	11,1	10,1	14,7	12,8	15,1	15,6	79	17	76	
15	Algerien	14,4	14,1	11,5	14,0	15,6	9,8	79	19	73	
16	Irak	14,2	14,4	14,0	14,8	13,9	7,8	79	18	76	
17	Myanmar	12,2	10,6	13,4	13,7	13,0	16,1	79	14	80	
18	Malediven	15,6	15,5	13,6	16,0	16,4	0,9	78	15	77	
19	China	13,0	10,0	12,8	14,6	16,0	11,1	78	16	77	
20	Burkina Faso	11,7	9,7	13,2	11,5	13,8	15,6	75	23	71	
21	Laos	11,6	10,6	13,2	14,3	14,0	11,3	75	31	68	
22	Kuba	13,2	8,7	13,8	13,3	15,1	8,7	73	27	70	
23	Mauretanien	14,6	14,2	13,8	14,2	14,2	1,3	72	20	72	
24	Marokko	13,2	13,8	11,7	12,8	14,4	5,4	71	29	69	
25	Usbekistan	14,6	12,7	13,9	12,6	15,5	1,7	71	21	71	
26	Bangladesch	12,4	10,6	12,5	10,8	10,4	14,1	71	30	69	
27	Niger	9,4	9,6	14,5	7,7	13,1	15,9	70	28	70	
28	Zentralafrikanische Republik	10,3	8,6	13,9	9,6	12,2	15,6	70	24	70	
29	Turkmenistan	14,2	12,3	13,6	13,9	15,5	0,6	70	26	70	
30	Nicaragua	12,1	7,6	13,2	13,2	14,1	9,6	70	50	65	
31	Oman	14,3	14,0	10,6	13,3	14,0	3,1	69	47	65	
32	Äthiopien	9,9	9,7	12,6	10,4	12,1	14,4	69	39	66	
33	Tunesien	12,3	13,2	10,2	12,4	13,8	6,9	69	36	67	
34	Kolumbien	11,1	8,6	12,9	11,3	10,4	14,1	68	22	71	
35	Vietnam	11,3	9,4	12,4	13,8	14,2	7,2	68	25	70	
36	Bhutan	13,1	12,1	12,4	14,1	14,3	2,2	68	40	66	
37	Mexiko	11,5	8,5	12,5	11,1	10,6	14,1	68	38	67	
38	Ägypten	12,5	13,7	11,4	11,9	10,9	7,8	68	35	68	
39	Mosambik	9,3	8,5	13,9	8,4	12,5	15,0	68	32	68	
40	Katar	14,2	14,2	10,5	13,2	14,4	0,6	67	34	68	
41	Demokratische Republik Kongo	8,0	7,9	12,6	9,7	13,0	15,9	67	37	67	
42	Indonesien	10,9	12,3	11,5	10,2	9,7	11,5	66	33	68	
43	Kamerun	8,8	7,6	12,6	8,0	13,1	15,9	66	45	65	
44	Brunei	15,0	14,7	10,0	10,8	14,1	1,3	66	46	65	
45	Komoren	12,7	14,0	11,2	12,4	14,2	1,1	66	42	66	
46	Tadschikistan	13,8	12,6	12,3	12,9	13,4	0,6	66	44	66	
47	Kasachstan	13,3	11,8	12,1	12,8	14,3	1,1	65	48	65	
48	Jordanien	12,9	14,2	10,5	12,4	12,8	2,2	65	49	65	
49	Malaysia	13,0	14,1	11,5	12,2	11,1	2,4	64	43	66	
50	Türkei	13,0	11,5	11,6	13,2	11,4	3,1	64	41	66	

Anstieg Platzierung
Abstieg Platzierung

Erläuterung zum Punktesystem:

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.

3. Wesentliche Entwicklungen

Weltweit sind mehr als 365 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Verfolgung hat im Vergleich zum Vorjahr an Intensität zugelegt. Das belegt der neue Weltverfolgungsindex 2024, eine Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Die 50 Länder sind den Rubriken »extreme Verfolgung« (81–100 Indexpunkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 317 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 756 Millionen Christen betroffen. In 28 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung (41–60). Die Intensität der Verfolgung, woraus sich die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex ergibt, lässt sich an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Christen sind der Verfolgung und Diskriminierung durch Regierungen wie etwa in Iran, China und Nicaragua aus-

gesetzt. Genauso aber auch durch extremistische religiöse und politische Gruppen wie in Indien und Burkina Faso. Insgesamt werden sie in 78 Ländern diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Der Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI) reicht vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023.

Während dieser Zeitspanne wurden mindestens 4.998 Christen wegen ihres Glaubens ermordet, davon 4.118 allein in Nigeria. Die Dunkelziffer liegt mutmaßlich deutlich höher. In China wurden wie im Vorjahr die meisten Kirchen oder kirchlich genutzte Gebäude geschlossen oder zerstört.

Die aufgrund von Konflikten in vielen Ländern sehr angespannte Sicherheitslage hat in manchen Ländern die Dokumentation der Verfolgung und Diskriminierung von Christen erschwert.

3.1. Religiös motivierte Gewalt nimmt mit der Destabilisierung von Subsahara-Afrika zu

Islamistische Gewalt gegen Christen charakterisiert deren Verfolgung südlich der Sahara. Dieser Trend hat sich im Berichtszeitraum des WVI 2024 weiter verstärkt. In 26 Ländern südlich der Sahara wurde die Verfolgung und Diskriminierung von Christen als mindestens »hoch« eingestuft. 15 dieser Länder wiesen in der Unterkategorie Gewalt einen »extrem hohen« Wert auf. Im Vorjahr waren 13 Länder der Kategorie »extrem hohe« Gewalt zugeordnet.

Ausschlaggebend für den allgemeinen Anstieg der Gewalt auf dem WVI 2024 war eine Zunahme der Angriffe auf Kirchen, christliche Häuser und Geschäfte. Ein Beispiel für die zunehmende Intensität ist Äthiopien, wo die Zahl der Angriffe auf Kirchen und öffentliche christliche Einrichtungen wie Schulen im Jahresvergleich von 22 auf 284 angestiegen ist. In Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik wurden gegenüber dem Vorjahr jeweils mindestens zehn Mal so viele Unternehmen von Christen zerstört, geplündert oder beschlagnahmt – in beiden Fällen weit über 1.000. In den 26 Ländern südlich der Sahara mit einem insgesamt mindestens »hohen Maß« von Verfolgung wurden während des 12-monatigen Berichtszeitraums des WVI 2024 mindestens 4.606 Christen wegen ihres Glaubens getötet. Wie

schon im Vorjahr entfielen etwa 9 von 10 dieser religiös motivierten Tötungen in den afrikanischen Ländern des WVI auf Nigeria. Die tatsächliche Zahl der Tötungen in diesen Ländern ist wahrscheinlich viel höher, da es in Konflikten und nach Konflikten oft schwierig ist, zuverlässige Berichte über die Auswirkungen von Gewalt zu erhalten.

Neben den tödlichen Angriffen ist die Vertreibung von Christen aus ihren Häusern und Gemeinden ein wichtiger Indikator für antichristliche Gewalt. Daten des in der Schweiz ansässigen Internal Displacement Monitoring Centre sowie des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge zeigen, dass Ende 2022 rund 34,5 Millionen Menschen als Vertriebene (Flüchtlinge und Binnenvertriebene) in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara lebten, die auf dem WVI mindestens ein »hohes Maß« an Verfolgung aufweisen. Von diesen 34,5 Millionen waren schätzungsweise 16,2 Millionen Christen.

Warum die Zunahme der Gewalt?

Das Gesamtbild Afrikas ist komplex, und einzelne Vorfälle ereignen sich entlang eines breiten Spektrums lokaler Gegebenheiten. Ein roter Faden zeigt sich jedoch darin, dass extremistisch-islamische Gruppen die destabilisierenden

Bedingungen auf dem gesamten Kontinent ausnutzen. Ein Beispiel: Die sich ohnehin verschlechternde Sicherheitslage in Mali ist mit dem endgültigen Abzug der französischen Truppen im November 2022 und dem vollständigen Abzug der UN-Mission (MINUSMA) bis Ende Dezember 2023 noch fragiler geworden, Angriffe von Dschihadisten nahmen zu.

Ein weiterer Grund: Die Militärputsche, die 2023 einen Regimewechsel in Niger und Gabun erzwangen, waren nur die jüngsten in einer Reihe von Umstürzen, die bis in die Jahre 2022 und 2021 zurückreicht. Historisch gesehen sind Militärregime religiösen Minderheiten gegenüber eher nicht wohlgesonnen – in Niger ist die Entwicklung allerdings anders: die Putschisten haben einen Christen in die Regierung berufen. Umstürze sind auf dem Kontinent keine Seltenheit, ihre jüngste Häufung bedeutet jedoch einen Rückschritt für die demokratische Entwicklung – für Religionsgemeinschaften ein Anlass zur Sorge.

Wie schon in den vergangenen Jahren schufen die Probleme in den Bereichen Regierungsführung und Sicherheit mehr Raum für dschihadistische Aktivitäten in Burkina Faso, Mali und Nigeria, aber auch in Somalia, Mosambik und anderen Ländern der Region. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch [dokumentierte](#) »weit verbreitete Tötungen, Vergewaltigungen und Plünderungen von Dörfern im Nordosten Malis« durch militante Dschihadisten seit Januar 2023.

In Afrika südlich der Sahara breiten sich Gruppen, die mit dem Islamischen Staat (IS) und al-Qaida verbunden sind, besonders stark aus. Der östliche Teil der Demokratischen Republik Kongo etwa ist zu einem sicheren Rückzugsort für die islamische Gruppe Allied Democratic Forces (ADF) geworden, die sich zum IS bekannt hat. Die ADF versuchen, Uganda zu destabilisieren, und attackieren seit mehreren Jahren Kirchen und Christen im Nordosten des Kongo. Im Januar 2023

zündeten ADF-Kämpfer während eines Gottesdienstes in der Grenzstadt Kasindi (Ostkongo) eine Bombe; dabei wurden mindestens 12 Menschen getötet und Dutzende verletzt.

In Nigeria haben zwar Tausende Kämpfer der islamisch-extremistischen Boko Haram ihre Waffen niedergelegt, die Gruppe ist aber immer noch aktiv. Wesentlich aktiver ist jedoch die Gruppe ISWAP (Islamischer Staat – Westafrikanische Provinz), die für den Nordosten Nigerias und viele andere Landesteile eine große Bedrohung darstellt. Es kommt weiterhin zu Überfällen auf überwiegend christliche Kommunen mit Morden, Entführungen, sexueller Gewalt und der Zerstörung von Lebensgrundlagen, wobei ein Großteil davon auf das Konto militanter Fulani geht. Von all dieser Gewalt sind [Christen unverhältnismäßig stark betroffen](#).

Ein Beispiel für die regelmäßigen Gewaltausbrüche in Nigeria ist die Serie von Angriffen auf christliche Kommunen im Bundesstaat Plateau in der Zeit vom 17. April bis zum 10. Juli 2023, bei der laut einem [Bericht der Para-Mallam Peace Foundation](#) 315 Christen und 31 Muslime getötet wurden. Von den wochenlangen Angriffen waren nicht weniger als 6.603 Haushalte betroffen; 18.751 Menschen wurden vertrieben, fast ausschließlich Christen, darunter 6.066 Waisenkinder im Alter von 0–5 Jahren. Diese Binnenvertriebenen wurden vorübergehend in 14 Lagern untergebracht, die von den lokalen Kirchenräten der Church of Christ in Nations (COCIN-LCC) betrieben werden.

Doch selbst wenn sie nicht explizit aus religiösen Gründen angegriffen werden, sind Christen in ganz Subsahara-Afrika im Rahmen der allgemeinen Konflikte in der Region, wie etwa in Äthiopien, Sudan und Kamerun, besonders gefährdet. Christen sind »weiche Ziele«, die ohne besonderes Risiko angegriffen werden können. Diese »Verfolgung aus Zweckmäßigkeit« schränkt ihre Zukunftsaussichten sowie die ihrer Familien und künftiger Generationen erheblich ein.

3.2. Ausländischer Einfluss in Subsahara-Afrika erstickt christliches Leben

China und Russland bieten sich autoritären Regime in der Region als Partner an

China stärkt zunehmend autokratische Regime in Afrika durch Infrastruktur, Technologie und Ausbildung. Unternehmen wie Huawei dringen massiv in afrikanische Märkte ein. Nach Angaben des britischen Institute of Development Studies geben afrikanische Regierungen insgesamt jährlich über 1 Milliarde Dollar für Überwachungstechnologien aus.

Der größte Kunde ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas, Nigeria. Dortige Abnehmer sind sowohl die Zentralregierung als auch die Regierungen einzelner Bundesstaaten. Auch Europa und die Vereinigten Staaten waren dem Bericht zufolge bereitwillige Verkäufer solcher Technologien, doch China hat ihnen hinsichtlich Marktanteilen längst den Rang abgelassen.

Chinas Regierung hat Afrika als den wichtigsten Markt für den direkten Export seines autoritären Regierungsmodells erwählt. Auf einem neuen Campus in Tansania hat die Kommunistische Partei Chinas ihre erste Auslandsakademie eröffnet, die sich der Ausbildung politischer Führungskräfte nach dem Modell Pekings widmet: Ziel ist die Verschmelzung von Einparteienherrschaft mit Wirtschafts- und Sozialplanung. Politische Parteien aus sechs afrikanischen Ländern bildeten die ersten Kader der Akademie.

Ausländischer Einfluss in Afrika kam während des WVI-Berichtszeitraums auch aus Russland – genauer gesagt von der Wagner-Gruppe, einem privaten paramilitärischen Unternehmen, von dem allgemein angenommen wird, dass es intensive Verbindungen zur russischen Regierung hat. Die Gruppe war zunehmend in verschiedenen afrikanischen Ländern aktiv, darunter Burkina Faso, Mali, die Zentralafrikanische Republik, Mosambik und Madagaskar. Wagner ist bekannt für seine rücksichtslose Vorgehensweise bei der angeblichen Eindämmung extremistischer Aktivitäten, Grausamkeiten gegenüber der Zivilbevölkerung eingeschlossen, und hat sich in Afrika südlich der Sahara etabliert.

Wagner hat sich zu einer der am meisten gefürchteten Organisationen in der Sahelzone entwickelt, insbesondere in Burkina Faso, Mali und anderen Ländern, in denen ihre Präsenz spürbar war oder ist. Ihr Einfluss hat den Raum für Christen erheblich eingeschränkt. Es ist gefährlich geworden, sich gegen staatliche Ungerechtigkeiten oder die von Wagner verübten Grausamkeiten auszusprechen. Forscher in Burkina Faso und Mali stellen fest, dass es fast unmöglich und manchmal lebensgefährlich ist, die von dieser Gruppe begangenen Gräueltaten zu dokumentieren. Der kollektive Wunsch in der Region ist zweifellos, dass terroristische Gruppen bekämpft werden. Die Wagner-Miliz schont jedoch keine Zivilisten, was die Situation weiter verkompliziert. Die geopolitische Komplexität erschwert die Situation zusätzlich. Insbesondere Protestanten unter den Christen müssen mit Konsequenzen rechnen, wenn sie mit der Opposition westlicher Länder gegen Wagner-Aktionen in Verbindung gebracht werden. Die Bedrohung durch Wagner geht über Menschenrechtsverletzungen hinaus. Ihre Manipulation wichtiger Wirtschaftssektoren wie etwa des Bergbaus macht afrikanische Nationen anfällig für mehr Chaos und Instabilität.

3.3. Vor den Wahlen steigt die Gewalt in Indien drastisch an

In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, stellt sich die Situation für Christen sehr unterschiedlich dar. Ihre Lage hat sich in einigen Landesteilen rapide verschlechtert und in anderen verbessert. Hinsichtlich Gesamtpunktzahl

für das ganze Land hat sich die Religionsfreiheit für Christen um einen Punkt verschlechtert, wobei die von Hindunationalisten ausgeübte Gewalt gegen Christen deutlich zugenommen hat.

Übergriffe auf Christen in Indien	WVI 2022	WVI 2023	WVI 2024
Wegen ihres Glaubens ermordete Christen	10	17	160
Religiös motivierte Angriffe			
• auf christliche Kirchen, Schulen, andere Einrichtungen	47	67	2.228
• auf Häuser von Christen	91	180	5.900
• auf Unternehmen von Christen	2	37	1.572
Vertreibung von Christen aus ihren Häusern / ihrer Region	380	834	62.000

Das Epizentrum des sprunghaften Anstiegs von Gewalt und Vertreibung war der nordöstliche Bundesstaat Manipur, wo im Mai 2023 Feindseligkeiten zwischen der Mehrheitsethnie der Meitei und der Minderheit der Kuki ausbrachen. Das Begehren der politisch etablierten Meitei nach einem

offiziellen (und privilegierten) Stammesstatus stieß auf den Protest der überwiegend christlichen Kuki. Der Status wird üblicherweise Minderheiten wie den Kuki zu ihrem Schutz verliehen. Die Kuki äußerten ihre Sorge, dass die Verleihung des offiziellen Status an die Meitei diese mehrheitlich hin-

duistische Gruppe ermächtigen würde, sich in Kuki-Gebieten anzusiedeln. Die anfänglich online geführten Auseinandersetzungen mit vielen Hassreden gegen die Kuki schlugen bei einer Demonstration der Kuki plötzlich in Gewalt um, als die Demonstranten angegriffen wurden. Viele Menschen wurden getötet – darunter weit mehr als 100 Christen – und Zehntausende von ihnen aus ihren Häusern vertrieben. Mehr als 400 Kirchen wurden zerstört, von denen über die Hälfte Meitei-Gemeinden gehörten. Selbst hier waren die Angreifer Stammesangehörige der Meitei, was belegt, dass die Gewaltakte nicht lediglich auf einen ethnischen Konflikt zwischen Meitei und Kuki zurückzuführen sind, sondern ein gezielter Angriff auf die Christen in der Region waren.

Die Vereinten Nationen äußerten in einer [Erklärung](#) ihr Entsetzen über »Bilder von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Hunderte von Frauen und Mädchen aller Altersgruppen, die überwiegend der ethnischen Minderheit der Kuki angehören. Zu den berichteten Gewalttaten gehören Gruppenvergewaltigungen, das Zurschaustellen nackter Frauen in den Straßen, brutale Prügel mit Todesfolge und das Verbrennen lebendiger oder bereits getöteter Menschen.«

Die Bedingungen in den Flüchtlingslagern in Manipur und im benachbarten Bundesstaat Mizoram haben sich verschlechtert; die Vereinten Nationen haben auf eine energisichere humanitäre Reaktion gedrängt. Die indische Regierung hat jedoch spät und langsam reagiert. Um Gewalt vorzubeugen, hat sie Anti-Terror-Einheiten eingesetzt, die Berichten zufolge ihr Mandat als Vorwand für Angriffe auf Minderheiten missbrauchen. Während der Unruhen wurden Internet und Telefonnetze abgeschaltet, davor und danach gab es zahlreiche Online-Fehlinformationen.

Der von Premierminister Narendra Modi und der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) propagierte Hindu-Nationalismus

befeuerte auch die Unruhen in Manipur und prägt große Teile des Landes. Extremistische Hindus betrachten Christen als Fremdkörper im Land. Sie gehen deshalb auch gewalttätig gegen Christen vor, um ein rein hinduistisches Indien zu schaffen. Christen mit hinduistischem Hintergrund werden oft unter Druck gesetzt, wieder Hindus zu werden.

Dies zeigte sich etwa in zunehmenden Feindseligkeiten gegen Christen in den Bundesstaaten Madhya Pradesh und Chhattisgarh. Dort stellten Ende 2022 die Bewohner eines Dorfes 200 Christen aus 70 Familien ein Ultimatum: Sie sollten ihrem Glauben absagen oder das Dorf verlassen. Wer protestierte, wurde verprügelt. Ebenfalls Ende 2022 verhaftete die Polizei in Uttar Pradesh neun Pastoren wegen »Bekehrungsaktivitäten«. Einer von ihnen hatte lediglich die Hochzeit für seine Tochter und ihren Mann ausgerichtet. Uttar Pradesh ist einer von 11 indischen Bundesstaaten mit Anti-Bekehrungs-Gesetzen. Christen werden oft beschuldigt, sie hätten den Glaubenswechsel vormaliger Hindus mit unlauteren Mitteln herbeigeführt. Deshalb gehen die Behörden mit Razzien und Verhaftungen gegen sie vor. Anklagen dieser Art gegen Hindus sind dagegen selten, obwohl sie Rückbekehrungsveranstaltungen zum Hinduismus mit Hunderten Teilnehmern durchführen.

Aktuell berät der Oberste Gerichtshof Indiens, ob die Kategorie der »scheduled caste«, deren Mitglieder allgemein als Dalits (Unberühmbare) bekannt sind, auf Christen und Muslime ausgeweitet werden soll. Das äußerst sensible Thema hat das Potenzial, große politische Unruhen auszulösen. Das lässt für die 2024 anstehenden indischen Parlamentswahlen weitere Unruhen erwarten. Religiöse Konflikte als politischen Zündstoff einzusetzen ist ein erprobtes Mittel der hindunationalistischen BJP, um die Kontrolle über die nationale Regierung zu behalten.

3.4. Angriffe auf Kirchen durch Regierungen und Extremisten in bislang höchstem Ausmaß

Die zehn Länder des WWI 2024, in denen die meisten Kirchen angegriffen wurden, sind: China, Indien, Nigeria, Nicaragua, Äthiopien, Ruanda, Sudan, Burkina Faso, Niger und Angola. Insgesamt wurden in diesen Ländern 14.129 Kirchen oder andere christliche Einrichtungen angegriffen oder geschlossen. In allen von Open Doors im Rahmen des WWI 2024 gelisteten 78 Ländern (davon 50 auf der offiziellen Liste sowie weitere 28 mit einem ebenfalls hohen bis sehr hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung) waren es insgesamt

14.766 Vorfälle. Es wird jedoch von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Auf China entfallen mehr als 10.000 und auf Indien 2.228 Angriffe auf oder Schließungen von Kirchen sowie ihren Einrichtungen.

Am stärksten betroffen von Kirchenschließungen sind die sogenannten »Hauskirchen« in China. Die ihnen zugehörigen Christen trafen sich anfangs als kleine, nicht registrierte Hausgruppen. Bald wuchsen viele ihrer Versammlungen

auf Hunderte oder Tausende von Christen an, die ihre wöchentlichen Gottesdienste oft in Hotels oder gemieteten Büroetagen feierten. Die Behörden nutzten jedoch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, um Versammlungen zu verbieten. Da vielfach Verbote nach Ende der Pandemie nicht aufgehoben wurden, treffen Hauskirchen sich wieder in kleinen Hausgruppen, die schwerer aufzuspüren sind. Aber auch viele der staatlich anerkannten Kirchen werden gezwungen, zu schließen; sie müssen mit größeren Kirchen fusionieren. Zahlreiche behördliche Maßnahmen zur Regelung des religiösen Lebens zielen darauf ab, das kirchliche Leben zu schwächen oder zu verbieten.

Anders als in China werden Angriffe auf Kirchen in Indien von aggressiven Volksmengen verübt. Wie in Kapitel 3 berichtet, kam es am 4. Mai 2023 in der Stadt Imphal in Manipur zu gewaltsamen Unruhen. Nach [Angaben von Erzbischof Dominic Lupon](#) von Imphal wurden dabei innerhalb der ersten 36 Stunden 249 Kirchen der Meitei zerstört – einer mehrheitlich hinduistischen Bevölkerungsgruppe. Dies geschah jedoch nicht etwa durch die Hände der zumeist christlichen Kukis, sondern durch Meitei-Hindus. Laut Lupon waren die Angriffe der Meitei gut organisiert, auch durch die Gruppen Arambol Tenggol und Meitei Leepun.

In Nigeria, Burkina Faso und Niger werden Kirchen oder öffentliche christliche Gebäude zumeist von islamistischen Gruppen angegriffen, einschließlich tödlicher Überfälle auf Gottesdienste. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden rund 950 Angriffe in diesen Ländern erfasst, in Nigeria allein lag die Zahl bei 750.

Bei Angriffen auf Kommunen werden die Menschen oft vertrieben. So sind Christen gezwungen, ihre Häuser, Geschäfte, Felder, Kirchen und christlichen Einrichtungen (auch Friedhöfe) zu verlassen. Diese werden meist zerstört. Ihre Vertreibung kann vorübergehend, langfristig oder für immer sein.

3.5. Christen im Nahen Osten und in Nordafrika verlieren immer häufiger ihre Heimat

Der jahrelange Bürgerkrieg in Syrien hat zur Zerstreuung der Christen im Land geführt und die Kirche geschwächt. Das verheerende Erdbeben im Februar 2023 hat ihre notvolle Lage noch verschlimmert. Auf dem WVI 2024 verschlechterte sich das Land um einen Punkt. Christen, die vor der Gewalt

Angaben zu Angriffen auf christliche Kommunen in Nigeria im Berichtszeitraum des WVI 2024

Gesamtzahl der Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen Christen getötet oder entführt wurden	1.099
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 5 oder mehr Christen getötet wurden	323
Angriffe auf christliche Kommunen, bei denen 10 oder mehr Christen getötet wurden	157

Bei Angriffen auf christliche Kommunen werden auch Kirchen oder kirchliche Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser) zerstört oder verlassen. Das kirchliche Leben droht dadurch in ganzen Regionen ausgelöscht zu werden, zumindest wird es erheblich geschwächt.

Algerien steht in der Liste der Länder mit Angriffen auf Kirchen zwar weit unten, dennoch ist die Situation dramatisch. 46 Kirchen im Land sind der Église Protestante d'Algérie (protestantischer Dachverband EPA) angeschlossen. Im Jahr 2023 sind nur noch vier davon geöffnet. Auch mehrere unabhängige Kirchen haben ihre Arbeit eingestellt. Diese Situation ist auf ein Gesetz von 2006 zurückzuführen, das die algerische Regierung verstärkt einsetzt, um Druck auf die EPA auszuüben. Sie lässt Kirchenleiter verhören und wegen »Abhaltens von Gottesdiensten ohne Genehmigung« oder ähnlicher Vergehen anklagen. Mehrere Kirchenleiter erhielten mündlich die Anweisung, ihre Kirchen zu schließen. Das ist neu. In den vergangenen Jahren erhielten die Kirchen ein offizielles Schreiben mit der Anordnung zur Schließung ihrer Kirchen, das vor Gericht angefochten werden konnte. Mindestens 18 Christen, darunter Leiter und andere in der Kirche aktive Personen, wurden zu Haftstrafen – oft auf Bewährung – verurteilt. Diese Maßnahmen der Regierung zwingen die wenigen verbliebenen Kirchen zu erwägen, alle sichtbaren Aktivitäten im Jahr 2024 einzustellen. Der Raum für christliches und kirchliches Leben in Algerien schrumpft spürbar.

des Krieges an mehreren Fronten fliehen und inmitten der kollabierenden Wirtschaft überleben müssen, wurden leichte Ziele von Gewalt und von islamischer Unterdrückung. Deshalb haben sich viele aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen.

Militante islamische Gegner des Assad-Regimes, wie die Hay'at Tahrir al-Sham und Teile der Gruppe Islamischer Staat (IS), haben historische Kirchen zerstört oder besetzt. In den von ihnen kontrollierten Gebieten sind christliche Leiter in großer Gefahr, angegriffen oder entführt zu werden. Christen, die nicht gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden, haben in diesen Gebieten kaum die Freiheit, ihren Glauben zu bekennen.

In den von der Regierung kontrollierten Gebieten hängt die Haltung des Regimes gegenüber Kirchen davon ab, welchem Kirchenverband sie angehören. Obwohl alle Kirchen Druck erfahren, haben traditionelle Kirchen wie die orthodoxe und römisch-katholische meist mehr Möglichkeiten, ihre Rechte einzufordern, als evangelikale Kirchen wie Baptisten und Pfingstgemeinden.

Christen sind in den anhaltenden Konflikten gefangen, werden jedoch auch in einigen Fällen gezielt attackiert. In Afrin etwa nehmen Berichten zufolge die von der Türkei unterstützten Truppen kurdische Christen ins Visier. Infolge des katastrophalen Erdbebens wurden 9 von 10 Menschen, die bereits mindestens einmal vor der Gewalt des Krieges fliehen und in Lagern für Binnenvertriebene leben mussten, laut [Action for Humanity](#) erneut vertrieben. Das Beben »zerstörte nicht nur weitere Häuser, Schulen und Spielplätze für Kinder, sondern auch jegliches Gefühl von Sicherheit für so viele der am meisten gefährdeten Kinder und Familien«, sagte der Direktor von UNICEF. Christliche Kinder waren ohnehin in einer verletzlichen Situation, da viele christliche Schulen wegen des Krieges beschädigt sind und teilweise geschlossen wurden. Die betroffenen Kinder müssen auf staatliche Schulen ausweichen, wo sie wegen ihres Glaubens oftmals schikaniert oder verfolgt werden.

Zusätzlich haben wenige Wochen nach dem Erdbeben Kämpfer der Hayat Tahrir al-Sham Regierungstruppen angegriffen und der IS hat Anschläge verübt. Diese neuen Konflikte haben bei christlichen Familien eine weitere Migrationswelle ausgelöst. Sie erleben, dass sie bei ihren muslimischen Landsleuten nicht willkommen sind und damit auch nicht länger in ihrem Heimatland.

Auch in anderen Teilen des Nahen Ostens wird das christliche Leben nach und nach unerträglich. Im Jahr 2023 setzte die Türkei ihre jahrelangen militärischen Angriffe auf den Nordirak fort, um die Arbeiterpartei Kurdistans zu bekämpfen. In diesem Gebiet leben die meisten irakischen Christen. Sie wurden so daran gehindert, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Einem Experten für das Land zufolge hat der Druck auf die Christen im Irak im vergangenen Jahr weiter zugenommen, nachdem im Juni 2023 in [Schweden](#) öffentlich Seiten des Korans verbrannt wurden.

Für zusätzlichen Druck auf Christen in Irakisch-Kurdistan sorgte eine Anklage wegen Blasphemie gegen zwei Christen. Der Hintergrund waren Online-Botschaften, die sie in den sozialen Medien veröffentlicht hatten. Einer der beiden wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, der andere musste das Land zu seiner Sicherheit verlassen, da ein Verfahren gegen ihn anhängig war. Die beiden Fälle wurden im Internet weithin bekannt gemacht, was zusätzlichen Hass gegen Christen in der Region schürte.

Libyen kletterte auf den dritten Platz des WVI 2024. Im Mai 2023 kam es dort zu einem größeren Zwischenfall, bei dem mehrere Christen muslimischer Herkunft [verhaftet](#) und zwei ausländische Christen [deportiert](#) wurden. Im Berichtszeitraum des WVI 2024 wurden Hunderte von Migrant*innen [willkürlich von den libyschen Behörden festgenommen](#), darunter auch Christen aus Subsahara-Afrika und Ägypten. Es wird vermutet, dass mehrere von ihnen auch wegen ihres christlichen Glaubens ins Visier genommen wurden. Berichte über weit verbreiteten Menschenhandel, (sexuellen) Missbrauch, Folter und Erpressung gibt es in Libyen schon seit Jahren. Christliche Migrant*innen sind wegen ihres Glaubens besonders anfällig für solche Misshandlungen und halten ihren Glauben deshalb streng geheim.

Tunesiens Punktzahl auf dem WVI 2024 ist weiter gestiegen, da das Land unter Präsident Kais Saied weiter in den Autoritarismus abdriftet. Nach der Verhängung des Ausnahmezustands im Jahr 2021 setzte Saied den Premierminister ab, löste das Parlament auf, entließ Richter und leitete Ermittlungen gegen politische Gegner ein. Im Jahr 2023 wurde ein wichtiger Oppositionsführer verhaftet, und Saied ertete internationale Kritik für eine Rede mit rassistischen Untertönen, in der er Afrikaner aus den Ländern südlich der Sahara beschuldigte, »Kriminalität und Gewalt« nach Tunesien zu bringen. Der daraus resultierende Volkszorn traf die Christen aus Subsahara-Afrika in Tunesien schwer. Viele von ihnen verloren ihren Arbeitsplatz, während andere aus dem Land flohen.

Selbst im Libanon, wo der Anteil der Christen an der Bevölkerung größer ist als in jedem anderen Land des Nahen Ostens, erleben die Christen einen Rückgang ihrer Privilegien und ihres Einflusses im nationalen Leben. Angriffe auf Kirchen und christliches Eigentum durch Muslime nehmen zu. Auch wegen der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage denken viele Christen darüber nach, ihr Land zu verlassen.

3.6. Lateinamerika: Nicaragua verschlechtert sich rapide, Kuba ist schlechtestplatziertes Land

In Lateinamerika fällt besonders die negative Entwicklung in Nicaragua auf. Vor einem Jahr noch auf Platz 50 des WVI, hat sich das Land um 20 Plätze verschlechtert und steht nun auf Platz 30. Nicaragua legt mehr als 5 Punkte zu, was einem Negativ-Anstieg von 8,3 % entspricht; das ist die rapideste Verschlechterung in Lateinamerika und eine der deutlichsten unter allen WVI-Ländern.

Der rasante Anstieg der Punktzahlen in Nicaragua ist auf die zunehmend offene Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Kirchen zurückzuführen. Die Einschränkung der Religionsfreiheit erfolgt nicht mehr indirekt, sondern offen und auf Basis eines wie für diesen Zweck maßgeschneiderten juristischen Korsetts. Wer die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung durch die Regierung kritisiert – gleichgültig ob aus religiösen oder anderen Beweggründen – wird verhaftet; im Fall von rechtlichen Auseinandersetzungen oftmals auch die Verteidiger. Universitäten und anderen Einrichtungen, die mit der Kirche verbunden sind, wurde die Zulassung entzogen. In christlichem Besitz befindliche Immobilien und Medien wurden beschlagnahmt. Katholische Priester und Bischöfe wurden der Spionage beschuldigt, etlichen die Staatsbürgerschaft entzogen; Nonnen und andere Kirchenvertreter wurden ins Exil gezwungen. Einige christliche Feiertage dürfen nicht mehr öffentlich gefeiert werden. Nicaraguas Regierung schloss sogar ihre Botschaft beim Vatikan.

Das wohl bekannteste Beispiel für die Unterdrückungskampagne seitens der Regierung begann in der zweiten Hälfte des Jahres 2022, als sie eine Vielzahl von Anschuldigungen gegen den Bischof von Matagalpa erhob. Bischof Rolando Álvarez, einem lautstarken Verfechter der bürgerlichen Freiheiten, wurde daraufhin die Staatsbürgerschaft entzogen. Als er sich weigerte, in die USA auszuwandern, wurde er im Februar 2023 zu mehr als 26 Jahren Gefängnis verurteilt. Laut dem Richter, der das Urteil im nationalen Fernsehen verkündete, »gelte der Bischof als [Landesverräter](#) und habe sich als Mittäter mehrerer Verbrechen schuldig gemacht: der Untergrabung der nationalen Integrität, der Verbreitung von Falschnachrichten durch Informations- und Kommunikationstechno-

logien, der Behinderung von Ämtern sowie des schweren Ungehorsams oder der Missachtung von Behörden. Dies alles sei geschehen in echtem Widerstreit und zum Schaden der nicaraguanischen Gesellschaft und des Staates Nicaragua.«

Die Verurteilung von Álvarez, seine Inhaftierung in Nicaraguas berüchtigtem Gefängnis Modelo und die Angriffe des Regimes auf die Religionsfreiheit im Allgemeinen und auf die katholische Kirche im Besonderen haben weltweit für Empörung gesorgt. Die Europäische Union hat eine förmliche Verurteilung ausgesprochen, während das US-Außenministerium [Visabeschränkungen](#) für mitschuldige nicaraguanische Regierungsbeamte erlassen hat. Der Ständige Rat der Organisation Amerikanischer Staaten [warf Ortega vor](#), Nicaragua habe sich von seinen früheren Verpflichtungen gegenüber internationalen Pakten zum Schutz der »Gedanken- und Meinungsfreiheit sowie der Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit« abgewandt. Die UN-Menschenrechtsexpertengruppe für Nicaragua [erklärte](#) im September, dass die umfassenden Menschenrechtsverletzungen im Land Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.

Die Unterdrückung der Kirche in Nicaragua fügt sich in die zunehmend autokratische Herrschaft des Ortega-Regimes seit der Wahl im Jahr 2006 ein, insbesondere seit der Niederschlagung der pro-demokratischen Bewegung im Jahr 2018. Die Regierung will die Christen zum Schweigen bringen, und – weil sie Einfluss im Land haben – ihre Glaubwürdigkeit beschädigen, um die Verbreitung ihrer Botschaft zu verhindern. Insofern setzt Nicaragua mit seiner rasanten Verschlechterung auf dem WVI keinen neuen Trend, sondern zieht mit dem kommunistischen Einparteiensstaat Kuba gleich.

Kuba belegt unter den Ländern Lateinamerikas den schlechtesten Platz auf dem WVI. Die kommunistischen Diktaturen in der Region haben ihre Kampagnen gegen die Glaubensfreiheit der Christen verstärkt, die Verfolgung in der Region hat erheblich zugenommen.

3.7. Nordkorea erneut auf Platz 1 im Weltverfolgungsindex

20 Jahre lang stand die Demokratische Volksrepublik Korea auf Platz 1 des WVI und galt als das Land mit der härtesten Christenverfolgung. 2022 rutschte es kurz auf Platz 2 ab, gleich hinter Afghanistan, das im Sommer 2021 von den Taliban übernommen worden war.

Nachdem alle Christen, die dazu in der Lage waren, Afghanistan oder den Wohnort verlassen hatten, ging das Ausmaß religiös motivierter Gewalt zurück, auch wenn die Gefahr für Christen unverändert hoch ist. Dadurch rückte Nordkorea im Berichtszeitraum 2023 wieder auf Platz 1 des WVI.

Im August kündigte Pjöngjang an, die Grenze zu seinem westlichen Nachbarn wieder zu öffnen. In den folgenden Wochen hat China laut Human Rights Watch (HRW) Hunderte von nordkoreanischen Flüchtlingen in ihr Heimatland deportiert. Das Völkerrecht verbietet aber Zwangsrückführungen.

Laut HRW sind »die Rückkehrer, zumeist Frauen, in großer Gefahr, in Zwangsarbeitslagern festgehalten und mit Folter, sexueller Gewalt sowie Verschwindenlassen und Hinrichtung konfrontiert zu werden«.

Nordkoreas Regierung hatte die Grenze zu China im Jahr 2020 während der COVID-19-Pandemie geschlossen. Versuchte Grenzübertritte nach China waren daher seltener geworden.

In allen fünf Bereichen des christlichen Lebens, die von den Forschern des WVI untersucht werden, hat der Druck auf nordkoreanische Christen die höchste Punktzahl erreicht. Der von Pjöngjang auf Christen ausgeübte Druck ist konstant und extrem hoch. Dennoch durchdringen neue Triebe des christlichen Glaubens immer wieder die Decke der unerbittlichen Unterdrückung.

3.8. Einige wenige Lichtblicke

Obwohl sich die Lage der Christen in Mali verschlechtert hat, ist erwähnenswert, dass die malischen Wähler im Juni 2023 einem Referendum über die Annahme einer neuen Verfassung zugestimmt haben. Dieser Schritt könnte den Weg für die Rückkehr zu einer zivilen Regierung und die Abhaltung von Neuwahlen im Jahr 2024 ebnen. Die Militärregierung hatte sich verpflichtet, auf die Rückkehr zur Zivilregierung hinzuarbeiten, nachdem die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten eine Reihe von Handels- und Finanzsanktionen aufgehoben hatte. Die neue Verfassung enthält eine klare Anerkennung der christlichen Minderheit im Land.

Inmitten der vielen Einschränkungen des christlichen Lebens in Indien gibt es auch positive Entwicklungen. Bei den

Wahlen im Bundesstaat Karnataka im Frühjahr 2023 hat die Kongresspartei die hindu-nationalistische BJP verdrängt. Die Hindustan Times zitiert dazu den neuen Staatsminister Priyank Kharge der Kongresspartei mit den Worten, dass »viele Verordnungen und Gesetze unter dem vorherigen BJP-Regime, wie die Überarbeitung von Schulbüchern und Anti-Bekehrungs-Gesetze, gegen die Interessen des Staates gerichtet waren und überarbeitet oder zurückgezogen werden.«

Sri Lanka verschlechterte sich um 3 Punkte auf Platz 58 des WVI. Dennoch berichten Partner von Open Doors von Erfolgen bei der Ausbildung von Pastoren, die sich für ihre verfassungsmäßigen Rechte einsetzen. Dadurch konnten in einigen Fällen Kirchenschließungen verhindert werden.

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



1	Nordkorea.....	17	26	Bangladesch	205
2	Somalia	24	27	Niger	212
3	Libyen.....	30	28	Zentralafrikanische Republik	219
4	Eritrea.....	36	29	Turkmenistan	226
5	Jemen.....	42	30	Nicaragua	233
6	Nigeria	49	31	Oman	240
7	Pakistan.....	57	32	Äthiopien	246
8	Sudan	65	33	Tunesien	254
9	Iran.....	73	34	Kolumbien	261
10	Afghanistan.....	82	35	Vietnam	269
11	Indien	89	36	Bhutan	277
12	Syrien	98	37	Mexiko.....	283
13	Saudi-Arabien.....	107	38	Ägypten	291
14	Mali.....	114	39	Mosambik.....	299
15	Algerien.....	121	40	Katar.....	306
16	Irak	128	41	Demokratische Republik Kongo	313
17	Myanmar	137	42	Indonesien	320
18	Malediven	146	43	Kamerun	328
19	China	153	44	Brunei	335
20	Burkina Faso	161	45	Komoren	341
21	Laos.....	168	46	Tadschikistan.....	347
22	Kuba	176	47	Kasachstan	353
23	Mauretanien.....	184	48	Jordanien	359
24	Marokko	191	49	Malaysia.....	366
25	Usbekistan.....	198	50	Türkei	373

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
1

LÄNDERPROFIL

Nordkorea



©Alamy

Platz 1 / 96 Punkte (2023: Platz 1 / 98 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

In Nordkorea gibt es keine Religions- oder Glaubensfreiheit. Das Regime hat ein wachsames Auge auf alle Bürger. Werden Christen entdeckt, deportiert man sie und ihre Familien als politische Verbrecher in Arbeitslager oder tötet sie auf der Stelle. Treffen mit anderen Christen sind daher fast unmöglich und können nur unter strengster Geheimhaltung stattfinden. Die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hielt im Juli 2022 fest: »Die Verehrung der Führer hat im Laufe der Jahre immer weiter an Bedeutung gewonnen, und mit der damit einhergehenden ständigen Indoktrinierung wurden auch die Warnungen vor ›Aberglauben‹ und Religionen (ohne sie als solche zu benennen) immer wichtiger.«

Das 2020 erlassene »Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« führt unter den in Artikel 28 genannten verbotenen Büchern auch die Bibel auf. Dies zeigt, dass der Staat den christlichen Glauben immer noch als ernsthafte Bedrohung ansieht. Die Kirchen, die Besuchern von Pjöngjang gezeigt werden, dienen bloßen Propagandazwecken.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Vorsitzender der Kommission
für Staatsangelegenheiten
Kim Jong Un

BEVÖLKERUNG

26.090.000

CHRISTEN

400.000 / 1,5 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Juche-Ideologie und
Kimilsungismus

STAATSFORM

Diktatur mit sozialistischem
Einparteiensystem



Hintergrund

Im Jahr 1907 begann eine große Erweckung in Pjöngjang, und die Hauptstadt Nordkoreas wurde als »Jerusalem des Ostens« bekannt. Hunderte von Kirchen entstanden und Missionare eröffneten im ganzen Land Bildungseinrichtungen. Unter japanischer Herrschaft wurde die Kirche dann zunehmend verfolgt. Nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg kam Kim Il Sung an die Macht und führte ein kommunistisches (atheistisches) Regime ein. Während des Koreakriegs (1950–1953) flohen viele Christen. In der Zeit nach dem Krieg wurden Zehntausende Christen getötet, inhaftiert oder in abgelegene Gebiete verbannt; der Rest der christlichen Gemeinde ging in den Untergrund. Man schätzt, dass es vor dem Koreakrieg mehr als 300.000 Christen in Nordkorea gab; nur zehn Jahre später war von ihrer vormals sichtbaren Präsenz nichts mehr übrig.

Die vorgeschriebene Staatsreligion besteht aus dem sogenannten »Kimilsungismus« – der Verehrung der Herrscherfamilie – und der »Juche-Ideologie«, welche im Kern besagt, dass der Mensch sich selbst genügt und sich nur auf sich selbst verlassen sollte. Alle Bürger müssen wöchentlich an Sitzungen zur »Selbstkritik« teilnehmen und mehr als hundert Seiten ideologisches Material auswendig lernen. Beeinflusst vom Konfuzianismus hat Nordkorea ein soziales Klassifizierungssystem namens »Songbun« entwickelt, das jeden Bürger einer von drei Klassen zuordnet: dem Kern (28 Prozent der Gesellschaft), den Schwankenden (45 Prozent) oder den Feindlichen (27 Prozent). Christen und ihre Nachkommen werden als »feindlich« eingestuft. Der christliche Glaube wird als gefährliche ausländische Religion angesehen, die bekämpft werden muss. Open Doors schätzt, dass sich Zehntausende Christen in Arbeitslagern befinden. In einem UN-Bericht aus dem Jahr 2020 wird auf Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen in diesen Lagern hingewiesen; dazu gehören sexuelle Gewalt, erzwungene Nacktheit, Vergewaltigungen und Zwangsabtreibungen. Christliche Männer erleben in den Arbeitslagern ebenfalls körperliche Gewalt und Misshandlungen.

Es liegen keine zuverlässigen Daten zur Religionszugehörigkeit der Einwohner vor. Open Doors schätzt die Zahl der Christen auf 400.000, es könnten aber auch bis zu 500.000 sein. Ein südkoreanischer Erzbischof behauptet in seinem aktuellen Buch, dass die katholische Kirche wachse, obwohl sie nur im Untergrund agieren kann und verfolgt wird. Es gibt auch Anhänger des Buddhismus und des Konfuzianismus, wobei deren Philosophien leicht innerlich ausgelebt werden können, ohne dass jemand etwas davon mitbekommt.

Kim Jong Un, der seit 2011 an der Macht ist, kontrolliert das Parlament, die Regierung und das Militär. Er möchte, dass Nordkorea ernst genommen wird, und arbeitet daran, die Raketen- und Nukleartechnologie des Landes voranzubringen. Außerdem hat er eine diplomatische Offensive gestartet und sich mit den Präsidenten Südkoreas, Russlands, Chinas und der USA getroffen. Wie bereits lange vorauszusehen war, erklärte sich Nordkorea im September 2022 zur »Atommacht«. Wirtschaftlich kämpft Nordkorea mit internationalen Sanktionen, doch das Regime verweigert potenziellen

Helfern einen direkten Zugang zu den bedürftigen Bürgern. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem nordkoreanischen Geheimdienst und der chinesischen Polizei hat dazu geführt, dass immer mehr aus Nordkorea entkommene Personen (in der Regel Frauen) identifiziert und zwangsweise nach Nordkorea zurückgeführt wurden. Erleichtert wird dies zudem durch die in China eingesetzte Technologie zur Gesichtserkennung.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	400.000	1,5
Muslime	2.768	< 0,1
Buddhisten	392.404	1,5
Anhänger ethnischer Religionen	3.091.787	11,9
Atheisten	3.915.143	15,0
Agnostiker	15.003.272	57,5
Andere	3.284.826	12,6

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Gefangenenlager und Zonen totaler Kontrolle können als Gebiete angesehen werden, in denen Christen mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert sind. Allerdings ist es nicht einfach, aktuelle Informationen darüber zu erhalten.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung

Obwohl in Nordkorea der Personenkult um seine Führer im Mittelpunkt steht, wird das Land immer noch gemäß den Gepflogenheiten und der gesellschaftlichen Kontrolle des Kommunismus regiert. Religion wird als gefährlich angesehen, und Christen gehören nach dem sozialen Klassifizierungssystem Songbun zur »feindlichen« Klasse.

Diktatorische Paranoia

Kim Jong Un hat den National-Eid abgeändert, um Verweise auf die Errungenschaften seines Vaters und Großvaters zu verringern und seine eigenen mehr hervorzuheben. Im Jahr 2020

unterließ es Kim Jong Un bei mehreren Anlässen, seinen Vater oder Großvater zu würdigen, und besuchte am Tag der Sonne, dem höchsten Feiertag des Landes, deren »Schreine« nicht. Dies zeigt, wie sehr er seine Macht gefestigt hat. Die beiden genannten Triebkräfte der Verfolgung wirken so eng zusammen, dass sie fast zu einer einzigen verschmelzen. Die Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Christen sind Regierungsbeamte und die herrschende »Partei der Arbeit Koreas« (PdAK), gefolgt von Bürgern und der eigenen (Groß-)Familie. Das höchste Ziel der Behörden ist das Überleben des Landes und seines Anführers. Bürger werden zu Verfolgern, wenn sie ihre Nachbarn beobachten, um jegliches verdächtige Verhalten den Behörden zu melden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Als Christen aus traditionellen Kirchen werden jene angesehen, die vor dem Koreakrieg (1950–1953) im Land lebten, und ihre Nachkommen. Während viele Christen entweder im Krieg umkamen, in den Süden flohen oder in abgelegene Dörfer verbannt wurden, konnte ein kleiner Prozentsatz der Christen aus traditionellen Kirchen seinen Glauben geheim halten und eine Untergrundgemeinde bilden. Aufgrund des Prinzips der Sippenhaft sind die Nachkommen als Christen bekannter Nordkoreaner mit unüberwindbaren gesellschaftlichen Hürden konfrontiert und werden misstrauisch beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Christen folgten zuvor dem Kommunismus oder Kimilsungismus. Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot viele Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und in chinesischen Kirchen Hilfe fanden. Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu und erzählten anderen davon, denen sie vertrauten.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Polizisten und Agenten des Geheimdienstes durchsuchen ohne Vorwarnung Wohnungen. Finden sie christliche Materialien, wird dies als Verbrechen gegen den Staat angesehen und die gesamte Familie kann verbannt, verhaftet oder hingerichtet werden. Wer mit einem nicht registrierten Smartphone oder Radio auf nicht genehmigte Medien zugreift, wird bestraft. Christen wagen es nur nachts, unter Decken versteckt, christliche Radioprogramme zu hören. Jegliche religiöse Handlung, auch wenn sie allein ausgeübt wird, wird als »Akt extremer Untreue« betrachtet, wie ein Experte für das Land sagt. Die Bürger werden geschult, jeden zu melden, der ein Feind des Regimes sein könnte – auch Familienangehörige. Lehrer ermutigen die Schüler dazu, ihre Eltern zu denunzieren, falls diese sich widersprüchlich zu dem verhalten, was die Kinder gelernt haben. Wegen dieser Gefahr warten christliche Eltern oft, bis ihre Kinder Teenager sind, bevor sie mit ihnen über ihren Glauben sprechen.



Familienleben

Taufen können nicht öffentlich durchgeführt werden – dies würde zu Gefängnis oder Hinrichtung führen. Wie bereits in Bezug auf das Privatleben erwähnt, ist es sehr riskant, den eigenen Kindern von seinem Glauben zu erzählen. Um biblische Geschichten zu erzählen, versuchen Christen, diese als Märchen zu tarnen. Wird ein Christ entlarvt und hat dessen nicht christlicher Ehepartner Eltern in hochrangigen Positionen, können diese versuchen, die Scheidung des Paares zu erzwingen und alle Aufzeichnungen über deren Beziehung zu löschen, so berichten einige nordkoreanische Flüchtlinge; andernfalls wird die gesamte Familie aufgrund des Prinzips der Sippenhaft verhaftet und inhaftiert. Der Kimilsungismus ist vom Kindergarten bis zur Hochschule das wichtigste Fach. Selbst in einem Promotionsstudienplan für ein Gebiet wie Kernphysik sind 30 Prozent der Studieninhalte dem Studium der Juche-Ideologie vorbehalten. Der christliche Glaube wird als subversive Ideologie amerikanischer Imperialisten dargestellt, und alle Christen werden als Verräter an der Nation und als Spione betrachtet. »Kinder und Jugendliche hassen wie selbstverständlich den christlichen Glauben und die Christen, weil sie es von klein auf in der Schule so gelernt haben«, meint ein Experte für das Land.

Gesellschaftliches Leben

Nordkorea wendet »Inminban« an, das kommunistische System der Nachbarschaftswache. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden berichtet. Willkürliche Verhöre durch die Polizei oder den Geheimdienst sind für alle Bürger an der Tagesordnung. Eines der Ziele dabei ist die Entdeckung von Christen, die dann hingerichtet oder in

Gefangenenlager oder abgelegene Bergregionen geschickt werden. Einem Experten für das Land zufolge fürchten aus Nordkorea entkommene Personen insbesondere die Verhöre und die damit verbundene Folter, sollten sie zwangsweise zurückgeführt werden. Wer christliche Verwandte hat, wird streng überwacht und daran gehindert, eine gute Ausbildung zu erhalten sowie der Armee oder der PdAK beizutreten. Alle Nordkoreaner müssen sich auf dem Weg zur und von der Arbeit oder Schule vor Statuen verbeugen und an Praktiken wie Sitzungen zur Selbstkritik und nationalen Zeremonien teilnehmen.

Leben im Staat

Das neue »Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« von 2020 besagt in Verbindung mit Artikel 68 der Verfassung, dass die Bürgerinnen und Bürger »Glaubensfreiheit haben«, dass aber »niemand die Religion als Vorwand nehmen darf, fremde Mächte herbeizuziehen oder dem Staat und der sozialen Ordnung zu schaden«. Wichtiger als die Verfassung sind für die Funktionsweise des Staates die von der PdAK aufgestellten »10 Prinzipien einer monolithischen Ideologie«. Dies sind die Leitprinzipien der Regierung und der Gesellschaft Nordkoreas. Diese auf den Lehren von Staatsgründer Kim Il Sung gegründeten Regeln sollen die unerschütterliche Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem Obersten Führer (»Suryong«) und der PdAK sicherstellen. Die Staatsmedien verbreiten christenfeindliche Inhalte, in denen Christen als üble Verräter der Nation dargestellt und missionarische Aktivitäten als »terroristische Akte« bezeichnet werden. Ein Experte für das Land sagt: »Alle nordkoreanischen Medien stehen unter staatlicher Kontrolle. Sie verleumdete Christen als Räuber, Betrüger, Landesverräter und Spione des amerikanischen Feindes. Das gilt aber nicht nur für die Massenmedien. Christen werden außerdem in Schulbüchern negativ dargestellt sowie in anderen Buchveröffentlichungen, Filmen, amtlichen Dokumenten

und ideologischen Studienmaterialien.« Christen werden willkürlich verhaftet und ohne Gerichtsverfahren bestraft. Selbst ausländischen Christen, die vor Gericht standen, verweigerte man die Gleichbehandlung und sie wurden in lange andauernder willkürlicher Haft gehalten.

Kirchliches Leben

Alle kirchlichen Aktivitäten sind in Nordkorea illegal, bis auf die Gottesdienste in den offiziellen Kirchen in Pjöngjang, die von Touristen besucht werden können und als »Beweis« für die Religionsfreiheit im Land dienen sollen. Es gab Fälle, in denen Untergrundkirchen entdeckt und Christen in Arbeitslager gebracht oder hingerichtet wurden; aus Sicherheitsgründen können aber keine detaillierten Angaben darüber gemacht werden. Das Regime ist vor allem daran interessiert, Leiter ausfindig zu machen, sie zu bestrafen und sie über den Rest ihres Netzwerks zu befragen. Das Gepäck von Touristen wird bei der Ein- und Ausreise kontrolliert, um sicherzustellen, dass sie nur eine Bibel für den persönlichen Gebrauch mitbringen und diese auch nicht in Nordkorea zurücklassen – wenngleich im Berichtszeitraum auch nicht viele Touristen nach Nordkorea gereist sind. Die Einfuhr und Herstellung von christlichen Materialien ist verboten. Laut dem »Weißbuch zur Menschenrechtssituation in Nordkorea 2021«, herausgegeben vom Koreanischen Institut für Nationale Vereinigung, gibt es immer häufiger öffentliche Hinrichtungen allein wegen des Besitzes einer Bibel. Die Verteilung von Bibeln wird noch härter bestraft als der Besitz. Nordkoreaner können das Land nicht ohne Genehmigung der Regierung verlassen, weshalb ihnen die Teilnahme an Konferenzen oder Treffen mit anderen Christen im Ausland nicht möglich sind.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	1	96
2023	1	98
2022	2	96
2021	1	94
2020	1	94

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Nordkorea belegte auf dem Weltverfolgungsindex von 2002 bis 2021 durchgehend den ersten Platz. Zu einer Unterbrechung kam es im Weltverfolgungsindex 2022, als die Machtergreifung der Taliban zu einer noch nie dagewesenen Zunahme der Verfolgung in Afghanistan geführt hatte, das infolgedessen Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex belegte. Aber schon im Weltverfolgungsindex 2023 kehrte Nordkorea auf den ersten Platz zurück; und auch auf dem aktuellen Weltverfolgungsindex 2024 bleibt Nordkorea an der Spitze, da der Druck in allen Lebensbereichen weiterhin das höchste Ausmaß erreicht, ohne dass hierbei Veränderungen zu verzeichnen sind. Unter dem neuen »Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« werden Christen nach wie vor verhaftet und in Arbeitslagern interniert. Der Wert für das Auftreten von Gewalt ist zwar leicht zurückgegangen, dies sollte jedoch nicht als Verbesserung der Situation gewertet werden, sondern vielmehr als Hinweis auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Berichten. Christsein hat in Nordkorea immer noch einen hohen Preis.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Unzählige nordkoreanische Christinnen und Christen sind wegen ihres Glaubens in Arbeitslagern, wo weibliche Gefangene sexuelle Gewalt und Vergewaltigung erleiden. Viele der nordkoreanischen Flüchtlinge sind Frauen; diejenigen, denen ein Grenzübertritt und die Flucht nach China gelingt, sind dem Risiko des Menschenhandels ausgesetzt. Während der Covid-19-Pandemie wurden die Rück-

führungen nach Nordkorea zwar vorübergehend gestoppt, sind aber inzwischen wieder aufgenommen worden. Frauen, die nach einem Grenzübertritt rückgeführt und gefangen gehalten werden, sind nach wie vor in hohem Maße sexueller Gewalt während der Verhöre ausgesetzt sowie der anhaltenden Praxis von Zwangsabtreibungen.



Männer: Die Gesellschaft Nordkoreas ist patriarchalisch, sodass sich die staatliche Überwachung der Bevölkerung besonders auf die männlichen Haushaltsvorstände konzentriert. Allen männlichen Erwachsenen wird von der Regierung eine Arbeitsstelle zugewiesen. Sie müssen ihre Anwesenheit am Arbeitsplatz nachweisen und dürfen ihre Arbeit nicht aus privaten Gründen unterbrechen. Diejenigen, die eine erkennbare Verbindung zum christlichen Glauben haben, werden auf die untersten Positionen im Militär (der Wehrdienst beträgt für Männer zehn Jahre), in den Universitäten und am Arbeitsplatz verwiesen, und ihnen wird die Mitgliedschaft in der Partei verweigert. Männliche Häftlinge in den Arbeitslagern erleben zudem körperliche Gewalt und Misshandlungen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auch wenn die Verehrung der nordkoreanischen Herrscher theoretisch keinen Raum für Religion lässt, ist bekannt, dass es Anhänger des Buddhismus und Konfuzianismus im Land gibt. Diese Religionen gehören jedoch zum asiatischen Kulturkreis und können auf ausschließlich individueller Basis und im Geheimen ausgeübt werden.

»Abergläubische Aktivitäten« (was letztlich »Wahrsagerei« bedeutet) sind offiziell verboten. Nichtregierungsorganisationen berichten jedoch von einer Zunahme dieser Praktiken, beispielsweise bei der Planung einer Hochzeit oder vor einem Geschäftsabschluss.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nordkorea hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nordkorea kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden willkürlich wegen ihres Glaubens hingerichtet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden in politische Gefangenenlager deportiert, gefoltert und müssen lebenslange Zwangsarbeit leisten (ICCPR Art. 7 und 8)
- Jeder Aspekt des Lebens eines Nordkoreaners wird ständig vom Staat überwacht und kontrolliert (ICCPR Art. 17)
- Christen dürfen ihren Glauben und ihre Religion weder öffentlich noch privat ausüben (ICCPR Art. 18)
- Christen dürfen sich nicht zum Gottesdienst versammeln oder treffen (ICCPR Art. 21)
- Christen werden als »feindlich« eingestuft und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
2

LÄNDERPROFIL

Somalia



Platz 2 / 93 Punkte (2023: Platz 2 / 92 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christen in Somalia sind in mehrfacher Hinsicht äußerst gefährdet. Al-Shabaab übt weiterhin erheblichen Einfluss aus und kontrolliert große Teile des Landes – militärischen Rückschlägen und der Rebellion einiger Clans zum Trotz. Die Gruppe hat außerdem erfolgreich Bundes- und Kommunalbehörden unterwandert. Ihr Einflussbereich erstreckt sich sogar auf Nachbarländer wie Kenia, wodurch sich die Situation für die Christen in der ganzen Region verkompliziert. Al-Shabaab vertritt eine strenge Form der Scharia und hat überaus deutlich gemacht, dass es ihr Ziel ist, Christen in Somalia zu eliminieren und den christlichen Glauben auszurotten. Christen, die dabei entdeckt werden, wie sie ihren Glauben praktizieren, werden oft kurzerhand hingerichtet.

Im Laufe der Jahre hat sich die Gefahr für Christen zugespitzt, da sich die militanten Islamisten verstärkt darum bemühen, christliche Leiter zu identifizieren und auszulöschen. Die unmittelbaren Gefahren, die für Christen von solchen extremistischen Gruppen ausgehen, werden noch verschärft durch die gesellschaftliche Struktur in Somalia, mit der Christen konfrontiert sind: Die Gesellschaft ist allgemein konservativ geprägt; der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als ultimativer Verrat angesehen, nicht nur an der eigenen Familie, sondern auch am eigenen Clan und an der Gesellschaft insgesamt. Allein der Verdacht, den christlichen Glauben angenommen zu haben, ist lebensgefährlich.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister
Hamza Abdi Barre

BEVÖLKERUNG

17.339.000

CHRISTEN

Einige Hundert

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Bundesrepublik



Hintergrund

Seit der Ära von Präsident Mohamed Siad Barre, der 1960 einen »wissenschaftlichen Sozialismus« einführte, sind Christen in Somalia umfassender Verfolgung ausgesetzt. Barres säkulare und reformistische Regierung untergrub zwar die islamische Identität Somalias, fand aber mit extremistischen Muslimen einen gemeinsamen Nenner – nämlich die Feindseligkeit gegenüber Christen. In dieser Zeit wurden Christen vertrieben, Kirchengrundbesitz beschlagnahmt, und der Druck, die Einfuhr und der Verkauf von christlicher Literatur wurde verboten. Viele somalische Christen wurden Opfer von Drohungen, Verhaftungen, Folter und sogar von Mord durch die nationalen Sicherheitsdienste.

Der Zusammenbruch von Barres Regime im Jahr 1991 hat Somalia in einen gescheiterten Staat verwandelt. Islamisten, lokale Milizen und Warlords kämpfen seither um die Macht. Obwohl die Regierungsgewalt zersplittert und aufgeteilt ist, kontrolliert al-Shabaab einen doch erheblichen Teil des Landes, insbesondere die ländlichen Gebiete. Der Wirkungskreis der Gruppe ist nicht nur auf Somalia beschränkt. Auch auf Kenia hat sie ihre Aktivitäten ausgedehnt, und in den Jahren 2021 und 2022 versuchte sie, nach Äthiopien zu expandieren, wenn auch erfolglos. Sie finanziert ihre Aktivitäten durch verschiedene illegale Geschäfte, wodurch die Bedrohungslage für Christen und andere Menschen in der Region noch komplexer wird.

Die somalische Verfassung aus dem Jahr 2012 betont, dass der Islam Staatsreligion ist. Sie stellt die Scharia über alles andere, wodurch die Verbreitung anderer Religionen praktisch verboten wird. Die überwältigende Mehrheit der sunnitischen Muslime betrachtet Christen als kulturschädigend. Männer, die als Christen entdeckt und identifiziert wurden, sehen sich häufig mit Boykott, Drohungen, Folter und Tod konfrontiert, während Frauen von sexueller Gewalt und Zwangsverheiratung bedroht sind.

In halbautonomen Regionen wie Puntland und Somaliland – die einseitig ihre Unabhängigkeit erklärt haben, aber international nicht anerkannt sind – spiegelt sich die Situation des Rests des Landes wider. In den Verfassungen dieser Regionen wird genauso die Vorherrschaft des Islam betont und andere Glaubensrichtungen werden verboten. In Somaliland war immer wieder versucht worden, Kirchen zu eröffnen oder wiederzueröffnen. Doch lokale Behörden hatten dies stets vereitelt. Verhaftungen von Einheimischen unter dem Vorwurf der Apostasie (des Glaubensabfalls) waren meist die Folge.

Auch die politischen Unruhen, die das Land seit 2022 erschüttern, tragen zur Instabilität bei. Die USA verhängten Sanktionen gegen somalische Beamte wegen Untergrabung der Demokratie. Der Internationale Währungsfonds warnte, dass Finanzierungsprogramme auf dem Spiel stehen könnten, wenn nicht bald Wahlen abgehalten würden. Aufgrund dieses Drucks wurden im April 2022 290 neue Abgeordnete in ihr Amt eingeführt. Präsident Hassan Sheikh Mohamud wurde im Mai 2022 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass über 70 Prozent der Somalier unterhalb der Armutsgrenze leben und damit ein Umfeld entsteht, in dem Extremismus leicht gedeihen kann.

Gibt es regionale Unterschiede?

Keine Region ist für Christen sicher. Allerdings sind sie in den Gebieten am meisten gefährdet, die von islamisch-extremistischen Milizen wie al-Shabaab kontrolliert werden. Diese Gebiete liegen besonders im Süden und Südwesten des Landes, einschließlich der Gebiete um Kismaayo, Jamaame, Merka und El Hur. Zwar sind die nördlichen Regionen wie Somaliland und Puntland stabiler als der Süden, jedoch sind Christen auch dort einem hohen Gewaltisiko ausgesetzt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

In vielen Regionen können islamisch-extremistische Milizen unbehelligt agieren. Sie töten diejenigen Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Obgleich das Land versucht, sich zu stabilisieren und eine rechtmäßige Regierung zu bilden, neigen die politischen Führer und Regierungsbeamten mit überwältigender Mehrheit dazu, eine strenge Auslegung der Scharia zu befürworten.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die somalische Gesellschaft basiert auf einer starken Stammesidentität, die eng damit verwoben ist, dass man als Somalier auch Muslim ist. Familienmitglieder und Stammesführer betrachten eine Hinwendung zum christ-

lichen Glauben als Verrat. Daher besteht für alle Christen, deren Glaube entdeckt wird, die große Gefahr, dass ihnen sofort Gewalt angetan wird.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kriminelle profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia. Sie agieren in einem Netz von illegalen Handelswegen und unterhalten enge Verbindungen zu al-Shabaab. Mit dem Geld, das diese Kartelle erwirtschaften, werden Waffen gekauft und Angriffe auf Christen und andere Zivilpersonen finanziert.

Diktatorische Paranoia

Die Christen im Land sind dem Druck der Regierung ausgesetzt. Diese führt Gesetze ein, welche die Rechte der Christen einschränken.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Fast alle Christen im Land sind Konvertiten aus dem Islam. Sie werden von al-Shabaab-Funktionären und -Kämpfern als Ziele von besonders hohem Wert betrachtet. Konvertiten – oder die der Konversion Beschuldigten – wurden in jüngster Vergangenheit meist auf der Stelle getötet, wenn sie entdeckt wurden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Der Besitz von christlichem Material ist streng verboten. Wem der Besitz einer Bibel oder anderer christlicher Druck-erzeugnisse nachgewiesen wird, wird unter Befürwortung seiner Verwandten und der örtlichen Gemeinschaft hin-gerichtet. Solche schwerwiegenden Konsequenzen drohen auch denen, die im Verdacht stehen, den christlichen Glauben angenommen zu haben – deshalb müssen ehemalige Muslime ihre Hinwendung zum christlichen Glauben selbst vor ihren eigenen Familienangehörigen verstecken.

Familienleben

Die somalische Gesellschaft geht davon aus, dass alle Kinder Muslime sind. Kinder christlich zu erziehen, ist äußerst schwierig. Wer seinen Kindern vom christlichen Glauben auch nur erzählt, riskiert bereits, von extremistischen Mitgliedern seines Clans angegriffen zu werden. Alle Kinder müssen die Medresse (Koranschule) besuchen und am Islamunterricht teilnehmen.

Gesellschaftliches Leben

Die somalische Gesellschaft ist konservativ. Der Bevölkerung werden islamische Lehren aufgezwungen. Das soziale Umfeld von Christen muslimischer Herkunft setzt sie dauerhaft unter Druck und überwacht sie. Abweichungen vom »guten muslimischen Verhalten« werden unter Umständen an Gruppen wie al-Shabaab gemeldet – die dann gewalttätige Angriffe auf Christen verüben.

Leben im Staat

Die somalische Regierung ist der Ansicht, dass es keine somalischen Christen geben kann, da die Verfassung eine Abwendung vom Islam verbietet. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt.

Kirchliches Leben

Christen können noch nicht einmal daran denken, kirchliches Leben wiederaufzunehmen. Der Versuch, eine katholische Kirche in Mogadischu wiederzueröffnen, war nicht erfolgreich; und der Versuch zur Wiedereröffnung einer katholischen Kirche in Hargeysa verursachte einen allgemeinen Aufschrei und öffentliche Feindseligkeiten. Es wird ständig überprüft, ob es inoffizielle Versammlungsstätten (Hauskirchen) im Land gibt.



Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine konkreten Beispiele genannt werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	2	93
2023	2	92
2022	3	91
2021	3	92
2020	3	92

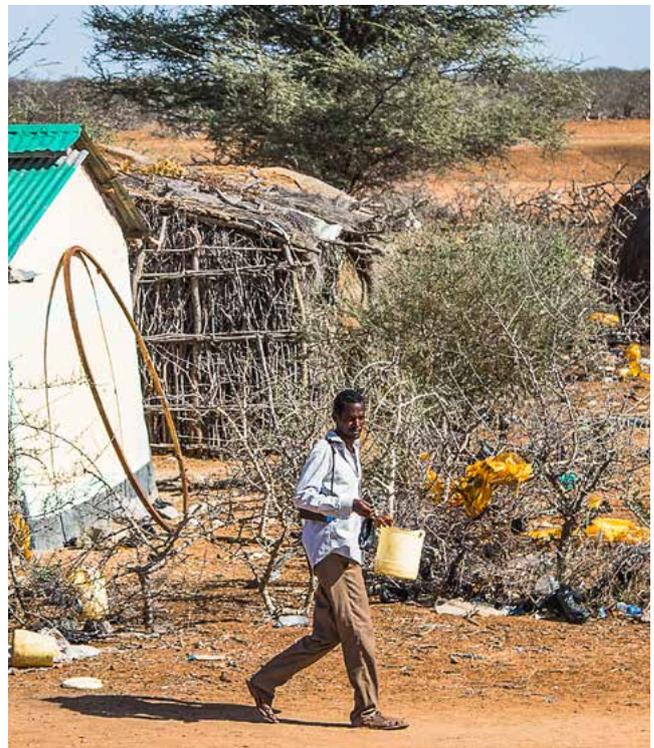
Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2024 erreicht Somalia seinen bisherigen Höchstwert von 93 Punkten. In den letzten fünf Jahren ist das Ausmaß der Verfolgung in Somalia relativ stabil geblieben – und extrem hoch. Die Werte schwankten zwischen 91 Punkten im Jahr 2022 und dem Höchstwert von 93 Punkten auf dem diesjährigen Weltverfolgungsindex. Diese Entwicklung weist darauf hin, wie anhaltend und hartnäckig die Herausforderungen für Christen im Land sind.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Junge Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, gehören nach wie vor zu den am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Es ist üblich, dass eine Frau, die des Glaubenswechsels verdächtigt wird, in der Öffentlichkeit gedemütigt, unter strengen Hausarrest gestellt, vergewaltigt, entführt, mit einem strenggläubigen Scheich (einem religiösen und/oder politischen Führer) zwangsverheiratet oder getötet wird. Wenn die Frau bereits verheiratet ist, ist es wahrscheinlich, dass sie geschieden wird und ihr die Kinder weggenommen werden. Auch leiden christliche Frauen, wenn ihre Ehemänner inhaftiert oder getötet werden. Viele Frauen werden in dieser Situation von männlichen Verwandten ausgenutzt; häufig verarmt ihre Familie.

Männer: Somalia ist eine patriarchalische Gesellschaft mit starker sozialer Kontrolle. Somalische Männer, die verdächtigt werden, sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt zu haben, sind extremen Verletzungen ihrer Grundrechte ausgesetzt. Ihnen droht, dass ihre Geschäfte übernommen werden; sie werden beschimpft, körperlich angegriffen, inhaftiert, massiv bedroht, gefoltert, entführt oder getötet. Männer stehen unter zusätzlichem Druck, weil von ihnen erwartet wird, dass sie ihrer Familie in religiösen Angelegenheiten vorstehen – und folglich dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn ein Familienmitglied den christlichen Glauben annimmt. Die Familien schicken ihre jungen Männer, darunter auch christliche Konvertiten, zwangsweise in islamische »Rehabilitationszentren«, um sie dort zu al-Shabaab-Kämpfern ausbilden zu lassen.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Somalia haben keine religiösen Gruppen außerhalb des sunnitischen Islam irgendwelche bedeutenden Rechte. In den von der al-Shabaab kontrollierten Gebieten ist die Situation derart verschärft, dass sich selbst schiitische Muslime sehr bedeckt halten; selbst gemäßigte sunnitische Muslime geraten ins Fadenkreuz. Die Gesetze in Somalia verbieten die Verbreitung anderer Religionen als des Islam und untersagen Muslimen einen Glaubenswechsel.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Somalia hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC) (*Somalia hat einen Vorbehalt zu Artikel 14 der CRC angemeldet, der die Religions- und Glaubensfreiheit von Kindern schützt.)

Somalia kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden auf der Stelle getötet, wenn ihre Konversion entdeckt oder auch nur vermutet wird (ICCPR Art. 6)
- Christliche Eltern dürfen ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Es wird davon ausgegangen, dass alle Somalier Muslime sind, und es ist ihnen verboten, den Islam zu verlassen (ICCPR Art. 18)
- Konvertierte Frauen werden zwangsverheiratet und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
3

LÄNDERPROFIL

Libyen



Platz 3 / 91 Punkte (2023: Platz 5 / 88 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat zu einer gefährlichen Lage für Christen geführt. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen wird im Weltverfolgungsindex 2024 als »sehr hoch« eingestuft. Auf libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und des sozialen Umfelds intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Die meisten praktizieren ihren Glauben nur im Geheimen. Ausländische Christen aus anderen Teilen des afrikanischen Kontinents stehen im Visier verschiedener militanter islamischer sowie organisierter krimineller Gruppen. Diese Christen stehen in der Gefahr, entführt und teilweise brutal getötet zu werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Abdul Hamid
Mohammed Dbeibeh

BEVÖLKERUNG

7.119.000

CHRISTEN

35.100 / 0,5%

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Im Übergang



Hintergrund

Seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 leidet das Land unter einem hohen Maß an Gesetzlosigkeit. Außerdem ist Libyen seitdem unter mehreren Gruppierungen aufgeteilt: Die von den Vereinten Nationen anerkannte und größtenteils von islamistischen Gruppierungen unterstützte Regierung im Westen des Landes rund um die Hauptstadt Tripolis befindet sich im Konflikt mit einer rivalisierenden Regierung im Osten des Landes, die von Feldmarschall Chalifa Haftar und seinen Truppen unterstützt wird. Beide Fraktionen werden von ausländischen Geldgebern unterstützt, die nach Einfluss streben.

Praktisch alle Muslime in Libyen gehören dem sunnitischen Islam an, mit Ausnahme einiger Ibadi-Muslime, die zur ethnischen Minderheit der Amazigh (Berber) gehören. Unter den Migranten aus Ägypten und Sub-Sahara-Afrika gibt es eine erhebliche Anzahl von Christen. Die Zahl der libyschen Christen mit muslimischem Hintergrund ist nach wie vor sehr gering. Durch ihre Familie und das soziale Umfeld werden diese Christen gewaltsam unter Druck gesetzt, ihrem neuen Glauben abzuschwören.

Bevor al-Gaddafi 2011 gestürzt wurde, lebten und arbeiteten viele koptische Christen aus Ägypten im Land. Seit dem Sturz al-Gaddafis sind die meisten ausländischen Christen jedoch in ihre Heimatländer zurückgekehrt, insbesondere nach der Enthauptung von 21 koptischen Christen im Februar 2015 und der Ermordung von 30 äthiopischen Christen im April 2015 durch Kämpfer des sogenannten »Islamischen Staats« (IS).

Die verfassungsrechtliche Übergangserklärung von 2011 und der Verfassungsentwurf von 2017 erklären den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Hauptquelle der Gesetzgebung. Das Risiko körperlicher Übergriffe, einschließlich Entführungen, Folter, rechtswidriger Tötung sowie sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen, ist für Christen hoch. Christliche Migranten und Flüchtlinge in Libyen werden außerdem von ihren Arbeitgebern und kriminellen Gruppen sowie durch ihre Mitgefangenen in den Internierungslagern für Flüchtlinge diskriminiert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	35.100	0,5
Muslime	7.046.000	99,0
Hindus	6.700	0,1
Buddhisten	20.200	0,3
Anhänger ethnischer Religionen	570	< 0,1
Juden	130	< 0,1
Bahai	750	< 0,1
Atheisten	360	< 0,1
Agnostiker	3.600	0,1
Andere	4.800	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Christen sind überall im Land gefährdet, aber besonders in Gebieten, in denen islamisch-extremistische Gruppen aktiv sind. Dies gilt insbesondere für die Region um Sirte, aber auch in Städten wie Bengasi im Osten und der Hauptstadt Tripolis im Westen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist tief in der libyschen Kultur verwurzelt. Deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz al-Gaddafis haben verschiedenste islamisch-extremistische Gruppen an Einfluss und Kontrolle in der Gesellschaft gewonnen. Auf lokaler Ebene sind Imame und Scheichs dafür bekannt, zum Hass gegen Christen anzustiften, besonders gegen Migranten und Konvertiten. Auf nationaler Ebene üben zur islamistischen Strömung des Madchalismus gehörende Gelehrte ihren Einfluss über Satellitenfernsehen und über das Internet aus. Die Scharia wird im ganzen Land angewendet. Zusammengefasst haben diese Faktoren zu einem starken Anstieg der Gewalt gegen Christen im letzten Jahrzehnt geführt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Stamm betrachtet. Zudem werden aus ethnischen und rassistischen Gründen Migranten aus Ländern südlich der Sahara besonders heftig diskriminiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist weitverbreitet und wird durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Straffreiheit noch verschärft. Diese Triebkraft ist eng mit islamischer Unterdrückung verknüpft, da einige der militanten islamischen Gruppierungen mit dem organisierten Verbrechen zusammenarbeiten oder selbst als organisierte kriminelle Gruppen agieren und Menschenhandel sowie anderen kriminellen Aktivitäten nachgehen. Diese Gruppen sind bekannt für Vergewaltigungen, Geiselnahmen und Sklavenhandel.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christliche Gastarbeiter (die zumeist aus Subsahara-Afrika und Ägypten stammen) dürfen sich in den wenigen Kirchen treffen, die es im Westen des Landes noch gibt. Viele bleiben jedoch aus Angst den Gottesdiensten fern, weil sie Entführungen und andere Formen des Missbrauchs fürchten. Libysche Bürger dürfen diese Kirchen jedoch unter keinen Umständen besuchen. Christen aus Afrika südlich der Sahara erleiden in doppelter Hinsicht Verfolgung und Diskriminierung: aus rassistischen ebenso wie aus religiösen Gründen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine sehr kleine Gruppe einheimischer, libyscher Christen. Sie sind ausschließlich Konvertiten mit muslimischem Hintergrund und halten ihren Glauben geheim. Ihnen ist es untersagt, Gottesdienste in offiziellen Kirchen zu besuchen. Das Interesse am christlichen Glauben wächst durch das Aufkommen christlicher Fernseh- und Internetangebote auf Arabisch; aber auch eine Welle öffentlicher Verhaftungen von christlichen Konvertiten sorgte für wachsendes Interesse, weil viele Libyer zuvor nicht wussten, dass es einheimische libysche Christen überhaupt gibt.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Die Verbreitung des Evangeliums ist zwar nicht ausdrücklich verboten, wohl aber die »Anstiftung zur Spaltung« und die »Beleidigung des Islam«. So sehen Christen in Libyen meist davon ab, ihren Verwandten und dem sozialen Umfeld von ihrem Glauben zu erzählen. Mit einem Muslim über den christlichen Glauben zu sprechen, könnte als Akt der Evangelisation interpretiert werden.

Familienleben

Der Religionsunterricht basiert auf islamischen Grundsätzen. Viele ausländische Christen aus dem Westen haben das Land verlassen. Die Hauptgruppe der verbleibenden Christen sind Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und einige koptische Christen aus Ägypten. Ihre Kinder müssen, wenn sie zur Schule gehen, den Islamunterricht besuchen und sind gefährdet, Opfer von Belästigungen zu werden.

Gesellschaftliches Leben

Die Mehrheit der Libyer ist arabischer oder berberischer Abstammung. Wenn bekannt wird, dass jemand den Islam verlassen und den christlichen Glauben angenommen hat, so übt das soziale Umfeld extrem hohen Druck aus (zusätzlich zum Druck seitens der Familien und der Regierung), um zu bewirken, dass der neue Glaube widerrufen wird. Viele Christen sind Arbeitsmigranten aus Ländern südlich der Sahara, die bessere wirtschaftliche Möglichkeiten suchen. Sie werden sowohl aus religiösen als auch aus rassistischen Gründen diskriminiert.

Leben im Staat

Es bleibt ohne strafrechtliche Konsequenzen, wenn christliche Konvertiten von Familienmitgliedern angegriffen und dabei verletzt oder getötet werden. Vielmehr wird dies als eine Frage der Familienehre betrachtet. Ebenfalls straffrei bleibt es, wenn andere Christen durch extremistische Gruppen sowie durch Regierungsbeamte getötet werden – dabei sind Christen aus Subsahara-Afrika besonders gefährdet. Ausländische Christen müssen sich davor hüten, die



©Alamy

Regierung in irgendeiner Weise zu kritisieren und dadurch zu provozieren. Selbst die wenigen registrierten Kirchen achten darauf, dass am Gebäude keine religiösen Symbole angebracht sind. Eine öffentliche Zurschaustellung christlicher Symbole würde als indirekte Form der Evangelisation verstanden werden. Dies könnte schwerwiegende Strafen durch die Behörden nach sich ziehen – oder sogar zu Massenausschreitungen und Gewaltausbrüchen führen.

Kirchliches Leben

Je nach Region können sich Migranten zum Gottesdienst in (Haus)kirchen versammeln, was jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden ist. Die Einfuhr von christlicher Literatur und Bibeln in arabischer Sprache ist nach wie vor streng untersagt. Missionarische Aktivitäten unter Muslimen sind offiziell verboten.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Februar 2023 wurden sechs koptische Christen im Westen Libyens entführt und gefangen gehalten, und obwohl Entführungen gegen Lösegeld in Libyen keine Seltenheit sind, ist es wahrscheinlich, dass es ihr christlicher Glaube war, wodurch sie besonders gefährdet wurden.
- Im März 2023 wurden mindestens sechs libysche Christen mit muslimischem Hintergrund verhaftet. Die Behörden versuchten, sie (unter Folter) zu zwingen, ihren Glauben zu widerrufen.
- Im März 2023 wurde mindestens ein ausländischer Christ verhaftet und zwangsweise ausgewiesen, nachdem ihm Evangelisation vorgeworfen worden war.
- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurden zudem Hunderte von Migranten von den liby-

schen Behörden willkürlich festgenommen, darunter auch Christen aus Subsahara-Afrika und Ägypten; es wird vermutet, dass zumindest mehrere von ihnen auch wegen ihres christlichen Glaubens zum Ziel der Festnahmen wurden. Seit Jahren wird aus Libyen berichtet, dass Menschenhandel, (sexueller) Missbrauch, Folter und Erpressung weitverbreitet sind. Durch ihren Glauben werden christliche Migranten besonders zur Zielscheibe von solchen Übergriffen. Dies zwingt die meisten von ihnen, ihren Glauben streng geheim zu halten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	3	91
2023	5	88
2022	4	91
2021	4	92
2020	4	90

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl ist vor allem auf einen Anstieg der Punktzahl für Auftreten von Gewalt zurückzuführen – von 9,1 Punkten im Vorjahr stieg der Wert auf nun 10,2 Punkte. Dies geschah unter anderem vor dem Hintergrund eines größeren Vorfalles im Mai 2023, bei dem mehrere christliche Konvertiten und ausländische Christen verhaftet wurden. Der Druck blieb mit einem extrem hohen Ausmaß stabil.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen wird im libyschen Familienleben eine geringere Stellung als Männern zugewiesen. Dies geht auf Stammesnormen zurück, die der Scharia entsprechen. Wenn eine Frau verdächtigt wird, sich für den christlichen Glauben zu interessieren, kann ihr Hausarrest, Zwangsverheiratung oder sogar Mord drohen; auch mit sexuellen Übergriffen und sexualisierter Gewalt müssen diese Frauen rechnen, manchmal als eine Form der Bestrafung. Bei der Verfolgung dieser und anderer Straftaten stoßen Frauen auf soziale und kulturelle Hindernisse. Christliche Migrantinnen, die Libyen durchqueren, sind zudem von Entführung und Menschenhandel bedroht, insbesondere wenn sie von ihren männlichen Begleitern getrennt werden, wie beispielsweise in den Internierungslagern für Flüchtlinge.

Männer: Im Allgemeinen sind Männer in Libyen aufgrund des anhaltenden Kreislaufs von Gewalt, Gräueltaten und Straffreiheit einem hohen Risiko körperlicher Gewalt ausgesetzt. Christliche Männer müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, körperlichen und seelischen Misshandlungen und der Vertreibung aus ihrem Elternhaus rechnen. Libysche Männer und Jungen werden zunehmend gezwungen, in Milizen zu kämpfen, was viele dazu veranlasst, aus ihren Heimatstädten zu fliehen, um einem solchen Schicksal zu entgehen. Auch christliche Migranten sind davon betroffen – in den Internierungslagern für Flüchtlinge werden sie dafür zwangsrekrutiert. Unter Männern, einschließlich Christen, die aus Subsahara-Afrika nach Libyen eingewandert sind, sind Zwangsarbeit und Sklaverei weitverbreitet. Ihnen kann auch die Entführung gegen Lösegeld drohen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sufis sowie die nicht dem sunnitischen Islam angehörenden Ibaditen erfahren in Libyen Verfolgung in Form von gewalttätigen Angriffen durch militante Gruppen wie dem IS. Außerdem werden sie generell in der Gesellschaft diskriminiert. Zudem sind auch Atheisten und jeder, der die sunnitisch-islamischen Lehren öffentlich in Frage stellt, äußerst gefährdet.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Libyen hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Libyen kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von extremistischen Gruppen aufgrund ihres Glaubens verfolgt und getötet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden belästigt und angegriffen, weil sie religiöse Symbole tragen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten werden gefoltert und unter Druck gesetzt, ihre Abkehr vom Islam zu widerrufen (ICCPR Art. 7 und 18)
- Christen werden unter dem Vorwurf der Blasphemie festgenommen und inhaftiert, weil sie christliches Material im Internet verbreitet haben (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
4

LÄNDERPROFIL

Eritrea



Platz 4 / 89 Punkte (2023: Platz 4 / 89 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Regierung weigert sich, religiöse Gruppen anzuerkennen, die nicht dem sunnitischen Islam, der eritreisch-orthodoxen, katholischen oder der lutherischen Kirche angehören. Christen solcher nicht anerkannter Kirchen haben ernsthafte Probleme beim Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen, insbesondere zu den vom Staat bereitgestellten Sozialdiensten. Junge Menschen werden zum Militärdienst gezwungen und Christen haben nicht das Recht, diesen Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Wer während des Wehrdienstes bei der Ausübung einer nicht anerkannten Religion entdeckt wird, muss mit strengen Strafen rechnen. Der extreme Druck und das sehr hohe Ausmaß an staatlich sanktionierter Gewalt bringen manche Christen dazu, aus dem Land zu fliehen. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOK) verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, erfahren von ihren Familien und ihrem Umfeld Verfolgung und Einschränkungen ihrer Rechte. Vor allem junge Christen haben nur düstere Entscheidungsoptionen: Entweder sie durchleben eine langjährige Inhaftierung in extrem feindlicher Umgebung (z. B. in zu Gefängniszellen umgebauten Schiffscontainern) oder sie riskieren die Flucht aus dem Land über gefährliche Schlepperrouten. Diese Routen führen häufig durch Länder wie den Sudan, Ägypten und Libyen und über das tückische Mittelmeer, sie bringen Gefahren wie Tod, Erpressung und Folter mit sich – und sind damit extrem risikoreiche Routen für Christen, die vor feindlichen Bedingungen in Eritrea fliehen. Weiter erschwert wird die Reise durch die anhaltenden Konflikte in den Transitländern Sudan, Äthiopien und Libyen, wodurch der ohnehin gefährliche Weg noch schwieriger und unsicherer für die Menschen wird, die sich in ihrer verzweifelten Situationen auf den Weg machen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Isayas Afewerki

BEVÖLKERUNG

3.728.000

CHRISTEN

1.739.000 / 46,6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Das politische System Eritreas wird von Präsident Isayas Afewerki beherrscht, der seit der De-jure-Unabhängigkeit Eritreas im Jahr 1991 an der Macht ist. Seine Partei, die »Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit« (People's Front for Democracy and Justice, PFDJ), ist die einzige politische Kraft im Land. Ihr Programm stützt sich auf den Personenkult um den Präsidenten und gründet sich auf dem »Befreiungskampf« Eritreas gegen Äthiopien, der von 1961 bis 1991 andauerte. Eritreern wird beigebracht, dass die nationale Identität wichtiger ist als individuelle Rechte und ethnische Zugehörigkeit. Anfang Juli 2018 unterzeichnete Eritrea ein historisches Friedensabkommen mit Äthiopien. Damit wurde das Ende des drei Jahrzehnte währenden Konflikts und eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Sicherheit beschlossen.

Menschenrechtsorganisationen halten Eritrea für eines der repressivsten Länder der Welt. Politische Proteste sind nicht erlaubt, und es gibt keine unabhängigen Medien im Land. Früher war Eritrea ein föderaler Bestandteil Äthiopiens, was zur Bildung einer eritreischen Befreiungsbewegung führte, die mehrheitlich von Muslimen angeführt wurde. Die meisten eritreisch-orthodoxen Christen unterhielten enge Beziehungen zur äthiopisch-orthodoxen Kirche und sahen die Bewegung der Muslime als gefährlich an. Umgekehrt betrachteten einige islamisch-extremistische Gruppen die orthodoxen Christen als große Bedrohung für das Streben nach Unabhängigkeit. Seit dieser Zeit stehen sich die beiden Seiten mit Misstrauen gegenüber.

Nach Angaben des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2022 ist »die Mehrheit der Bevölkerung in den südlichen und zentralen Landesteilen [...] christlich, während die nördlichen Gebiete mehrheitlich von sunnitischen Muslimen bewohnt sind. Die Mehrheit der Tigrinya, der größten ethnischen Gruppe, ist christlich.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	1.739.000	46,6
Muslime	1.910.000	51,2
Hindus	1.100	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	23.900	0,6
Bahai	1.400	< 0,1
Atheisten	320	< 0,1
Agnostiker	51.500	1,4

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die islamische Unterdrückung findet vor allem im Tiefland statt, während sich der konfessionelle Protektionismus auf die Hochebenen im Zentrum von Eritrea konzentriert.

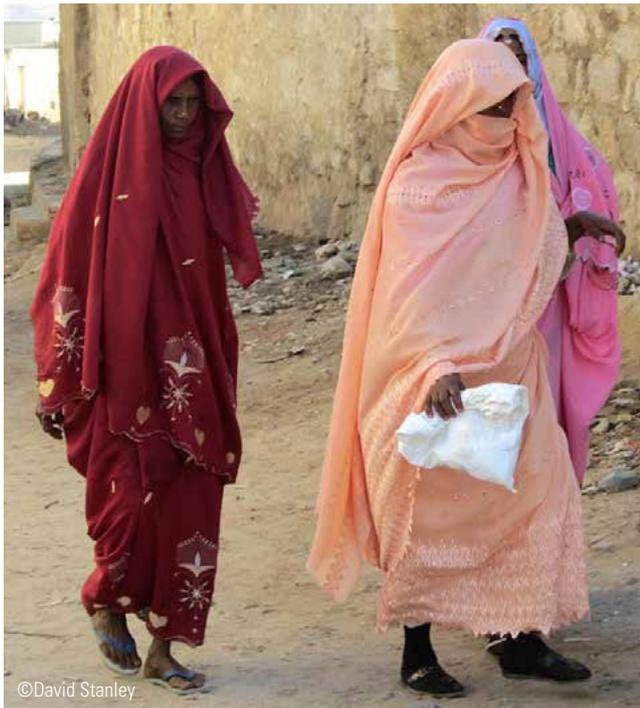
Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Konfessioneller Protektionismus

Die EOK hat eine lange Tradition im Land und betrachtet Christen aus anderen Denominationen, besonders Christen der Pfingstbewegung, als ausländisch und fremd. Doch auch orthodoxe Christen erfahren Druck, etwa die Einmischung von außen in innerkirchliche Angelegenheiten; dazu gehören die Überwachung kirchlicher Leiter, Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung durch die Regierung und durch Verfolger der islamischen Unterdrückung.

Diktatorische Paranoia

Seit dem Unabhängigkeitsreferendum von 1993 übt die PFDJ volle Kontrolle über Eritrea aus. Die Partei regiert in einem Einparteiensystem unter der Führung von Präsident Afewerki. Das Regime unternimmt alles, um seine Macht zu erhalten. Regimekritische Christen werden verhaftet, schikaniert und getötet, oft unter dem Vorwand, sie seien »Agenten des Westens«.



©David Stanley

Islamische Unterdrückung

Muslime machen ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung aus. Von ihnen sind nahezu alle Sunniten. In den meisten Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit sind Christen und insbesondere christliche Konvertiten besonders gefährdet. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben. Obwohl extremistische Gruppierungen auf die Gründung eines islamischen Staates drängen, wurde dies bisher verhindert. Eine entscheidende Rolle dabei hat der Totalitarismus der Regierung gespielt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Laut dem Bericht von Transparency International vom Januar 2023 belegt Eritrea mit 22 Punkten (0 = sehr korrupt und 100 = sehr integer) den Rang 162 von 180 Ländern. Die Korruption betrifft insbesondere das Militär, das viele Aspekte des Lebens im Land kontrolliert.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und sich mit anderen Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst Christen der EOK, der anglikanischen Kirche, der evangelisch-lutherischen Kirche sowie der römisch-katholischen Kirche. Diese Christen leben hauptsächlich in den christlich geprägten Gebieten im Zentrum und im Süden des Landes. Sie werden zum einen von islamischer Unterdrückung beeinträchtigt, zum anderen sind sie auch von staatlichen Maßnahmen betroffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe schließt sowohl Christen ein, die traditionelle Kirchen (insbesondere die EOK) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund. Ersteren widerfährt starke Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung durch die EOK und ihre orthodoxen Familien, zweiteren durch die muslimische Gesellschaft und ihre muslimischen Familien.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe ist der härtesten Verfolgung im Land ausgesetzt. Sie besteht aus Christen evangelikaler, baptistischer und pfingstlerischer Gemeinden. Sie werden sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft allgemein als

Agenten des Westens angesehen. Insbesondere Pfingstgemeinden sind ernsthaftem Druck und Gewalt ausgesetzt. Ihre Rechte werden regelmäßig von Regierungsvertretern und durch die EOK verletzt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Das Recht auf freie Meinungsäußerung in all seinen Formen ist eingeschränkt. Privathäuser von Christen werden zum Ziel von Durchsuchungen. Verhaftungen und Beschlagnahmung von christlichem Material sind die Folgen. Oft wird die staatliche Überwachung so lange fortgesetzt, bis die Behörden geheime Zellgruppen aufdecken, um danach Verhaftungen ganzer Gemeinden vornehmen zu können. Dies trifft auf alle Christen zu, selbst auf diejenigen aus offiziell anerkannten Kirchen. Der gesamte Alltag wird kontrolliert: Telefongespräche werden überwacht, die Internet-Bandbreite wird gering gehalten, und ein Netz von Bürgern ist damit beauftragt, ihre Nachbarn auszuspionieren.

Familienleben

Die Rechte von Eltern sind eingeschränkt, besonders von christlichen Eltern aus protestantischen Freikirchen. Wer sich gegen die Regierung stellt, riskiert Verhaftung, Folter und die Verweigerung eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Die staatliche Propaganda in Schulen und beim Militärtraining für Jugendliche widerspricht oft direkt christlichen Werten. Der Begriff »Pentay« wird abwertend für Christen benutzt, die nicht der orthodoxen Kirche angehören. Kinder solcher Christen

sind häufig beträchtlichem Druck vonseiten ihrer Lehrer und Mitschüler ausgesetzt. Kinder werden häufig stigmatisiert, schikaniert oder sogar angegriffen, besonders wenn ihre Eltern im Gefängnis sind oder waren. Wenn Familienmitglieder sich gezwungen sehen, aus dem Land zu fliehen, lassen sie in der Regel schutzbedürftige Verwandte zurück.

Die Verwicklung Eritreas in den Krieg in Tigray (Äthiopien) hat den Druck auf Familien weiter erhöht. Die Zwangsrekrutierung hat zugenommen, Widerstand dagegen wird nicht geduldet. Familienmitglieder von Jugendlichen, die vor der Rekrutierung fliehen, werden bestraft.

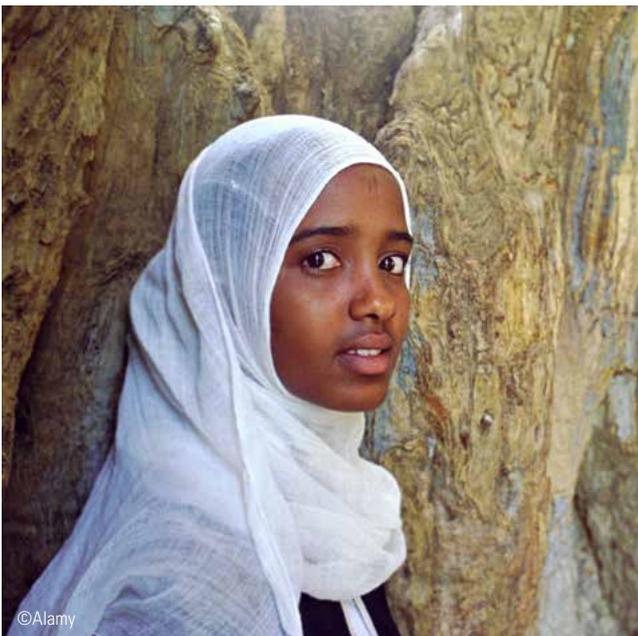


Gesellschaftliches Leben

Es gibt in Eritrea ein Netzwerk von Bürgern (insbesondere Frauen, die früher Freiheitskämpferinnen waren und nun der herrschenden Partei angehören), das damit beauftragt ist, die Aktivitäten ihrer Nachbarn zu überwachen. Diese Informanten berichten den Behörden von jedem, der verdächtigt wird, Treffen von Untergrundkirchen auszurichten. Die staatliche Überwachung der Internetnutzung und der Telekommunikation zwingt viele Christen zu äußerster Vorsicht, um sich und andere nicht in Gefahr zu bringen.

Leben im Staat

Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur die vier offiziell anerkannten Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen: der sunnitische Islam, die EOK, die lutherische Kirche und die römisch-katholische Kirche. Der Patriarch der EOK wird von der Regierung ernannt. Jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Lokale Behörden betrachten es als ausreichenden Grund, dass einer christlichen Kirche oder Gemeinschaft die staatliche Anerkennung verweigert wird, um deren Mitglieder zu verhaften und einzuschüchtern. Zu den Strafen kann die Einweisung in eines der Gefangenenlager gehören, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Wer aus einem solchen Gefängnis entlassen wird, erhält die Anordnung, seinen Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei zu melden. Die Regierung betrachtet die Zivilgesellschaft und politische Parteien als Staatsfeinde.



Kirchliches Leben

Alle Kirchen stehen unter staatlicher Überwachung. Am stärksten werden jedoch die nicht registrierten Kirchen überwacht und in ihren Tätigkeiten behindert. Kirchliche Leiter werden gezielt ins Visier genommen und riskieren Verhaftung, Folter, den Hungertod und Zwangsarbeit. Sogar orthodoxe Kirchen stehen unter dem Druck, nichts zu predigen, was als regierungsfeindliche Botschaft verstanden werden könnte. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter der anerkannten Kirchen ein.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Nach Angaben von Amnesty International werden Journalisten, politische Dissidenten, Leiter und Mitglieder christlicher Gemeinschaften von den Behörden nach wie vor willkürlich inhaftiert – das heißt, man lässt sie gewaltsam verschwinden.
- So nahm im März 2023 die Polizei 30 Christen fest, die sich in einem Haus in der Stadt Keren, etwa 90 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Asmara, zum Gottesdienst versammelt hatten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	4	89
2023	4	89
2022	6	88
2021	6	88
2020	6	87

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Gesamtwert und damit das Ausmaß der Verfolgung in Eritrea ist in den vergangenen fünf Jahren konstant extrem hoch geblieben, und der Weltverfolgungsindex 2024 macht dabei keine Ausnahme. Genauer gesagt lag der Gesamtwert in den letzten fünf Jahren durchgängig zwischen 87 und 89, was auf ein anhaltend extrem hohes Maß an Verfolgung hindeutet.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christinnen befinden sich in einer Art Zangengriff – unter Druck einerseits von der eritreischen Regierung und andererseits von der Gesellschaft. Christliche Konvertitinnen sind Entführungen innerhalb ihres sozialen Umfelds, Hausarrest, Zwangsheirat, Zwangsscheidung und dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder ausgesetzt. In Eritrea müssen Frauen wie Männer eine obligatorische militärische Ausbildung absolvieren und Wehrdienst leisten. Die Grundausbildung erfolgt mitunter im berüchtigten »Militärcamp Sawa« – und damit in einem stark kontrollierten Umfeld, in dem jedes Verhalten und jeder Glaube genauestens überprüft werden. Im Militärdienst erleben viele Frauen geschlechtsspezifische Gewalt, genauso wie in Haftanstalten.

Männer: Wie Frauen unterliegen auch die Männer der Wehrpflicht, welche christliche Männer in ein streng kontrolliertes Umfeld bringt. Angesichts dessen versuchen viele junge Eritreer, aus dem Land zu fliehen. Zu den Arten, wie besonders christliche Männer verfolgt werden, gehören Schläge, Festnahmen und Internierung durch die Regierung, und vor allem die Männer sehen sich zur Flucht aus dem Land gezwungen. Da die meisten Leitungspositionen in den Untergrundkirchen von Männern besetzt sind, führt jede Verhaftung zu einem Leitungsvakuum in den Gemeinden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 des US-Außenministeriums verlautbart: »Die Regierung verbietet nach wie vor alle nicht sunnitischen Praktiken des Islam. Außerdem wurde es den meisten Zeugen Jehovas immer noch verweigert, offizielle Ausweisdokumente zu erhalten. Dies hinderte viele von ihnen daran, in staatlichen Einrichtungen zu studieren, einen Großteil der Arbeitsstellen anzunehmen und somit aktiv am Berufsleben teilzunehmen, staatliche Leistungen und Zugang zu Bankkonten zu erhalten und zu reisen. Laut einem Bericht der Zeugen Jehovas hielten die Behörden weiterhin 20 ihrer Anhänger fest, von denen mehr als die Hälfte bereits länger als 20 Jahre inhaftiert sind, weil sie sich weigerten, am Militärdienst teilzunehmen oder ihrem Glauben abzuschwören.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Eritrea hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Eritrea kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen sind unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert und werden gefoltert (ICCPR Art. 7 und 10)
- Eritreer werden gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen unbefristeten Militär- und Nationaldienst zu leisten (ICCPR Art. 8 und ICESCR Art. 11)
- Christen werden willkürlich festgenommen und ohne Gerichtsverfahren inhaftiert (ICCPR Art. 9)
- Christen, die nicht registrierten Kirchen angehören, dürfen ihre Religion nicht ausüben (ICCPR Art. 18)
- Christen aus nicht-registrierten Kirchen dürfen sich nicht zum Gottesdienst versammeln oder treffen (ICCPR Art. 21)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
5

LÄNDERPROFIL

Jemen



Platz 5 / 89 Punkte (2023: Platz 3 / 89 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die christliche Gemeinde im Jemen besteht überwiegend aus Christen mit muslimischem Hintergrund und ihren Kindern. Diese Konvertiten müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Sie erleben Verfolgung und Diskriminierung durch die Behörden (einschließlich Verhaftung und Verhör) sowie durch die eigenen Familien und islamisch-extremistische Gruppen. Diese betrachten Konvertiten als »Abtrünnige« vom Islam und drohen ihnen mit dem Tod. Die Stammesidentität ist im Jemen eng mit islamischer Identität verbunden. Deswegen erfahren Jemeniten, die den Islam verlassen und Christen werden, vonseiten ihres Stammes massiven gesellschaftlichen Druck und Gewalt. Christliche Konvertiten, die mit Muslimen verheiratet sind, riskieren die Zwangsscheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Wie alle anderen Bürger leiden auch Christen unter der allgemeinen humanitären Krise im Land, sie sind jedoch in besonderem Maße davon betroffen, da die Nothilfe hauptsächlich über Moscheen an lokale Muslime verteilt wird und dabei diejenigen diskriminiert werden, die nicht als gläubige Muslime gelten.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Vorsitzender des Präsidialrates
Rashad Muhammad al-Alimi

BEVÖLKERUNG

31.818.000

CHRISTEN

Einige Tausend

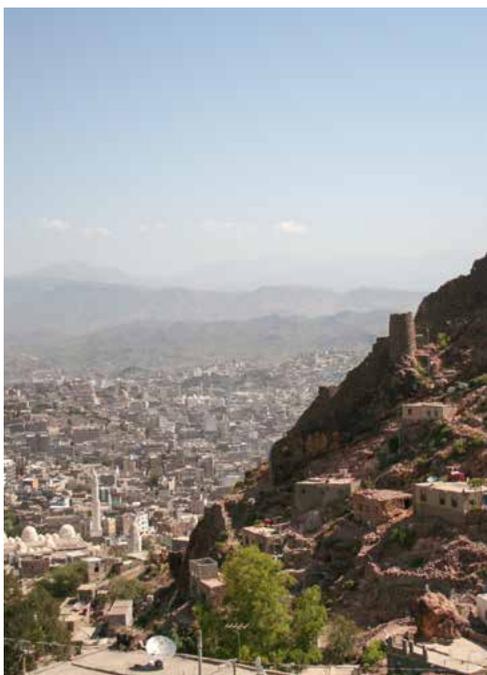
(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Im Übergang



Hintergrund

Im Jahr 2014 verbündeten sich die Huthi (eine schiitische muslimische Minderheit), die von der Politik des Regimes von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi frustriert waren, mit dem Militär und übernahmen die Kontrolle über die Hauptstadt Sanaa. Hadi floh daraufhin nach Saudi-Arabien. Das Land bildete schließlich eine Koalition, um Hadi wieder einzusetzen, die eigene Grenze zu schützen, eine Aufspaltung des Jemen zu verhindern und dem Einfluss des Iran (dem schiitischen regionalen Rivalen des mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien) entgegenzuwirken. Saudi-Arabien erwartete, dass seine Luftstreitkräfte den Huthi-Aufstand schnell niederschlagen würden, doch der Bürgerkrieg zieht sich in die Länge. Er hat Hunderttausende Tote und Vertriebene gefordert, und nach Angaben der Weltbank leben fast 80 Prozent der Bevölkerung in Armut. Wie häufig in Kriegsgebieten sind Minderheiten besonders gefährdet, da gewalttätige extremistische Gruppen ungestraft gegen diejenigen vorgehen können, denen sie schaden wollen – im Falle des Jemen sind solche Gruppen der sogenannte »Islamische Staat« (IS) und al-Qaida.

Der Jemen ist eine autoritäre islamische Republik, auch wenn die Staatsform aufgrund des Krieges de facto als im Übergang zu bezeichnen ist. Gemäß der Verfassung von 1991 ist die Scharia (das islamische Recht) die Quelle jeder Gesetzgebung. Laut der christlichen Hilfsorganisation »Middle East Concern« sind »Blasphemie, Diffamierung von Religionen und nicht islamische Missionierung verboten. Apostasie [Abfall vom Islam] ist eine Straftat, und diejenigen, die sich weigern, [ihre Abkehr vom Islam] zu widerrufen, werden mit dem Tod bestraft. Es gelten die islamischen Personenstandsgesetze; dazu gehört auch das Heiratsverbot zwischen einem Muslim und einer vom Islam Abgefallenen sowie zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht muslimischen Mann. Es gibt kein offizielles Registrierungsverfahren für nicht islamische religiöse Gruppen, und seit vielen Jahren hat die Regierung keinen Bau mehr von nicht islamischen Gotteshäusern genehmigt.«

Aus Sicherheitsgründen kann die Aufgliederung von Weltanschauungen und deren Anhänger für den Jemen nicht veröffentlicht werden. Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land aber auf einige Tausend. Vor dem Bürgerkrieg, der im Jahr 2015 begonnen hat, konnten noch Tausende von ausländischen, häufig in der Entwicklungshilfe tätigen Christen ihre Gottesdienste in einigen wenigen registrierten Kirchen in Aden und Sanaa feiern. Die meisten dieser ausländischen Christen sahen sich aber aufgrund der gefährlichen Situation gezwungen, das Land zu verlassen; einige ihrer Kirchen wurden geplündert. Übrig geblieben sind überwiegend einheimische Christen, die zumeist Konvertiten sind. Sie stehen in der großen Gefahr, von ihren Familien, Clans und Stämmen getötet zu werden. Auch eine große Zahl äthiopischer und eritreischer Christen leben derzeit als Geflohene in Jemen.

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Situation für Christen im Jemen ist gefährlich – in einigen Gebieten ganz besonders, beispielsweise im Süden, in dem al-Qaida stark vertreten ist. Darüber hinaus berichten christliche Konvertiten muslimischer Herkunft, dass sie in den von schiitischen Huthi kontrollierten Gebieten im Norden (etwa ein Drittel des jemenitischen Staatsgebiets) stärkeren Druck erfahren als in den Gebieten unter der Kontrolle der sunnitischen Hadi-Regierung. Dagegen erleben eingewanderte Christen mit traditionellem christlichen Hintergrund in den Huthi-Gebieten weniger Einschränkungen als anderswo, so eine Quelle mit Verbindungen zu dieser Gruppe von Christen. Die von den Huthi kontrollierten Gebiete werden im Allgemeinen von der Polizei streng überwacht, und jede abweichende Meinung wird rigoros unterdrückt und kann zu Inhaftierung und Folter führen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die jemenitische Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Quelle jeder Gesetzgebung. Evangelisation ist verboten; Muslime dürfen nicht zu einer anderen Religion konvertieren. Der Islam ist ein wichtiger Teil der jemenitischen Stammesidentität. Gleichzeitig versuchen militante Organisationen wie die Huthi, »al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel« (AQAP) und der IS, eine sehr strikte Form des Islam durchzusetzen. Sie sind die Hauptverfolger innerhalb der Triebkraft der islamischen Unterdrückung und greifen Christen gezielt an oder töten sie.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die jemenitische Gesellschaft ist in erster Linie eine Stammesgesellschaft, in der die Zentralregierung oft nur eine untergeordnete Rolle einnimmt, wenn es um politische Entscheidungen geht. Die islamische Identität ist mit der ethnischen Identität verflochten und in vielen Gebieten setzen die Stammesältesten die Stammesgesetze und -bräuche durch. So ist es den Stammesmitgliedern verboten, den Stamm zu verlassen oder außerhalb des Stammes zu heiraten – erst recht keine Christen. Die Strafe für Zuwiderhandlung können Tod oder Verbannung sein.

Diktatorische Paranoia

In Jemen herrscht seit 2012 eine Diktatur. In der Bürgerkriegssituation ist der Überlebenstrieb der Kriegsparteien

zwangsläufig stark. Die Huthi-Behörden ergreifen in den von ihnen kontrollierten Gebieten immer härtere Maßnahmen gegen diejenigen Einzelpersonen oder Vereinigungen, die sie als Bedrohung für ihre Herrschaft betrachten, was auch religiöse Minderheiten einschließt. Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Christen sind besonders gefährdet, Opfer von Verbrechen zu werden, da sie oft als Ausländer angesehen und mit dem Westen in Verbindung gebracht werden. Aufgrund des Fehlens von Rechtsstaatlichkeit sind sie weitgehend schutzlos und diejenigen, die Verbrechen gegen sie begehen, bleiben größtenteils straffrei.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Fast alle westlichen Arbeitskräfte haben das Land infolge des Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen. Die eingewanderten Christen, die noch geblieben sind, sehen sich einer Kombination aus rassistisch motivierter Diskriminierung und Verletzungen ihrer Religionsfreiheit gegenüber – in Form von Schikanen, gesellschaftlicher Benachteiligung sowie Gewalt durch islamisch-extremistische Bewegungen. Da die Zahl der christlichen Migranten jedoch deutlich zurückgegangen ist und die christliche Gemeinde im Jemen

nun hauptsächlich aus einheimischen Christen besteht, wird die Kategorie der ausländischen Christen in der Analyse des Weltverfolgungsindex derzeit nicht bewertet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Mindestens 95 Prozent der jemenitischen Christen sind christliche Konvertiten muslimischer Herkunft. Sie sind im ganzen Land nach wie vor stark gefährdet. Dies ist zurückzuführen auf traditionelle Familien-, Gesellschafts- und Stammeswerte, auf die Straffreiheit, mit der islamisch-extremistische Gruppen agieren können, und auf die Weigerung staatlicher (oder de-facto-staatlicher) Behörden, jegliche Form von Abweichung zu tolerieren.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Alle Jemeniten gelten als Muslime. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, körperlicher Gewalt oder sogar einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken. Ihren Glauben im privaten Raum auszuüben, ist besonders dort riskant geworden, wo extremistische Muslime die Kontrolle haben – und AQAP sowie der IS kontrollieren große Teile des Landes.

Familienleben

Da die jemenitische Gesellschaft streng muslimisch ist, gibt es einen enormen familiären Druck gegen einen Glaubenswechsel, da dieser als beschämend und beleidigend

für die Familienehre angesehen wird. Alle christlichen Aktivitäten oder Feiern müssen geheim gehalten werden. Jemenitische Christen muslimischer Herkunft mit Kindern stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Verwandtschaft und der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder nach islamischen Normen erzogen werden; und sollte der neue Glaube der Eltern entdeckt werden, besteht ein großes Risiko, dass sie das Sorgerecht verlieren. Familien, die einen Glaubenswechsel ablehnen, versuchen junge Konvertiten häufig dadurch zu »korrigieren«, dass sie eine Ehe mit einem konservativen muslimischen Ehepartner arrangieren. Eine Verweigerung dieser »Korrektur« kann zu Freiheitsentzug, Ehrenmord durch Familienmitglieder oder einem Angriff einer militanten islamistischen Gruppe führen.

Gesellschaftliches Leben

Der anhaltende Bürgerkrieg und die daraus resultierende humanitäre Krise haben für die Christen im Jemen äußerst schwierige Bedingungen geschaffen. Konvertiten, deren Glaubenswechsel noch jung ist, werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, wenn er entdeckt wird. Die Weigerung führt im besten Fall zu Freiheitsentzug oder Gewalt, im schlimmsten Fall zur Tötung. Gesellschaftlicher Druck tritt vor allem in den Dörfern auf, wo die religiösen Leiter stärker ins Familienleben involviert sind und es weniger Privatsphäre gibt. Christliche Konvertiten, die ihren Glauben verbergen, gelten als weniger fromme Muslime, weil sie nicht (oder seltener) in die Moschee gehen. Infolgedessen werden sie bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern benachteiligt.

Leben im Staat

Nach dem jemenitischen Strafgesetzbuch ist der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion ein Glaubensabfall (Apostasie) – und damit eine schwere Straftat. Wenn Führungskräfte den Verdacht haben, dass ein Mitarbeiter Christ ist, ist es für ihn praktisch unmöglich, eine Beförderung zu erhalten. Bei Verbrechen gegen Christen,

einschließlich sogenannter »Ehrenverbrechen«, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter angesichts der schwachen Rechtsstaatlichkeit in weiten Teilen des Jemen ungestraft davonkommen. Im weitverbreiteten System der Stammesjustiz wird erwartet, dass das Familienoberhaupt die Bestrafung ausführt. In Gebieten, in denen es eine offizielle Regierung gibt, ist es sehr wahrscheinlich, dass islamische Prinzipien angewendet werden, die Christen muslimischer Herkunft stark benachteiligen.

Kirchliches Leben

Die drei offiziellen Kirchengebäude in Aden, die ausländischen christlichen Arbeitsmigranten oder Geflüchteten (hauptsächlich äthiopischen Christen) dienen, wurden im Krieg beschädigt und sind geschlossen. Christen können sich nur an geheimen Orten treffen. Die Verteilung von nicht islamischem religiösem Material ist gesetzlich verboten und wird streng bestraft. Kirchen, die humanitäre Hilfsaktionen organisieren, laufen Gefahr, angegriffen zu werden.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	5	89
2023	3	89
2022	5	88
2021	7	87
2020	8	85

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl für den Jemen bleibt mit 89 Punkten mehr oder weniger unverändert. In allen fünf Lebensbereichen erreicht der Druck die maximale Wertung oder ist nahe daran. Der Wert für Gewalt blieb mit 5,9 Punkten gleich hoch. Die christlichen Konvertiten, die im Jemen die Mehrheit in der Gemeinde ausmachen und ihren Glauben im Verborgenen leben müssen, erleben Verfolgung und Diskriminierung durch ihre Familien, islamisch-extremistische Gruppen und die Behörden (sowohl durch die offiziellen Behörden als auch durch Huthi-Rebellen, die in einem Drittel des Landes als lokale Behörden fungieren).

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Im patriarchalischen, islamischen Kontext des Jemen gilt die Hinwendung einer Frau zum christlichen Glauben als Schande für ihre Familie. In der Regel wird christlichen Konvertitinnen ihr Mobiltelefon abgenommen, und sie werden zu Hause isoliert. Um für den Stamm oder die Familie »die Ehre wiederherzustellen«, werden sie mitunter körperlich und seelisch misshandelt, vergewaltigt und sogar getötet. Oder sie werden mit einem strenggläubigen Muslim zwangsverheiratet – ebenfalls eine gängige vermeintliche Lösung, um eine junge Konvertitin wieder auf Linie zu bringen. Aufgrund der strengen Überwachung durch die Familie haben Frauen nur begrenzten Zugang zu Informationen über den christlichen Glauben, was dazu führt, dass weniger Frauen Christen werden.



Männer: Im Allgemeinen ist das Leben im Jemen aufgrund des andauernden Kriegs und fehlender Religionsfreiheit für die christliche Minderheit sehr schwierig. Christliche Männer und Jungen werden mitunter gezwungen, sich den Milizen anzuschließen. Wenn sie so in den Krieg hineingezogen werden, wirkt sich das auf ihre Bildung und ihre Zukunft aus: nicht nur wegen der Lebenszeit, die ihnen genommen wird, sondern auch wegen des streng kontrollierten islamischen Umfelds, in dem das Kampftraining stattfindet. Männliche christliche Konvertiten sind vor allem öffentlichem Druck ausgesetzt: Sie riskieren, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, geschlagen oder gefangen gehalten zu werden. Deshalb fliehen viele christliche Männer aus dem Land.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten im Jemen, deren Rechte verletzt werden, sind Bahai und Juden. Extremistische Muslime betrachten Bahai als Ungläubige, weshalb sie diskriminiert und unter Umständen inhaftiert und gefoltert werden, meist von den Huthi-Behörden; außerdem werden sie unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Die winzige jüdische Gemeinde, die vor allem in der Hauptstadt lebt, wird von den Huthi-Rebellen als Feind betrachtet. Die Huthis schränken außerdem die Freiheit der sunnitischen Muslime ein.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Jemen hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Jemen kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Konvertierte Christen werden von Staat und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihre Konversion zu widerrufen (ICCPR Art. 18)
- Christen leiden unter der einseitigen Verteilung von Nothilfe aufgrund ihres Glaubens (ICCPR Art. 26)
- Christliche Konvertiten, Männer und Frauen, sind aufgrund ihrer Konversion von Scheidung bedroht und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)
- Die Verbreitung von nicht-islamischem religiösem Material ist gesetzlich verboten (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertitinnen werden aufgrund ihres Glaubens zu Hausarrest gezwungen und als Geisel gehalten (ICCPR Art. 9 und 12 und CEDAW Art. 15)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
6

LÄNDERPROFIL

Nigeria



Platz 6 / 88 Punkte (2023: Platz 6 / 88 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christen in Nigeria leiden unter einer zermürbenden Kombination aus islamischer Unterdrückung, ethnisch-religiösen Anfeindungen, diktatorischer Paranoia und organisiertem Verbrechen und Korruption. Der bisherigen Regierung war es nicht gelungen, die Zunahme von Gewalt zu verhindern, die von islamisch-extremistischen Milizen ausgeht. Die meisten der Angriffe werden im Norden verübt und zwar von Milizen wie Boko Haram, ihrer inzwischen mächtigeren Abspaltung »Islamischer Staat in der Provinz Westafrika« (ISWAP), von militanten Fulani sowie bewaffneten Kriminellen. Die Gefahr von Gewalttaten wurde in den letzten Jahren noch durch den stetigen Zustrom militanter Fulani aus den Nachbarländern verschärft. Zu dieser Gewaltausübung gehören Mord, Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Entführungen, Verlust von Eigentum und Zerstörung von Ackerland. Davon sind Christen besonders betroffen. Mit dem Verlust ihres Landes werden sie auch ihrer Erwerbsquelle beraubt; viele leben als Binnenflüchtlinge oder sind in andere Länder geflohen.

Im nördlichen Teil von Nigeria werden Christen diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Das trifft besonders auf die Bundesstaaten zu, in denen eine strikte Auslegung der Scharia gilt. Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Bola Ahmed Tinubu

BEVÖLKERUNG

222.182.000

CHRISTEN

102.988.000 / 46,4 %

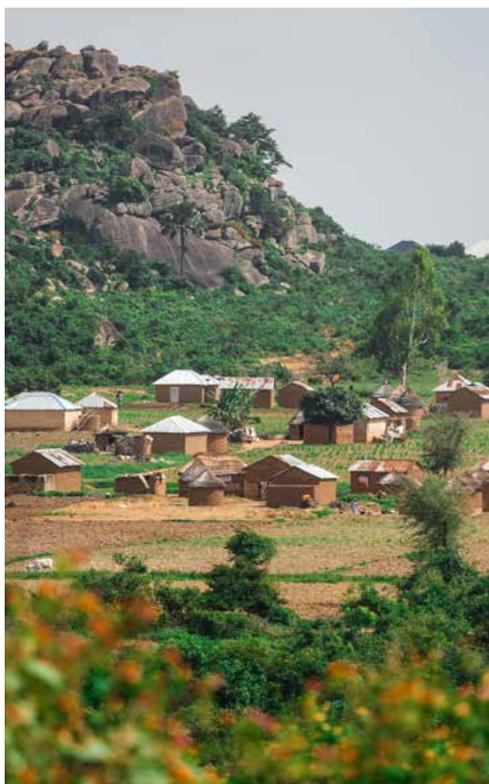
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube und Islam

STAATSFORM

Präsidentielle Bundesrepublik



werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben; oft kommt es auch zu tätlichen Übergriffen. In den vergangenen Jahren hat das Ausmaß der Gewalt zugenommen und sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet. Dadurch wurde das Gefühl der Unsicherheit und das Ausmaß der Straflosigkeit noch verstärkt. Der frühere Präsident Muhammadu Buhari hat Muslime in die wichtigsten Regierungsämter berufen. Das erschwert es den Christen, die Menschenrechtsverletzungen erlitten haben, die Ungerechtigkeiten anzuprangern. Christliche Gemeinschaften werden bei Übergriffen oft von den Sicherheitskräften, die unter dem Befehl der nigerianischen Bundesregierung stehen, im Stich gelassen. Religiös motivierte Gewalt findet auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung statt – wenn nämlich dadurch die überwiegend muslimischen Fulani-Hirten und ihr Vieh in den Süden getrieben und so die Beziehungen zwischen Hirten und Landwirten belastet werden.

Hintergrund

Erst im Jahr 1999, im Anschluss an eine 16-jährige Militärherrschaft, kam es zu einer dauerhaften Demokratisierung Nigerias. Muhammadu Buhari von der Partei »All Progressives Congress« (APC) war von 2015 bis 2023 Präsident. Ihm folgte Bola Ahmed Tinubu. Nach dessen Amtsantritt im Mai 2023 begann er eine größere Personalumstrukturierung und ersetzte dabei die Befehlshaber der Verteidigungskräfte und andere hochrangige Positionen im Sicherheitsapparat. Das Ziel dieses Stuhlerückens sollte ein besseres Gleichgewicht zwischen muslimischen und christlichen Amtsträgern sein. Außerdem gab Tinubu Muslimen aus dem Südwesten, der Heimat des Präsidenten, mehr Einfluss auf Kosten der Muslime aus dem Norden. Präsident Tinubu erklärte, dass eine seiner Prioritäten darin bestehen wird, entschieden gegen Gewalttäter im Land vorzugehen.

Ethnische und religiöse Zugehörigkeit spielen in der nigerianischen Politik eine bedeutende Rolle. Politiker versuchen, direkt und indirekt Unterstützung für sich zu mobilisieren, indem sie an ethnische und religiöse Motive anknüpfen. Historisch gesehen dominierten die muslimischen Hausa-Fulani das politische Feld – als Politiker, aber vor allem auch durch ihre Dominanz in der Armee, die immer ein wichtiger Akteur in der nigerianischen Politik war. Der größte Streitpunkt in der nigerianischen Politik ist die Verteilung der Einnahmen aus den beträchtlichen Ölvorkommen des Landes. Die Korruption ist weit verbreitet, sowohl auf föderaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene.

Der südliche Teil Nigerias ist überwiegend (71 Prozent) christlich geprägt, während der Norden Nigerias (26 Prozent Christen) überwiegend muslimisch geprägt ist. Diese religiöse Teilung deckt sich teilweise mit der ethnischen Spaltung in Nigeria: Die Hausa-Fulani im Norden sind überwiegend muslimisch und die Igbo im Südosten Nigerias hauptsächlich christlich, während die Yoruba im Südwesten Nigerias sowohl

einen bedeutenden muslimischen als auch christlichen Bevölkerungsanteil haben.

Obwohl Nigeria laut Verfassung ein säkularer Staat ist, hat die herrschende Elite des Nordens jahrzehntelang Christen zugunsten von Muslimen diskriminiert. Seit 1999 wurde die Scharia in zwölf nördlichen Bundesstaaten eingeführt.

Im Norden werden Christen von Boko Haram ins Fadenkreuz genommen: Christliche Männer werden entführt und getötet, während Christinnen entführt, vergewaltigt und zwangsverheiratet werden. Boko Haram verfolgt damit das Ziel, christlich geprägte Gebiete zu entvölkern. Ähnliche Gewalt geht von der Gruppe ISWAP aus, die sich – wie auch Boko Haram – ebenfalls zum sogenannten »Islamischen Staat« (IS) bekennt. Außerdem greifen militante Fulani die Dörfer in mehreren nördlichen Bundesstaaten an, die überwiegend von Christen bewohnt sind, entführen, vergewaltigen und töten Menschen, zerstören Kirchen und andere Gebäude sowie Ernten oder besetzen Ackerland. Die Gefahr von Gewalttaten wurde in den letzten Jahren noch durch den stetigen Zustrom militanter Fulani aus den Nachbarländern verschärft. Ebenso sind verschiedene Gruppen bewaffneter Krimineller für die Gewalt verantwortlich; auch sie vergewaltigen, töten, entführen und brandschatzen. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen (Boko Haram, ISWAP, militante Fulani, Kriminelle) sind vielschichtig. Gemeinsam tragen sie aber zu einer »Kultur der Gewalt« bei, durch die Christen in Gefahr geraten, vor allem in den nördlichen, aber auch in mehreren südlichen Bundesstaaten.

Aufgrund der Gewalt wurden Ende 2022 in Nigeria 3,6 Millionen Binnenvertriebene gezählt, von denen viele Christen sind.

All diese Gewalt verbreitet nicht nur Angst und bringt Christen (und andere Nigerianer) in extreme Gefahr, sie traumatisiert die Menschen auch – und das in einem Land, in dem es im Verhältnis zur Not nur sehr wenige Angebote zur Traumabehandlung und -bewältigung gibt. Darüber hinaus ist die Entführung von Menschen zu einem hochprofessionell arbeitenden Wirtschaftszweig geworden. Wenn ein Familienmitglied entführt wurde und die Familie das Lösegeld zahlen muss, führt dies zu einer starken Verschuldung der Familie. Dasselbe gilt auch für christliche Gemeinden und Pfarreien, wenn sie gegen hohe Geldbeträge Priester, Pastoren und Gemeindeleiter freikaufen müssen und so von ernsthafter Verarmung bedroht sind.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	102.988.000	46,4
Muslime	103.464.000	46,6
Hindus	39.700	< 0,1
Buddhisten	11.600	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	14.971.000	6,7
Juden	1.200	< 0,1
Bahai	52.600	< 0,1
Atheisten	58.700	< 0,1
Agnostiker	567.000	0,3
Andere	28.400	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Die Lage ist für alle Zivilisten, insbesondere für Christen, sehr schwierig geworden. Nigeria hat sechs geopolitische Zonen. Früher hatte jeder dieser Zonen ihr eigenes Profil hinsichtlich Feindseligkeiten gegen Christen (und andere). Im Nordosten ging die Gewalt vor allem von Boko Haram und ISWAP aus, im Nordwesten von bewaffneten Kriminellen und im zentralen Norden – einschließlich des Bundesstaates Kaduna – von militanten Fulani. Aber die Gewalt ist nun nicht mehr auf die drei nördlichen geopolitischen Zonen beschränkt, sondern hat sich auf die drei südlichen Zonen ausgeweitet. Gleichzeitig haben sich die Einflussbereiche der verschiedenen Gruppen zu überschneiden begonnen, und es wird zunehmend schwieriger zu unterscheiden, welche gewalttätige Gruppe für welche Taten verantwortlich ist und welche spezifische Zugehörigkeit eine bestimmte Gruppe hat.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Es gibt erhebliche Überschneidungen zwischen den Triebkräften der Verfolgung in Nigeria: Islamische Unterdrückung, ethnisch-religiöse Feindseligkeit, diktatorische Paranoia sowie organisiertes Verbrechen und Korruption greifen ineinander über. In den zwölf nördlichen Bundesstaaten gilt die Scharia. Der frühere Präsident Muhammadu Buhari hat Muslime in Schlüsselpositionen im Sicherheitsapparat und in wichtigen Wirtschaftsbereichen eingesetzt. Obwohl sein Nachfolger, Präsident Tinubu, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen muslimischen und christlichen Amtsträgern in kritischen Positionen herstellte, müssen die Auswirkungen seiner Personalumstrukturierung erst noch abgewartet werden. Im ganzen Land herrscht eine Kultur der Straflosigkeit, in der die Grundrechte von Nichtmuslimen missachtet und Verstöße gegen Christen oftmals nicht geahndet werden. Nicht christliche (vor allem muslimische) religiöse Leiter fördern die Übergriffe auf Christen durch eine intolerante Ideologie und Aufstachelung zur Gewalt. Islamisch-extremistische Gruppen, wie etwa Boko Haram und ISWAP, greifen nach wie vor Zivilisten an, insbesondere Christen. In gleicher Weise wird Gewalt von militanten Fulani verübt und hinzu kommt die Gewalt, die von verschiedenen Gruppen bewaffneter Krimineller ausgeht. Dies alles geschieht seit vielen Jahren in den nördlichen Staaten, aber zunehmend auch in den südlichen. Zu den weiteren Verfolgern gehören Mobs bestehend aus Bürgern, die auf der Straße Gewalt gegen Christen

ausüben, Familienmitglieder (insbesondere für Christen muslimischer Herkunft), politische Parteien und Netzwerke des organisierten Verbrechens.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

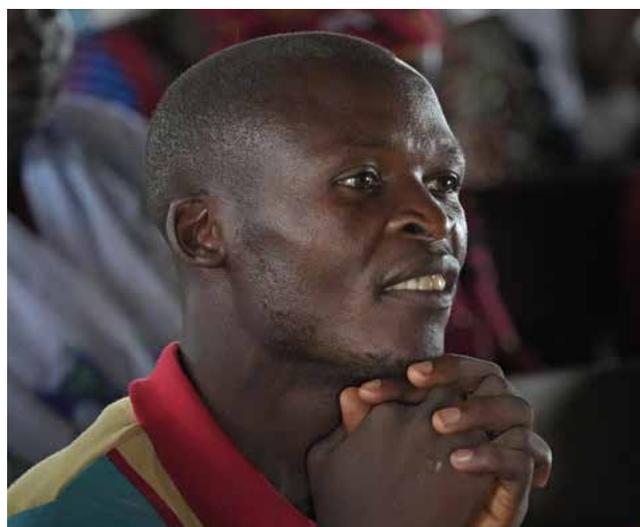
Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören in Nigeria die römisch-katholische Kirche sowie protestantische, anglikanische, methodistische und lutherische Gemeinden. Diese Kirchen sind gewalttätigen Angriffen durch militante Gruppen und bewaffnete Kriminelle ausgesetzt, die ihren Besitz und das Leben ihrer Mitglieder bedrohen. Zusätzlich werden sie durch lokale Behörden, insbesondere in den nördlichen Bundesstaaten, diskriminiert. Die Gewalt hat sich ausgeweitet, sodass nun auch traditionelle Gemeinden in den südlichen Bundesstaaten betroffen sind, ebenso wie von der Landnahme und den Einschüchterungsversuchen durch militante Fulani.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die meisten der Konvertiten in Nigeria haben einen muslimischen Hintergrund. Kommen sie aus dem Norden des Landes, müssen sie häufig aus ihren Häusern und Bundesstaaten fliehen, um ihr Leben zu retten und Schikane zu entgehen, und sie sind oft gezwungen, in Zufluchtshäusern Schutz zu suchen. Dass Konvertiten fliehen müssen, ist im Süden unwahrscheinlicher, obwohl es auch in südwestlichen Gebieten dazu kommen kann.



Christen aus protestantischen Freikirchen

Die evangelikalen und pfingstkirchlichen Gemeinden machen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der nigerianischen Gesamtkirche aus. In den nördlichen Staaten haben diese zwei Gemeindegruppen mit Diskriminierung vonseiten der lokalen Behörden zu kämpfen sowie mit ge-

waltsamen Angriffen verschiedener militanter Islamisten-Gruppen und bewaffneter Krimineller auf ihren Besitz und auf das Leben ihrer Gemeindemitglieder. Die Gewalt gegen Christen aus protestantischen Freikirchen hat sich aber auch auf die südlichen Staaten hin ausgeweitet.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich einiger Teile des Südens) müssen häufig fliehen, um nicht von ihren Familien oder ihrem sozialen Umfeld getötet oder schikaniert zu werden. Alles, was ihren christlichen Glauben offenbart, ist gefährlich. Für Christen, die keine Konvertiten sind, kann ihr englisch oder biblisch klingender Name ein Hinweis auf ihren Glauben sein – ihr Name kann über Leben und Tod entscheiden, beispielsweise bei Überfällen von islamistischen Milizen. In einigen Bundesstaaten stellt es bereits eine große Gefahr dar, bloß in einem überwiegend von Christen bewohnten Landstrich zu leben und führt zu einem hohen Maß an Angst unter der Bevölkerung. Das Gleiche gilt für viele Christen, die als Binnenflüchtlinge in einem unsicheren Umfeld leben.

Familienleben

Christen stehen vor allem in den nördlichen Bundesstaaten (und in einigen Teilen des Südens) vor großen Herausforderungen im Familienleben: Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft fürchten die Entdeckung ihres neuen Glaubens durch ihre Familien, da dies den Verlust des

Sorgerechts für ihre Kinder bedeuten oder sie zur Flucht von zu Hause zwingen könnte. Wenn eine Christin Witwe wird, nehmen manchmal muslimische Verwandte die Kinder zu sich, um sie als Muslime zu erziehen. In den Lagern für Binnenflüchtlinge ist es für christliche Eltern schwierig, ihre Kinder gemäß ihres Glaubens zu erziehen.

Gesellschaftliches Leben

Im Norden des Landes sowie in Teilen des Südens werden Menschen mit englischen oder biblischen Namen in Schulen, Krankenhäusern und am Arbeitsplatz häufig diskriminiert. In muslimisch geprägten Gebieten gelten Christen als Ungläubige und werden schikaniert. Männer können sogar dafür festgenommen werden, einen »unmoralischen Haarschnitt« zu tragen. Herrschende Emire sind mitunter an der Entführung christlicher Mädchen zum Zweck der Zwangsheirat beteiligt. Staatliche Versorgungsmaßnahmen erreichen die christlichen Gemeinschaften nicht in dem Maße, wie sie es sollten. In einigen ländlichen Gebieten wird Christen der Zugang zu Wasser verweigert, sodass sie stundenlang zu Fuß gehen müssen, um Wasser zu schöpfen. Sogar in Städten werden christlichen Wohnv-

teln manchmal öffentliche Infrastruktur und Anlagen zur sanitären Grundversorgung verweigert. Es wird mehr in die Infrastruktur für Gebiete mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit investiert als in christlich geprägte Gebiete. Unter den Binnenflüchtlingen werden Christen bei der Verteilung von Hilfsgütern oft ausgeschlossen.

Leben im Staat

Christen müssen in Diskussionen mit Muslimen sehr vorsichtig agieren, weil ihre Worte leicht gegen sie verwendet werden und sie wegen Beleidigung des Islam beschuldigt werden können. Es wurden bereits Christen auf der Stelle getötet, weil sie beschuldigt worden waren, Mohammed oder den Islam verunglimpft zu haben. Allgemein herrscht



ein Klima der Straffreiheit. Diejenigen, die Christen und ihr Eigentum angreifen, werden fast nie verhaftet. Auf der anderen Seite haben Christen Gefängnisstrafen für Verbrechen verbüßt, für die Muslime rasch freigesprochen oder für die sie gar nicht erst angeklagt werden. Manchmal werden Christen sogar vor Scharia-Gerichten angeklagt, die gar keine Zuständigkeit für Christen haben. Ihre Aussagen haben dort nur halb so viel Gewicht wie die eines Muslims. Obwohl die Verfassung das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit anerkennt, hat die Scharia (in den zwölf nördlichen Staaten, in denen sie eingeführt wurde) Vorrang vor diesem Recht. In den Medien werden Angriffe auf christliche Gemeinschaften häufig als »kommunale Konflikte« bezeichnet. Medien, die Muslimen gehören, berichten kaum über Angriffe von Muslimen auf Christen oder stellen sie verzerrt dar.

Kirchliches Leben

Im Norden werden Kirchen zerstört und Pastoren (manchmal zusammen mit ihren Familien) entführt oder ermordet. Das Gleiche geschieht mit vielen anderen Christen. Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert oder unterbunden. Christen wird zudem Land für den Bau von Kirchen verweigert. Die offene Integration von Christen muslimischer Herkunft in eine Gemeinde könnte Gewalt gegen die Kirche und ihr Eigentum provozieren, weswegen viele christliche Konvertiten in sicherere Gegenden Nigerias ziehen. Doch die Unsicherheit hat sich auch im Süden Nigerias ausgebreitet. In einer Atmosphäre des Chaos und der Strafflosigkeit ist es riskant, sich öffentlich gegen die Menschenrechtsverletzungen an Christen und anderen Nigerianern auszusprechen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 12. Oktober 2022 überfielen bewaffnete militante Fulani das Dorf Dunga (Local Government Area Kajuru, Bundesstaat Kaduna) und entführten 17 Bauern.
- Vom 17. April bis zum 10. Juli 2023 kam es im Bundesstaat Plateau (insbesondere in der Local Government Area Mangu) zu anhaltenden Angriffen. Militante Fulani töteten 315 Christen, mehr als 18.500 Menschen wurden vertrieben, fast alle von ihnen waren Christen.
- Am Palmsonntag 2023 drangen bewaffnete Männer in die Pfingstkirche in Akenawe Tswarev (Local Government Area Logo, Bundesstaat Benue) ein, töteten einen kleinen Jungen und entführten den Gemeindeführer, Pastor Gwadue Kwaghtyo, und zwei weitere Christen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	6	88
2023	6	88
2022	7	87
2021	9	85
2020	12	80

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

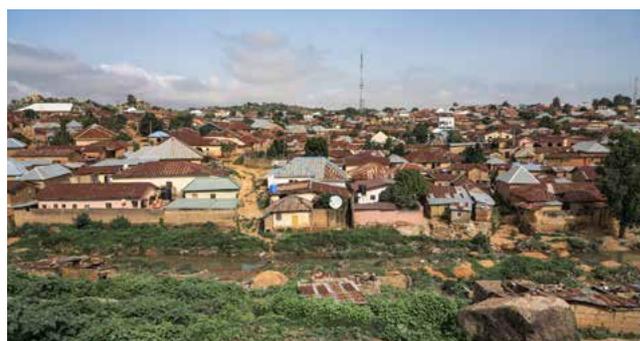
Die Werte für den Druck in Nigeria sind im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 weitgehend unverändert geblieben. Dasselbe gilt auch für die Gewalt, die weiterhin den höchstmöglichen Wert erreicht. Christen und ihre Kirchengemeinden und Gemeinschaften werden in vielen Landesteilen nach wie vor angegriffen. Obwohl im Jahr 2023 mit Bola Ahmed Tinubu als Nachfolger von Muhammadu Buhari ein neuer Präsident eingesetzt wurde, ist unklar, was dies für die Christen in Nigeria bedeuten wird. Tinubu ist wie schon Buhari Muslim – das verstößt gegen eine informelle Vereinbarung, wonach die Präsidentschaft zwischen einem Christen und einem Muslim wechseln sollte. Jedoch hat der neue Präsident eine umfassende Personalumstrukturierung vorgenommen, die für ein besseres repräsentatives Gleichgewicht zwischen den beiden Religionen sorgt, als es unter Buhari der Fall war. Dies könnte dazu führen, dass das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen verstärkt anerkannt wird, die gegen Christen verübt werden, und die Sicherheitskräfte wirksamer zum Schutz der Christen eingreifen. Der Beweis dafür ist jedoch noch nicht erbracht worden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die zahlreichen Angriffe durch Boko Haram, ISWAP, militante Fulani und bewaffnete Kriminelle terrorisieren christliche Gemeinschaften. Frauen werden dabei von Milizen vergewaltigt, zwangsprostituiert, gegen Lösegeld entführt und getötet. Entführte Mädchen wurden Berichten zufolge aber nicht nur zwangsverheiratet, sondern auch als menschliche Schutzschilde oder als Druckmittel bei Verhand-

lungen eingesetzt. Frauen, die sexualisierte Gewalt erlitten haben, sind nicht nur traumatisiert; ihre Lage verschlimmert sich manchmal noch dadurch, dass ihre Ehemänner sich mit der Situation nicht abfinden können und ihre Ehefrauen möglicherweise als »befleckt« betrachten, damit aber die Stigmatisierung und Scham noch vermehren. Auch in Flüchtlingslagern sind Frauen von sexualisierter Gewalt betroffen.

Männer: Im Norden Nigerias und zunehmend auch im Süden werden christliche Männer und Jungen häufig von Akteuren wie Boko Haram, ISWAP, militanten Fulani und bewaffneten Kriminellen angegriffen und getötet. Dadurch wird die derzeitige Generation von christlichen Männern stark dezimiert, aber auch garantiert, dass die Geburtenrate in christlichen Familien sinkt. Die Überlebenden und die kleinen Jungen stehen in der Gefahr, als Kämpfer der Milizen zwangsrekrutiert zu werden. Auch in Bezug auf Arbeitsplätze und Bildung werden christliche Männer strategisch diskriminiert. Wenn ein Mann getötet wird, seinen Arbeitsplatz verliert oder sein Eigentum beschlagnahmt wird, kann seine von ihm abhängige Familie verarmen.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Anhänger von traditionellen afrikanischen Religionen sind bekanntermaßen Angriffen und Entführungen ausgesetzt. Im Zeitraum von 2019 bis 2022 wurden 40 Anhänger dieser Religionen angegriffen und getötet und 133 wurden entführt, so ein im Februar 2023 veröffentlichter Bericht der »Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika« (ORFA).

Auch Muslime, die nicht Teil einer militanten Gruppe sind, stehen in der Gefahr, Opfer von Angriffen zu werden. Vor allem in den nordwestlichen und zentralen Bundesstaaten wurden viele Muslime von denselben Gruppen getötet bzw. entführt, die auch Christen getötet bzw. entführt haben; sie mussten ebenfalls aus ihren Dörfern fliehen. Schiiten sind in Nigeria verboten.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nigeria hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nigeria kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Der Staat versagt offenkundig beim Schutz der Grundrechte nigerianischer Christen (ICCPR Art. 2)
- Christen werden bei wahllosen Angriffen ermordet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen werden vergewaltigt, gruppenvergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christliche Kinder werden in den nördlichen Bundesstaaten gezwungen, sich den islamischen Religionsvorschriften zu unterwerfen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Konvertiten zum Christentum leiden unter Diskriminierung und Gewalt in den nördlichen und einigen südlichen Bundesstaaten (ICCPR Art. 18 und 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
7

LÄNDERPROFIL

Pakistan



Platz 7 / 87 Punkte (2023: Platz 7 / 86 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Islamische Republik Pakistan ist seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1947 ein muslimischer Staat. Traditionelle Kirchen besitzen eine gewisse Freiheit. Sie werden jedoch stark überwacht und wurden in der Vergangenheit zum Ziel von Bombenanschlägen. Der letzte große Anschlag wurde im Dezember 2017 in Quetta verübt. Kirchengemeinden, die das Evangelium weitergeben und sich in der Jugendarbeit engagieren, sind starker Verfolgung ausgesetzt.

Alle Christen erfahren institutionelle Diskriminierung. Berufe, die als niedrig und schmutzig betrachtet werden, werden von den Behörden für Christen »reserviert«, wie an den Stellenanzeigen deutlich wird. Viele Christen sind arm und können in Schuldknechtschaft geraten.

Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten ab. Auch muslimische Minderheiten sind davon betroffen. Das hohe Gewaltpotenzial der Gesetze wurde im August 2023 in der Stadt Jaranwala deutlich, wo mindestens 21 Kirchen abgebrannt oder beschädigt wurden und Hunderte von Christen aus ihren Siedlungen fliehen mussten.

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von islamisch-extremistischen Gruppierungen aus (die diese Christen als Abtrünnige betrachten) als auch von Familien, Freunden und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande und Verrat ansehen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Interims-Premierminister
Anwar ul Haq Kakar

BEVÖLKERUNG

233.757.000

CHRISTEN

4.195.000 / 1,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



Hintergrund

Pakistan hat lange unter instabilen Regierungen gelitten. Es gab drei längere Phasen der Militärherrschaft, von denen die letzte 2008 endete. Die Armee zieht hinter den Kulissen noch immer die Fäden. Die Armeeführung wurde ungeduldig, weil der ehemalige Premierminister Imran Khan versuchte, militärische Ernennungen zu beeinflussen und zu verzögern, und stellte im April 2022 einen Misstrauensantrag gegen ihn. Shehbaz Sharif wurde neuer Premierminister und sah sich sofort einer Flut von Herausforderungen gegenüber. Er kündigte für August 2023 eine Übergangsregierung an und am 7. August 2023 wurde Ex-Premierminister Imran Khan wegen Korruption zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Obwohl im August eine Übergangsregierung an die Macht kam, um die bevorstehenden Wahlen vorzubereiten (die spätestens im November 2023 stattfinden sollten), wurde die Wahl um mehrere Monate auf den 8. Februar 2024 verschoben, da die Regierung ankündigte, dass sie die Ergebnisse einer neuen Volkszählung berücksichtigen wolle. Dies macht gemäß der Verfassung die Festlegung neuer Wahlkreisgrenzen notwendig.

96 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, von denen die Mehrheit der sunnitischen Tradition folgt. Nach der Verfassung unterliegt das Recht auf freie Meinungsäußerung den Einschränkungen, die notwendig sind, um »den Ruhm des Islam« zu gewährleisten.

Christen sind Opfer von etwa einem Viertel aller Blasphemievorwürfe, obwohl sie weniger als zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen. Geschäftskonkurrenten beschuldigen christliche Männer der Blasphemie, um ihr Geschäft und ihren Ruf zu zerstören.

Darüber hinaus üben christliche Männer und Angehörige anderer Minderheiten in der Regel Berufe mit niedrigerem Status aus; sie werden zum Teil als »Chura« bezeichnet – ein abfälliges Wort, das für Straßenkehrer oder Kanalarbeiter benutzt wird und »schmutzig« bedeutet.

Der ehemalige Premierminister Khan hatte eingeräumt, dass Pakistan offiziell Verbindungen zu militanten islamischen Gruppen unterhält und deren Forderungen mehrfach nachgegeben hat.

Christen leiden unter der instabilen Sicherheitslage und dem hohen Gewaltaufkommen. Sie haben keine Möglichkeit, Schutz zu suchen. Die Polizei ist mehr daran interessiert, die lokalen Machthaber zu beschwichtigen und für Ruhe zu sorgen, als das Gesetz durchzusetzen und Minderheiten zu schützen. Etwas besser ist die Lage von Christen bei Gerichtsverhandlungen, zumindest bei den höheren Gerichten. Bis ihr Fall endlich vor Gericht geklärt wird, sitzen Christen jedoch oftmals jahrelang im Gefängnis.

Mädchen, die religiösen Minderheiten angehören, werden häufig entführt, zur Annahme des Islam gezwungen und zwangsverheiratet. Statistiken zufolge werden jährlich mehr als 1.000 christliche und hinduistische Mädchen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren entführt, zur Konversion gezwungen und mit muslimischen Männern verheiratet.

Wie in einem Bericht des Instituts »Coalition for Religious Equality and Inclusive Development« festgestellt wird, richtet sich ideologisch motivierter sexueller Missbrauch speziell gegen religiöse Minderheiten, sowohl zum Zweck der sexuellen Ausbeutung als auch als zur »Eroberung«, um Mädchen für die Mehrheitsreligion zu gewinnen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.195.000	1,8
Muslime	225.899.000	96,6
Hindus	2.915.000	1,2
Buddhisten	133.000	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	235.000	0,1
Juden	900	< 0,1
Bahai	115.000	< 0,1
Atheisten	10.700	< 0,1
Agnostiker	191.000	0,1
Andere	63.700	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Da die meisten Christen in der Provinz Punjab leben, geschehen viele Vorfälle von Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz dort. Daneben ist aber auch die Provinz Sindh als Brennpunkt der Schuldknechtschaft berüchtigt, wovon ebenfalls viele Christen betroffen sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

In Pakistan gibt es Dutzende islamisch-extremistischer Gruppen. Zunehmend werden Berater-Gremien der Regierung vollständig mit islamischen Gelehrten besetzt, die Einfluss auf die Gesetze nehmen. Tausende Medressen werden betrieben, ohne dass die Regierung prüft, wie sie finanziert werden oder was sie lehren. Jeder, der eine Reform der Blasphemiegesetze fordert, wird offen von Extremisten bedroht, die glauben, dass »Ungläubige« den Tod verdienen. Extremistische Gruppen, die verboten werden, lösen sich oft nicht auf, sondern geben sich einen neuen Namen, gehen online oder fusionieren mit einer bestehenden Gruppe. Es ist leicht, religiöse Gefühle zu schüren und eine Menschenmenge zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten aufzustacheln, insbesondere gegen Christen. Das haben die Gewalttaten in Jaranwala im August 2023 gezeigt. Pakistan leidet unter ethnischer Zersplitterung. Die Provinz Belutschistan und das Kernland der Provinz Sindh werden als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Religiöse Minderheiten werden als unrein betrachtet – sowohl aus religiösen Gründen, aber auch, weil sie nicht zu den herrschenden ethnischen Gruppen gehören.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist in der Politik, im Justizwesen und im Militär weitverbreitet. Organisierte Kriminalität ist in den Städten und den Stammesgebieten ein großes Problem – häufig mit Verbindungen zu gewaltbereiten islamischen Milizen. In Karatschi sind Gangs, Erpresser und die Mafia Teil der politischen und gesellschaftlichen Landschaft und sie genießen aufgrund einflussreicher Verbindungen politischen Schutz. Schuldknechtschaft ist eine alte, aber weitverbreitete Form der Sklaverei, die Tausende Christen in ländlichen Gebieten betrifft. Die Arbeiter sitzen in der Schuldenfalle, weil sie ihre Kredite aufgrund der hohen Zinssätze nicht zurückzahlen können. Sie haben keine Möglichkeit, gerichtlich gegen die

Situation vorzugehen. Reiche Großgrundbesitzer arbeiten mit lokalen Politikern zusammen und profitieren in hohem Maße von diesem System. Auch Landraub findet statt. Kirchen werden enteignet und Christen von ihrem Land vertrieben.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung hat es mit einer starken Opposition in Person des entmachteten Premierministers Khan zu tun, der die Massen zu mobilisieren vermag. Zudem ist die Regierung konfrontiert mit Korruptionsvorwürfen, immer stärker werdenden extremistischen Gruppen und einer mächtigen, unabhängigen Armee, mit der sie sich gut stellen muss. Angesichts der bevorstehenden Wahlen im ersten Quartal 2024 versuchen die Regierung und die politischen Parteien, Wähler für sich zu gewinnen und mit allen Mitteln an der Macht zu bleiben oder diese sogar auszubauen. Christen werden dabei zu politischen Spielfiguren – sie werden von der Regierung und der Armee mitunter hofiert, um deren Macht zu sichern, oder sie werden diskriminiert, wenn dies von Vorteil ist. Da die Armee einige extremistische Gruppen zufriedenstellen will, werden Angriffe auf Christen – obwohl sie nicht zur Strategie der Armee gehören – als notwendiger Kollateralschaden betrachtet.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

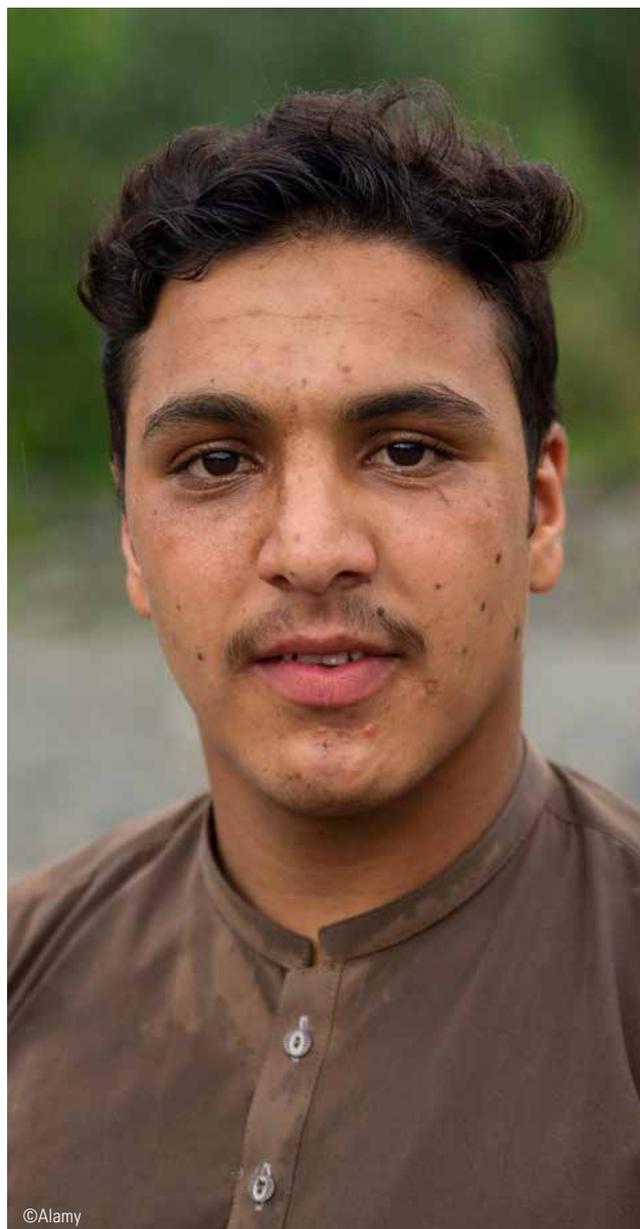
Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden zwar nicht in die Isolation gezwungen, aber sie können meist nur in den Städten Kirchen besuchen. Ausländische Christen sind einem hohen Druck ausgesetzt, aber es gibt nur eine kleine Anzahl von ihnen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele dafür sind die römisch-katholische Kirche und die »Church of Pakistan«, das ist ein Verbund traditioneller Kirchen von Anglikanern, Methodisten, Lutheranern und Presbyterianern. Als die am stärksten sichtbaren Kirchen erleben sie zunehmend Anfeindungen. So ist es schwierig für sie, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Auch stehen ihre Mitglieder in der Gefahr, entführt oder zwangsbekehrt zu werden. Zudem werden sie streng kontrolliert und überwacht. Vor allem in den Städten kann es vorkommen, dass Gebäude und Grundstücke, die sich im Besitz der traditionellen Kirchen befinden, von Bauunternehmen und Behörden beschlagnahmt werden.



Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von islamisch-extremistischen Gruppierungen aus (die diese Christen als Abtrünnige betrachten) als auch von Familien, Freunden und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande und Verrat ansehen. Es gibt auch eine kleine Gemeinschaft von christlichen Konvertiten mit hinduistischem Hintergrund.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, baptistische und pfingstkirchliche Gemeinden werden verstärkt überwacht und häufig drangsalier und angegriffen, insbesondere wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen. Der Großteil ihres Wachstums kommt jedoch von Christen, die aus einer traditionellen Kirche in ihre Gemeinden wechseln.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen vermeiden es, mit Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da dies durch die Blasphemiegesetze gefährliche Konsequenzen haben kann. Selbst Facebook-Posts können riskant sein, wenn der Inhalt als Infragestellung islamischer Werte angesehen wird. Ein Experte für das Land erklärte: »Die Regierungsbehörden überwachen die sozialen Medien; die christlichen Pastoren und Eltern warnen die jungen Leute vor den Gefahren, die mit der Nutzung sozialer Medien bei der Äußerung ihrer Ansichten verbunden sind.« Für pakistanische Christen ist es gefährlich, christliche Materialien aufzubewahren, die nicht für ihren unmittelbaren persönlichen Gebrauch benötigt werden, da sie verdächtigt werden könnten, Muslime zu evangelisieren. Das Zeigen eines christlichen Symbols oder das Tragen eines christlichen Namens kann zu Diskriminierung oder Vandalismus am Eigentum führen. Berichte,

nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv angegangen wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird.

Familienleben

In kleinen Städten und abgelegenen Dörfern müssen christliche Kinder den islamischen Unterricht in der örtlichen Medresse besuchen, während christliches Kinderprogramm und damit verbundene Lehre nur beim Sonntagsgottesdienst stattfinden darf. Christliche Eltern versuchen, ihre Kinder davon abzuhalten, über ihren Glauben zu sprechen, da sie gezwungen werden könnten, zum Islam »zurückzukehren«. Gleichzeitig werden die Eltern unter Druck gesetzt, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen – unter dem Vorwand, dadurch würden sich ihre Noten verbessern. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr eines erzwungenen Glaubenswechsels. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleichen Wasserspender wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen. Oft werden sie gemobbt. Viele christliche Kinder müssen die Toiletten säubern oder die Böden wischen, da Christen weithin als Straßenkehrer wahrgenommen werden. Diese Haltung hat ihren Hintergrund auch im Kastendenken, da die Mehrheit der Christen aus einer niedrigeren Kaste stammt. Einige Schulbücher schüren Hass gegen Christen. Mit dem neuen Lehrplan wird die Islamisierung der Bildung weiter vorangetrieben und den Kindern vermittelt, dass Angehörige anderer Religionen minderwertig seien. Diese Politik schadet christlichen Familien.



Gesellschaftliches Leben

Christen werden durch die Regierung und zunehmend auch durch nicht staatliche Akteure überwacht. Selbst ausländische Christen werden vom lokalen »Panchayat« (Dorfrat) einbestellt, um zu erklären, warum sie an Jesus Christus glauben, und teilweise unter Druck gesetzt, den Islam anzunehmen. Islamistische Gruppierungen haben die Notverpflegung mit Lebensmitteln in der Covid-19-Pandemie dazu genutzt, Christen dazu zu bringen, zum Islam zu konvertieren. Christen, die das islamische Glaubensbekenntnis rezitierten, bekamen Lebensmittel ausgehändigt. Viele junge Christen taten dies. Andere weigerten sich und verhungerten oder begingen Suizid. Gleichzeitig wurden christliche Krankenschwestern an vorderster Front in den Infektionsstationen eingeteilt. Am Arbeitsplatz ist der Druck auf Christen oftmals so groß, dass viele Christen immer wieder ihre Arbeitsstelle wechseln, um sich einem erzwungenen Glaubenswechsel zum Islam zu entziehen. Christen werden regelmäßig dazu gedrängt, Hilfsarbeiten wie Fegen oder Wassertragen zu verrichten. Dies zeigt sich deutlich in der Fünfprozentquote, die eingeführt wurde, um Arbeitsplätze für Minderheiten im öffentlichen Sektor zu garantieren. Ende September 2021 waren allerdings mehr als 30.000 solcher Stellen für Minderheiten unbesetzt geblieben, was 43 Prozent der zu dem Zeitpunkt insgesamt offenen Stellen im öffentlichen Sektor ausmachte. Christen gelten als unrein. Deshalb glauben viele Muslime, dass sie sich verunreinigen würden, wenn sie bestimmte Einrichtungen gemeinsam mit Christen nutzen – dieses Denken ist ein Erbe des Kastensystems.

Leben im Staat

Pakistan hat 1973 eine islamische Verfassung angenommen und die Scharia in sein Zivilgesetzbuch aufgenommen. Der jüngste Islamisierungsprozess begann mit der Einführung der berüchtigten Blasphemiegesetze im Jahr 1986, die Minderheiten besonders betreffen und häufig genutzt werden, um persönliche Rechnungen zu begleichen. Der Senat hat einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Blasphemiegesetzes Pakistans verabschiedet, der unter anderem eine Erhöhung der Strafe von drei auf zehn Jahre Haft vorsieht. Christen sind in der Politik unterrepräsentiert und ihre Ansichten werden oft ignoriert. Viele Politiker sehen es nicht als notwendig an, Mädchen aus religiösen Minderheiten vor Entführungen und damit einhergehenden Zwangsbekehrungen und -heiraten zu schützen.

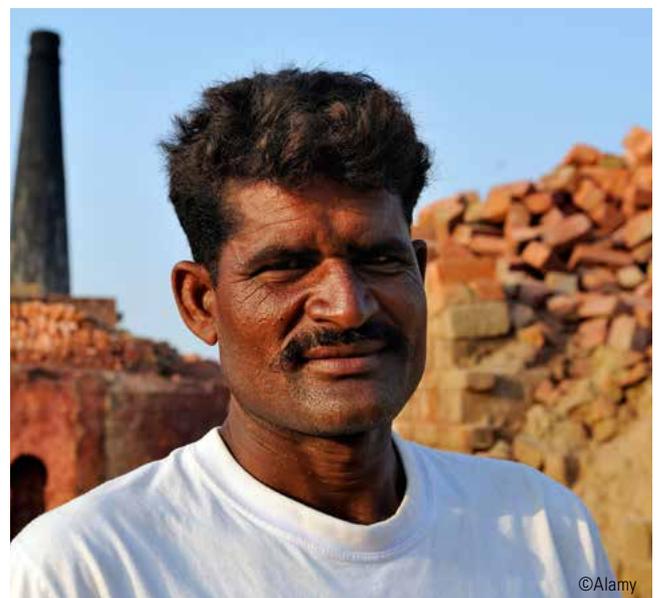
Kirchliches Leben

Kirchliche Aktivitäten werden überwacht. Die Behörden stellen den Kirchen das Sicherheitspersonal, aber dieses lauscht auch, berichtet und gibt Informationen weiter, wahrscheinlich sogar an extremistische islamische Gruppen.

Obwohl die Regierung versprochen hat, Kirchen zu schützen, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe mit Dutzenden von Opfern. Leiter von Kirchen und Gemeinden sind die vorrangigen Zielpersonen für Belästigungen und Schikanen, da sie die sichtbarsten Vertreter der christlichen Minderheit sind. Da der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben stark abgelehnt wird, wäre es gefährlich für eine Kirchengemeinde, Christen muslimischer Herkunft offen aufzunehmen. Das Eintreten für unterdrückte Minderheiten wird als Infragestellung der Regierung gesehen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 16. August griff eine aufgebrachte Menschenmenge Christen in der Stadt Jaranwala in der Provinz Punjab an. Zuvor waren zwei Christen zu Unrecht der Blasphemie beschuldigt worden. Gemäß einem Bericht der »Associated Press« wurden mindestens 17 (andere Quellen sprechen von 21) Kirchen angegriffen und teilweise niedergebrannt, mehr als 100 Häuser von Christen wurden angegriffen und Hunderte von Christen flohen um ihr Leben.
- Am 6. Juni 2023 wurde nach einem Bericht von »Morning Star News« in Lahore die 40-jährige Witwe Shazia Imran getötet, als sie sich weigerte, einen Muslim zu heiraten und zum Islam zu konvertieren.
- Am 16. Mai 2023 begann nach einem Bericht von »UCA News« ein Mitglied des Wachpersonals in einer katholischen Schule in Sangota (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) auf die Schülerinnen zu schießen und tötete zwei von ihnen.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	7	87
2023	7	86
2022	8	87
2021	5	88
2020	5	88

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die sehr hohen bis extrem hohen Werte für den Druck in den einzelnen Lebensbereichen bleiben nahezu unverändert. Dies unterstreicht, dass Pakistan eines der Länder ist, in denen es am schwierigsten ist, als Christ zu leben. Der Wert für Gewalt bleibt seit vielen Jahren auf der höchstmöglichen Punktzahl. Die weithin bekannt gewordenen Angriffe auf die christliche Gemeinschaft in Jaranwala im August 2023 zeigen, dass Gewalt gegen Christen allgegenwärtig ist, wenn auch nicht immer so gezielt und offenkundig wie in diesem Fall. In Bezug auf Morde und Angriffe auf Kirchengebäude wird Pakistan erneut mit der maximalen Punktzahl bewertet. Die berüchtigten Blasphemiegesetze des Landes, deren Geltungsbereich im Berichtszeitraum erweitert wurde und die nun höhere Strafen vorsehen, stellen weiterhin eine Bedrohung für Christen dar. Nach wie vor werden häufig christliche Mädchen entführt, zum Übertritt zum Islam gezwungen und zwangsverheiratet.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Berichten zufolge steigt die Zahl christlicher Mädchen, die entführt, vergewaltigt, zur Konversion gezwungen und mit ihrem Entführer »verheiratet« werden. Solche »Ehen« werden dazu benutzt, die minderjährigen Mädchen von anderen Rechtsmitteln, die ihren Eltern zur Verfügung stehen, fernzuhalten. Dies ist ein verbreitetes und auf strategische Weise gezielt angewandtes Druckmittel gegen religiöse Minderheiten. Viele der betroffenen Familien sehen ihre Mädchen nie wieder. Die Behörden unternehmen nur selten etwas, um die Täter vor Gericht zu stellen.

Frauen und Mädchen sind auch im öffentlichen Raum, so auch am Arbeitsplatz (wie etwa in den Ziegelfabriken) und in der Schule, von sexualisierter Gewalt bedroht.

Männer: Christliche Männer leben in ständiger Angst vor Blasphemievorwürfen, Zerstörung von Eigentum, Inhaftierung, Schlägen und Hinrichtung. Es gibt Berichte über den sexuellen Missbrauch von christlichen Jungen. Christliche Männer sind oft gezwungen, Arbeiten mit niedrigem Ansehen anzunehmen, und gelten als unrein. Sie werden häufig als »Chura« bezeichnet, ein abwertendes Wort, das »schmutzig« bedeutet. Zwar gibt es auch eine christliche Mittelschicht, das heißt, nicht alle Christen haben Berufe, die mit niedrigem Ansehen verbunden sind, aber Diskriminierung und soziale Unterlegenheit sind allgegenwärtig. Männer und Jungen können zudem in Schuldknechtschaft geraten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Religiöse Minderheiten sind extrem gefährdet. Ahmadis werden nicht als Muslime anerkannt. Ihnen werden Ausweise verweigert und sie werden gezwungen, Dokumente zu unterschreiben, in denen die Endgültigkeit des Propheten Mohammed erklärt wird, was ihrem Glauben widerspricht. Mehr als 170 Gräber von Ahmadis und mehrere ihrer Gebetshäuser wurden geschändet. Nachdem der Sprecher der indischen Regierungspartei BJP im Juni 2022 umstrittene Äußerungen über den Propheten Mohammed gemacht hatte, wurde gemäß dem Bericht der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit ein Hindu-Tempel in Karatschi zerstört. Hindu-Frauen werden entführt und zwangsbekehrt. Bewaffnete islamisch-extremistische Gruppen führen Angriffe auf schiitische Muslime durch, darunter auch auf die Hazara-Gemeinschaft. Das Gesetz erkennt Atheisten nicht an. Sie werden mittels der Blasphemiegesetze ins Visier genommen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Pakistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Pakistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von der Gesellschaft (Kommune) unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art.18)
- Christliche Frauen und Mädchen werden entführt, vergewaltigt und gruppenvergewaltigt (ICCPR Art. 7)
- Christliche Mädchen werden gezwungen, ihren Entführer zu heiraten und gewaltsam bekehrt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Mädchen werden in die Sklavenarbeit und den Sexhandel verschleppt (CRC Art. 34 und ICCPR Art. 8)
- Christen werden fälschlicherweise beschuldigt, der Gotteslästerung angeklagt und zum Tode verurteilt (ICCPR Art. 19)
- Von Christen wird erwartet, dass sie aufgrund ihres Glaubens Tätigkeiten annehmen, die als »unehrenhaft« und »niedrig« gelten (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
8

LÄNDERPROFIL

Sudan



Platz 8 / 87 Punkte (2023: Platz 10 / 83 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Lage hat sich für Christen im Sudan dramatisch verschlechtert, insbesondere seit dem November 2022. Entgegen der internationalen Wahrnehmung, die eine Abkehr von repressiven Gesetzen und Maßnahmen anpries, sind die Gegebenheiten für Christen vor Ort düster. Zunächst gelang es dem Militär, den zivilen Teil der Regierungskoalition durch einen Staatsstreich auszuschalten und so den Premierminister zu beseitigen. Schon vor dem Staatsstreich hatte die sudanesisische Regierung Anzeichen dafür gezeigt, dass sie zu ihren alten Gewohnheiten zurückkehren würde. Schließlich führte sie im August 2022 unter dem Deckmantel einer bürgernahen Polizeiarbeit indirekt wieder eine »Sittenordnung« ein; und das Militär brachte wieder Schlüsselfiguren des früheren al-Baschir-Regimes an die Macht, die für ihre aktive Rolle bei der Verfolgung von Christen bekannt waren.

Trotz des Sturzes des al-Baschir-Regimes ist die gesellschaftliche Wahrnehmung der Christen weitgehend unverändert geblieben. Bei Christen, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind, insbesondere bei Konvertiten und ethnischen afrikanischen Christen, ist die Angst deutlich spürbar, sich gegen die

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

General Abdel Fattah Burhan
als Vorsitzender des
Souveränitätsrats

BEVÖLKERUNG

47.095.000

CHRISTEN

2.013.000 / 4,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Verfolgung auszusprechen. Die anhaltende Präsenz extremistischer Gruppen und die mangelnde Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft haben die Bedrohung, der diese Christen ausgesetzt sind, nur noch verstärkt.

Außerdem sind die Dschandschawid-Milizen nach wie vor aktiv und tragen zu einem allgemeinen Klima der Angst und Unterdrückung bei. Im April 2023 wurde die Situation noch explosiver, als die Spannungen zwischen den »Rapid Support Forces« (RSF) und der sudanesischen Armee eskalierten. Dies hat zu einem erheblichen Maß an Tod, Vertreibung und Zerstörung geführt. Kirchen wurden besetzt und angegriffen, wodurch ein Umfeld geschaffen wurde, in dem Christen noch mehr Angst haben, sich gegen Verfolgung jedweder Form auszusprechen.

Die jüngsten inländischen Zusammenstöße haben den Sudan an den Rand einer noch tieferen Krise geführt. So wird jeder vermeintliche Fortschritt zunichte gemacht, und die Lage der Christen im Land wird immer gefährlicher. Dies offenbart eine große Diskrepanz zwischen der internationalen Berichterstattung und den Erfahrungen der Christen im Sudan – für sie klingen die offiziellen Reformversprechen angesichts der eskalierenden Drohungen und Gewalt hohl.

Hintergrund

Die prekäre Lage der Christen im Sudan hat einen kritischen Punkt erreicht, insbesondere seit dem November 2022. Trotz der internationalen Darstellung, wonach ein positiver Wandel zu erwarten ist, ist die bittere Wirklichkeit von Christen von schwerer Verfolgung und ständiger Angst geprägt, insbesondere die Realität von Konvertiten und ethnischen afrikanischen Christen. Mit der Machtübernahme durch das Militär wurde die zivil geführte Übergangsregierung faktisch aufgelöst; Vertreter des repressiven al-Baschir-Regimes, die für die Verfolgung von Christen berüchtigt sind, wurden wieder eingesetzt; darüber hinaus wurde im August 2022 die »Sittenordnung« von der Regierung auf versteckte Art und Weise wieder eingeführt, getarnt als »bürgernahe Polizeiarbeit«, wodurch sich die Situation weiter verschlechterte.

Die vielschichtige Geschichte des Sudan ist geprägt von der Darfur-Krise, der Abspaltung des Südsudan im Jahr 2011 und der Notlage des Nuba-Volkes. Dies hat ein Land hervorgebracht, das durch religiöse und ethnische Gräben tief gespalten ist. Da die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist, leben Christen ohnehin in einem schwierigen Umfeld. Sie wohnen vor allem in städtischen Gebieten wie etwa der Hauptstadt Khartum, wo es fest verwurzelte Gruppen koptisch-orthodoxer und griechisch-orthodoxer Christen gibt, und wo auch andere große christliche Denominationen wie die römisch-katholische Kirche und verschiedene protestantische Kirchen ihre Gemeinden haben. Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, sind besonders schwerer Verfolgung

ausgesetzt. Sie sehen oft davon ab, ihre Kinder christlich zu erziehen, oder verzichten auf christliche Beerdigungen, um nicht die Aufmerksamkeit von Regierungsvertretern und Leiter der örtlichen Gemeinschaften zu erregen.

Der letzte Putsch führte zu anhaltenden Protesten und Unruhen; gewaltsame Zusammenstöße zwischen den RSF und der sudanesischen Armee waren die Folge. Diese internen Konflikte haben zu zahlreichen Todesfällen, Vertreibungen und Zerstörungen geführt. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR berichtet, dass etwa 2,9 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben worden sind (Stand Juli 2023). Zu den am stärksten Betroffenen gehören Christen.

Hinzu kommt die anhaltende Aktivität der Dschandschawid-Milizen und anderer extremistischer Gruppen, die zu einem Klima der Angst und Unterdrückung beitragen. Kirchen sind zum Ziel von Angriffen und Besetzung geworden. Christen haben zunehmend Angst, sich gegen Verfolgung jedweder Form auszusprechen. Die Situation offenbart eine beunruhigende Diskrepanz zwischen den Reformversprechen und den eskalierenden Drohungen und der Gewalt vor Ort. Das Leben der Christen im Sudan ist von Angst geprägt, sodass alle Behauptungen über Fortschritte für sie hohl klingen.

Trotz der Versprechen der internationalen Gemeinschaft, die hoffnungsvoll stimmten, und der Bildung einer Übergangsregierung, die eine demokratische Regierung anstrebt, ist der Sudan in einen Krisenzustand zurückgefallen, der schwere Unterdrückung mit sich brachte, insbesondere für die christliche Minderheit. Dieser Rückschritt untergräbt alle vermeintlichen Fortschritte und unterstreicht, wie notwendig es ist, das internationale Narrativ über den Sudan neu zu bewerten.



Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	2.013.000	4,3
Muslime	43.434.000	92,2
Hindus	890	< 0,1
Buddhisten	990	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.144.000	2,4
Juden	53	< 0,1
Bahai	2.900	< 0,1
Atheisten	71.000	0,2
Agnostiker	426.000	0,9
Andere	2.000	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Druck und Gewalt gegen Christen waren außerhalb der Hauptstadt Khartum schon immer intensiver. Zusätzlich zu den Schikanen und Bedrohungen in ihrem täglichen Leben sind Christen von den Auswirkungen des bewaffneten Konflikts in Gebieten wie Darfur, den Nuba-Bergen und den Regionen am Blauen Nil stärker betroffen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Ideologie der Muslimbruderschaft hatte großen Einfluss auf die sudanesische Regierung, seit Präsident al-Baschir 1989 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. In der Folgezeit strebte das Regime die Bildung eines islamischen Staates auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land an. Es wurde beschuldigt, islamisch-extremistische Kämpfer zu unterstützen – etwa indem es Osama bin Laden Zuflucht gewährte –, Terrorismus zu fördern sowie Waffenhandel zu betreiben.

Diktatorische Paranoia

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit vor mehr als sechs Jahrzehnten kämpft der Sudan um die Aufrechterhaltung

der zivilen Ordnung. Während sich der Unabhängigkeitskonflikt mit dem Süden endlich seinem Ende zu nähern scheint, setzt sich die Darfur-Krise fort, ein multipolarer Bürgerkrieg zwischen regierungsfreundlichen und regierungsfeindlichen Milizen. In der Vergangenheit haben führende Regierungspolitiker hetzerische antiwestliche Rhetorik als Mittel zur Stärkung des Regimes in Khartum eingesetzt. Dies hat zu einer Zunahme von Gewalt gegen Christen geführt, da die Regierung Christen als Agenten des Westens betrachtet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Unter Präsident al-Baschir setzte die sudanesische Regierung alle verfügbaren Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Viele dieser Milizen begingen Menschenrechtsverletzungen, darunter auch Versklavung von Nichtarabern, um vom Konflikt zu profitieren. Christen, die als fremd und als Bedrohung für die Nation angesehen werden, wurden von diesen islamistischen Gruppen mit besonderer Brutalität angegriffen.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die sudanesische Bevölkerung setzt sich aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, die im Norden überwiegend arabischen und im Süden afrikanischen Ursprungs sind. Die arabisch geprägten Stämme haben seit der Unabhängigkeit eine Politik der islamischen und arabischen Überlegenheit und des Nationalismus verfolgt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wird eine Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Manche der ausländischen Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess verhaftet und eingesperrt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen aus traditionellen Kirchen wie der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von islamischer Unterdrückung

als auch aufgrund von diktatorischer Paranoia. Der frühere Präsident al-Baschir verfolgte eine Politik der Zerstörung von Kirchengebäuden, was auch Kirchen von traditionellen christlichen Gemeinschaften betraf.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe, die hauptsächlich aus Christen muslimischer Herkunft besteht, erlebt den stärksten Druck und die heftigste Gewalt.

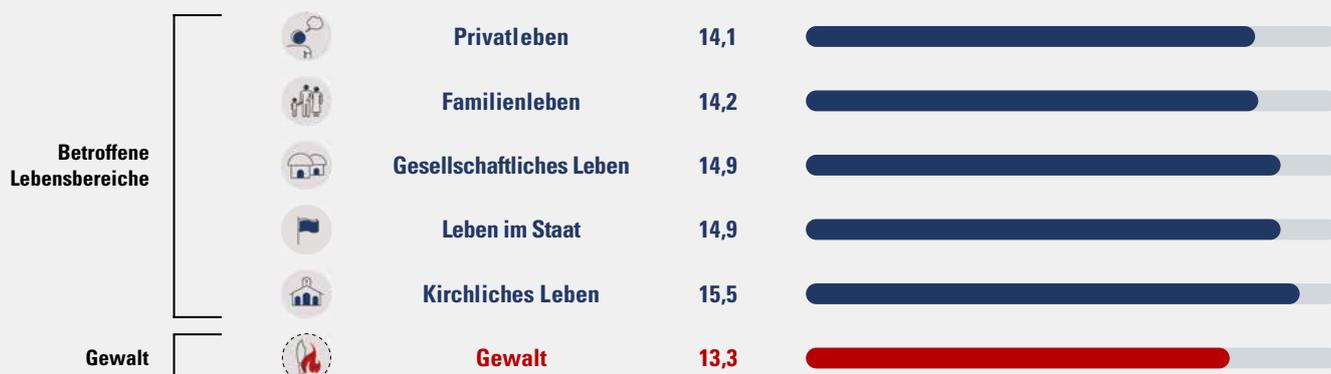
Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesische Christen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstlerischen Denominationen angehören, sind mit Verfolgung in Form von islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia konfrontiert. Diese Gruppe von Christen muss auch am ehesten damit rechnen, dass ihre Kirchen geschlossen werden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen vermeiden es aus Sicherheitsgründen, in ihrem sozialen Umfeld offen über ihren Glauben zu sprechen. Dies könnte sonst zur Verhaftung oder zu Angriffen durch militante Islamisten führen. Der soziale Druck wird durch die ständige Überwachung durch das Umfeld und die Polizei noch verstärkt. Die Aufbewahrung von christlichen Materialien, wie beispielsweise von Bibeln, birgt erhebliche Risiken, insbesondere für christliche Konvertiten in einer muslimischen Familie. Werden die Materialien entdeckt, so setzt man die Konvertiten unter enormen Druck, zum Islam zurückzukehren. Weigern sie sich, kann das zum Verlust von Eigentum, zum Ausschluss aus der Gemeinschaft und zu weiteren Gewalttaten führen.

Familienleben

Im Sudan eine christliche Familie zu gründen, ist angesichts des Drucks durch Regierung und soziales Umfeld sowie aufgrund der von der Gesellschaft ausgehenden Gewalt schwierig. Von Christen, die Muslime heiraten,

wird erwartet, dass sie zum Islam konvertieren – diese Erwartung besteht, da Christen in der Minderheit sind und Muslime darauf drängen, dass bestimmte soziale Normen eingehalten werden. Christliche Kinder werden oft aufgrund des Glaubens ihrer Familie schikaniert, und Christen muslimischer Herkunft, die ihre Kinder christlich erziehen, können das Sorgerecht für sie verlieren. Außerdem schreibt die Regierung vor, dass in den Schulen Islamunterricht erteilt wird.

Gesellschaftliches Leben

Der gesellschaftliche Druck auf die Christen im Sudan ist immens. Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung in Khartum beruhen weitgehend auf der strengen Auslegung des islamischen Rechts vonseiten der Regierung. Sie verbieten das Tragen »unpassender« Kleidung und andere »Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Sittlichkeit«. Es ist bekannt, dass die Polizei unter diesem Vorwand Christen schikaniert und willkürlich wegen angeblicher Verstöße verhaftet. Christliche Gemeinschaften



haben Schwierigkeiten, Zugang zu öffentlich genutzten Ressourcen (wie sauberem Trinkwasser) zu erhalten. Dies gilt insbesondere außerhalb der städtischen Gebiete. Die allgemeine Einstellung in der Gesellschaft und der Regierung ist, dass sudanesischer Bürger Muslime sein sollten. Die Regierung nutzt alle verfügbaren Möglichkeiten, um Christen zu benachteiligen und zu bestrafen, indem sie sie daran hindert, die öffentlichen Ressourcen zu nutzen. Die Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes sind Luftangriffen vonseiten der Regierungstruppen ausgesetzt. Es ist auch bekannt, dass staatlich unterstützte Milizen Hausdurchsuchungen durchführen, um Christen aufzuspüren.



Leben im Staat

Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Es besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie von der Übergangsregierung angekündigt. Organisationen werden behindert oder verboten, wenn sie als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen wahrgenommen werden oder sie die evangelistische Wirkung ihrer Arbeit offen kommunizieren. Viele internationale Nichtregierungsorganisationen werden aus dem Land verbannt, wenn sie als christlich gelten.

Kirchliches Leben

Die Kirchen im Sudan stehen unter erheblichem Druck seitens der Behörden und der Gesellschaft im Allgemeinen. Zudem mischen sich sudanesischer Beamte ständig in die Ernennung religiöser Leiter ein. Christen werden von den Behörden und aufgebracht Mengen daran gehindert, Kirchen zu bauen und instand zu halten. Wenn Christen versuchen, Reparaturen an Kirchen ohne die Zustimmung der Regierung vorzunehmen, droht ihnen Gewalt. Leiter von Dorfgemeinschaften haben mehrere Angriffe zu verantworten, weil sie die Bevölkerung zu Unruhen sowie zu Bombenanschlägen und Angriffen auf Christen und Kirchen angestachelt haben. Solche Formen der Gewalt gibt es häufiger in abgelegenen Gebieten. Die sudanesischer Infrastruktur macht es extrem schwierig, diese Gebiete mit Hilfsgütern zu erreichen oder internationale Beobachter dorthin zu entsenden, was es den Tätern ermöglicht, Gewalt ungestraft auszuüben.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 13. Mai 2023 wurde die koptische Kirche al-Masalma in der Stadt Omdurman von Plünderern angegriffen. Der Wachmann der Kirche wurde erstochen, als die Bewaffneten das Gebäude einnahmen.
- Am 14. Mai 2023 übernahmen RSF-Soldaten die koptisch-orthodoxe Marienkirche in Khartum, um das Gebäude in eine Militärbasis umzuwandeln. Dabei evakuierten sie alle Priester unter Zwang, darunter auch Bischof Elia, den Bischof von Khartum und Südsudan. Berichten zufolge hatten die Streitkräfte die Kirchenmitglieder tagelang eingeschüchtert und schikaniert, bevor sie sie schließlich am 14. Mai zwangen, die Kirche zu verlassen.
- Am 19. Mai 2023 listete der sudanesischer Kirchenrat in einer Erklärung eine Reihe von Kirchengemeinden im Bundesstaat al-Chartum auf, die dem Druck und der Gewalt der RSF-Miliz ausgesetzt sind.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	8	87
2023	10	83
2022	13	79
2021	13	79
2020	7	85

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl des Sudan im Weltverfolgungsindex 2024 ist auf eine Zunahme der Gewalt gegen Christen zurückzuführen. Den Christen feindlich gesinnte Kräfte nutzten den Konflikt zwischen der Armee und den RSF, um Christen verstärkt ins Visier zu nehmen. Gezielte Angriffe auf christliches Eigentum und Kirchen durch beide Kriegsparteien trugen erheblich dazu bei, dass der Wert für Gewalt anstieg.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In den letzten Jahren hat es positive Veränderungen in Bezug auf die Rechte und die Sicherheit von Frauen gegeben. Im Juli 2020 wurde angekündigt, dass man das Apostasiegesetz abschaffen werde, dass Frauen künftig nicht mehr die Erlaubnis eines männlichen Verwandten benötigen würden, um zu reisen, und dass Genitalverstümmelung verboten

würde. Ungeachtet dieser positiven Entwicklungen stehen Christinnen, insbesondere christliche Konvertitinnen, weiterhin vor enormen Schwierigkeiten, gerade jetzt im derzeitigen Kontext politischer Instabilität und Gewalt – dazu gehören die Gefahr von Vergewaltigung, körperlicher Gewalt, häuslicher Gewalt und Zwangsheirat. Außerdem ist es nach wie vor schwierig, solche Übergriffe zu melden.

Männer: Gewalttätige islamische Gruppen sind weiterhin eine Plage für viele afrikanische Länder und haben eine Zunahme der Verfolgung bewirkt. Die sudanesisische Regierung nimmt männliche Christen unter verschiedenen falschen, schwerwiegenden Anschuldigungen ins Visier, darunter »Terrorismus«. Gemeindeführer sind die häufigsten Ziele, und die Sicherheitskräfte der Regierung überwachen ihre Aktivitäten täglich. Christlichen Männern und Jungen, insbesondere christlichen Konvertiten, drohen Schläge, Inhaftierung, Tötung, Belästigung am Arbeitsplatz und Vertreibung. Konvertiten werden mitunter aus ihrem Haus geworfen und von ihren Familien verstoßen. Andere sehen sich aufgrund des Verfolgungsdrucks gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten wie die jüdische Gemeinschaft stehen im Sudan ebenfalls gravierenden Schwierigkeiten gegenüber. Sie werden von politischen und religiösen Leitern über das Fernsehen und andere Medien angegriffen. Die Gemeinschaft der Bahai ist im Sudan nicht anerkannt und kann nur im Geheimen agieren. Auch die Zeugen Jehovas sind Schikanen ausgesetzt. Schiitischen Muslimen ist es nicht erlaubt, Gottesdienste abzuhalten. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass es für jede religiöse Gruppe außerhalb des sunnitischen Islam ungeheuer schwierig ist, ihren Glauben zu leben.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Sudan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Sudan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kirchengebäude werden angegriffen und niedergebrannt (ICCPR Art. 18)
- Christliche Frauen und Mädchen werden schikaniert, weil sie ihren Kopf nicht bedecken oder Hosen tragen (ICCPR Art. 18)
- Christen können der Blasphemie beschuldigt und angeklagt werden (ICCPR Art. 19)
- Christliche Kinder werden oft wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (CRC Art. 14 und ICCPR Art. 18)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
9

LÄNDERPROFIL

Iran



Platz 9 / 86 Punkte (2023: Platz 8 / 86 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, tragen die Hauptlast der Verstöße gegen Religionsfreiheit. Diese Verstöße werden vor allem durch die Regierung und in einem geringeren Maße durch die Gesellschaft und die Familien der Konvertiten begangen. Die Regierung sieht in christlichen Konvertiten einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlichen Konvertiten sowie Gemeindeleiter und Mitglieder anderer Denominationen und Kirchen, die christliche Konvertiten unterstützen, werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt.

Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die meisten Arbeitsplätze, insbesondere staatliche Arbeitsstellen, bleiben Muslimen vorbehalten. Außerdem leiden die armenischen und assyrischen Kirchen unter rechtlicher Diskriminierung. So ist es ihnen verboten, die Landessprache Farsi zu verwenden, sei es bei der Durchführung von Gemeindeaktivitäten oder der Erstellung christlicher Materialien. Außerdem ist Christen der armenischen und assyrischen Kirchen der Kontakt mit (farsisprachigen) christlichen Konvertiten verboten; ihre Gottesdienste dürfen diese Konvertiten nicht besuchen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Oberster Führer
Ajatollah Ali Chamenei

BEVÖLKERUNG

86.976.000

CHRISTEN

1.245.000 / 1,4 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Theokratische Republik



Hintergrund

Der Iran wurde zu einer islamischen Republik, als der Schah in der Revolution von 1979 abgesetzt wurde und schiitisch-islamische Geistliche die Kontrolle über das Land übernahmen. Sie verbannten jeglichen westlichen Einfluss (den sie als christlich betrachten) aus ihrem Land. Der ranghöchste und einflussreichste Geistliche ist heute der sogenannte »Oberste Führer« Ajatollah Ali Chamenei. Er zieht alle politischen Fäden und ernennt den Wächterrat, der bei allen parlamentarischen Gesetzen ein Vetorecht hat und der auch alle Kandidaten für politische Ämter überprüft.

Im September 2022 kam es zu einer neuen Protestwelle nach dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini, die von der iranischen Sittenpolizei schwer misshandelt worden war, weil sie ihr Kopftuch nicht korrekt getragen hatte. Im Gegensatz zu früheren Protesten beteiligten sich dieses Mal Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, darunter viele junge Menschen. Das iranische Regime reagierte mit harten Strafen gegen Tausende von verhafteten Demonstranten, darunter auch Dutzende Todesstrafen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation »Iran Human Rights« wurden allein in der ersten Jahreshälfte von 2023 mindestens 352 Personen hingerichtet – das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren – und darunter sind auch mindestens sieben Personen, die wegen ihrer Beteiligung an den Protesten exekutiert worden sind. Viele Christen, Konvertiten sowie aus den traditionellen Kirchen, haben die Proteste unterstützt.

Offiziell folgen die meisten Iraner der Staatsreligion, dem schiitischen Islam. Es gibt aber auch eine signifikante Minderheit von Sunniten (10 %). Die iranische Verfassung erkennt vier religiöse Gruppen an: Muslime, Zoroastrier, Juden und Christen. Gleichzeitig erfährt jeder, der kein schiitischer Muslim ist, Diskriminierung und Einschränkungen seiner Rechte. So verbietet das Zivilgesetzbuch, dass ein Nichtmuslim eine muslimischen Frau heiratet; christliche Frauen sind dazu verpflichtet, den Hijab zu tragen; und Christen dürfen keinen Besitz von Muslimen erben.

Nicht anerkannte Minderheiten wie christliche Konvertiten, Bahai, Dervische und Nichtgläubige sind schweren Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt. Die meisten der vielen Tausend iranischen Konvertiten, die sich dem christlichen Glauben zugewendet haben, versammeln sich in kleinen Hauskreisen. Die größte Bedrohung geht von den iranischen Sicherheitsdiensten aus. Diese überwachen die Online-Aktivitäten von Christen und sammeln Informationen, um sie als Beweis für »Handlungen gegen die nationale Sicherheit« oder »Spionage für zionistische Regime« zu verwenden. Es wird vermutet, dass Tausende iranische Christen mit muslimischem Hintergrund aus dem Land fliehen – aus Angst vor Verhaftung, psychologischer Folter (einschließlich Einzelhaft) und langjährigen Gefängnisstrafen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	1.245.000	1,4
Muslime	85.087.503	97,8
Hindus	39.424	< 0,1
Buddhisten	497	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	4.965	< 0,1
Juden	7.349	< 0,1
Bahai	250.249	0,3
Atheisten	10.427	< 0,1
Agnostiker	244.290	0,3
Andere	86.197	0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität der Städte haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren, als in ländlichen Gebieten, in denen die soziale Kontrolle stärker ist.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Alle Gesetze müssen mit der Scharia übereinstimmen. Der Wächterrat, der vom Obersten Führer Chamenei eingesetzt wird und sich aus schiitischen Gelehrten und Geistlichen zusammensetzt, prüft alle Gesetze sowie die Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter, beispielsweise für das Präsidentenamt und das Parlament. Ethnische Perser werden als Muslime betrachtet, weshalb jeder, der sich dem christlichen Glauben zuwendet, als Abtrünniger gilt. Dadurch werden fast alle christlichen Aktivitäten zu kriminellen Handlungen – vor allem, wenn sie auf Farsi stattfinden. Muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten auf. Dabei ist die iranische Gesellschaft weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weitverbreiteten

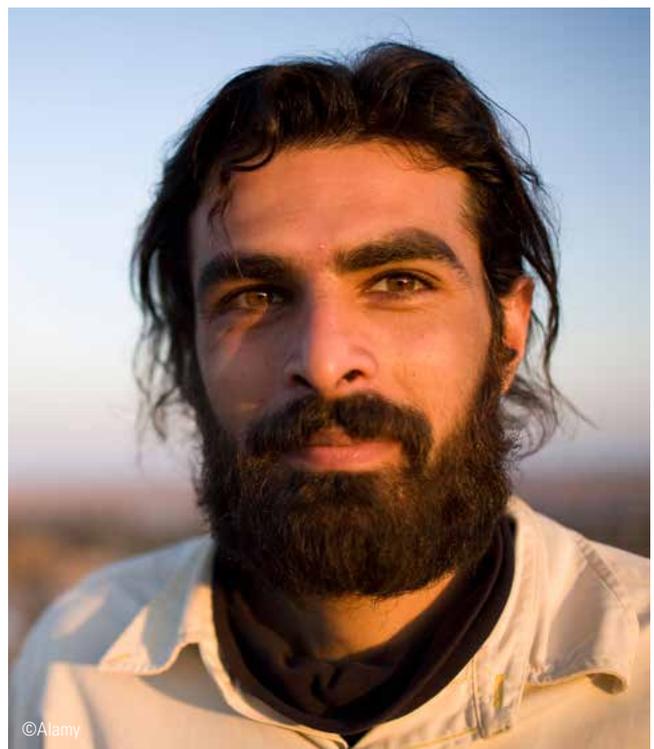
Einfluss des gemäßigteren Sufi-Islam zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf seine vorislamische persische Kultur. Gleichwohl üben religiöse Familien häufig Druck auf Familienmitglieder aus, die sich vom Islam abgewandt haben und Christen geworden sind.

Diktatorische Paranoia

Das Regime ist bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu schützen, von denen es seine Legitimität ableitet. Der christliche Glaube gilt als gefährlicher westlicher Einfluss und als Bedrohung der islamischen Identität der Republik. Dies erklärt, warum insbesondere Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« verurteilt werden. Darüber hinaus zeigt die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition, dass es dem Regime vor allem um den Erhalt seiner Machtbasis geht.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders christlichen Konvertiten, wird oft eine Entlassung gegen Kautions angeboten. Dabei geht es meist um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 150.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien werden dadurch gezwungen, ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken zu belasten. Diejenigen, die gegen Kautions freigelassen werden, schweigen oft, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt sie, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions zu verlieren.



Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Im Iran herrscht eine Kultur der Ehre und Schande, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dazu kommt, dass der Iran eine multikulturelle Bevölkerung hat, wobei einige ethnische Gruppen starke Gruppenidentitäten wahren. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der eigenen Gruppe und als Schande für die Familie. Dies kann zu einem zusätzlichen Druck auch auf christliche Konvertiten führen.

Konfessioneller Protektionismus

Um einen Eindruck von religiöser Toleranz zu vermitteln, betonen die iranischen Behörden gerne, die armenischen und assyrischen Kirchen seien in den Medien und auf der internationalen Bühne durch Repräsentanten vertreten. Tatsächlich äußern sich diese Repräsentanten dort öffentlich über »die Freiheit, die alle Christen genießen«, während nur ein kleiner Teil der Christen ein sehr begrenztes Maß an Freiheit genießt. Diese Äußerungen werden häufig gegen andere christliche Konfessionen, meist protestantische Gemeinden von Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, verwendet – um diejenigen Kirchen zu delegitimieren, die sich nicht an die Auflagen der Regierung halten und die ihre Religionsfreiheit in größerem Umfang ausüben wollen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (zum Beispiel von den Philippinen oder aus Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige der katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige der wenigen ausländischen Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische Christen muslimischer Herkunft an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Gemeinsame jährliche Gebetstreffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit auf Druck des iranischen Sicherheitsapparates ebenfalls abgesagt. Ausländischen Christen ist es streng verboten, mit iranischen christlichen Konvertiten aus dem Islam in Kontakt zu treten, geschweige denn sie in ihre Gemeinden aufzunehmen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volkgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen. Sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens

und dürfen in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (farsisprachige) Christen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen oder an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl Armenier und Assyrer formell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt und sind rechtlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt.



Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die größte Gruppe von Christen im Iran sind ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, die also Konvertiten sind. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, die von der Regierung ausgeht, und in einem geringeren Ausmaß auch von ihren (Groß-)Familien und der Gesellschaft. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen der Abwendung vom Islam gesehen. Sie ist deshalb verboten. Kinder von christlichen Konvertiten aus dem Islam werden automatisch als Muslime registriert, da ihre Eltern ihre offizielle Religionszugehörigkeit nicht ändern können. In der Vergangenheit waren es die Leiter von Gruppen christlicher Konvertiten, die verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Vermehrt werden in ähnlicher Weise nun auch Mitglieder solcher Gruppen angeklagt, die keine Leitungsfunktion ausüben; ebenso wie Christen anderer Konfessionen, die sie unterstützen. Weltweit gibt es eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen muslimischer Herkunft, da viele von ihnen im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland ebenfalls Christen geworden sind.

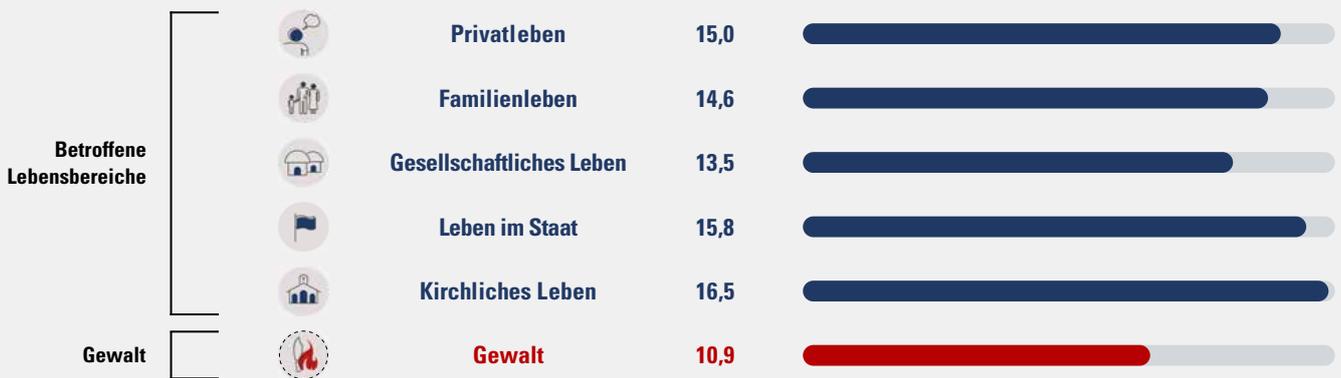
Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Es ist zwar schwierig, diese Gruppe klar von den Gemeinschaften christlicher Konvertiten abzugrenzen, allerdings haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyri-

schen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund, von dem sie sich abgewandt haben; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt und werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie das Evangelium weitergeben oder Hauskirchen besuchen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.



Privatleben

Es ist für Christen riskant, ihren Glauben öffentlich kundzutun (etwa in Blogs oder sozialen Medien), insbesondere für christliche Konvertiten. Das Internet wird überwacht und solche Äußerungen können als Beweismittel für eine Verhaftung dienen. Die Weitergabe christlicher Botschaften (vor allem auf Farsi) kann als Bekehrungsversuch interpretiert werden. Auch der Zugriff auf christliche Online-Materialien oder die Kontaktaufnahme mit ausländischen Christen sind riskante Unterfangen. Der Besitz christlicher Literatur auf Farsi, besonders in größerer Stückzahl, legt den Verdacht nahe, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Zusammenkünfte von christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden überwacht und häufig von der Polizei gestürmt.

Familienleben

Christen können keine muslimischen Kinder adoptieren. Armenische und assyrische Christen betreiben jedoch eigene Waisenhäuser, aus denen sie Kinder adoptieren können. Die Kinder von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft werden automatisch als Muslime registriert. Sie

müssen am islamisch geprägten Schulunterricht teilnehmen, der seit der Revolution von 1979 noch stärker am Islam ausgerichtet wurde. Sogar die Kinder von armenischen oder assyrischen Christen werden gezwungen, am Islamunterricht teilzunehmen, und das bereits in der Grundschule. Der Widerstand vonseiten christlicher Eltern gegen diese Regelung hat nur dazu geführt, dass sie vor Gericht gestellt und ihre Kinder bedroht wurden. An den Universitäten sind Kurse wie islamische Geschichte, Koran und Arabisch Pflichtfächer. Bei der Bewerbung an einer Universität muss die Religionszugehörigkeit angegeben werden; und gibt eine Person muslimischer Herkunft an, dass sie Christ sei, wird sie nicht an der Universität aufgenommen. Gemeindeleiter und in zunehmendem Maße auch Gemeindeglieder werden zu oftmals langjährigen Haftstrafen verurteilt – mit traumatischen Folgen für die ganze Familie. Laut Artikel 881 des Zivilgesetzbuchs kann ein Nichtmuslim kein Vermögen von einem Muslim erben. Gibt es im Todesfall eines Nichtmuslims unter den Erben nur einen Muslim, so fällt diesem der gesamte Nachlass zu.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden überwacht, insbesondere wenn sie im Verdacht stehen, eine Hauskirche zu leiten oder das Evangelium weiterzugeben. Diese Christen werden häufig zu Verhören vorgeladen, die der Einschüchterung dienen sollen. Informanten in westlichen Ländern berichten dem iranischen Geheimdienst über Aktivitäten iranischer Christen im Ausland. Im Iran ist es für Frauen Pflicht, den Kopf zu bedecken und den Hijab zu tragen. Mehr als 80

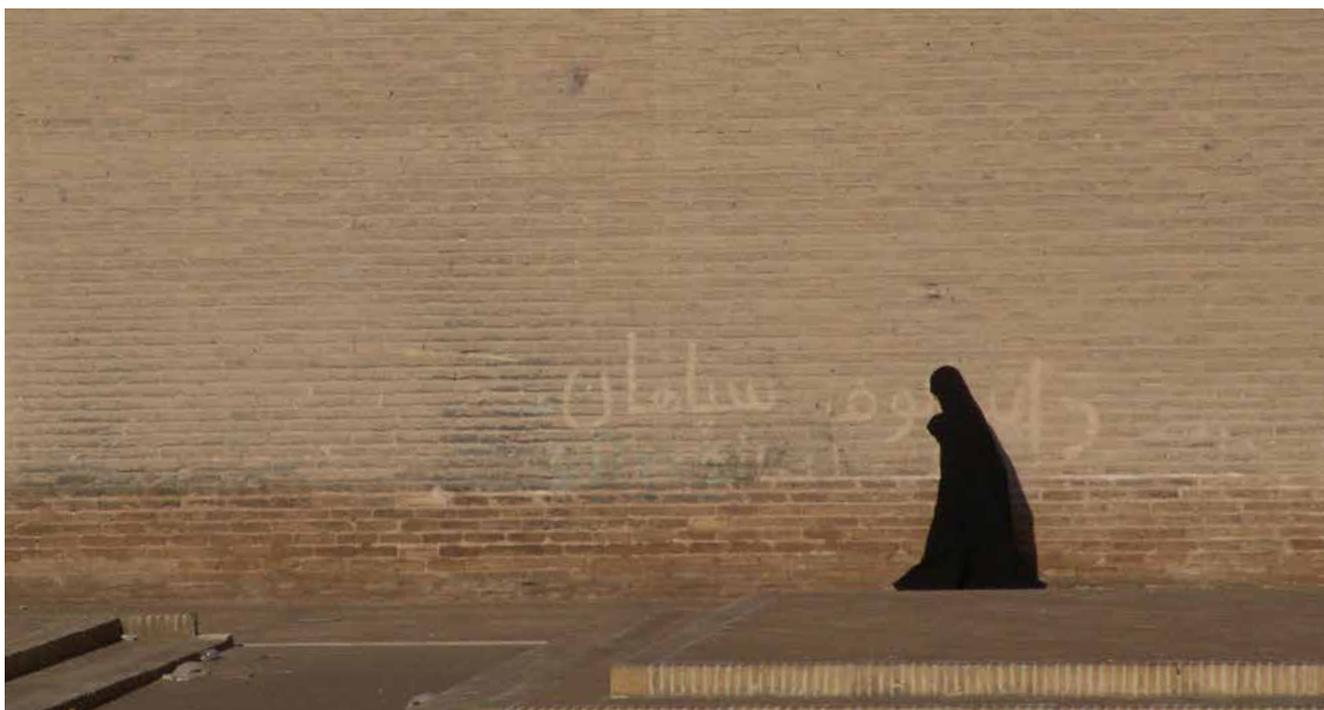
Prozent des Wirtschaftssektors werden von der iranischen Regierung kontrolliert. Das Geschäftsleben ist von Klientelpolitik und Vetternwirtschaft geprägt. Christen aus traditionellen Kirchen, wie armenische und assyrische Christen, werden im Geschäftsleben diskriminiert; den anderen Christen im Iran ist es fast gar nicht möglich, Handel zu treiben.

Leben im Staat

Hohe Posten in der Regierung sind schiitischen Muslimen vorbehalten; Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der armenischen und assyrischen ethnischen Minderheit reserviert sind. Es kann gefährlich sein, die Regierung zu kritisieren. Die nationalen Medien werden streng kontrolliert, und sowohl Staatsbeamte als auch Imame kritisieren Christen (in der Regel in Bezug auf Hauskirchen und unter Vorwürfen des »Zionismus«). Sexuelle Belästigung ist während der Verhöre verhafteter Christen weitverbreitet, obwohl dies ein Verstoß gegen das iranische Strafgesetzbuch darstellt. Familienmitglieder können christlichen Konvertiten Leid antun, ohne dafür bestraft zu werden.

Kirchliches Leben

Die meisten Gottesdienste werden von der Polizei überwacht. Dies schürt Angst unter den Gottesdienstbesuchern. Armenische und assyrische Christen dürfen Gottesdienste in ihren eigenen Sprachen abhalten, solange sie Christen mit muslimischem Hintergrund die Teilnahme



verweigern. Armenier und Assyrer betreiben zudem einige staatlich subventionierte Schulen; die Schulleiter sind jedoch in der Regel Muslime. In den letzten Jahren hat die Regierung ihre Bemühungen verstärkt, farsisprachige Christen aus dem Iran zu vertreiben, indem sie Kirchen schloss und christliche Leiter verhaftete. Nach der Covid-19-Pandemie wurden alle vier verbliebenen farsisprachigen Kirchen auf unbestimmte Zeit geschlossen und durften nicht wieder eröffnet werden.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Zwischen dem 1. Juni und dem 17. Juli 2023 verhafteten die iranischen Behörden mindestens 69 Christen in elf verschiedenen Städten. Die meisten verhafteten Christen sind Konvertiten, aber mindestens zwei sind Christen mit armenischem Hintergrund. Einige derjenigen, die freigelassenen wurden, hatte man gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, die sie dazu verpflichten, sich von weiteren christlichen Aktivitäten fernzuhalten oder an islamischen Umerziehungskursen teilzunehmen. Diejenigen, die gegen Kautions freigelassen wurden, mussten hohe Kautionsbeträge zahlen (zwischen umgerechnet 8.000 und 40.000 US-Dollar). Andere wurden aufgefordert, den Iran zu verlassen, oder ihr Arbeitsverhältnis wurde aufgelöst. Mindestens zehn Christen befinden sich noch immer in Haft. Die Verhaftungswelle folgte auf eine Zeit, in der nur sehr wenige Verhaftungen öffentlich bekannt wurden. Dies ist ein Hinweis darauf, dass das Regime unverändert repressiv bleibt.
- Drei christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund wurden im April 2022 gemäß Artikel 500 des Strafgesetzbuchs zu einer Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt. Sie legten Berufung gegen ihre Verurteilung ein und bestritten »jegliche dem Gesetz widersprechende Aktivität«. In ähnlichen Fällen haben Richter zugegeben, dass sie von den Sicherheitsbehörden unter erheblichen Druck gesetzt worden waren, Christen mit muslimischem Hintergrund zu Höchststrafen zu verurteilen. In einem zweiten Prozess im November 2022 wurden alle drei Männer von den Vorwürfen freigesprochen. Das erste Urteil bleibt jedoch bestehen, und nur bei einem der Verurteilten wurde bisher die Haftstrafe reduziert. Außerdem wurde eine Woche nach der Anhörung auch ihr Anwalt verhaftet. Allen drei Männern wurde über Weihnachten 2022 ein kurzer Urlaub gewährt, nachdem sie eine beträchtliche Kautions hinterlegt hatten; anschließend kehrten sie zurück, um ihre Strafe weiter zu verbüßen.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	9	86
2023	8	86
2022	9	85
2021	8	86
2020	9	85

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 haben sich die Werte für den Iran nur wenig verändert: Der Druck ist in praktisch allen Lebensbereichen extrem hoch geblieben, die Gewalt hat geringfügig zugenommen. Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund haben mit

Schwierigkeiten seitens der Regierung, der Gesellschaft und ihrer Familien zu kämpfen. Die Regierung sieht in christlichen Konvertiten einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der Tod von Jina Mahsa Amini hat die Aufmerksamkeit erneut auf die Situation der iranischen Frauen gelenkt. Christinnen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert sind, werden bloßgestellt und mitunter sexuell missbraucht. Einige christliche Frauen, insbesondere Konvertitinnen mit muslimischem Hintergrund, werden gezwungen, Muslime zu heiraten. Innerhalb der Ehe sind christliche Frauen nicht vor sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt geschützt; dieser mangelnde rechtliche Schutz führt zu einer Straffreiheit von Tätern, die Christinnen aufgrund ihres Glaubens im privaten und öffentlichen Bereich gewaltsam verfolgen.

Männer: Männer stehen besonders in städtischen Gebieten in erhöhter Gefahr, verhaftet und strafrechtlich verfolgt zu werden sowie für längere Zeit ins Gefängnis zu kommen. Männer sind in der Regel die Hauptversorger ihrer Familien. Wenden sie sich vom Islam ab und dem christlichen Glauben zu, riskieren sie, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn sie ein Gewerbe anmelden oder eine Genehmigung beantragen und der Beamte von ihrem christlichen Glauben erfährt, wird der Antrag mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt. Dies stellt eine zusätzliche finanzielle und psychologische Belastung für ihre Familien dar. Auch werden Männer überwacht, bedroht und schikaniert, wodurch sie sich mitunter zur Flucht aus dem Land gezwungen sehen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden im Iran ebenfalls verfolgt. Viele Regimekritiker aus diesen Gruppen wurden hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von »Apostasie«). Auch ethnische Minderheiten wie Kurden, Belutschen und iranische Araber werden von der Regierung verdächtigt und diskriminiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Iran hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Iran kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden willkürlich verhaftet, wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit angeklagt und ohne ein faires Verfahren verurteilt (ICCPR Art. 9)
- Friedliche religiöse Aktivitäten von Christen werden vom Staat aus Gründen der nationalen Sicherheit überwacht und regelmäßig gestört (ICCPR Art. 18 und 21)
- Konvertiten zum Christentum werden wegen ihrer Entscheidung, den Islam zu verlassen, vom Staat verfolgt (ICCPR Art. 18)
- Christen aller Konfessionen werden vom Staat überwacht, was eine Verletzung ihres Rechts auf Privatsphäre darstellt (ICCPR Art. 17)
- Christliche Kinder werden gezwungen, am islamischen Religionsunterricht teilzunehmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen können nicht von Muslimen erben und haben nur eingeschränkten Zugang zu höherer Bildung und öffentlicher Beschäftigung (ICCPR Art. 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
10

LÄNDERPROFIL

Afghanistan



Platz 10 / 84 Punkte (2023: Platz 9 / 84 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Fast alle afghanischen Christen sind Konvertiten aus dem Islam und haben somit einen muslimischen Hintergrund. Sie können ihren Glauben nicht offen praktizieren. Sich vom Islam abzuwenden, wird als Schande angesehen und nach geltendem islamischem Recht mit dem Tod bestraft. Wenn der Glaube von christlichen Konvertiten entdeckt wird, müssen sie aus dem Land fliehen. Die Familie, der Clan oder der Stamm müssen »ihre Ehre wiederherstellen«, indem sie gegen Konvertiten vorgehen. Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 sind viele Christen untergetaucht oder haben versucht, das Land zu verlassen. Der Machtwechsel hat die Situation für Christen verschlechtert, aber auch für alle Frauen, da diese nun wieder in ihren Wohnungen festsitzen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Hibatullah Achundsada

BEVÖLKERUNG

41.681.000

CHRISTEN

Einige Tausend

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Islamisches Emirat



Hintergrund

Afghanistan hat seit mehr als 40 Jahren keinen Frieden mehr erlebt. Dies hat die Infrastruktur, die Wirtschaft und das soziale Gefüge in Trümmer gelegt. Eine weitverbreitete islamische Radikalisierung, kriminelle Aktivitäten und Korruption sind die Folge. Von 1996 bis 2001 beherrschten die Taliban etwa drei Viertel des Landes. Im August 2021 übernahmen sie erneut die Macht und führten wieder eine strikte Auslegung des Islam ein. Dazu gehört, Mädchen den Besuch einer Sekundarschule zu verbieten. Die meisten Menschen, selbst die wohlhabenderen, kämpfen mit den Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Das hat viele Bauern dazu veranlasst, sich auf illegale Drogen wie Opium als Einkommensquelle zu stützen.

Ein Sprecher der Taliban leugnete schlichtweg die Existenz von Christen in Afghanistan, als er vom Rundfunksender »Voice of America« danach gefragt wurde. Dies ist der offizielle Standpunkt der Taliban. Die kleinen Gruppen von Christen im Land mussten sich an die neuen Umstände anpassen, indem sie entweder innerhalb des Landes umsiedelten, aus Sicherheitsgründen ins Ausland flohen oder versuchten unterzutauchen. Da die Taliban weitgehend unangefochten an der Macht sind und eine strenge Version der islamischen Scharia umsetzen, gibt es für Christen keinen Platz in der Gesellschaft. Zudem dürften Christen auch von etwaigen internen Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Taliban-Fraktionen betroffen sein sowie vom Kampf der Taliban gegen den »Islamischen Staat in der Provinz Khorasan« (ISKP).

Interessengruppen, die sich für die soziale Entwicklung oder für Frauen-, Minderheiten- oder Menschenrechte einsetzen, können kaum etwas ausrichten, um die politische Lage des Landes zu beeinflussen; sie werden mitunter sogar selbst zum Ziel von Angriffen. Gruppen, die sich für Rechtsstaatlichkeit und politische Partizipation einsetzen oder auf die Rechenschaftspflicht der Regierung drängen, werden schnell verdächtigt, Agenten der internationalen Gemeinschaft zu sein und die Agenda des Westens zu unterstützen. Oftmals werden sie auch als »Ungläubige« bezeichnet. Das gilt auch für westliche Nichtregierungsorganisationen, die im Land arbeiten, darunter die wenigen christlichen. Die Taliban haben gezielt Bürger getötet, die sie als »Kollaborateure« mit der alten Regierung oder als »Militante« bezeichneten.

Die internationale Isolation Afghanistans hält an. Weil immer weniger internationale Hilfe in Afghanistan ankommt, mussten mehrere Krankenhäuser geschlossen werden; die UNO hat ihre Programme zweimal gekürzt, was zu einer katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage geführt hat.

Gibt es regionale Unterschiede?

Im Allgemeinen ist die Kontrolle und Überwachung in ländlichen Gebieten strenger als in den meisten Städten. Allerdings ist das ganze Land streng islamisch geprägt, sodass Christen überall große Schwierigkeiten haben.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit diktatorischer Paranoia

Afghanistan erkennt eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht an; sie wird als Abtrünnigkeit angesehen, die Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Christen muslimischer Herkunft verbergen ihren Glauben aus Angst vor Gewalt durch muslimische Religionsführer, lokale Behörden oder Familienangehörige. Die Taliban legen großen Wert auf einen häufigen und regelmäßigen Besuch der Moschee. Die extreme Gewalt, die von IS-nahen Gruppen (zum Beispiel ISKP) ausgeht, hat zur Folge, dass eine beträchtliche Zahl von Menschen bei Angriffen getötet oder vertrieben wurden.



Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

In Afghanistan ist der Familienverband kollektivistisch geprägt. Das lässt wenig Raum für Privatsphäre und bedeutet, dass für Christen muslimischer Herkunft die Gefahr groß ist, entdeckt zu werden. Eine Abwendung vom Islam wird als Bedrohung für die überwiegend islamische Identität des Landes angesehen. Deshalb wird großer Druck ausgeübt, um sicherzustellen, dass die betreffende Person zu den traditionellen Normen zurückkehrt. Besonders der christliche Glaube wird als westlich angesehen und als feindlich gegenüber der afghanischen Kultur und Gesellschaft sowie dem Islam eingestuft.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Der Mohnanbau zur Herstellung illegaler Drogen wie Opium ist viel lukrativer als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Die Einkünfte aus dem Mohnanbau finanzieren bewaffnete Milizen und fördern die Korruption. Von den Folgen und Nachteilen, die daraus entstehen, sind insbesondere Christen betroffen, da sie zumeist der einkommensschwachen Mehrheit der Bevölkerung angehören.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Nichtregierungsorganisationen beginnen, ihre Mitarbeiter wieder nach Afghanistan zu entsenden. Da sich die Sicherheitslage einigermaßen verbessert hat, sind ausländische Arbeitskräfte nicht mehr auf hochgesicherte Gelände beschränkt. Allerdings ist es für ausländische Christen in Afghanistan unmöglich, mit anderen Christen zusammenzukommen, sodass sie weiterhin unfreiwillig isoliert bleiben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft geben sich größte Mühe, dass ihr Glaubenswechsel nicht von ihrer Familie oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt wird, denn das würde ihr Leben in Gefahr bringen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

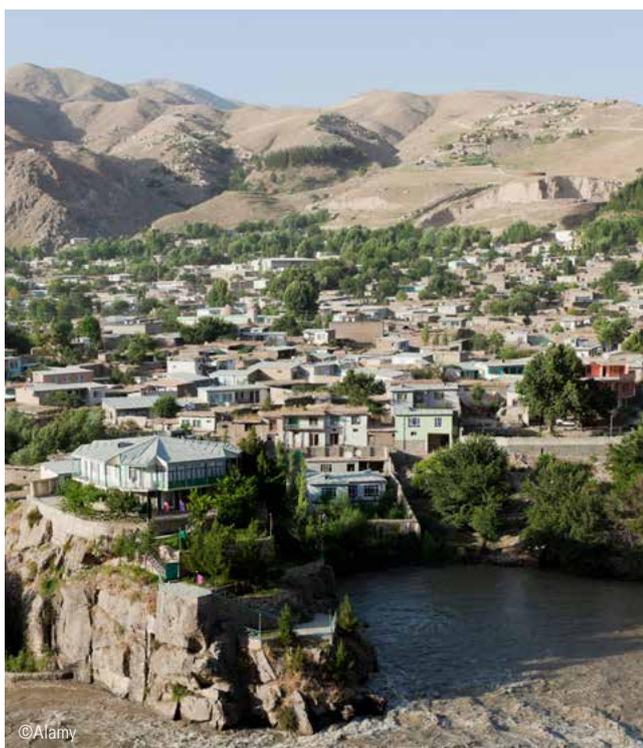
Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In der eng verbundenen Stammesgesellschaft ist die gesellschaftliche Kontrolle stark und Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, entdeckt zu werden. Noch bevor die Taliban die Kontrolle über das ganze Land erlangten, führten sie Handykontrollen in den von ihnen beherrschten Regionen durch. Daraufhin entledigten sich viele Christen muslimischer Herkunft ihrer Handys; außerdem zogen sie in andere Gebiete, um sich zu verstecken.



Familienleben

Schon der Verdacht, sich vom Islam abgewandt zu haben, kann zu schwerwiegenden Konsequenzen wie Verhaftung oder Zerstörung der Wohnung führen. Ehepartner werden massiv dazu gedrängt, sich von einem christlichen Partner oder einer christlichen Partnerin scheiden zu lassen oder – weil Scheidung unüblich ist – die Ehe zu annullieren. Da die Taliban-Regierung verlangt, dass Kinder als Muslime erzogen werden, droht Ehepartnern der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder, wenn sie den Eindruck erwecken, den Islam nicht angemessen zu praktizieren. Dieses Risiko gilt besonders für Christen muslimischer Herkunft.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft haben keine andere Wahl, als so zu tun, als seien sie weiterhin Muslime – das bedeutet, die Kleiderordnung zu befolgen, die Moschee zu besuchen oder sich einen Bart wachsen zu lassen. Wenn eine Christin sich entscheidet, keine Kopfbedeckung zu tragen, erregt sie unerwünschte Aufmerksamkeit. Die örtliche Gemeinschaft wird sie dazu drängen, sich zu verschleiern. Viele christliche Konvertiten verlassen das Land, wenn sie können.

Leben im Staat

Die von den Taliban nun außer Kraft gesetzte Verfassung hatte festgelegt, dass Angehörige anderer Religionen ihren Glauben frei ausüben können. In Artikel 3 heißt es jedoch, dass kein Gesetz gegen die Lehren des Islam verstoßen darf, was zu Einschränkungen in vielen Bereichen geführt hatte. Ein Glaubenswechsel wurde als Blasphemie angesehen. Dies gilt auch unter der Taliban-Herrschaft, da

das Regime die Scharia anwendet. Nun werden alle Reisen von Personen, die im Verdacht stehen, Christ zu sein, überwacht und häufig verhindert, wenn vermutet wird, dass eine Reise aus religiösen Gründen unternommen wird. Die Taliban sind für ihre häufigen Razzien bekannt.

Kirchliches Leben

Die einzige genutzte Kapelle befindet sich in der italienischen Botschaft in Kabul. Sie ist nur für die kleine Anzahl ausländischer Christen vorgesehen, die noch in der Stadt arbeiten. Andere christliche Treffen finden im Untergrund und im Geheimen statt. Sie sehen zum Beispiel einfach so aus, als würden sich einige Menschen zum Essen treffen. Alle christlichen Materialien sind versteckt, und die Weitergabe selbst auf elektronischem Wege kann lebensbedrohliche Folgen haben, wenn sie zurückverfolgt wird. Wie einer der Experten von Open Doors sagte: »Jeder, der christliche Materialien besitzt, insbesondere die Bibel, erhält eine harte Bestrafung bis hin zum Tod. Selbstverständlich werden auch Nachforschungen angestellt, um herauszufinden, woher diese Materialien stammen.«

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	10	84
2023	9	84
2022	1	98
2021	2	94
2020	2	93

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Christen in Afghanistan haben viele Jahre lang ein ebenso extremes Maß an Verfolgung erlitten wie Christen in Nordkorea. Auch wenn die Verfolgung in den beiden Ländern jeweils auf andere Art und Weise und durch andere Akteure ausgeübt wurde, unterschieden sich Afghanistan und Nordkorea in Bezug auf die Bewertung in den verschiedenen Lebensbereichen nicht – beide Länder erreichten in jedem der



fünf Lebensbereiche die höchste Punktzahl. Die unterschiedliche Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex kam durch die unterschiedliche Wertung im Bereich Gewalt zustande. Die Übernahme der Regierung durch die Taliban änderte jedoch alles. Viele Christen siedelten aus Sicherheitsgründen innerhalb des Landes um oder versuchten, das Land zu verlassen; infolgedessen stellten viele – wenn nicht sogar alle – Hauskirchen ihre Treffen ein, fliehende Christen mussten alles zurücklassen, was sie besaßen, und der Wert für Gewalt auf dem Weltverfolgungsindex 2022 erlebte einen noch nie dagewesenen Anstieg auf 15 Punkte. Allerdings war es bei der Erstellung des Weltverfolgungsindex 2024 unmöglich, konkrete Beweise und Beispiele für ein ähnliches Ausmaß von Angriffen auf Christen zu erhalten, die eindeutig aufgrund ihres Glaubens erfolgten. Aus diesem Grund ist 2024 die Punktzahl im Bereich Gewalt mit 4,6 Punkten deutlich niedriger als 2022 mit 15,0 Punkten. Das bedeutet nicht, dass das Land für Christen sicherer geworden ist. Eine weitere Veränderung ist die Rückkehr der ausländischen Christen (siehe »Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?«). Diese ausländischen Christen erfahren in Afghanistan weniger Druck als einheimische. Insgesamt wurde der Druck somit niedriger bewertet als im vorherigen Berichtszeitraum, als es kaum noch ausländische Christen im Land gab und nur die Lage der einheimischen Christen berücksichtigt wurde. Aber es muss noch einmal betont werden: Die Situation der christlichen Konvertiten im Land hat sich mit dieser Entwicklung in keiner Weise verbessert.

Insgesamt bleibt die Gesamtpunktzahl von Afghanistan extrem hoch. Aber das bedeutet nicht, dass sich alle Christen im Land zur Flucht gezwungen sehen, wenngleich Christen unter der Taliban-Herrschaft ihren Glauben noch sorgfältiger verbergen. Und es bedeutet auch nicht, dass kirchliches Leben komplett unmöglich ist oder dass sich Hauskirchen überhaupt nicht treffen können; womit nicht gesagt werden soll, dass sich die Verfolgungssituation nicht wieder weiter verschlechtern kann. Ein Experte für das Land sagte indes:

»Es gibt keine Möglichkeit, über das Wachstum der Kirche zu spekulieren. Es fehlen die üblichen Indizes. Auch konkrete Beispiele über Verfolgung dringen nicht nach außen, da die Untergrundkirche Stillschweigen bewahrt.« Ein anderer externer Experte stellte fest, dass Christen nicht einfach getötet werden, sondern inhaftiert, verhört und gefoltert werden, um christliche Netzwerke aufzudecken. Und er fügte hinzu, dass dies für die Kirche in Afghanistan sogar noch verheerender sein könnte.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Als im Jahr 2021 die Taliban die Kontrolle über ganz Afghanistan erlangten, nahmen damit die Fortschritte bei der rechtlichen Situation der Frauen ein Ende. Frauen werden schon seit Langem als Bürger zweiter Klasse angesehen, unter der Taliban-Herrschaft sind sie aber noch zusätzlichem Druck ausgesetzt. Der Abwärtstrend bei den Frauenrechten zeigt sich etwa darin, dass nun der Schulbesuch von Mädchen eingeschränkt ist und Frauen vom Arbeitsplatz ausgeschlossen sind. Wenn eine Frau zum christlichen Glauben konvertiert, hält sie es im Normalfall geheim, denn sie würde damit körperliche Misshandlungen, Hausarrest, Zwangsheirat und Vergewaltigung riskieren. Aufgrund der Schamkultur und der rechtlichen Benachteiligung von Frauen ist es unwahrscheinlich, dass Christinnen Missbrauch anzeigen.

Männer: Männer werden von den Taliban unter Druck gesetzt, zu beweisen, dass sie gute muslimische Familienober-

häupter sind: Sie sollen fünfmal am Tag beten, die Moschee besuchen, fasten und einen »richtigen« Bart tragen. Männer, die Christen sind oder auch nur unter dem Verdacht stehen, den christlichen Glauben angenommen zu haben oder Interesse dafür zu zeigen, werden verspottet, inhaftiert, gefoltert, sexuell missbraucht und oftmals sogar getötet. Wenn christliche Konvertiten verheiratet sind, ist es wahrscheinlich, dass man ihnen ihre Frauen und Kinder wegnimmt. Angesichts dieses Drucks entscheiden sich christliche Männer dafür, sich so unauffällig wie möglich zu verhalten. Manche wählen deshalb bewusst niedrige Positionen am Arbeitsplatz, um unerwünschte Aufmerksamkeit zu vermeiden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die wenigen Sikhs, Hindus und Bahai in Afghanistan haben kaum mehr Freiheiten als die Christen. Ihr einziger Vorteil gegenüber Christen ist, dass sie anders als diese nicht als westlich und fremd wahrgenommen werden.

Nach dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums zu Afghanistan von 2022 wurden »die Angriffe gegen Hazara-Schiiten und andere schiitische Muslime fortgesetzt, was zu großen Verlusten unter der Zivilbevölkerung führte. Es war oft unklar, ob die Drohungen und Gewalttaten von Mitgliedern von ISKP, lokalen Taliban oder beiden verübt wurden.«

Im Jahr 2021 beschloss der letzte bekannte Jude in Afghanistan, Kabul zu verlassen und nach Israel zu gehen, da sich die Sicherheitslage immer weiter verschlechterte und das tägliche Leben immer schwieriger wurde.



©Alamy

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Afghanistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Afghanistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden wegen des Verdachts auf ihren Glauben getötet (ICCPR Art. 6)
- Konvertitinnen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23.3 und CEDAW Art. 16)
- Bei Afghanen wird davon ausgegangen, dass sie Muslime sind, und sie dürfen ihre Religion nicht wechseln (ICCPR Art. 18)
- Christen dürfen keine religiösen Bilder oder Symbole zur Schau stellen (ICCPR Art. 18 und 19)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, sich den islamischen religiösen Vorschriften zu unterwerfen und islamischen Unterricht zu erhalten (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
11

LÄNDERPROFIL

Indien



Platz 11 / 83 Punkte (2023: Platz 11 / 82 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Alle in Indien vertretenen Kategorien von Christen, die für den Weltverfolgungsindex untersucht wurden, erleben Rechtsverletzungen. Extremistische Hindu-Nationalisten betrachten Christen als unerwünschte Fremde. Sie wollen ihr Land von Islam und christlichem Glauben reinigen und schrecken nicht davor zurück, auch massive Gewalt einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden unter ständigen Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch Kampagnen, die als »Ghar Wapsi« (übersetzt: »Heimkehr«) bekannt sind. Oft werden sie auch körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Narendra Modi

BEVÖLKERUNG

1.419.656.000

CHRISTEN

71.120.000 / 5 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Hinduismus

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



Hintergrund

Die indische Verfassung erklärt das Land zwar zu einem säkularen Staat, doch hinduistische Extremisten versuchen, dies zu ändern und den Hinduismus zur Staatsreligion zu machen. Im Jahr 2014 wurde Narendra Modi zum indischen Premierminister gewählt. Modi wurde zuvor dafür kritisiert, im Jahr 2002 als damaliger Regierungschef des Bundesstaates Gujarat nichts zum Schutz von Hunderten von Muslimen unternommen zu haben, die bei den Pogromen in Gujarat von Hindu-Extremisten getötet wurden. 2019 wurde er mit absoluter Mehrheit wiedergewählt, bei den Wahlen 2024 strebt er eine dritte Amtszeit an. Seit Modi Premierminister ist, hat die Zahl der jährlich gemeldeten gewalttätigen Übergriffe auf Christen drastisch zugenommen.

Die indischen Religionsfreiheitsgesetze, auch »Anti-Bekehrungs-Gesetze« genannt, sind Sache der einzelnen Bundesstaaten. Sie werden auf bundesstaatlicher Ebene mit dem Ziel erlassen, religiöse Bekehrungen zu regeln. In der Praxis jedoch werden diese Gesetze sowie das indische Strafgesetzbuch missbraucht, um Christen zu bestrafen, die fälschlicherweise der Missionierung oder Zwangsbekehrung beschuldigt werden. Selbst in Bundesstaaten, in denen es kein Anti-Bekehrungs-Gesetz gibt, hat die Polizei Christen wegen vermeintlicher evangelistischer Aktivitäten verhaftet. Folgende elf Bundesstaaten haben bereits Anti-Bekehrungs-Gesetze erlassen: Odisha (seit 1967), Madhya Pradesh (1968), Arunachal Pradesh (1978), Chhattisgarh (2000), Gujarat (2003), Himachal Pradesh (2006 bzw. 2019), Jharkhand (2017), Uttarakhand (2018), Uttar Pradesh (2020), Haryana (2022) und Karnataka (2022). Dabei wurde in Arunachal Pradesh das Anti-Bekehrungs-Gesetz aufgrund fehlender subsidiärer Vorschriften nicht vollständig umgesetzt, und der Bundesstaat Rajasthan hat zwar ein Anti-Bekehrungs-Gesetz verabschiedet, es muss aber noch vom indischen Präsidenten unterzeichnet werden, um in Kraft zu treten. Außerdem sollte das Anti-Bekehrungs-Gesetz in Karnataka im Jahr 2023 überarbeitet oder aufgehoben werden. Zum Ende des Berichtszeitraums gab es jedoch noch keine Veränderungen.

Indien ist die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt, aber die Kluft zwischen Arm und Reich ist groß, und die Armutquote ist äußerst hoch. Das Kastensystem, eine viele Jahrhunderte alte hierarchische Einteilung der indischen Gesellschaft, ist nach wie vor allgegenwärtig. Die meisten Christen stammen aus den sogenannten »Scheduled Castes«, das heißt aus den untersten Kasten – aus der Gruppe der Dalits, deren Angehörige als »Unberührbare« geächtet sind –, sowie aus den »Scheduled Tribes«, einer Gruppe, die Adivasi oder Janjati genannt wird. Viele von ihnen haben unter anderem deshalb den Hinduismus verlassen und den christlichen Glauben angenommen, um ihrer hoffnungslosen Situation zu entkommen; sie mussten aber feststellen, dass auch innerhalb der Kirche die gesellschaftlichen Barrieren für sie bestehen.

Die christliche Bevölkerung ist die Gruppe mit der zweithöchsten Alphabetisierungsrate in Indien, aber gleichzeitig ist sie auch die Gruppe unter allen Minderheiten in Indien mit der höchsten Arbeitslosenquote.

Darüber hinaus werden Christen tagtäglich mit Diskriminierung, unzureichender öffentlicher Gesundheitsversorgung und Unterernährung konfrontiert. Staatliche Beschränkungen machen es den Kirchen praktisch unmöglich, Unterstützung aus dem Ausland für soziale Projekte zu erhalten. Auch die Arbeit christlicher Nichtregierungsorganisationen ist in ähnlicher Weise eingeschränkt. Nach dem Gesetz zur Regulierung ausländischer Spenden («Foreign Contributions Regulation Act», FCRA) erloschen die Lizenzen von Tausenden von Nichtregierungsorganisationen, darunter auch von Hunderten kirchlichen Organisationen. Laut der indischen Regierung seien die Lizenzverlängerungen nicht rechtzeitig beantragt worden.

Es herrscht ein hohes Maß an physischer Gewalt; Ehrenmorde, Säureattacken, Angriffe durch Schlägertrupps oder Mobs und andere Grausamkeiten geschehen regelmäßig im ganzen Land. Bürgerwehren verbreiten Desinformationen über christliche Aktivitäten (wie Gebetstreffen oder Predigten) und legen damit die Grundlage für Prügelattacken und andere Gräueltaten gegen Christen. Auch die Polizei steht in dem Ruf, brutal und korrupt zu sein und inhaftierte Christen zu misshandeln. Ein weiteres großes Problem für Christen sind Maoisten, auch bekannt als Naxaliten – kommunistische Kämpfer, die einige der ärmsten ländlichen Regionen Indiens kontrollieren. Christen, die in diesen von den Naxaliten kontrollierten Gebieten leben, werden ständig überwacht und können ihrem Glauben nicht offen Ausdruck verleihen. Wenn sie es dennoch tun, werden sie von den Naxaliten ernsthaft bedroht.

Im Bundesstaat Manipur kam es im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 zu Gewaltausbrüchen zwischen den ethnischen Gruppen der Meitei (überwiegend Hindus) und der Kuki (überwiegend Christen). Die Gewalt wurde angeführt von den Meitei, welche die Bevölkerungsmehrheit in Manipur ausmachen, und wurde ausgelöst durch eine Kontroverse um Fördermaßnahmen, wobei die Meitei einen Stammesstatus verlangten und die Kuki dagegen protestierten. Weit über 200 Kirchen gingen bei dem Gewaltausbruch in Flammen auf. Laut einem BBC-Bericht vom 12. Juli 2023 haben »die Kuki [...] jetzt »territoriale Autonomie« für die Gruppe gefordert, ein Euphemismus für eine separate, unabhängige Verwaltung. Die Meitei haben gewarnt, dass eine Aufspaltung des Bundesstaates Manipur nicht infrage kommt. Leben und Arbeiten zwischen den beiden Gemeinschaften sind ins Stocken geraten. Das Internet wurde im ganzen Bundesstaat abgeschaltet, was die Lage noch weiter verschärft hat.« Es ist wahrscheinlich, dass die ethnischen Unruhen anhalten werden, bis eine politische Lösung gefunden ist.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslimen	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

In Indien gibt es keine speziellen regionalen Brennpunkte für Verletzungen der Religionsfreiheit. Die am meisten davon betroffenen Regionen sind die Bundesstaaten, in denen die hindu-nationalistische »Bharatiya Janata Party« (BJP) großen Regierungseinfluss hat. Dies kann sich infolge der Wahlen jedoch alle fünf Jahre ändern. Hinduextremistische Gruppen haben im ganzen Land, auch in abgelegenen Dörfern, ihre Zweigstellen eingerichtet. Sie beobachten die Veranstaltungen genau, auf denen Christen über ihren Glauben sprechen. In Gebieten, in denen die BJP nicht an der Macht ist, bildet sie eine starke Oppositionspartei. Obwohl die Überwachung hoch ist, bekommen Christen nur dann Probleme, wenn sie anfangen, ihren Glauben mit anderen zu teilen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus

Die Entschlossenheit und Gewaltbereitschaft hindu-nationalistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie treten mit dem Anspruch an, Indien gehöre dem Hinduismus, und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land vertrieben werden. Extremistischer Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig.

Diktatorische Paranoia, gemischt mit religiös motiviertem Nationalismus

Seitdem die BJP die Wahlen im Mai 2019 gewonnen hat, bildet sie erneut die Regierung unter Premierminister Narendra Modi. Er wird als der starke Mann bejubelt, der Indien anführt. Infolgedessen treten diktatorische Tendenzen immer stärker zum Vorschein. Anzeichen für eine wachsende diktatorisch gesinnte Strömung innerhalb der Regierungskreise sind zum Beispiel die Kontrolle der sozialen Medien und das Sperren von solchen Medien, die von der Regierung vertretene Grundsätze und Statistiken hinterfragen. Ein anderes Beispiel dafür ist die Propaganda gegen vermeintlich »fremde« Religionen wie den Islam oder den christlichen Glauben.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit religiös motiviertem Nationalismus

In den Staaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, im südlichen Madhya Pradesh und im südlichen Gujarat, in Arunachal Pradesh, Assam, Tripura, Nagaland und Manipur gibt es Gebiete mit Stammesgesellschaften. Diese hat die extremistische Hindu-Bewegung »Rashtriya Swayamsevak Sangh« (RSS) erfolgreich infiltriert und sie gegen die Christen in diesen Gebieten aufgebracht. Immer häufiger werden christliche Konvertiten aus diesen Stammesgesellschaften bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen, vertrieben, vom Zugang zu Trinkwasser abgehalten, vergewaltigt und sogar ermordet. In einer Reihe von Fällen wurde der Bau von Kirchengebäuden durch Dorfbewohner gewaltsam gestoppt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Triebkraft wirkt besonders stark in Teilen Nordindiens, wo im sogenannten »Jat-Gürtel« (in den Regionen Punjab, Haryana und Teilen von Rajasthan und Uttar Pradesh) die »Khap-Panchayats« (Clan-Gerichte) herrschen. Sie können über Leben und Tod entscheiden und handeln

unabhängig vom Rechtssystem des Landes, das häufig ein Auge zudrückt, und die Polizei kooperiert sogar dabei – Polizisten stammen größtenteils aus denselben Dörfern und Gemeinschaften, die auch die Clan-Gerichte betreiben. In ihren Augen ist die Hinwendung zum christlichen Glauben eine ernst zu nehmende Straftat.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele hierfür sind Christen der römisch-katholischen Kirche und orthodoxer oder anglikanischer Tradition. Diese Gemeinden und Gemeinschaften zeugen davon, dass es in Indien schon seit vielen Jahrhunderten Christen gibt, und dieses Zeugnis geben auch alte Kirchengebäude, so etwa die (orthodoxe) Mar-Thoma-Kirche in Kerala, die auf das 3. Jahrhundert zurückgeht. Christen traditioneller Kirchen erleben Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit, aber im Allgemeinen erfahren sie das weniger als die betroffenen Christen der nachfolgenden Kategorien.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft haben am stärksten unter der Verfolgung und Diskriminierung in Indien zu leiden. Sie werden fast täglich drangsaliert und konstant unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren. Christliche Konvertiten anderer religiöser Herkunft

(ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld; ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Dabei sind christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund nur in denjenigen Regionen Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung ausgesetzt, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus Freikirchen (etwa aus baptistischen, evangelikalen sowie pfingstkirchlichen Gemeinden) sind nach den christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft das zweitgrößte Ziel von Hindu-Extremisten, da diese freikirchlichen Christen aktiv das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Allein über den christlichen Glauben zu sprechen, wird nun bereits als eine Form der Evangelisation betrachtet. Beim Beten gesehen zu werden, ist nicht mehr nur für christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft riskant, sondern für alle Christen, außer in zwei oder drei nordöstlichen Staaten. Aktivitäten wie Gottesdienste, die eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sind, können dazu führen, dass extremistische Hindus die Christen und Gemeinden fälschlicherweise der Zwangsbekehrung bezichtigen. Aufgrund solcher Anschuldigungen werden Christen und insbesondere Gemeindeleiter unter Umständen verhaftet, wobei es häufig zu körperlicher Gewalt kommt. Für ausländische Christen ist es unmöglich, ein Visum als Missionar zu erhalten.

Familienleben

Obwohl das Jugendschutzgesetz die Adoption hinduistischer Kinder durch nicht hinduistische Eltern erlaubt, ist in der Praxis eine Adoption für Christen immer noch extrem schwierig. Die Verfahren sind überaus kompliziert, und die Mitglieder der Adoptionsausschüsse sind gegenüber Christen zuweilen voreingenommen. Christliche Kinder werden

gezwungen, an den hinduistischen Inhalten des Lehrplans teilzunehmen, z. B. an Yoga oder hinduistischer Literatur und Mythologie. Dieser Lehrplan gilt sogar für christliche Schulen. Taufen unter freiem Himmel werden inzwischen als zu riskant angesehen, sowohl für den Pastor, der die Taufe durchführt, als auch für den Täufling. Christliche Kinder, insbesondere diejenigen von christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft, werden aufgrund des Einflusses extremistischer Hindus zunehmend diskriminiert und körperlich belästigt.

Gesellschaftliches Leben

In den vergangenen fünf Jahren hat die Überwachung von Christen durch hindu-extremistische Organisationen und kommunale Gemeindebehörden zugenommen – mit dem Ziel, jede Form der Evangelisation zu unterbinden. Belästigungen, Drohungen und soziale Diskriminierung haben zugenommen, vor allem im Zusammenhang mit den wichtigsten christlichen Festen wie Ostern oder Weihnachten. Die Ghar-Wapsi-Kampagnen, mit der christliche Konvertiten zur Rückkehr zum Hinduismus gedrängt werden, sind aufgrund des damit verbundenen Drucks zum Teil erfolgreich.

Leben im Staat

In elf Bundesstaaten sind Anti-Bekehrungs-Gesetze in Kraft, die die Religionsfreiheit einschränken. Christliche Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, wurden schon immer durch das bereits erwähnte FCRA-Gesetz eingeschränkt, weil bei ihnen davon ausgegangen wird, dass sie an Missionierung oder Fürsprache für Christen beteiligt sind. Im Allgemeinen sind vor allem Medien in indischen Sprachen gegenüber Christen voreingenommen; und in ländlichen Gebieten, wo Propaganda und Aufforderungen zur Gewalt gegen Christen durch Hindu-Extremisten viel Sendezeit erhalten, sind sie geradezu feindselig. Auf allen großen Social-Media-Plattformen finden sich Hassreden gegen Christen von hindu-extremistischen Leitern. Diese Art von Hassreden sind weit verbreitet, vor allem in indischen Sprachen und Dialekten.

Kirchliches Leben

Der Staat überwacht christliche Aktivitäten und hat viele Einschränkungen vorgenommen (z. B. in Bezug auf Finanzierung aus dem Ausland, Einladungen von ausländischen Missionaren, Schwierigkeiten bei der Registrierung und Anti-Bekehrungs-Gesetze). Lokale Behörden und Hindu-Extremisten überwachen die Internet-Aktivitäten von Christen genau, und selbst Touristen müssen eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichten, nicht zu predigen oder andere zum Glaubenswechsel zu ermutigen. Viele ausländische Christen, die mit Arbeitsvisa in Indien leben, werden abgeschoben. Ebenso abgeschoben werden viele Ausländer indischer Herkunft, wenn sie Mitglied von Kirchen oder christlichen Gruppen in Indien sind. Jeder Christ, der einen Angriff anprangert, riskiert weitere Gewalt.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 4. Mai 2023 verwüstete und brannte ein Mob der Meitei beim Gewaltausbruch im Distrikt Churachandpur und in der Stadt Imphal (Bundesstaat Manipur) Kirchen nieder. Das Manipur Presbyterian Singlup verlor dabei mehr als 200 Kirchen – so dokumentiert eine von der Churachandpur District Christian Goodwill Church am 16. Mai veröffentlichte Liste –, die Evangelical Churches Association und die Manipur Presbyterian Church Synod verloren jeweils 14 Kirchen und die Tuithaphai Presbyterian Church 13 Kirchen. Alle diese Kirchen wurden innerhalb von zwei bis drei Tagen des Gewaltausbruchs zerstört. Der Ministerpräsident des Bundesstaates (selbst ein Meitei) und die Polizei waren nicht in der Lage, die Gewalt zu verhindern. Unterdessen gehen die Angriffe auf die Kuki (die mehrheitlich Christen sind) und ihre Kirchen weiter.



- Am 18. Dezember 2022 kam es in den Distrikten Narayanpur und Kondagaon (beide Bundesstaat Chhattisgarh) zu 20 koordinierten Angriffen auf Christen. Dabei zwangen Dorfbewohner etwa 200 Christen aus 70 Familien, ihre Häuser zu verlassen. Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 des US-Außenministeriums schreibt dazu: »Nach Angaben der ›Evangelical Fellowship of India‹ sagten die Dorfbewohner, die Christen müssten ihrem Glauben abschwören oder das Gebiet verlassen. Als einige protestierten, wurden sie verprügelt, einige Christen seien aufgrund ihrer Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert worden und die Polizei habe sich geweigert, Maßnahmen zu ergreifen, als die Opfer eine Anzeige gegen ihre Angreifer erstatteten.«
- Am 28. November 2022 verhaftete die Polizei in der Stadt Azamgarh (im Bundesstaat Uttar Pradesh) neun Pastoren wegen vermeintlicher Missionierungsaktivitäten. Einer der Pastoren hatte in seinem Haus einen Hochzeitsempfang für seine Tochter und seinen Schwiegersohn veranstaltet, als die Polizei eintraf. Der Gastgeber, acht weitere Personen und das frisch verheiratete Paar wurden unter dem Vorwurf illegaler Bekehrungen verhaftet und Bibeln und andere christliche Materialien beschlagnahmt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	11	83
2023	11	82
2022	10	82
2021	10	83
2020	10	83

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl ist sehr gering, aber der Wert für Gewalt stieg von 15,7 Punkten im Vorjahr auf nun 16,5 Punkte, was fast dem Höchstwert entspricht. Alle oben genannten Kategorien von betroffenen Christen werden von Hindu-Extremisten angefeindet, die Christen als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land vom Islam und dem christlichen Glauben reinigen und schrecken nicht davor zurück, auch massive Gewalt einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Christliche Konvertiten hinduistischer



Herkunft tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden unter ständigen Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren. Die Welt war entsetzt, als im Mai 2023 im nordöstlichen Bundesstaat Manipur ethnisch-religiös motivierte Gewalt ausbrach. Was als Streit zwischen ethnischen Gruppen begann, nahm eine besorgniserregende religiöse Form an, durch die Christen aller ethnischen Gruppen zur Zielscheibe wurden. Tausende Christen wurden vertrieben, Hunderte Kirchen und öffentliche christliche Gebäude niedergebrannt und viele Christen wurden getötet. Auch im Bundesstaat Chhattisgarh kam es im Januar 2023 zu Angriffen auf Christen durch Mobs. Auch hier wurde christliches Eigentum zerstört, Tausende Christen wurden aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben. Sie mussten in Turnhallen und anderen Orten Schutz suchen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Verfolgung christlicher Frauen geschieht oft in Form von Vergewaltigung und sexueller Belästigung. Weibliche Familienangehörige (Töchter, Schwestern und Ehefrauen) von Pastoren sind besonders gefährdet. Sexuelle Übergriffe dienen dazu, die Familie zu beschämen, da die sexuelle Reinheit der Frauen mit der Ehre ihrer Familie verbunden ist. Zu den körperlichen Angriffen gehören auch Säureattacken, Prügelangriffe und Morde. Christliche Konvertitinnen riskieren Hausarrest, Zwangsheirat, Zwangsscheidung, Vertreibung aus ihrem Haus und soziale Isolation. Viele Frauen aus der untersten Kaste haben sich dem christlichen Glauben zugewandt; dies macht sie zu einer doppelten Zielscheibe, da sie Dalits und nun auch Christen sind.

Männer: Männer gelten als körperlich stark, und so zielt die Verfolgung christlicher Männer auf ihre körperliche Stärke sowie auf ihre Stellung als Haushaltsvorstand ab. Zu den Übergriffen auf Männer gehören Prügelattacken, Morde und psychische Folter. Gemeindeleiter sind besonders gefährdet, von extremistischen Hindus angegriffen zu werden, und der Beruf des Pastors ist nach wie vor einer der risikoreichsten Berufe des Landes. Christliche Konvertiten werden von ihrem sozialen Umfeld und ihrer Familie unter Umständen isoliert und vom Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen ausgeschlossen. Oft werden falsche Anschuldigungen gegen Männer erhoben, wie etwa die Verunglimpfung hinduistischer Götter und Göttinnen.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die folgenden Beispiele veranschaulichen die Situation der religiösen Minderheiten in Indien:

Im August 2023 wurde die Muslima Zarin Khan, eine 23-jährige Physiotherapeutin aus Madhya Pradesh, einem von der BJP regierten Bundesstaat, von einer Gruppe von vier hinduistischen Männern angegriffen und musste infolgedessen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nach ihren Angaben schlugen die Männer sie mit Schlagstöcken und Eisenstangen, rissen ihr den Hijab herunter, belästigten sie sexuell und schrien religiöse Beleidigungen. Als sie um Hilfe flehte, lachten sie und sagten ihr: »Du kannst nichts tun – die Verwaltung gehört uns.«

Am 2. Oktober 2022 nahm die Polizei in Mandsaur (im Bundesstaat Madhya Pradesh) 19 muslimische Männer fest, die beschuldigt wurden, bei einer Garba-Tanz-Veranstaltung Steine geworfen zu haben. Gegen sie wurde Anklage wegen Ausschreitungen und versuchten Mordes erhoben. Zwei Tage später rissen die Behörden die Häuser von drei der Männer ohne rechtliche Genehmigung ab, weil sie angeblich illegal errichtet worden waren.

Im März 2023 mobilisierten die indischen Behörden im Bundesstaat Punjab massiv paramilitärische und polizeiliche Kräfte, führten zahlreiche koordinierte Verhaftungen durch, verhängten Internetsperren, blockierten SMS-Dienste, zensurierten Medien und nahmen dabei überproportional viele Sikhs und politisch Andersdenkende ins Visier. Diese Maßnahmen stehen nicht nur im Widerspruch zu den Menschenrechten, sondern bergen auch die Gefahr, Unruhen zu verschärfen und die Entfremdung einer religiösen Minderheit zu erhöhen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Indien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Indien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen und Mädchen werden wegen ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christen werden angegriffen, geächtet und zu Unrecht beschuldigt, andere gewaltsam zu bekehren (ICCPR Art. 18)
- Christen sind Opfer von Hetzreden und Verleumdungskampagnen, die zu Gewalt und Diskriminierung anstiften (ICCPR Art. 20)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden durch Mobs und Angriffe gestört, was eine Verletzung des Rechts auf friedliche Versammlung darstellt (ICCPR Art. 21)
- Christliche Dalits werden aufgrund ihres Glaubens von staatlichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
12

LÄNDERPROFIL

Syrien



Platz 12 / 81 Punkte (2023: Platz 12 / 80 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Traditionelle Kirchen werden von der Regierung meist geduldet. Die Leiter dieser Kirchen und Gemeinden sind jedoch in der Öffentlichkeit als kirchliche Amtsträger erkennbar und damit besonders gefährdet. Gerade in Gebieten, in denen islamistische Milizen aktiv sind, stehen diese Leiter in der Gefahr, entführt, angegriffen oder getötet zu werden; die meisten Kirchengebäude in diesen Gebieten wurden entweder zerstört oder in islamische Zentren umgewandelt. Auch evangelikale Pastoren sind gefährdet: Man betrachtet sie als westlich orientiert, sie sind bekannt dafür, offen das Evangelium zu verkündigen, und ihre Gemeinden gelten als zersplittert beziehungsweise haben sie nicht die Hilfe eines prominenten, politisch vernetzten Leiters, wie etwa eines Papstes oder Bischofs. Während der ersten Jahre des Bürgerkriegs wurden Christen in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert wurden, weniger überwacht. Seitdem die Behörden ihre Macht zurückgewinnen, hat die Kontrolle möglicher Dissidenten wieder zugenommen.

Christliche Konvertiten muslimischer oder drusischer Herkunft werden besonders von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, da eine Konversion beziehungsweise der Abfall vom Islam große

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Baschar al-Assad

BEVÖLKERUNG

20.638.000

CHRISTEN

579.000 / 2,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in den Regionen, in denen Sunniten die Mehrheit ausmachen. Dort drohen Konvertiten körperliche Angriffe oder die Verstoßung durch ihre Familien.

Seit der türkischen Invasion im Oktober 2019 haben türkische Streitkräfte die Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten angegriffen, vergewaltigt, entführt und ermordet. Darunter waren sowohl Kurden als auch Christen und Jesiden. Zudem haben sie sunnitische Binnenflüchtlinge aus anderen Teilen Syriens in den Norden gebracht und in Häusern einquartiert, die zuvor Angehörigen ethnischer Minderheiten gehört hatten, die dann aber geflohen waren. Die Folge ist ein demografischer Wandel.

Hintergrund

Syrien befindet sich seit 2011 in einem Bürgerkrieg, der alle Menschen des Landes in Gefahr brachte. Kennzeichnend für den Krieg ist der unterschiedslose Einsatz von Waffen, sowohl durch die Regierung als auch durch Rebellengruppen, das heißt, es wird bei den Angriffen nicht zwischen militärischen und zivilen Zielen unterschieden. Die Regierung erhielt militärische Unterstützung aus dem Iran sowie von Russland und der Hisbollah, sodass sie die Kontrolle über verlorene Gebiete zurückgewinnen konnte, aber die Konflikte zwischen der Regierung und den Aufständischen halten an. Die Opposition hat Unterstützung von internationalen Verbündeten wie Saudi-Arabien, der Türkei und Katar erhalten. Darüber hinaus werden die kurdischen Milizen in der sogenannten »Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien« (auch als Rojava bekannt) von der US-Regierung unterstützt, die auch einen Militärstützpunkt in at-Tanf, im äußersten Osten Syriens, unterhält.

Der größte Teil des Landes wird mittlerweile wieder von der Regierung kontrolliert, mit Ausnahme des Gouvernements Idlib, des westlichen Teils des Gouvernements Aleppo, der nördlichen Region des Gouvernements Hama und des Nordostens. Diese Gebiete werden derzeit von türkischen Streitkräften, der »Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat«, islamistischen Gruppen oder kurdischen Behörden kontrolliert.

Syrien hat eine mehrheitlich sunnitisch-muslimische Bevölkerung. In der Verfassung ist festgelegt, dass der Präsident Muslim sein muss und dass die islamische Rechtslehre eine wesentliche Quelle für die Gesetzgebung sein soll. Die meisten Christen in Syrien gehören traditionellen Kirchen an (hauptsächlich orthodoxen und katholischen sowie einigen traditionellen protestantischen Kirchen). Christen genießen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten einen recht guten Ruf; gleichzeitig sind Aktivitäten, die als Missionierung verstanden werden könnten, eingeschränkt. In den von der Opposition kontrollierten Gebieten werden prominente Christen von islamisch-extremistischen Gruppen mitunter bedroht, eingeschüchert und entführt.

Während des Bürgerkriegs haben die Christen in Syrien unverhältnismäßig stark unter den Kämpfen und der damit verbundenen Vertreibung gelitten. Ihre Verwundbarkeit im gegenwärtigen politischen Machtkampf ist auf Faktoren wie fehlende politische und militärische Macht, angebliche Verbindungen zum Westen und Ressentiments gegen die vermeintlich engen Verbindungen der syrischen Christen zum Assad-Regime zurückzuführen.

In den Kurdengebieten der Rojava ist es Muslimen offiziell erlaubt, ihren Glauben zu wechseln und sich als Christen registrieren zu lassen. Diese Registrierung wird jedoch von der syrischen Regierung nicht anerkannt. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck auf christliche Konvertiten zudem weniger stark, da kurdische Sunniten in der Regel weniger extremistische Einstellungen vertreten. Diese günstigen Bedingungen sind durch die im Oktober 2019 begonnene Invasion der türkischen Streitkräfte bedroht. Praktisch alle von der kurdischen Autonomieverwaltung erzielten Verbesserungen zur Religionsfreiheit wurden in den nun von der Türkei kontrollierten Gebieten wieder rückgängig gemacht.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslime	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

In den letzten Bastionen islamisch-extremistischer Gruppen im Gouvernement Idlib im Nordwesten und in al-Hasaka im Nordosten stehen Christen besonders unter Druck.

Im Rest des Landes genießen traditionelle christliche Kirchen und – in geringerem Maß – protestantische Freikirchen ein gewisses Maß an Freiheit. Auf Konvertiten wird im ganzen Land Druck ausgeübt, aber besonders im Nordwesten und Nordosten sind sie in Gefahr.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist die wichtigste Triebkraft der Verfolgung in Syrien und für die meisten Gräueltaten und Übergriffe gegen Christen verantwortlich. Militante Angehörige islamisch-extremistischer Gruppen wie der mit al-Qaida verbundenen »Hayat Tahrir al-Scham« (HTS) und »Dschaich al-Islam« sowie Mitglieder der von der Türkei unterstützten Oppositionsgruppen sind derzeit die Hauptverfolger dieser Triebkraft in Syrien. Sie operieren offen im Nordwesten Syriens und im nördlichen Teil des Landes, einschließlich in al-Hasaka und Qamischli. Militante Islamisten kontrollieren derzeit Gebiete, in denen ungefähr 15 Prozent der Einwohner Syriens leben. Die türkischen Militäroperationen führten ab 2016 zur Besetzung von Gebieten in Nordsyrien und seit Oktober 2019 auch in der sogenannten »sicheren Zone« entlang der syrisch-türkischen Grenze. Die Türkei setzt arabische islamistische Kämpfer ein, um die kurdischen Gebiete zu kontrollieren. Die islamische Unterdrückung ist in den von der Opposition kontrollierten Gebieten enorm. Sie ist jedoch auch in Gebieten präsent, die von der Regierung kontrolliert werden. Hier sind insbesondere christliche Konvertiten muslimischer Herkunft betroffen. Sie erfahren Verfolgung vonseiten ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds.

Diktatorische Paranoia

Diese Art von Verfolgung geht in erster Linie von bewaffneten Gruppen aus, die Teile Syriens kontrollieren, darunter die von der Türkei unterstützten Oppositionskräfte. Mit dieser Kontrolle verfolgt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan das Ziel, den vergangenen Ruhm des Osmanischen Reichs wiederherzustellen. Seit Oktober 2019 haben die von der Türkei unterstützten Kräfte in al-Hasaka mehrfach das Wasser für kurdische und christliche Minderheiten abgestellt, genau

so wie für die umliegenden ländlichen Gebiete, in denen mehr als eine Million Menschen wohnen. Damit sollten sie zur Unterwerfung gezwungen werden. Militante islamische Gruppen haben viele Grundstücke von Christen in ihren Besitz gebracht. Auf Seiten der Regierung zeigt Präsident al-Assad zwar eine positive Haltung gegenüber Christen traditioneller Kirchen, doch sein Hauptziel ist soziale Stabilität und nicht der Schutz von Rechten religiöser Minderheiten. Berichten zufolge nehmen Überwachung und Verhöre durch die Behörden zu. Die Regierung betrachtet Christen und christliche Gruppen, die das Evangelium aktiv weitergeben, als eine Bedrohung des Status quo und geht deshalb gegen diese vor.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Stammeskultur in Syrien ist mit dem Islam vermischt, insbesondere in den nördlichen Kurdengebieten und den Wüstenregionen im Zentrum des Landes. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Stammesgemeinschaft und als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen. Wenn Konvertiten entdeckt werden, reagieren die Familien und örtlichen Stammesführer mit großem Widerstand. Ein Scheich kann die Hinrichtung christlicher Konvertiten erlauben, auch kann er genehmigen, dass Muslime die Grundstücke von Konvertiten und ihr Eigentum in Besitz nehmen und sogar ihre Frauen »übernehmen«.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption und Bestechung sind weitverbreitet. Transparency International führt Syrien als das zweitkorrupteste Land weltweit auf. Dies geschieht vor dem Hintergrund von Straflosigkeit und Anarchie und beeinträchtigt den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Christen stehen in dem Ruf, wohlhabend zu sein, und werden von kriminellen Netzwerken entführt, um Lösegeld zu erpressen. Besonders weitverbreitet sind das organisierte Verbrechen und die Korruption in den vom türkischen Militär und von

islamischen militanten Gruppen besetzten Gebieten sowie in den drusisch und alawitisch dominierten Regionen. In Latakia, wo vor allem Alawiten leben, ist die Entführung junger Christen zu einem großen Problem geworden.

Konfessioneller Protektionismus

Infolge des Bürgerkriegs wurden viele Brücken zwischen traditionellen Kirchengemeinden und protestantischen Gruppen geschlagen, vor allem durch persönliche Kontakte zwischen Priestern und Pastoren. Dagegen sträuben sich allerdings einige hochrangige Leiter traditioneller Kirchen. Sie beschuldigen manche protestantische Christen, ihr Land zu verraten, indem sie sich mit westlichen politischen Agenden verbünden würden, was sie in den Augen der Behörden verdächtig mache. Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierbei handelt es sich zumeist um griechisch-orthodoxe und römisch-katholische Christen. Als größte christliche Gruppe im Land werden Mitglieder traditioneller Kirchen gezielt angegriffen. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Konfliktgebieten. Im Gouvernement Idlib, das von international agierenden dschihadistischen Gruppen kontrolliert wird, sind die wenigen übrig gebliebenen christlichen Familien aus traditionellen Kirchen von Tod, Folter oder Überfällen bedroht und verstecken ihren Glauben daher. Die Angriffe der Türkei und der von ihnen unterstützten Truppen haben viele Christen im Nordwesten, Norden und Nordosten aus ihrem Zuhause vertrieben. Der politische Ruf von Denominationen, Kirchengemeinden und lokalen



Gemeindeleitern – ob man sie gegenüber Präsident al-Assad als positiv, negativ oder neutral eingestellt betrachtet – hat großen Einfluss auf das Maß der Unterdrückung, das sie von den Gruppen erfahren, die gegen al-Assad kämpfen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer oder drusischer Herkunft werden besonders von ihren Familien unter Druck gesetzt, da der Abfall von ihrer Religion große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo christlichen Konvertiten die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Besonders in den von Rebellen kontrollierten Gebieten ist die Intensität der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft durch die Familien und die Gesellschaft gestiegen – eine Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam dort. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck etwas weniger stark, da kurdische Sunniten in der Regel weniger extremistische Einstellungen vertreten. Eine

Ausnahme sind dabei die kurdisch dominierten Wüstenregionen, in denen das Stammesdenken einen größeren Einfluss hat und der praktizierte Islam konservativer ausgerichtet ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Christen sind stark gefährdet, da sie für ihre westliche Ausrichtung bekannt sind. Ihre Gemeinden gelten als zersplittert, als ohne starke Führung und als ohne die Hilfe eines Fürsprechers im Ausland, wie etwa eines Papstes oder Bischofs, der ihr Anliegen öffentlich vorbringen könnte. Die meisten dieser protestantischen Freikirchen haben keine umfassende offizielle Anerkennung und keinen rechtlichen Status. Weil sie das Evangelium aktiv weitergeben, werden sie besonders zum Ziel militanter islamistischer Gruppen sowie auch der Regierung, die die Stabilität des Landes um jeden Preis erhalten will. Evangelikale Gemeinden sind jedoch nicht die einzigen, die das Evangelium weitergeben; mehrere traditionelle Kirchen, insbesondere auch katholische, sind ebenfalls daran beteiligt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden, wie dem Gouvernement Idlib, ist es für Christen gefährlich, mit Nichtchristen über ihren Glauben zu sprechen, denn auf einen Glaubenswechsel weg vom Islam steht dort im Allgemeinen die Todesstrafe. In kurdisch kontrollierten Gebieten ist es Muslimen zwar gesetzlich erlaubt, ihren Glauben zu wechseln, doch werden sie vor allem von ihren Familien unter Druck gesetzt. In von der Regierung

kontrollierten Gebieten ist es für Christen muslimischer Herkunft riskant, über den Glauben zu sprechen – es könnte als versuchte Evangelisation interpretiert werden, was gesetzlich verboten ist. Andere Christen können ihren Glauben schriftlich zum Ausdruck bringen, solange sie weder die Politik noch andere Glaubensrichtungen erwähnen. Muslimen ist es, außer in den kurdisch kontrollierten Gebieten, gesetzlich verboten, einen anderen Glauben anzunehmen. Der Glaubenswechsel wird jedoch nicht unter Strafe gestellt.



Familienleben

In Syrien gibt es keinen rechtlichen Rahmen für Ehen zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem traditionellen oder freikirchlichen Christen. Ihre Ehe wäre illegal. Interreligiöse Ehen sind mit einem großen gesellschaftlichen Stigma behaftet. Die Folgen davon können Entfremdung, Diskriminierung und Verfolgung durch Familienmitglieder sein – bis hin zum Mord. Die Ehre eines muslimischen Mannes wird in den Augen der Gesellschaft beschmutzt, wenn seine Frau oder Tochter den christlichen Glauben annimmt. Sowohl Kultur als auch Religion

erachten es für richtig, sie zu töten, doch Scheidung ist die häufigere Lösung. Lässt sich ein muslimischer Ehepartner von einem Christen scheiden, wird das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder in der Regel der muslimischen Seite zugesprochen. Manche christlichen Mütter konvertieren deshalb zum Islam, nur damit sie ihre Kinder behalten können. Die Kinder von christlichen Konvertiten gelten von Geburt an als Muslime, da ihre Eltern ihre Glaubenszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen können. Das autonome Gebiet Rojava stellt hier eine seltene Ausnahme dar: Dies ist die einzige Region in Syrien, in der es Muslimen erlaubt ist, ihre Religion legal zu wechseln und sich als Christen registrieren zu lassen. Diese Registrierung wird jedoch von der syrischen Regierung nicht anerkannt. Infolge des verstärkten islamischen Unterrichts in den von der Regierung kontrollierten Gebieten werden Kinder von Christen und insbesondere von Konvertiten diskriminiert und schikaniert.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden in ganz Syrien überwacht, insbesondere in Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen kontrolliert werden. In den von der Regierung kontrollierten Gebieten werden christliche Konvertiten und protestantische Freikirchen besonders genau beobachtet und die Predigten überprüft. Der Religionsunterricht wird in den Schulen je nach Konfessionszugehörigkeit erteilt. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft gelten noch immer als Muslime, daher müssen ihre Kinder am Islamunterricht teilnehmen. Unter Umständen werden Christen auch in der Arbeitswelt diskriminiert. In Aleppo beherrschen sunnitische Muslime den Markt und stellen oft keine Christen ein.

Leben im Staat

In der syrischen Verfassung von 2012 ist festgelegt, dass der Präsident Muslim sein muss und dass die islamische Rechtslehre eine wesentliche Quelle für die Gesetzgebung sein soll. Damit ist die Grundlage für eine diskriminierende Behandlung von Nichtmuslimen gelegt. Die Verfassung schreibt den Schutz aller Religionen vor, solange sie »die öffentliche Ordnung nicht gefährden«. Außer in Rojava wird der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion nicht anerkannt. In Gebieten, die von islamistischen Oppositionsgruppen besetzt werden, gilt die Scharia, was die Freiheiten aller religiösen Gruppen, die nicht sunnitisch sind, massiv einschränkt. In von der Regierung kontrollierten Gebieten müssen erwachsene Männer im Militärdienst dienen. Andernfalls drohen ihnen Gefängnisstrafe oder Zwangseinberufung. Dieser Umstand veranlasst männliche Christen, aus Syrien zu fliehen, beziehungsweise lässt sie zögern, dorthin zurückzukehren.

Kirchliches Leben

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien werden Gottesdienste überwacht. Von Kirchen- und Gemeindeleitern wird erwartet, dass sie ihre Gemeindemitglieder dazu aufrufen, das Regime von al-Assad zu unterstützen. Schon vor dem Bürgerkrieg vermieden es christliche Leiter, über die Weitergabe des Evangeliums an Muslime zu sprechen oder sich respektlos über den Islam zu äußern. In den von islamistischen Gruppen beherrschten Gebieten wurden die meisten Kirchengebäude entweder geschlossen, zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert. Die Aufnahme von Christen muslimischer Herkunft in offiziell anerkannten Kirchen wurde von der Regierung noch nie gern gesehen. Das wird damit begründet, dass dies zur Sektenbildung führen oder Konflikte zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften hervorrufen könnte. Viele Kirchen in den von islamistischen Gruppen kontrollierten Gebieten wurden entweiht, vor allem durch die Entfernung von Kreuzen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 22. Juni 2023 wurde die assyrische Sankt-Georgs-Kirche in Qamischli von einer Gruppe angegriffen, die durch ein Fenster einstieg. Die Angreifer zerstörten Mobiliar, entweihten Kreuze, verübten obszöne Handlungen am Altar der Kirche und stahlen Kupferkreuze und Ikonen. Nach Angaben von Experten vor Ort kommt es in der Küstenregion im Westen Syriens mindestens einmal im Monat zur Beschädigung oder Plünderung einer Kirche und eines anderen christlichen Gebäudes.
- Während des Berichtszeitraums gingen Hinweise ein, wonach in Aleppo, al-Hasaka und christlichen Dörfern im Süden insgesamt mindestens 100 christliche Häuser beschlagnahmt oder geplündert wurden, ohne dass es zu einer strafrechtlichen Verfolgung oder anderen Konsequenzen für die Täter kam. Christen sind in der Regel unbewaffnet, was sie zu leichten Zielen macht.
- Nach den Erdbeben vom Februar 2023 kam es zu einer neuen Migrationswelle christlicher Familien, weil sie sich unter sunnitischen Muslimen nicht willkommen und unsicher fühlten. Der Rückgang der christlichen Bevölkerung, die zunehmende Gefährdung und die Diskriminierung in der Arbeitswelt haben viele dazu veranlasst, das Land zu verlassen. Außerdem sahen sich mindestens 40 Familien von christlichen Konvertiten gezwungen, aufgrund des Glaubenswechsels das Land verlassen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	12	81
2023	12	80
2022	15	78
2021	12	81
2020	11	82

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl ist auf einen sehr leichten Anstieg des Drucks in allen fünf Lebensbereichen zurückzuführen. Der Wert für Gewalt ist jedoch von 11,3 Punkten leicht auf 11,1 Punkte gesunken. Der minimale Unterschied von nur einem Punkt im Vergleich zur letztjährigen Gesamtwertung ist vor allem auf mehr Informationen über die Situation in den kurdischen Gebieten zurückzuführen, wo der Druck stärker ist als bisher bekannt war. Darüber hinaus wurde bekannt, dass Christen in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert werden, aufgrund falscher Anschuldigungen vor Gericht gestellt wurden, wobei ihre zusätzliche Verletzlichkeit als Minderheit eine wichtige Rolle gespielt hatte.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Vor dem Hintergrund der anhaltenden Instabilität und der Einschränkung der Religionsfreiheit sind Frauen gefährdet, die religiösen Minderheiten angehören, darunter auch Christinnen. Ihnen drohen Entführung, sexuelle Belästigung und Vergewaltigung. Die Zahl solcher Fälle ist drastisch zurückgegangen, seitdem der sogenannte »Islamische Staat« Gebiete in Syrien verloren hat. Dies kann dennoch weiterhin sowohl in den von der Regierung kontrollierten als auch in den von den Rebellen gehaltenen Gebieten geschehen. Vergewaltigung wird genutzt, um christliche Familien zu beschämen und ihre Gemeinschaften zu destabilisieren. Christliche Konvertitinnen erleben zudem gewaltsame Übergriffe vonseiten ihrer eigenen Familien. Sie werden mitunter häuslicher Gewalt oder einer Zwangsheirat mit einem Muslim ausgesetzt oder werden möglicherweise sogar getötet, um die Ehre der Familie wiederherzustellen.

Männer: Junge einheimische männliche Christen befürchten besonders, zur syrischen Armee oder zu anderen militärischen Gruppierungen zwangsrekrutiert zu werden. Einige verweigern den Militärdienst aus Gewissensgründen, was ein Grund für ihre Auswanderung sein kann. Arbeitslose

Christen haben große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden; und diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, haben kaum Chancen auf eine Beförderung. Da Männer in der Regel die Hauptverdiener sind, ist dadurch die gesamte Familie gefährdet. Männliche christliche Konvertiten sind zusätzlichem Druck ausgesetzt; es kann passieren, dass sie von ihrer Familie bedroht oder geschlagen werden oder dass ihnen das Erbe verweigert wird. Konvertiten mit muslimischem Hintergrund stehen zudem unter starkem Druck, eine muslimische Frau zu heiraten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Viele andere religiöse Minderheiten sind in unterschiedlichem Ausmaß ebenfalls Verfolgung ausgesetzt, darunter Schiiten, Alawiten, Drusen, Juden, Jesiden und Zoroastrier. Schiitische, alawitische und drusische Gemeinschaften werden von sunnitischen Dschihadisten nicht nur deswegen verfolgt, weil ihr Glaube als ketzerisch angesehen wird, sondern im Fall der Alawiten auch, weil ihnen Verbindungen zu Präsident al-Assad vorgeworfen werden. Jesiden und Zoroastrier sind zwei von Syriens Regierung nicht anerkannte kurdische Religionsgemeinschaften. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert – in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Syrien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Syrien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Gemeinschaft geächtet und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christen in Nordsyrien werden bei gewaltsamen Angriffen von revolutionären und paramilitärischen Gruppen mit islamistischer Agenda getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten werden auf Wunsch ihrer eigenen Familien von lokalen Behörden überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christen wird das Sorgerecht für ihre Kinder aufgrund ihres Glaubens verweigert (ICCPR Art. 23 und 26)
- Christliche Konvertitinnen dürfen keine christlichen Männer heiraten, und wenn sie es doch tun, wird ihre Ehe als illegal betrachtet (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
13

LÄNDERPROFIL

Saudi-Arabien



Platz 13 / 81 Punkte (2023: Platz 13 / 80 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die meisten Christen in Saudi-Arabien kommen aus dem Ausland, insbesondere aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Asien und Afrika, aber auch aus einigen westlichen Ländern. Mit Ausnahme der westlichen Ausländer werden sie nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, sondern sind aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status auch regelmäßig verbalen und körperlichen Übergriffen ausgesetzt. Ihr christlicher Glaube kann sie in zusätzlicher Weise angreifbar machen.

Ausländische Christen unterliegen strengen Beschränkungen dabei, über ihren Glauben mit Muslimen zu sprechen, und dies doch zu tun, brächte sie in die Gefahr, inhaftiert und abgeschoben zu werden. Ausländische Konvertiten, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, werden in Saudi-Arabien in ähnlichem Ausmaß in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt wie in ihren Heimatländern, da sie in der Regel mit anderen Menschen aus ihren Heimatländern zusammenleben.

Die wenigen saudi-arabischen christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind einem hohen Druck ausgesetzt, vor allem seitens ihrer Familien. Sie halten ihren Glauben üblicherweise geheim. Dennoch nimmt die kleine Zahl der saudi-arabischen Christen langsam zu. Sie werden zudem auch mutiger und teilen ihren christlichen Glauben über das Internet und christliche Satellitenfernsehkkanäle mit anderen. Ein solches öffentliches Verhalten hat zu ernsthaften Konsequenzen seitens der saudi-arabischen Familien und Behörden geführt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Salman bin Abdulaziz Al Saud

BEVÖLKERUNG

36.329.000

CHRISTEN

2.194.000 / 6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

Die umfangreichen Ölreserven haben Saudi-Arabien zu einem der reichsten und modernsten Länder der Region gemacht. Das Land ist eine absolute Monarchie, in der es keine demokratischen Wahlen gibt und wo politische Parteien nicht zugelassen sind. Salman bin Abdulaziz Al Saud wurde 2015 König. Zwei Monate später begann Saudi-Arabien zusammen mit zehn weiteren Ländern eine Militäraktion zur Wiedereinsetzung der jemenitischen Regierung, die von den schiitischen Huthis vertrieben worden war. Der anhaltende Krieg im Jemen hat Tausende zivile Opfer gefordert, zu einer humanitären Krise geführt und weltweite Kritik hervorgerufen. Zu den Reformen, die in den letzten Jahren in Saudi-Arabien durchgeführt wurden, gehören unter anderem die Erlaubnis für Frauen, allein Auto zu fahren und ohne männliche Begleitung reisen zu dürfen. Zudem wurde die Präsenz der Religionspolizei auf den Straßen deutlich reduziert.

Saudi-Arabien beherbergt die im Islam heiligen Städte Mekka und Medina – gemäß der Tradition sind das der Geburts- beziehungsweise Begräbnisort von Mohammed. Das Land ist geprägt vom Wahhabismus, einer strengen Auslegung des Islam. Andere Religionen dürfen nicht offen praktiziert werden. Es gibt eine schiitische Minderheit von zehn Prozent. Sie leidet unter Diskriminierung.

Von den fast 2,2 Millionen Christen in Saudi-Arabien sind die meisten asiatischer Herkunft und arbeiten vorübergehend im Land. Gemäß einer Statistik von World Christian Database gehören über 90 Prozent dieser Christen der römisch-katholischen Konfession an. Wer sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwendet, wie das etwa saudi-arabische Christen getan haben, verstößt gegen das Apostasiegesetz, worauf die Todesstrafe steht. Allerdings haben die Gerichte in den letzten Jahren kein Todesurteil wegen Apostasie mehr verhängt. Gleichzeitig findet sich in Schulbüchern weiterhin Hass gegen Menschen, die einer anderen Religion als dem sunnitischen Islam angehören, entgegen versprochener Reformen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslime	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind ausländische Arbeiter und sie leben und arbeiten in allen Teilen des Landes, je nachdem, wo sie beschäftigt sind. Der Druck auf diese Christen ist im Allgemeinen im ganzen Land gleich. In ländlichen Gebieten ist die Kontrolle durch das soziale Umfeld jedoch größer; dies betrifft insbesondere christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Saudi-Arabien ist vom Wahhabismus geprägt. Der Koran und die Sunna (wörtlich »Traditionen«) wurden zur Verfassung erklärt, das Rechtssystem basiert auf der Scharia. Nur der wahhabitische Islam darf öffentlich praktiziert werden. Es wird davon ausgegangen, dass alle saudi-arabischen Bürger Muslime sind. Auf Apostasie, den Abfall vom Islam, steht weiterhin die Todesstrafe, auch wenn in den vergangenen Jahren keine Beispiele von gerichtlich angeordneten Hinrichtungen dafür bekannt geworden sind.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Stamm und Clan sind in der arabischen Gesellschaft wichtig, etwa bei Eheschließungen, Anstellungsverhältnissen und beim Mieten oder Kaufen von Immobilien. Die Stammeszugehörigkeit und der damit verbundene Status können anhand des Nachnamens erkannt werden. Allgemeine Verachtung gilt denen, die keinem Stamm angehören. Dies richtet sich insbesondere gegen nicht muslimische Ausländer wie Arbeitsmigranten. Die Unterdrückung durch den Clan und Stamm ist eindeutig mit dem Islam verbunden und betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Das Verlassen des Islam ist eine schwerwiegende Verletzung der Familien- und Stammesehre und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewalttätigen Reaktionen der unmittelbaren oder erweiterten Familie eines Konvertiten.

Diktatorische Paranoia

Die saudi-arabische Monarchie ist absolut. Die Herrscherfamilie kontrolliert genau jede möglicherweise abweichende Meinung. Besonders der König und der Kronprinz setzen alles daran, den Status quo zu erhalten. Saudi-Araber, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, entehren gemäß der vorherrschenden Sichtweise den stolzen Ruf des Landes als Hüter der beiden heiligen Moscheen. Daher

wird die Existenz dieser christlichen Konvertiten geleugnet. Staatsbeamte gehen oft deshalb gegen Christen vor, weil deren Familienmitglieder oder Menschen aus ihrem sozialen Umfeld darum gebeten haben. Die saudi-arabischen Machthaber haben zudem Änderungen vorgenommen, die sich auf die im Land lebenden Ausländer auswirken, wie zum Beispiel die Erhöhung der Visagebühren für deren Angehörige.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die meisten ausländischen Christen sind römisch-katholisch. Sie kommen aus Afrika, Asien und dem Westen nach Saudi-Arabien, um dort zu arbeiten. Arbeitsmigranten aus Ländern mit niedrigem Einkommen werden aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres geringen sozialen Status misshandelt und kontinuierlich unter Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Christliche Ausländer dürfen nicht mit Muslimen über ihren Glauben sprechen. Kirchengebäude sind gesetzlich nicht erlaubt, aber größere christliche Gottesdienste werden Berichten zufolge regelmäßig abgehalten, ohne dass sie von Regierungsbeamten oder der Religionspolizei wesentlich beeinträchtigt werden. Zu der Gruppe von ausländischen Christen gehören auch ausländische christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, besonders aus dem arabischen und asiatischen Raum. Diese Christen sehen sich in Saudi-Arabien mit ähnlichen Verletzungen ihrer Religionsfreiheit konfrontiert wie in ihren Heimatländern, da sie in der Regel in kleinen Gemeinschaften mit ihren Landsleuten zusammenleben.



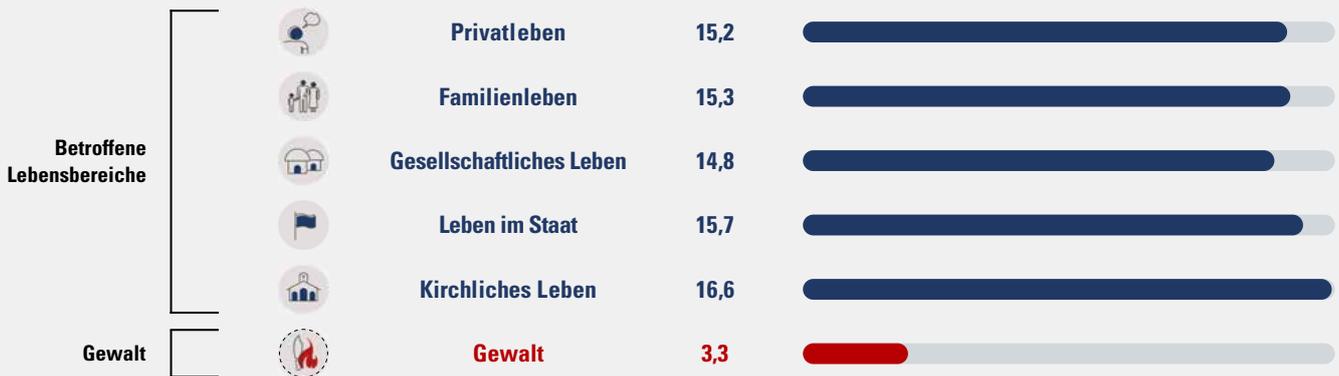
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die wenigen saudi-arabischen christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund halten ihren Glauben geheim.

Sie erfahren vom christlichen Glauben durch Fernsehprogramme oder über das Internet, obwohl dies von den Behörden streng kontrolliert wird.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Saudi-Arabiens Anti-Bekehrungs-Gesetze schränken Christen darin ein, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen. Für saudi-arabische Konvertiten mit muslimischem Hintergrund bedeutet dies meist, dass sie überhaupt nicht über ihren Glauben sprechen können, nicht einmal mit ihren Verwandten. Für ausländische Christen könnte es Konsequenzen für ihre Arbeitssituation nach sich ziehen, wenn sie über ihren Glauben sprechen. Besonders schwerwiegend dürften die Konsequenzen für christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund deshalb sein, weil der Abfall vom Islam mit Gefängnis oder der Todesstrafe geahndet werden kann.

Familienleben

Nicht islamische Religionsausübung ist verboten, sodass Christen sich nicht zu Gottesdiensten versammeln und keine Taufen oder Hochzeiten feiern dürfen. Christliche Eheschließungen können nicht offiziell beim Staat registriert werden. Werden saudi-arabische Eltern als christliche Konvertiten entlarvt, verlieren sie unter Umständen das Sorgerecht für ihre Kinder.

Eingewanderte Christinnen, die Saudi-Araber heiraten (christliche Männer dürfen keine saudi-arabischen Frauen heiraten), haben nach saudi-arabischem Recht keinen

Anspruch auf das Sorgerecht für die Kinder – mit der Begründung, dass so sichergestellt wird, dass die Kinder eine muslimische Erziehung erhalten.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden bedroht, wenn ihr Glaube bekannt wird. Häufig verlieren sie ihren Arbeitsplatz. Die Überwachung solcher Konvertiten, sollte ihr christlicher Glaube bekannt geworden sein, ist sehr verbreitet und wird vor allem vom sozialen Umfeld durchgeführt. Bei Ausländern wird die Religion als Teil des Bewerbungsverfahrens erfasst. Jede Erwähnung des christlichen Glaubens kann dazu führen, dass sie nicht eingestellt werden. Dies betrifft vor allem Arbeitsmigranten aus Ländern mit niedrigem Einkommen, weshalb sich einige von ihnen als Muslime registrieren lassen.

Leben im Staat

Blasphemie, Verleumdung von Religionen und nicht islamische Mission sind verboten, ebenso wie jede öffentliche Form von nicht islamischem Gebet und Gottesdienst. Die meisten Christen (sowohl saudi-arabische als auch ausländische) achten sehr darauf, Provokationen zu vermeiden. Sie üben vorsorglich »Selbstzensur« und vermeiden insbesondere, offen über den christlichen Glauben zu sprechen

oder direkte Kritik am Islam zu äußern. Unternehmen erlauben keine Weihnachtsfeiern, und Weihnachtsschmuck wird an der Grenze beschlagnahmt. Selbst Firmenlogos werden auf nicht muslimische religiöse Symbolik geprüft.

Kirchliches Leben

Das Verbot von jeglichem nicht islamischen Gottesdienst hat zur Folge, dass kein Gebäude zur Nutzung als Kirche gebaut oder angemietet werden darf. Bei den Tausenden informellen Zusammenkünften von ausländischen Christen, die sich an privaten Orten treffen, gibt es Hinweise auf eine routinemäßige Überwachung durch die Behörden. Die Möglichkeiten zum Abhalten christlicher Gottesdienste sind außerdem durch die strikte Geschlechtertrennung stark eingeschränkt – Männern und Frauen aus verschiedenen Familien ist es allgemein verboten, gemeinsam im selben Raum Gottesdienst zu feiern. Die Einfuhr von nicht islamischen religiösen Materialien in arabischer Sprache nach Saudi-Arabien ist verboten. Die Medien, einschließlich des Internets, werden routinemäßig auf politisches, pornographisches und religiöses Material hin

untersucht, das als anstößig oder gegen den Islam gerichtet angesehen wird.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

In Saudi-Arabien leben fast 2,2 Millionen ausländische Christen, von denen viele als Hausangestellte beschäftigt sind. Wie in früheren Berichtszeiträumen des Weltverfolgungsindex sind Vergewaltigung und sexuelle Belästigung in Saudi-Arabien nach wie vor ein großes Problem. Asiatische und afrikanische Christen – vor allem Hausmädchen, die in saudi-arabischen Haushalten arbeiten – sind davon sehr gefährdet. Sie werden oft schlecht behandelt, teils aus einer Ablehnung ihres Glaubens heraus, teils aus rassistischen Motiven. Aufgrund des gesellschaftlichen Tabus und des fehlenden Rechtsschutzes gibt es dazu aber kaum belastbare Statistiken. Christen mit muslimischem Hintergrund stehen in der Gefahr, verhaftet und verurteilt zu werden, wenn ihr Glaube bekannt wird. Aus Sicherheitsgründen mussten mehrere von ihnen ihr Zuhause verlassen, um einen anderen Wohnsitz zu finden, entweder im In- oder Ausland.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	13	81
2023	13	80
2022	11	81
2021	14	78
2020	13	79

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der leichte Anstieg der Gesamtpunktzahl für Saudi-Arabien geht insbesondere auf die Entwicklung des Wertes für Gewalt zurück – dieser ist um etwa einen Punkt angewachsen, weil im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 mehr Verhaftungen zu verzeichnen waren, ebenso wie ein Zuwachs bei der physischen Gewalt gegen Konvertiten sowie bei der Zahl der Konvertiten, die gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen. Die Wertungen für den Druck in den fünf Lebensbereichen bleiben ähnlich hoch wie im Vorjahr. Auch wenn die Wertung einiger dieser Lebensbereiche aufgrund einer etwas entspannteren gesellschaftlichen Atmosphäre geringfügig zurückging, erreicht der Druck in allen fünf Bereichen jedoch nach wie vor einen extrem hohen Grad. Dabei war wie in den Vorjahren der Druck in den Bereichen kirchliches Leben und Leben im Staat am größten. Saudi-Arabien ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen Kirchengebäude noch immer verboten sind.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Saudi-arabische Frauen stehen unter ständiger Kontrolle. Auf christliche Konvertitinnen wird der Druck meist von der Familie und dem sozialen Umfeld ausgeübt. Ihnen drohen körperliche Gewalt, verbale Belästigung, Hausarrest und die Zwangsheirat mit konservativen Muslimen als »korrigierende« Maßnahmen. Christliche Konvertitinnen, die bereits verheiratet sind, stehen in der Gefahr, geschieden zu werden und das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren. Angesichts dieses Drucks und letztlich der Gefahr

eines Ehrenmordes entscheiden sich viele Frauen dafür, ihren Glauben geheim zu halten. Darüber hinaus berichten Quellen, dass im ganzen Land Tausende ausländische Hausangestellte, die Christinnen oder andere Nichtmuslimas sind, regelmäßig misshandelt werden.



Männer: Da die Öffentlichkeit von Männern dominiert wird, zahlen Männer einen hohen Preis, wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird. Die strenge islamische Gesellschaft Saudi-Arabiens führt dazu, dass jede Abweichung vom Standardverhalten schnell bemerkt wird. Christliche Konvertiten stehen in der Gefahr, öffentlich bloßgestellt, geschlagen, eingesperrt, aus ihrem Haus vertrieben und emotional misshandelt zu werden. Wahlweise werden sie auch zur »Umerziehung« zu einem Scheich gebracht. Wenn sich herausstellt, dass ein Konvertit sich nicht umstimmen lässt, droht ihm Enteignung, Gefängnis und sogar Tod. Deshalb leben viele als heimliche Christen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Schiitische Muslime, die hauptsächlich in der östlichen Provinz asch-Scharqiyya leben, sind Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Da sie von den saudi-arabischen Herrschern als Häretiker betrachtet werden, erleben Schiiten Diskriminierung im Justizsystem, im Bildungswesen, bei Beschäftigungsmöglichkeiten und bei Regierungsämtern. Schiiten streben nach stärkerer politischer Partizipation und mehr religiöser Toleranz. Jedoch stehen schiitische Geistliche und Aktivisten, die sich für die Gleichbehandlung schiitischer Muslime einsetzen, in der Gefahr, verhaftet und sogar hingerichtet zu werden unter dem Vorwurf, sich der Regierung entgegenzustellen.

Dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) zu Saudi-Arabien von 2023 zufolge bereitete »im April [2022] [...] die saudi-arabische Regierung die Abschiebung von vier uigurischen Muslimen nach China vor, verzögerte die Abschiebung jedoch auf internationalen Druck hin. [...] Während einer Predigt in der Großen Moschee in Mekka im Juli rief Imam Saleh bin al-Humaid dazu auf, »die plündernden und besetzenden Juden zu vernichten.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Saudi-Arabien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Saudi-Arabien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christinnen, die zum Christentum konvertiert sind, sind aufgrund des männlichen Vormundschaftssystems mit Gewalt und schwerem Entzug ihrer Grundrechte konfrontiert (CEDAW Art. 2 und 5)
- Christliche Konvertitinnen werden im Fall ihrer Entdeckung in ihrem Haus eingesperrt oder ihre Bewegungsfreiheit wird von ihren eigenen Familien stark eingeschränkt (CEDAW Art. 15)
- Christliche Konvertitinnen werden mit muslimischen Männern zwangsverheiratet, um sie zur Abkehr von ihrem neuen Glauben zu zwingen, oder wenn sie bereits verheiratet sind, riskieren sie die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder (CEDAW Art. 16)
- Christliche Konvertiten können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Überzeugungen erziehen (CRC Art. 14)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
14

LÄNDERPROFIL

Mali



Platz 14 / 79 Punkte (2023: Platz 17 / 76 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Inmitten einer sich verschlechternden Sicherheitslage hat sich in Mali die Bedrohung durch den islamistischen Extremismus ausgedehnt – über seine ursprüngliche Hochburg im Norden hinaus sind nun auch zunehmend südliche Regionen davon betroffen. Christliche Dorfgemeinschaften, die bereits durch die Angriffe und Zerstörung von Kirchen im Jahr 2012 gezeichnet sind, befinden sich nun in einer noch prekäreren Lage. Der Zerfall der Institutionen des Landes hat ein Vakuum geschaffen, das dschihadistische Gruppen gerne füllen. So wird nicht nur die Stabilität des Landes bedroht, es bringt auch die Christen in eine besonders schwierige Situation.

Evangelistische Aktivitäten sind nun mit einem erhöhten Risiko von Gewalt und Entführungen verbunden. Indessen kämpft der zersplitterte Sicherheitsapparat darum, den wachsenden Einfluss extremistischer Gruppen einzudämmen. Die bereits instabile Lage wird dadurch noch komplexer und gefährlicher, dass einige Dschihadisten ihre Angriffe aufeinander abstimmen.

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund leben in besonderer Gefahr. Der familiäre und gesellschaftliche Druck, dem sie bisher bereits ausgesetzt waren, hat sich durch die Zunahme dschihadistischer Aktivitäten noch verstärkt; und die Aushöhlung des Rechtsstaates ermutigt Extremisten, noch offener und gewaltsamer gegen Konvertiten vorzugehen. So wird das Thema der Religionsfreiheit akuter und drängender.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Übergangs-Präsident Assimi Goita

BEVÖLKERUNG

22.106.000

CHRISTEN

497.000 / 2,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Hintergrund

Einst war Mali ein Leuchtturm relativer Toleranz, dank seiner Errungenschaften im Bereich der demokratischen und bürgerlichen Freiheiten und durch den mildernden Einfluss des Sufismus. Doch nun verzeichnet Mali einen drastischen Rückgang bei der Sicherheit und den Freiheiten seiner christlichen Bevölkerung. Der Bürgerkrieg im Jahr 2012 schuf ein Vakuum, das von militanten islamistischen Gruppen wie »al-Qaida im islamischen Maghreb« gefüllt wurde. Diese Gruppen stellen eine ernsthafte und dauerhafte Bedrohung für die christlichen Gemeinschaften im Land dar, insbesondere in den nördlichen Regionen, wo solche Gruppen besonders aktiv sind.

Nach dem Abzug der französischen Truppen 2022 und nachdem die malische Regierung im Juni 2023 die UN aufforderte, das Land zu verlassen, hat sich die Lage noch weiter zugespitzt. In dem Maße, in dem sich die internationalen Friedenstruppen zurückziehen, wird die Position der »Gruppe Wagner«, einer russischen privaten paramilitärischen Organisation, noch gestärkt. Die Wagner-Gruppe wird beschuldigt, Gräueltaten an der Zivilbevölkerung begangen zu haben, und ihre Anwesenheit macht die ohnehin instabile Sicherheitslage komplizierter.

Die malische Regierung, die seit Mai 2021 von Vizepräsident Assimi Goita übergangsweise geführt wird, hat sich als unfähig erwiesen, die dschihadistische Bedrohung einzudämmen. So wächst die Gefahr für Christen immer weiter, und sie sind zunehmend mit Entführung, Zwangsrekrutierung für bewaffnete Gruppen und Zwangskonversion zum Islam konfrontiert. Schulen in kirchlicher Trägerschaft hatten keine andere Wahl, als zu schließen. Das Gefühl eines Belagerungszustandes wurde in den betroffenen Gemeinschaften so weiter verschärft.

Die missliche Lage ist jedoch nicht einheitlich: Die größte christliche Konfession, die römisch-katholische Kirche, und viele protestantische Gemeinden sind vor allem in Großstädten wie Bamako präsent. Gleichzeitig befinden sich diejenigen Christen, die in ländlichen Gebieten leben, in einer äußerst gefährlichen Situation – auch wenn sie öffentliche Funktionen ausüben und etwa als Lehrer tätig sind.

Im Juni 2023 wurde unter der Militärregierung ein Referendum über einen neuen Verfassungsentwurf abgehalten. Die Regierung behauptet, dies erleichtere die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen und zivilen Regierung bis März 2024, wie dies von der »Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft« (ECOWAS) gefordert wird. Doch angesichts der undurchsichtigen Rolle externer Akteure wie der Wagner-Gruppe und der schlechten Erfolgsbilanz der Regierung bleiben die Aussichten für die Christen in Mali düster und ungewiss.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	497.000	2,2
Muslime	19.674.000	89,0
Anhänger ethnischer Religionen	1.907.000	8,6
Bahai	1.300	< 0,1
Atheisten	510	< 0,1
Agnostiker	25.600	0,1
Andere	900	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten malischen Christen leben zwar im Süden des Landes, aber durch die Bedrohung der zunehmenden islamisch-extremistischen Aktivitäten im Norden und Nordosten des Landes geraten auch sie vermehrt unter Druck. Und auch im südlichen Teil des Landes gibt es kleine Gebiete, in denen zu einem gewissen Grad eine intensive Verfolgung herrscht.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Im Jahr 2012 wurde der gemäßigte Islam in Mali abgelöst. Islamisten, die stark vom Wahhabismus und von globalen Trends der islamischen Radikalisierung und Politisierung beeinflusst sind, führten im Norden ein strenges Scharia-Regime ein. Sie zerstörten Kirchen und griffen Christen an. Doch auch die Christen und Gemeinden im Süden Malis werden zunehmend von wahhabitischen Gruppen unter Druck gesetzt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Land liegt in der Sahelzone Westafrikas und umfasst riesige Wüstengebiete, die für die Sicherheitsbehörden schwer zu kontrollieren sind. Kriminelle Banden nutzen dies aus, um Drogen nach Westeuropa zu schmuggeln. Ein Großteil dieser Banden hat sich mit islamistischen Gruppen verbündet und verfolgt ebenso wie sie Christen. Nachdem sie von der Regierung und ihren Verbündeten besiegt wurden, sind viele frühere Tuareg-Rebellen inzwischen kriminelle Akteure, die auf den illegalen Handel mit Waffen, Drogen und Menschen ausgerichtet sind.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Obwohl die meisten Menschen in Mali Muslime sind, vermischt sich ihr Glaube oft mit ethnisch-religiösen Stammespraktiken. In den abgelegenen Teilen des Landes sind die meisten Stammes- oder ethnischen Anführer feindselig gegenüber Muslimen oder Christen eingestellt, die sich solchen Praktiken widersetzen. Das kann zu Zusammenstößen zwischen Stammesführern und Muslimen oder Christen führen.

Diktatorische Paranoia

Schon früher verletzten Regierungsbeamte in eklatanter Weise ihre Pflicht, Christen vor Verfolgung zu schützen, doch erst in den letzten Jahren ist das Problem der diktatorischen Paranoia als Triebkraft der Verfolgung ans Licht gekommen. Dies trifft insbesondere auf die Zeit nach dem letzten Putsch zu, in dessen Zusammenhang praktisch jede christliche Gruppe, die die Sicherheit oder den Schutz vor dem Gesetz sucht, als Bedrohung für die Macht des Militärregimes angesehen wird.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen können ihrem Glauben zwar Ausdruck verleihen, sie müssen ihn also nicht im Geheimen und in der Isolation leben, sie sind jedoch ein leichtes Ziel für Entführungen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Nur etwa 2,2 Prozent der malischen Bevölkerung sind Christen. Die meisten von ihnen gehören traditionellen Kirchen wie der römisch-katholischen Kirche an. Diejenigen von ihnen, die im Süden des Landes leben, haben im Vergleich zu den Christen im Norden relativ viel Religionsfreiheit, aber die Gefahr von Gewalt und Entführungen durch islamisch-extremistische Gruppen hat auch für sie im Berichtszeitraum zugenommen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft gibt es vor allem unter den Volksgruppen der Bozo und der Dogon.

Zusätzlich zur Bedrohung durch islamisch-extremistische Gruppen, unter denen die meisten Christen in Mali leiden, werden Konvertiten in unterschiedlichem Maße auch noch von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören charismatische und pfingstkirchliche Gemeinden, die vor allem im Süden Malis zu finden sind. Aufgrund ihrer Art des Gottesdienstes und ihrer Aktivitäten zur Weitergabe des Evangeliums ziehen solche Gemeinden häufig die Feindschaft der Gesellschaft auf sich.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren in Mali die vergleichsweise größten Schwierigkeiten in ihrem Privatleben, da sie von Familienangehörigen und Menschen aus ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihren Glauben zu widerrufen. Allerdings müssen im Norden des Landes auch alle anderen Christen mit Schikanen und gewaltsamen Übergriffen rechnen, sollte ihr Glaube allgemein bekannt werden.

Familienleben

Der anhaltende militärische Konflikt in Mali hat die Ausübung des christlichen Glaubens zu einem Risiko gemacht. Anders als in vielen Ländern mit muslimischer Mehrheit ist der christliche Glaube in Mali zwar nicht per Gesetz verboten oder eingeschränkt, aber mit der Ausübung eines

anderen Glaubens als des wahhabitischen Islam geht das Risiko gewaltsamer Repressalien von islamistischen Gruppen einher. Im Norden des Landes wurden Lehrkräfte eingeschüchtert und Kinder gezwungen, am Koranunterricht teilzunehmen; die islamistischen Gruppen forderten außerdem, dass Schulen, von denen viele von christlichen Organisationen betrieben werden, in Koranschulen umgewandelt werden. Muslimische Familien dulden die Abwendung eines Familienmitglieds vom Islam aus Gründen der Familienehre nicht und üben häufig Druck auf einen christlichen Konvertiten aus, damit er seinen christlichen Glauben aufgibt.

Gesellschaftliches Leben

Feindseligkeit und Gewalt sind zwar im Norden am schlimmsten, aber sie nehmen überall zu. Obwohl die Behörden Versuche unternommen haben, feindselige religiöse

Propaganda zu verbieten, wird in den Moscheen immer entschiedener gegen Christen gepredigt. Der Druck auf die Bevölkerung in Zentralmali wächst, sich der Scharia unterzuordnen, obwohl diese in direktem Widerspruch zur säkularen Staatsgesetzgebung steht.

In Regionen, die unter der Kontrolle islamistischer Gruppen stehen, werden Kirchen abgerissen, und es wird jeder überwacht, der im Verdacht steht, Christ zu sein. Christen sind der Gefahr von Entführung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und Ermordung ausgesetzt.



Leben im Staat

Mali ist offiziell ein säkularer Staat, der die Religionsfreiheit respektiert. Die islamisch-extremistischen Kämpfer im Norden lehnen jedoch dieses Konzept und die damit verbundene Freiheit ab. Da es nahezu keine politische und soziale Interessenvertretung für Christen in der Gesellschaft gibt, werden sie häufig unter Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Dieser Druck ist vor allem in der malischen Armee, den Sicherheitsbehörden sowie im Gesundheitswesen und Bankensektor zu spüren. In Mali zu reisen, ist als Christ, insbesondere als Missionar, extrem gefährlich geworden; in den letzten Jahren haben sich mehrfach Entführungen und Morde ereignet.

Kirchliches Leben

Christen, die versuchten, in den Norden zurückzukehren und beschädigte Kirchen zu reparieren, wurden schikaniert und angegriffen. Außerdem wurden geflüchtete Christen unter Androhung von Gewalt daran gehindert, Behelfskirchen zu bauen. Oft wird der Kontakt zu westlichen Nichtregierungsorganisationen, UN-Friedenstruppen oder verbündeten ausländischen Streitkräften von islamistischen Gruppen als »Evangelisierung« ausgelegt. Unter diesem Vorwand greifen Ortsvorsteher und aufständische Gruppierungen wehrlose christliche Bevölkerungsgruppen oder deren Eigentum an.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine konkreten Beispiele genannt werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	14	79
2023	17	76
2022	24	70
2021	28	67
2020	29	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl stieg auf dem Weltverfolgungsindex 2024 gegenüber dem Vorjahr um drei Punkte an. Dies ist zum einen auf den Anstieg der Gewalt zurückzuführen, zum anderen hat sich der Druck im Land intensiviert, und die Vorfälle

haben sich gehäuft sowie geografisch ausgeweitet. In den letzten fünf Berichtszeiträumen hat sich die Punktzahl Malis kontinuierlich erhöht und erreicht nun auf dem Weltverfolgungsindex 2024 den bislang höchsten Wert von 79 Punkten.

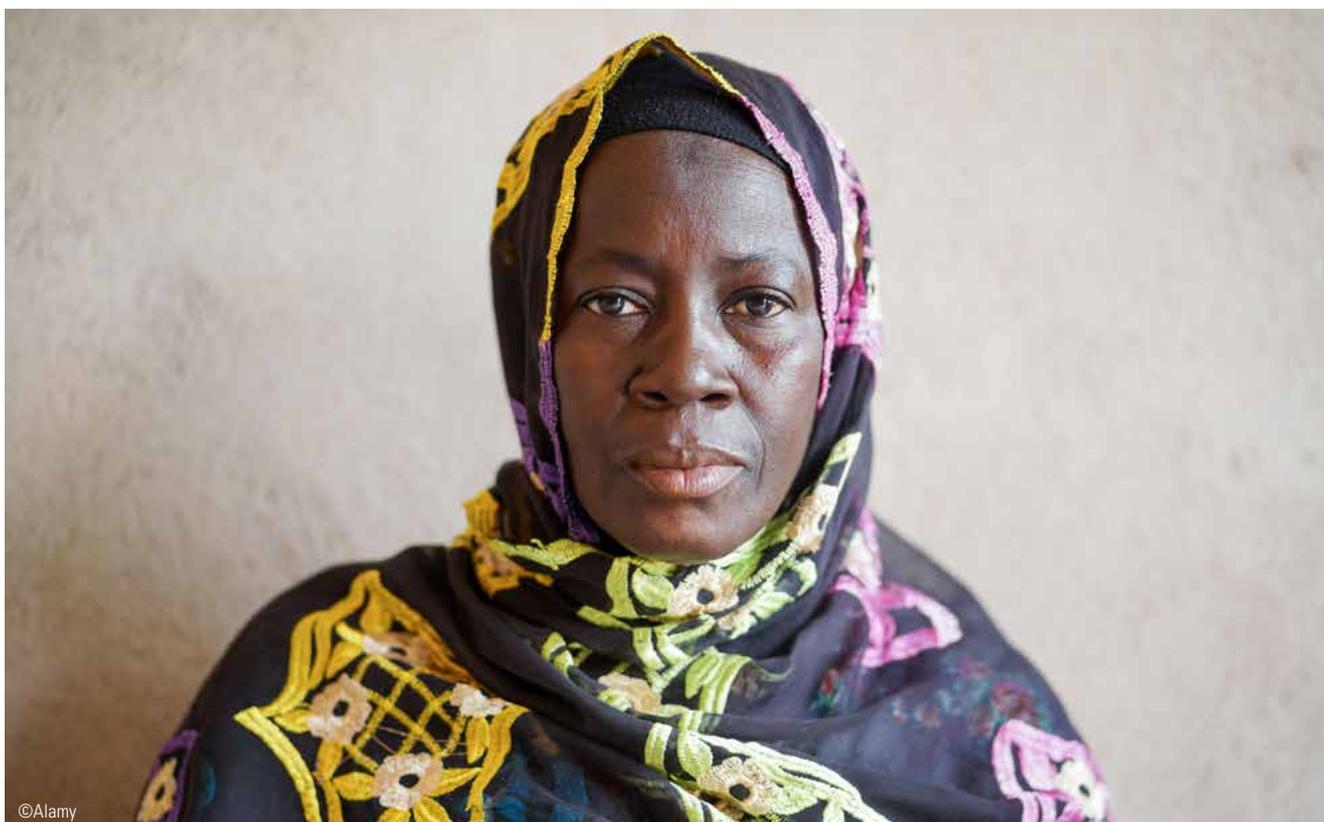
Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Bei den wiederkehrenden Angriffen durch islamisch-extremistische Gruppen drohen Christinnen Entführung und Zwangsheirat. Dies betrifft zwar nicht nur christliche Mädchen, ist aber gängige Taktik islamisch-extremistischer Gruppen, um den Islam zu verbreiten, und deshalb eine weit- hin gefürchtete Bedrohung. Insbesondere Christinnen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, belästigt, bedroht, sexuell missbraucht, körperlich misshandelt und sogar ermordet zu werden. Alleinstehende christliche Konvertitinnen werden zwangsverheiratet, und verheiratete Konvertitinnen werden zwangsgeschieden und verlieren möglicherweise ihre Kinder. Die Vertreibung aus dem Elternhaus bedeutet für eine Christin eine erhöhte Schutzlosigkeit, weil sie damit den Rückhalt und die Hilfe ihrer Familie verliert. Im Allgemeinen müssen Frauen sich an die islamische Kleiderordnung halten.

Männer: Während die Angriffe islamisch-extremistischer Gruppen in ganz Mali unvermindert andauern, sind vor allem christliche Männer aufgrund ihres Glaubens Morddrohungen und gewaltsamen, körperlichen Angriffen ausgesetzt. Für Männer in ländlichen oder abgelegenen Gebieten besteht die Gefahr, dass sie von gewalttätigen Gruppen – häufig Dschihadisten – entführt, getötet oder zwangsrekrutiert werden. Mit gezielten Angriffen auf Häuser und Geschäfte von Christen werden deren Familien in die Armut getrieben, und so wird die christliche Gemeinschaft geschwächt. Christen, insbesondere Konvertiten, werden durch soziale Ausgrenzung oder eingeschränkten Zugang zu Arbeit und Bildung unter Druck gesetzt. Verheiratete Konvertiten können auch zwangsweise von ihren Frauen geschieden werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind auch die Anhänger ethnischer Religionen eine religiöse Minderheit in Mali. Obwohl diese Glaubensrichtungen seit jeher mit dem Islam koexistierten, bedroht der Vormarsch islamischer Extremisten diese Koexistenz. Auch einheimische Schiiten werden diskriminiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mali hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mali kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden auf der Stelle getötet, wenn ihre Konversion entdeckt oder auch nur vermutet wird (ICCPR Art. 6)
- Christen werden von extremistischen Gruppen aufgrund ihres Glaubens verfolgt und getötet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden belästigt und angegriffen, wenn sie religiöse Symbole tragen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten werden gefoltert und unter Druck gesetzt, ihre Abkehr vom Islam zu widerrufen (ICCPR Art. 7 und 18)
- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
15

LÄNDERPROFIL

Algerien



Platz 15 / 79 Punkte (2023: Platz 19 / 73 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

In den vergangenen Jahren haben Staatsbeamte auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltungshierarchie die Freiheit von Christen zunehmend eingeschränkt und Druck auf sie ausgeübt, damit sie sich von ihrem Glauben lossagen. Nicht muslimische Religionsausübung wird per Gesetz geregelt. Darunter fallen auch Vorschriften, die es gesetzlich verbieten, »den Glauben eines Muslims zu erschüttern« oder ihn zu »verführen, eine andere Religion anzunehmen«. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 stieg der staatliche Druck auf protestantische Christen auf ein Maß an, das in den vergangenen Jahrzehnten noch nie erreicht worden war. Bereits geschlossene Kirchengebäude blieben geschlossen, gleichzeitig wurden weitere Kirchen zur Schließung aufgefordert. Anstatt jedoch wie in den letzten Jahren Kirchengebäude offiziell zu versiegeln, drohte die Regierung nun den Gemeindeleitern und Pastoren mit strafrechtlicher Verfolgung, falls ihre Kirchen die Treffen nicht einstellen würden. Von den 46 Kirchen unter dem Dachverband protestantischer Kirchen Algeriens (Église Protestante d'Algérie, EPA) sind nur noch vier geöffnet. Auch unabhängige Gemeinden stellten aus Angst vor staatlichen Maßnahmen ihre Treffen ein. Zu den Kirchenschließungen kommt hinzu, dass mindestens 18 Christen zu Haftstrafen (auf Bewährung) verurteilt wurden.

Die meisten algerische Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Sie erfahren Widerstand von Mitgliedern ihrer Familie und des erweiterten sozialen Umfelds. Von diesen werden die Konvertiten gedrängt, sich an die islamischen Normen zu halten und islamische Riten zu befolgen. Einem besonders hohen Maß an

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Abdelmadjid Tebboune

BEVÖLKERUNG

46.053.000

CHRISTEN

144.000 / 0,3 %

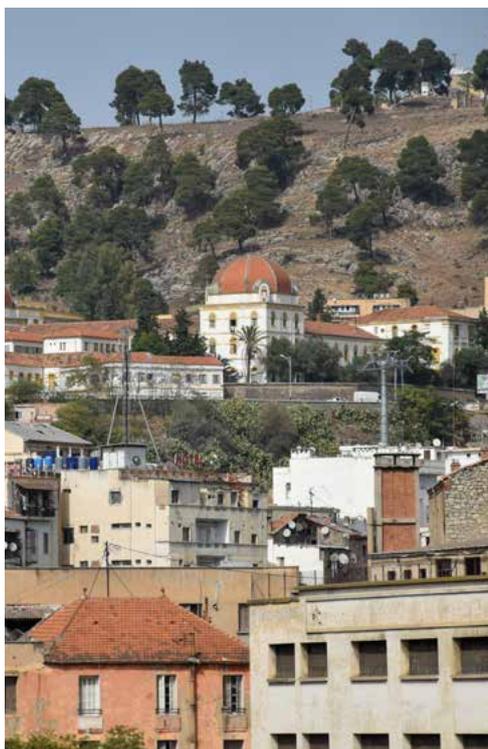
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Druck und Gefahr sind die Christen in den arabisch geprägten Teilen des Landes ausgesetzt sowie in den eher ländlich und religiös konservativen Regionen. Diese Regionen waren in den 1990er-Jahren die Hochburgen für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung.

Hintergrund

Algerien gilt als autoritär geführter und unfreier Staat. Denn de facto wird das Land von seiner mächtigen Armee und einer Gruppe von Geschäftsleuten und Politikern geführt, bekannt unter dem Namen »Le Pouvoir« (»Die Macht«). Die Verfassung verwehrt Nichtmuslimen den Zugang zu hochrangigen Regierungsämtern.

Historisch gesehen gibt es in Algerien sowohl ethnische Araber als auch ethnische Berber, wobei die vorherrschende ethnische Identität im Land die arabische ist. Ethnische Zugehörigkeit und Sprache sind ein heikles Thema, nachdem die Regierung die Berberkultur jahrelang an den Rand gedrängt hat. Trotz des konservativen islamischen Umfeldes gibt es in Algerien eine der größten Gruppen von christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund im Nahen Osten; und die meisten dieser Konvertiten sind Berber aus der Region Kabylei. Außerhalb der Kabylei erfahren christliche Konvertiten stärkeren Druck seitens der Gesellschaft und der Familie, wie aus inländischen Quellen hervorgeht.

Die römisch-katholische Kirche hat vier Diözesen im Land (die Diözesen Alger, Oran, Constantine et Hippone und Laghouat-Ghardaïa).

Die im März 2006 erlassene Verordnung 06-03 regelt andere Religionen als den Islam. Sie schränkt die nicht muslimische Religionsausübung stark ein. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung hat die Regierung keine neuen Kirchengebäude oder Gemeindegründungen offiziell mehr zugelassen. Christen treffen sich deshalb in Privatwohnungen oder Bürogebäuden. Dies ist jedoch verboten. Auf die Teilnahme an solchen Treffen steht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren und ein Bußgeld von bis zu 300.000 Algerischen Dinaren. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 blieben mindestens 37 Kirchen der EPA geschlossen, wurden neu geschlossen oder stellten ihre Treffen aufgrund des zunehmenden Drucks ein.

Der Dachverband EPA wurde von der Regierung 1974 offiziell anerkannt. Seine Mitgliedsgemeinden müssen sich allerdings eigenständig registrieren lassen – ohne Erfolg. Keinen der Anträge hat die Regierung bisher bewilligt. Im Jahr 2013 musste die EPA erneut die offizielle Anerkennung beantragen, nachdem ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen eingeführt worden war. Bis heute hat die Regierung noch nicht auf diesen Antrag reagiert, sodass sich die EPA in einem rechtlichen Schwebezustand befindet.

Der Druck auf die Christen nahm im Jahr 2023 zu. Mehrere Christen wurden strafrechtlich verfolgt und unter dem Vorwurf verurteilt, sie hätten evangelisiert und ohne Genehmigung Gottesdienste abgehalten.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	144.000	0,3
Muslime	45.238.000	98,2
Buddhisten	7.400	< 0,1
Juden	53	< 0,1
Bahai	4.200	< 0,1
Atheisten	8.900	< 0,1
Agnostiker	636.000	1,4
Andere	14.600	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten Christen leben in der Kabylei und sind ethnische Berber. Die Bewohner der Kabylei wurden von der algerischen Regierung viele Jahre lang diskriminiert und vernachlässigt. Dadurch entstand ein Umfeld, in dem die christliche Gemeinde wachsen konnte. Im arabischen Teil des Landes, speziell im Süden, sind die Bedingungen für Christen schwierig, und es gibt nur wenige Kirchen. Gewalttätige islamische Gruppen genießen keine große Unterstützung in der Bevölkerung. Dennoch ist der Islam der bestimmende Einfluss im Land, auch weil die salafistische Bewegung wächst.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Regierung kann sich dem Druck islamistischer Bewegungen nicht entziehen. Andernfalls würde sie ihre Beliebtheit in der Bevölkerung riskieren, unter der islamische Überzeugungen verbreitet sind. Zwar ist die Bewegung »Islamische Heilsfront« immer noch verboten, gleichwohl gibt es islamistische Gruppen im Land, und sie beobachten die Aktivitäten der Christen wie auch anderer nicht muslimischer Minderheiten (wie zum Beispiel die der kleinen jüdischen und Bahai-Gemeinden). Hinzu kommt, dass einige Regierungsbeamte selbst Islamisten sind.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung handelt in autokratischer Weise. Sie legt Christen Beschränkungen auf, schließt Kirchen und geht gegen Christen mit der Strafverfolgung etwa unter dem Vorwurf der Missionierung vor. Die regierende Partei ist seit der Unabhängigkeit des Landes an der Macht. Ihre antikolonialistischen und revolutionären Wurzeln tragen wesentlich dazu bei, dass sie misstrauisch gegenüber Christen ist, die das Evangelium weitergeben. Dies gilt in besonderem Maße für Aktivitäten, die in Zusammenarbeit mit Gemeinden und christlichen Gruppen aus dem Westen durchgeführt werden.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Triebkraft islamische Unterdrückung ist die Hauptursache für den Druck, der von Familien und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten ausgeübt wird. Besonders im arabischen Teil des Landes spielen auch Ansichten wie »die Wahrung der Familienehre« eine große Rolle. Mit Unterstützung der Dorfältesten werden Konvertiten bedrängt, ihren christlichen Glauben aufzugeben; und auch wenn in städtischen Gebieten der Einfluss der Ältesten abnimmt, bleibt der familiäre Druck häufig hoch.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Die meisten algerischen Christen sind in der nördlichen Region Kabylei beheimatet. Sie sind ethnische Berber. Zwischen der Kabylei und der (arabischen) Zentralregierung gibt es seit der Unabhängigkeit politische Spannungen aufgrund von Fragen zur ethnischen Identität, Kultur und Sprache. Diese ethnischen Spannungen gehen in religiöse über.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Neben einigen westlichen ausländischen Christen gehören zu dieser Kategorie hauptsächlich christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Christliche Studenten aus Subsahara-Afrika erfahren mitunter Diskriminierung an Universitäten und im städtischen Alltagsleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische Gemeinden sind außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert. Ihre Kirchen können aber weiterbestehen, sofern sie registriert

sind, und dort können Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt werden (einschließlich in der Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs).

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die große Mehrheit der Christen in Algerien sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Sie werden vom Staat und der Familie diskriminiert und unter anhaltenden Druck gesetzt. Das Gesetz verbietet es Nichtmuslimen, sich außerhalb von registrierten Kirchen zu Gottesdiensten zu versammeln. Jedoch wurden seit 2006 keine Registrierungen mehr an Kirchen vergeben – im Gegenteil: Es wurden viele Kirchengebäude geschlossen. So gibt es für christliche Konvertiten keine andere Möglichkeit, als sich dennoch verbotenerweise in Privathäusern zu versammeln.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen, die in den sozialen Medien über ihren Glauben sprechen, riskieren dabei, wegen Missionierung und Blasphemie angeklagt zu werden. Sie müssen außerdem mit Vergeltung vonseiten ihres sozialen Umfelds rechnen. Da Anfeindungen gegenüber Christen weitverbreitet sind, achten diese darauf, keine christlichen Symbole wie Kreuze öffentlich zu zeigen. Die Gesetze des Landes gegen Missionierung und Blasphemie beeinträchtigen die Freiheit von Christen, selbst mit Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen. Gemäß der Verordnung 06-03 ist es eine Straftat, über das Evangelium zu sprechen, was mit einer Freiheitsstrafe von ein bis drei Jahren geahndet werden kann.

Familienleben

Religionsunterricht, der auf islamischen Prinzipien basiert, ist in allen öffentlichen Schulen Pflicht. Wenn eine verheiratete Person den christlichen Glauben annimmt, verlangt der muslimische Ehepartner in vielen Fällen entweder die Scheidung oder wird von Familienangehörigen gezwungen, sich scheiden zu lassen; die Kinder werden dann vom konvertierten Elternteil ferngehalten. Adoption ist nur für Muslime zulässig. Ist der Vater eines Kindes Muslim, gilt das Kind vor dem Staat automatisch ebenfalls als Muslim. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von der Regierung weiterhin als Muslime angesehen, und daher gilt dasselbe für ihre Kinder.

Gesellschaftliches Leben

Die Überwachung von Personen geschieht systematisch und betrifft besonders Christen. In Leitungspositionen müssen Christen davon ausgehen, dass ihre Telefone abgehört und ihre E-Mails mitgelesen werden. Sich als Christen außerhalb von Kirchengebäuden zu versammeln, ist illegal, obwohl dieses Gesetz in der Kabylei weniger stark durchgesetzt wird. In Gebieten, wo ein konservativerer Islam vorherrscht, müssen Kinder von Christen ihren Glauben geheim halten. Anderenfalls droht ihnen Diskriminierung durch Lehrer und später bei der Bewerbung um einen Studienplatz. Dies trifft in besonderem Maße auf die Kinder von christlichen Konvertiten zu, deren Abkehr vom Islam bekannt geworden ist. In ähnlicher Weise müssen christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund ihren Glauben bei der Jobsuche verbergen, wenn sie Diskriminierung vermeiden wollen. Generell haben Christen keinen Zugang zu höheren Regierungsämtern, gleichgültig ob sie einen muslimischen Hintergrund haben oder nicht.

Leben im Staat

Christen werden aus religiösen Gründen diskriminiert, wenn sie mit den Behörden zu tun haben. Das gilt besonders, wenn sie vom Islam konvertiert sind oder aus einem afrikanischen Land südlich der Sahara stammen. Christliche Konvertiten sind von Misshandlungen durch ihre Familienangehörigen bedroht. Die Angreifer müssen dafür keine Strafe befürchten, da die Regierung häusliche Gewalt als Familienangelegenheit betrachtet.

Kirchliches Leben

Kirchengemeinden dürfen keine Aktivitäten unter muslimischen Jugendlichen durchführen. Minderjährigen ist es nicht gestattet, eine Kirche ohne eine erwachsene Begleitperson zu besuchen. Das Drucken von christlichen Materialien ist durch die Verordnung 06-03 verboten. Aufgrund der ständigen Überwachung von Kirchen ist es für ausländische Christen schwierig, ein Visum zu erhalten und algerische Kirchen zu besuchen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2024 wurden mehrere Kirchen aufgefordert, ihre Aktivitäten einzustellen, zusätzlich zu denen, die bereits in den vergangenen Jahren geschlossen oder zur Einstellung ihrer Aktivitäten gezwungen worden waren. Nur wenige der mehr als 50 Kirchen im Land sind noch geöffnet. Es ist zu befürchten, dass auch sie zur Schließung gezwungen werden.

- Mehr als 20 Christen wurden im Berichtszeitraum verhaftet. Die Anklagen reichten von »Missionierung« über »Gottesdienst ohne vorherige Genehmigung« bis hin zum »Abhalten von Gottesdiensten in einem für Gottesdienste nicht zugelassenen Gebäude«. Die meisten Anklagen stützen sich auf die Verordnung 06-03 zur Regelung von nicht muslimischer Religionsausübung.
- Mindestens 30 Christen erfuhren körperliche und psychische Misshandlung – sowohl durch Familienmitglieder als auch durch Regierungsvertreter. Einige Christen mussten aufgrund des Drucks ihre Wohnorte verlassen.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	15	79
2023	19	73
2022	22	71
2021	24	70
2020	17	73

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Gesamtwert für Algerien ist um sechs Punkte gestiegen. Diese Entwicklung weist eindeutig auf eine Verschlechterung der Lage der Christen hin. Am deutlichsten nahm der Druck in den staatlichen und kirchlichen Lebensbereichen zu, aber den größten Einfluss auf den Anstieg der Gesamtpunktzahl hatte der Anstieg des Wertes für Gewalt – von 4,8 Punkten im Vorjahr auf nun 9,8 Punkte. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass immer mehr Kirchen geschlossen oder gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen, eine größere Zahl von Häusern und Geschäften von Christen überfallen wurde und der zunehmende Druck viele zwang, innerhalb und außerhalb des Landes umzusiedeln.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Algerische Frauen werden von Gesetz und Gesellschaft allgemein benachteiligt, was die Situation von Christinnen zusätzlich erschwert – zusammen mit dem Druck, den sie ohnehin wegen ihres Glaubens erfahren. Sie werden im Beruf oder in der Schule belästigt, erleiden sexuelle

Übergriffe und erhalten Morddrohungen (besonders, wenn sie sich unverschleiert zeigen). Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind schweren Misshandlungen durch ihre Familien ausgesetzt, einschließlich Schlägen, Drohungen, Hausarrest und möglicherweise Zwangsheirat oder Scheidung. Der Zugang zur Gemeinschaft mit Gleichgesinnten und der Empfang von christlichen Radio- oder TV-Sendern wird für sie von ihren Familien eingeschränkt. Angesichts dieses Drucks und dieser Gewalt entscheiden sich viele christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft dafür, ihren Glauben zu verstecken und als heimliche Christinnen zu leben.

Männer: Christliche Männer erleben in Algerien häufig Druck auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Sie sind mit Schikanierungen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum konfrontiert. Da Männer in algerischen Familien meist die Hauptverdiener sind, kann der Verlust ihres Arbeitsplatzes oft erdrückende Auswirkungen auf ihre gesamte Familie haben und zu Angst und einem Gefühl der Hilflosigkeit führen. Auch werden Männer häufiger inhaftiert, was ebenfalls ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Innerhalb der Familien kommt es häufig zu gewaltsamen Übergriffen auf männliche Konvertiten. Doch nicht nur durch ihre Familie erfahren sie Ausgrenzung und Zurückweisung, sondern auch durch ihr soziales Umfeld.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Algerische Juden, schiitische Muslime und Ahmadiyya-Muslime sind in unterschiedlichem Maße Druck und Gewalt ausgesetzt, wobei gegen Letztere besonders schwere Maßnahmen ergriffen werden, einschließlich Strafanzeigen wegen »Verunglimpfung des Dogmas oder der Gebote des Islam«. Regierungsbeamte begegnen ihnen mit Feindseligkeit und verwehren ihnen das Recht, Vereinigungen zu bilden. Auch Atheisten und alle, die die sunnitisch-islamischen Lehren öffentlich in Frage stellen, müssen mit Anfeindungen rechnen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Algerien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Algerien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Kirchen werden von der Regierung willkürlich geschlossen (ICCPR Art. 18 und 20)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christen dürfen nicht mit Nichtchristen über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen können keine Kinder adoptieren oder als Pflegeeltern dienen (ICCPR Art. 26)
- Christen werden fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt und angeklagt (ICCPR Art. 19)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
16

LÄNDERPROFIL

Irak



Platz 16 / 79 Punkte (2023: Platz 18 / 76 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Seit der »Islamische Staat« (IS) zurückgedrängt wurde, setzen insbesondere vom Iran unterstützte schiitische Milizen die Christen im Irak unter Druck. Allerdings hat der IS seine Angriffe auf Zivilisten, Infrastruktur und Sicherheitskräfte auch im Jahr 2023 fortgesetzt. Sowohl die Türkei als auch der Iran setzten außerdem ihre Luftangriffe und – im Falle der Türkei – Bodenoperationen in verschiedenen Gebieten der Region Kurdistan-Irak fort, die angeblich gegen Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gerichtet waren. In den vergangenen Jahren trafen diese Angriffe auch überwiegend christliche Dörfer, verursachten schwere Schäden an zivilem Eigentum und zwangen viele Christen zur Flucht.

Die traditionellen Kirchen (die assyrische Kirche des Ostens, die syrisch-orthodoxe Kirche, die syrisch-katholische Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche und die armenische orthodoxe Kirche) sind stark von Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung betroffen. Diese gehen besonders von islamisch-extremistischen Bewegungen

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister
Mohammed Shia al-Sudani

BEVÖLKERUNG

43.171.000

CHRISTEN

154.000 / 0,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



und nicht christlichen religiösen Leitern aus. Auch seitens der Behörden erfahren sie Diskriminierung. Evangelikale Gemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls von Gewalt durch islamisch-extremistische Gruppen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen und werden durch die Behörden diskriminiert.

Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren den meisten Druck von Familienmitgliedern und halten ihren Glauben oft geheim. Sie riskieren, ihr Erbrecht zu verlieren sowie das Recht und die Mittel zu heiraten. Die Abkehr vom Islam kann sogar in der eher gemäßigt islamischen Region Kurdistan-Irak gefährlich sein. Ein Wechsel der Kirchengliederung (etwa von einer orthodoxen Kirche zu einer evangelikalen Gemeinde) wird häufig mit dem Entzug von Rechten bestraft. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die protestantische Kirchen besuchen.

Hintergrund

Nach der von den USA angeführten Invasion im Jahr 2003 und dem Sturz des Diktators Saddam Hussein flammte in dem folgenden Machtvakuum religiös motivierte Gewalt auf, insbesondere zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen. Die Christen gerieten ins Kreuzfeuer. Es begann eine Massenflucht aus dem Land. Mit dem Aufkommen des IS und der Errichtung seines selbstausgerufenen Kalifats im Juni 2014 verstärkte sich der Flüchtlingsstrom umso mehr. 2016 wurden große Teile des IS-Gebiets zurückerobert. Die Christen begannen daraufhin, in die befreiten, zuvor mehrheitlich christlichen Städte in der Nähe von Mossul zurückzukehren, darunter Karakosch. Im Dezember 2017 verkündete der damalige Ministerpräsident die erfolgreiche Vertreibung des IS aus dem Irak durch die irakischen Streitkräfte. Der IS hat jedoch auch im Zeitraum von 2020–2023 weiterhin Zivilisten, Infrastruktur und Sicherheitskräfte angegriffen.

Der Irak ist in zwei Teile geteilt: die teilautonome Region Kurdistan-Irak im Norden, die offiziell von der Kurdischen Regionalregierung (KRG) mit Sitz in Erbil regiert wird, und einen großen arabischen Teil unter Kontrolle der irakischen Regierung in Bagdad. Der Irak besteht aus 19 Gouvernements, von denen nur fünf eine offiziell ausgewiesene christliche Bevölkerung haben (Nineve, Erbil, Sulaymaniyah, Dahuk und Kirkuk). Die Christen haben alle anderen Gouvernements verlassen, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Konvertiten muslimischer Herkunft.

Die Mehrheit der Christen im Irak ist chaldäisch-katholisch; fast 20 Prozent gehören der assyrischen Kirche des Ostens an. In der Region Kurdistan-Irak sind etwa 2.000 Mitglieder der evangelischen Kirchen registriert.

Seit der IS zurückgedrängt wurde, geht der Druck auf die irakischen Christen hauptsächlich von schiitischen Milizen aus, die vom Iran

unterstützt werden. In der Region Kurdistan-Irak setzte die Türkei ihre Angriffe fort. Dabei gingen sie angeblich gegen Mitglieder der PKK vor, trafen aber auch mehrheitlich christliche Dörfer. In den letzten Monaten des Jahres 2022 verstärkte auch der Iran seine Angriffe auf das kurdische Gebiet, die sich gegen die PKK richteten.

Die irakische Verfassung von 2005 setzt den Islam als Staatsreligion fest. Nach geltendem islamischem Recht ist es Muslimen faktisch untersagt, ihre Religion zu wechseln. Frauen, die als Muslimas registriert sind, dürfen keine Nichtmuslime heiraten. Die Christen im Irak berichten, dass das Land immer islamischer wird. Insbesondere Christen mit muslimischem Hintergrund haben berichtet, dass sie von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Christen sind in der Politik sehr gering vertreten. Laut einer Minderheitenquote müssen fünf Parlamentssitze (entspricht etwa 1,5 %) an christliche Abgeordnete vergeben werden, wobei das Auswahlverfahren der Abgeordneten auf Kritik von christlicher Seite stößt: Es wird bemängelt, dass im Endeffekt die schiitische Mehrheit die Vertreter der christlichen Minderheit bestimme.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	154.000	0,4
Muslime	42.157.000	97,7
Hindus	5.200	< 0,1
Buddhisten	380	< 0,1
Juden	20	< 0,1
Bahai	2.100	< 0,1
Atheisten	77.300	0,2
Agnostiker	223.000	0,5
Andere	551.450	1,3

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

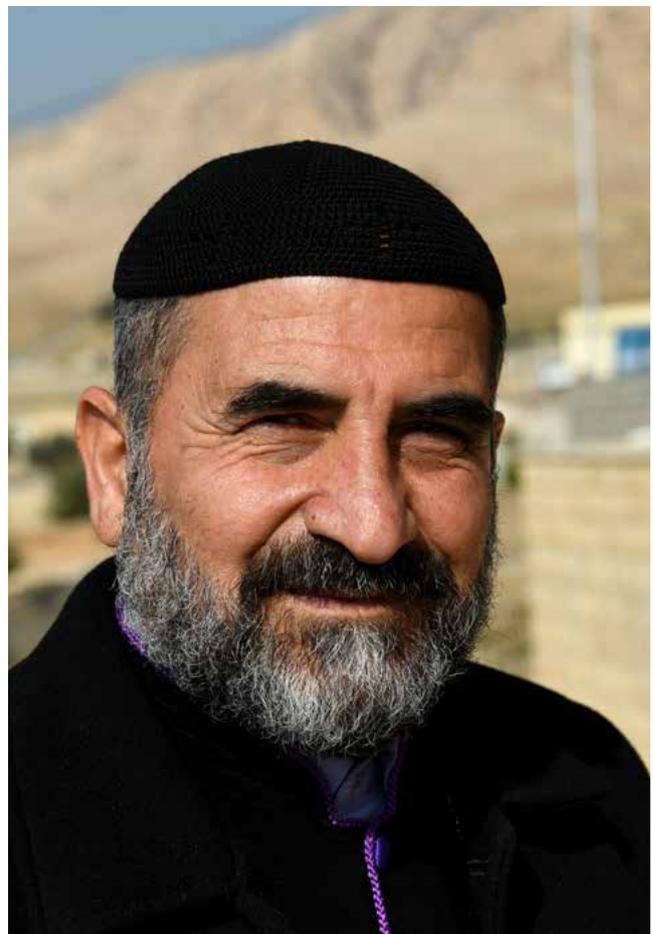
Die meisten Christen im Irak leben im Norden des Landes, im kurdischen Gebiet. In Bagdad und Basra gibt es nur noch wenige Christen. Besonders schwierig ist die Situation für Christen im Süden und im Zentrum des Landes. Die Christen haben die meisten der dortigen Provinzen verlassen, mit Ausnahme kleiner Gruppen von Christen mit muslimischem

Hintergrund. Übergriffe auf Konvertiten, insbesondere in Form von islamischer Unterdrückung und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, sind in arabischen Gebieten stärker verbreitet als in kurdischen Regionen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christen im Irak sind vonseiten sunnitischer und schiitischer Muslime islamischer Unterdrückung ausgesetzt, unabhängig von deren Volkszugehörigkeit (kurdisch, iranisch oder arabisch). Das islamische Bewusstsein ist unter dem Einfluss islamischer Milizen zu einem neuen Faktor im Land geworden, auch in der Region Kurdistan-Irak. Mehrere schiitische Parteien haben enge Beziehungen zur Islamischen Republik Iran; besonders Christen muslimischer Herkunft berichten, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Islamische Lehren und islamische Rhetorik beherrschen den Alltag, und islamische Autoritätspersonen (insbesondere Schiiten) beeinflussen weiterhin das soziale,



religiöse und politische Leben. Frauen werden immer stärker von der Gesellschaft kontrolliert. Selbst christliche Frauen in Bagdad und Basra sind mittlerweile gezwungen, sich zu verschleiern, um sich außerhalb ihrer Häuser sicher bewegen zu können.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die irakische Gesellschaft ist immer noch stark durch Stammesdenken geprägt. Dies gilt vor allem in Gegenden, die durch religiös motivierte Gewalt erschüttert wurden – hauptsächlich die früher vom IS kontrollierten Gebiete. Wo sich dieses Stammesdenken mit dem Islam vermischt, beeinträchtigt es insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Ethnische Gruppen sowie Stammesgruppen haben bisweilen Parteien mit einer Agenda gegründet, die andere strikt ausschließt. Christen sind ein leichtes Ziel. Die Einhaltung der jahrhundertealten Sitten und Gebräuche der Stämme ist oft wichtiger als die Einhaltung der staatlichen Gesetze, da die Stämme in der Regel über dem Gesetz stehen.

Diktatorische Paranoia

Mehrere aufeinanderfolgende irakische Zentralregierungen haben versucht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dadurch wurde es verpasst, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, in der sich religiöse Minderheiten willkommen fühlen. Christen in der Region Kurdistan-Irak beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems bei den Parlamentswahlen von 2018: Kurdische und schiitische Parteien haben die fünf explizit für Christen reservierten Sitze im Nationalrat beansprucht und an ihre eigenen christlichen Kandidaten vergeben, die nicht von den christlichen Parteien selbst gewählt wurden. Darüber hinaus bedrohen Berichten zufolge Regierungsbeamte auf allen Ebenen Christen und »ermutigen« sie, auszuwandern.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

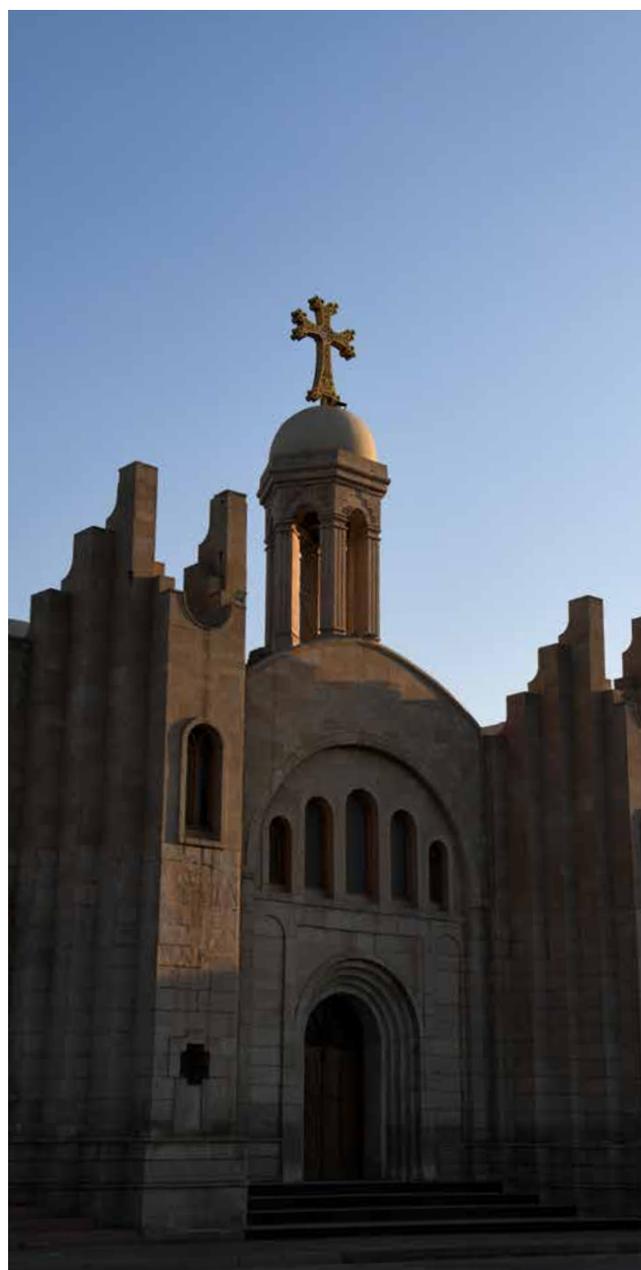
Korruption ist im gesamten Irak weitverbreitet, und Christen werden auf diese Weise ausgebeutet. In vielen mehrheitlich islamischen Gebieten können Christen ihre Häuser oftmals nur zu 60 Prozent des Wertes verkaufen. Ein weiteres Problem ist die Beschlagnahmung von Ländereien, die Christen gehören. Organisierte, kriminelle Gruppen haben sich über 70 Prozent der Ländereien illegal angeeignet, deren christliche Eigentümer aus dem Irak geflohen sind – insbesondere in Bagdad.

Konfessioneller Protektionismus

Es gibt 14 anerkannte christliche Denominationen. Wenn eine neue Denomination die Registrierung beantragt, werden die offiziell anerkannten Kirchen um ihre Zustimmung gebeten. Regelmäßig lehnen diese die Registrierung

nicht traditioneller protestantischer Gruppen entschieden ab. Traditionelle Kirchen versuchen oftmals, Mitglieder ihrer Gemeinden davon abzuhalten, die neueren Kirchen zu besuchen. In den südlichen und zentralen Regionen des Irak erfahren Christen, die eine traditionelle Kirchengemeinde verlassen haben, um sich einer nicht traditionellen christlichen Gruppe anzuschließen, mitunter Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und der sie umgebenden Gesellschaft. Es ist auch bekannt, dass Bischöfe traditioneller Kirchen sich weigern, Trauungen von Mitgliedern durchzuführen, die evangelikale Kirchen besuchen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen wie die assyrisch-orthodoxe Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche, die syrisch-katholische Kirche und die armenische orthodoxe Kirche sind alle erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit durch islamisch-extremistische Gruppierungen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen. Auch seitens der Behörden erfahren sie Diskriminierung. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie beispielsweise ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen bei Straßenkontrollen, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie zählen Christen mit muslimischem Hintergrund sowie Christen, die aus einer traditionellen Kirche stammen und zu einer anderen Denomination übergetreten sind und nun zusammen mit evangelikalen Christen

Gottesdienst feiern. Konvertiten aus dem Islam erfahren den meisten Druck von ihrer (Groß-)Familie. Sie halten ihren neuen Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von ihren Familienmitgliedern, Stammesführern und der Gesellschaft bedroht zu werden. Die Gemeinde zu wechseln (beispielsweise von einer orthodoxen Kirche in eine evangelikale Gemeinde), wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit durch islamisch-extremistische Bewegungen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen und erleben Diskriminierung durch die Behörden. Christen, die ihren Glauben offen bekennen, werden im Zentral- und Südirak regelmäßig angegriffen. Wenn sie im Verdacht stehen, missionarisch unter Muslimen zu arbeiten, können auch Blasphemiegesetze gegen sie angewendet werden. Für evangelikale Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen zu eröffnen oder um auswärtige Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft sind in Gefahr, wenn sie sich zu ihrem Glauben bekennen oder sich mit anderen Christen treffen. Wenn sie dies tun, werden sie der Abtrünnigkeit (Apostasie) und des Verrats beschuldigt. Im Allgemeinen riskieren Christen, die mit Nichtchristen über

ihren Glauben sprechen, den Vorwurf der Missionierung und müssen mit Schikanen und Gewalt rechnen. Christen, die nicht konvertiert, sondern in einer christlichen Familie aufgewachsen sind, können christliche Symbole tragen und zeigen, es sei denn, sie leben in sehr konservativen islamischen Orten.



Familienleben

Frauen muslimischer Herkunft, die den christlichen Glauben angenommen haben, werden nicht als Christinnen anerkannt; die Ehe mit einem Nichtmuslim ist ihnen deshalb rechtlich verboten. Zusätzliche Brisanz erhielt das Thema durch die vom IS praktizierten Zwangskonversionen: Die so zum Islam konvertierten Christen hatten vor Gericht ihre Konversion zum Islam erklären müssen, woraufhin alle rechtlichen Dokumente geändert wurden. Laut Artikel 26 des Gesetzes von 2015 zum Personalausweis werden Kinder unter 18 Jahren mit einem muslimischen Elternteil als Muslime registriert. Das trifft selbst dann noch zu, wenn eine nicht muslimische Mutter von einem Muslim vergewaltigt und das Kind auf diesem Weg gezeugt wurde. In Scheidungsfällen wird das Sorgerecht in der Regel dem muslimischen Elternteil zugesprochen. Kinder, die als Muslime gelten, sind zur Teilnahme am Islamunterricht verpflichtet. Alle Schulen (auch christliche Schulen) müssen Islamunterricht anbieten und die Schüler in diesem Fach prüfen. Wer diese Prüfungen nicht besteht, kann nicht in die nächste Klasse versetzt werden.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Frauen werden in Bagdad, Basra und manchmal sogar im Norden unter Druck gesetzt, ihren Kopf zu bedecken. Christliche Studenten beanstanden, dass einige muslimische Professoren an Universitäten die Prüfungen absichtlich auf christliche Feste legen. Assyrische Schulen weisen darauf hin, dass sie benachteiligt werden, indem sie die ihnen zustehenden Gelder nicht in vollem Umfang erhalten. Die Bildung ist auf den Islam ausgerichtet, und einige offizielle Lehrpläne an staatlichen Schulen und Universitäten definieren Christen als Ungläubige und Feinde und rufen zum Dschihad gegen sie auf. Bei der Online-Beantragung eines Personalausweises wird die Religionszugehörigkeit abgefragt, und der Datenchip auf dem Ausweis enthält immer noch Angaben zur Religion. Dies führt dazu, dass Christen am Arbeitsplatz diskriminiert werden. Im Nationalparlament und in der Regierung haben Christen einige hochrangige Positionen inne; im Allgemeinen sind

sie dort aber unterrepräsentiert. Christen muslimischer Herkunft stehen in großer Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, falls ihr neuer Glaube bekannt wird.

Leben im Staat

Seiner Verfassung nach ist der Irak ein islamisches Land, in dem keine Gesetze erlassen werden dürfen, die dem Islam widersprechen. Das Gesetz erlaubt den Glaubenswechsel hin zum Islam, lässt aber den Glaubenswechsel vom Islam zu anderen Religionen oder Glaubensrichtungen nicht zu und erkennt sie auch nicht an. In einer Ehe, bei der einer der Ehepartner Muslim ist, spricht das Familienrecht diesem fast automatisch alle Rechte zu – so etwa im Blick auf Scheidung, Sorgerechts- und Erbschaftsfälle. Im Allgemeinen wird es Christen in bestimmten Institutionen wie dem Militär verwehrt, die höchsten Ämter zu bekleiden. Manchmal werden Christen aufgefordert, Muslime zu werden, wenn sie eine Beförderung erhalten wollen. Christen sind regelmäßig Ziel von Hassreden und Hetzkampagnen extremistischer Gruppierungen, sowohl im Internet als auch im landesweiten Fernsehen. Bei Verbrechen gegen Christen werden die meisten Täter nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Regierung hat keine Kontrolle über die Milizen, die im Land aktiv sind, besonders in der Ninive-Ebene. Trotz der großen Anzahl christlicher Grundstücke, die beschlagnahmt wurden (Schätzungen gehen davon aus, dass dies 78 Prozent aller Grundstücke von Christen betrifft, die das Land verlassen haben), wird kaum jemand dafür bestraft.

Kirchliches Leben

Arbeit unter Jugendlichen ist nur innerhalb von Kirchengebäuden erlaubt. Für Christen muslimischer Herkunft ist es nicht möglich, in die Kirche an ihrem Wohnort integriert zu werden; Ausnahmen gibt es in einigen kurdischen christlichen Gemeinden in der Region Kurdistan-Irak. Oft müssen Christen muslimischer Herkunft ihren Heimatort aus Sicherheitsgründen verlassen und Zuflucht in der Anonymität einer Großstadt suchen – oder das Land ganz verlassen. Besonders Gemeinden nicht traditioneller Denominationen berichten von Überwachung.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

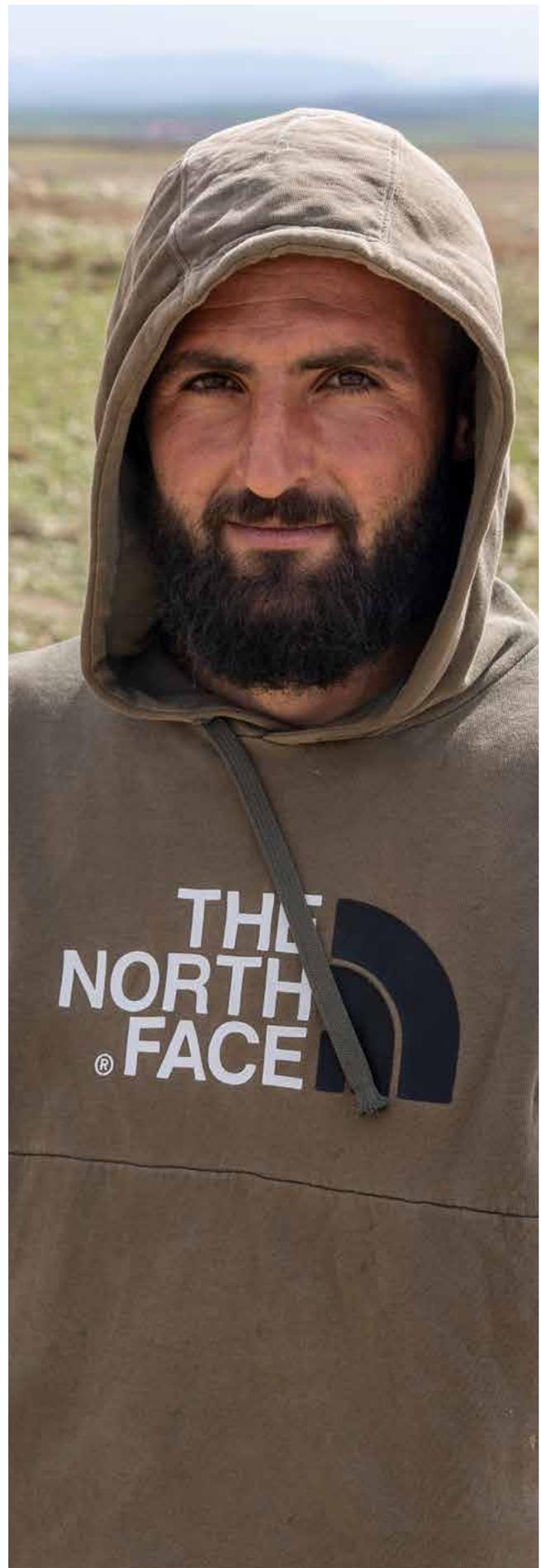
- Im Berichtszeitraum wurden vier Christen aus Glaubensgründen getötet. Aus Sicherheitsgründen können hier keine weiteren Einzelheiten bekannt gegeben werden.
- Die Konfiszierung und Beschlagnahmung christlicher Ländereien und anderer Besitztümer wurde fortgesetzt, sowohl in den kurdischen Gebieten als auch im übrigen Irak. Dabei wurden Berichten zufolge unter anderem Dokumente gefälscht und manipuliert. Untersuchungen haben ergeben, dass auch irakische Politiker beteiligt waren.
- Weiterhin wandern viele christliche Familien aus. Dies liegt an der instabilen Sicherheitslage an ihren Wohnorten, zum Beispiel an der Präsenz von (schiitischen) Milizen in der Ninive-Ebene. Als Minderheit befinden sich die Christen in einer benachteiligten und besonders verletzlichen Position. Das trägt maßgeblich zur Abwanderung bei. Unter den Christen, die ausgewandert sind, befinden sich auch Christen muslimischer Herkunft, die aufgrund ihres Glaubenswechsels das Land verlassen mussten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	16	79
2023	18	76
2022	14	78
2021	11	82
2020	15	76

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Punktzahl im Irak ist vor allem auf einen starken Anstieg der Wertung für Gewalt von 4,6 Punkten im Weltverfolgungsindex 2023 auf 7,8 Punkte im Weltverfolgungsindex 2024 zurückzuführen. Vier Christen wurden wegen ihres Glaubens getötet, eine Kirche wurde geschlossen und die Zahl der inhaftierten Christen ist leicht gestiegen. Schließlich scheint es in der Region Kurdistan-Irak weniger Toleranz gegenüber Christen mit muslimischem Hintergrund zu geben als früher.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Alleinstehende christliche junge Frauen werden Berichten zufolge von muslimischen Männern »geködert«, die sie dann zum Glaubenswechsel und zur Heirat zwingen. In einigen Gebieten tragen christliche Frauen zu ihrer eigenen Sicherheit einen Schleier, da unverschleierte Frauen in der Gefahr stehen, belästigt oder sogar mit Steinen beworfen zu werden. Übergriffe auf Christinnen, sei es Entführung, Vergewaltigung oder sexueller Missbrauch, werden in der Regel nicht geahndet, und die damit verbundene Scham und die Konsequenzen zwingen die Frauen zu schweigen. Christinnen muslimischer Herkunft sind von Hausarrest, Schlägen, sexueller Belästigung und »Ehren«-Morden bedroht. Alleinstehende Konvertitinnen können zwangsverheiratet werden; auch haben sie rechtlich keine Möglichkeit, einen Christen zu heiraten.



Männer: Christliche Männer haben oft Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, und empfinden sich Berichten zufolge stark gefährdet, an ihrem Arbeitsplatz ausgenutzt zu werden. Da Männer oftmals die Hauptversorger der Familie sind, kann der Verlust des Arbeitsplatzes erhebliche Auswirkungen haben. Christen muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet, Opfer von Übergriffen zu werden. In einer Kultur, in der Ehre einen enormen Stellenwert besitzt, riskieren sie, aus ihren Familien verstoßen, bedroht oder getötet zu werden. Diese Faktoren verstärken die ohnehin schon starke Tendenz zur Emigration. Auch Kirchenleiter werden verfolgt; im vergangenen Berichtszeitraum wurden zwar keine Fälle von Entführungen oder Tötungen von Kirchenleitern bekannt, doch ist dies weiterhin eine Gefahr.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak unter Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz leiden, sind Jesiden, Sunniten, Kakai, Mandäer, Bahai, Zoroastrier und Juden. Vor allem die jesidische Gemeinschaft hat durch den IS schwere Gräueltaten erlitten, wobei mehr jesidische als christliche Frauen und Mädchen zu Sexsklaven gemacht wurden und mehr Jesiden getötet wurden als Christen. Obwohl das im März 2021 verabschiedete Gesetz für jesidische Überlebende den Überlebenden besondere Rechte wie Entschädigung und Rehabilitation zugesteht, steht seine vollständige Umsetzung noch aus. Auch die sunnitische Gemeinschaft hat von Menschenrechtsverletzungen berichtet, darunter gewaltsame Vertreibung durch regierungsnahen schiitischen Milizen und Diskriminierung durch den Prozess der Ent-Baathifizierung.

Die irakische Verfassung garantiert zwar Religionsfreiheit für Christen, Jesiden und Mandäer, schützt aber nicht ausdrücklich Anhänger anderer Religionen oder Atheisten. Bestimmte Religionen, wie z. B. der Bahaismus, sind gesetzlich verboten, und ihre Ausübung kann zu Gefängnisstrafen führen. Dieses Verbot wird jedoch in der Region Kurdistan-Irak, wo der Bahaismus als Religion anerkannt ist, nicht durchgesetzt. Auch in anderen Teilen des Landes wird dieses Gesetz im Allgemeinen nicht angewandt. Schließlich sind auch Juden mit Einschränkungen konfrontiert, unter anderem sind sie von staatlichen Stellen und vom Militärdienst ausgeschlossen. Somit werden sie weithin diskriminiert und zögern, sich öffentlich als Jude zu bezeichnen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Irak hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Irak kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da er regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus dem Islam werden wegen ihres neuen Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Das Gesetz verbietet die Abkehr vom Islam (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder und das Erbrecht (ICCPR Art. 26)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden als Muslime registriert und gezwungen, islamische Erziehung zu erhalten (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen werden zwangsweise mit muslimischen Männern verheiratet (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
17

LÄNDERPROFIL

Myanmar



Platz 17 / 79 Punkte (2023: Platz 14 / 80 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Mit dem Jahr 2024 geht Myanmar in das vierte Jahr eines immer gewaltsameren Konfliktes. Nach dem Putsch der Armee im Februar 2021 gehen die Kämpfe in vielen Teilen des Landes weiter und haben sich sogar intensiviert. Dabei ist die christliche Minderheit unter denen, die die Hauptlast der Angriffe tragen. Selbst etablierte Kirchen, die zur Gruppe der traditionellen Kirchen und Gemeinden gehören, werden angegriffen – und zwar in Staaten Myanmars, in denen Christen die Mehrheit ausmachen, wie dem Chin-Staat und dem Kayah-Staat, und auch in Staaten mit einer starken christlichen Minderheit wie dem Kachin-, dem Karen- oder dem Shan-Staat. Mehr Christen als je zuvor wurden vertrieben und leben in Lagern für Binnenvertriebene, suchen Zuflucht in Kirchen oder fliehen sogar in den Dschungel, wo sie oft keinen Zugang zu Nahrung oder medizinischer Versorgung haben. Seit Beginn des Bürgerkrieges sind schätzungsweise fast zwei Millionen Bürger Myanmars zu Binnenvertriebenen geworden.

Die Christen sind Teil der im Allgemeinen friedlichen Widerstandsbewegung, aber einige sind auch in die Kämpfe verwickelt.

Konvertiten zum christlichen Glauben werden zusätzlich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt, da die Abwendung vom Buddhismus bzw. dem Islam oder ihrer Stammesreligion als Verrat angesehen wird. Gemeinschaften, die darauf bedacht sind, »rein buddhistisch« zu bleiben, machen christlichen Familien

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

General Min Aung Hlaing

BEVÖLKERUNG

55.664.000

CHRISTEN

4.479.000 / 8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Parlamentarische Republik (vor dem Militärputsch)



das Überleben unmöglich, indem sie ihnen die Nutzung der gemeinschaftlichen Wasserressourcen verbieten. Auch nicht traditionelle kirchliche Gruppen stoßen auf Widerstand, vor allem in den ländlichen Gebieten Myanmars und/oder wenn bekannt wird, dass sie das Evangelium weitersagen.

Hintergrund

Nach der Unabhängigkeit Myanmars im Jahr 1948 versuchten verschiedene ethnische Gruppen, sich abzuspalten und unabhängige Staaten zu bilden. Das Militär wollte die Integrität des Staates aufrechterhalten sowie die Kontrolle durch die Ethnie der Bamar sichern und ergriff die Macht. Es folgten fünf Jahrzehnte der Militärherrschaft. Eine Reihe von Protesten unter der Führung von Aung San Suu Kyi erhöhte den öffentlichen Druck auf die Regierung. Dies mündete in die Wahlen im Jahr 2015, die Aung San Suu Kyi mit einem erdrutschartigen Sieg gewann. Bei den Wahlen im November 2020 gewann die Partei von Aung San Suu Kyi, die »Nationale Liga für Demokratie«, 82 Prozent aller verfügbaren Sitze. Weithin wurden diese Wahlen als frei und fair anerkannt, doch das Militär sprach von einem Wahlbetrug. Es inszenierte einen Putsch, durch den Suu Kyi im Februar 2021 gewaltsam abgesetzt wurde. Seitdem herrscht wieder das Militär, was zu erheblichen Unruhen im ganzen Land geführt hat.

Die Staaten Myanmars, in denen Christen eine Minderheit darstellen, sind besonders davon betroffen. Die meisten Christen gehören ethnischen Minderheiten des Landes an (wie den Chin, Karen, Lisu, Kachin, Nagah, Kayah und Lahu) und nicht der Ethnie der Bamar, die in Myanmar die Bevölkerungsmehrheit ausmacht. Die Verabschiedung der »Gesetze zum Schutz von Rasse und Religion« im August 2015 wurde landesweit von nationalistischen buddhistischen Gruppen wie Ma Ba Tha gefeiert. Während sich diese Gesetze vor allem gegen die muslimische Minderheit im Rakhing-Staat richten, sind davon auch Christen betroffen: Glaubenswechsel müssen einem administrativen Prozess folgen, der eine Meldung bei verschiedenen Behörden beinhaltet. Ma Ba Tha wurde mehrmals verboten, taucht aber immer wieder unter verschiedenen anderen Namen erneut auf.

Extremistische buddhistische Gruppen nehmen eher Muslime als Christen ins Visier, was zur Vertreibung des größtenteils muslimischen Volks der Rohingya nach Bangladesch geführt hat. Im März 2022 erklärte die US-Regierung die Gräueltaten an den Rohingya als Völkermord, und der Weltgerichtshof (der neue Name für den Internationalen Gerichtshof in Den Haag) hat bestätigt, dass er in dem Fall, in dem Myanmar wegen Völkermordes angeklagt wird, zuständig ist. Konvertiten zum christlichen Glauben, z. B. solche mit buddhistischem Hintergrund, werden weiterhin von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt. Die Ma Ba Tha und die Pyu Saw Htee sind maßgeblich und aktiv an der

Überwachung der Aktivitäten von Christen beteiligt, einschließlich derer mit buddhistischem Hintergrund.

Christen erfahren Druck und Gewalt vonseiten der Armee. Es wird von Morden an Christen berichtet. Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass sich die Opiumproduktion in Myanmar seit dem Militärputsch vom Februar 2021 fast verdoppelt hat. Gleichzeitig sind gesetzlose Zonen laut einem Bericht des United States Institute of Peace auch Brennpunkte für Menschenhandel und organisierte Kriminalität. Diese Zonen befinden sich hauptsächlich in den abgelegenen und grenznahen Regionen Myanmars, in denen viele christliche Minderheiten leben.

Protestanten machen fast zwei Drittel aller Christen aus. Die Myanmar Baptist Convention schätzt ihre Mitgliederzahl auf etwa 1,6 Millionen Christen, von denen viele zum Volk der Karen, Kachin und Chin gehören. Die Zahl der Katholiken ist geringer, aber es gibt Schätzungen von bis zu einer Million. Es gibt jedoch keinen starken überkonfessionellen Verband unter den Christen; in kontroversen Fragen und in Bezug auf die (Verfolgungs-)Situation im Land sind ihre Reaktionen nicht einheitlich.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.479.000	8,0
Muslime	2.032.000	3,7
Hindus	936.000	1,7
Buddhisten	42.103.000	75,6
Anhänger ethnischer Religionen	4.792.000	8,6
Juden	31	< 0,1
Bahai	90.100	0,2
Atheisten	21.800	< 0,1
Agnostiker	253.000	0,5
Andere	956.910	1,7

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Was die Schwierigkeiten für Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 betrifft, so hat sich der

Konflikt sowohl in Gebieten mit einer christlichen Mehrheit (wie dem Chin-Staat) als auch in Gebieten mit bedeutenden christlichen Minderheiten verschärft. Die Tatmadaw (Streitkräfte Myanmars) greifen wahllos christliche Dörfer und Kirchengebäude an, in denen manchmal Lager für Flüchtlinge oder Binnenvertriebene untergebracht sind, und töten Christen. Während die Gräueltaten im Bundesstaat Chin weitergehen, sind der Kachin-Staat im Norden und der Kayah-Staat im Südosten weitere regionale Brennpunkte. Die Kämpfe gehen weiter, und immer mehr Menschen – viele von ihnen Christen – leben in Lagern für Binnenvertriebene, von denen die meisten schon seit Jahren dort leben. Der Zugang dorthin für humanitäre Hilfe wird blockiert. Auch im benachbarten Shan-Staat, in dem es eine große christliche Minderheit gibt, gehen die Kämpfe weiter, insbesondere im Norden. Die gesetzlosen Zonen an der Grenze zu Laos und Thailand, in denen das organisierte Verbrechen blüht, befinden sich in Minderheitsgebieten, in denen auch viele Christen leben.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

60 % der Bevölkerung Myanmars sind Birmanen (Bamar). Bamar zu sein, wird damit gleichgesetzt, buddhistisch zu sein. Wer eine andere Religion hat, wird als fremd und als Bedrohung für den Staat und die nationale Einheit angesehen. Die Regierungspolitik unterstützt sogar extremistische Buddhisten wie die Gruppe Ma Ba Tha. Ein Experte für das Land berichtete, dass das Militärregime Ma-Ba-Tha-Mitglieder in der lokalen Verwaltung einsetzt.

Diktatorische Paranoia

Myanmar hat eine lange Geschichte der Herrschaft durch die Armee. Während man weder die 2015 noch die 2020 gewählte Regierung als paranoid bezeichnen kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen die Armee fast die gesamte Macht innehat, wie der Militärputsch vom 1. Februar 2021 verdeutlicht. Ein Viertel der Parlamentssitze ist für Militärpersonal reserviert, und die Armee hat die wichtigsten Regierungsämter inne.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Viele der wertvollsten natürlichen Ressourcen Myanmars, wie Jade, Erze und Holz, finden sich in Staaten mit einem hohen christlichen Bevölkerungsanteil. Außerdem ist Myanmar Teil des sogenannten »Goldenen Dreiecks«, einer der Regionen Asiens mit der größten Opiumproduktion. Um die Einnahmen aus diesen lukrativen Geschäften konkurrieren häufig das Militär und aufständische Gruppen. Diejenigen,

die sich der Korruption widersetzen, wie zum Beispiel Christen, riskieren Gewalt sowohl vonseiten der Aufständischen als auch durch das Militär selbst. Die gesetzlosen Zonen, die in Staaten ethnischer Minderheiten wie dem Shan-Staat und anderen an Laos und Thailand angrenzenden Staaten entstehen, sind ein weiteres Beispiel dafür, wie der Bürgerkrieg dem organisierten Verbrechen zugute kommt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Traditionelle Kirchen sind seit Jahrzehnten dem Druck und der Gewalt der Tatmadaw ausgesetzt. Häufig geraten sie in den Sog der Konflikte zwischen Militär und extremistischen Aufständischen, wie der »Unabhängigen Armee Kachin« (KIA), die den Kampf der Opposition unterstützt. Da es sich bei diesen Konflikten in der Regel um Separatismuskonflikte handelt, ist die Atmosphäre vielfach von einem Gefühl des Nationalismus beherrscht – Christen, die als »fremd« angesehen werden, gehören so zu den ersten möglichen Opfern von Angriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten zum christlichen Glauben haben meist einen buddhistischen oder muslimischen Hintergrund. Sie sehen sich extremen Verletzungen ihrer Rechte durch Behörden, Familien und das soziale Umfeld ausgesetzt. Obwohl es



sich bei den Rohingya um eine vorwiegend muslimische Volksgruppe handelt, gibt es unter ihnen auch christliche Konvertiten. Aufgrund des gewaltsamen Vorgehens des Militärs gegen die Rohingya waren viele gezwungen, nach Bangladesch zu fliehen. Die christlichen Rohingya werden sowohl wegen ihrer ethnischen als auch ihrer religiösen Zugehörigkeit verfolgt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Rechte vieler evangelikaler und pfingstkirchlicher Gemeinden werden vor allem in ländlichen Gebieten durch ihr soziales Umfeld verletzt. In der Vergangenheit waren Evangelisationsversuche sowie die Einfuhr von christlichem Material illegal. In jüngster Zeit versucht die Regierungspolitik, den Interessen des Buddhismus auf Kosten der religiösen Minderheiten Vorrang einzuräumen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Myanmars derzeitige Gesetze machen es Einzelnen schwer, ihren Glauben zu wechseln. Das Gesetz zum Religionswechsel (Teil des »Gesetzes zum Schutz von Rasse und Religion«) verlangt von Bürgern, die ihre Religion wechseln wollen, die Genehmigung eines neu eingerichteten Registrierungsgremiums für Glaubenswechsel. Dazu müssen sie sich einer Befragung unterziehen und sind verpflichtet, eine Zeit lang religiöse Studien zu betreiben. Während dieser Zeit wird ihr Antrag öffentlich ausgehängt. So soll erreicht werden, dass sie unter dem starken Druck des sozialen Umfelds ihren Antrag wieder zurückziehen. Aus diesem Grund erfolgt der Glaubenswechsel in der Regel im Geheimen. Konvertiten sind auch dem Druck ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft ausgesetzt; sie werden manchmal verstoßen und aus dem Haus der Familie vertrieben.

Familienleben

Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte »Na-Ta-La«-Schulen – das sind Schulen in den Grenzgebieten Myanmars

zur Förderung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen. Diese Schulen sind für Minderheiten attraktiv, da es Internate sind, die keine Gebühren erheben; dabei werden diese Schulen genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Das Militär setzt seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem es Jugendliche aus diesen Minderheiten in die Drogenabhängigkeit führt. Diese Praxis betrifft auch die Christen im Kachin-Staat.

Gesellschaftliches Leben

Die Christen in Myanmar werden vom sozialen Umfeld stark unter Druck gesetzt. Sie werden oftmals wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch ausgegrenzt, was zu Armut und Schikanen führt und sie kriminellen Machenschaften ausliefert. Insbesondere die Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden von kommunalen und staatlichen Behörden überwacht und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Sie werden von kommunalen Entscheidungen und gemeinschaftlich genutzten Ressourcen



ausgeschlossen. Durch die Verweigerung von Baumaterialien und des Zugangs zu Trinkwasser können Christen in unsichere oder gefährliche Situationen geraten.

Angesichts des sich ausbreitenden Bürgerkrieges und der schnell wachsenden Zahl von Binnenvertriebenen und Lagern für Binnenvertriebene ist eine medizinische Versorgung und humanitäre Hilfe für Christen entweder nicht möglich, nicht erlaubt oder wird nur in minimalen Mengen geleistet. Die internationale Beobachtung (und manchmal sogar der Zugang zu den Lagern) wird blockiert. Ein Experte für das Land schrieb: »Seit dem Militärputsch im Februar 2021 hat die Regierung Überwachungstechnologien wie Gesichtserkennung, das Abhören von Telefonen, Internetzensur und Überwachung sozialer Medien eingesetzt, um Christen zu verfolgen und zu identifizieren, insbesondere diejenigen, die an Protesten teilnehmen. Nationalistische Buddhisten haben Christen gegenüber Behörden und Lokalregierungen beschuldigt, missionarisch tätig zu sein. Einige Christen werden vom Militär oder von bewaffneten Gruppen beschattet, belästigt oder bedroht, insbesondere in Konfliktgebieten mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung.«

Leben im Staat

Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt: »Die Union erkennt an, dass der Buddhismus eine besondere Stellung innehat als der Glaube, der von der großen Mehrheit

der Bürger der Union praktiziert wird.« In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Präsenz des Christentums, des Islam, des Hinduismus und des Animismus anerkannt. Diese »besondere Stellung des Buddhismus« wird von extremistischen Buddhisten missbraucht. Die frühere Regierung versuchte, die Unterstützung der Buddhisten zu gewinnen, indem sie den Übertritt zu anderen Religionen kontrollierte, interreligiöse Ehen verbot und Geburtenkontrollen einführte. Für den Glaubenswechsel muss (wie im Abschnitt »Privatleben« beschrieben) eine offizielle Genehmigung eingeholt werden.

Christen werden normalerweise nur dann von Unternehmen eingestellt, wenn keine Buddhisten zur Verfügung stehen, und sie werden regelmäßig bei Beförderungen übergangen.

Im Bürgerkrieg werden christliche Entwicklungshelfer und Pastoren zunehmend beschuldigt, Anführer der Widerstandsgruppen »Bewegung zivilen Ungehorsams« (CDM) oder sogar der »People's Defence Force« (PDF) zu sein. Sie stehen in der Gefahr, von der Armee angegriffen zu werden. Ein Experte für das Land erklärte: »Christen dürfen nicht gegen die ›Kultur und Religion‹ des Landes predigen. Dies lässt einen unglaublich weiten Interpretationsspielraum zu, so dass ein Christ aus sehr fadenscheinigen Gründen von buddhistischen Geschäftsleuten oder Politikern verfolgt werden kann. 2021 wurde die Ordination von christlichen Priestern und Pastoren, die während der CDM-Bewegung

protestierten, vom staatlichen Religionsrat für ungültig erklärt, obwohl sie alle weiterhin im Dienst sind.«

Kirchliches Leben

Jeder Widerspruch wird hart angegangen, insbesondere jede Kritik an der Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten. Christliche Leiter werden häufig beschuldigt, sich dem Widerstand anzuschließen oder ihn sogar anzuführen. Trotzdem gibt es weiterhin mutige Christen, die ihre Stimme erheben. Ein Beispiel dafür ist Schwester Ann Rose Nu Tawng, die mehrmals verhaftet wurde, nachdem sie friedlich gegen die Militärjunta protestiert hatte.

Da die Kirchen im Verdacht stehen, Zentren der Opposition zu sein, werden ihre Aktivitäten vom jeweiligen lokalen Umfeld, den Behörden und insbesondere dem Militär überwacht. In einer zunehmenden Zahl von Fällen führte diese Überwachung zu Angriffen auf Kirchengebäude und Gemeindeglieder sowie Pastoren, sogar bis hin zu Mord. Ein katholischer Experte sagte: »Fünf der 16 Diözesen des Landes – Loikaw, Pekhön, Hakha, Kalay und Mandalay – sind von den anhaltenden Konflikten zwischen der Armee und ethnischen Rebellengruppen betroffen, von denen einige Mitglieder verschiedenen christlichen Konfessionen angehören.«

Auch buddhistische Mönche, die mit der extremistisch-buddhistischen Gruppierung Ma Ba Tha verbunden sind, überwachen christliche Aktivitäten. Für christliche Konvertiten ist diese Art des Drucks noch schwerwiegender. Denn ihre Entdeckung kann sehr ernsthafte Folgen für sie haben – nicht nur vonseiten des sozialen Umfelds, sondern auch von der eigenen Familie.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- 19. und 21. August 2023: Wie Radio Free Asia berichtet, wurden bei Luftangriffen auf das Dorf Ramthlo in der Gemeinde Falam und das Dorf Khuafu in der Gemeinde Thantlang im Bundesstaat Chin zwei Baptistenkirchen und mindestens vier Häuser von Christen absichtlich zerstört.
- 16. Juli 2023: Soldaten des Bataillons Khalaya 274, das in Mindat stationiert ist, einer Stadt im Chin-Staat im Westen Myanmars, entführten nach einem Bericht von Radio Free Asia den Pastor Htang Kay On und drei weitere Geistliche – Chai Kay, Hon Chway und Hon Kay – aus dem nahe gelegenen Gelände der presbyterianischen christlichen Kirche im westlichen Viertel der Stadt. Während der Pastor später fliehen konnte, werden die drei Geistlichen vermisst und gelten als tot.

- 17. Februar 2023: Wie UCA News berichtet, kündigt das Militärregime an, dass es die Schließung von 25 Lagern für Binnenvertriebene in und um Myitkina im Bundesstaat Kachin anordnen wird. Diese Lager wurden von katholischen und baptistischen Kirchen betrieben, dienten seit 2011 Binnenvertriebenen und beherbergten rund 11.000 Menschen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	17	79
2023	14	80
2022	12	79
2021	18	74
2020	19	73

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Rückgang der Gesamtpunktzahl um 1,3 Punkte im Weltverfolgungsindex 2024 hat einen doppelten Grund. Der erste Grund ist, dass es in der sich ausweitenden Bürgerkriegssituation immer schwieriger wird, zuverlässige Informationen zu erhalten, insbesondere aus den vom Krieg betroffenen christlichen Minderheitengebieten. Zweitens befindet sich ein beträchtlicher Teil des Landes nicht mehr unter der Kontrolle des Militärregimes, was dazu führt, dass der Druck auf die Christen in bestimmten Bereichen etwas geringer ausfällt. Der Wert für Gewalt ist weiter um 0,7 Punkte gestiegen (nachdem er im Weltverfolgungsindex 2023 um 0,5 Punkte und im Weltverfolgungsindex 2022 um 2,9 Punkte gestiegen war), was die verheerenden Auswirkungen des wachsenden Konfliktes auf die Zivilbevölkerung im Allgemeinen und die christliche Minderheit im Besonderen verdeutlicht. Die Schwierigkeit, Informationen zu erhalten, wird auch von anderen internationalen Organisationen anerkannt und zeigt sich in der Verhaftung und Verurteilung von Reportern sowie in den landesweiten Internet- und Kommunikationssperren. Konvertiten (mit buddhistischem, muslimischem oder Stammeshintergrund) sind nach wie vor starkem Druck ausgesetzt, insbesondere vonseiten ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft; die Situation im Bundesstaat Wa ist unverändert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der Militärputsch vom 1. Februar 2021 hat bei Frauen neue Sorgen geweckt. Insbesondere die Armee, die ihre ohnehin schon beträchtliche Machtbasis weiter ausgebaut hat, ist bekannt dafür, geschlechtsspezifische Gewalt zu verüben. Christinnen unter den Rohingya werden auch weiterhin von extremistischen Gruppen ins Visier genommen, die Berichten zufolge Frauen entführen und sie zwingen, muslimische Männer zu heiraten. Im überwiegend von Christen bewohnten Kachin-Staat werden Frauen weiterhin als »Bräute« nach China verschleppt, wo sie männliche Erben zeugen sollen. Konvertitinnen sind außerdem von Hausarrest, Zwangsheirat, Vertreibung aus dem Elternhaus und Scheidung bedroht.

Männer: Wegen ihres Glaubens können christliche Männer ihren Arbeitsplatz verlieren, aus ihrem Dorf oder ihrer Stadt vertrieben werden oder in Zwangsarbeit geraten. Besonders schwierig ist es für christliche Männer, als Teil der Streitkräfte ihren Glauben zu praktizieren oder wenn sie von Milizen wie der Kachin Independence Army zwangsrekrutiert werden. Söhne christlicher Eltern werden in den Na-Ta-La-Schulen zu buddhistischen Mönchen erzogen – so soll verhindert werden, dass sich der christliche Glaube in der nächsten Generation ausbreitet. Männliche Konvertiten werden bedroht, verspottet und körperlich geschlagen. In der gegenwärtigen Bürgerkriegssituation laufen christliche Männer – insbesondere Jugendliche – Gefahr, automatisch als Mitglieder der Opposition und/oder der zahlreichen Milizen gegen die Junta identifiziert zu werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Verfolgung der muslimischen Rohingya-Minderheit wird vor dem Weltgerichtshof in Den Haag diskutiert. Auch Muslime, die nicht zu den Rohingya gehören, werden in anderen Teilen des Landes verfolgt und diskriminiert, zum Beispiel bei der Besetzung von staatlichen Stellen oder beim Militär. Manchmal weigern sich die Menschen, Eigentum an Muslime zu verkaufen; und der Bau von Moscheen ist verboten. Hindus fühlen sich manchmal auch durch die buddhistische Vorherrschaft eingeschränkt und unter Druck gesetzt, allerdings in weitaus geringerem Maße als andere religiöse Minderheiten.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Myanmar hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Myanmar kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht sowie Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Christen wird aufgrund ihres Glaubens der Zugang zu kommunaler Versorgung verwehrt (ICESCR Art. 2)
- Häuser und Geschäfte von Christen werden angegriffen und zerstört, was einen Verstoß gegen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen darstellt (ICESCR Art. 11)
- Christliche Konvertitinnen werden mit buddhistischen Männern zwangsverheiratet und unter Druck gesetzt, ihrem neuen Glauben abzuschwören (CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Frauen und Mädchen vom Volk der Kachin werden in den Sexhandel gezwungen (CRC Art. 34 und CEDAW Art. 6)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
18

LÄNDERPROFIL

Malediven



Platz 18 / 78 Punkte (2023: Platz 15 / 77 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Malediven gehören zu den Ländern mit der höchsten Bevölkerungsdichte weltweit, mit besonderer Dichte auf der Hauptinsel Malé. Die Gesellschaft der Malediven besteht aus eng miteinander verwobenen, homogenen Gemeinschaften und sozialen Gruppen. Diese fungieren als natürliche Wächter und stellen sicher, dass es zu keinen Abweichungen von den geltenden Normen kommt. Das gilt natürlich auch für die Wahl der Religion. Bürger der Malediven zu sein bedeutet, Muslim zu sein. Eine Hinwendung zu Jesus Christus kann daher leicht dazu führen, dass man den muslimischen Anführern oder Behörden gemeldet wird. Abgesehen von der konservativen islamischen Einstellung der allgemeinen Bevölkerung haben die Malediven auch mit extremistischen Gesellschaftsgruppen zu kämpfen – einige von ihnen sind durch Kampfeinsätze in Ländern wie Syrien kampferprobt. Dschihadisten werben Rekruten besonders unter bewaffneten kriminellen Banden an; und extremistische Banden würden ihrerseits jeden angreifen, der ihnen nicht muslimisch genug erscheint. Ausländische Christen, die meist im Tourismussektor arbeiten und aus Indien oder Sri Lanka kommen, stehen unter genauer Beobachtung. Unter diesen Bedingungen ist es äußerst schwer, christliche Gemeinschaft zu pflegen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident
Ibrahim Mohamed Muizzu

BEVÖLKERUNG

535.000

CHRISTEN

Einige Hundert

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFÖRM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die Politik auf den Malediven hatte schon immer auch religiöse Untertöne. Die führenden Politiker wiederholten die Zielvorgabe, die Malediven davor schützen zu wollen, dass es im Land weniger als 100 Prozent sunnitische Muslime gibt. Da Politik auf den Malediven oft ein Familiengeschäft ist, sind Zerwürfnisse, wechselnde Koalitionen und überraschende politische Schachzüge durchaus üblich. Dies zeigte sich im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024, als der damalige Vorsitzende des Parlaments und ehemalige Präsident Mohamed Nasheed sich mit einer früheren rivalisierenden Partei verbündete, um den damaligen Präsidenten Ibrahim Mohamed Solih zu stürzen. Im September 2023 wurde Ibrahim Mohamed Muizzu von der Partei »People's National Congress« zum Präsidenten der Malediven gewählt.

In den letzten Jahren befanden sich die Malediven im Aufruhr – mit Ausnahme der Inseln, die als Touristenresorts genutzt werden. Die Bürgerrechte, einschließlich der Freiheit der Presse und der sozialen Medien, werden zunehmend eingeschränkt. Beispiele hierfür sind die Ermordung des bekannten Bloggers Yameen Rasheed im April 2017 und die Schließung der Nichtregierungsorganisation »Maldives Democratic Network« im November 2019.

Außerdem haben die Malediven auch mit Militanz zu kämpfen. Das zeigen der Messerangriff auf drei Ausländer in Malé im Februar 2020 und die Polizeirazzia auf der Insel Maduvvari im Dezember 2019, die sich gegen eine radikal-islamische Gruppe richtete. Die kleine einheimische christliche Minderheit muss sehr vorsichtig sein, um keine Aufmerksamkeit zu erregen; das gilt auch für die größere Gruppe der christlichen Arbeitsmigranten, die hauptsächlich im Gastgewerbe tätig sind.

Das Rechtssystem schränkt die Rechte von Frauen und Mädchen weiterhin ein, was hauptsächlich auf den Einfluss der Scharia zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu den muslimischen Männern dürfen maledivische muslimische Frauen keinen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten. Dies erschwert christlichen Konvertitinnen die Heirat mit einem Christen, da sie vor dem Gesetz weiterhin als Muslimas gelten. Die Malediven haben mit 90 Prozent die höchste Scheidungsrate der Welt. Dies wird darauf zurückgeführt, dass die Ehemänner in der Schifffahrts- und Tourismusbranche arbeiten und so über einen längeren Zeitraum von zu Hause weg sein müssen. Das führt oft zu einem Vertrauensverlust und für viele Frauen zu finanziellen Schwierigkeiten.

Der geringen Anzahl an Christen fehlt es an Möglichkeiten, sich zu versammeln. Isolation und soziale Probleme sind die Folge.



Gibt es regionale Unterschiede?

Verfolgung geschieht abseits der Inseln, die internationalen Touristen vorbehalten sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Regierung betrachtet sich als Beschützerin des Islam. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen. Die Politik des Ministeriums für islamische Angelegenheiten und des Verteidigungsministeriums besagt, dass Abtrünnige niemals toleriert werden dürfen und dass die Regierung niemals Religionsfreiheit zulassen wird.

Diktatorische Paranoia

Islamische Unterdrückung vermischt sich mit diktatorischer Paranoia, weil politische Parteien die Wähler mit dem Argument locken, sie seien die besten Beschützer des Islam.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Die Korruption ist auf allen Ebenen der Regierung weitverbreitet; Beamte handeln oftmals aufgrund von Bestechung, Gefälligkeiten und Drohungen. Regierungsbeamte haben in der Vergangenheit Straßenbanden angeheuert, um säkularer eingestellte politische Gegner anzugreifen, einzuschüchtern und ihr Eigentum zu zerstören. Ein Experte für

das Land erklärt: »Dschihadisten werben Rekruten besonders unter bewaffneten kriminellen Banden an; und extremistische Banden würden ihrerseits jeden angreifen, der ihnen nicht muslimisch genug erscheint.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen im Land stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Ihre Gemeinschaften und Gemeinden werden genau überwacht, einschließlich aller sichtbaren Zusammenkünfte von Christen wie beispielsweise Hochzeiten. Jedoch wird es den meisten ausländischen Christen gestattet, sich zu treffen (zum Beispiel in Botschaften), sofern sie unter sich bleiben und keinen Kontakt zu einheimischen Maledivern oder einheimischen Konvertiten aus dem Islam pflegen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten, die den Islam verlassen und sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, erfahren bei Weitem die stärkste Verfolgung und schwersten Verstöße gegen ihre Rechte. Offiziell existieren sie im Land überhaupt nicht. Wer sich vom Islam abkehrt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christliche Konvertiten halten ihren Glauben geheim. Sie verstecken Bibeln und andere christliche Materialien, da ihr Besitz zu Gefängnisstrafen führen kann. Die Beschaffung von christlichem Material in der einheimischen Dhivehi-Sprache ist besonders riskant, da die Behörden vermuten könnten, dass es zur Verbreitung des Evangeliums unter der einheimischen Bevölkerung verwendet wird. Die Behörden, aber auch einfache Bürger entfernen Symbole, die als islamfeindlich angesehen werden. So entfernte die Polizei im Dezember 2020 die Weihnachtsdekoration aus Ferienanlagen, da man befürchtete, die Dekoration könnte die Befindlichkeiten einiger religiöser Gruppen verletzen. Häufig enthalten bereits die Arbeitsverträge christlicher Arbeitsmigranten den Hinweis, dass das öffentliche Verbreiten nicht islamischer Überzeugungen hart bestraft wird. Möglich sind Haftstrafen von bis zu fünf Jahren, Hausarrest, Geldstrafen zwischen 5.000 und 20.000 Rufiyaa (ca. 300 bis 1.200 Euro) sowie die Abschiebung.

Familienleben

Taufen und christliche Begräbnisse sind auf den Malediven nicht möglich. Die Verfassung besagt in Artikel 36 (c): »Bildung hat darauf hinzuwirken, dass dem Islam Gehorsam geleistet wird.« Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, islamische Inhalte zu lernen. Obwohl Kinder von ausländischen Christen von der Teilnahme am islamischen Unterricht befreit sind, durchdringt der Islam das gesamte Schulleben. Ausländische Christen schicken ihre Kinder oft auf internationale Schulen, sofern sie es sich leisten können.

Gesellschaftliches Leben

Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, der sozialen Homogenität und der auf die Förderung des Islam ausgerichteten Regierungspolitik ist der soziale Druck extrem hoch, insbesondere in der Hauptstadt Malé. Ein Beispiel ist die jüngste Verbreitung der schwarzen Burka. Wenn sich muslimische und nicht muslimische Frauen geweigert haben, sich zu verschleiern, führte dies zu Gewalt oder zur Verbannung dieser Frauen. Ein weiteres Beispiel für die Zwangsislamisierung durch die Allgemeinheit ist der Druck, das Fasten im Ramadan einzuhalten – unabhängig vom Glauben des Einzelnen. Eine Weigerung führt zur Verhaftung und öffentlichen Demütigung. Christen stehen daher unter ständigem Druck, sich anzupassen, um Schikanen, wirtschaftliche Nachteile oder im Extremfall Gewalt zu vermeiden.



Leben im Staat

In der Verfassung wird das Land als »100 Prozent muslimisch« bezeichnet. Die staatlichen Vorschriften basieren auf dem islamischen Recht. In einer dieser Vorschriften heißt es: »Es ist illegal, eine andere Religion als den Islam zu propagieren.« Wer dagegen verstößt, muss mit Strafen rechnen, die von Hausarrest bis zu einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren reichen. Handelt es sich um einen Ausländer, wird er in der Regel abgeschoben. Das geltende »Verleumdungsgesetz« enthält Klauseln gegen islamfeindliche Äußerungen.

Kirchliches Leben

Das Gesetz verbietet die Einrichtung von Gebetsstätten für nicht islamische religiöse Gruppen und besagt: »Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen zu äußern, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen oder Malediver in solche Aktivitäten einzubeziehen.« Die Einfuhr von christlichem Material ist illegal, und wer sich schuldig macht, wird festgenommen und inhaftiert. Polizei und Zoll beschlagnahmen auf dem Postweg verschicktes christliches Material und Briefe, in denen möglicherweise Werte oder Lebensweisen dargestellt werden, die dem Islam widersprechen. Nur ausländische Christen dürfen sehr begrenzte Mengen an christlicher Literatur für ihren persönlichen Gebrauch einführen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	18	78
2023	15	77
2022	16	77
2021	15	77
2020	14	78

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Druck auf Christen bleibt sehr hoch und die Gesamtpunktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2024 ist sogar noch etwas angestiegen. Nach wie vor ist der Wert für Gewalt sehr niedrig, knapp unter einem Punkt. Doch Konvertiten haben im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt keinen Freiraum, um ihren christlichen Glauben zu praktizieren; ausländischen Christen (meist Arbeitsmigranten) fehlt es an Möglichkeiten, gemeinsam Gottesdienste zu feiern, ohne Verhaftung oder Abschiebung fürchten zu müssen. Deshalb sind die Malediven eines der wenigen Länder auf dem Weltverfolgungsindex, das im Bereich des kirchlichen Lebens fast die maximal erreichbare Punktzahl aufweist. Die im Oktober 2023 gewählte Regierung wird andere Prioritäten haben – eine Verbesserung der Lage der Christen ist aber nicht zu erwarten.



©Alamy

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In Anbetracht der äußerst strengen Auslegung des Islam müssen christliche Männer und Frauen ihren Glauben im Geheimen leben. Wenn eine Frau oder ein Mädchen als Christin identifiziert wird, wird man versuchen, sie wieder zum Islam zurückzubringen – durch Zwangsheirat, Beschimpfungen, Drohungen oder andere Formen der Gewalt. Trotz der engmaschigen sozialen Kontrolle auf den Inseln sind Missbrauch, Vergewaltigung und sexuelle Belästigung weitverbreitet. Dies geschieht in einer Kultur, die häusliche geschlechtsspezifische Gewalt generell entschuldigt und in der sexualisierter und körperlicher Missbrauch als Mittel der religiösen Verfolgung gegen christliche Frauen eingesetzt wird.

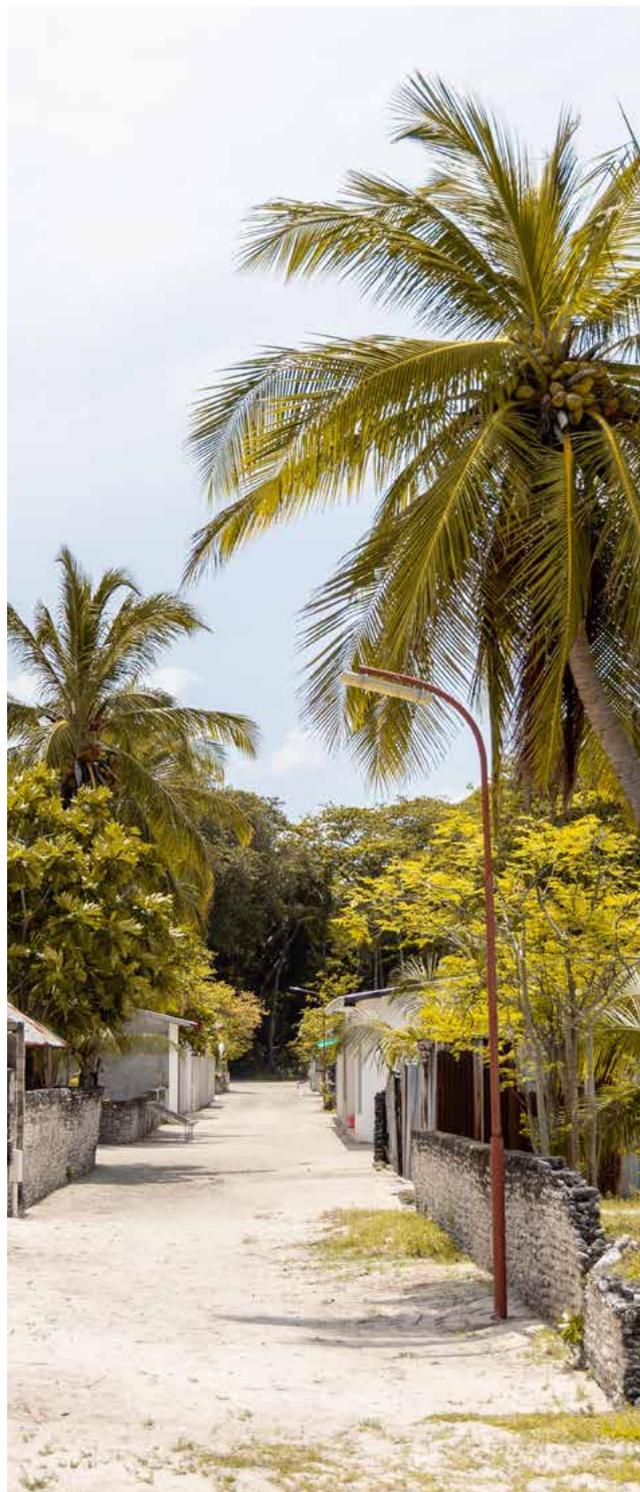
Männer: Wird ein maledivischer Mann als Christ enttarnt, drohen ihm körperliche Gewalt, Schikanen, Drohungen oder Gefängnisstrafen. Obgleich es in jüngster Zeit zu keinerlei solcher Vorfälle kam, entscheiden sich viele männliche Christen angesichts des Drucks dafür, das Land zu verlassen – sofern sie es sich leisten können. Sollten sie inhaftiert werden, leidet die gesamte Familie in finanzieller und emotionaler Weise darunter, und die Kinder können in der Schule dafür schikaniert werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auf den Malediven gibt es keine anerkannten religiösen Minderheiten. Alle Staatsbürger gelten gesetzlich als Muslime. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (z. B. Hinduismus, Buddhismus, Atheismus), wird genauso verfolgt wie Christen. So ziehen es die meisten Anhänger anderer Weltanschauungen vor, im Ausland zu leben, um keine Gefängnisstrafe oder gar den Tod zu riskieren.

Das US-Außenministerium schreibt im Jahr 2022 in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit über die Malediven: »Nichtregierungsorganisationen erklären, dass es anhaltende online und persönlich ausgesprochene Drohungen gegen Menschen gibt, die als »nicht muslimisch

genug« wahrgenommen werden. Diese Drohungen verhindern wirkungsvoll jegliche Möglichkeit zur sinnvollen Diskussion über religiöse Belange im Land. Sie berichteten außerdem, dass die Regierung nach wie vor weder gegen Morddrohungen im Internet vorgeht noch gegen Angriffe auf Personen, die als islamkritisch gelten.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Malediven haben sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Malediven kommen ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstoßen oder sie nicht schützen:

- Wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird, wird christlichen Konvertiten die Staatsbürgerschaft entzogen, sie werden von der Gesellschaft isoliert und mit dem Verlust staatlicher Leistungen bestraft, weil sie gegen die Scharia verstoßen (ICCPR Art. 18 und 26)
- Nicht-Muslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen zu äußern, insbesondere gegenüber Maledivern (ICCPR Art. 18 und 19)
- Auf den Malediven gibt es keine Kirchen und jeder nicht-muslimische Ritus ist verboten (ICCPR Art. 18 und 21)
- Die privaten Gottesdienste ausländischer Christen werden von den Behörden streng überwacht und kontrolliert (ICCPR Art. 17)
- Christliche Frauen werden belästigt oder sind Gewalt ausgesetzt, wenn sie sich nicht an die traditionelle islamische Kleiderordnung halten (ICCPR Art. 18 und CEDAW Art. 2)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
19

LÄNDERPROFIL

China



Platz 19 / 78 Punkte (2023: Platz 16 / 77 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Religion wird von der regierenden »Kommunistischen Partei Chinas« (KPCh) als Bedrohung angesehen. Die KPCh hat es den 281 Millionen Chinesen, die der KPCh oder den ihr angeschlossenen Jugendorganisationen angehören, offiziell verboten, sich an einer Vielzahl spiritueller Aktivitäten zu beteiligen. Die KPCh verfolgt eine Politik der »Sinisierung« der Kirchen. Damit werden die Kirchen unter die Kontrolle der Partei gestellt, und sie werden verpflichtet, ihre Lehren, Bräuche und Moral an die chinesische Kultur anzupassen. Die staatlich anerkannten Kirchenverbände sind die protestantische Patriotische Drei-Selbst-Bewegung (TSPM) und die Patriotische Katholische Vereinigung (CPA). Kirchen, die diesen Kirchenverbänden nicht angehören, gelten als illegal und werden als »Hauskirchen« oder »Untergrundkirchen« bezeichnet, obwohl sie Hunderte von Mitgliedern haben können. Die Regierung bietet Anreize für Bürger, illegale religiöse Aktivitäten zu melden; Leiter von Kirchen und Gemeinden werden zunehmend unter Druck gesetzt, sich staatlich anerkannten Kirchen anzuschließen.

Registrierungspflichten und Verordnungen zur Religion aus dem Jahr 2018 werden immer strenger angewandt – einschließlich der zusätzlichen Erweiterungen dieser Verordnungen aus den Folgejahren, insbesondere der Vorschriften für religiöse Veranstaltungsorte, die am 1. September 2023 in Kraft traten. Hinzu kamen

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Xi Jinping

BEVÖLKERUNG

1.452.128.000

CHRISTEN

96.700.000 / 6,7 %

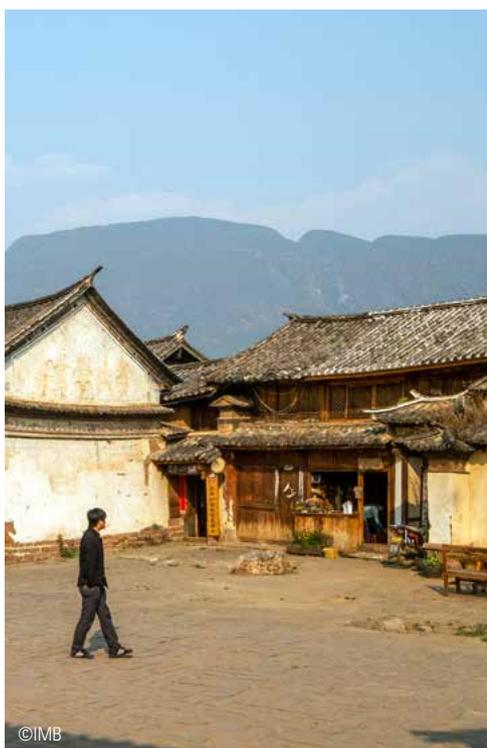
(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Agnostizismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit
Einparteiensystem



außerdem neue Restriktionen in Bezug auf das Internet, soziale Medien und Nichtregierungsorganisationen. Zusammengenommen schränken diese Verordnungen die Freiheit erheblich ein. Es gab Razzien, und Kirchen wurden geschlossen, Leiter wurden verhaftet und christliches Material wurde beschlagnahmt.

Wird ein christlicher Konvertit aus dem Islam oder dem tibetischen Buddhismus von seinem sozialen Umfeld oder seiner Familie entdeckt, so sind häufig Drohungen und tätliche Angriffe die Folge.

Hintergrund

Die KPCh hat die Gesellschaft fest im Griff und bedient sich maoistischer Rhetorik und Ideologie, um die Bürger auf Linie zu halten. Präsident Xi Jinping kam 2013 an die Macht. Im Jahr 2017 wurden seine Ideen offiziell ins Parteistatut der KPCh aufgenommen. Mehrere Universitäten haben Fakultäten eröffnet, um diese Ideen zu lehren; die KPCh hat eine App veröffentlicht, um ihre Mitglieder auf diese Ideen zu testen; und es werden große Anstrengungen unternommen, um diese Ideen den Bürgern schon im Kindergartenalter zu vermitteln. Abweichende Ansichten sind nicht erlaubt, und abtrünnige Parteimitglieder werden ausgeschlossen oder ausgegrenzt. Der christliche Glaube muss aufgegeben werden, um eine Karriere im öffentlichen Dienst machen zu können.

Gemäß seiner Verfassung ist China atheistisch. Bücher, die den Atheismus propagieren, wie zum Beispiel das Buch »Die Grundsätze des wissenschaftlichen Atheismus«, werden als Lehrbücher an Hochschulen genauso verteilt wie unter Kadermitgliedern der KPCh. Rund 40 Prozent der Bürger stimmen dem Konfuzianismus zu, der einzigen Philosophie, die von der Regierung als wahrhaft chinesisch gepriesen wird, da sie den Kommunismus integrieren kann.

Die TSPM geht auf das Jahr 1954 zurück. Die unabhängigen Hauskirchen sind zahlreicher als die TSPM-Kirchen, aber weniger vernetzt und organisiert als diese. Die überwiegende Mehrheit dieser Hauskirchen hat nur wenig Ressourcen für pastorale Leitung und für den Aufbau von Arbeit unter Jugendlichen oder von anderen speziellen Arbeitsbereichen. Die meisten sind pfingstkirchlich geprägt. Gleichzeitig werden viele TSPM-Kirchen gezwungen, zu schließen und mit größeren Kirchen zu fusionieren. Zusätzlich zu diesem staatlichen Druck sind 2023 neue Vorschriften in Kraft getreten, die zeigen, wie die KPCh versucht, die christlichen Prioritäten und Werte neu zu definieren (besonders deutlich wird dies in den Artikeln 27, 36, 39 und 40). Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Hauskirchen öffentlich an Orten wie Hotels, Einkaufszentren und Bürogebäuden versammeln konnten und Hunderte oder sogar Tausende Menschen zu einem Treffen kamen. Diese Kirchen haben sich in kleinere Gruppen von 10 bis 20 Personen aufgeteilt und treffen sich nun an verschiedenen und wechselnden Orten, oft in Privatwohnungen.

Katholiken machen nur einen kleinen Teil der christlichen Gemeinde in China aus. Am zahlreichsten vertreten sind sie in der Provinz Hebei und in den nördlichen und zentralen Teilen Chinas. Neben der CPA gibt es unabhängige katholische Kirchen, die sich an die Vorrangstellung des römisch-katholischen Papstes in Rom halten. In früheren Jahren wurden vor allem große Kirchen, die politisch aktiv waren oder ausländische Gäste einluden, überwacht und geschlossen; jetzt kann dies jede Kirche treffen, ob unabhängig oder staatlich anerkannt. Wenn eine Kirche geschlossen wird, teilt sie sich zumeist in kleine Gruppen auf und trifft sich online.

Es gibt Vorschriften, die Online-Treffen der Kirchen, die Orte für religiöse Aktivitäten und sogar die Wahl der kirchlichen Leiter regeln. Bibel-Apps wurden aus den Online-Stores verbannt. Pastoren nicht registrierter Kirchen werden zunehmend mit Anklagen konfrontiert wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen, Finanzbetrug oder unter dem Sammelbegriff »Streit schüren und Ärger provozieren«.

China steht vor vielen Herausforderungen im In- und Ausland. Das Land versucht, den Grundsatz der Nichteinmischung und der staatlichen Souveränität im russisch-ukrainischen Krieg zu wahren und gleichzeitig Russland zu unterstützen, ohne als offizieller Verbündeter zu gelten. Der Prozess der amerikanisch-chinesischen »Abkopplung« wird unter der Regierung Biden fortgesetzt. Zusammen mit dem Niedergang des Immobiliensektors des Landes und den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie haben diese Herausforderungen zu Chinas verlangsamtem Wirtschaftswachstum beigetragen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	96.700.000	6,7
Muslime	25.965.620	1,8
Hindus	20.010	< 0,1
Buddhisten	244.115.030	16,8
Anhänger ethnischer Religionen	59.711.932	4,1
Juden	3.032	< 0,1
Bahai	7.377	< 0,1
Atheisten	95.068.146	6,5
Agnostiker	465.294.250	32,0
Andere	465.242.174	32,0

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Christliche Konvertiten muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, erfahren in China die wohl stärksten Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit, da diese von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld ausgehen. Brennpunkte dafür sind Xinjiang, Tibet und die westchinesischen Provinzen Sichuan und Yunnan, aber auch Qinghai und Ningxia (wo der größte Teil der muslimischen Minderheiten angesiedelt ist). Im Westen Sichuans leben viele Tibeter, und auch in Guizhou und Yunnan sind viele ethnische Minderheiten beheimatet. In Yunnan zum Beispiel lebt auch die muslimische Minderheit der Hui.

Außerdem können die Provinzen Henan, Zhejiang, Anhui und Jiangxi als regionale Brennpunkte der Verfolgung gelten, da dort viele protestantische Christen leben; genauso Hebei, wo eine große Anzahl katholischer Christen ansässig ist. Gleichwohl sehen sich Christen und christliche Kirchen überall im Land mit Restriktionen und Überwachung konfrontiert. Aus allen Provinzen wird davon berichtet.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung

Für die KPCh gelten Christen als Bedrohung, da sie den größten gesellschaftlichen Teil in China darstellen, der nicht vollständig vom Staat kontrolliert wird. Gemäß den Regeln der KPCh werden alle Mitglieder, die selbst nach einer »Weiterbildung zur gedanklichen Festigung« an religiösen Überzeugungen festhalten, »aufgefordert, die Partei zu verlassen«. Muslimische und tibetische Autoritätspersonen werden manchmal von der KPCh in die Pflicht genommen, um als Parteifunktionäre zu fungieren und christliche Aktivitäten in ihren Regionen einzuschränken.



Diktatorische Paranoia

Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie es seit Mao Zedong nicht mehr der Fall war. Unter Xi ist die KPCh geradezu militant in ihren Bemühungen geworden, die Kontrolle zu behalten. Die Regierungsbehörden haben genau untersucht, was in anderen Ländern zum Niedergang des Kommunismus geführt hat, und ein Faktor, um den Niedergang zu verhindern, ist die Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen wie der Christen. Diese gelten immer noch als fremdartiger Einfluss, der mit ausländischen und vorwiegend westlichen Kräften in Verbindung steht. Die Partei übt Druck auf ihre Beamten aus, damit sie ihre Politik umsetzen, und bietet ihnen dafür Anreize.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen haben mehr Freiheiten als andere von Verfolgung betroffene Christen, sie werden aber bei ihren Kontakten mit den einheimischen chinesischen Kirchen überwacht und eingeschränkt. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, vor allem die von Christen aus dem Westen. Die chinesischen Behörden gehen hart gegen ausländische christliche Missionare vor, insbesondere gegen jene aus Südkorea, aber auch gegen Missionare aus den USA, Taiwan und Hongkong.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen, die zur TSPM oder CPA gehören, stehen unter staatlicher Kontrolle. Auch wenn es generell keine unmittelbare Zensur gibt, äußern sich ihre Leiter nur sehr vorsichtig. Die Wahl der Führungspersonen dieser Kirchen wird durch den Staat beeinflusst. TSPM und CPA haben jeweils einen Fünfjahresplan über Maßnahmen zur Sinisierung ihrer Kirchen veröffentlicht.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten haben entweder eine muslimische oder buddhistische (tibetische) Herkunft. Sie leben oft in Regionen, wo ethnische Minderheiten beheimatet sind und die Lage instabil ist, und sind dem Druck der Regierung sowie des sozialen Umfelds ausgesetzt. Die Regierung schränkt jede Versammlung ein, die sie für politisch oder gefährlich hält. Familie, Freunde und soziales Umfeld setzen die christlichen Konvertiten unter Druck, zum »wahren Glauben«

zurückzukehren, da dieser ein wichtiger verbindender Faktor für die ethnischen Gruppen ist – gerade angesichts des »Gesetzes zur ethnischen Einheit«, das von den kommunistischen Behörden durchgesetzt wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Anders als noch vor einigen Jahren, als Gemeinden sich mit Hunderten von Mitgliedern trafen, in einigen Provinzen sogar offen in Bürogebäuden, sind die meisten Hauskirchen jetzt zu Treffen in Privathäusern zurückgekehrt. Diese Christen der protestantischen Freikirchen sind gravierend von der intensivierten Kontrolle und der Sinisierung betroffen.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Der Zugang zu christlichen Online-Inhalten wird von der Regierung streng überwacht, wenn nicht sogar blockiert. So wurden zum Beispiel religiöse Bücher beim Hörbuch-Dienst »Audible« von Amazon verboten sowie auch Bibel- und Koran-Apps beim »App Store« von Apple. »Es wird bewusst darauf abgezielt, das Herunterladen von christlichem Material über das Internet zu unterbinden«, so fasst ein Experte für das Land zusammen. Christliche Konvertiten mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund halten ihren Glauben meist geheim, da sie sonst mit Drohungen oder ihrer Verhaftung durch die örtlichen Behörden rechnen müssen. Partei- und Militärangehörige, die den christlichen Glauben annehmen, tendieren ebenfalls dazu, ihren Glauben geheim zu halten.

Familienleben

Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen untersagt. Die KPCh warnt, religiöse Aktivitäten würden als illegales Verhalten angesehen – mit der Folge, dass viele Kinder von Christen verwirrt und manchmal wütend auf ihre christlichen Eltern sind. Mitunter werden Schüler unter Druck gesetzt, die Religion ihrer Eltern preiszugeben. In einigen Gegenden wird außerdem Kindern von christlichen Konvertiten damit gedroht, dass sie ihren schulischen Abschluss nicht machen dürfen oder nicht zum weiteren Studium zugelassen werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurde ein Dokument veröffentlicht, in dem die Hochschulpolitik des chinesischen Bildungsministeriums dargelegt und in dem detailliert beschrieben wird, wie sichergestellt werden soll, dass »Schulen den Grundsatz

der Trennung von Bildung und Religion einhalten und keine Organisation oder Einzelperson in Schulen religiöse Aktivitäten durchführen darf«.

Gesellschaftliches Leben

Die Überwachung (z. B. durch Videoüberwachung, Nachbarschaftskomitees und Sicherheitskräfte) ist weit verbreitet. Christen in Schlüsselpositionen und mit einem großen Einfluss innerhalb der christlichen Gemeinschaft stehen unter besonderer Beobachtung; Meldungen aus dem aktuellen Berichtszeitraum zufolge kann es aber schon ausreichen, ein engagierter (lokaler) Pastor oder Gemeindeleiter zu sein, um auf dem Radar der Behörden zu erscheinen und ständig beobachtet zu werden. Die KPCh pflegt ein Belohnungssystem, um lokale Sicherheitskräfte darin anzuspornen, Unregelmäßigkeiten zu melden. Die engmaschige Form der Netzwerkverwaltung (»grid management«) wird zur Überwachung von Nachbarschaftsvierteln eingesetzt. Leiter von Kirchen und Gemeinden werden häufig zu Verhören auf örtliche Polizeistationen vorgeladen, so auch im Fall der Tochtergemeinden der Early Rain Covenant Church (ERCC) in Chengdu. Diskriminierung im Erwerbsleben tritt gerade im öffentlichen Sektor häufig auf (z. B. werden Anhänger einer Religion von solchen Behördenpositionen ausgeschlossen, die eine Parteimitgliedschaft erfordern). In seltenen Fällen setzte die Regierung private Arbeitgeber unter Druck, Verträge mit Anhängern einer Religion zu kündigen. Christliche Konvertiten muslimischer oder buddhistischer Herkunft werden von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld benachteiligt und unter Druck gesetzt, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren; oftmals so lange, bis sie nachgeben.

Leben im Staat

Die chinesische Verfassung gewährt in der Theorie Religionsfreiheit, schützt jedoch nur »normale« religiöse Aktivität. Dabei ist es dem Staat überlassen zu definieren, was als »normale« religiöse Aktivität gesehen werden kann. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 gab es eine Fülle von Verfahren gegen Christen, unter anderem wegen »illegaler Geschäfte« oder »Betrugs« – was zu einer neuen Standardanklage wird (siehe auch »Beispiele für Auftreten von Gewalt«).

Es gibt viele Möglichkeiten, religiöse Minderheiten zu diskriminieren: die Verweigerung von Genehmigungen, die Durchführung von Finanzermittlungen angeblich zur Aufdeckung ausländischer Verbindungen oder die Schließung von Kirchen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen Bau- oder Brandschutzvorschriften. »Die Pastoren der TSPM-Kirchen müssen ›sozialistische Grundwerte‹ und ›Patriotismus‹ predigen. Wenn sie sich weigerten, würden sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder aus der TSPM austreten«, so ein Experte für das Land. In Artikel 39 der oben erwähnten Vorschriften von 2023 wird gefordert, dass »Predigten die sozialistischen Grundwerte widerspiegeln sollten«. Christen, die von staatlichen Hilfen abhängig sind (z. B. ältere Menschen), werden manchmal von örtlichen Parteifunktionären unter Druck gesetzt, sich zwischen ihrem Glauben und den Hilfsleistungen zu entscheiden.

Kirchliches Leben

Die Aktivitäten von Kirchen werden nicht nur durch Agenten überwacht, sondern auch durch Überwachungskameras, die die Kanzel, die Gemeinde und das Kirchengelände unter Beobachtung halten. Predigten in den Sonntagsgottesdiensten der anerkannten Kirchen müssen in einigen Regionen des Landes vorab genehmigt werden.

Für religiöse Einrichtungen wurden im Jahr 2021 und 2023 Verordnungen veröffentlicht. Sie ordnen Kurse in ideologischer und politischer Theorie an, insbesondere zu Xi Jinpings

Gedankengut. Auch wurde eine Verordnung über Kleriker beziehungsweise Pastoren eingeführt. Darin heißt es, dass Kleriker das Vaterland lieben und die Führung der KPCh sowie die Sinisierung der Kirchen unterstützen sollen.

Die Überwachung nicht registrierter Kirchen hat zugenommen; immer häufiger wird davon berichtet, dass sie sich Schikanen und Behinderungen ausgesetzt sehen, sobald ihre Aktivitäten entdeckt werden. Die meisten nicht registrierten Kirchen waren gezwungen, kleine Gruppen zu bilden und sich an mehreren Orten zu versammeln, um ihrer Entdeckung zu entgehen. Ein Experte für das Land fügt hinzu: »Während es in der Vergangenheit einige Kanäle gab, um Unzufriedenheit mit der Religionspolitik zu äußern, sind heute keine abweichenden Stimmen mehr erlaubt.«

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 28. Juni 2023 wurden Mu En und Enoch Wang, Leiter einer christlichen Gruppe junger Erwachsener in Hefei (Provinz Anhui), wegen »Betrugs« zu dreieinhalb beziehungsweise drei Jahren Haft verurteilt.
- Am 12. Mai 2023 wurden die Ältesten Zhisheng Pan und Hua Huang von der Nanchang Christian Assembly in der Provinz Jiangxi wegen »Organisation und Betreiben einer religiösen Sekte« angeklagt und zu jeweils mehr als drei Jahren Haft verurteilt.
- Priester Xie Tianming aus der Diözese Baoding (Provinz Hebei) galt als verschwunden, tauchte aber am 10. April 2023 wieder auf und erklärte sich bereit, der CPA beizutreten. Er wurde umgehend zur »politischen Umerziehung« durch die staatlichen Behörden gebracht.
- Am 8. Februar 2023 führte die Polizei eine Razzia bei einem Zelt-Gottesdienst in der Shouwang-Kirche in Peking durch. Die Shouwang-Kirche war 2019 geschlossen und für illegal erklärt worden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	19	78
2023	16	77
2022	17	76
2021	17	74
2020	23	70

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um 0,7 Punkte auf dem Weltverfolgungsindex 2024 zeigt eine sich ständig verschlechternde Situation in China. Darin spiegelt sich wider, dass der starke Druck auf die Kirchen und Gemeinden landesweit zu spüren ist, unabhängig davon, ob diese staatlich anerkannt sind oder nicht. Der Wert für Gewalt blieb gleich hoch wie im Vorjahr, aber die Werte für den Druck stiegen in allen fünf Lebensbereichen leicht an. Dies ist auf die verschärften Beschränkungen zurückzuführen, darunter die neuen Vorschriften für religiöse Veranstaltungsorte, die sich an staatlich anerkannte Kirchen richten.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen leiten häufig Kirchen, insbesondere Hauskirchen, und sind daher dem Risiko der Inhaftierung genauso ausgesetzt wie Männer. Im Allgemeinen sind christliche Konvertitinnen mit muslimischem und buddhistischem Hintergrund dem größten Druck ausgesetzt. In einigen Fällen werden ihre Ehemänner unter Druck gesetzt, sich von ihnen scheiden zu lassen, weil sie als Verräterinnen an ihrer ethnischen Gruppe angesehen werden. Chinas (inzwischen aufgehobene) Ein-Kind-Politik ist dafür berüchtigt, dass sie ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern schafft. Die Folgen dieser Politik stehen in einer Wechselwirkung mit der Verwundbarkeit von christlichen Gemeinden und Christinnen in den Nachbarländern. Christinnen aus Nachbarländern, die in China in die Fänge des Menschenhandels geraten sind, werden möglicherweise als Bräute verkauft.

Männer: Obwohl sie einem ähnlichen Druck ausgesetzt sind wie Frauen, sind männliche Christen stärker davon bedroht, körperlich misshandelt zu werden. Männer, die Leitungsverantwortung in einer christlichen Gemeinde tragen, werden gezielt von der Regierung überwacht. Katholische Priester und führende Hauskirchenleiter wurden entführt, – diesen Männern drohen körperliche Misshandlung oder sogar Prügel durch Polizeibeamte. Viele Männer erleiden Traumata während der Haft. Diejenigen, die längere Zeit inhaftiert sind, sind nicht in der Lage, ihre Familien finanziell zu versorgen. Aufgrund dieses Drucks entscheiden sich manche Kirchen- und Gemeindeleiter für die Auswanderung.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische, buddhistische, taoistische und jüdische Gotteshäuser wurden ebenfalls geschlossen.

Muslime, Buddhisten und Anhänger von Falun Gong berichten über schwere soziale Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und Wirtschaft. Tibetische Buddhisten werden von der Regierung stark unter Druck gesetzt, insbesondere durch das neue Gesetz zur ethnischen Einheit.

Muslime in Xinjiang leiden unter schweren Menschenrechtsverletzungen. Bis zu einer Million von ihnen werden in Umerziehungslagern festgehalten, die von der Regierung als »notwendig im Kampf gegen den radikalen Islam« bezeichnet werden. Ein Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) hat diese Gräueltaten dokumentiert. Allerdings übte China Druck auf die Behörde des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) aus, diesen Bericht nicht zu veröffentlichen. Einzelheiten über die Umerziehungslager wurden auch in Berichten wie den »China Leaks« enthüllt, und Satellitenbilder zeigen das Ausmaß der Lager.

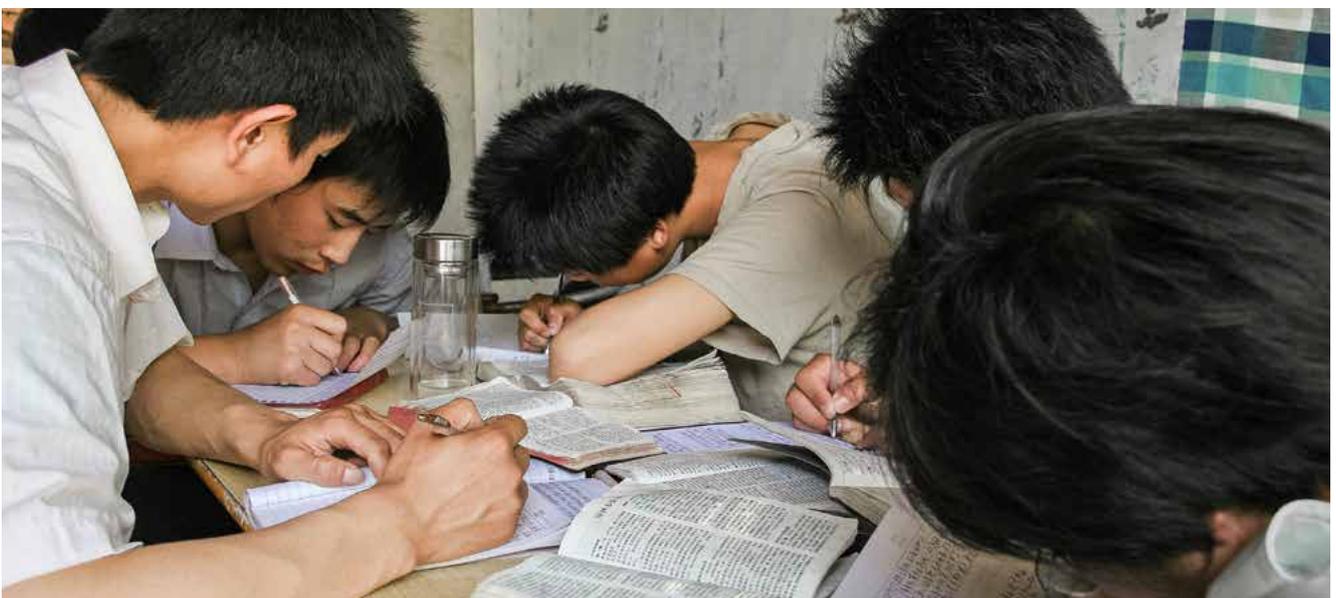
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

China hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

China kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden vom Staat überwacht, ihre Aktivitäten werden oft behindert und gestört (ICCPR Art. 17)
- Kirchen werden daran gehindert, einen rechtlichen Status zu erlangen, und diejenigen, die offiziell registriert sind, sind starken staatlichen Eingriffen ausgesetzt (ICCPR Art. 18)
- Christliche Leiter werden unter dem Vorwurf der nationalen Sicherheit inhaftiert (ICCPR Art. 9)
- Kinder von Christen werden aufgrund des Glaubens ihrer Eltern schikaniert und diskriminiert (CRC Art. 2)
- Christliche Kinder werden daran gehindert, Gottesdienste zu besuchen und Religionsunterricht zu erhalten (CRC Art. 14)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
20

LÄNDERPROFIL

Burkina Faso



©Alamy

Platz 20 / 75 Punkte (2023: Platz 23 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

In den vergangenen Jahren hat sich der Wirkungsbereich islamistischer Milizen ausgeweitet, sodass ihr Einfluss nun auch in Städten spürbar ist, die zuvor außerhalb ihrer Reichweite lagen. Dies gilt insbesondere für »Dschama'at Nusrat al-Islam wa-l-Muslimin« (»Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime«, JNIM). Christen werden gezielt angegriffen und getötet, Kirchen werden zerstört. Ähnliche Anschläge im Niger, in Mali und in der gesamten Sahelzone verschärfen auch die Lage in Burkina Faso. Christen werden in Dörfern, Kirchen und an Arbeitsplätzen angegriffen. Hunderte Kirchen wurden aufgrund von dschihadistischen Aktivitäten geschlossen. Mitglieder der Familien und des sozialen Umfelds lehnen Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben ab und versuchen, sie zu zwingen, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Aufgrund solcher Drohungen haben Konvertiten Angst, ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu äußern. Der Spielraum für die Religionsfreiheit von Christen schrumpft, weil die dschihadistische Ideologie an Boden gewinnt und sich in der Gesellschaft ausbreitet. Christen muslimischer Herkunft erfahren die stärkste Verfolgung im Land.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Übergangs-Präsident
Ibrahim Traoré

BEVÖLKERUNG

22.721.000

CHRISTEN

5.315.000 / 23,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Burkina Faso befindet sich seit Langem in Aufruhr. Eine Militärdiktatur und politische Unruhen machen dem Land zu schaffen. Der Sturz von Präsident Blaise Compaoré im Jahr 2014 nach 27 Jahren der Macht markierte ein weiteres turbulentes Kapitel in der Geschichte des Landes. Burkina Faso ist nach wie vor eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Fast 80 Prozent der Bevölkerung sind in der landwirtschaftlichen Subsistenzproduktion tätig, das heißt, sie versuchen, mit der Landwirtschaft ihren Eigenbedarf zu decken.

Die Region wird zudem immer mehr zu einem Gebiet, in dem westliche Mächte mit Russland um geopolitischen Einfluss ringen. So verschärfen sich die bereits bestehenden Probleme. Wie Human Rights Watch, Amnesty International und die »International Crisis Group« dokumentiert haben, verschlechterte sich die Menschenrechtslage im Land im Jahr 2022 dramatisch; dieser Abwärtstrend setzte sich auch 2023 fort. Burkina Faso leidet unter der Ausbreitung dschihadistischer Aktivitäten, des organisierten Verbrechens und der Korruption, wodurch die schwierige Lage des Landes noch komplizierter wird.

Das Land hat einen Anstieg brutaler Angriffe durch islamistische Milizen erlebt, die zahlreiche zivile und militärische Opfer gefordert haben. Zu diesen militanten Gruppen, die in Burkina Faso agieren, gehören unter anderem JNIM, »Islamischer Staat in der Provinz Westafrika« (ISWAP), »Islamischer Staat Großsahara« (ISGS), »al-Qaida im Islamischen Maghreb« (AQIM), »Ansar ul-Islam«, »al-Murabitan«, »Ansar al-Din« und Boko Haram. Dieser Zuwachs an dschihadistischen Aktivitäten hat dazu geführt, dass die Zahl der Binnenflüchtlinge sprunghaft gestiegen ist. Fast 2 Millionen Menschen, das heißt etwa 10 % der Bevölkerung, sind davon betroffen.

Politische Instabilität hat die Lage im Land weiter verschlechtert, da zwei Militärputsche die Regierungsstrukturen destabilisiert haben. Der erste Putsch im Januar 2022 führte zur Absetzung von Präsident Roch Marc Christian Kaboré und zur Einsetzung einer Übergangsregierung. Diese wurde durch einen zweiten Putsch im Oktober 2022 unter der Führung von Hauptmann Ibrahim Traoré von dessen Militärregime ersetzt.

Inmitten dieser komplexen Situation ist die christliche Minderheit in Burkina Faso einer verstärkten Verfolgung ausgesetzt. Sie wird aufgrund ihrer religiösen Identität häufig von militanten Gruppen ins Visier genommen. Menschen verlieren ihr Leben, Kirchen werden zerstört und weitreichende Vertreibungen sind die Folge. Christliche Frauen und Mädchen sind besonders von Entführung, Vergewaltigung und Zwangsverheiratungen bedroht, während Jungen in der Gefahr stehen, von militanten Truppen zwangsrekrutiert zu werden. Die gezielte Verfolgung von Christen stellt nicht nur eine Menschenrechtsverletzung dar, sondern untergräbt auch die strukturelle Integrität der christlichen Kirche im Lande und lässt sie geschwächt und marginalisiert zurück.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	5.315.000	23,4
Muslime	12.761.000	56,2
Anhänger ethnischer Religionen	4.511.000	19,9
Bahai	4.400	< 0,1
Atheisten	790	< 0,1
Agnostiker	128.000	0,6
Andere	880	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In den nördlichen und östlichen Teilen des Landes, vor allem außerhalb der großen Städte, sind Christen am stärksten von Druck und Gewalt betroffen. Aber auch im westlichen Landesteil erfahren Christen Druck von ethnisch-religiösen Gruppen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In Burkina Faso gab es in den vergangenen Jahren einige Anschläge islamischer Extremisten, vor allem im Norden und gelegentlich in der Hauptstadt Ouagadougou. Die islamisch-extremistische Gruppe »Ansar ul-Islam« wurde 2016 gegründet und hat seitdem mit Gewalt und anderen Mitteln versucht, ihre Gesetze im Norden des Landes durchzusetzen. JNIM konzentriert sich mehr auf den Kampf gegen die französische Präsenz und die mit Frankreich verbündeten Länder. Ihre Prediger bringen junge Menschen dazu, ihre schlechten Lebensumstände den Franzosen und den verdorbenen Sitten des Westens anzulasten. Es gab Angriffe auf Kirchen und Christen durch islamistische Kämpfer, und einige Kirchen haben ihre Sicherheitsvorkehrungen erhöht, da sie fürchten, dass weitere Angriffe geplant werden. Der Regierung wird vorgeworfen, im Kampf gegen Terroristen, die oft zivile Gemeinschaften unterwandern, brutal gegen Zivilisten vorzugehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In vielen Ländern der Sahelzone wird es durch organisierte Korruption für Dschihadisten möglich, Mitglieder zu rekrutieren, Waffen zu kaufen und ungestraft zu agieren. Ein Experte für das Land weist darauf hin, dass »in der Regierung [...] ein hoher Grad an Korruption [herrscht]. Verbrechen wie Diebstähle und Entführungen werden in verschiedenen Teilen des Landes begangen, aber die Regierung unternimmt selbst in der Hauptstadt Ouagadougou wenig bis gar nichts, um diese Kriminalität einzudämmen.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche ist die am stärksten vertretene christliche Konfession im Land. Die meisten führenden Politiker des Landes waren Katholiken. Katholische Christen sind im Vergleich zu anderen weniger Übergriffen ausgesetzt, aber katholische Kirchen wurden in der Vergangenheit ebenso Ziel von Gewalt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten sind Christen entweder muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen. Sind sie muslimischer Herkunft, so erfahren sie die stärkste Verfolgung vonseiten ihrer Familien und von ihrem sozialen Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden finden sich vor allem in den Großstädten. Sie werden von islamistischen Milizen mitunter häufiger ins Visier genommen als traditionelle christliche Kirchen, weil sie das Evangelium aktiver weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen, insbesondere Konvertiten aus dem Islam, erleben feindselige Reaktionen, wenn sie mit anderen über ihren Glauben reden. Dies ist ein neues Phänomen. In einigen abgelegenen Gebieten müssen Christen darauf achten, dass sie keine christliche Literatur zu Hause haben, da Angehörige islamistischer Milizen bei ihnen auftauchen und nach solchen »Beweisen« suchen können. Die Hinwendung zum christlichen Glauben ist zwar nicht gesetzlich verboten, wird aber von Muslimen in bestimmten Gebieten abgelehnt und kann zur Ächtung von Konvertiten führen.

Familienleben

An einigen Schulen, die überwiegend von Muslimen geführt werden oder von diesen gegründet wurden, werden christliche Schüler dazu gedrängt, am islamischen Unterricht teilzunehmen. Dies wurde aus Städten wie Bobo-Dioulasso, aber sogar auch aus Ouagadougou berichtet. Außerdem gibt es Berichte, dass Mitglieder islamistischer Milizen Lehrer ermordet haben, die nicht den Islam lehrten.

Christliche Konvertiten können zudem ihr Erbrecht verlieren. Außerdem müssen Christen in Gebieten, die für Angriffe von Dschihadisten bekannt sind, darauf achten, keine christlichen Hochzeiten oder andere christliche Feste zu feiern.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden vor allem in der nördlichen Region, die an Mali grenzt, angegriffen. Die Provinz Soum scheint das Epizentrum der Aktivitäten islamistischer Milizen zu sein. Dort wurden Christen entführt und Sicherheitskräfte angegriffen. Die weiter oben schon erwähnte Gruppe Ansar ul-Islam hat Anschläge verübt und Lehrkräfte eingeschüchert, damit sie die Unterrichtssprache in den Schulen von Französisch auf Arabisch umstellen. Schulen, in denen nicht der Islam gelehrt wird, wurden niedergebrannt. Viele Christen sind geflohen. Auch Zwangsheirat wird als Waffe eingesetzt, um Konvertitinnen zur Rückkehr zum Islam zu zwingen. Wo Christen in der Minderheit sind, werden sie häufig daran gehindert, gemeinschaftliche Ressourcen zu nutzen.



Leben im Staat

Kirchen haben Schwierigkeiten, von den Behörden Genehmigungen zum Beispiel für den Erwerb von Grundstücken zu erhalten. In den nördlichen, östlichen und westlichen Teilen des Landes, wo der Islam stark vertreten ist und extremistische Ideologien Fuß gefasst haben, werden Christen zunehmend als Feinde betrachtet.

Kirchliches Leben

Obwohl das Land offiziell säkular ist und Christen über 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, leben viele Kirchen im Norden, Osten und Westen des Landes in Angst vor Angriffen und werden von Milizen sowie Ortsvorstehern genau beobachtet. In vielen überwiegend muslimischen Gebieten ist die kirchliche Arbeit unter Jugendlichen sehr eingeschränkt. Der Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und christlichen Schriften werden vom Staat zwar nicht untersagt, doch riskieren christliche Konvertiten muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen ernsthafte Schwierigkeiten, wenn sie sich daran beteiligen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums (IRFR) von 2022 ordneten mutmaßlich islamistische Milizen am 12. Oktober 2022 die Schließung von drei Kirchen in Samou in der Nähe von Bogandé in der Region Est an. Milizen befahlen den Bürgern auch, keine kurzen Hosen zu tragen, sich Bärte wachsen zu lassen und ihre Schweine zu verkaufen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	20	75
2023	23	71
2022	32	68
2021	32	67
2020	28	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Punktzahl von Burkina Faso kontinuierlich und schrittweise erhöht – im aktuellen Berichtszeitraum um weitere vier Punkte. So erreicht das Land nun einen Wert von 75 und damit Platz 20 auf dem Weltverfolgungsindex. Dieser signifikante Anstieg steht in engem Zusammenhang mit der Verschärfung der Situation durch dschihadistische Bewegungen und der sozioökonomischen Krise, wovon insbesondere die Christen im Land betroffen sind. Die Zunahme der Gewalt und des Drucks im ganzen Land, die sich in erster Linie gegen Christen richten, ist eine der Hauptursachen für diese Eskalation. Die zunehmenden Aktivitäten dschihadistischer Gruppen führten zur gewaltsamen Schließung zahlreicher

Kirchen und christlicher Bildungseinrichtungen und haben den Druck auf die Kirche und die christliche Gemeinschaft verstärkt. Die gezielten Angriffe und Todesopfer unter Christen haben eine Atmosphäre der Angst geschaffen, die viele davon abhält, Gottesdienste und andere christliche Veranstaltungen zu besuchen oder ihren Kindern zu erlauben, in einem solch unsicheren Umfeld zur Schule zu gehen. Hinzu kommt, dass dschihadistische Gruppierungen in verschiedenen Regionen die Kontrolle übernommen haben, indem sie die Regierung aus wesentlichen Funktionen verdrängt und die Verantwortung für die Bereitstellung wichtiger sozialer Dienste übernommen haben. Die politischen Unruhen im Land, zu denen auch die Militärputsche im Januar und Oktober 2022 gehören, haben die ohnehin schon schwierige Lage im Land noch weiter verschärft. Darüber hinaus hat die Instabilität in Nachbarländern wie dem Niger und Mali erheblich zur Unsicherheit in Burkina Faso beigetragen. Die einst bemerkenswert tolerante Gesellschaft hat einen beunruhigenden Wandel vollzogen und zeigt eine zunehmende Intoleranz gegenüber nicht muslimischen Gemeinschaften. Ethnische Konflikte, die mit religiösen Dimensionen vermischt sind, haben sich verschärft und den Druck auf christliche Konvertiten und andere christliche Gemeinschaften erhöht. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, steht Burkina Faso kurz davor, sich in einen zunehmend gefährlichen und äußerst fragilen Staat zu verwandeln, der sich am Rande einer gefährlichen Instabilität befindet.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Islamisch-extremistische Milizen haben in den Regionen, insbesondere im Osten des Landes, großen Einfluss. Die Zentralregierung ist schwach. In diesem Kontext ist die Gefahr von Entführungen durch Angehörige der Milizen groß. Christinnen werden mitunter zur Heirat gezwungen und unter starken Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Sexuelle Gewalt ist ein gängiges Mittel, um christliche Gemeinschaften anzugreifen. Vor allem die Töchter von christlichen Leitern können zur Zielscheibe von Vergewaltigungen werden. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen werden zusätzlich unter Druck gesetzt, beispielsweise durch Zwangsheirat, Verweigerung von Schulbildung, Vertreibung aus der Familie, Morddrohungen und Hausarrest.

Männer: Islamistische Milizen, die in der Sahelzone agieren, rekrutieren ihre Mitglieder oft gewaltsam in Ländern wie Burkina Faso. Christliche Männer und Jungen werden zwangsrekrutiert und körperlich angegriffen. Die Entführung und Ermordung christlicher Männer verursacht Angst und Traumatisierung in den christlichen Gemeinschaften und führt zudem zu einer wirtschaftlichen Schwächung. Viele Männer und Jungen fliehen in sicherere Gebiete im Land oder in andere Länder. Leiter von Kirchen und Gemeinden, zumeist Männer, wurden von den Kämpfern der Milizen gezielt entführt und getötet.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Islam in Burkina Faso wird immer extremistischer. Die Randgebiete des Landes stehen unter dem Einfluss von islamistischen Milizen; in Moscheen und Koranschulen werden zunehmend extremistische Versionen des sunniten Islam gelehrt, sodass selbst Sufi-Muslime in Gefahr sind. In diesen Gebieten gibt es keinen Platz für religiöse Minderheiten. Es wurde sogar davon berichtet, dass Lehrern in Schulen Konsequenzen angedroht wurden, sollten sie keinen Koranunterricht erteilen. Aber auch eine antiislami-sche Stimmung steigt in Burkina Faso an, beispielsweise unter bewaffneten Bürgerwehren.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Burkina Faso hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Burkina Faso kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden geächtet, müssen mit dem Widerstand ihrer Familien rechnen und sind vom Verlust ihres Erbes bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von militanten Gruppen überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16)
- Gewalttäter gegen Christen werden manchmal nicht bestraft (ICCPR Art. 2)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
21

LÄNDERPROFIL

Laos



Platz 21 / 75 Punkte (2023: Platz 31 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Christen in Laos waren schockiert über die außergewöhnliche Ermordung eines Pastors im Oktober 2022 und über drei weitere Morde seither – sie wissen zwar, wie es ist, gewalttätig behandelt zu werden, doch Morde gab es in den letzten Jahren nur sehr selten. Normalerweise zeigt sich der Druck, dem sie ausgesetzt sind, eher in folgender Form: Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten, auch diejenigen registrierter Kirchen. Alle Versammlungen müssen bei den Behörden angemeldet werden. Hauskirchen arbeiten im Verborgenen, da ihre Treffen als »illegale Versammlungen« gelten. Selbst etwa 75 Prozent aller Gemeinden der offiziell anerkannten Evangelischen Kirche von Laos (LEC) haben keine festen Gebäude und feiern ihre Gottesdienste in Privathäusern. Die schwersten Rechtsverletzungen erleben christliche Konvertiten. Sie werden für schuldig befunden, sich der buddhistisch-animistisch geprägten Gemeinschaft zu entziehen. Konvertiten sind daher dem Druck und der Gewalt der lokalen Behörden sowie ihrer Familien (die in einem laotischen Haushalt in der Regel aus drei Generationen unter einem Dach bestehen) ausgesetzt. Beide, Familien und Behörden, hetzen oft die örtliche Gemeinschaft auf oder bitten die lokalen religiösen Leiter um Hilfe. Das kann dazu führen, dass Konvertiten aus ihrem Heimatdorf ausgeschlossen werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Thongloun Sisoulith

BEVÖLKERUNG

7.581.000

CHRISTEN

212.000 / 2,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit
Einparteiensystem



Hintergrund

Bis 1953 war Laos eine französische Kolonie. Kommunistische Kräfte stürzten die konstitutionelle Monarchie im Jahr 1975. Seitdem ist Laos eine zentralistisch regierte sozialistische Republik, die von der »Laotischen Revolutionären Volkspartei« (LRVP) regiert wird. Die Wahl des neuen Premierministers Sonexay Siphandone im Dezember 2022 wird höchstwahrscheinlich nur begrenzte Veränderungen bringen, wenn überhaupt. Trotz der Wirtschaftsreformen in den 1980er-Jahren ist das Land nach wie vor extrem arm und stark von ausländischer Hilfe abhängig. In zunehmendem Maße kommt diese Hilfe aus China, wodurch Laos in Bezug auf die Infrastruktur und die Verschuldung noch stärker von China abhängig wird.

Internationale Beobachter bezeichnen die Menschenrechtsbilanz des Landes regelmäßig als außerordentlich schlecht, was auf die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Verfolgung von Minderheiten zurückzuführen ist. Die Behörden legen großen Wert auf die Kontrolle und sogar Indoktrination der Bevölkerung über die Medien (die keineswegs als »frei« bezeichnet werden können). Sie gehen gegen Bürger vor, die in den sozialen Medien Klagen oder Bedenken äußern. Gleichzeitig werden in der Praxis alle nationalen Gesetze von den dörflichen Gesetzen übertrumpft, die häufig auf Traditionen und Glaubensvorstellungen beruhen.

Die Schwierigkeiten, mit denen Christen konfrontiert sind, gehen vor allem von lokalen Behörden und Dorfvorstehern aus, die sich darum sorgen, die ethnischen Praktiken zu schützen und zu verteidigen, den kommunistischen Führungsstil und die Bürokratie aufrechtzuerhalten und den Frieden in den Dörfern zu wahren. Die Ermordung eines Pastors im Oktober 2022 und weitere Morde in der Folgezeit waren ein Schock für die kleine christliche Gemeinschaft in Laos. Die Taten erinnerten die Christen eindringlich daran, dass eine wachsende Kirche bei den örtlichen Behörden nicht gern gesehen wird, insbesondere in ländlichen Gebieten nicht. Das Land befindet sich immer noch im engen Griff der kommunistischen LRVP; daher wird Religion von den Behörden als etwas Feindliches angesehen, das kontrolliert werden muss. Während der Buddhismus bis zu einem gewissen Grad als Teil des kulturellen Erbes des Landes akzeptiert wird, gilt der christliche Glaube vor allem in den Dörfern als fremd, mit westlichen Werten verbunden und als Feind des Kommunismus.

Nach Schätzungen der World Christian Database von 2023 sind 54,1 Prozent der Bevölkerung Buddhisten, die hauptsächlich der Schule des Theravada angehören. 41,0 Prozent der Bevölkerung gehören ethnischen Religionen an (chinesische Volksreligionen nicht eingeschlossen), die mit ihrer jeweiligen ethnischen Herkunft oder Stammeszugehörigkeit zusammenhängen. Mehrere dieser Volkstraditionen sind in den Buddhismus eingeflossen, sodass sich die oben genannten Zahlen überschneiden. 2,8 Prozent der Bevölkerung sind Christen. Die größten christlichen Gruppen sind die römisch-katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Es gibt auch viele andere Kirchen, die aber weniger Mitglieder haben, beispielsweise evangelikale, baptistische, pfingstlerische, methodistische und lutherische Kirchen sowie Kirchen der sogenannten Assemblies of God.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslime	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsali und Houaphan im Norden, Khammuan und Savannakhet im zentralen Teil und Salavan im Süden sind traditionell schwierige Orte für Christen. In Khammuan wurde sogar ein Pastor getötet, die erste Ermordung eines Christen wegen seines Glaubens seit langer Zeit. Die lokalen Behörden und Gemeinschaften in diesen Gebieten scheinen weiterhin sehr entschlossen, Christen zum Schweigen zu bringen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung, vermischt mit diktatorischer Paranoia

Laos ist eines der fünf letzten marxistisch-leninistischen Länder der Welt. Allerdings wird nur noch in wenigen Provinzen und Dörfern streng an der kommunistischen Ideologie festgehalten. Diese streng kommunistischen Gebiete sind strikt gegen jeden Einfluss, der als ausländisch oder westlich angesehen wird. Dazu gehört auch der christliche Glaube. Lokale Behörden nutzen oft die feindselige Haltung der Gesellschaft gegenüber Christen aus, um Maßnahmen gegen diese zu rechtfertigen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Animismus und andere Stammespraktiken sind im ganzen Land verbreitet, vor allem in ländlichen Gebieten. Sich dem christlichen Glauben zu- und von Stammesriten abzuwenden, wird als Verrat an der Identität der Familie und

der größeren Gemeinschaft betrachtet. Dorfälteste und Familienmitglieder zwingen Christen oft, ihren Glauben aufzugeben, oder vertreiben sie aus der Gemeinschaft, um die Schutzgeister des Dorfes nicht zu verärgern.

Religiös motivierter Nationalismus

Der Theravada-Buddhismus wird von der Mehrheit der Bevölkerung praktiziert und bildet die Grundlage der laotischen Kultur. Ein Experte für das Land drückt es so aus: »Der Buddhismus ist der Klebstoff, der die zahlreichen ethnischen Gruppen und unzugänglichen Dörfer, die über die bergige Landschaft verstreut sind, zusammenhält.« Gleichzeitig sagt er: »Animistische Praktiken und die Angst vor Geistern sind ebenfalls Teil der buddhistischen Kultur des Landes.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländischen Christen ist es generell nicht erlaubt, sich mit den laotischen Gemeinden zu vermischen. Es wurde ihnen jedoch gestattet, sich zwei Kirchen der LEC in der Hauptstadt Vientiane anzuschließen. Zu den ausländischen Christen in Laos gehören christliche Gemeinschaften von Mitarbeitern im diplomatischen Dienst. Diese erfahren Einschränkungen zum Beispiel durch das Überwachungssystem der Polizei.



Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die römisch-katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Obwohl sie von den Behörden offiziell anerkannt sind, werden sie stark überwacht. Im Falle der LEC besteht in einigen Gegenden ein stillschweigendes Einvernehmen darüber, dass die Behörden an der Auswahl von Leitern und der Genehmigung von christlichen Druckerzeugnissen beteiligt sind.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten buddhistischer oder animistischer Herkunft sind dem größten Druck und der größten Gewalt seitens der lokalen Behörden, ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Der Glaubenswechsel wird

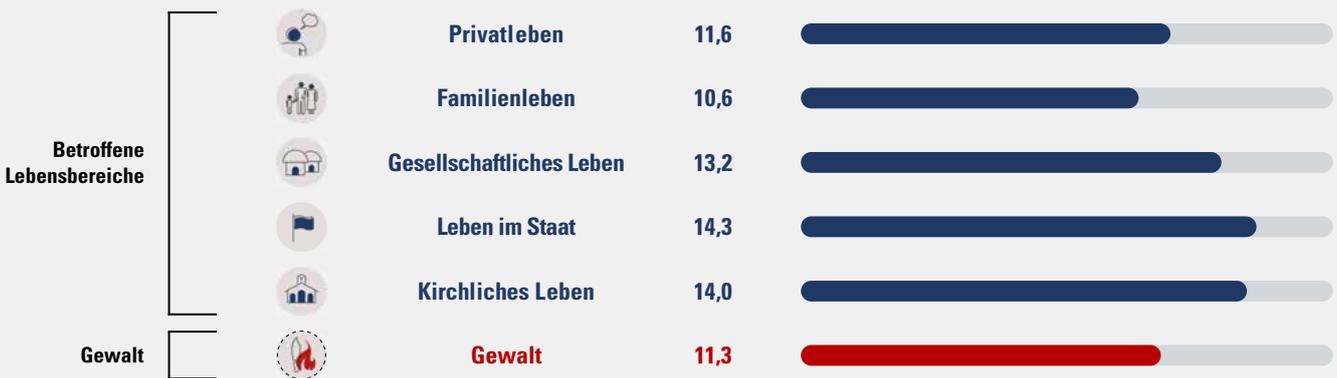
als potenzielle Bedrohung für die staatliche Autorität gesehen und als Verrat an der Einheit der Familie und der Gemeinschaft betrachtet. Deswegen geht die Polizei oft schnell und mit harter Hand gegen christliche Gruppen vor, von denen berichtet wird, dass sie den christlichen Glauben verbreiten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den Christen aus protestantischen Freikirchen gehören Evangelikale, Pfingstler und Lutheraner. Da die Regierung keine »illegalen« Versammlungen erlaubt, müssen diese Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten traditionellen Kirchen registrieren. Nicht registrierte Kirchen müssen sich im Geheimen treffen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.



Privatleben

Christliche Konvertiten mit buddhistischem oder Stammes-hintergrund müssen ihren Glauben geheim halten. Wenn sie entdeckt werden, drohen die Dorfältesten und ihre Gehilfen den Christen mit Ausschluss aus der Gemeinschaft. Viele Laoten glauben, dass sie von »phi« (Geistern) beschützt werden, und fürchten sich davor, die Geister zu beleidigen. Den Christen wird eine Frist gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen und so das Unglück vom Dorf abzuwenden. Sie werden unter Druck gesetzt, und wenn dies nicht zum gewünschten Resultat führt, gewaltsam vertrieben.

Familienleben

Buddhistische Lehren und animistische Praktiken und Glaubensvorstellungen werden als Teil der laotischen Identität betrachtet. Christen stehen unter Anpassungsdruck; Kinder werden mitunter von der Schule oder dem sozialen Umfeld gezwungen, an buddhistischen Tempeldiensten teilzunehmen und die damit verbundenen Rituale zu praktizieren. In streng buddhistischen Gebieten werden Christen in vielen Bereichen ihres Lebens diskriminiert, beispielsweise wird ihnen der Zugang zu Bildung und Arbeit verwehrt. Sie werden an christlichen Beerdigungen gehindert oder manchmal sogar dafür verhaftet. Ein Experte für das Land erklärt: »Christen müssen entweder einen zusätzlichen Betrag zahlen, um den Dorffriedhof nutzen zu dürfen, oder sie müssen die Toten auf ihrem eigenen oder einem gekauften Grundstück bestatten. Zusammen mit der Zahlung wird von den Christen auch verlangt, ein Schwein oder einen Büffel zu töten, um die Geister zu besänftigen, wodurch die Christen gezwungen werden, einen animistischen Ritus auszuführen.« Selbst Kirchen der LEC ist es in ländlichen Gebieten nicht möglich, Taufen öffentlich durchzuführen.

Gesellschaftliches Leben

Der Druck des sozialen Umfelds auf Christen ist enorm. In Provinzen wie Luang Namtha, Phongsali und Houaphan im Norden, Savannakhet, Bolikhamsai und Khammuan im Zentrum sowie Salavan und Attapeu im Süden werden Christen von örtlichen Behörden, insbesondere von Dorfältesten, schikaniert, überwacht, verhaftet und aus den Dörfern vertrieben. Die Polizei verlangt von den Gemeinden, dass sie persönliche Daten wie Fotos, Telefonnummern und Adressen sowohl von Pastoren und Geistlichen als auch von Gemeindegliedern zur Verfügung stellen, um die staatliche Überwachung zu erleichtern. Christen, die im öffentlichen Dienst (darunter auch

im Militär) stehen und deren Glaube entdeckt wird, werden entweder entlassen oder bei Beförderungen übergangen. Die Renten von Christen, die aus dem Staatsdienst ausgeschieden sind, können gekürzt werden. Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2024 gab es eine deutliche Zunahme von Berichten über Christen aus ländlichen Gebieten in ganz Laos, die ihren Glauben widerriefen.

Leben im Staat

Obwohl die laotische Verfassung Religionsfreiheit vorsieht, wird dieses Recht nicht respektiert. Kommunistische Regierungsbeamte üben Druck aus; die meisten Verstöße gegen die Religionsfreiheit von Christen geschehen jedoch auf lokaler Ebene und gehen von Dorfältesten aus. Diesen lokalen Anführern geht es in erster Linie darum, ethnische Praktiken zu bewahren, und bis zu einem gewissen Grad auch darum, die kommunistische Bürokratie aufrechtzuerhalten. Christen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, werden bei Beförderungen für höhere Positionen üblicherweise übergangen, selbst wenn sie über mehr Erfahrung und eine bessere Erfolgsbilanz als andere Kandidaten verfügen.

Kirchliches Leben

Viele kirchliche Aktivitäten bedürfen gemäß Verordnung 315 einer Genehmigung durch die Regierung. Sowohl Geheimdienstmitarbeiter als auch uniformierte Polizisten nehmen an Gottesdiensten teil, zählen die Gottesdienstbesucher und machen sich Notizen zu den Predigten. Gegenüber der Ausübung des Glaubens in städtischen Gebieten ist die Regierung etwas toleranter, sie greift jedoch in ländlichen Regionen oft sehr streng durch. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es Berichte über eine verstärkte Kontrolle von Bibeln und anderem christlichem Material durch die Polizei.





Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2024 wurden neben dem Mord an Pastor Sy Seng Manee (siehe viertes Beispiel) drei weitere Morde an Christen gemeldet. Aus Sicherheitsgründen können keine Details dazu veröffentlicht werden.
- Am 29. Januar 2023 wurden in der südlich-zentralen Region von Laos die Häuser einer Gruppe von Christen von aufgebrachten Dorfbewohnern beschädigt, weil die Christen sich weigerten, ihren Glauben aufzugeben.
- Am 3. Januar und 3. Februar 2023 wurden insgesamt mindestens 15 Christen im Zentrum und Süden von Laos verhaftet. Aus Sicherheitsgründen können keine Details dazu veröffentlicht werden.
- Am 23. Oktober 2022 wurde Pastor Sy Seng Manee ermordet, während er sich auf einer Missionsreise befand. Seine Leiche wurde in einem Wald nahe einer Straße zum Dorf Donkeo in der Provinz Khammuan gefunden. Pastor Sy war bereits 2018 von den Behörden verhaftet worden, als er in seinem Haus wöchentliche Gottesdienste abhielt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	21	75
2023	31	68
2022	26	69
2021	22	71
2020	20	72

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl von Laos auf dem Weltverfolgungsindex 2024 ist im Vergleich zum Vorjahr um noch nie dagewesene 6,6 Punkte gestiegen. Dieser Zuwachs ist fast ausschließlich darauf zurückzuführen, dass sich die Berichte über gewalttätige Vorfälle vermehrt haben und sich folglich der Wert für Gewalt mehr als verdoppelt hat. Für die christliche Gemeinschaft in Laos sind die Morde an vier Christen am eindrucklichsten und schockierendsten, besonders hervorstechend dabei die Ermordung eines Pastors im Oktober 2022.

Darüber hinaus wurde berichtet, dass Kirchen geschlossen und Christen angegriffen sowie inhaftiert worden sind. Nicht abgenommen hat unterdessen der Druck, der von den (hauptsächlich lokalen) staatlichen Behörden auf Christen ausgeübt wird, sowie der sehr starke Druck auf Konvertiten seitens ihrer Familien, Freunde, Nachbarn und der lokalen Behörden. In Gebieten, in denen die Kirche wächst, insbesondere wenn neue Gemeinden in ländlichen Gebieten gegründet werden, sind Druck und sogar Gewalt fast garantiert, auch hier hauptsächlich von Akteuren auf lokaler Ebene. Mit dem sehr hohen Druck auf Christen folgt Laos dem Beispiel anderer Länder, die noch immer von kommunistischen Parteien regiert werden – insbesondere dem großen Nachbarn China.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Gewalt gegen Frauen ist kulturell weitgehend akzeptiert. Christliche Mädchen können in der Schule Diskriminierung und Belästigung erfahren, christliche Leiterinnen können verhaftet werden. Christinnen leiden zudem wirtschaftlich und emotional unter der Verfolgung ihrer Ehemänner, insbesondere wenn diese verhaftet und inhaftiert werden. Christliche Konvertitinnen erfahren den größten Druck, wozu Spott, Isolation und in einigen Fällen auch Scheidung und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zählen. Im familiären Umfeld werden die Konvertitinnen mitunter auch geschlagen oder verstoßen.

Männer: In der Regel handelt es sich bei den Leitern der christlichen Gemeinden um Männer. Sie werden aufgrund ihrer Position häufig zur Zielscheibe von Verfolgung: Pastoren sind Angriffen auf Kirchen und Inhaftierung durch die Behörden ausgesetzt. Für ihre Freilassung müssen beträchtliche Geldbeträge gezahlt werden, und sie berichten von harter und erniedrigender Behandlung während ihrer Inhaftierung. Abgesehen davon werden christliche Männer am Arbeitsplatz verfolgt und diskriminiert oder verlieren ihren Arbeitsplatz sogar ganz, und sie werden von Positionen in staatlichen Behörden und im Militär ausgeschlossen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Buddhisten, die nicht der Hauptströmung der buddhistischen Lehre in Laos angehören, haben manchmal Probleme bei der Registrierung von Mönchen. Unter den ethnischen Gemeinschaften sind es die Hmong (oft Animisten oder Christen), die in einigen Gebieten am stärksten von der Regierung unterdrückt werden. Muslime, Hindus und Bahai stellen winzige Minderheiten im Land dar und werden ebenfalls von den kommunistischen Staatsbehörden unter Druck gesetzt.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Laos hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Laos kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Gemeinschaften und ihre Aktivitäten werden von den Behörden genau überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Der Staat verhängt strenge Beschränkungen für christliche Versammlungen, die über die international anerkannten und erlaubten Beschränkungen hinausgehen (ICCPR Art. 18 und 21)
- Christen werden angegriffen und aus ihrer Kommune ausgeschlossen, wenn sie über ihren Glauben sprechen (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christliche Leiter werden wegen ihres Glaubens inhaftiert (ICCPR Art. 9)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
22

LÄNDERPROFIL

Kuba



Platz 22 / 73 Punkte (2023: Platz 27 / 70 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Seit 1959 wird Kuba von der »Kommunistischen Partei Kubas« (PCC) regiert. Diese versucht, die Kirche gemäß ihrer kommunistischen Ideologie zu kontrollieren. Die Regierung geht mit aller Härte gegen oppositionelle Stimmen und Demonstranten vor. Wenn Leiter von Kirchen und Gemeinden oder christliche Aktivisten das Regime kritisieren, müssen sie mit Verhaftungen, Verleumdungskampagnen, Mobilitätseinschränkungen, Gefängnisstrafen oder Schikanen durch die Regierung und ihre Sympathisanten rechnen (in der Regel durch sogenannte »Actos de Repudio« oder »Ablehnungsaktionen«, die auch physische Gewalt beinhalten können). Mit dem Ziel, den Einfluss der Kirche zu kontrollieren und einzuschränken, ist es üblich, dass die Registrierung neuer Kirchen verhindert wird, was diese zwingt, in der Illegalität zu operieren. Die Behörden verhängen dann Sanktionen wie die vollständige Verweigerung von Lizenzen, Geldstrafen, Beschlagnahmungen von Eigentum und den Abriss und die Schließung von Kirchen (einschließlich Hauskirchen).

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Miguel Díaz-Canel

BEVÖLKERUNG

11.291.000

CHRISTEN

6.966.000 / 61,7 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit Einparteiensystem



©IMB

Hintergrund

Im Jahr 2018 wählte die Nationalversammlung (die ausschließlich aus Vertretern der PCC, der einzigen anerkannten Partei in Kuba, besteht) Miguel Díaz-Canel einstimmig zum Präsidenten des Staats- und des Ministerrats. Damit endete die sechs Jahrzehnte währende Herrschaft der Familie Castro. Trotz dieses Wandels hat sich der sozialistische beziehungsweise kommunistische Druck auf die Gesellschaft nicht verändert. Von den Vereinigten Staaten wird Kuba als »besonders Besorgnis erregendes Land« (»Country of Particular Concern«) eingestuft, das heißt als Land, das für besonders schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit verantwortlich ist.

In dem Versuch, ihrem Handeln einen gewissen Anschein von Legitimität zu verleihen, verabschiedete die Regierung im Mai 2022 ein neues Strafgesetzbuch. Laut Amnesty International gehören zu den »alarmierenden Merkmalen« dieses Strafgesetzes solche Regelungen, die genutzt werden, um Aktivisten zum Schweigen zu bringen und zu inhaftieren, Strafen für Personen, die »eine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren« der Regierung sind, sowie Bestimmungen, die die Meinungsfreiheit im Internet stark einschränken. Nichtsdestotrotz wächst die Opposition gegen die Regierung. Genährt wird diese durch eine Politik, die zum Zusammenbruch des Gesundheitssystems, zu unkontrollierter Inflation, Nahrungsmittel- und Energieunsicherheit und anderen Problemen geführt hat.

Nach Schätzungen der World Christian Database sind 88,7 Prozent der kubanischen Christen Katholiken. Gleichzeitig sind auch andere christliche Konfessionen weiterhin sichtbar präsent und werden von der Bevölkerung akzeptiert, insbesondere die Pfingstkirchen.

Die geringe Unterstützung, die lokale Gemeinden durch ausländische Spenden erhalten, wird ständig überwacht. Solche Spenden nehmen Behörden mitunter zum Anlass, um die betreffenden Gemeinden mit Geldstrafen zu belegen oder zu schikanieren; Sachspenden an die Kirchen werden zuweilen von der Regierung beschlagnahmt und weiterverkauft oder sogar zerstört, so berichten inländische Quellen. Als Repressalie gegen christliche Geschäftsinhaber (zumeist Pastoren) wurden ihre kleinen Unternehmen willkürlich mit Geldstrafen belegt oder gar geschlossen – angeblich, weil sie gegen die 124 verbotenen Tätigkeiten für Selbstständige verstießen, oder als wirtschaftliche Vergeltung für ihre Unterstützung von regierungsfeindlichen Demonstranten.

Christliche Leiter, die sich gegen die Ungerechtigkeit der Regierung aussprechen, gehören zu denjenigen, die unter den Repressionen der Regierung leiden. Zahlreiche Priester und Pastoren wurden wiederholt auf Polizeistationen vorgeladen, erhielten Todesdrohungen, wurden willkürlich verhaftet, von Sicherheitskräften tätlich angegriffen und als politische Gefangene gefoltert, sie waren Opfer von Hausdurchsuchungen, der Beschlagnahme von Gütern sowie von Vertreibung. Außerdem wurden kirchliche Gebäude und Häuser zerstört. Aber nicht nur Leiter von

Kirchen und Gemeinden wurden schikaniert, sondern auch diejenigen, die mit ihnen oder mit christlichen Netzwerken zusammenarbeiten, und diejenigen, die in den sozialen Medien Kritik am Regime äußern.

Kuba hat ein wechselhaftes Verhältnis zu den USA. Nach den Versuchen des früheren US-Präsidenten Barack Obama, die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen, verhängte der darauffolgende US-Präsident Donald Trump neue restriktive Maßnahmen und hielt Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargos aufrecht. Der derzeitige US-Präsident Joe Biden verschärfte im Juli 2021 die Sanktionen gegen Kuba, nachdem kubanische Beamte gegen Demonstranten bei Protesten gegen die Regierung vorgegangen waren. Im Mai 2022 jedoch lockerte die Regierung Biden einige ihrer Maßnahmen gegenüber der Insel.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslime	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurden im ganzen Land, vor allem aber im Osten des Landes und in der Hauptstadt, Vorfälle von Christenverfolgung gemeldet.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung, vermischt mit säkularer Intoleranz

Nach der kubanischen Revolution (26. Juli 1953 – 1. Januar 1959) wurde das Land als kommunistischer Staat aufge-

baut. Nach wie vor wird das Land nach diesem politischen und wirtschaftlichen Modell regiert. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2019 hat die PCC gestärkt; ihr zufolge ist es eine verfassungsmäßige Verpflichtung (auch für religiöse Einrichtungen), sich der Ideologie der PCC zu unterwerfen. Jeder, der dies nicht tut, wird ins Visier genommen und unterdrückt. Mit der Einführung des neuen Familiengesetzbuchs hat außerdem die Intoleranz gegenüber der kirchlichen Lehre zum biblischen Familienmodell zugenommen; dies kann zur Kriminalisierung christlicher Eltern führen, wenn diese nicht den von der Regierung geförderten, ideologisch bedingten Vorstellungen entsprechen.



Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft ist mit kommunistischer Unterdrückung vermischt. Die PCC ist die einzige verfassungsmäßig anerkannte politische Partei. Dies bedeutet, dass jeder, der die Autorität der Parteiführung infrage stellt (sei es aus Gründen des Glaubens oder aus anderen Gründen), als Feind des Regimes bezeichnet wird. Christen sehen sich manchmal gezwungen, gegen ihren Glauben zu handeln, nicht nur, um nicht ins Visier des Regimes zu geraten, sondern etwa auch, um schlicht Zugang zur staatlichen Grundversorgung zu erhalten. Korruption und Straffreiheit werden als Mittel zur Erhaltung der totalen Macht der PCC eingesetzt. Die Regierung kontrolliert den Staatsapparat auf allen Ebenen, und es gibt keine unabhängige Behörde, die für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sorgt. Christen aller Konfessionen (einschließlich der katholischen Kirche) haben keinen legitimen Raum, um sich frei und ohne Angst vor Repressalien zu äußern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen christlichen Gemeinschaften gehören die römisch-katholische Kirche, die orthodoxe Kirche und eine wachsende protestantische Gemeinschaft, die sich aus episkopalen, presbyterianischen, lutherischen und methodistischen Kirchen zusammensetzt. Diese Kirchen werden überwacht und müssen mit staatlichem Widerstand rechnen, wenn Inhalte oder Predigten entdeckt werden, die sich gegen die kommunistische Ideologie richten, und wenn sie Demonstranten, insbesondere Jugendliche,

unterstützen. Sie werden mitunter auch von Leitern politisierter Kirchen und ideologischen Interessengruppen kritisiert und von Regime-Sympathisanten schikaniert. Einige Kirchen, die zu dieser Kategorie gehören, sind nicht offiziell staatlich anerkannt und gehören auch nicht dem »Kirchenrat Kubas« an, der Teil der Struktur des Regimes ist. Solche Kirchen müssen mit den gleichen Konsequenzen rechnen wie nicht registrierte, freikirchliche Gruppen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie gehören Konvertiten, die die christliche Denomination gewechselt haben, sowie solche Konvertiten aus der Santería (synkretistische Religion) oder der PCC. Die Regierung steht solchen christlichen Konvertiten feindselig gegenüber. Sie sind Repressalien ausgesetzt, wenn sie einer Kirche angehören, die als regimekritisch gilt, oder wenn deren Leiter als Konterrevolutionäre angesehen werden. Durch Einschüchterung und Ablehnung wird versucht, von einer Hinwendung zum christlichen Glauben abzuschrecken und so das Wachstum der Kirche zu verhindern.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu zählen hauptsächlich pfingstkirchliche und evangelikale, aber auch baptistische Gemeinden. Diese kirchlichen Gruppen sehen sich nicht nur mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert wie traditionelle Kirchen, sondern haben auch kaum die Möglichkeit, sich registrieren zu lassen und die gleichen Rechte zu erhalten wie Kirchen mit staatlicher Anerkennung. Aufgrunddessen sind diese Gemeinden und ihre Leiter in höherem Maße Repressionen und Schikanen ausgesetzt. Sie sind gezwungen, außerhalb des Gesetzes zu handeln, was es möglich macht, jede ihrer Aktivitäten als einen Grund anzuführen, sie mit einer Geldstrafe zu belegen oder sie strafrechtlich zu verfolgen. Meistens haben sie keine andere Wahl, als sich heimlich in Hauskirchen zu versammeln. Sie leben in ständiger Angst, vom Regime und den Parteimilizen entdeckt zu werden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Glaubensbekundungen in Blogs und den sozialen Medien werden vom Staat genau überwacht. Besonders nach der Covid-19-Pandemie haben sich die Zensurmaßnahmen verschärft und zu Internet- und Reiseverboten geführt. Das hat die Weitergabe des christlichen Glaubens eingeschränkt. In der Praxis gehen alle Kubaner davon aus, dass die Nutzung sozialer Medien und Telefongespräche von den Behörden überwacht werden. Selbstzensur ist die Folge. Christliche Menschenrechtsaktivisten und diejenigen, die das Regime infrage stellen und herausfordern, werden willkürlich verhaftet und unter Hausarrest gestellt, wodurch sie von ihrer Familie und Gemeinde abgeschnitten werden. Manchmal müssen sie unter strenger polizeilicher Überwachung in ihren Häusern bleiben, ohne jemanden kontaktieren zu können.

Familienleben

Der Staat sieht sich in der Hauptverantwortung für Bildung und Erziehung. Kommunistischer Unterricht ist verpflichtend an den Schulen. Jeden Morgen, bevor der Unterricht beginnt, müssen alle Schüler mit erhobener Hand schwören: »Wir werden wie Che sein!« (Che Guevara ist eine kommunistische Ikone.) Eltern, die in ihrer Erziehung von den kommunistischen Werten und von dem ideologisch bedingten, vom Staat postulierten Familienbild abweichen, müssen dem Gesetz zufolge damit rechnen, mit Verhören, Drohungen, Verhaftungen, Gefängnisstrafen und dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder konfrontiert zu werden. Kinder von Christen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen, sind Einschüchterungen und anderen Schwierigkeiten wie Verhören und Inhaftierung ausgesetzt,

da sie als Kinder von »Feinden der Revolution« angesehen werden. Christen, die sich der Regierung widersetzen, sind manchmal gezwungen, in einen anderen Teil des Landes umzuziehen, um ihre Familie vor unnötigem Leid zu bewahren. Das bedeutet, dass die Familie für längere Zeit getrennt ist.

Gesellschaftliches Leben

Militante und Sympathisanten des Regimes überwachen die Aktivitäten von Christen genau. Christen, die sich auf Grundlage ihres Glaubens gegen das Regime geäußert oder an Streiks gegen das Regime teilgenommen haben, gelten als Regimekritiker und werden überwacht, verhört, in der Arbeitswelt diskriminiert sowie am Zugang zu staatlich verwalteten Gesundheitsdiensten und zu kommunalen Beihilfen gehindert. Dies gilt ebenso für diejenigen, von denen bekannt ist, dass sie Kirchen angehören, die der Regierungspartei kritisch gegenüberstehen. Die sogenannten »Komitees zur Verteidigung der Revolution« sind die wichtigsten Informanten der Regierung. Ihr Ziel ist es, die Verbreitung von antikommunistischem Gedankengut zu verhindern, und sie bedienen sich dazu der Hilfe von anderen Bürgern, Milizen der PCC und Regierungsbeamten. Alle Schüler, auch Christen, werden gezwungen, die marxistische Ideologie als Teil des staatlichen Pflichtlehrplans zu lernen, sogar an den Universitäten. Wenn sie versuchen, sich dieser erzwungenen Indoktrination zu widersetzen, droht ihnen das Verbot, ihre Ausbildung fortzusetzen. Gelegentlich verlangen Beamte als Schikane Geld von Christen, damit sie ihre Aktivitäten mit weniger Einschränkungen ausüben können. Dies stellt jedoch keine wesentliche Risikominderung dar. Diese Geldforderung ist eine »private und willkürliche Vereinbarung« und hat keine rechtliche Grundlage.

Leben im Staat

Die Regierung gewährleistet keine freie Meinungsäußerung. Dies gilt insbesondere in letzter Zeit aufgrund der zunehmenden Überwachung von sogenannten »Rebellen« und wegen der Durchsetzung des Dekrets 370 des neuen Strafgesetzbuchs und des neuen Familiengesetzbuchs. Wenn sich Christen, christliche Organisationen, Befürworter von Religionsfreiheit oder christliche Menschenrechtsaktivisten zu Themen äußern wie beispielsweise zu der Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte durch den Staat, der Notwendigkeit der Abkehr vom kommunistischen Modell, der Unantastbarkeit der Ehe (etwa im Zusammenhang mit dem Referendum über das neue Familiengesetzbuch) oder auch zu den Skandalen im Zusammenhang mit der Familie Castro, dann sehen sich diese mit willkürlichen Verhaftungen, Diskriminierung, Verleumdungskampagnen, Geldstrafen, Strafverfolgung, Reisebeschränkungen, Zensur, unfairer Behandlung vor Gericht und vielem mehr konfrontiert. Viele Christen und ihre Familien, die mit solchen Einschränkungen konfrontiert sind, gehören nicht registrierten Kirchen an, insbesondere solchen, die mit der Evangelischen Allianz Kubas (Alianza de Iglesias Evangélicas de Cuba) verbunden sind, die offen Kritik an den Ungerechtigkeiten der Regierung übt. Das Regime hat die vollständige Kontrolle über das Justizsystem, und die Urteile werden immer zu seinen Gunsten ausfallen, was ihm Straffreiheit garantiert. Somit werden die Rechte auf Verfahrensgarantien für Christen, einschließlich des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, nicht angemessen gewahrt.

Kirchliches Leben

Nur eine Minderheit der Kirchen in Kuba wurde vor der kommunistischen Revolution von 1959 registriert und ist damit rechtlich anerkannt. Seitdem wurde die Registrierung in den meisten Fällen mit der Begründung verweigert, dass eine andere örtliche Gruppe bereits identische oder ähnliche Ziele verfolge oder dass die Aktivitäten des Antragstellers in irgendeiner Weise dem Gemeinwohl schaden könnten (das heißt der Ideologie der PCC zuwiderlaufen). Weil ihnen die Registrierung verweigert wurde, gelten viele Kirchen als illegal. Diese nicht registrierten Kirchen müssen mit Strafen rechnen, die von Geldstrafen bis zur Schließung ihrer Organisationen, der Verfolgung ihrer Leiter und der Beschlagnahmung ihres Eigentums reichen. Jede beantragte Erlaubnis oder Genehmigung einer Kirche oder eines religiösen Leiters, die als »Feinde der Revolution« gelten, wird willkürlich verweigert. Das ständige Risiko staatlicher Repressalien hindert anerkannte wie nicht anerkannte Kirchen daran, im öffentlichen Raum zu agieren. Dies gilt insbesondere in Bezug auf politisch umstrittene Themen (wie zum Beispiel das Referendum über das neue Familiengesetzbuch 2022 und dessen Anwendung), bei der Unterstützung politischer Gefangener und Bedürftiger und im Falle der Forderung von Lösungen für die humanitäre und wirtschaftliche Krise. Predigten werden ständig überwacht und der Einfluss der Zivilgesellschaft wird von der kommunistischen Regierung eingeschränkt.





Mitwirkung des Schulpersonals verhaftet, ebenso wie ihre Mutter, die Aktivistin Marisol Peñas Cobas. Diese war im März 2022 offiziell angeklagt worden, »Handlungen gegen die normale Entwicklung der Minderjährigen« begangen zu haben, weil sie »ihre Tochter nicht gelehrt habe, die Revolution zu lieben«. Sie kam frei, nachdem sie eine Kaution von zweitausend Pesos gezahlt hatte.

- Im Dezember 2022 beschuldigte die Frau des Pastors und Menschenrechtsaktivisten Lorenzo Rosales die Behörden in der Stadt Santiago de Cuba, ihren Mann im Gefängnis zu schikanieren. Er war zu einer siebenjährigen Haftstrafe im Boniato-Gefängnis in der Stadt verurteilt worden und wird den Angaben seiner Ehefrau zufolge nun laufend von Vollzugsbeamten und Agenten der Staatssicherheit schikaniert.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	22	73
2023	27	70
2022	37	66
2021	51	62
2020	61	52

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im April 2023 wurde die Kirche Jesús Obrero in Havanna von Vandalen heimgesucht, die einbrachen und einige Kabel beschädigten, aber nichts entwendeten. Der Priester der Kirche, Lester Rafael Zayas Díaz, ist als offener Kritiker des kubanischen Regimes bekannt. Die Kirche Iglesia del Sagrado Corazón de Jesús in Havanna, die ebenfalls von Zayas Díaz betreut wird, wurde in den Monaten März, Juni und August unter ungeklärten Umständen mehrfach beschädigt.
- Die Organisation »Global Observatory on Academic Freedom« berichtet über die Verhaftung eines 7-jährigen Mädchens im April 2023 in der Stadt Camagüey. Das Mädchen wurde während der Schulzeit und unter

Die Gesamtpunktzahl Kubas stieg um drei Punkte, was auf eine Zunahme der Werte sowohl von Druck als auch Gewalt zurückzuführen ist. Es gab sehr leichte bis leichte Anstiege in allen Lebensbereichen, und die Gewalt stieg von 7,0 Punkten im Vorjahr auf nun 8,7 Punkte, weil im Berichtszeitraum mehr Kirchengebäude angegriffen wurden, ebenso wie Privatbesitz von Christen. Die Repressionen gegen Andersdenkende nehmen stetig zu und werden immer offenkundiger, insbesondere dort, wo Leiter von Kirchen und Gemeinden sowie christliche Aktivisten auf Menschenrechtsverletzungen der Regierung hinweisen, Protestierende unterstützen oder mit dem 2022 verabschiedeten Familiengesetzbuch nicht einverstanden sind. Wer sich öffentlich in diese Richtung äußert, läuft Gefahr, Opfer verschiedener Formen von Feindseligkeiten zu werden, einschließlich willkürlicher Verhaftungen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christliche Frauen werden oft wegen ihrer konservativeren sexuellen Werte angefeindet, insbesondere wenn sie sich gegen Abtreibungen aussprechen. Aktivistinnen, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden in der Regel entlassen, bedroht und überwacht. Die Polizei misshandelt und verprügelt weiterhin die »Damen in Weiß« (eine von den Angehörigen politischer Gefangener gegründete Gruppe) auf dem Weg zu und von den Gottesdiensten, nach denen sie für gewöhnlich ihre stillen Demonstrationen ausüben. Häusliche Gewalt ist nach wie vor ein Problem.

Männer: Christliche Männer, insbesondere Pastoren, werden häufiger verhaftet oder belästigt als Frauen, da sie oftmals Führungspositionen innehaben und das Verhalten der Regierung aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen kritisieren. Die Verhaftungen nahmen nach den Protesten vom Juli 2021 deutlich zu, wovon viele junge Männer betroffen waren. Christliche Männer in Kuba sehen sich Schlägen, Verhaftungen, der Beschlagnahmung christlicher Literatur, der Zerstörung von Eigentum und Morddrohungen ausgesetzt. Im Rahmen der Wehrpflicht sind christliche Männer zusätzlich gefährdet, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Das Ausmaß der Diskriminierung und Verfolgung hängt von der Einstellung des befehlshabenden Offiziers ab.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Leiter und Praktizierende der Santería, insbesondere Mitglieder der nicht registrierten »Free Yoruba Association of Cuba«, sind häufig Zielscheibe von Schikanen der Regierung. Außerdem werden Vertreter der muslimischen Gemeinschaft diskriminiert, zum Beispiel indem ihnen die Reiseerlaubnis verweigert wird.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kuba hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) (*nur unterzeichnet, nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kuba kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christen werden verhaftet, wenn sie für ihre Rechte eintreten (ICCPR Art. 9 und 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Kinder werden in der Schule ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben (ICCPR Art. 18; CRC Art. 14 und 24)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
23

LÄNDERPROFIL

Mauretanien



Platz 23 / 72 Punkte (2023: Platz 20 / 72 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stoßen in ihren eigenen Familien und in der Gesellschaft auf heftigen Widerstand. Dieses restriktive Umfeld macht es ihnen unmöglich, öffentlich Gottesdienste abzuhalten. Jede öffentliche Glaubensbekundung von nicht mauretanischen Christen, einschließlich Migranten aus Subsahara-Afrika und Asien, birgt zudem die Gefahr, als versuchte Missionierung von Muslimen verstanden zu werden; dies kann zu Verhaftung und Ausweisung führen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident
Mohamed Cheikh Ghazouani

BEVÖLKERUNG

5.030.000

CHRISTEN

11.100 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidialrepublik

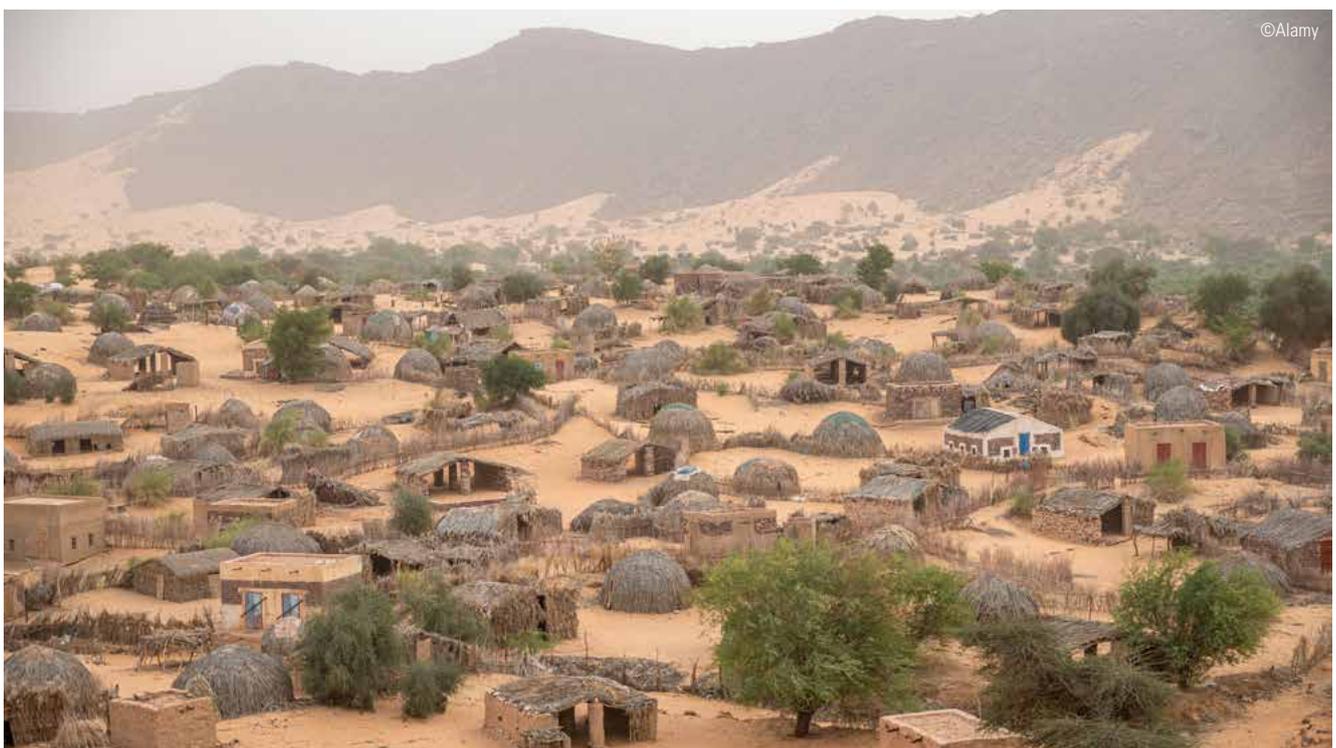


Hintergrund

Obwohl Mauretanien reich an Bodenschätzen ist, ist das Land eines der ärmsten der Welt. Die Kultur ist im Kern traditionell und stammesbezogen geprägt. Die Praxis der Sklaverei wird fortgeführt. Sie ist eine der Hauptursachen für die soziale Spaltung und Feindseligkeit zwischen der Gruppe der »Bidhan« mit arabisch-berberischer Abstammung und der Gruppe der »Haratin«, die hauptsächlich ethnische Afrikaner sind und oftmals immer noch unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen. Nahezu die gesamte politische und wirtschaftliche Macht liegt in den Händen der Bidhan, was bedeutet, dass die Mehrheit der Gesellschaft (etwa 70 Prozent) stark marginalisiert bleibt.

Gewalttätige islamistische Kämpfer sind vor allem in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv. Entführungen durch militante oder andere kriminelle Gruppen sind im ganzen Land ein Risiko, insbesondere für Ausländer, wobei der Westen des Landes um die Hauptstadt Nouakchott im Allgemeinen sicherer ist.

Der vollständige Name des Landes lautet Islamische Republik Mauretanien. Die meisten Mauretanier sind sunnitische Muslime. Die Regierung lehnt jede Art von Missionierung ab, und ihre Feindseligkeit gegenüber christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund ist groß. Theoretisch wird Apostasie (Glaubensabfall vom Islam) mit der Todesstrafe geahndet, allerdings sind in den letzten Jahren keine Fälle bekannt geworden, in denen dies umgesetzt wurde. Das Pressegesetz verbietet laut der christlichen Hilfsorganisation »Middle East Concern« den Druck, die Verteilung und die Einfuhr von nicht islamischen religiösen Materialien, obwohl der private Besitz nicht illegal ist.



Die meisten Christen im Land sind Ausländer und kommen hauptsächlich aus den benachbarten afrikanischen Ländern südlich der Sahara wie zum Beispiel aus dem Senegal und Guinea-Bissau. Sie verfügen über eine eingeschränkte Religionsfreiheit und können an Gottesdiensten teilnehmen, allerdings nur in dafür ausgewiesenen Einrichtungen. Jegliche Kontaktaufnahme mit Mauretaniern, die alle Muslime sein sollen, ist strengstens untersagt. Nach Angaben der World Christian Database ist die Mehrheit der Christen in Mauretanien römisch-katholisch.

Die Zahl der mauretanischen Konvertiten, die den Islam verlassen und den christlichen Glauben angenommen haben, bleibt gering. Sie stehen unter extrem hohem Druck durch Familie, Gesellschaft und Staat.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	11.100	0,2
Muslime	4.994.000	99,3
Anhänger ethnischer Religionen	19.400	0,4
Bahai	490	< 0,1
Atheisten	420	< 0,1
Agnostiker	4.800	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Stammes- und Familienbeziehungen sind in ländlichen Gebieten besonders eng, aber selbst in der Hauptstadt Nouakchott kann der Druck auf christliche Konvertiten hoch sein. »Al-Qaida im islamischen Maghreb« und die »Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika« sind besonders in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv und stellen dort eine Bedrohung für die Christen dar.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

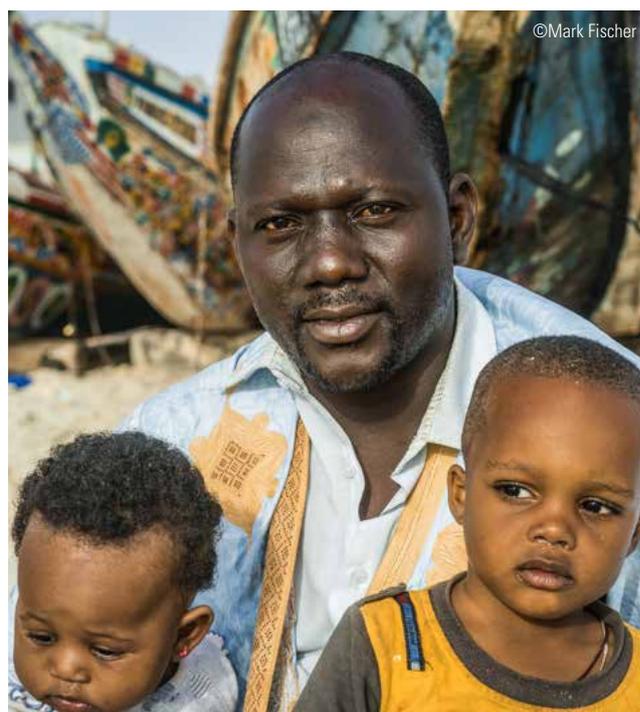
Islamische Unterdrückung

Dies ist die wichtigste Triebkraft der Verfolgung in Mauretanien. Mauretanien ist eine islamische Präsidentialrepublik; der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie

im Lande. Nichtmuslime erfahren Einschüchterungen und Verfolgung, insbesondere durch islamische Gruppen. Zahlreiche Mauretanier haben sich gewalttätigen islamisch-extremistischen Milizen angeschlossen, sowohl in der nordafrikanischen Region als auch in Syrien und im Irak. Während die Regierung auf der einen Seite versucht, die islamische Militanz zu bekämpfen, bietet sie gleichzeitig wahhabitischen und anderen islamisch-extremistischen Bewegungen wie der Muslimbruderschaft eine öffentliche Plattform. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da ihr neuer Glaube von ihren Familien und der Gesellschaft nicht toleriert wird.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Spannungen aufgrund von Stammesdenken und von Rassismus sind eng miteinander verwoben in diesem sehr konservativen und traditionellen Land. Wenn sich ein Muslim dem christlichen Glauben zuwendet, hat er nicht nur Angst vor dem Druck seitens der Familie und der Regierung, sondern auch vor der Schande, die die gesamte Stammesgruppe oder Ethnie empfindet – denn dies führt zu weiterer Verfolgung. Das Problem der Sklaverei im Land, das mit der ethnischen Zugehörigkeit zusammenhängt, hat ebenfalls zu Verfolgung geführt, da die Verfechter der Sklaverei argumentieren, diese sei vom Islam gebilligt; und die Kampagne gegen Sklaverei hat eine feindselige Reaktion von Islamisten im Land ausgelöst. Christen aus Subsahara-Afrika, die im Land leben, sind einer Mischung aus religiöser und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt.



Organisiertes Verbrechen und Korruption

Sowohl Stammeszugehörigkeit als auch religiöse und persönliche Beziehungen sind in der mauretanischen Gesellschaft sehr wichtig. Vetternwirtschaft, Klientelismus und andere Formen der Korruption sind weit verbreitet, auch innerhalb der Regierung. Kampagnen gegen die Korruption haben sich bisher nur auf Randfiguren konzentriert. Journalisten, die über Korruption im Zusammenhang mit staatlichen Behörden recherchieren, werden eingeschüchtert, inhaftiert und der Verleumdung beschuldigt, wie der »Bertelsmann Transformation Index« berichtet. Die Mächtigen, die Verbindungen zur Armee und zur Regierung haben, können sich bereichern und mit Straffreiheit rechnen. In einem solchen Klima haben Christen kaum eine Chance auf einen festen Arbeitsplatz oder ein ehrliches Einkommen.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung zeigt sich ziemlich paranoid, was ihren Machterhalt betrifft. Daher kann es zu verstärkter Verfolgung kommen, wenn irgendein »christianisierender« Einfluss ihre Macht zu bedrohen oder infrage zu stellen scheint. Darüber hinaus versucht die Regierung, ihre Legitimität unter den islamischen Gruppen zu stärken, indem sie den christlichen Glauben und die Christen unterdrückt. Vor allem seit den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2019 hält diese Entwicklung an. Der christliche Glaube wird oft mit Verwestlichung gleichgesetzt und daher von der Regierung als ausländische und fremde Bedrohung angesehen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die größte Gruppe bilden römisch-katholische Arbeitsmigranten aus Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Protestanten und Evangelikalen aus Ländern südlich von Mauretanien. Es gibt auch eine kleine Anzahl von Christen aus westlichen Ländern. Afrikanische Christen, die als Arbeitsmigranten ins Land gekommen sind, führen aufgrund ethnischer Vorurteile und des Drucks durch den islamischen Extremismus im Land ein unsicheres Dasein.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind sehr stark dem gezielten Druck und der Gewalt durch islamistische Gruppen, die eigene (Groß-)Familie und ihr soziales Umfeld ausgesetzt. In dieser nomadischen Gesellschaft ist gemeinschaftlicher Zusammenhalt überlebenswichtig. Christliche Konvertiten verlieren ihren Status in ihrer Gemeinschaft, wenn ihr Glaubenswechsel öffentlich bekannt wird, weshalb die meisten versuchen, ihren Glauben zu verbergen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.



Privatleben

Für Christen ist es oft riskant, ihren Glauben zu offenbaren. Ausländische Christen, insbesondere aus Subsahara-Afrika, erfahren häufig Diskriminierung und Beschimpfung, sobald sie öffentlich als Christen erkannt werden; teilweise werden sie auch der Missionierung bezichtigt. Taufen können nur im Geheimen durchgeführt werden. Viele christliche Konvertiten muslimischer Herkunft zögern, sich taufen zu lassen, da sie fürchten, ihr Glaubenswechsel könnte entdeckt werden. Das könnte bedeuten, dass gegen sie Anklage wegen Apostasie erhoben wird. Ein Glaubenswechsel beziehungsweise das Verlassen des Islam ist gesetzlich verboten, und wer als kritisch gegenüber dem Islam wahrgenommen wird, riskiert die Todesstrafe. Obwohl dieses Gesetz weitgehend symbolisch ist, bleibt es dennoch eine bedeutende Bedrohung für christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund.

Familienleben

Alle Mauretaniaer und ihre Kinder werden als Muslime betrachtet und automatisch als solche registriert. Christliche Kinder an öffentlichen Schulen müssen den islamischen Unterricht besuchen. Sie sind dort leicht Diskriminierung und Schikanen ausgesetzt. Die Hinwendung zum christlichen Glauben ist in Mauretania ein Scheidungsgrund. Das Elternteil, dessen Glaubenswechsel bekannt wird, kann das Sorgerecht für die Kinder verlieren.

Gesellschaftliches Leben

Das soziale Umfeld übt extremen Druck auf Mauretaniaer aus, die nicht dem sunnitischen Islam folgen. Dieser Druck kann in Form von Ächtung, sozialer Diskriminierung, wirtschaftlicher Ausgrenzung oder sogar Gewalt erfolgen. Hinzu kommt, dass die mauretaniaische Gesellschaft entlang

ethnischer Grenzen gespalten ist und die Wirtschaft und die Regierung von Korruption und Klientelismus geprägt sind. Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden sowohl wegen ihrer Hautfarbe als auch wegen ihres Glaubens diskriminiert.

Leben im Staat

Das mauretaniaische Strafrecht sieht die Todesstrafe für Apostasie und Blasphemie vor. Christen müssen sorgfältig darauf achten, dass ihre Worte nicht als Kritik am Islam oder an der Regierung ausgelegt werden.

Kirchliches Leben

Als Teil des Erbes der französischen Kolonialherrschaft hat nur die römisch-katholische Kirche einen Rechtsstatus und darf öffentliche Gebäude unterhalten. Jedoch erlaubt es die katholische Kirche in der Diözese Nouakchott auch evangelikalen Gemeinden, einen Raum auf dem Hauptgelände der Kirche für ihre Gottesdienste zu nutzen. Da Missionstätigkeit strengstens verboten ist, ist es den Kirchen ausländischer Christen nicht erlaubt, Muslime in ihren Räumlichkeiten zu empfangen, geschweige denn christliche Konvertiten in ihre Gemeinden zu integrieren.

Beispiel für Auftreten von Gewalt

- Es kam zu mehreren Vorfällen, von denen sowohl einheimische als auch ausländische Christen betroffen waren. Aus Sicherheitsgründen können jedoch kaum Einzelheiten bekannt gegeben bzw. Beispiele genannt werden. Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2024 wurden mindestens zwei christliche Konvertitinnen zwangsverheiratet.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	23	72
2023	20	72
2022	23	70
2021	20	71
2020	24	68

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2024 hat Mauretanien dieselbe Punktzahl wie im Vorjahr erreicht, ist aber um drei Plätze zurückgefallen, da die Verfolgung in anderen Ländern im Vergleich zugenommen hat. Der durchschnittliche Druck ist mit 14,2 Punkten extrem hoch, der Wert für Gewalt dagegen bleibt mit 1,3 Punkten eher niedrig. Insbesondere in den Lebensbereichen des Privatlebens, Familienlebens, kirchlichen Lebens und Lebens im Staat ist der Druck extrem hoch. Darin spiegelt sich der Druck wider, dem mauretanische christliche Konvertiten durch die Familie, die Gemeinschaft und die Regierung ausgesetzt sind. Auch ausländische Christen aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden von der mauretanischen Gesellschaft und der Regierung stark diskriminiert, da ihr Glaube sie besonders verletzlich macht, zusätzlich zur Rassendiskriminierung.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In der Stammesgesellschaft Mauretaniens sind Frauen der Autorität ihrer Väter und Ehemänner unterworfen. Das bringt christliche Konvertitinnen in eine extrem schutzlose Position. Teilweise wird ihnen die Nahrung vorenthalten, sie werden schikaniert, unter Hausarrest gestellt oder verprügelt. Die meisten Frauen dürfen nicht wählen, wen sie heiraten; und christliche Konvertitinnen können so gezwungen werden, einen muslimischen Mann zu heiraten. Weigern sie sich, riskieren sie, geächtet zu werden. Verheiratete Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, können leicht geschieden werden. Dadurch verlieren sie

ihre Lebensgrundlage, denn üblicherweise sind Frauen in Mauretanien finanziell komplett von ihren männlichen Vormündern abhängig.

Männer: Männliche christliche Konvertiten bringen Schande über ihre Familie. Sie werden häufig aus ihrem Umfeld ausgeschlossen, von zu Hause vertrieben oder körperlich misshandelt. Manche beschließen zu fliehen. Wenn sich bestätigt, dass ein Mann tatsächlich konvertiert ist, kann vor einem religiösen Gericht Anklage wegen Apostasie gegen ihn erhoben werden. Christlichen Männern drohen lange Haftstrafen und hohe Geldstrafen. Durch eine starke »Arabisierung«-Bewegung werden viele Christen aus Subsahara-Afrika unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen, oder vor große Schwierigkeiten gestellt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt eine sehr kleine, aber wachsende Minderheit schiitischer Muslime in Mauretanien. Die mauretanische Regierung unterhält traditionell gute diplomatische Beziehungen zum Iran und zögerte deshalb, schiitische Muslime ins Visier zu nehmen. 2018 wurde jedoch ein schiitisches religiöses Zentrum geschlossen. Sunnitische religiöse Leiter im Land haben zunehmend ihre Ablehnung gegenüber dieser Minderheit zum Ausdruck gebracht und die Regierung aufgefordert, Beschränkungen zu verhängen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mauretanien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mauretanien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Mauretanier, die zum Christentum konvertieren, werden inhaftiert und in der Haft unmenschlich behandelt (ICCPR Art. 7, 9 und 18)
- Christinnen, die zum Christentum konvertiert sind, werden noch vor Erreichen der Volljährigkeit mit muslimischen Männern zwangsverheiratet, um sie zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Kinder müssen den islamischen Religionsunterricht in der öffentlichen Schule besuchen und werden aufgrund ihres Glaubens diskriminiert und unter Druck gesetzt (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Konvertiten sind vom Zugang zu kommunaler Versorgung ausgeschlossen und ihre Geschäfte werden boykottiert (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
24

LÄNDERPROFIL

Marokko



Platz 24 / 71 Punkte (2023: Platz 29 / 69 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Ein immer wiederkehrendes Problem für Christen, die offen zu ihrem Glauben stehen, ist Artikel 220 des marokkanischen Strafgesetzbuches, der die »Erschütterung des Glaubens eines Muslims« unter Strafe stellt. Für viele Christen, die mit anderen über ihren Glauben sprechen, besteht daher die Gefahr, verhaftet und strafrechtlich verfolgt zu werden. Aber auch auf diejenigen, die sich für die Rechte von Christen einsetzen, hat es die Regierung abgesehen. Gewaltbereite islamische Extremisten nehmen diese Personen ebenfalls ins Visier. Während das Gesetz nur die Missionierung unter Strafe stellt, können Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, auch auf andere Weise bestraft werden, beispielsweise verlieren sie ihr Erbrecht und das Sorgerecht für ihre Kinder.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Mohammed VI.

BEVÖLKERUNG

38.194.000

CHRISTEN

31.200 / 0,1 %

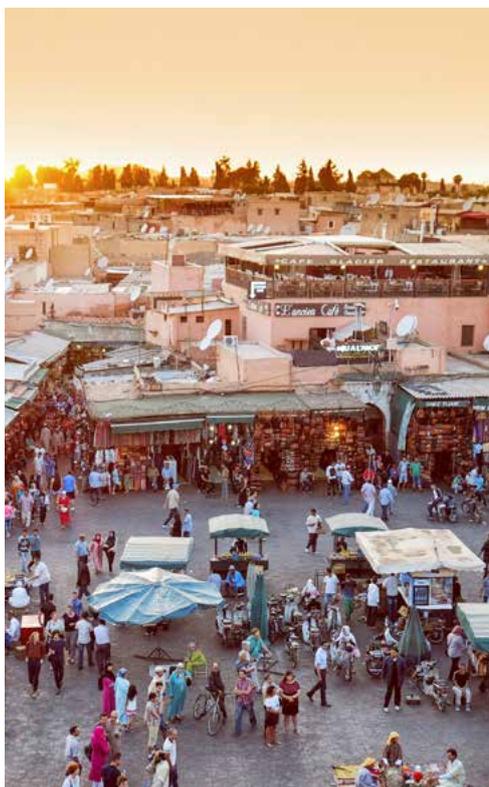
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

Marokko erlangte 1956 die Unabhängigkeit von Frankreich. Seitdem ist das Land im Vergleich zu seinen regionalen Nachbarn relativ stabil und wohlhabend. Im Jahr 2011 erreichte der Arabische Frühling Marokko. Zahlreiche Demonstranten brachten ihre Frustration über die Arbeitslosigkeit zum Ausdruck und forderten mehr bürgerliche Freiheiten. Die Regierung organisierte ein Referendum über Verfassungsreformen und konnte so den politischen Umbruch vermeiden, von dem ein Großteil der übrigen arabischen Welt betroffen war. Nichtsdestotrotz gibt es weiterhin Unzufriedenheit in der Bevölkerung – besonders im Norden des Landes in der Region des Rifgebirges. Die dort lebenden Menschen sind hauptsächlich ethnische Berber. Sie fühlen sich von der Regierung vernachlässigt und an den Rand gedrängt.

Der Islam ist die offizielle Staatsreligion und 99 Prozent der Bevölkerung sind (überwiegend sunnitische) Muslime. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind die früher großen jüdischen und christlichen Gemeinschaften zahlenmäßig stark zurückgegangen.

Die Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben ist in Marokko zwar nicht offiziell verboten – in der Praxis wird die Religionsfreiheit dennoch stark gesetzlich eingeschränkt. So schreibt das christliche Hilfswerk Middle East Concern in seinem Länderprofil zu Marokko: »Blasphemie, die Verleumdung von Religionen sowie nicht muslimische Missionierung sind per Gesetz strengstens verboten. Laut Strafgesetzbuch erhält man eine Geld- und Haftstrafe, wenn man einen anderen Menschen davon abzuhalten versucht, seinen Glauben auszuüben; oder wenn man Vergütungen anbietet, um ‚den Glauben eines Muslims zu erschüttern‘ oder ihn zu einer anderen Religion zu bekehren. Das Vereinigungsgesetz verbietet Vereinigungen, die zum Ziel haben, den Islam zu untergraben. Die Verteilung nicht islamischer Materialien unterliegt Einschränkungen. [...] Frauen, die als Muslimas registriert sind, ist es nicht erlaubt, Nichtmuslime zu heiraten.«

Die Mehrheit der Christen in Marokko sind ausländische Christen, die der römisch-katholischen Kirche angehören. Für sie gibt es einige offiziell zugelassene Kirchengebäude – jedoch nur in den größeren Städten. Einheimischen Christen (Konvertiten muslimischer Herkunft) ist es verboten, diese Gemeinden zu besuchen.

Marokkanische Christen haben fast alle einen muslimischen Hintergrund. Wenn ihr neuer Glaube bekannt wird, erleben sie gesellschaftliche Schikane, zum Beispiel in Form von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Von der Regierung werden sie nicht als Christen anerkannt, und der Geheimdienst überwacht sie genau. Darüber hinaus erleben christliche Konvertiten in den meisten Fällen Feindseligkeiten vonseiten ihrer (Groß-)Familien und der Gesellschaft.

Christen, besonders Konvertiten, sind sehr vorsichtig darin, wie sie sich in den sozialen Medien äußern. Denn Aussagen, die als Kritik am Islam

oder am König und dessen religiöser Autorität verstanden werden könnten, können nicht nur gesellschaftlichen Hass hervorrufen, sondern auch zu Haftstrafen führen. Die meisten Christen, die christliche Beiträge veröffentlichen, nutzen Pseudonyme. Auf der anderen Seite hat das Internet aber auch Vorteile für Christen: Dank des gestiegenen Internetzugangs und der sozialen Medien können viele christliche Konvertiten inzwischen online Gemeinschaft mit anderen Christen haben – selbst wenn sie geographisch isoliert von anderen Christen leben.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	31.200	0,1
Muslime	38.073.000	99,7
Juden	2.200	< 0,1
Bahai	37.900	0,1
Atheisten	350	< 0,1
Agnostiker	49.200	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die islamische Bevölkerung in den ländlichen Gebieten ist bekanntermaßen konservativ; die meisten Übergriffe finden im mehrheitlich von Berbern bewohnten Nordosten des Landes, im Atlasgebirge und im südöstlichen Wüstengebiet statt. Die meisten Christen muslimischer Herkunft leben in den Städten, wo es leichter ist, dem Druck der Familie und der Gesellschaft zu entgehen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

In Marokko ist die islamische Unterdrückung im Vergleich zu anderen Ländern der Region moderater ausgeprägt. Zu den von den islamischen Behörden auferlegten Einschränkungen gehören die Beschlagnahmung von christlicher Literatur in arabischer Sprache (einschließlich Bibeln), wenn diese entdeckt wird, sowie das Verbot, mit Christen aus dem Ausland zusammenzuarbeiten, insbesondere wenn eine Evangelisationsveranstaltung geplant ist. Außerdem ist

es für Christen muslimischer Herkunft beinahe unmöglich, Zulassungen für Räumlichkeiten zum Feiern von Gottesdiensten zu erhalten. Darüber hinaus sehen sich christliche Konvertiten aus dem Islam aufgrund ihres neuen Glaubens dem Druck von Familie und Gesellschaft ausgesetzt.

Diktatorische Paranoia

Die marokkanische Regierung betrachtet die Kirche mit Misstrauen, insbesondere Aktivitäten, die mit Konvertiten zu tun haben. Man erwartet von Marokkanern, dass sie dem Islam, dem König und dem Land gegenüber loyal sind. In den vergangenen Jahren haben die Behörden Christen der Untreue gegenüber dem König beschuldigt und viele ausländische Christen ohne ordnungsgemäßes Verfahren abgeschoben. Einer der Gründe für diese Art von Maßnahmen der Regierung könnte die Angst vor islamisch-extremistischen Gruppen sein; die Regierung versucht durch Beschwichtigung dieser Gruppen, Unruhen zu verhindern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden oft überwacht und riskieren ihre Abschiebung, wenn sie vermeintlich missionarisch tätig sind. Gleichwohl genießen sie relative Freiheit. Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara (meist Christen aus Pfingstgemeinden) werden häufig ausgegrenzt und diskriminiert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund treffen sich in Hauskirchen, weil sie keine Erlaubnis erhalten, sich in offiziellen Kirchen zu versammeln. Sie werden von Familie und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. In den Städten ist die religiöse Toleranz jedoch meist etwas höher als in ländlichen Gebieten. In der Regel werden Christen muslimischer Herkunft überwacht, und es kann zu Übergriffen kommen, wenn sie das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Sowohl für einheimische als auch für ausländische Christen ist es riskant, in der Öffentlichkeit mit Personen außerhalb ihrer unmittelbaren Familie über ihren Glauben zu sprechen. Denn dies birgt das Risiko, nach marokkanischem Recht wegen »Erschütterung des Glaubens eines Muslims« angeklagt zu werden. Mitbürger können manchmal gewalttätig reagieren, wenn sie sehen, dass ein Konvertit ein christliches Symbol trägt oder über seinen Glauben spricht, und viele Christen muslimischer Herkunft haben Angst, über ihren neuen Glauben zu sprechen.

Familienleben

Die Heirat zwischen einer muslimischen Frau und einem christlichen Mann ist gesetzlich verboten. Bei Kindern von Christen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie von Gleichaltrigen diskriminiert und gemobbt werden und von

der Gemeinschaft im Allgemeinen Ausgrenzung erfahren. Auf christliche Familien muslimischer Herkunft wird gezielt Druck ausgeübt, um entweder ihre Anpassung an islamische Werte zu erzwingen oder sie zum Auswandern zu bewegen.

Gesellschaftliches Leben

Der christliche Glaube wird als etwas angesehen, das nicht zur traditionellen marokkanischen Identität gehört. Außerdem wird er als Glaube der Imperialisten stigmatisiert. Mit dieser Begründung überwachen marokkanische Sicherheitsdienste die Aktivitäten einheimischer und ausländischer Christen. Sie verbieten auch die Bildung von Gruppen, die sich offen als »christlich« bezeichnen, weil sie Evangelisierung fürchten. Für Christen mit muslimischem Hintergrund ist es schwierig, ihre Kinder christlich zu erziehen. Dies liegt am gesellschaftlichen Druck: Kinder

von christlichen Konvertiten werden beispielsweise in der Schule gemobbt oder erhalten zusätzlichen Islamunterricht ohne die Zustimmung ihrer Eltern.

Leben im Staat

Politisch ist die Situation für Christen in Marokko schwierig, da die Verfassung den Islam zur Staatsreligion erklärt. Zivilgesellschaftliche Organisationen mit klarer christlicher Überzeugung oder solche, die sich für die Rechte der marokkanischen Christen muslimischer Herkunft einsetzen, werden von der Regierung aktiv bekämpft. Das Evangelium weiterzugeben, ist verboten, und wer sich daran beteiligt, kann beschuldigt werden, »den Glauben von Muslimen zu erschüttern«, was strafbar ist.

Kirchliches Leben

Da christliche Aktivitäten als vermeintliche Missionierung ausgelegt werden könnten, ist es für christliche Gemeinschaften oft schwierig, zu wachsen und zu gedeihen. Die Kirchen ausländischer Christen werden konsequent überwacht, um sicherzustellen, dass keine marokkanischen Staatsangehörigen ihre Gottesdienste besuchen. Einheimischen Christen verbietet der Staat, eigene Kirchen zu gründen. Dies geht damit einher, dass die Regierung sich weigert, das Auslegen oder den Verkauf von Bibeln zuzulassen, da diese ihrer Meinung nach zur Missionierung verwendet werden.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Während des Berichtszeitraums zum Weltverfolgungsindex 2024 wurden mehrere Hauskirchen von Christen muslimischer Herkunft von der Polizei gezwungen, ihre Treffen einzustellen.
- Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden in aller Öffentlichkeit verhaftet und anschließend von der Polizei über ihre Aktivitäten verhört. Obwohl die Christen nicht strafrechtlich belangt wurden, haben diese

öffentlichen Verhaftungen doch eine abschreckende Wirkung und tragen dazu bei, dass Christen muslimischer Herkunft noch stärker in ihrem sozialen Umfeld stigmatisiert werden.

- Mehrere Christen muslimischer Herkunft wurden (in der Regel von der Familie) gewaltsam aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen, an einen anderen Ort gebracht, und dort isoliert und/oder zwangsverheiratet. Vor allem junge Frauen waren davon betroffen.
- Zahlreiche weitere Christen muslimischer Herkunft erfuhren im Berichtszeitraum körperliche oder psychische Gewalt. Einige von ihnen wurden von ihrem sozialen Umfeld verstoßen und (zumeist von ihren Familien) gezwungen, an einen anderen Ort zu ziehen.
- Einige ausländische Christen wurden des Landes verwiesen oder ihnen wurde die Einreise verwehrt, weil sie angeblich missionieren würden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	24	71
2023	29	69
2022	27	69
2021	27	67
2020	26	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.



©IMB

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl ist zum einen auf den gestiegenen Druck in den Bereichen Familienleben und gesellschaftliches Leben zurückzuführen. Zum anderen ist auch der Wert für Gewalt gestiegen – von 4,8 Punkten im Vorjahr auf 5,4 Punkte. Einheimische Christen (Konvertiten muslimischer Herkunft) wurden im Berichtszeitraum weiterhin diskriminiert und marginalisiert. Von der Regierung werden sie nicht als Christen anerkannt, und der Geheimdienst überwacht sie genau. Darüber hinaus erleben christliche Konvertiten in den meisten Fällen Feindseligkeiten vonseiten ihrer (Groß-)Familien und der Gesellschaft. Ihre wachsende Anzahl führt zu immer mehr Übergriffen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Insbesondere in ländlichen Gebieten binden kulturelle Erwartungen Frauen an häusliche Pflichten. Christinnen muslimischer Herkunft sind am stärksten von Verfolgung bedroht und dies besonders im häuslichen Bereich. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, müssen sie damit rechnen, ihre Kinder entzogen zu bekommen, zu Hause eingesperrt, geschieden oder zwangsverheiratet zu werden. Der Zugang zu christlichen Materialien ist für sie äußerst schwierig. In ländlichen Gegenden müssen sich Christinnen an die religiösen Kleidungsvorschriften und Rituale halten. Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe sind ein Tabubereich, der mit der Familienehre in Verbindung steht. So werden sie zu einem wirksamen Instrument für religiösen Zwang, der in Marokko auch gegen Migrantinnen aus Afrika südlich der Sahara eingesetzt wird.

Männer: Auch männliche Konvertiten gehören zu den schutzlosesten Personen in der marokkanischen Gesellschaft, da sie als Schande für ihre Familien angesehen werden. Im häuslichen Bereich ist damit zu rechnen, dass ein Konvertit von seiner Familie geächtet wird, ihm finanzielle Unterstützung und Erbschaften verweigert werden und er von seiner Frau verlassen wird. Wenn der Konvertit noch unverheiratet ist, kann es vorkommen, dass seine Familie Druck auf ihn ausübt, eine muslimische Frau zu heiraten. Konvertitinnen sind jedoch häufiger von diesem Problem der Zwangsheirat betroffen als Konvertiten. Neben dem Druck im häuslichen Bereich können christliche Konvertiten auch im öffentlichen Bereich Druck erfahren bis hin dazu, dass sie verhört, geschlagen oder inhaftiert werden. Wie stark diese Gegenreaktion auf den Glaubenswechsel

des Konvertiten ausfällt, hängt von seiner sozialen Stellung und politischen Haltung ab. Druck im beruflichen Kontext ist eine der häufigsten Arten, wie christliche Konvertiten Verfolgung und Diskriminierung erfahren. Da Männer in der Regel die Hauptversorger der Familie sind, hat diese Art der Verfolgung weitreichende Auswirkungen. Auch im Bildungsbereich kommt es zu Diskriminierung.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das Judentum ist die einzige in der Verfassung offiziell anerkannte religiöse Minderheit, und jüdische Bürger haben ihre eigenen religiösen Gerichte für Familienangelegenheiten. Der Islam ist zwar die offizielle Staatsreligion, de facto ist aber nur der sunnitische Islam (gemäß der malikitischen Rechtsschule) gesellschaftlich anerkannt. Schiitische Muslime und Ahmadis sowie Bahai sind mit staatlichen Einschränkungen konfrontiert, die es ihnen fast unmöglich machen, ihren Glauben offen zu praktizieren. Atheisten und Atheismus werden sowohl von der Bevölkerung als auch der Regierung unterdrückt. Mehrere als Atheisten bekannte Bürger ebenso wie andere, die sich öffentlich negativ über den Islam geäußert hatten, erhielten in den vergangenen Jahren Todesdrohungen und wurden von der Regierung schikaniert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Marokko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Marokko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und mit Scheidung und Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertitinnen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen. (ICCPR Art. 23.3 und CEDAW Art. 16)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
25

LÄNDERPROFIL

Usbekistan



Platz 25 / 71 Punkte (2023: Platz 21 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Alle Christen erleben in Usbekistan eine von mehreren möglichen Formen von Druck und Gewalt aufgrund ihres Glaubens – aber nicht alle gleich stark. Russisch-orthodoxe Kirchen bekommen vonseiten der Regierung weniger Probleme, da sie in der Regel nicht versuchen, mit der usbekischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Am häufigsten erleiden einheimische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft Übergriffe seitens des Staates, der Familie und der Dorfgemeinschaft. Wenn Kirchen nicht registriert sind, müssen Christen mit Polizeirazzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen rechnen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Shavkat Mirziyoyev

BEVÖLKERUNG

34.809.000

CHRISTEN

352.000 / 1 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

In Usbekistan liegt alle Macht in den Händen von Präsident Shavkat Mirziyoyev (der seit 2016 regiert). Oppositionsbewegungen und unabhängige Medien sind verboten. Am 1. Mai 2023 gaben die usbekischen Behörden die Ergebnisse des Referendums vom Vortag bekannt: Die Bevölkerung habe Verfassungsänderungen zugestimmt, die es unter anderem erlauben, dass Präsident Mirziyoyev bis 2040 im Amt bleiben kann.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) von 2022 heißt es zu Usbekistan: »Die Verfassung sieht Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Religion vor. Das Gesetz erlaubt die Einschränkung religiöser Aktivitäten, wenn dies zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, der sozialen Ordnung oder der Moral erforderlich ist. [...]

Das Gesetz stellt nicht registrierte religiöse Aktivitäten unter Strafe und verlangt eine behördliche Genehmigung für den Inhalt, die Herstellung und den Vertrieb sowie die Lagerung religiöser Schriften; darüber hinaus verbietet es das Einladen zu einem anderen Glauben und sonstige missionarische Tätigkeiten. Das Religionsgesetz regelt auch das Registrierungsverfahren für religiöse Organisationen, verbietet aber privaten Religionsunterricht.«

Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) stufte Usbekistan im Zeitraum von 2006 bis 2017 als »besonders besorgniserregendes Land« ein. Angesichts der Fortschritte im Bereich der Religionsfreiheit wurde Usbekistan 2018 nur noch als »Land unter besonderer Beobachtung« eingestuft. Im Juli 2021 wurden neue Änderungen am Gesetz zur »Gewissensfreiheit und religiösen Organisationen« vorgenommen. Das Registrierungsverfahren für religiöse Organisationen wurde erleichtert, während die strafrechtliche Verfolgung nicht angemeldeter religiöser Aktivitäten beibehalten wird.

Während bei den registrierten Kirchen leichte Verbesserungen zu verzeichnen sind, hat sich die Situation für andere Gruppen, insbesondere Christen muslimischer Herkunft, nicht verändert. Christen werden zum Ziel von Razzien, Verhaftungen und anderen Repressalien.

Obwohl der (überwiegend sunnitische) Islam die Hauptreligion Usbekistans ist, wäre es falsch, Usbekistan als ein muslimisches Land zu bezeichnen. Siebzig Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben tiefe Spuren hinterlassen, und die säkulare Regierung hält den Islam streng unter Kontrolle. Die Bürger folgen eher der islamischen Kultur, als dass sie sich streng an die islamischen Lehren halten. Die kleine christliche Minderheit ist aufgrund zahlreicher Spaltungen zwischen den verschiedenen Konfessionen geschwächt.

Laut der World Christian Database (Stand März 2023) sind einige der größten christlichen Konfessionen in Usbekistan die russisch-orthodoxe Kirche, die armenisch-apostolische Kirche und die ukrainisch-orthodoxe Kirche.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	352.000	1,0
Muslime	33.408.000	96,0
Hindus	870	< 0,1
Buddhisten	44.200	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	60.100	0,2
Juden	3.700	< 0,1
Bahai	990	< 0,1
Atheisten	192.000	0,6
Agnostiker	746.000	2,1
Andere	1.770	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Das Ausmaß des Drucks durch Regierungsbeamte in Usbekistan ist im ganzen Land gleich hoch. Dagegen ist der Druck, den die Familien und das soziale Umfeld auf christliche Konvertiten ausüben, außerhalb der städtischen Gebiete stärker, insbesondere im Ferghanatal.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der staatlich kontrollierten religiösen Einrichtungen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestantische Christen werden häufig als »Extremisten« gebrandmarkt, und ihnen wird unterstellt, dass sie das derzeitige politische System ausspionieren und zerstören wollen. Von dieser Warte aus müssen evangelische Christen nicht nur kontrolliert, sondern notfalls auch ausgelöscht werden.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Wenn usbekische Bürger sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden, müssen sie damit rechnen, dass sie von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden und mitunter auch körperliche Gewalt erfahren. Damit sollen sie gezwungen werden, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche christ-

lichen Konvertiten werden von ihren Familien eingesperrt und geschlagen oder sogar aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Lokale Mullahs (islamische Prediger und Gelehrte) wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und erhöhen so den Druck auf sie. Deshalb setzen die meisten christlichen Konvertiten alles daran, ihren Glauben zu verbergen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die russisch-orthodoxe Kirche hält sich an die von der Regierung vorgegebenen Einschränkungen und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Ihre Gottesdienste werden zwar überwacht, können aber ungehindert abgehalten werden. Ihre Mitglieder können sich treffen, ohne Angst vor einer Verhaftung haben zu müssen. Das Drucken und die Einfuhr von christlichen Schriften sind aber stark eingeschränkt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft erleiden schwerwiegende Verletzungen ihrer Rechte seitens des Staates, und sie erfahren Druck durch die Familie und ihr soziales Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus protestantischen Freikirchen werden nach den Christen muslimischer Herkunft am zweitstärksten verfolgt – ganz besonders dann, wenn ihre Gemeinden nicht registriert sind. Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen sind Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

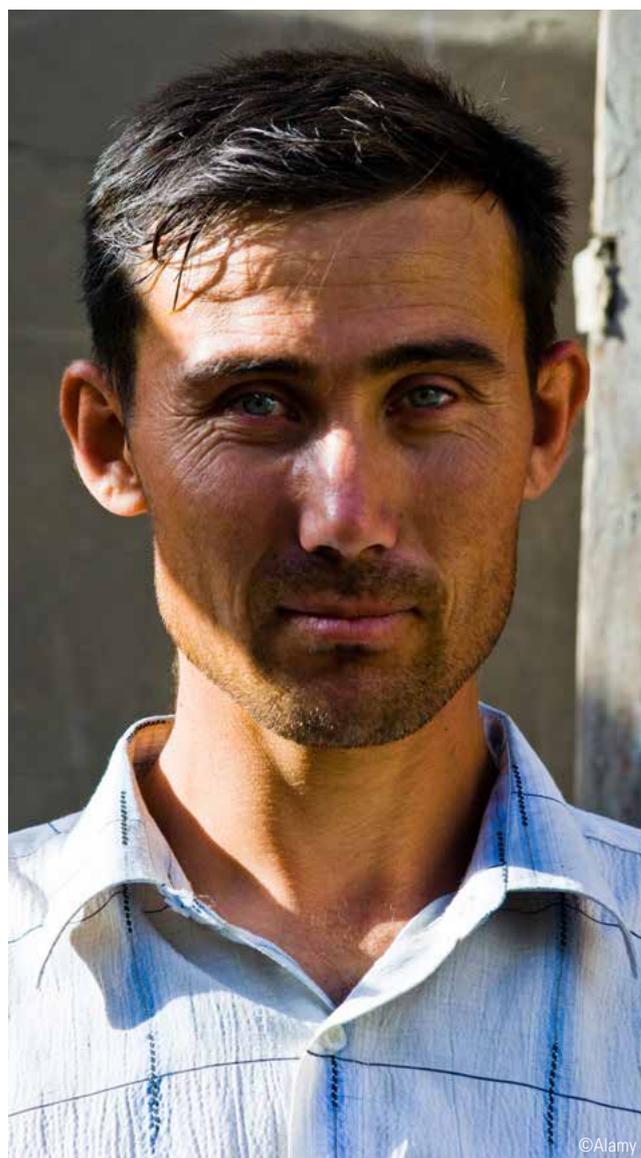
Für Christen muslimischer Herkunft ist bereits das offene Reden über ihren christlichen Glauben in ihrem Umfeld riskant – auch im Kreis ihrer Familienmitglieder. Der Staat betrachtet solche Gespräche über den Glauben als Missionierung, die mit Verhaftung und Gefängnis geahndet wird. Wird der Besitz von christlichen Schriften entdeckt, kann dies dazu führen, dass der Besitzer von der Familie verstoßen oder durch sein soziales Umfeld schikaniert wird, Gewalt erleidet und von der Regierung verhaftet wird.

Familienleben

Die meisten Usbeken sind Muslime. Infolgedessen setzt die muslimische Gesellschaft (Familie, Freunde, soziales Umfeld) die Kinder von christlichen Konvertiten unter Druck, am islamischen Unterricht teilzunehmen. Gleichzeitig sind Schüler und Studenten an Schulen und Universitäten antireligiöser Propaganda ausgesetzt. Christliche Konvertiten werden als Fremdkörper betrachtet und sowohl von der (Groß-)Familie als auch vom Staat feindselig behandelt; weil zudem jegliche kirchliche Kinder- und Jugendarbeit illegal ist, ist der einzige Ort, an dem christliche Konvertiten ihre Kindern mit der christliche Lehre vertraut machen können, ihr Zuhause.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl von der islamischen Gesellschaft als auch vom säkularen Staat ständig unter Druck gesetzt. Christliche Konvertiten werden von der Familie, dem sozialen Umfeld und der Polizei überwacht. Sie werden regelmäßig auf der Straße angehalten und durchsucht, um sie dadurch



einzuschüchtern. Protestantische Gruppen werden von ihrem Umfeld bei der Regierung angezeigt. Sie sind häufig Opfer von Polizeirazzien, Geldstrafen, Verhaftungen und Gewalt.

Leben im Staat

Das Gesetz verpflichtet religiöse Gruppen, sich bei der Regierung zu registrieren. Es erklärt alle religiösen Aktivitäten nicht registrierter Gruppen für illegal. Außerdem schränkt das Gesetz die öffentliche Redefreiheit sowie die Verkündigung des Evangeliums ein, zensuriert religiöse Literatur und begrenzt den privaten Besitz religiöser Schriften. Razzien in Wohnungen von Christen führen immer wieder zu einer Kombination aus Bußgeldern, Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen.

Die Behörden können generell davon ausgehen, dass ihr Vorgehen gegen Christen ungestraft bleibt. Angriffe auf christliche Konvertiten oder Christen, die beschuldigt werden das Evangelium weitergegeben zu haben, bleiben für die Täter fast immer folgenlos.

Kirchliches Leben

Kirchliche Kinder- und Jugendarbeit ist streng verboten. Davon sind auch Sonntagsschulen betroffen.

Das Strafgesetzbuch bestraft Evangelisation mit bis zu drei Jahren Gefängnis. Es ist daher gefährlich für Gemeinden, christliche Konvertiten offen zu integrieren.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

9. April 2023: Am Ostersonntag führte die Polizei eine Razzia in der Council of Churches Baptistengemeinde in Karschi in der südlichen Provinz Kaschkadarja durch, als die Gemeinde zum Morgengottesdienst versammelt war. »Polizisten und Beamte haben die Tür des Gebetshauses beschädigt. Sie haben sich sehr grob verhalten und drei Gemeindeglieder verhaftet«, so die Baptisten gegenüber Forum 18 am selben Tag.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	25	71
2023	21	71
2022	21	71
2021	21	71
2020	18	73

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.



Die Wertung von 71 Punkten ist in den letzten vier Berichtszeiträumen des Weltverfolgungsindex gleich geblieben. Im Weltverfolgungsindex 2024 ist der Wert für Druck in den Bereichen Privatleben sowie Leben im Staat und kirchliches Leben leicht gesunken, während er in den Bereichen Familienleben und gesellschaftliches Leben unverändert geblieben ist. Das Ausmaß an Gewalt ist gleich geblieben. Muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner üben vor allem auf Christen muslimischer Herkunft Druck aus, während die Regierung kirchliche Aktivitäten mit vielen Einschränkungen belegt. Die Lage der Christen in Usbekistan ist nach wie vor ernst. Als Präsident Mirziyoyev an die Macht kam, wurde mit einer Verbesserung gerechnet, die aber nicht eingetreten ist.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die traditionelle islamische Kultur und die patriarchalischen Normen setzen Frauen gegenüber den Männern herab und geben ihnen innerhalb der Familie eine untergeordnete Stellung. Frauen können ihre Religion nicht frei wählen und erfahren heftigen Widerstand bei einem Glaubenswechsel. Das Einsperren einer christlichen Konvertitin durch ihre Familie ist nach wie vor eine gängige und gesellschaftlich akzeptierte Form, sie unter Druck zu setzen. Der Zugang zu

sozialen Netzwerken, insbesondere zu christlichen, wird eingeschränkt, da man hofft, Konvertitinnen kämen so zum Islam zurück. Es besteht die Gefahr von Entführung, Zwangsscheidung und Zwangsverheiratung, wobei sexuelle Gewalt (auch innerhalb der Ehe) oft verschwiegen wird und als normal gilt.

Männer: Kirchliche Leiter, die meist Männer sind, sind häufig von Rechtsverletzungen betroffen. Ihnen drohen Geld- oder Haftstrafen, die Verweigerung von Ausreisevisa sowie Hausarrest. Das ist eine bewusste Taktik, die eine Welle der Angst in ihren Kirchengemeinden auslöst. Vor allem die Leiter nicht registrierter Kirchen werden beleidigt, geschlagen und gedemütigt. Männliche Christen leben in ständiger Ungleichbehandlung; ihnen wird eine Beförderung verweigert, sie verlieren ihren Arbeitsplatz und sie werden staatlich überwacht. Muslimische Dorfgemeinschaften benachteiligen christliche Betriebe, und im Militärdienst sind Männer Schikanen ausgesetzt. Männliche christliche Konvertiten werden verbal und körperlich misshandelt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Gruppen, einschließlich Muslimen, Zeugen Jehovas, Juden und Bahai, leiden unter einem sehr hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung. Der Rat für religiöse Angelegenheiten (CRA) spielt dabei eine zentrale Rolle.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Usbekistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Usbekistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Kirchen nicht-traditioneller Konfessionen sind Opfer von Razzien, Gottesdienste werden gestört und Gottesdienstbesucher willkürlich verhaftet (ICCPR Art. 9; 18 und 21)
- Der Besitz und die Verwendung von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Grenzen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden und der sie umgebenden Kommune überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
26

LÄNDERPROFIL

Bangladesch



Platz 26 / 71 Punkte (2023: Platz 30 / 69 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Bangladesch ist eines der wenigen Länder, in denen es Konvertiten zum christlichen Glauben aus vier verschiedenen Hintergründen gibt: Es gibt christliche Konvertiten muslimischer, hinduistischer und buddhistischer Herkunft oder mit Hintergrund in einer Stammesreligion. Sie alle – christliche Konvertiten jedweden Hintergrunds – erleiden im Vergleich zu den anderen Christen in Bangladesch die schwerste Verfolgung und Diskriminierung und die stärksten Angriffe. Sie treffen sich aus Angst vor Übergriffen oft nur in kleinen Hausgemeinden oder in geheimen Gruppen. Christen aus protestantischen Freikirchen, die das Evangelium unter der muslimischen Mehrheit weitergeben, erfahren ebenfalls Verfolgung. Aber auch Christen aus traditionellen Kirchen wie der römisch-katholischen Kirche sind immer stärker Angriffen und Todesdrohungen ausgesetzt. Christen aus ethnischen Minderheiten sind zunehmend doppelt gefährdet – weil sie sowohl einer ethnischen als auch einer religiösen Minderheit angehören. Sie erfahren Landraub und Gewalt. Am Gründonnerstag 2023, dem 6. April, wurden acht Christen aus der ethnischen Minderheit der Bawm in den Chittagong Hill Tracts ermordet. Das war ein seltenes, aber nicht beispielloses Aufflackern von Gewalt in dem Land. Christliche Konvertiten unter den muslimischen Rohingya, die aus Myanmar nach Bangladesch geflohen sind, sind ebenfalls Schikanen und starkem Druck seitens ihrer Gemeinschaft ausgesetzt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierministerin
Scheich Hasina Wazed

BEVÖLKERUNG

169.432.000

CHRISTEN

950.000 / 0,6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Republik



Hintergrund

Bangladesch hat eine lange Geschichte von Unruhen und ist ein relativ junger Staat, der 1971 durch einen Krieg von Pakistan unabhängig wurde. Seitdem wechseln sich zivile Regierungen und Militärs an der Macht ab, und die Wahlen werden regelmäßig von viel Gewalt begleitet. Nach Einschätzung einer wachsenden Zahl von Beobachtern ist Bangladesch seit 2015 in einer autoritären Herrschaft gefangen.

Nach Schätzungen der World Christian Database vom April 2023 sind knapp 89 % der Bevölkerung des Landes Muslime, zumeist Sunniten. Traditionell sind die Beziehungen zwischen der christlichen Gemeinschaft und der Regierung gut. Premierministerin Scheich Hasina Wazed ernannte im Juli 2014 sogar eine katholische Frau zu ihrer persönlichen Assistentin. Doch eine Reihe von Morden an säkularen Journalisten sowie an Angehörigen verschiedener religiöser Minderheiten hat letztere aufgeschreckt und sie vorsichtiger werden lassen.

In letzter Zeit hat der muslimische Extremismus zugenommen, und die hinduistische Bevölkerung des Landes (9 %) ist von Anschlägen betroffen. Die Christen sind eine winzige Minderheit und werden ausgegrenzt. Christliche Konvertiten geraten schnell unter Druck, entweder durch islamisch-extremistische Gruppen oder die allgegenwärtige islamische Kultur. Sie erfahren viel Gewalt.

Es wird immer wieder von Morddrohungen gegen Blogger berichtet, die offen atheistisch sind oder sich für Menschenrechte einsetzen. Auf der anderen Seite verweisen Beobachter auf einen Rückgang der Zahl der außergerichtlichen Tötungen und des Verschwindenlassens von Personen und schlussfolgern, dass der internationale Druck, einschließlich der Sanktionen, dazu beiträgt, die Regierung und die Sicherheitskräfte daran zu erinnern, dass sie unter Beobachtung stehen und zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig könnte die Verweigerung der erneuten Registrierung der langjährigen und angesehenen Menschenrechtsorganisation »Odhikar« im Juni 2022 als Reaktion auf diesen internationalen Druck gesehen werden und ist auch ein Zeichen für eine wachsende diktatorische Paranoia. Dass die Gründer von Odhikar im September 2023 vom Cyber-Tribunal in Dhaka zu je zwei Jahren Haft verurteilt wurden, zeigt, wie ernst es der Regierung mit ihrer Herrschaft und ihrem Image ist.

Etwa die Hälfte der Christen in Bangladesch gehört der römisch-katholischen Kirche an, deren Diözesen über das ganze Land verteilt sind. Auch Protestanten gibt es im ganzen Land, vor allem jedoch in den Stammesgebieten der ethnischen Minderheiten in den Chittagong Hill Tracts. Zu den protestantischen Gemeinden in Bangladesch gehören Baptisten, Brüdergemeinden, Lutheraner, Siebenten-Tags-Adventisten, Assemblies of God und die Church of Bangladesh (eine Vereinigung von Anglikanern und Methodisten).

Bangladesch ist zwar ethnisch weitgehend homogen – 98 % der Bevölkerung sind Bengalen –, aber es gibt auch ethnische Minderheiten. Die größte ethnische Minderheit in Bangladesch sind die Chakma. Hinzu kommen die auch als »Hill Tribe People« bezeichneten ethnischen Minderheiten in den Chittagong Hill Tracts (z. B. Garo, Santal und Bawm), von denen viele Christen sind. Die Hill Tribe People werden von den Behörden vernachlässigt und diskriminiert und von der Mehrheitsgemeinschaft schikaniert, etwa durch Landraub (ein immer wiederkehrendes Problem), einschließlich der Zerstörung von Häusern und Feldern. Christen aus den Hill Tribe Peoples sind in doppelter Hinsicht verwundbar: Sie gehören einer ethnischen Minderheit an und sie sind Christen. Auch Angriffe von anderen Stämmen stellen ein ständiges Risiko dar. Um einen solchen Fall handelte es sich bei dem Angriff am 6. April 2023, bei dem acht Christen starben.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	950.000	0,6
Muslime	150.497.000	88,8
Hindus	15.791.000	9,3
Buddhisten	1.241.000	0,7
Anhänger ethnischer Religionen	750.000	0,4
Juden	200	< 0,1
Bahai	13.400	< 0,1
Atheisten	14.100	< 0,1
Agnostiker	142.000	0,1
Andere	33.490	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die nördliche Region Bangladeschs mit den Chittagong Hill Tracts und ihren vielen ethnischen Minderheiten ist ein oft übersehener Schauplatz von Rechtsverstößen gegen Christen, sowohl durch die muslimische Mehrheit als auch durch die buddhistische Minderheit. Der Angriff vom April 2023 war eine Erinnerung daran, dass ethnisch-religiöse Feindseligkeiten eine oft unterschätzte Rolle spielen. In den letzten Jahren entwickelte sich ein weiterer Krisenherd,

als Bangladesch Zufluchtland für mehr als eine Million muslimischer Flüchtlinge aus dem benachbarten Myanmar wurde. Die meisten von ihnen leben in einem Flüchtlingslager im Distrikt Cox's Bazar, an der südöstlichen Spitze von Bangladesch. Das Land hat selbst mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft Mühe, die Geflüchteten zu versorgen, und die Rückführungsbemühungen sind immer wieder ins Stocken geraten. Je länger die Geflüchteten in den Lagern bleiben müssen, umso höher ist das Risiko, dass sich einige von ihnen islamistisch radikalieren. Da allerdings die Militärjunta in Myanmar die im Rakhaing-Staat verbliebene Minderheit der Rohingya weiterhin unterdrückt, ist es für die Geflüchteten in Bangladesch unmöglich zurückzukehren. In den Flüchtlingslagern lebt auch eine winzige Minderheit christlicher Konvertiten aus den Rohingya. Sie stehen unter zunehmendem Druck, haben aber keine Möglichkeit zu entkommen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia, gemischt mit islamischer Unterdrückung

Die Politik in Bangladesch wird zunehmend von der Feindschaft zwischen der regierenden »Awami-Liga« und der oppositionellen »Bangladesh National Party« (BNP) beherrscht. Beide Parteien geben islamischen Gruppierungen nach, um so mehr Stimmen zu erhalten. Obwohl Christen und andere religiöse Minderheiten in Bangladesch mehr Freiheit genießen als in vielen anderen muslimischen Ländern, werden sie aufgrund der zunehmenden politischen Instabilität und Gewalt doch oft zum Sündenbock gemacht. Besonders beunruhigend ist, dass die Oppositionspartei bekanntermaßen Verbindungen zu islamisch-extremistischen Gruppierungen unterhält, die in der Vergangenheit durch politisch motivierte Gewalttaten aufgefallen sind.

Religiös motivierter Nationalismus, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In Bangladesch gibt es fast doppelt so viele Buddhisten und mehr als zehnmal so viele Hindus wie Christen. Buddhisten finden sich vor allem unter den ethnischen Minderheiten an der Grenze zu Indien und Myanmar. In den letzten Jahren haben sich immer mehr Menschen aus dem Volk der Chakma vom Buddhismus ab- und dem christlichen Glauben zugewandt. Diese Konvertiten erfahren Druck von der örtlichen Gemeinschaft, buddhistischen Leitern und Stammesführern sowie extremistischen Buddhisten, die

den christlichen Glauben bekämpfen wollen. In mehrheitlich hinduistischen Gemeinschaften werden christliche Konvertiten von ihren Familien und Ortsvorstehern unter Druck gesetzt, zu ihrer alten Religion zurückzukehren.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören Botschaftsangehörige und ausländische Arbeitsmigranten der für die Wirtschaft bedeutsamen Textilbranche. Sie werden beobachtet und mitunter von militanten Islamisten bedroht. Auch die Rohingya aus Myanmar zählen zu der Gruppe der ausländischen Christen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören Christen der römisch-katholischen Kirche und der Church of Bangladesh (eine Vereinigung von Anglikanern und Methodisten). Sie werden häufig bedroht und beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

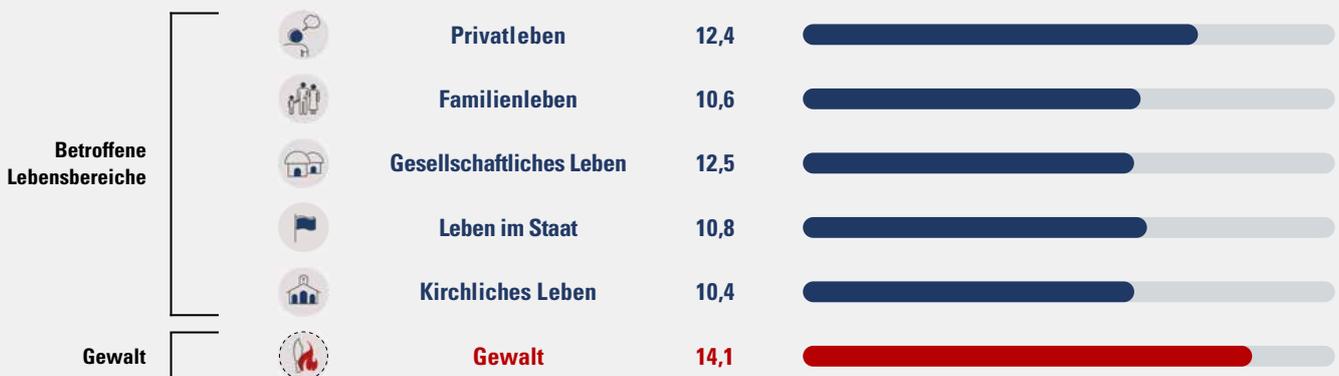
Christliche Konvertiten haben in Bangladesch unterschiedliche Hintergründe: Sie sind ehemalige Muslime, Hindus, Buddhisten oder Angehörige von Stammesreligionen und sind der stärksten Verfolgung ausgesetzt – nicht zuletzt durch ihre eigenen Familien und ihr soziales Umfeld. Sie versammeln sich oft nur heimlich in Gruppen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierbei handelt es sich um Christen evangelikaler, baptistischer und pfingstkirchlicher Gemeinden. Einige von ihnen, etwa die pfingstlerische Denomination Assemblies of God, versammeln sich hauptsächlich in Hausgemeinden zum Gottesdienst. Sie werden häufig bedroht und zuweilen gewaltsam angegriffen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Für Christen in Bangladesch kann es schwierig sein, ihren Glauben im privaten Raum auszuüben. So leben christliche Konvertiten in Angst und ziehen es vor, ihren Glaubenswechsel vor ihrer Familie geheim zu halten. Wer sich

entschließt, seinen Glauben dennoch zu offenbaren, wird meist belästigt, schikaniert und bedroht. Unter diesen Rahmenbedingungen, geprägt vom familiären Druck und der Überwachung durch das soziale Umfeld, kann es riskant sein, sich mit anderen Christen zu treffen.



Familienleben

Das Recht darauf, ihre Kinder nach den eigenen religiösen Überzeugungen zu erziehen, wird für Christen nicht immer aufrechterhalten. Christliche Feiern werden vielfach gewaltsam durch aufgebraachte Menschenmengen gestört. Kinder von Christen erfahren Diskriminierung im Bildungsbereich, weil Lehrpläne dem Islam eine Vorrangstellung einräumen und weil islamische Schüler mehr Möglichkeiten bekommen und gegenüber nicht muslimischen Schülern vorgezogen werden. Häufig fehlt es auch an christlichen Lehrern. Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, weiterhin den islamischen Unterricht zu besuchen und islamische Lehrbücher zu benutzen.

Gesellschaftliches Leben

Angesichts ihrer kleinen Zahl sind Christen in Bezug auf ihre soziale und wirtschaftliche Sicherheit ihrem Umfeld oft ausgeliefert. Islamisch-extremistischer Druck kann die Gemeinschaft dazu ermutigen, Christen gegenüber feindselig zu sein und diese aufzufordern, ihrem Glauben abzuschwören. Islamisch-extremistische Gruppen nehmen bedürftige Familien ins Visier und drängen sie zu konvertieren, indem sie ihnen Geld, Lebensmittel oder Bildung für ihre Kinder anbieten. Außerdem sind Massenausschreitungen, bei denen Gruppen von christlichen Konvertiten zum Angriffsziel geworden sind, in den letzten Jahren häufiger geworden. Offiziell besagt Artikel 28, Absatz 1 der Verfassung von Bangladesch aus dem Jahr 1972: »Der Staat darf keinen Bürger aus Gründen der Religion, der Rasse, der Kaste, des Geschlechts oder des Geburtsortes diskriminieren.« Artikel 29 gewährleistet zudem die Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. Faktisch ist jedoch die Diskriminierung von Minderheiten und insbesondere von Christen sowohl in gesellschaftlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht weit

verbreitet. Schüler werden regelmäßig nach ihrem Namen beurteilt, was dazu führt, dass Christen Prüfungen über islamische Religion ablegen müssen, weil sie islamische Namen haben, obwohl sie nachweislich Christen sind.

Leben im Staat

Artikel 41, Absatz 1a der Verfassung von Bangladesch schützt das Grundrecht aller Bürger, ihre Religion frei zu bekennen, zu praktizieren und zu verbreiten. Rechtlich gesehen muss jeder, der konvertieren möchte, einen Anwalt aufsuchen und ein unterschriebenes Dokument vorlegen, in dem er oder sie erklärt, dass er oder sie den Glauben aus persönlichen Gründen, ohne Druck und aus freiem Willen gewechselt hat. Für jeden Christen, Buddhisten oder Hindu, der Muslim werden möchte, ist dies nicht viel mehr als eine Formalität. Im Gegensatz dazu ist es für einen Muslim, der Christ werden will, normal, dem Druck des Anwalts ausgesetzt zu sein, der sich manchmal sogar (rechtswidrig) weigert, den Glaubenswechsel zu beurkunden.

Kirchliches Leben

Die in den letzten Jahren gestiegene Feindseligkeit gegenüber Christen hat dazu geführt, dass der Aufbau und der Erhalt eines lebendigen Gemeindelebens zu einer mühsamen Aufgabe geworden ist. Zahlreiche islamisch-extremistische Gruppen überwachen christliche Gemeinden, sie belästigen diejenigen, die sie der Missionierung verdächtigen, und drohen, ihnen Gewalt anzutun. Konvertiten muslimischer Herkunft sind außerdem in hohem Maß der Kontrolle durch ihre Familien wie auch durch ihr soziales Umfeld und lokale Behörden ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund scheuen sich viele Gemeindeleiter, Konvertiten muslimischer Herkunft zu taufen – sie befürchten gewaltsame Racheakte.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- April 2023: Drei Kirchen wurden angegriffen; aus Sicherheitsgründen können aber keine Einzelheiten genannt werden.
- 6. April 2023: Acht Christen vom Volk der Bawm wurden bei einem Feuergefecht zwischen zwei aufständischen Gruppen in den Chittagong Hill Tracts getötet.
- 27. Februar 2023: In Dholpur im Süden Dhakas wurden mehr als 1.000 Telugu sprechende Christen von den Behörden zur Räumung ihrer Häuser gezwungen und zwei Kirchen wurden zerstört.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	26	71
2023	30	69
2022	29	68
2021	31	67
2020	38	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 ist ein weiterer Anstieg um 1,9 Punkte im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, womit sich der Trend der letzten Jahre fortsetzt. Dieser Anstieg der Punktzahl ist vor allem auf einen Anstieg der Punktzahl für Gewalt um vier Punkte zurückzuführen, der die Ermordung der acht Christen im April 2023 widerspiegelt. In den anderen Bereichen ist der Druck leicht zurückgegangen, was aber nicht bedeutet, dass sich die Gesamtsituation verbessert hat. Aufgrund der Instabilität des Landes und der im Januar 2024 stattfindenden Wahlen war es schwieriger, Berichte zu erhalten. Über die speziellen Probleme der verschiedenen christlichen Konvertiten hinaus ist die christliche Minderheit im Allgemeinen weiterhin mit Diskriminierung, Vernachlässigung und Gewalt konfrontiert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Bangladesch ist kulturell gesehen eine patriarchalisch geprägte Klassengesellschaft, in der das Leben als Frau nach wie vor schwierig ist. Christliche Konvertitinnen sind der Verfolgung durch Familie und soziales Umfeld ausgesetzt, denn die Abkehr vom Islam wird als Verrat an der Kultur und Religion betrachtet. Frauen sind in hohem Maße von den männlichen Familienangehörigen abhängig, und sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Zwangsehen sind an der Tagesordnung; einige Konvertitinnen erfahren zudem körperlichen und seelischen Missbrauch. Entführung und Zwangsheirat sind konkrete Bedrohungen für alle christlichen Frauen und Mädchen, einschließlich den Christinnen in den Flüchtlingslagern. Viele Mädchen bleiben verschwunden, und die Mittel der Strafverfolgung haben sich in dieser Hinsicht als unzureichend erwiesen.

Männer: Die patriarchalische Kultur in Bangladesch führt häufig dazu, dass Männer zuerst Christen werden. Da sie in ihren Familien als Führungspersonlichkeiten angesehen werden, sind Männer und Jungen oft als erste der Verfolgung ausgesetzt. Sie werden meist verprügelt und bedroht, verleumdet und inhaftiert. Der Druck vonseiten des sozialen Umfeldes und der örtlichen muslimischen Anführer veranlasst Männer zuweilen dazu, ihr Zuhause zu verlassen und zu fliehen. Da die Männer die Hauptverdiener der Familie sind, wirkt es sich auf die ganze Familie aus, wenn sie wegen ihres Glaubens ihre Arbeit verlieren oder inhaftiert werden.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2022 heißt es zu Bangladesch: »Angehörige religiöser Minderheiten, einschließlich Hindus, Buddhisten und Christen, die manchmal auch ethnischen Minderheiten angehören, sagten weiterhin, dass es der Regierung nicht gelinge, kommunale Gewalt gegen religiöse Minderheiten zu verhindern, und dass sie Minderheiten nicht vor Zwangsräumungen und Landbeschlagnahmen im Zusammenhang mit Landstreitigkeiten schütze. Hinduistische, christliche und buddhistische Organisationen und örtliche Menschenrechtsgruppen berichteten, dass die kommunale Gewalt gegen religiöse Minderheiten das ganze Jahr über anhielt. Im März beschädigte ein Mob von Hunderten von Menschen die Mauer des Tempels der Internationalen Gesellschaft für Krishna-Bewusstsein (ISKCON) bei einem Streit um ein angrenzendes Grundstück. Am 31. Januar töteten unbekannte Angreifer einen buddhistischen Mönch in den Chittagong Hill Tracts (CHT). Im März protestierten Frauen in Dhaka gegen die Diskriminierung, die sie durch das Tragen von Kopf- und Gesichtsbedeckungen erfahren. Die Nichtregierungsorganisation (NGO) Freedom House und örtliche Religionsführer erklärten, die sozialen Medien hätten in den letzten Jahren zu einer Zunahme der Angriffe auf religiöse Minderheiten beigetragen, da, wie sie sagten, Fehlinformationen häufig viral gingen und in der Gesellschaft Feindseligkeit gegen religiöse Minderheiten anheizten.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Bangladesch hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Bangladesch kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
27

LÄNDERPROFIL

Niger



Platz 27 / 70 Punkte (2023: Platz 28 / 70 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Lage der Christen im Niger hat sich insbesondere nach dem Putsch vom Juli 2023 erheblich verschärft. Dieser Putsch hat unter Christen ein Gefühl der Angst ausgelöst. Es wird weithin befürchtet, dass die paramilitärische »Gruppe Wagner«, die für ihr rücksichtsloses Vorgehen bekannt ist, in das Land eindringen könnte, zumal die nigrische Junta den Abzug aller westlichen Truppen aus dem Land gefordert hat. Diese Entwicklung verschärft die Herausforderungen, denen sich die Christen in verschiedenen Bereichen ohnehin schon gegenübersehen.

In ihren Familien stehen christliche Konvertiten muslimischer Herkunft weiterhin unter starkem Druck, ihren neuen Glauben zu widerrufen, und die Methoden dafür reichen von verbalen Drohungen bis hin zu physischer Gewalt. Die eskalierende politische Instabilität vergrößert diese Angriffspunkte auf der individuellen Ebene noch weiter.

Das Land erlebt einen Anstieg der dschihadistischen Bedrohung und Aktivitäten, insbesondere in den westlichen und südöstlichen Regionen. In Gebieten, die von Dschihadisten bereits kontrolliert werden, ist die Lage für Christen katastrophal. Gemeinsame Gottesdienste sind mit Gefahren verbunden. Christliche Versammlungen finden oft im Verborgenen statt, um das Risiko gewalttätiger Übergriffe zu verringern.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Mohamed Bazoum
(abgesetzt)

BEVÖLKERUNG

27.066.000

CHRISTEN

66.600 / 0,2 %

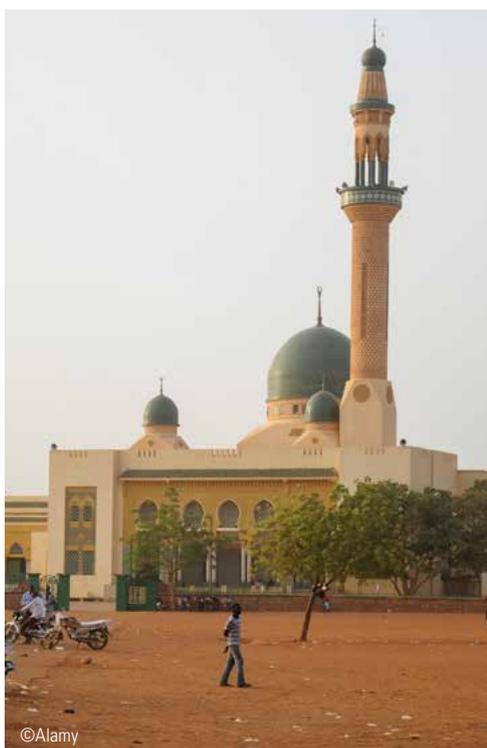
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Christen erfahren Diskriminierung im Arbeitsleben, wo sie zunehmend von Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor ausgeschlossen werden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Christen in der Kommunalverwaltung sind gering, und diejenigen, die es schaffen, eine Stelle zu bekommen, stoßen oft auf institutionelle Hindernisse, wie zum Beispiel die Verweigerung von Beförderungen, was immer mehr zur gängigen Praxis wird.

Das bürokratische Registrierungsverfahren von Kirchen ist nach wie vor langwierig und schwerfällig – ein Zustand, der sich angesichts der derzeitigen politischen Umwälzungen wohl kaum verbessern wird.

Sollte die Gruppe Wagner nun tatsächlich im Niger Einzug halten, wie es erwartet wird, stellt dies zusätzlich zu den oben genannten Herausforderungen eine neu aufkommende Bedrohung und unberechenbare Gefahr für Christen dar, weil diese paramilitärische Organisation beschuldigt wird, in anderen Zusammenhängen Gräueltaten an Zivilisten begangen zu haben.

Hintergrund

Der Niger erlangte 1960 die Unabhängigkeit von Frankreich. Seitdem hat das Land eine bewegte politische Geschichte mit mindestens vier Militärputschen erlebt. Seit 2011 gab es vielversprechende Anzeichen für eine Demokratisierung des Landes mit verbesserter Pressefreiheit und friedlichen Versammlungen politischer und ziviler Gruppen. Präsident Mohamed Bazoum stand seit seinem Amtsantritt im April 2021 bis zu seiner Absetzung im Juli 2023 vor der gewaltigen Herausforderung, die zunehmende dschihadistische Gewalt im Westen und Süden des Landes einzudämmen. Denn der Niger kämpft gegen verschiedene islamistische Milizen wie »al-Qaida im Islamischen Maghreb« (AQIM), die »Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika« (MUJAO) an der nördlichen Westgrenze zu Mali, und Boko Haram an der südlichen Grenze zu Nigeria.

Die Mehrheit der nigrischen Bevölkerung praktiziert den Islam und gehört einem Sufi-Orden an, entweder dem Tidschaniya- oder dem Qadiriya-Orden. Die islamistischen Milizen versuchen jedoch, diese Sufi-Verbindungen zu unterbrechen und den Salafismus zu fördern.

Der christliche Glaube wurde größtenteils von amerikanischen Missionaren eingeführt. Besonders vertreten sind die traditionellen Kirchen der protestantischen und katholischen Konfession. Christen, insbesondere diejenigen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, werden von den lokalen Gemeinschaften oft ausgegrenzt und manchmal auch gewaltsam angegriffen, vor allem in Gebieten nahe der südlichen Grenze. Christliche Frauen und Mädchen sind besonders von Entführung und sexualisierter Gewalt bedroht, während Jungen in der

Gefahr stehen, von militanten Gruppen zwangsrekrutiert zu werden.

Die politische Landschaft veränderte sich im Juli 2023 mit einem erneuten Militärputsch auf dramatische Weise. Dieser jüngste Umbruch hat die Ängste und Unsicherheiten innerhalb der christlichen Gemeinden und Kirchen verstärkt und ihre ohnehin schon prekäre Lage noch komplizierter gemacht. Der Putsch droht, die Fortschritte hin zu einer Mehrparteiendemokratie zunichtezumachen und die bereits grassierende dschihadistische Gewalt weiter eskalieren zu lassen. So wirft diese Entwicklung einen dunklen Schatten auf die Zukunft der Religionsfreiheit im Niger.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	66.600	0,2
Muslime	26.096.000	96,4
Anhänger ethnischer Religionen	873.000	3,2
Bahai	9.400	< 0,1
Atheisten	190	< 0,1
Agnostiker	14.500	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In Gebieten außerhalb der großen Städte, insbesondere außerhalb der Hauptstadt Niamey, werden Christen am stärksten verfolgt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Den Islam zu verlassen, wird als Verrat betrachtet. Das führt dazu, dass insbesondere christliche Konvertiten mit Anfeindungen seitens ihrer muslimischen Familie und der örtlichen Gemeinschaft rechnen müssen, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Der Staat hat seit jeher einen säkularen Charakter, das bedeutet, dass Staat und Religion getrennt sind. Doch diese Trennung gerät zunehmend ins Wanken. Muslimische

Religionsführer der »Izala-Bewegung«, einer islamisch-extremistischen Gruppierung aus Nordnigeria, sind im Niger aktiv und bedrohen die Freiheit der Christen. Ähnliche Interessen verfolgen islamische Gruppierungen, die in bestimmten Teilen des Landes tätig sind, etwa in der Stadt Maradi oder der Hauptstadt Niamey, beispielsweise die Sufi-Bruderschaft »Tariqa« (Arabisch für »der Weg« beziehungsweise für die Art und Weise, wie sich Sufis Allah zu nähern suchen). Anhänger von Izala und Tariqa üben Druck auf religiöse Minderheiten sowie auf Muslime aus, die in ihren Augen vom Islam abweichen. Zwischen der muslimischen Mehrheit und den deutlich kleineren Minderheitsreligionen herrschen im Niger traditionell gute Beziehungen. Gleichwohl hat der Kampf des Landes gegen Boko Haram auf lokaler Ebene zu Spannungen zwischen den örtlichen Gemeinschaften geführt und die Sicherheit und Freiheit der Christen im Land untergraben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der frühere Präsident Mahamadou Issoufou erklärte in seiner Amtszeit die Korruptionsbekämpfung innerhalb der Regierung zu einer seiner Prioritäten. Inzwischen sind Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung Bestandteil der Rechtsordnung geworden. Sie zielen auf Regierungsbeamte, ihre Familienangehörigen und alle politischen Parteien ab. Ebenso gibt es jetzt Gesetze zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Auftragsvergabe; die Bestechung von Amtsträgern durch private Unternehmen ist nun offiziell illegal. In der Justiz bleibt Korruption jedoch ein Problem. Straffreiheit ist eine ernste Herausforderung für das Land; Amtsträger, die gegen das Gesetz verstoßen und sich an korrupten Praktiken beteiligen, ziehen sich zwar den Unmut der Öffentlichkeit zu, werden aber nicht angemessen strafrechtlich verfolgt. Das wirkt sich negativ auf die Gesellschaft aus, auch auf die christliche Bevölkerung.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Missionare sind besonders gefährdet und von Entführungen bedroht.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören sowohl evangelische als auch katholische Christen. Sie leiden unter der zunehmenden Gewalt durch islamistische Milizen im Niger. In den letzten Jahren wurden sie von bewaffneten Gruppen wie Boko Haram in den Departements der Region Diffa nahe der Grenze zu Nigeria angegriffen. Pastoren und Gemeindeleiter aus den betroffenen Dörfern sahen sich gezwungen, in größere Städte zu fliehen, da sie um ihre Sicherheit fürchteten. Auch im Departement Tillabéri wurde dies beobachtet. Viele Christen traditioneller Kirchen im Grenzgebiet zu Nigeria leben in Angst vor gewaltsamen Übergriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In einigen Fällen ist der Druck auf christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, besonders ausgeprägt – vor allem in den Bereichen Privatleben, Familienleben und gesellschaftliches Leben. Diese Christen erfahren von Eltern und Verwandten wegen ihres Glaubenswechsels mitunter stärkeren Widerstand als von der Regierung. Extremistische Imame und muslimische Lehrer wiegeln

die muslimische Bevölkerung dahingehend auf, dass sie christliche Konvertiten sowie diejenigen Christen, die sie unterstützen, angreifen und verjagen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Niger gibt es es baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen. Sie alle stehen unter ähnlichem Druck wie Christen aus traditionellen Kirchen. Im Vergleich zu christlichen Konvertiten aus dem Islam trifft sie der gesellschaftliche Druck jedoch weniger hart.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Im Niger wird Religion vom Staat als Privatangelegenheit angesehen. Die Trennung von Religion und Staat wird jedoch zunehmend infrage gestellt vonseiten islamisch-extremistischer Gruppen wie der Izala-Bewegung; sie lehnen den säkularen Charakter des Staates und der Regierung ab. Dies wirkt sich nachteilig auf die Christen im Niger aus, da die Region bereits stark unter dem Einfluss der Aktivitäten von Boko Haram und AQIM steht.

Familienleben

Christliche Konvertiten sind mitunter extremer Feindseligkeit seitens ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Ihnen drohen Scheidung, bei Frauen die Zwangsheirat mit einem muslimischen Mann oder Vergewaltigung. Außerdem wird ihnen oftmals das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen oder verweigert, da laut Gesetz zum christlichen Glauben konvertierte Eltern zwar das Sorgerecht für ihre Kinder beantragen dürfen, sie in der Praxis damit jedoch keinen Erfolg haben. Vielen Konvertiten wird außerdem ihr Erbrecht verweigert, weil sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Andere Christen werden nicht in dieser Weise verfolgt und können ihren Glauben im privaten Kontext praktizieren.

Gesellschaftliches Leben

Christen mit muslimischem Hintergrund werden von ihrem sozialen Umfeld als Ausgestoßene behandelt und sind zuweilen gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. In den von den Islamisten kontrollierten Grenzregionen werden Christen daran gehindert, christliche Hochzeiten zu feiern. Im öffentlichen Sektor erfahren Christen keine Gleichbehandlung. Sie sind nur selten in der Lage, eine Anstellung bei kommunalen Verwaltungsbehörden zu finden, und eine Beförderung wird ihnen häufig verweigert. Männliche Christen müssen damit rechnen, aufgrund ihres Glaubens entlassen zu werden; christliche Ladeninhaber werden häufig von Muslimen boykottiert.

Leben im Staat

Die Angriffe von Boko Haram, Ablegern des »Islamischen Staates« und anderen islamisch-extremistischen Gruppen lösen unter den Christen nach wie vor Angst aus. Die christliche Gemeinschaft ist nachhaltig durch die schwierige Sicherheitslage im Land beeinträchtigt. Da die Dschihadisten nicht nur Organe der Staatsgewalt, sondern auch Christen ins Visier nehmen, müssen diese darauf achten, möglichst nicht aufzufallen. Viele Christen, die vor den Angriffen fliehen, leben in Flüchtlingslagern in Bosso und Yebbi im Niger oder jenseits der südlichen Grenze in Maiduguri und Yola in Nigeria. Auch die Gewalt im sozialen Umfeld hält an.



Kirchliches Leben

Bei gemeinsamen Gottesdiensten und Versammlungen von Christen ist wegen der drohenden Gewalt durch islamistische Milizen große Vorsicht geboten. Gelegentlich wurden Christen auch schlicht daran gehindert, sich zu versammeln. Das Registrierungsverfahren für Kirchen ist sehr kompliziert und langwierig.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Die Bewegungsfreiheit der Christen wird stark eingeschränkt, wodurch selbst Routinetätigkeiten beeinträchtigt werden wie zum Beispiel der Weg zur Arbeit, die Teilnahme an Gottesdiensten sowie der Besuch von Familie und Freunden.

Christen werden häufig Opfer von Gewalt, die von verbalen und physischen Angriffen bis hin zu Entführungen reichen kann. Diese Gewalt geschieht in der Regel in der Absicht, unter Christen Angst und Schrecken zu verbreiten oder Lösegeld zu erpressen.

Es gibt einen alarmierenden Trend zur gezielten Zerstörung von christlichem Eigentum, einschließlich Wohnungen und Geschäften von Christen; auch Kirchen und andere von Christen genutzte Einrichtungen werden nicht verschont – viele dieser Gebäude werden verwüstet oder gar abgerissen. Dies führt nicht nur zu einem Verlust von sicheren Orten für Gottesdienste und andere christliche Zusammenkünfte, es ist auch eine deutliche Erinnerung daran, welcher Intoleranz die Christen im Niger ausgesetzt sind.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	27	70
2023	28	70
2022	33	68
2021	54	62
2020	50	60

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl für den Niger ist im aktuellen Berichtszeitraum gleich geblieben.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Wie in vielen anderen Ländern der Sahelzone sind Frauen und Mädchen bedroht von Entführungen, Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch durch islamisch-extremistische und andere Gruppen. Ihre Familien melden Vergewaltigungen oft nicht, weil diese mit Stigma und Scham verbunden sind und die Familien befürchten, dass dies die Heiratsaussichten der Frau beeinträchtigen könnte. Christliche Konvertitinnen sind zudem extremen Anfeindungen seitens ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Ihnen drohen Zwangsheirat mit einem Muslim und Vergewaltigung. Außerdem wird ihnen oftmals das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen oder verweigert, und vielen von ihnen wird ihr Erbrecht aberkannt.

Männer: Männliche christliche Konvertiten stehen in der Gefahr, von ihren Familien verstoßen, aus ihrem Elternhaus vertrieben oder unter Hausarrest gestellt zu werden. Männliche Christen müssen damit rechnen, aufgrund ihres Glaubens ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder, wenn sie einen Laden oder ein Geschäft betreiben, von Muslimen boykottiert zu werden. Dies schwächt dann die ganze Familie, da Männer in der Regel die Hauptverdiener sind. Vor allem Jungen stehen in der Gefahr, entführt und von militanten Gruppen zwangsrekrutiert zu werden, wobei allerdings unklar ist, inwieweit dies Christen besonders betrifft.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit schreibt das US-Außenministerium in Bezug auf den Niger: »Im Februar 2022 verhafteten die Behörden den muslimischen Geistlichen Alfa Ali Boubacar und klagten ihn wegen »Herstellung und Verbreitung von Informationen, die der öffentlichen Ordnung schaden, und Anstiftung zur Gewalt« an. Er wurde verhaftet und angeklagt, weil er eine Fatwa gegen das Regime ausgesprochen und Kritik geäußert hatte wegen des »schlechten Sicherheitsmanagements [der Regierung] in der Region Tillabéri [und] der Präsenz der französischen Truppen im Land.« Außerdem sind auch Zeugen Jehovas und Bahai, die vor allem in den großen Städten vertreten sind, der Gewalt islamisch-extremistischer Gruppen ausgesetzt und müssen vorsichtig sein, um nicht Aufmerksamkeit und Verfolgung auf sich zu ziehen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Niger hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Niger kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen können am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden (ICCPR Art. 26)
- Christen werden oft geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und gewaltsam zum Abschwören ihres Glaubens gezwungen (ICCPR Art. 18)
- Christen können Schikanen und Gewalt ausgesetzt sein, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder Missionierung betreiben (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertiten verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder und ihr Erbrecht (ICCPR Art. 26)
- Kirchen sehen sich zahlreichen Hindernissen gegenüber, wenn es darum geht, Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude sowie Lizenzen für die rechtliche Anerkennung zu erhalten (ICCPR Art. 21 und 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
28

LÄNDERPROFIL

Zentralafrikanische Republik



Platz 28 / 70 Punkte (2023: Platz 24 / 70 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die ohnehin schon prekäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) wird durch die sich abzeichnende Krise im benachbarten Sudan weiter verschärft. Das Potenzial für einen weiteren größeren Konflikt im Sudan, insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei den Wahlen, wirft einen alarmierenden Schatten auf die instabile Lage in der Zentralafrikanischen Republik. Während der Sudan seine eigenen innerstaatlichen Unruhen austrägt, drohen dessen Auswirkungen die Zentralafrikanische Republik weiter zu destabilisieren. Damit würde sich auch die Gefahr für gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Christen erhöhen.

Gegenwärtig hat der Zusammenbruch von Recht und Ordnung ein solches Ausmaß erreicht, dass Straflosigkeit und Anarchie herrschen. Christen bleibt daher kein Raum, ihren Glauben in Sicherheit zu praktizieren. Bewaffnete Milizen, die weite Teile des Landes besetzen, sind für eine lange Liste von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter das Niederbrennen und Plündern von Kirchengebäuden. Christliche Leiter, die mutig

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Faustin Archange
Touadéra

BEVÖLKERUNG

5.119.000

CHRISTEN

3.807.000 / 74,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



genug waren, sich gegen diese Gewalt auszusprechen, erhielten Morddrohungen. Viele Christen wurden dadurch gezwungen, zu ihrer eigenen Sicherheit in Nachbarländer wie Kamerun zu flüchten.

Die fehlende Regierungsgewalt und Rechtsstaatlichkeit haben dazu geführt, dass Tausende von Christen zu Binnenvertriebenen wurden. Sie sind oft gezwungen, in provisorischen Lagern zu leben, weil sie ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben. Dies ist auch der Nährboden für lokal begrenzte Formen der Verfolgung. Vor allem in den nördlichen Regionen der Zentralafrikanischen Republik erleben christliche Konvertiten soziale Ächtung und körperliche Gewalt, die oft von ihren eigenen Familienmitgliedern ausgeübt wird. Damit versucht man sie zu zwingen, ihrem neu gefundenen Glauben abzuschwören.

Hintergrund

Seitdem die Zentralafrikanische Republik im Jahr 1960 ihre Unabhängigkeit erlangte, ist das Land von Gewalt gezeichnet. Ursache dafür sind sich überlagernde Spannungen zwischen bewaffneten Gruppierungen, religiösen und ethnischen Gruppen sowie Hirten und Bauern. Die mehrheitlich muslimische Gruppe »Séléka« zettelte 2013 einen Putsch an, der einen tödlichen Konflikt zwischen religiösen und ethnischen Gruppen zur Folge hatte.

Nachdem Präsident Touadéra 2016 gewählt wurde, machte er die Versöhnung des Landes zu seiner Priorität. 2019 wurde ein politisches Friedensabkommen zwischen der Regierung und 14 bewaffneten Gruppen unterzeichnet. Es scheiterte jedoch bereits im Vorfeld der Wahlen im Dezember 2020, die Kämpfe konnten bis heute nicht beendet werden. Die Regierung hat nur noch die Kontrolle über die Hauptstadt Bangui. Der Rest des Landes ist unter den verschiedenen Gruppierungen aufgeteilt. Das Aufspüren und Nachverfolgen von Rechtsverletzungen und Verfolgung wird durch diese Faktoren erschwert.

Die Vorlage des Präsidenten für ein Referendum über eine neue Verfassung hat in der Bevölkerung Besorgnis ausgelöst. Die Präsenz und der Einfluss Ruandas sowie der Söldnergruppe Wagner im Land nehmen zu. Auch die Armee des Tschad hat ihre Operationen fortgesetzt. Viele bewaffnete Gruppen haben sich mit anderen verbündet und einige Gruppen verfügen über ausländische Kämpfer, die im Land für die Einführung der Scharia kämpfen. Es gibt immer noch Zusammenstöße zwischen den hauptsächlich muslimischen Splittergruppen der Ex-Séléka und der Selbstverteidigungsgruppe, der sogenannten Anti-Balaka. Obwohl sich Mitglieder der Anti-Balaka häufig als Christen bezeichnen, folgen sie meist traditionell-afrikanischen Religionen; die Kirchen haben sich stark von ihnen distanziert.

Inmitten dieser Situation ist es für Christen sehr schwierig, sich gegen Ungerechtigkeit auszusprechen oder sich zu den immer mächtiger werdenden kriminellen Banden zu äußern, die die Ausbreitung der verschiedenen bewaffneten Gruppierungen begünstigen.

Die Verfassung von 2016 gewährt Religionsfreiheit, und diese wird im Allgemeinen auch gewahrt. Die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen sind relativ stabil, doch es gibt einige Spannungen. Vor allem Konvertiten, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind, erleiden Übergriffe. Christen, die in muslimisch dominierten Gebieten leben, berichten von Diskriminierung und Angriffen auf Kirchen durch ehemalige Séléka-Gruppen. Auch die Anti-Balaka-Rebellen greifen jene Kirchen und Christen an, die sich ihren Aktivitäten widersetzen. Viele Frauen und Mädchen sind wirtschaftlich von ihren Familien abhängig; darin liegt für sie eine besondere Gefahr, wenn sie den christlichen Glauben annehmen.

Im Jahr 2023 führten die Ungewissheit und die drohende Gefahr eines weiteren großen Konflikts sowohl im Sudan als auch im Südsudan zu einer komplexen neuen Dynamik der bestehenden Krise in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR). Im Fall einer Eskalation in diesen Nachbarstaaten wäre die Zentralafrikanische Republik weitgehend von Ländern umgeben, die in Konflikte verwickelt sind. Dies würde ihre eigene instabile Lage weiter verschlimmern. Die internationalen Hilfsorganisationen sind bereits stark ausgelastet, da sie sich mit zahlreichen instabilen Gebieten und Menschenrechtsverletzungen befassen müssen. Die römisch-katholische Kirche ist die mit Abstand größte christliche Konfession.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	3.807.000	74,4
Muslime	711.000	13,9
Anhänger ethnischer Religionen	548.000	10,7
Bahai	13.200	0,3
Atheisten	730	< 0,1
Agnostiker	38.100	0,7

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In den nördlichen und östlichen Teilen des Landes, die von Muslimen dominiert werden und in denen Splittergruppen der Séléka operieren, sind die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Christen am größten. Auch im östlichen Teil des Landes, an der Grenze zum Sudan, ist die Lage für Christen schwierig.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Gewalt gegen Christen wird vor allem von Ablegern der Séléka-Miliz verübt. Darüber hinaus zeigt sich die islamische Unterdrückung auch in der Verfolgung von Christen durch die Gesellschaft im Allgemeinen in den überwiegend muslimischen Teilen des Landes.



Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich besonders dort, wo militante Anti-Balaka-Kämpfer Kirchen und Christen angriffen. Obwohl die Anti-Balaka als ein Zusammenschluss von Bürgerwehren begann, haben sie sich zu kriminellen Banden entwickelt. Vor allem in Bangui nehmen sie oft Christen und Kirchenführer ins Visier, insbesondere diejenigen, die ihre Wertevorstellungen nicht teilen oder die sich gegen ihre gewalttätigen Aktivitäten aussprechen. Die Gruppe behauptet zwar, sie wolle Christen schützen, doch hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass diese Behauptung jeder Grundlage entbehrt – vielmehr greifen Anti-Balaka Muslime und Christen gleichermaßen an.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Art der Unterdrückung geht von Anhängern animistischer beziehungsweise traditioneller afrikanischer Religionen sowie Stammesgruppen aus. In der Zentralafrikanischen Republik sind ethnische und religiöse Motive typischerweise miteinander verbunden. Einige ethnische Minderheiten sind besonders betroffen. Zum Beispiel werden Ba'aka-Pygmäen zur Arbeit zwangsrekrutiert. Anti-Balaka-Gruppen zwingen manchmal Christen dazu, sich ihnen anzuschließen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die Römisch-Katholische Kirche ist die stärkste Konfession im Land. Sie verfügt über den größten Verbund von Kirchen, Kliniken und Schulen. Während des Séléka-Putsches wie auch in der Folgezeit wurden viele ihrer Kirchen geplündert. Die Römisch-Katholische Kirche hat mit Nachdruck zum Frieden und zur Versöhnung aufgerufen. Sie hat Zivilisten Zuflucht gewährt, die vor Angriffen geflohen waren – sowohl Muslimen als auch Christen. Aus diesem Grund wurden katholische Kirchen und Gemeinden in der Vergangenheit häufig zum Ziel von Anschlägen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

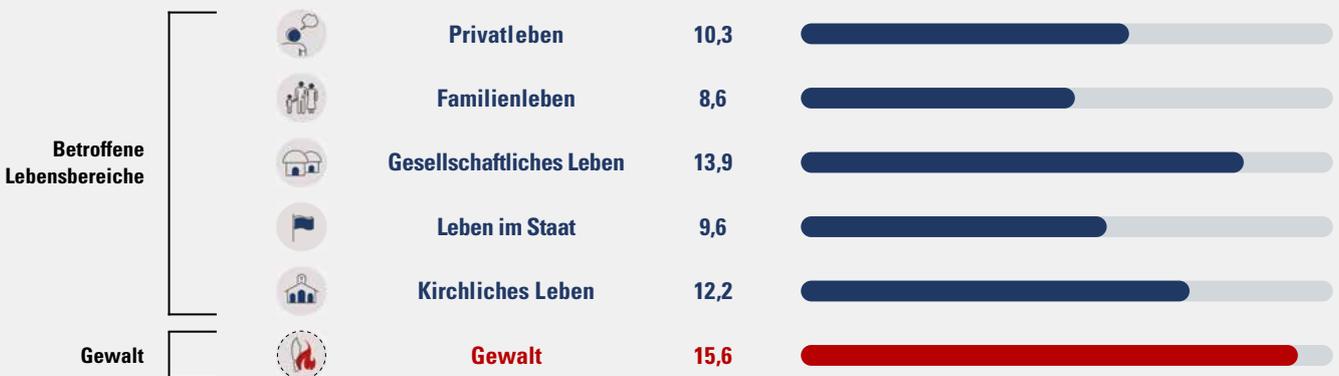
Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familienangehörigen unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Aus Angst vor Angriffen muslimischer Aufwiegler, vor allem in den islamisch geprägten Gebieten im Norden des Landes, nehmen die meisten von ihnen nicht an öffentlichen Gottesdiensten teil.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale und Pfingstgemeinden wurden immer wieder von ehemaligen Séléka-Kämpfern angegriffen. Die Zahl der Menschen, die sich diesen christlichen Gemeinden anschließen, hat in letzter Zeit stark zugenommen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erleben vonseiten der Familienmitglieder heftige Verletzungen ihrer Rechte, sofern ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Ihnen wird unter Umständen die finanzielle Unterstützung entzogen. Im muslimisch dominierten Norden, wo Séléka-Splittergruppen aktiv sind, ist der Besitz christlicher Schriften lebensgefährlich. Es ist vorgekommen, dass ehemalige Séléka-Kämpfer in ein Haus gekommen sind, dort jemand beim Bibellesen vorfanden und diese Person daraufhin sofort getötet haben.

Familienleben

Wenn ein Ehepartner den christlichen Glauben angenommen hat, setzen die (Groß-)Familien und das soziale Umfeld den nichtchristlichen Partner häufig unter Druck, sich scheiden zu lassen. Außerdem verlieren die christlichen Konvertiten fast automatisch ihr Erbrecht. Wenn in von Rebellen kontrollierten Gebieten Eltern getötet wurden oder fliehen mussten, sind die zurückgelassenen Kinder den Angreifern schutzlos ausgeliefert. Einige wurden brutal ermordet.

Gesellschaftliches Leben

Die Regierung hat die Kontrolle über viele Gebiete faktisch verloren. In muslimisch geprägten Gebieten werden Christen häufig diskriminiert, insbesondere dort, wo die Scharia mehr oder weniger offiziell eingeführt wurde. Die Überwachung durch einige Rebellen und deren Unterstützer ist weit verbreitet. Im Rahmen des anhaltenden Konflikts werden Christen (insbesondere junge Mädchen) angegriffen und entführt. Insbesondere im abgelegenen Norden des Landes wollen muslimische Bürger die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (wie etwa die Gesundheitsversorgung) in der Regel nicht mit Christen muslimischer Herkunft teilen.

Leben im Staat

In Gebieten, die von Ex-Séléka-Kämpfern kontrolliert werden, stehen alle Verkehrsmittel unter muslimischer Kontrolle. Dies erschwert die Fortbewegung der Christen; und wenn es zu Gewaltausbrüchen kommt, sind Pastoren, die für ihren Dienst von Kirche zu Kirche reisen, besonders gefährdet. In Regionen, die von Rebellen beherrscht werden, werden Christen diskriminiert und manchmal angegriffen; dadurch sind viele gezwungen, aus ihrer Heimat und ihrem Land zu fliehen.

Kirchliches Leben

Auch wenn es keine offizielle Überwachung durch die Regierung gibt, werden Zivilisten von verschiedenen

Rebellen beobachtet, um mögliche Verbindungen zu anderen Gruppen aufzudecken. Es wurden viele Angriffe gemeldet, bei denen Gottesdienste gestört und Kirchen niedergebrannt wurden.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurden in der Zentralafrikanischen Republik mehrere Hundert Christen körperlich angegriffen, 23 Christen wurden ermordet. 14 Kirchen oder christliche Einrichtungen wurden angegriffen oder geschlossen.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	28	70
2023	24	70
2022	31	68
2021	35	66
2020	25	68

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Zentralafrikanische Republik kommt auf die gleiche Wertung wie im Weltverfolgungsindex 2023.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Jahre der Gewalt und der politischen Instabilität haben christliche Frauen und Mädchen besonders der Gefahr von Vergewaltigung, Menschenhandel, Entführung und Zwangsheirat als Formen der religiösen Verfolgung ausgesetzt. Sexueller Missbrauch hat Scham, Trauma und oft auch eine Schwangerschaft zur Folge. Das hohe Ausmaß an sexueller Gewalt hält Eltern in Hochrisikogebieten davon ab, Mädchen zur Schule zu schicken. Durch die Abhängigkeitsverhältnisse sind Frauen stärker davon betroffen, wenn sie von ihrer Familie verfolgt werden; die finanzielle Abhängigkeit ist dabei ein wichtiger Faktor. In muslimisch dominierten Gebieten werden Frauen unter Druck gesetzt, einer islamischen Kleiderordnung zu folgen. Christlichen Konvertitinnen drohen Hausarrest und die Zwangsheirat mit einem älteren Muslim.

Männer: Männer können wegen ihres Glaubens getötet oder von extremistischen Milizen gefangen genommen werden. Pastoren stehen in besonderer Gefahr: Sie werden mit falschen Anschuldigungen konfrontiert und sogar im Gottesdienst angegriffen. Männer werden auch bei der

Arbeit diskriminiert, da einflussreiche Muslime alle Marktplätze besetzen, den Handel kontrollieren, christlichen Geschäftsleuten hohe Steuern auferlegen und mitunter sogar die Geschäfte von Christen plündern, so dass sie in Armut gefangen bleiben. Christen werden von militanten Rebellengruppen zwangsrekrutiert, beim Militärdienst diskriminiert und zur Zielscheibe von Folter und Übergriffen. Wenn Männer entführt, ermordet, bedroht oder gezielt in die Armut gedrängt werden, sind auch deren Familien davon stark betroffen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das US-Außenministerium berichtet (IRFR 2022): »Internationale und lokale Beobachter erklärten, dass muslimische Zivilisten während der Operationen in den zentralen und nordwestlichen Gebieten des Landes von den Sicherheitskräften der Regierung und der Gruppe Wagner unverhältnismäßig häufig angegriffen und in einigen Fällen wahllos getötet wurden.« Im Rahmen des anhaltenden Konflikts sind religiöse Minderheiten nicht die Hauptziele. Angehörige kleiner religiöser Minderheiten stehen jedoch in ihrem jeweiligen Lebensumfeld vor Problemen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Zentralafrikanische Republik hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Zentralafrikanische Republik kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten in mehrheitlich muslimischen Gebieten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christen werden körperlich angegriffen, weil sie ihren Glauben mitteilen (ICCPR Art. 18)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
29

LÄNDERPROFIL

Turkmenistan



Platz 29 / 70 Punkte (2023: Platz 26 / 70 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Turkmenistan ist ein totalitärer Staat, in dem die Behörden einzelne Christen und religiöse Gruppen (wie auch der russisch-orthodoxen und der armenisch-apostolischen Kirchen (die traditionellen Kirchen in der Region) können von der Überwachung betroffen sein. Das Drucken und die Einfuhr von christlichen Schriften sind stark eingeschränkt. Christen muslimischer Herkunft erleiden die schwersten Verletzungen ihrer Rechte, sowohl durch den Staat als auch durch die Familie und Gesellschaft.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Serdar Berdimuhamedow

BEVÖLKERUNG

6.283.000

CHRISTEN

66.000 / 1,1 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Turkmenistan erlangte 1991 im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion seine Unabhängigkeit. Der Präsident ist Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich. Echte Oppositionsparteien sind nicht zugelassen. Trotz des Reichtums an Bodenschätzen im Land sind Arbeitslosigkeit und Armut weit verbreitet. In Turkmenistan gibt es ein System von Zwangsarbeitslagern, in denen Tausende von Menschen unter entsetzlichen Bedingungen inhaftiert sind.

Obwohl die Verfassung die Republik als säkularen Staat ausweist und Religionsfreiheit vorsieht, ist der sunnitische Islam die Hauptreligion. Doch die meisten Turkmenen folgen eher den Traditionen als den Lehren des Islam. Die Regierung hat die Religionen streng reglementiert: So ernennt der Staat zum Beispiel muslimische Geistliche, überwacht und diktiert die Religionsausübung und bestraft Nonkonformität durch Inhaftierung, Folter und administrative Schikanen.

Laut World Christian Database gibt es neben der Hauptreligion des Islam auch eine nennenswerte Minderheit von Agnostikern und Atheisten in Turkmenistan. Sie sind vor allem in der Hauptstadt Ashgabat und anderen Großstädten anzutreffen.

Die kleine christliche Minderheit ist aufgrund vieler Spaltungen und der geringen Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Konfessionen geschwächt; dies spielt der Regierung in die Hände. Nach den Daten der World Christian Database (Stand März 2023) sind die größten offiziellen Kirchen in Turkmenistan die russisch-orthodoxe Kirche, die armenisch-apostolische Kirche sowie die ukrainisch-orthodoxe Kirche. Protestanten werden aufgrund ihrer Form der Religionsausübung, die außerhalb der staatlich kontrollierten Strukturen stattfindet, häufig als »Extremisten« bezeichnet.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) heißt es über Turkmenistan: »Das Gesetz schreibt vor, dass alle religiösen Organisationen beim Justizministerium (MOJ) eine Neuregistrierung beantragen müssen, wenn sich ihre Adresse oder ihre Satzung ändert; das betrifft auch diejenigen Organisationen, die zuvor bereits registriert waren. Eine Registrierung erlaubt das Gesetz nur für religiöse Organisationen, die mindestens 50 Mitglieder über 18 Jahren haben – eine Anforderung, die es in ähnlicher Weise auch für zivile Vereinigungen gibt. [...] Nicht registrierte religiöse Organisationen beziehungsweise nicht registrierte Tochtergemeinden von registrierten religiösen Organisationen dürfen keine religiösen Aktivitäten durchführen, keine Gebetsstätten einrichten, sich nicht zu Gottesdiensten versammeln, auch nicht in Privatwohnungen, kein religiöses Material herstellen oder verbreiten und keine Missionierung betreiben. Jede derartige Aktivität wird als Ordnungswidrigkeit mit Geldstrafen zwischen 100 und 2.000 Manat (570 \$) geahndet, wobei die Geldstrafen für Leiter der Organisationen höher und für Mitglieder niedriger ausfallen.«

Die Christen in Turkmenistan müssen äußerst vorsichtig vorgehen. Polizei und Geheimdienste überwachen ständig ihre Aktivitäten. Für ausländische Christen ist es sehr schwierig, Turkmenistan zu besuchen, ob als Touristen oder in irgendeiner anderen Funktion. Und umgekehrt werden turkmenische Bürger daran gehindert, Christen in anderen Ländern zu besuchen; Ausreisevisa sind erforderlich und werden häufig verweigert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	66.000	1,1
Muslime	6.079.000	96,8
Buddhisten	820	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.000	< 0,1
Juden	500	< 0,1
Bahai	1.300	< 0,1
Atheisten	24.100	0,4

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Überall im Land kommt es durch Regierungsbeamte zu Verletzungen der Rechte von Christen. Der Druck von Familie und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft ist in ländlichen Gebieten stärker.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte Institutionen sind erlaubt. Protestanten werden aufgrund ihrer religiösen Aktivitäten außerhalb staatlich kontrollierter Strukturen häufig als »Extremisten« gebrandmarkt. Die Regierung sieht in den Protestanten eine Bedrohung des politischen Status quo und damit als Personen, die es zu kontrollieren und zu unterdrücken gilt.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Christen muslimischer Herkunft sind häufig dem Druck und der körperlichen Gewalt ihrer Familien und der Dorfgemeinschaft ausgesetzt, die so versuchen, sie zur Rückkehr zum

Islam zu zwingen. Einige christliche Konvertiten müssen mit Hausarrest oder Ausschluss aus ihren Dorfgemeinschaften rechnen. Daher versuchen viele, ihren Glauben geheim zu halten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

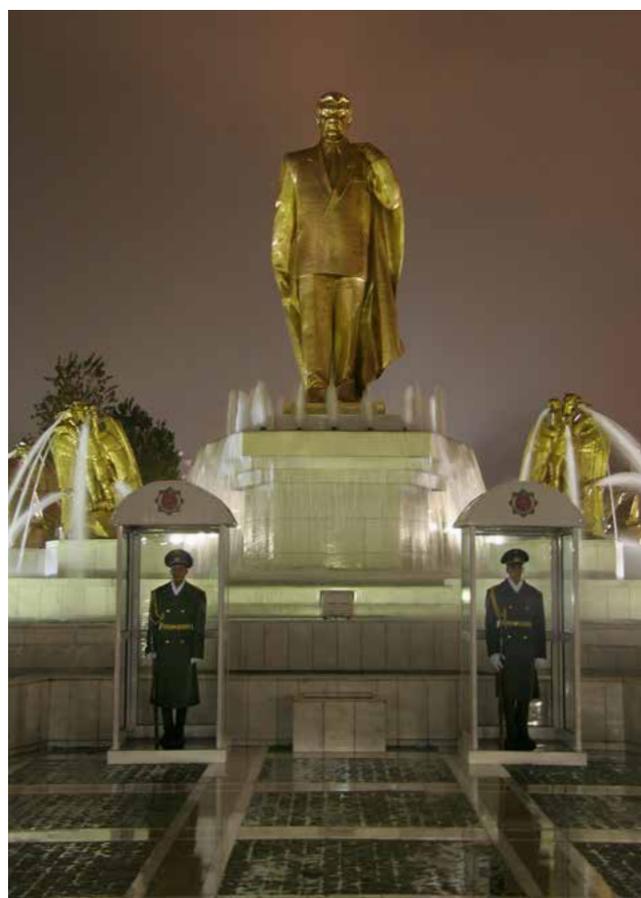
Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die russisch-orthodoxe Kirche hat sich an die von der Regierung gesetzten Einschränkungen angepasst und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Ihre Gottesdienste werden zwar gelegentlich überwacht, können aber ungehindert durchgeführt werden. Der Druck und die Einfuhr von christlichen Schriften sind stark eingeschränkt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden ihrer Rechte durch den Staat beraubt und erleben starken Druck von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld.



Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den Christen aus protestantischen Freikirchen gehören baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen. Abgesehen von den christlichen Konvertiten erfahren

diese Gemeinden die stärksten Verletzungen ihrer Rechte aufgrund ihres Glaubens. Dazu zählen Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen, insbesondere dann, wenn die Kirchen nicht registriert sind.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Die Einfuhr und Herstellung religiöser Schriften werden von der Regierung streng kontrolliert. Es ist gefährlich, privat im Besitz christlicher Schriften zu sein; der Besitz gilt als Beweis für einen Glaubenswechsel, der als Verrat an Familie und Kultur angesehen wird. Familie und soziales Umfeld reagieren auf die Hinwendung zum christlichen Glauben oft mit sozialem Druck, wirtschaftlicher Ausgrenzung oder sogar Gewalt.

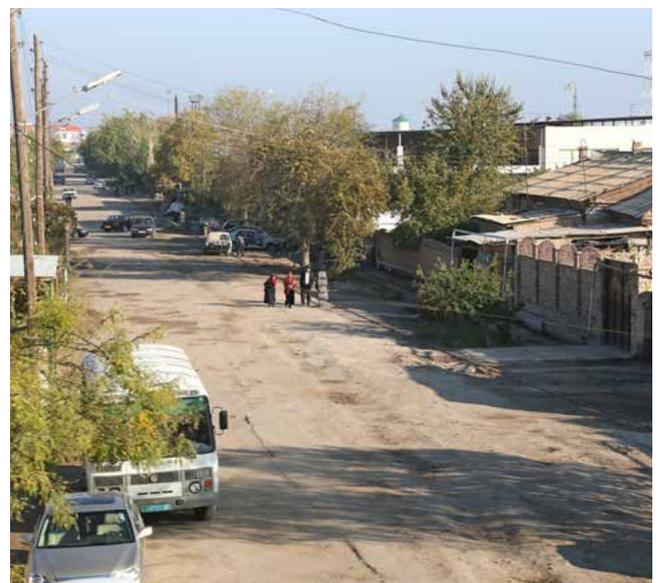
Familienleben

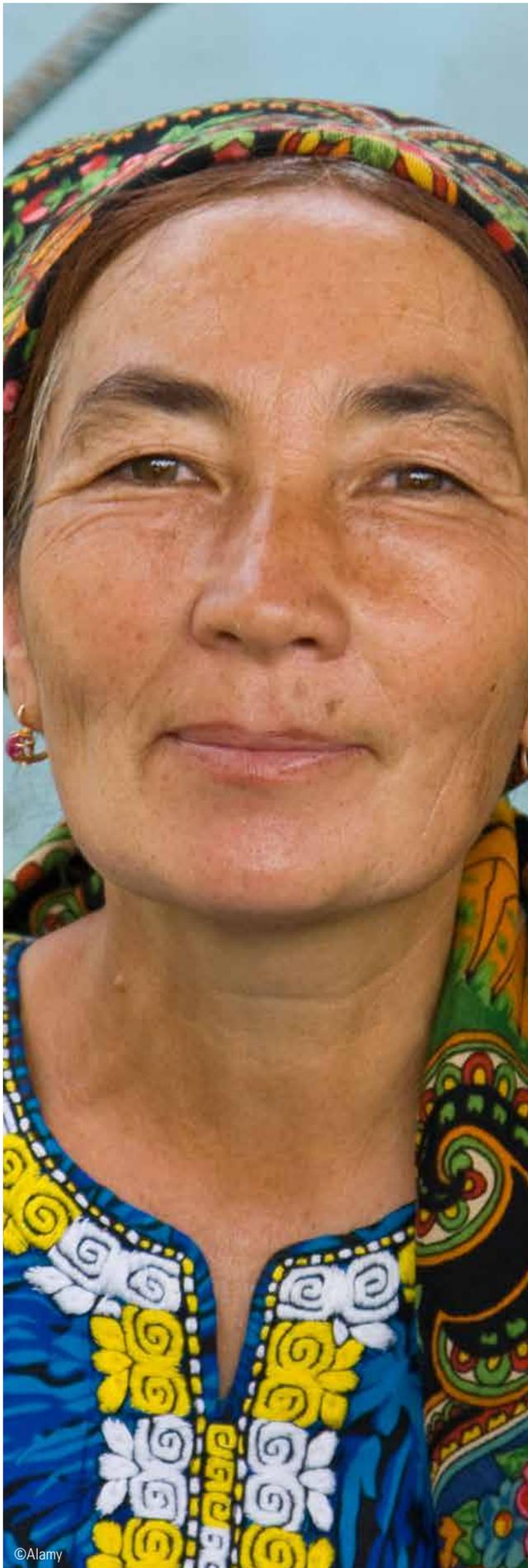
Kinder von christlichen Konvertiten werden von der überwiegend muslimischen Gesellschaft unter immensen Druck gesetzt. Das geschieht etwa durch den Islamunterricht, an dem sie auch gegen den Willen ihrer Eltern teilnehmen müssen. Auch werden Kinder von christlichen Konvertiten und von Protestanten vom sozialen Umfeld häufig ausgegrenzt, um sie zur Rückkehr zum Islam zu zwingen.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten werden von der Familie und der Gemeinschaft (darunter auch örtliche islamische Autoritätspersonen) bedroht, um sie dazu zu bringen, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Christen aus nicht registrierten protestantischen Gruppen werden sowohl von Mitgliedern ihres

sozialen Umfelds als auch den staatlichen Behörden überwacht und schikaniert, weil man sie beschuldigt, das Evangelium weiterzugeben. Infolgedessen sind Christen Drohungen, Diskriminierung und Einschränkungen ausgesetzt und werden mit Geldstrafen belegt. Die Übergriffe reichen bis hin zu staatlich organisierten Razzien, die in der Regel auf Betreiben lokaler muslimischer Informanten durchgeführt werden.





Leben im Staat

Die Feindseligkeit der turkmenischen Gesellschaft gegenüber Christen wird durch einen großen und Christen feindlich gesinnten Staatsapparat unterstützt, der versucht, der Bevölkerung eine gesellschaftliche und damit auch religiöse Einheitlichkeit aufzuzwingen. Das Religionsgesetz sieht ein Verbot nicht registrierter religiöser Organisationen vor und untersagt religiöse Bildung außerhalb staatlicher Einrichtungen. Das Regime zensiert Christen, kontrolliert die Medien und verbietet Oppositionsparteien.

Kirchliches Leben

Für nicht registrierte Kirchen ist die Erlangung eines Rechtsstatus praktisch unmöglich. Alle registrierten Kirchen müssen sich nach dem neuen Gesetz alle drei Jahre neu registrieren lassen – ein kompliziertes und zeitaufwendiges Verfahren. Kirchen, vor allem protestantische, haben oftmals Schwierigkeiten, Gebäude zu finden, weil Vermieter Christen ablehnen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Mindestens 22 Christen waren körperlicher oder psychischer Gewalt ausgesetzt. Bei den meisten gemeldeten Fällen handelt es sich um Gewalt gegen christliche Konvertiten in ihrem familiären Umfeld. Dabei kam es zu Schlägen und Zwangsisolation.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	29	70
2023	26	70
2022	25	69
2021	23	70
2020	22	70

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl von Turkmenistan auf dem Weltverfolgungsindex 2024 ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, aber nur um etwas weniger als einen Punkt. Die Verfolgungssituation ist im Wesentlichen unverändert, mit nur geringfügigen Veränderungen in einigen Lebensbereichen sowie im Blick auf die Gewalt im Land. Staatliche

Behörden überwachen ständig Kirchen und Christen; und muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner üben Druck auf Konvertiten aus.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der gesetzliche Schutz von Frauen in Turkmenistan ist nach wie vor lückenhaft, auch in Bezug auf häusliche Gewalt. In der vorherrschenden islamischen Kultur ist eine Frau einem Mann untergeordnet. Christliche Konvertitinnen sind besonders von Schlägen, Hausarrest, Beschimpfungen, Drohungen, Ablehnung, Entführung und Zwangsheirat bedroht. Frauen und Mädchen sind nach wie vor von sexueller Belästigung und Vergewaltigung bedroht, zeigen die Fälle jedoch aufgrund von Stigmatisierung und Scham selten an, und den Tätern wird häufig Straffreiheit gewährt. Der Missbrauch von Frauen wird zur Einschüchterung und Bedrohung ihrer Ehemänner, Familien und Kirchen eingesetzt.

Männer: In der Regel übernehmen die Männer Führungsaufgaben in den Familien und Kirchen. Folglich wirkt sich die gegen Männer gerichtete Verfolgung auf ihre Familien

und Kirchengemeinden aus und verursacht Angst, Spannungen und finanzielle Nöte. Staatlichen Behördenmitarbeitern ist jeder Vorwand recht, um christliche Männer zu bestrafen; Christen in Führungspositionen werden von ihnen unter Druck gesetzt. Christliche Leiter haben es schwer, Aus- und Fortbildungen zu besuchen; für alle Formen von religiöser Bildung gelten strenge Auflagen. Beim obligatorischen Militärdienst sind Christen Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung ausgesetzt. Auf gesellschaftlicher Ebene erleben Christen, dass Muslime ihre Geschäftstätigkeiten behindern. Christliche Konvertiten werden darüber hinaus belästigt, verhört, diskriminiert, bloßgestellt und geschlagen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Diskriminierung und Verfolgung der Regierung konzentriert sich nicht auf eine bestimmte religiöse Gruppe. Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) heißt es zu Turkmenistan, dass Muslime, Christen, Juden und Bahai von einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung betroffen sind: »[Eine] unbekannte Zahl von Muslimen, die in den vergangenen Jahren aus religiösen Gründen verhaftet worden waren, sind weiterhin im Gefängnis.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Turkmenistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Turkmenistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Nicht registrierte Kirchen sind Opfer von Razzien, ihre Mitglieder werden verhaftet, bedroht und mit Geldstrafen belegt (ICCPR Art. 9 und 18)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden streng überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und mit Gewalt gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Der Zugang zu religiöser Literatur ist stark eingeschränkt und unterliegt einer behördlichen Prüfung und Genehmigung (ICCPR Art. 18 und 19)
- Konvertitinnen sind wegen ihres Glaubens körperlichen Schlägen, Hausarrest, verbalen und körperlichen Misshandlungen, Drohungen und Ablehnung durch ihre eigene Familie ausgesetzt (ICCPR Art. 9, 12 und 18)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
30

LÄNDERPROFIL

Nicaragua



Platz 30 / 70 Punkte (2023: Platz 50 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Unter Präsident Daniel Ortega werden diejenigen Kirchen und Christen als destabilisierende Kräfte betrachtet, die ihre Kritik an den Handlungen der Regierung zum Ausdruck bringen. Dies macht sie zur Zielscheibe von Einschüchterung, Schikanen, Überwachung, Strafverfolgung und gewalttätigen Aktionen. Viele christliche Einrichtungen – einschließlich Universitäten und Kirchen – wurden geschlossen und enteignet. Das Ziel dabei ist, die Kirche zu »ersticken« und sie zum Schweigen zu bringen. Seit den sozialen Protesten im Jahr 2018 hat sich diese Lage immer weiter verschärft, da christliche Leiter und andere Personen der Kirche anhaltend das von der Regierung begangene Unrecht und die Menschenrechtsverletzungen angeprangert haben. Die Wahlen im November 2021 und die ihnen vorausgegangene Änderung des Wahlrechts wurden genutzt, um die christliche Gemeinde und ihre Leiter während und nach den Wahlen immer stärker einzuschränken – davon betroffen waren insbesondere diejenigen Christen, die öffentlich die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit forderten. Ebenfalls besonders betroffen und gefährdet sind diejenigen Gemeinden und Gemeindeleiter, die die Freilassung politischer Gefangener fordern, einschließlich religiöser Führungspersonen, und die den Bedürftigsten helfen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Daniel Ortega

BEVÖLKERUNG

6.855.000

CHRISTEN

6.506.000 / 94,9 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Im Jahr 1979 ließ Nicaragua eine vier Jahrzehnte währende Diktatur hinter sich. Daniel Ortega wurde 1984 Präsident des Landes und schied 1990 aus dem Amt. Im Jahr 2006 übernahm er erneut das Präsidentenamt und ist seitdem an der Macht. Im Laufe der Jahre hat Ortega zunehmend diktatorische Züge an den Tag gelegt. Bei den Wahlen im November 2021 haben er und seine Verbündeten ihre Macht gefestigt, allerdings unter dem Vorwurf von Unregelmäßigkeiten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Die internationale Gemeinschaft sowie multilaterale Organisationen haben den Wahlvorgang verurteilt und Sanktionen gegen Nicaragua verhängt.

Nach Schätzungen der World Christian Database sind 80,1 Prozent der nicaraguanischen Christen Katholiken. Die Gemeinden traditioneller protestantischer Kirchen wie auch freikirchlicher evangelikaler Konfessionen wachsen und gewinnen an Präsenz im Land.

Seit Beginn der sozialen Unruhen im April 2018 waren Leiter der Kirchen, vor allem aus der römisch-katholischen Kirche, am offiziellen Dialog zwischen Oppositionsgruppen und der Regierung beteiligt, zunächst als Vermittler und später als Beobachter. Jedoch beschloss die katholische Kirche im März 2019, sich nicht mehr aktiv an den Gesprächen zu beteiligen – aus Protest gegen das mangelnde Entgegenkommen des Regimes und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund dieser klaren Stellungnahme zur Situation im Land wird die katholische Kirche von der Regierung und ihren Verbündeten seither als »Staatsfeind« betrachtet. Infolgedessen waren Gemeinden und Leiter der Kirchen häufig Ziel von Vergeltungsmaßnahmen aller Art. Die Regierung Ortegas brachte dabei Gesetze zur Anwendung, die oppositionelle Stimmen unterdrücken und kriminalisieren sollen.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 hat sich die Feindseligkeit der Regierung gegenüber den Leitern der Kirchen und Gemeinden (insbesondere katholischen Bischöfen und Priestern) sowie gegenüber Kirchengemeinden, Denominationen und religiösen Organisationen weiter verstärkt. Diese wachsende Feindseligkeit zeigt sich u. a. in Verhaftungen von Vertretern der katholischen Kirche, insbesondere derjenigen, die der Regierung besonders kritisch gegenüberstehen. Ein Beispiel dafür ist Bischof Rolando Álvarez, der zu 26 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, nachdem er sich geweigert hatte, ins Exil zu gehen. Rund 222 politische Gefangene wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 von der Regierung freigelassen, dabei aber zum sofortigen Verlassen des Landes gezwungen und anschließend für staatenlos erklärt.

Die Regierung hat die staatliche Registrierung und den rechtlichen Status mehrerer kirchlicher Einrichtungen wie zum Beispiel Universitäten aufgehoben, kirchliches Eigentum an sich gerissen, christliche Presseorgane beschlagnahmt und Priester, Nonnen und evangelikale Pastoren ins Exil geschickt. Im Berichtszeitraum gab es außerdem auch Beispiele dafür, dass der Zugang zu Kirchengebäuden blockiert wurde und so Gottesdienste

verhindert wurden, dass katholische Radio- und Fernsehsender stillgelegt wurden, dass sich Parteisympathisanten kirchlichen Gruppen anschlossen, um den Inhalt von Predigten zu überwachen, und dass Prozessionen während der Karwoche und Ostern verboten wurden. Aufgrund des Ausmaßes der Repressionen gegen die Kirche im Land wurde Nicaragua vom Außenministerium der Vereinigten Staaten als »Country of Particular Concern« (»besonders besorgniserregendes Land«) eingestuft; das heißt als Land, das für besonders schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit verantwortlich ist.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.506.000	94,9
Muslimen	1.200	< 0,1
Buddhisten	7.800	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	32.000	0,5
Juden	220	< 0,1
Bahai	13.400	0,2
Atheisten	3.300	< 0,1
Agnostiker	188.000	2,7
Andere	103.400	1,5

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Verfolgung findet landesweit und auf allen Ebenen statt. Die Städte mit den meisten Vorfällen von Christenverfolgung sind Granada, Jinotega, Masaya, Jinotepe, León, Matagalpa, Boaco und Estelí.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Leiter von Kirchen und Gemeinden und christliche Gruppen, insbesondere römisch-katholische, sehen sich Repressalien ausgesetzt, wenn sie das Regime anprangern und die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze fordern. Leiter von Kirchen und Gemeinden wurden misshandelt, bedroht, schikaniert, als Verräter und Staatsfeinde beschuldigt, verhaftet, angeklagt und verurteilt. Kirchen wurden zudem verwüstet und Gottesdienste gestört, was zu einem Klima der Angst geführt hat.

Kommunistische Unterdrückung

Die sozialistisch-kommunistische Ideologie wird in den Schulen gelehrt und den Bürgern durch staatliche Institutionen aufgezwungen, manchmal auch mit Gewalt. Neben Unterdrückung, intensiver Überwachung, Zensur und Schikanen sind Christen auch damit konfrontiert, dass Teile ihres Glaubens (religiöse Feste, biblische Bezüge) absichtlich verfälscht werden, um die Interessen des Regimes zu unterstützen. Diese Praxis wird auch in den kommunistischen Nachbarländern Kuba und Venezuela angewandt, zu denen Nicaragua enge Beziehungen unterhält.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Zusammen mit dem illegalen Drogenhandel ist auch die Korruption ein zunehmendes Problem in Nicaragua. Das Justizsystem, die Sicherheitskräfte und die öffentlichen Dienste arbeiten daran, die Anführer der Regierungspartei an der Macht zu halten, indem sie verschiedene Mittel einsetzen: Bestechung, Manipulation, politische Einflussnahme. Gewalttätige paramilitärische Gruppen (auch bekannt als »Ortega-Todesschwadronen«), kriminelle Gruppen und sandinistische



Banden arbeiten mit der Regierung zusammen, um Gegner und Dissidenten zu unterdrücken. Christen sind eine besonders gefährdete Gruppe, da sie nirgendwo Schutz finden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche erlebt vielfältige Formen der Aggression und Verfolgung durch staatliche Akteure, insbesondere dann, wenn sie sich gegen die diktatorischen Maßnahmen der Regierung ausspricht. Derzeit ist sie die christliche Gruppe, die am meisten von staatlichen Repressalien betroffen ist, weil sie eine der letzten unabhängigen

Stimmen im Land ist und von der Gesellschaft als legitime Institution angesehen wird.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten sind in Nicaragua hauptsächlich ehemalige Regimesympathisanten oder Regierungsbeamte. Wenn sie Christen werden, betrachtet man sie folglich als Teil der Opposition, und sie sind so ebenfalls Anfeindungen seitens des Regimes ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Baptisten und Pfingstgemeinden. Die Christen dieser Gruppe sind zwar eine Minderheit, werden aber auch angefeindet, wenn sie sich gegen das Regime aussprechen (vor allem, wenn sie zuvor staatliche Unterstützung bekommen haben). Die größte Gefahr für sie besteht darin, dass sie ihren legalen Status verlieren, um im Land tätig zu sein.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen werden vom Regime ins Visier genommen und bedroht, wenn sie sich auf der Grundlage ihres Glaubens kritisch über die Politik der Regierung äußern, auch in den sozialen Medien. Das Sondergesetz zur Cyberkriminalität (eingeführt im Jahr 2020) bestraft diejenigen, die regimекritische Inhalte im Internet veröffentlichen, was bei vielen zu einer Selbstzensur geführt hat. Wenn ein Christ als Regimekritiker bekannt ist, kann es außerdem vorkommen, dass die

Angehörigen seiner (Groß-)Familie von der Regierung verhört werden. Dies wiederum hat dazu geführt, dass Familienmitglieder Informationen über die Aktivitäten und Treffpunkte ihrer christlichen Verwandten an die Regierung weitergeben. Treffen mit anderen Christen können als Verschwörung gegen das Regime ausgelegt werden, insbesondere unter katholischen Christen und in Masaya, Matagalpa und León. Versammlungen von Christen wurden von staatlichen Akteuren überwacht oder gestört, und Autos wurden fotografiert.

Nicaraguaner dürfen in der Regel Bibeln und andere religiöse Materialien besitzen, in staatlicher Haft ist dies jedoch nicht gestattet.

Familienleben

Bildungsprogramme in den Schulen indoktrinieren schon kleine Kinder mit der Ideologie des Regimes. Kinder werden gezwungen, Fahnen und Transparente zu tragen, die das Regime preisen, und an regierungsfreundlichen Kundgebungen teilzunehmen. Wenn Eltern versuchen, ihre Kinder vor staatlicher Propaganda zu schützen, werden sie als Regimegegner angesehen und sind Repressalien und sozialem Druck ausgesetzt. Ihre Kinder werden diskriminiert und misshandelt und als »Kinder von Terroristen« oder »Putschisten« abgestempelt. Regimekritische Christen sind der Gefahr von Entführung, willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung ausgesetzt. Viele waren gezwungen, aus ihrem Heimatort oder sogar dem Land zu fliehen, was zu einer langfristigen Trennung der Familien führte.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden unter Druck gesetzt, an staatlichen Propagandaveranstaltungen teilzunehmen. Dort werden die Regierungspartei hoch gepriesen und der Präsident und seine Frau (gleichzeitig Vizepräsidentin des Landes) als fast schon messianische Figuren verehrt. In einem solchen Kontext wird kirchliches Engagement oder sogar jegliche Verbindung mit Leitern der Kirchen und Gemeinden als Zeichen des Verrats an der Nation angesehen. Das Regime ist auch dafür bekannt, dass es »religiöse Veranstaltungen« ohne die Beteiligung von kirchlichen Leitern organisiert, um diese zu diskreditieren und die Christen zu verwirren.



In ähnlicher Weise werden Christen am Arbeitsplatz (besonders im öffentlichen Sektor) unter Druck gesetzt, an regierungsfreundlichen Veranstaltungen teilzunehmen und ihre christlichen Ansichten aus Angst vor Repressalien zu verschweigen. Studenten, die mit christlichen Regimegegnern oder bestimmten »unliebsamen« Leitern der Kirchen und Gemeinden in Verbindung stehen, werden von regimetreuen Akademikern und Verwaltungsangestellten schikaniert: Sie werden von der Hochschule suspendiert oder verwiesen oder unter dem Vorwurf des Terrorismus der Polizei übergeben.

Leben im Staat

Wer auch nur mit der Opposition in Verbindung gebracht wird (beispielsweise durch Äußerungen oder Bilder), gerät ins Visier des Regimes. Sogar politische Neutralität kann als Opposition verstanden werden, da sie das Regime nicht verteidigt. Die einzige politische Partei, die ungehindert arbeiten kann, ist die Regierungspartei des Regimes, die »Sandinistische Nationale Befreiungsfront«. Christen, die versucht haben, ein christliches politisches Bündnis zu gründen, um an demokratischen Wahlen teilzunehmen, sind auf Einschränkungen gestoßen. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen sehen sich mit einem neuen Gesetz konfrontiert, das jede politische Opposition gegen das Regime als staatsfeindlich einstuft, wobei sie mitunter sogar der Planung eines Putsches mit ausländischer Hilfe beschuldigt werden. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft fast verschwunden ist. Die Kontrolle des Regimes über die Medien, darunter auch Social Media, ermöglicht es, Christen so darzustellen, als seien sie Terroristen und Verräter, die einen Staatsstreich planten – wodurch ein Klima der Intoleranz gegenüber der Kirche gefördert wird. Angriffe auf Christen werden nicht strafrechtlich verfolgt oder bestraft, was Straffreiheit für die Täter und Stabilität für das Regime gewährleistet.

Kirchliches Leben

Viele Kirchen und die ihnen angeschlossenen Einrichtungen stehen in der ständigen Gefahr, dass ihnen ihr rechtlicher Status aberkannt wird und ihnen Genehmigungen und Zulassungen verweigert werden. Damit soll gezielt die Rolle der Kirche in der humanitären und medizinischen Hilfe untergraben und die Abhängigkeit der Menschen vom Staat erhöht werden. Angesichts der ständigen Schikanen (einschließlich Reisebeschränkungen) und Repressalien vor allem gegen katholische Leiter der Kirchen und Gemeinden, ist es sehr riskant, die Regierung als Verfolger der Kirche anzuprangern.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 9. Februar 2023 wurde Bischof Rolando Álvarez, der seit August 2022 in Haft ist, zu 26 Jahren und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil wird begründet mit »Untergrabung der nationalen Integrität, Verbreitung von Falschnachrichten durch Informationstechnologie, Behinderung von Amtshandlungen, schwerem Ungehorsam gegenüber beziehungsweise Missachtung der Staatsgewalt, all dies zum Schaden der Gesellschaft und des Staates der Republik Nicaragua«. Er sitzt im Gefängnis »La Modelo« in Isolationshaft.
- Im Mai 2023 wurde der Zugang zu Bankkonten verschiedener Diözesen und Kirchen von den Behörden gesperrt. Die Polizei erklärte, sie sei über »illegale Aktivitäten bei der Verwaltung von Geldern und Ressourcen auf Bankkonten informiert worden, die Personen gehörten, die wegen Verrats verurteilt worden sind«.
- Einer der größten Kritiker des diktatorischen Regimes, der Priester Harving Padilla, stand bereits seit 16 Monaten im Priesterseminar »La Purisima« in Managua unter Hausarrest und wurde von der Polizei bewacht, als ihm im September 2023 die Flucht ins Ausland gelang.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	30	70
2023	50	65
2022	61	56
2021	63	51
2020	72	41

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auch in diesem Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex hat die Verfolgung in Nicaragua weiter zugenommen. Der starke Anstieg um fünf Punkte in der Gesamtwertung ist vor allem auf die Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen zurückzuführen. Die Rechtsstaatlichkeit zerfällt weiter. Das zeigt sich darin, dass die Staatsmacht durch die Ortega-Diktatur gleichgeschaltet und der Rechtsrahmen manipuliert



wurde. Nun können Akteure der Zivilgesellschaft, die nicht mit den politischen Interessen des Regimes übereinstimmen, zum Schweigen gebracht und verschwinden gelassen werden. Die Schikanen und der Versuch, der Kirche die Luft abzuschneiden, nahmen im Berichtszeitraum zu. Das ging so weit, dass Leiter von Kirchen und Gemeinden strafrechtlich verfolgt und inhaftiert wurden. Damit soll Vergeltung dafür geübt werden, dass die Kirche und ihre Leiter im Kontext der Wahlen öffentlich auf die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gedrängt haben und dass sie denjenigen halfen, die am meisten in Not waren, einschließlich derer, die von der regierenden Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront als Gegner betrachtet werden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Nicaraguas rechtlicher Rahmen gewährt Glaubensfreiheit, freie Religionsausübung sowie Freiheit zum Gottesdienst und fördert die gleichberechtigte Teilhabe von christlichen Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft. Im »Gender Gap Report« des Weltwirtschaftsforums für das Jahr 2022 belegt Nicaragua den siebten Platz in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und gehört zu den führenden Ländern in Bezug auf den Bildungsstand von Frauen und ihre politische Teilhabe. Das harte Vorgehen der Regierung gegen die politische Opposition hat jedoch dazu beigetragen, dass die bürgerlichen Freiheiten von Frauen immer stärker eingeschränkt werden, besonders die von Christinnen und vor allem von Katholikinnen, die sich dem Regime widersetzen. Außerdem werden Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen, gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Männer: Verbale Beleidigungen, Morddrohungen oder die Zerstörung religiöser Gegenstände: Ein erheblicher Teil der Anfeindungen durch die Regierung und regierungsnahen Gruppen richtete sich gegen katholische Priester, Bischöfe und andere Leiter der Kirchen und Gemeinden und damit zu meist gegen Männer. Politiker wie der Präsident bezeichneten die katholischen Geistlichen in Nicaragua als »Mörder« und »Putschisten«, die den »amerikanischen Imperialismus« propagieren würden. Leiter von Kirchen und Gemeinden, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, werden zur Flucht gezwungen oder verhaftet und unter falschen Anschuldigungen zu langen Haftstrafen verurteilt. Auch Institutionen, die mit Regimegegnern in Verbindung stehen, werden von der Regierung mit harten Sanktionen belegt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur Religionsfreiheit des US-Außenministeriums zu Nicaragua wurden keine Fälle von Verfolgung nicht christlicher religiöser Gruppen gemeldet.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nicaragua hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nicaragua kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen und ihre Aktivitäten werden durch die Behörden und das gesellschaftliche Umfeld überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Leiter und ihre Aktivitäten werden gezielt überwacht (ICCPR Art. 17)
- Die Täter von gewaltsamen Übergriffen gegen Christen werden manchmal nicht bestraft (ICCPR Art. 2)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
31

LÄNDERPROFIL

Oman



Platz 31 / 69 Punkte (2023: Platz 47 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Im Oman gibt es zwei Gruppen von Christen: Zum einen sind das ausländische Christen und Arbeitsmigranten, zum anderen christliche Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben und die von ihren Familien und dem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihren Glauben zu widerrufen. Sie werden mitunter aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und aus ihrem Zuhause vertrieben; sie sehen sich mit Problemen beim Sorgerecht für die Kinder oder bei Erbschaftsangelegenheiten konfrontiert. Ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, sind einem ähnlichen Druck ausgesetzt wie in ihren Heimatländern, da sie häufig in homogenen Gemeinschaften mit Ausländern und Arbeitsmigranten der gleichen nationalen oder ethnischen Herkunft zusammenleben. Ausländische Gemeinden werden toleriert, aber ihre Einrichtungen werden eingeschränkt und christliche Versammlungen werden überwacht, um zum einen politische Äußerungen zu erfassen und zum anderen festzustellen, ob omanische Staatsangehörige daran teilnehmen. Alle religiösen Organisationen müssen von den Behörden genehmigt werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Sultan Haitham bin Tariq Al Said

BEVÖLKERUNG

5.412.000

CHRISTEN

196.000 / 3,6 %

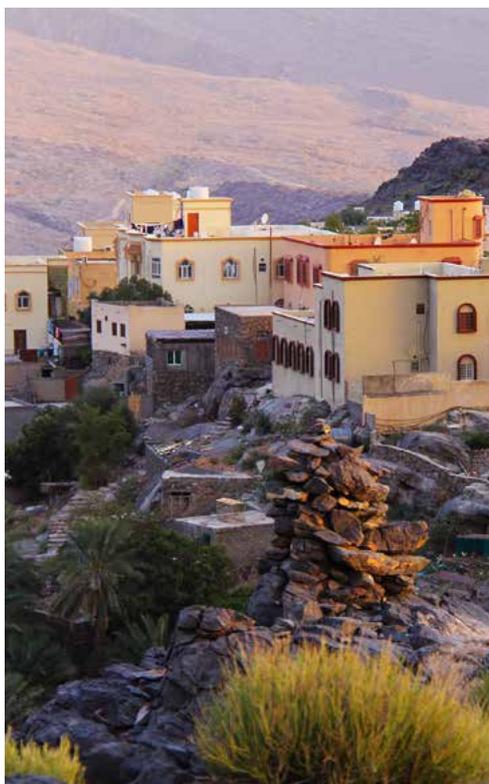
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

Das Land wird von einem Monarchen regiert (seit Januar 2020 von Sultan Haitham bin Tariq Al Said) und als autoritär eingestuft.

Laut der christlichen Hilfsorganisation Middle East Concern legt »das Grundgesetz des Oman [...] den Islam als Staatsreligion fest, und das islamische Recht bildet die Grundlage der Gesetzgebung. Das »Ministerium für Stiftungen und islamische Angelegenheiten« regelt und überwacht religiöse Aktivitäten, einschließlich islamischer Aktivitäten [...] In Moscheen dürfen nur genehmigte Botschaften verkündet werden. [...] Nicht muslimische Gottesdienste sind nur in offiziell dafür vorgesehenen Räumlichkeiten und auf vom Sultan gestiftetem Land erlaubt. [...] Ausländische Christen genießen im Oman beträchtliche Freiheiten, vorausgesetzt, dass ihre Aktivitäten auf bestimmte Areale beschränkt bleiben und dass sie Interaktionen vermeiden, die als Missionierung von Muslimen ausgelegt werden könnten.«

Wie alle anderen Omaner und Ausländer im Land wissen auch Christen und Kirchen sehr wohl, dass ihre Online-Aktivitäten überwacht werden und dass sie es vermeiden müssen, sensible Themen in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Die meisten Omaner praktizieren eine Form des Islam, die fast nur im Oman vorkommt, den Ibadismus. Dieser wird als »gemäßigter Konservatismus«, einer Mischung aus Strenge und Toleranz, bezeichnet. Experten zufolge befürworten Ibaditen keine Gewalt gegen diejenigen, die den Islam verlassen. Sie neigen dazu, Christen zu tolerieren, was dazu geführt hat, dass der Oman international als ein Modell für Toleranz und Diplomatie dargestellt wird. Dennoch bleibt der Druck auf omanische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft (und auf ausländische Christen, die das Evangelium weitergeben) sehr hoch.

Bei den meisten Christen handelt es sich um Ausländer, die vor allem in städtischen Gebieten leben und von den Philippinen, aus Indien und aus westlichen Ländern stammen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	196.000	3,6
Muslime	4.859.000	89,8
Hindus	275.000	5,1
Buddhisten	32.200	0,6
Anhänger ethnischer Religionen	630	< 0,1
Bahai	14.500	0,3
Atheisten	250	< 0,1
Agnostiker	7.900	0,1
Andere	26.620	0,5

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die omanische Gesellschaft ist immer noch sehr stammesorientiert. Der Druck auf Christen ist in ländlichen Gebieten tendenziell höher als in städtischen Gebieten (z. B. in der Hauptstadt Maskat); auch die soziale und familiäre Kontrolle sind im Allgemeinen in ländlichen Gebieten höher, denn städtische Gebiete bieten christlichen Konvertiten die Möglichkeit, ein anonymes Leben zu führen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christliche Konvertiten mit omanisch-muslimischem Hintergrund werden am stärksten von ihrer Familie unter Druck gesetzt, denn die Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verletzung der Familienehre. Diesen Christen droht die Vertreibung aus ihren Familien. Bei christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, die aus anderen Ländern stammen (z. B. aus Pakistan oder Ländern der Levante), kommt es oft auf die Reaktion ihres sozialen Umfelds im Oman an. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie von der omanischen Regierung wenig zu befürchten. Jedoch werden sie womöglich von ihren omanischen Arbeitgebern entlassen, was eine Abschiebung zur Folge hätte, wenn sie keine andere Arbeit finden. Der Glaubenswechsel wird von der Regierung nicht anerkannt. Omanische christliche Konvertiten werden von Beamten verhört und aufgefordert, nicht mehr an christlichen Treffen teilzunehmen. Außerdem stehen sie vor rechtlichen Problemen und ihnen wird gedroht, dass sie ihre Arbeit und ihr Zuhause verlieren. Missionierung ist gesetzlich verboten und wird strafrechtlich verfolgt. Es wurden zwar keine Christen offiziell wegen Missionierung belangt, aber einige wurden in den vergangenen Jahren ohne ordentliches Verfahren des Landes verwiesen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Stammeswerte werden mit islamischen Werten vermischt; Omaner zu sein bedeutet, Muslim zu sein. Die Abkehr vom Glauben ist eine Schande für die Familie und die Gesellschaft. Christliche Konvertiten laufen Gefahr, ausgegrenzt oder massiv unter Druck gesetzt zu werden, zum Islam zurückzukehren.

Diktatorische Paranoia

Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House stuft das Land als nicht frei ein und stellt fest: »Das Regime schränkt praktisch alle politischen Rechte und bürger-

lichen Freiheiten ein und verhängt strafrechtliche Sanktionen für Kritik und abweichende Meinungen.« Auch die Medien sind Schikanen und Einschüchterungen ausgesetzt. In dieser Hinsicht hat sich der Druck auf die Christen unter dem neuen Sultan weiter verstärkt. Dabei wenden die meisten Christen eine strenge Selbstzensur an, um dem Vorwurf der Missionierung oder der Regierungskritik zu entgehen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt mehrere ausländische Gemeinden (darunter römisch-katholische, orthodoxe und protestantische), die sich hauptsächlich in städtischen Gebieten wie Maskat und Suhar im Norden und Salala im Süden befinden. Ihre Einrichtungen sind eingeschränkt, um omanischen Staatsangehörigen keinen Anstoß zu geben.



Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, von ihrer Familie und der Gesellschaft isoliert und unter Druck gesetzt zu werden, ihrem Glauben abzuschwören.

Sie verlieren mitunter auch das Sorgerecht für ihre Kinder, da das Gesetz einem Vater, der den Islam verlässt, verbietet, die elterlichen Rechte an seinen Kindern zu behalten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Ausländische Christen, die öffentlich über den christlichen Glauben sprechen, werden womöglich der Missionierung beschuldigt, was zur Abschiebung führen kann. Der Oman ist eines der wenigen Länder mit dem Islam als Staatsreligion, in denen der Glaubenswechsel kein Verbrechen ist, solange er nicht öffentlich gemacht wird. Angesichts der Stammeskultur wird ein Christ muslimischer Herkunft jedoch geächtet und verliert jede soziale Sicherheit, die normalerweise die Familie bietet.

Familienleben

Alle Kinder, die omanische Eltern haben, gelten als Muslime, einschließlich der Kinder christlicher Konvertiten. Eine Befreiung vom obligatorischen Islamunterricht an staatlichen Schulen ist für nicht muslimische Kinder unmöglich. Ein zum christlichen Glauben konvertierter Ehemann verliert bei einer Scheidung sein Sorgerecht für die Kinder. Für eine konvertierte Ehefrau wäre das nicht anders, aber Frauen haben normalerweise ohnehin kein Sorgerecht.

Gesellschaftliches Leben

Christen, insbesondere christliche Konvertiten und Ausländer, die im Verdacht der Missionierung stehen, werden von

der Regierung überwacht. Das soziale Umfeld beobachtet sie und informiert die Sicherheitsdienste über »verdächtige Umstände« oder Abweichungen von den gesellschaftlichen Normen. Sie werden gegebenenfalls von der Polizei schikaniert oder verhört. In einer Stammesgesellschaft wie dem Oman wird eine Arbeitsstelle üblicherweise über (familiäre) Beziehungen vermittelt, und wer als Omaner dafür bekannt ist, christlicher Konvertit zu sein, steht vor großen Herausforderungen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Christliche Arbeitsmigranten werden mitunter diskriminiert, und obwohl Rassismus der dominierende Grund für die Diskriminierung ist, stellt ihr christlicher Glaube in dieser Hinsicht eine zusätzliche Angriffsfläche dar.

Leben im Staat

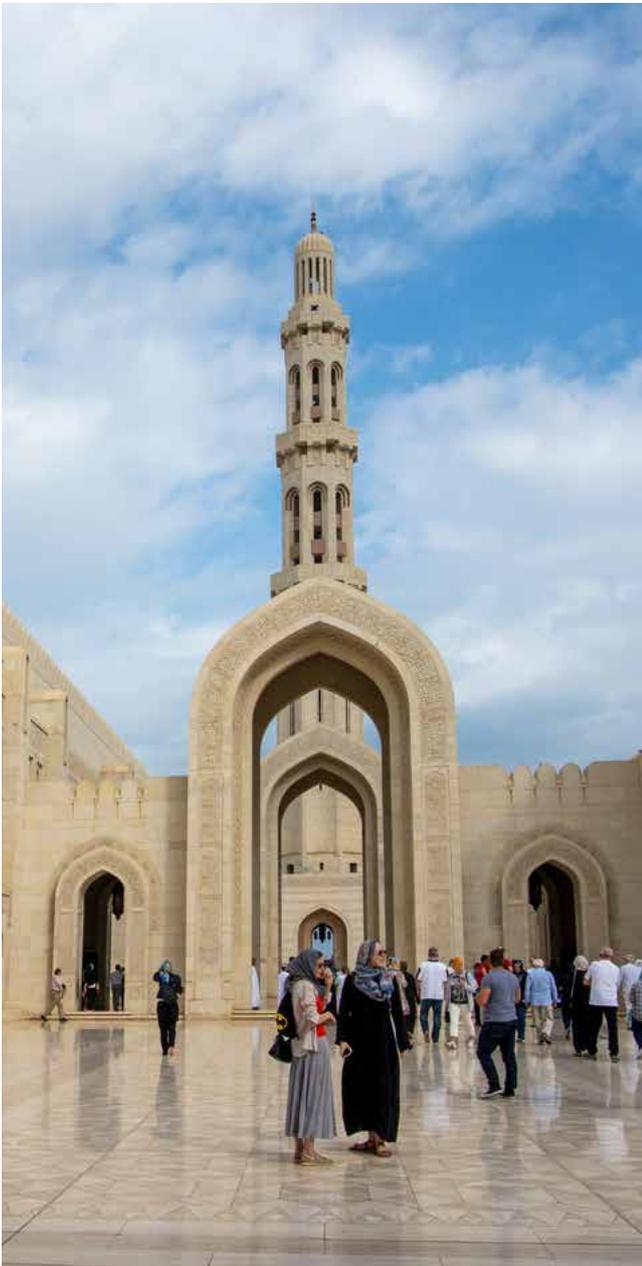
Die Verfassung des Oman (Artikel 28) garantiert die »Freiheit zur Ausübung religiöser Riten«, aber nur unter der Bedingung, dass sie »nicht [...] den Sitten widersprechen«. Das bedeutet, dass es letztlich keine Freiheit gibt, vom Islam zum christlichen Glauben zu konvertieren. Christen bemühen sich, politisch unauffällig zu bleiben, um keine feindselige Reaktion der Regierung zu provozieren. Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die omanische Gesellschaft, wie beispielsweise Betreiber von Krankenhäusern, sind erwünscht.

Kirchliches Leben

Die Kirchen und Gemeinden üben Selbstzensur und achten darauf, keine öffentlichen Veranstaltungen zu organisieren oder große Mengen an christlichen Schriften zu drucken, weil dies als Missionierungsversuch interpretiert werden könnte. Die Regierung würde aller Wahrscheinlichkeit nach gegen jede Kirche vorgehen, die christliche Konvertiten integriert. Die Veröffentlichung, der Import und die Verbreitung von religiösem Material sind stark reguliert. Die Kirchen dürfen keine eigenen Kanäle für den Import von Bibeln mehr nutzen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine konkreten Beispiele genannt werden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	31	69
2023	47	65
2022	36	66
2021	44	63
2020	42	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung des Oman auf dem Weltverfolgungsindex 2024 ist um vier Punkte angestiegen. Dies ist auf eine Zunahme der Gewalt (von 0,6 Punkten im Vorjahr auf nun 3,1 Punkte) und auf einen Anstieg des Drucks vor allem im Bereich des kirchlichen Lebens zurückzuführen. Auslöser dafür waren mehrere Vorfälle unter christlichen Konvertiten.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen befinden sich in der konservativen Gesellschaft des Oman, in der Väter, Ehemänner und männliche Vormünder ihr Leben maßgeblich bestimmen, in einer schwachen Position. Sie haben in der Gesellschaft kein Mitspracherecht, daher wird von ihnen auch nicht erwartet, dass sie eine eigene religiöse Meinung haben. Für Frauen ist es äußerst schwierig, den christlichen Glauben anzunehmen, da sie mit Hausarrest rechnen müssen und von anderen Christen isoliert werden. Unverheiratete christliche Konvertitinnen können zudem unter Druck gesetzt werden, einen Muslim zu heiraten. So sollen sie zur Rückkehr zum Islam gezwungen werden. Hausmädchen, von denen viele christliche Arbeitsmigrantinnen sind, werden sexuell missbraucht und wie Sklavinnen behandelt.

Männer: Für muslimische Männer ist es im Oman sehr schwierig, den christlichen Glauben anzunehmen. Männliche Konvertiten muslimischer Herkunft riskieren die soziale Ächtung durch ihre Familien und das soziale Umfeld. So verlieren sie den finanziellen Rückhalt ihrer Familien und die notwendigen Verbindungen, um in der netzwerkbasier-

Gesellschaft des Oman einen Arbeitsplatz zu finden oder zu behalten. Dies wirkt sich auf von ihnen abhängige Familienmitglieder aus, da Männer traditionell die Ernährer der Familie sind. Wenn ein Konvertit verheiratet ist, verliert er das Sorgerecht für seine Kinder und kann auch geschieden werden. Außerdem werden männliche Konvertiten muslimischer Herkunft mitunter aus ihrem Zuhause vertrieben, was sie in eine äußerst schwierige Lage bringt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hindus, Buddhisten und nicht ibaditische Muslime können ihren Glauben relativ frei ausüben. Das US-Außenministerium stellt im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit in Bezug auf den Oman im Jahr 2022 fest, dass sich andere nicht muslimische Gruppen relativ frei in ausgewiesenen Bereichen versammeln können. Es bleibt aber ein Problem, dass diese Bereiche überfüllt sind und diese anderen nicht muslimischen Gruppen sich daher auch weiterhin an privaten Orten treffen, obwohl dies offiziell verboten ist. Darüber hinaus haben sie Schwierigkeiten, sich bei der Regierung registrieren zu lassen, da es den Verfahren an Transparenz mangelt. Dem Bericht zufolge müssen alle Imame von der Regierung lizenziert werden, und Moscheen dürfen keine Imame ohne Lizenz predigen lassen. Alle lizenzierten Imame »müssen ihre Predigten innerhalb »politisch und gesellschaftlich akzeptabler« Parameter halten«. Die Regierung führte diese Maßnahmen ein, um zu verhindern, dass Unzufriedenheit über die politischen Verhältnisse in den Moscheen zum Ausdruck kommt.

Atheismus wird im Oman mit Misstrauen betrachtet. Im Mai 2022 während eines zweitägigen Symposiums an der Sultan-Qabus-Universität mit dem Titel »Atheismus und das Vertrauen in den Monotheismus« wurde der Atheismus als »verhaltenspsychologische Störung« bezeichnet. An der Veranstaltung nahmen hochrangige (religiöse) Vertreter teil, darunter der Großmufti.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Oman hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Oman kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, am muslimischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Frauen, die zum Christentum konvertiert sind, haben nicht die Möglichkeit, einen christlichen Ehepartner zu heiraten, da es Frauen, die als Muslime registriert sind, gesetzlich untersagt ist, einen Nicht-Muslim zu heiraten (CEDAW Artikel 16)



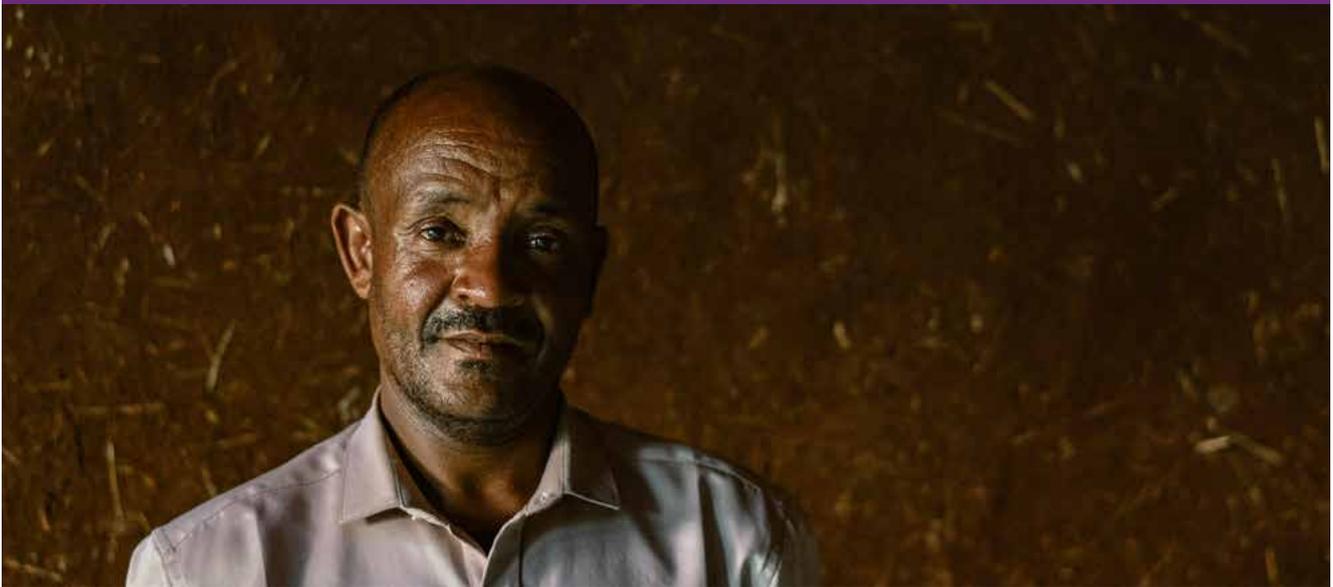
WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
32

LÄNDERPROFIL

Äthiopien



Platz 32 / 69 Punkte (2023: Platz 39 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christen aus protestantischen Freikirchen werden am stärksten unter Druck gesetzt, sowohl von örtlichen Behörden als auch von der äthiopisch-orthodoxen Kirche (ÄOK). Das gilt besonders in Gebieten, in denen die ÄOK großen Einfluss hat. Christen muslimischer Herkunft, besonders im Osten und Südosten, sowie Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, erfahren schwere Misshandlungen durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld. In bestimmten Gebieten wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verwehrt, und sie werden von der Gesellschaft ausgegrenzt. So kommt es in Regionen wie Somali und Teilen von Oromia immer wieder zu Angriffen auf Kirchen durch Gruppen aufgebrachter Muslime. Darüber hinaus hat die anhaltende politische Gewalt im Land in den letzten drei Jahren die Verwundbarkeit der Christen vergrößert: In den Regionen Tigray, Oromia und Amhara sind sie verstärkt Druck und Gewalt ausgesetzt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Ministerpräsident Abiy Ahmed

BEVÖLKERUNG

123.771.000

CHRISTEN

74.679.000 / 60,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Demokratische Bundesrepublik



Hintergrund

In Äthiopien ist nicht die Religion, sondern die ethnische Zugehörigkeit das wichtigste Identitätsmerkmal. Zwar brechen immer noch religiös motivierte Konflikte aus, doch ist die unsichere Lage in Äthiopien hauptsächlich auf die Aktivitäten bewaffneter Gruppen zurückzuführen, die sich über ihre Ethnie definieren. Im November 2020 führten Meinungsverschiedenheiten zwischen der ethnischen Partei »Volksbefreiungsfront von Tigray« (TPLF) und der äthiopischen Bundesregierung zu einem größeren Konflikt, den die Regierung als »Operation zur Durchsetzung von Recht und Gesetz« bezeichnete. Die TPLF wurde aus der Regionalregierung entfernt, und das Parlament setzte eine geschäftsführende Übergangsregierung ein. Im Juni 2021 zogen sich die Regierungstruppen jedoch zurück, und die TPLF gewann wieder die Kontrolle über die Region. Darüber hinaus gelang es der TPLF, die Truppen der Regierung noch weiter in den Süden zurückzudrängen und selbst bis tief in die Gebiete der Afar- und Amhara-Regionen vorzudringen. Nach einer kurzen Einstellung der Feindseligkeiten bleibt die Lage in den Regionen Tigray, Amhara und Afar weiterhin unsicher, was sich laut Angaben der Vereinten Nationen negativ auf die Binnenflüchtlinge auswirkt und die humanitären Bemühungen behindert. Im Jahr 2022 wurde ein Friedensabkommen zwischen der TPLF und der äthiopischen Bundesregierung vermittelt und in Pretoria, Südafrika, unterzeichnet. Es ist auch wichtig festzustellen, dass es in den Regionen Oromia und Amhara Konflikte gibt, die zu Tod, Zerstörung und der Vertreibung von Zivilisten führen.

Im Juli 2018 wurde ein Friedensvertrag mit Eritrea unterzeichnet, der den von 1998 bis 2000 andauernden Krieg formell beendet hat.

Äthiopien ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt, auch wenn das starke Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt zu einem Rückgang der Armut geführt hat. Nach Angaben von Freedom House wurden politische, gesellschaftliche und religiöse Inhalte im Internet blockiert, Netzwerke absichtlich gestört und – insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg in Tigray – Online-Diskussionen von der Regierung und anderen Kommentatoren manipuliert.

Äthiopien war eines der ersten Länder, in denen der christliche Glaube (durch die ÄOK) zur Staatsreligion wurde. Und obwohl sie diesen Status heute nicht mehr genießt, übt die Kirche immer noch großen Einfluss auf die Politik aus. Ein klares Zeichen der Verbesserung ist die kürzliche Verabschiedung des Erlasses Nr. 1208/2020. Darin werden der Verband »Ethiopian Council of Gospel Believers' Churches« und seine Mitgliedskirchen als Rechtspersönlichkeit anerkannt. Allerdings sind auf regionaler und anderen unteren Verwaltungsebenen des Landes noch keine Auswirkungen des Erlasses zu spüren.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	74.679.000	60,3
Muslime	42.402.000	34,3
Hindus	8.500	< 0,1
Buddhisten	1.900	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	6.531.000	5,3
Juden	17.100	< 0,1
Bahai	28.900	< 0,1
Atheisten	13.300	< 0,1
Agnostiker	89.100	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Intensität der Christenverfolgung in den verschiedenen Teilen Äthiopiens hängt davon ab, welche Triebkräfte der Verfolgung in der jeweiligen Region vorherrschen. So sind beispielsweise die Regionen Amhara, Tigray und einige Teile von Oromia Brennpunkte in Bezug auf Übergriffe infolge von konfessionellem Protektionismus. Islamische Unterdrückung ist in einigen Teilen des Ostens und Westens von Oromia sehr ausgeprägt, ebenso in den Regionen Afar und Somali. Auch Gurage, Silte und Alaba gehören zu den Gebieten, in denen die Verfolgung besonders intensiv ist.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

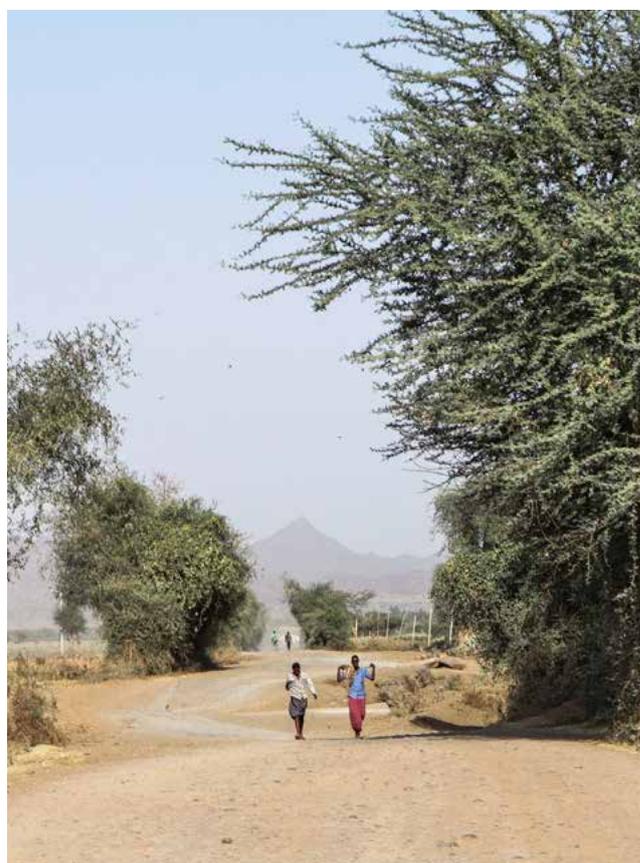
Islamische Unterdrückung

Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gewinnt der extremistische Islam an Einfluss. In diesem Zusammenhang sind die verschiedenen christlichen Gemeinschaften in fast allen Lebensbereichen zunehmend unter Druck geraten. Vor allem in ländlichen Gebieten, in denen sie die Mehrheit stellen, schikanieren Muslime Christen und verweigern ihnen häufig den Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen. Außerdem werden Christen Opfer von Gewalt, und sie werden manchmal sogar getötet. Christen muslimischer Herkunft werden verstoßen; häufig werden ihnen zudem familiäre Rechte wie das Erbrecht und das Sorgerecht für ihre

Kinder verweigert. Eine weitere wichtige Beobachtung ist, dass die Zunahme des extremistischen Islam in den Nachbarländern Somalia und Sudan auf Äthiopien übergreift.

Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt hauptsächlich in der ÄOK und oftmals unter dem Einfluss von Mabihere Kidusan, einer extremistischen Gruppe innerhalb der Kirche. Der konfessionelle Protektionismus richtet sich insbesondere gegen evangelikale Christen, da die ÄOK diese als Anhänger einer westlichen Religion betrachtet, die eine Bedrohung für den äthiopischen Nationalismus und die äthiopische Kultur darstellt. Beides hat die ÄOK eine lange Zeit hindurch bewahrt. Predigten und Lieder, in denen evangelikale Christen stark kritisiert werden, sind weit verbreitet. Die ÄOK hat die Rechte von Christen ernsthaft verletzt, die ihre Reihen verlassen und sich (meist) den protestantischen Kirchen oder den Erneuerungsbewegungen innerhalb der ÄOK angeschlossen haben. Diese Rechtsverletzungen geschehen auf unterschiedliche Weise. Die Mitglieder der ÄOK nutzen ihre Verbindungen zur Regierung, um die Entfaltung nicht orthodoxer Kirchen zu behindern. Manchmal greifen sie Christen auch körperlich an. Diese Übergriffe finden vor allem in den nördlichen und zentralen Teilen des Landes statt, wo die meisten Menschen zur orthodoxen Kirche gehören.





Diktatorische Paranoia

In der Vergangenheit hat die äthiopische Regierung immer stärkere autoritäre Züge entwickelt und dabei die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen zunehmend eingeschränkt. Die vorherige äthiopische Regierung zeigte sich misstrauisch gegenüber Religionen im Allgemeinen und Christen im Besonderen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Im letzten Vierteljahrhundert hat ethnisch orientierte Politik das gesamte öffentliche Leben im Land dominiert. Bis 1974 bildete die ÄOK die Staatsreligion. Von 1974 bis 1991 stand das Land unter kommunistischer Herrschaft. Nach 17 Jahren Bürgerkrieg wurde das Regime von einer Koalition verschiedener Rebellen Gruppen gestürzt, die sich aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen zusammensetzte. Im Rahmen der äthiopischen Übergangscharta von 1991 hatte man den ethnischen Gruppen die Achtung und Anerkennung ihrer Kultur und Identität zugesichert. Seitdem hat die Regierung bei einigen ethnischen Gruppen Unmut gegenüber dem christlichen Glauben geschürt. In Regionen wie Afar und Somali (Ogaden) hängen Islam und ethnische Zugehörigkeit zusammen. Andere Stämme verlangen auch, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen und üben Vergeltung, wenn Christen sich weigern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die ÄOK ist in dem Land sehr stark vertreten. Sie ist einer der Faktoren, die zur Komplexität der Verfolgungsdynamik in Äthiopien beitragen; einerseits wird die ÄOK selbst verfolgt, andererseits spielt sie aber auch eine zentrale Rolle als Verfolgerin. Christen aus traditionellen Kirchen werden hauptsächlich von der Regierung und von islamischen Extremisten bedrängt. Auch in Gebieten, in denen die Stammeskultur besonders im Vordergrund steht, ist die ÄOK unter Druck. Die orthodoxen Christen leben vor allem in Nord- und Zentraläthiopien. Christen, die in muslimisch dominierten Regionen (Harari, Somali, Afar) oder örtlichen Gemeinschaften (etwa unter den Silte) leben, haben Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie gehören 1) Christen mit muslimischem Hintergrund, 2) Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, und 3) Christen die sich von traditionellen ethnischen Religionen abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben. Diese Christen sind unterschiedlichen Triebkräften der Verfolgung ausgesetzt. In muslimisch geprägten Gebieten leiden ehemalige Muslime hauptsächlich unter dem Druck und der Gewalt von

Familie, Großfamilie, Ortsvorstehern und nicht christlichen Religionsführern. In den von der ÄOK dominierten Gebieten kommt es hauptsächlich zu Übergriffen durch ÄOK-Anhänger, von denen viele einer extremistischen Gruppe innerhalb der ÄOK namens Mahibere Kidusan angehören. Konvertiten leiden außerdem in allen Teilen des Landes unter Repressalien durch die Regierung (örtliche Behörden). In Gebieten, in denen es verstärkt zu Unterdrückung durch den Clan oder Stamm kommt, droht christlichen Konvertiten Verfolgung vonseiten der Anhänger traditioneller Glaubenssysteme oder Muslime. Diese versuchen, die Konvertiten zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören baptistische und evangelikale Gemeinden sowie die in Äthiopien stark vertretenen Pfingstgemeinden. Diese Gemeinden werden massiv bedrängt, vor allem von der Regierung, der ÄOK und islamischen Gruppen. Im Vergleich zu den anderen Kategorien von Christen wachsen diese Gemeinden sehr schnell. Protestanten, die in von Muslimen und orthodoxen Christen dominierten Gebieten leben, sind mit verschiedenen Formen von Rechtsverletzungen konfrontiert. Diese Kategorie von Christen wird von vielen als Bedrohung angesehen, da ihre Zahl und ihr Einfluss ständig zunehmen. In der Folge werden Christen von vielen Seiten mit Druck und Gewalt bedrängt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In den mehrheitlich muslimischen Gebieten wird die Abkehr vom Islam als Verrat an den Vorfahren und als Verleugnung der Identität angesehen. Sie ist verboten und wird von der Familie und der Gesellschaft bestraft. Enormer Druck geht von den Familien aus, deren Ruf durch den Glaubenswechsel eines Mitglieds gefährdet wird; das gilt insbesondere in ländlichen Gebieten.

In Nordäthiopien, dem Kerngebiet der ÄOK, werden Konvertiten zum evangelischen Glauben oft ausgegrenzt oder aus ihrem Wohnort vertrieben. Es gab Angriffe auf Christen, weil sie Gospelmusik oder »Versionen« der Bibel besaßen, die der Lehre der orthodoxen Kirche widersprechen. Manchmal wird der Betroffene gezwungen, Weihwasser zu trinken,

weil man glaubt, dass er vom Teufel besessen sei. Auch Misshandlungen von Christen, die sich online zu ihrem Glauben bekennen, nehmen zu.

Im Gegensatz dazu ist der evangelische Glaube in Gebieten Südäthiopiens und Oromias die Norm, so dass Konvertiten dort nicht auf solche Widerstände stoßen würden.

Familienleben

In einigen Gebieten wurden Kinder von Christen schikaniert und sogar angegriffen. In Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung müssen alle Kinder islamische Schulen besuchen. Wenn ein Christ mit orthodoxen Wurzeln einer protestantischen Gemeinde (örtlich Pentay genannt) beitrifft, üben Familienmitglieder, Priester und ultrakonservative

Gruppen in der ÄOK Druck auf ihn aus, um ihn zur Umkehr zu bewegen. Christen außerhalb der ÄOK haben es in Gebieten, die muslimisch oder von der ÄOK dominiert sind, sehr schwer, Begräbnisstätten zu bekommen.

Gesellschaftliches Leben

In von der ÄOK geprägten Regionen übt das soziale Umfeld großen Druck auf Christen aus, die die ÄOK verlassen haben. Beispielsweise ist es schwierig, Schulen zu finden, in denen ihre Kinder sicher sind. In mehrheitlich muslimischen Gebieten, vor allem auf dem Land, werden Christen diskriminiert und belästigt. Brautentführungen und Zwangsverheiratungen von Kindern im Alter von elf Jahren sind in Äthiopien keine Seltenheit. Davon sind besonders christliche Konvertiten in ländlichen Gegenden betroffen. Es kommt vor, dass Christen von Dorfbewohnern überwacht werden; manchmal werden sogar Kinder geschickt, um Kirchen und christliche Haushalte auszuspionieren.

Leben im Staat

Von der Vorgängerregierung erlassene Gesetze schränken religiöse Rundfunksendungen und religiösen Unterricht ein. Einen christlichen Standpunkt öffentlich zu äußern, ist nach wie vor problematisch, insbesondere für Konvertiten oder Anhänger christlicher Minderheitengruppen. Zivilgesellschaftliche Organisationen unterliegen weiterhin gesetzlichen Einschränkungen, und seit vielen Jahren sind keine neuen politischen Parteien mehr gegründet worden. In Gebieten, die von Muslimen oder von der ÄOK dominiert werden, erleiden Christen, die nicht der ÄOK angehören, Diskriminierung vonseiten der Behörden (insbesondere auf lokaler Ebene). Viele muslimische und ÄOK-Prediger führen Verleumdungskampagnen gegen Pfingstler und Evangelikale durch. Dabei unterstellen sie diesen häufig, dass sie ihren Glauben nur vorgetäuscht hätten, um Hilfe aus dem Ausland zu erhalten. Im Gegenzug sprechen sich einige Prediger der Pfingstbewegung gegen orthodoxe Christen aus und bezeichnen sie als rückständig.

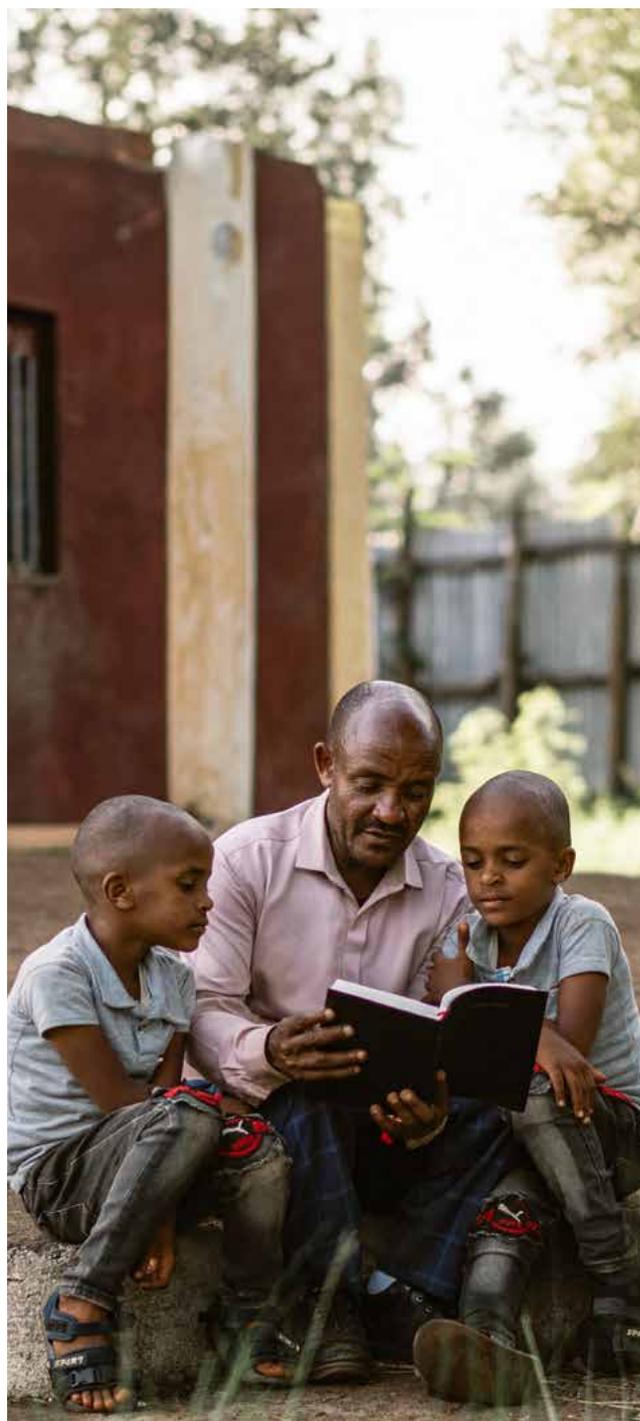
Kirchliches Leben

In ländlichen Gebieten, die von islamischer Unterdrückung und konfessionellem Protektionismus geprägt sind, werden Pastoren schikaniert; insbesondere solche von neueren Denominationen. Die Pastoren stehen als die sichtbarsten Vertreter der Christen besonders im Visier. Ihnen wird oft vorgeworfen, die gesellschaftlichen Werte zu untergraben. Wer sich gegen seine Angreifer wehrt, kann mit Repressalien rechnen. Nicht staatliche Akteure wie islamisch-extremistische Gruppen überwachen die Aktivitäten der Christen. In einigen Fällen wurden Kirchen während des Gottesdienstes angegriffen und Eigentum zerstört. Wie immer sind christliche

Konvertiten besonders gefährdet und verbergen ihren Glauben oft aus Angst vor Angriffen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Der Jahresbericht »Freedom in the World 2023« der Nichtregierungsorganisation Freedom House berichtet in Bezug auf Äthiopien, dass im November 2022 »amharisch sprechende Kämpfer eine protestantische Kirche in einem Dorf in der Verwaltungszone East Wollega in [der Region] Oromia angriffen. Sie töteten 15 Gottesdienstteilnehmer, darunter auch Gemeindeleiter.«



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	32	69
2023	39	66
2022	38	66
2021	36	65
2020	39	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 war ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen Christen zu verzeichnen, und zwar um mehr als 3,0 Punkte im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum. Dieser Anstieg führte dazu, dass sich die Gesamtpunktzahl von 66 im Weltverfolgungsindex 2023 auf 69 im Weltverfolgungsindex 2024 erhöhte.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

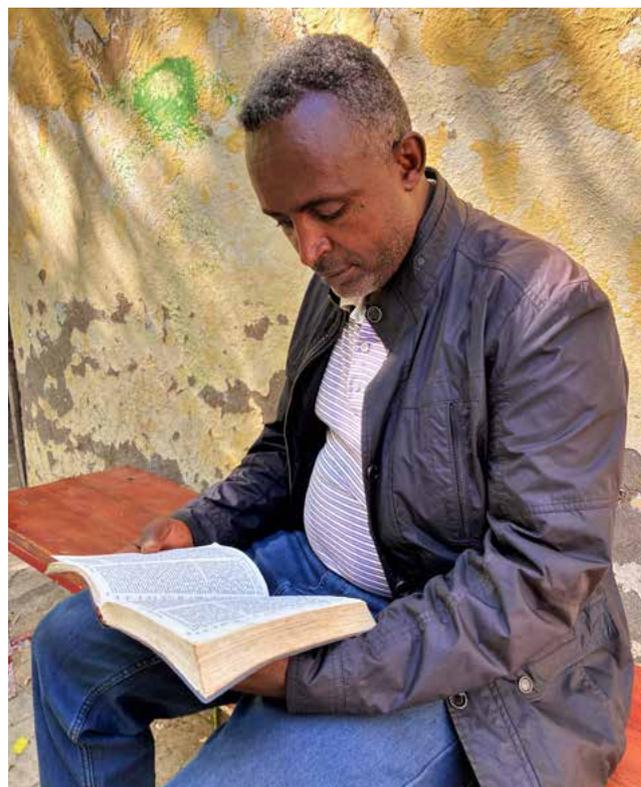
Frauen: Die Rechte christlicher Frauen (sowohl Konvertitinnen als auch Nichtkonvertitinnen) werden häufig in Form von Entführung und Zwangsverheiratung mit einem Nichtchristen verletzt. Nach ihrer »Heirat« wird von der Frau erwartet, dass sie die Religion ihres Mannes annimmt. Vergewaltigung ist ein wirksames Mittel zur Bestrafung von Christinnen und führt zu Isolation innerhalb des sozialen Umfelds; die Familienehre ist verletzt und die Chancen auf eine zukünftige Heirat sind gering. Christinnen muslimischer Herkunft erleben die schwersten Übergriffe. Ihnen drohen die Ausgrenzung aus ihrer Familie, Hausarrest, körperliche Misshandlung und der Verlust ihres Erbes. Wenn sie verheiratet sind, drohen ihnen die Scheidung und der Verlust des Sorgerechts für die Kinder.

Männer: Christliche Männer werden Opfer von körperlichen Angriffen, Vertreibung, Raub oder sogar Mord. Sie werden strategisch als Versorger der Familie ins Visier genommen; ein Angriff auf sie schwächt die gesamte Familie. Christen muslimischer Herkunft waren zur Flucht gezwungen, um Angriffen und Schikanen zu entgehen. Der Staat verletzt

auch die Religionsfreiheit von Männern, indem er sie inhaftiert, was besonders in muslimisch geprägten Gebieten ein Risiko darstellt. Die Regierung mischt sich auch in kirchliche Wahlen und Ernennungen ein. Da die Mehrheit der Kirchenführer männlich ist, betrifft dies vor allem männliche Christen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die religiösen Minderheiten im Land sind von dem Rundfunkgesetz, der Rolle des Glaubens im Bildungswesen und dem Gesetz zur Zivilgesellschaft betroffen. Grundsätzlich muss nach dem Gesetz zur Zivilgesellschaft jede religiöse Gruppe, außer orthodoxen, katholischen, muslimischen und jüdischen Gemeinschaften, einen Antrag auf Registrierung stellen. Darüber hinaus sieht das Registrierungs-gesetz eine Mindestzahl von 50 Personen für die Registrierung als Religionsgemeinschaft vor und mindestens 15 Personen für die Registrierung eines Dienstes oder Vereins. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf neuere religiöse Minderheiten gehabt: In einigen Gebieten haben Mormonen und Zeugen Jehovas (ihre Zahl liegt hier unter 50) Schwierigkeiten, einen offiziellen Gottesdienstraum zu bekommen. Dies gilt insbesondere dort, wo Mehrheitsgruppen dafür bekannt sind, religiösen Minderheiten gegenüber feindselig zu sein.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Äthiopien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Äthiopien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden geächtet und ihr Recht auf Religions- oder Glaubensfreiheit wird ihnen verweigert (ICCPR Art. 18)
- Christen wird ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert (ICCPR Art. 19)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden eingeschränkt, was eine Verletzung des Rechts auf friedliche Versammlung darstellt (ICCPR Art. 21)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23.3; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christlichen Frauen wird die Gleichheit ihrer Rechte und Pflichten während der Ehe und bei deren Auflösung verweigert (ICCPR Art. 23.4 und CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
33

LÄNDERPROFIL

Tunesien



Platz 33 / 69 Punkte (2023: Platz 36 / 67 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Tunesische Christen sind mit Diskriminierung und Angriffen konfrontiert, die oft verdeckt und unbemerkt von der Öffentlichkeit stattfinden. Viele Christen erleben wegen ihres Glaubens Arbeitsplatzunsicherheit und Zurückweisung durch ihre Familien, Freunde oder sogar Verlobte bis hin zu verbaler, psychischer und körperlicher Gewalt.

Aus diesem Grund können die meisten tunesischen Konvertiten muslimischer Herkunft ihren christlichen Glauben nicht offen praktizieren und ziehen es vor, ihn zu verbergen. Die Feindseligkeit und der Druck, denen sie seitens der Gesellschaft ausgesetzt wären, machen es für sie gefährlich, mit ihren Familienmitgliedern oder Freunden über ihren Glauben zu sprechen. Außerdem ist es schwer für sie, sich zu Gottesdiensten zu treffen, weil sie so riskieren, dass ihr Glaubenswechsel entdeckt wird – nicht nur von ihrem sozialen Umfeld, sondern auch vom tunesischen Sicherheitsdienst.

Neben der Gruppe der christlichen Konvertiten gibt es auch Christen aus Ländern südlich der Sahara, die in Tunesien leben. Diese Christen können nicht offen über ihren Glauben sprechen, aber ihr Hauptproblem sind rassistische Übergriffe. Solche Übergriffe haben stark zugenommen, nachdem Präsident Kais Saied in einer Rede im

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Kais Saied

BEVÖLKERUNG

12.152.000

CHRISTEN

22.200 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Februar 2023 hetzerische Äußerungen gemacht hatte – infolgedessen verloren viele ausländische Christen ihren Arbeitsplatz, andere flohen aus dem Land, und diejenigen, die geblieben sind, fürchten sich vor Beschimpfungen.

Hintergrund

Im Jahr 2011 begann die sogenannte »Jasmin-Revolution«, ausgelöst durch hohe Arbeitslosenzahlen, schlechte Lebensverhältnisse, Korruption und einen allgemeinen Mangel an Freiheit. Der damalige Präsident Zine el-Abidine Ben Ali wurde gestürzt, und die Revolution, die heute als »Arabischer Frühling« bezeichnet wird, breitete sich über die ganze Region aus. Seither haben die häufig wechselnden Regierungen (mehr als zehn in weniger als zehn Jahren) jedoch mit den wirtschaftlichen Herausforderungen und der politischen Instabilität zu kämpfen. Im Juli 2021 ergriff Präsident Kais Saied die Macht. Durch ein Verfassungsreferendum im Juli 2022 wurde Tunesien zu einer Semipräsidentialrepublik mit nahezu absoluter Macht des Präsidenten.

Im Jahr 2023 setzte Saied sein hartes Vorgehen gegen die Opposition fort. Im Februar ließ er mehrere oppositionelle Führungspersonen und Medienvertreter verhaften, und im April 2023 folgte dann die Verhaftung des wichtigsten Oppositionsführers Rached al-Ghannouchi, was als Schlüsselereignis bewertet wird. Trotz der weitverbreiteten und weltweiten Verurteilung dieser Verhaftung wurde al-Ghannouchi zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Den bisher schärfsten internationalen Widerspruch erhielt Präsident Saied allerdings, nachdem er im Februar 2023 eine rassistische Hetzrede gehalten hatte. Darin beschuldigte er Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara, nach Tunesien zu kommen, um »Kriminalität und Gewalt« zu bringen und »die demografische Zusammensetzung Tunesiens zu verändern«. Seine Äußerungen führten zu einer Welle der Gewalt, nicht nur gegen die relativ kleine Gruppe von Migranten aus Subsahara-Afrika in Tunesien, sondern auch gegen tunesische Bürger mit Subsahara-afrikanischer Herkunft.

Überraschend ist, dass die neue Verfassung den Islam nicht zur Staatsreligion erklärt – dies ist in der islamischen Welt nahezu einzigartig. In Artikel 5 der Verfassung heißt es jedoch, dass Tunesien der islamischen »Umma« (Gemeinschaft der Muslime) angehört und dass der Staat verpflichtet ist, »die Ziele des Islam zu verwirklichen, indem er die Seelen [der Menschen], die Finanzen, die Religion und die Freiheit schützt«.

Laut der World Christian Database sind 99,5 Prozent der tunesischen Bevölkerung Muslime. Der christliche Glaube wird von der Regierung als fremde Religion betrachtet, und die Kirchen und Gemeinden der einheimischen Christen werden nicht offiziell anerkannt. Unter den in Tunesien lebenden ausländischen Christen ist die römisch-katholische Kirche die größte offiziell anerkannte Konfession. Außerdem offiziell anerkannt sind

die russisch-orthodoxe und die griechisch-orthodoxe Kirche sowie die französische protestantische und die anglikanische Kirche. Alle diese Konfessionen sind durch Kirchen in der Hauptstadt Tunis repräsentiert, die hauptsächlich von den ausländischen Christen besucht werden, die im Land leben.

Tunesische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden nach wie vor gesellschaftlich ausgegrenzt und von den Sicherheitsdiensten überwacht. Im September 2017 kippte Tunesien das Gesetz, das muslimischen Frauen die Heirat mit nicht muslimischen Männern untersagte. Dies war für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft ein besonders wichtiger Schritt, doch in der Praxis verhindert der gesellschaftliche Widerstand die Umsetzung des Gesetzes. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden mit großer Wahrscheinlichkeit vom Familienerbe ausgeschlossen und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	22.200	0,2
Muslime	12.092.000	99,5
Buddhisten	95	< 0,1
Juden	2.000	< 0,1
Bahai	2.500	< 0,1
Atheisten	3.700	< 0,1
Agnostiker	28.700	0,2
Andere	200	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft haben die meiste Gewalt von ihren eigenen Familienmitgliedern und dem sozialen Umfeld zu befürchten, besonders in dem konservativeren Süden des Landes. Städtische Gebiete, insbesondere die Hauptstadt Tunis, bieten Christen muslimischer Herkunft die Möglichkeit, dem Druck der Familie zu entkommen und ihren Glauben in größerer Anonymität zu praktizieren. In den südlichen Grenzgebieten sind gewaltbereite islamistische Milizen aktiv. Sie greifen wahllos Christen an, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Auf familiärer Ebene kommt es vor, dass christliche Konvertiten von ihren Familien unter Hausarrest gestellt werden. Auf der politischen Ebene sind die islamistischen Parteien immer noch einflussreich. Der Präsident scheint entschlossen, den islamischen Charakter des Landes zu erhalten, und zeigt wenig Respekt für die (religiösen) Rechte der tunesischen Christen.

Diktatorische Paranoia

Seit seiner Machtergreifung im Juli 2021 hat Präsident Saied keinerlei Interesse daran gezeigt, die Macht mit anderen staatlichen Institutionen zu teilen. Die neue Verfassung hat die Rolle des Parlaments erheblich geschwächt und dem Präsidenten nahezu absolute Macht verliehen. Die durch Religions- und Glaubensfreiheit verbürgten Rechte werden nun direkt vom Präsidenten geregelt. Die Folgen dessen sind noch nicht absehbar. Saied ist als sozial konservativ bekannt und scheint sich zunehmend autoritär zu verhalten, sodass es wahrscheinlich ist, dass er die christliche Gemeinde zumindest überwachen und kontrollieren wollen wird.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christen aus dem Ausland sind relativ frei. Allerdings wird es nicht geduldet, wenn sie in der Öffentlichkeit das Evangelium weitergeben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren Verletzungen ihrer Rechte z. B. vonseiten ihrer Familienangehörigen. Sie haben jedoch mehr oder weniger die Freiheit, sich über den christlichen Glauben zu informieren, insbesondere über Inhalte im Internet.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Besonders in ländlichen Gebieten erleben Christen muslimischer Herkunft erheblichen Druck durch ihre Familie. Sich mit anderen Christen zu treffen und christliche Materialien zu besitzen, kann gefährlich sein. Sie laufen Gefahr, ausgeschlossen, zwangsweise isoliert oder wirtschaftlich boykottiert zu werden.

Familienleben

Die tunesische Gesellschaft betrachtet Nichtmuslime als Fremde. Als solche diskriminiert die Gesellschaft sie mit dem Ziel, sie dazu zu bringen, sich in die weiter gefasste tunesische, sunnitisch geprägte Kultur zu integrieren. In Tunesien ist es Nichtmuslimen nicht gestattet, ein Kind zu adoptieren. Werden Ehepartner als Christen entlarvt, können sie geschieden werden und das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Für Kinder von christlichen Konvertiten ist die Teilnahme am islamischen Religionsunterricht verpflichtend. Es kann vorkommen, dass sie wegen des Glaubens ihrer Eltern ausgegrenzt, schikaniert oder sogar tötlich angegriffen werden.

Gesellschaftliches Leben

Besonders in ländlichen Gebieten erfahren Christen muslimischer Herkunft Schikane und Ausgrenzung von ihrem sozialen Umfeld. Jungen Konvertitinnen wird häufig die Zwangsverheiratung mit einem muslimischen Mann angedroht. Manchen christlichen Konvertiten wird außerdem das Universitätsstudium erschwert; sie erfahren Diskriminierung bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz oder ihr Geschäft wird boykottiert. Tunesische Christen neigen daher dazu, eine Beschäftigung bei ausländischen Institutionen zu

suchen, um solche Diskriminierungen zu umgehen. Üblicherweise werden tunesische Christen überwacht, und Polizeibeamte befragen sie regelmäßig über ihre Aktivitäten. So kann selbst ein gewöhnlicher Antrag für einen neuen Reisepass zu einem ausführlichen Verhör führen.

Leben im Staat

Die Scharia ist zwar nicht die Hauptquelle der Gesetzgebung, wie das in vielen anderen arabischen Ländern der Fall ist, aber der Islam dominiert dennoch das Leben im Staat. Die Behörden betrachten Nichtmuslime allgemein als Fremde, denen eine Gleichstellung nicht zusteht. Diese Haltung wird durch einen feindseligen Medienapparat noch verstärkt, der danach strebt, Christen zu Sündenböcken zu machen und falsche Informationen über sie zu verbreiten.



Kirchliches Leben

Tunesische Konvertiten muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht registrieren lassen. Seit der Unabhängigkeit Tunesiens im Jahr 1956 hat keine Kirche oder Gemeinde mehr eine offizielle Registrierung erhalten. Registrierte Kirchen dürfen frei agieren, sehen sich aber in der Praxis mit Schwierigkeiten konfrontiert, insbesondere in Bezug auf die Instandhaltung ihres Eigentums, die Neueinstellung von Mitarbeitern und die Erlangung von Genehmigungen, um christliche Texte in arabischer Sprache veröffentlichen und verbreiten zu können. Obwohl der Verkauf von Bibeln nicht verboten ist, gibt es in der Praxis viele Schwierigkeiten, dies öffentlich zu tun. Das kostenlose Verteilen von christlichen Materialien wird als Missionierung angesehen und ist verboten.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Mehrere Hauskirchen von tunesischen Christen muslimischer Herkunft wurden durch Menschen aus ihrem sozialen Umfeld angegriffen und geplündert.
- Mehrere tunesische Christen wurden öffentlich verhaftet und anschließend von der Polizei über ihre Aktivitäten befragt – dies geschah hauptsächlich außerhalb der Hauptstadt Tunis. Obwohl die Christen nicht strafrechtlich belangt wurden, haben diese öffentlichen Verhaftungen doch eine abschreckende Wirkung und tragen dazu bei, dass Christen muslimischer Herkunft noch stärker in ihrem sozialen Umfeld stigmatisiert werden.
- Mehrere tunesische Christen, meist junge Frauen, wurden gewaltsam aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen, an einen anderen Ort gebracht, und dort isoliert und/oder zwangsverheiratet – auch dies geschah zumeist in ländlichen Gegenden außerhalb der Hauptstadt Tunis.
- Zahlreiche weitere tunesische Christen erfuhr körperliche oder psychische Gewalt. Einige von ihnen wurden von ihrem sozialen Umfeld verstoßen und (zumeist von ihren Familien) gezwungen, an einen anderen Ort zu ziehen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	33	69
2023	36	67
2022	35	66
2021	26	67
2020	34	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung des Landes auf dem Weltverfolgungsindex 2024 ist um zwei Punkte angestiegen. Dieser Anstieg ist auf eine Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen, mit Ausnahme des gesellschaftlichen Lebens, zurückzuführen; außerdem geht der Anstieg auf eine Zunahme der Gewalt von 6,5 auf 6,9 Punkte zurück.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Ein hohes Maß an sexueller Belästigung und häuslicher Gewalt, verbunden mit anhaltender Diskriminierung durch gesellschaftliche Normen, weisen auf eine massive Ungleichbehandlung der Geschlechter hin. Diese gesellschaftliche Situation wird als Mittel zur religiösen Verfolgung ausgenutzt. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sehen sich der ganzen Bandbreite der Formen von Verfolgung ausgesetzt (vor allem in einem traditionellen Familienkontext), einschließlich Schlägen, Vertreibung von zu Hause, Hausarrest, Todesdrohungen und Vergewaltigung. Verheirateten Konvertitinnen droht die Scheidung und der Verlust des Sorgerechts für die Kinder, während ledige Christinnen muslimischer Herkunft mit Zwangsverheiratung rechnen müssen. Der Hauptverfolger ist das männliche Familienoberhaupt, das auch den Zugang zu christlichen Gemeinden und Materialien einschränken kann.

Männer: Konvertiten, die sich erst vor Kurzem vom Islam abgewandt haben und Christen geworden sind, sind bei Weitem die am stärksten gefährdeten Christen in Tunesien. Männliche Konvertiten sind unter anderem Einschüchterung, Arbeitsplatzverlust, Schlägen und Morddrohungen ausgesetzt. Außerdem können sie ausgestoßen werden, weil sie durch ihre Abkehr vom Islam Schande über ihre Familien gebracht haben. Ihnen wird möglicherweise das Erbe oder sogar der Zugriff auf ihren Besitz verwehrt. Auch können muslimische Frauen von ihren Familien unter Druck gesetzt werden, ihre zum christlichen Glauben konvertierten Ehemänner zu verlassen. Wie stark die Gegenreaktion

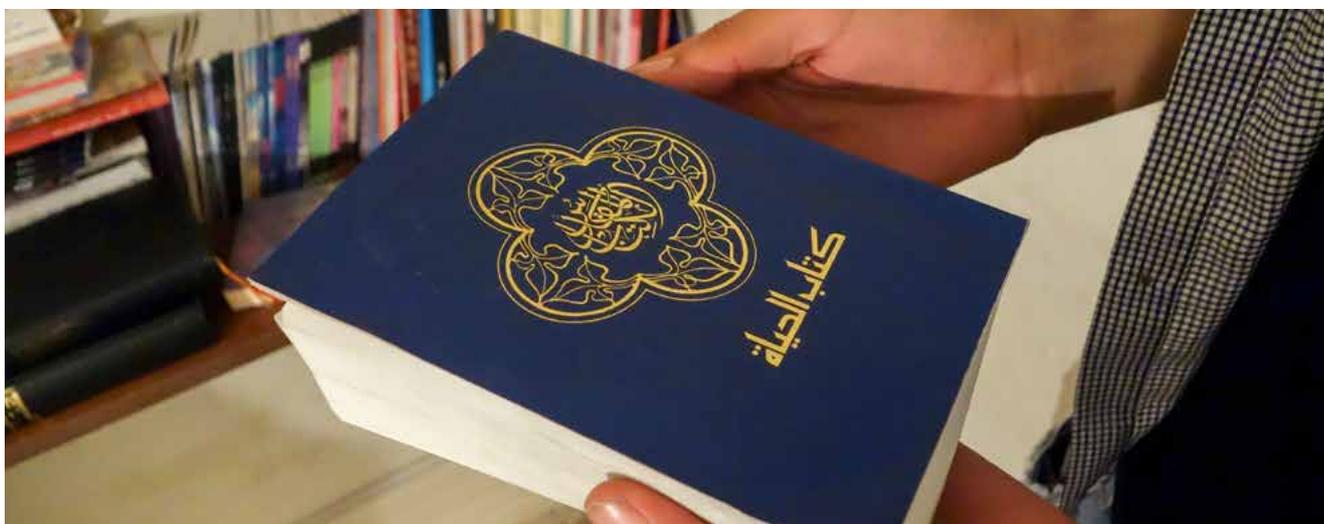
ausfällt, hängt von der sozialen Stellung und dem politischen Ansehen des Konvertiten ab. Wenn ein Mann verfolgt wird, macht das seine ganze Familie angreifbar und schutzlos.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai sind nicht offiziell anerkannt und dürfen keine eigenen Versammlungsorte haben, allerdings wurden in letzter Zeit konstruktive Gespräche mit Regierungsvertretern geführt. Jüdische Gruppen halten frei ihre Gottesdienste ab. Außerdem sorgt die Regierung für die Sicherheit der Synagogen und hat teilweise Restaurierungs- und Instandhaltungskosten bezuschusst. Im Mai 2023, während eines jüdischen Festes, eröffnete jedoch ein Mitglied des Sicherheitsdienstes auf der beliebten Touristeninsel Djerba das Feuer und tötete fünf Menschen – zwei jüdische Pilger und drei Soldaten. Die Regierung spielte die Schwere und den antisemitischen Charakter des Anschlags herunter, um den Schaden für den sich gerade erholenden Tourismussektor zu minimieren.

Die sunnitisch-schiitische Spaltung hat zu relativ wenigen Spannungen in Tunesien geführt, obwohl schiitische Muslime mitunter diskriminiert werden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich in der Vergangenheit gegen den schiitischen Islam ausgesprochen haben.

Einige Atheisten aus muslimischen Familien berichteten, dass sie von ihrer Familie und der Gesellschaft unter Druck gesetzt wurden – sie sollten zum Islam zurückkehren oder ihren Atheismus verbergen, indem sie zum Beispiel während des Ramadan fasten und keine Kritik am Islam äußern.





Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Tunesien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Tunesien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien ausgegrenzt und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
34

LÄNDERPROFIL

Kolumbien



Platz 34 / 68 Punkte (2023: Platz 22 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Leiter von Kirchen und Gemeinden werden bedroht, erpresst und sogar ermordet – dies ist ein Resultat der Gewalt der Guerillas oder anderer krimineller Gruppen im Kampf um territoriale Kontrolle, besonders in den am meisten vernachlässigten Regionen des Landes. In den häufigsten Fällen ist die Gewalt gegen Christen die unmittelbare Folge davon, dass Christen die Korruption und Gewalt in Predigten anprangern, sich für Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen, mit Jugendlichen arbeiten, im Friedensprozess oder in der humanitären Hilfe engagiert sind oder sich anderweitig der De-facto-Autorität lokaler krimineller Gruppen widersetzen und so deren kriminelle Aktivitäten gefährden.

In etlichen indigenen Gemeinschaften gibt es signifikanten Widerstand gegen christliche Missionare und christliche Konvertiten indigener Herkunft. Diese müssen in Folge mit Inhaftierung, der Schließung ihrer Gemeinden, körperlichem Missbrauch, Drohungen, Schikane und Verweigerung von Grundrechten rechnen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident
Gustavo Francisco Petro Urrego

BEVÖLKERUNG

51.673.000

CHRISTEN

49.079.000 / 95 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Die Zunahme des Säkularismus führt zur wachsenden Intoleranz gegenüber biblisch begründeten Standpunkten im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen, die den Lebensschutz, die Familie und Ehe sowie die Religionsfreiheit betreffen. Christen, die in der Öffentlichkeit ihre Überzeugungen und Glaubensansichten zum Ausdruck bringen, wird mitunter vorgeworfen, sie würden andere diskriminieren und Hass verbreiten. Aus diesem Grund entscheiden sich einige von ihnen für eine Selbstzensur.

Hintergrund

Kolumbien hat schon jahrzehntelang mit einem korrupten und schwachen Rechtsapparat zu kämpfen. Dadurch konnte sich in weiten Teilen des Landes ein florierendes kriminelles Netzwerk entwickeln, das sich hauptsächlich aus dem illegalen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel finanziert. In der Pandemie haben kriminelle Gruppen ihre Kontrolle verstärkt und ihre Macht auf ganze Gebiete ausgeweitet. Dabei bedrohten sie Leiter von Kirchen und Gemeinden und griffen diejenigen an, die sich für den Frieden und gegen kriminelle Aktivitäten einsetzen; auch Kirchen wurden ausgeraubt und verwüstet. In ländlichen Gebieten wie Nudo de Paramillo und Catatumbo verlangen bewaffnete Gruppen von Christen, dass sie die Informationen auf ihren Mobiltelefonen preisgeben, so etwa Kontaktdaten und Nachrichten – dies ist eine Form der Kontrolle, die Christen und andere in Gefahr bringen kann.

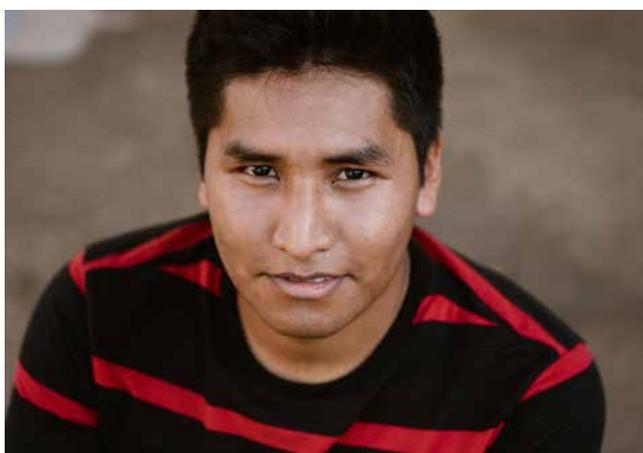
Die Regierungstruppen werden unter anderem von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, mit kriminellen Banden zusammenzuarbeiten oder deren Aktivitäten zu tolerieren, so stellt der Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2022 fest. Ferner wird in dem Bericht erklärt, dass das kolumbianische Justizsystem überlastet und ineffizient ist, und dass die Korruption und Einschüchterung von Richtern, Staatsanwälten und Zeugen die Arbeit der Justiz behindern.

Im Juni 2022 wurde Gustavo Francisco Petro Urrego vom sogenannten »Historischen Pakt«, einer Koalition aus linken Parteien, für die Legislaturperiode 2022–2026 zum Präsidenten von Kolumbien gewählt. Im seinem 54-seitigen Regierungsprogramm heißt es, dass die Regierung die religiöse Vielfalt schützen wird. Allen Bürgern soll garantiert werden, dass sie die Voraussetzung erhalten, um in Gleichberechtigung und Religionsfreiheit ihre religiöse und spirituelle Orientierung zu praktizieren.

Die größte christliche Konfession in Kolumbien ist die römisch-katholische Kirche, der 90 Prozent aller Christen angehören. Protestantische Kirchen und Gruppen erfahren aber kontinuierlichen Zuwachs. Sie sind insbesondere in vielen Großstädten gut sichtbar, wo sich sogenannte »Mega-churches« mit Tausenden von Gemeindemitgliedern etabliert haben.

Christliche Gemeinden und Kirchen sind in vielen der ärmeren Gesellschaftsschichten tätig, zum Beispiel im Bildungswesen und bei der Grundversorgung der bedürftigsten Familien. Die katholischen Bischöfe Kolumbiens riefen zur Solidarität auf, um die verschiedenen Krisen des Landes zu bekämpfen. So forderte die Kirche etwa die Regierungen Kolumbiens und Venezuelas auf, die bilateralen Beziehungen wieder aufzunehmen, damit auf die Herausforderungen im Bereich Migration reagiert und für Migranten gesorgt werden kann. Ebenso machen christliche Netzwerke und Organisationen immer wieder auf die Gründe aufmerksam, die für soziale Krisen in den verschiedenen Teilen der Bevölkerung verantwortlich sind, und rufen unablässig zum Frieden auf. Auch die sogenannte »Wahrheitskommission« (spanisch CEV) hebt in ihrem Bericht die Möglichkeiten hervor, die kirchliche Organisationen bei der innergesellschaftlichen Vermittlung haben, unter anderem beim Wiederaufbau des sozialen Gefüges und der Förderung des Dialogs. Im Rahmen ihrer Handlungsempfehlungen hat die Kommission Kirchen und christliche Gemeinden des Landes aufgerufen, sich auch in Zukunft für eine Kultur des Friedens einzusetzen – ungeachtet der Tatsache, dass dies für Christen oftmals eine besondere Gefahr darstellt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere sexualisierte Gewalt, ist ein weiteres Problem. Durch Drohungen werden die Opfer daran gehindert, sich zu offenbaren – mit der Folge, dass die Tragweite des Problems nicht klar erkennbar wird. Die Zwangsrekrutierung von (vor allem männlichen) Jugendlichen stellt eine ständige Bedrohung für christliche Gemeinschaften dar. Auch gibt es immer mehr Berichte über den Einsatz sexualisierter Gewalt gegen Männer und Jungen, die von rivalisierenden Gruppen als Mittel zur Folter, Einschüchterung und Nötigung genutzt wird. So soll in Konfliktgebieten die Kontrolle der Gruppen ausgeweitet werden.



Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	49.079.000	95,0
Muslime	29.000	0,1
Hindus	12.400	< 0,1
Buddhisten	2.300	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	317.000	0,6
Juden	5.000	< 0,1
Bahai	85.000	0,2
Atheisten	149.000	0,3
Agnostiker	1.455.000	2,8
Andere	540.600	1,0

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Verfolgung aufgrund von organisiertem Verbrechen und Korruption: Durch illegale bewaffnete Gruppen und kriminelle Organisationen erfahren Christen ein hohes Maß an Druck und Gewalt in den Verwaltungsgebieten (oder »Departamentos«) Antioquia, Arauca, Bolívar, Caquetá, Casanare, Cauca, Cesar, Chocó, Córdoba, Guaviare, Meta, Nariño, Norte de Santander, Putumayo, Tolima, Valle del Cauca und Vichada.

Verfolgung aufgrund von Unterdrückung durch den Stamm: Indigene Gemeinschaften haben ihre eigenen traditionellen Bräuche, und es werden diejenigen verfolgt, die die religiösen Praktiken des Stammes aufgeben. In Kolumbien gibt es 115 indigene Gruppen, die in allen 32 Departamentos des Landes leben.

Verfolgung aufgrund von säkularer Intoleranz: Die Triebkraft der säkularen Intoleranz ist bedingt durch die Politik der nationalen Regierung sowie durch gesellschaftliche Ansichten und Tendenzen, die vor allem durch Gruppen mit antireligiösen oder antichristlichen Ideologien gefördert werden. Sie ist überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Gebieten der Departamentos wie Bolívar, Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Dissidenten der »Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens« (FARC), Mitglieder der »Nationalen Befreiungsarmee« (ELN), Drogenkartelle und andere Guerillagruppen kämpfen um die Kontrolle ganzer Regionen und darum, dort ihre illegalen Aktivitäten fortsetzen zu können. Dies hat dazu geführt, dass Leiter von Kirchen und Gemeinden sowie christliche Gruppen zum Opfer von systematischer Überwachung, Entführung, Bedrohung, Erpressung, Zwangsumsiedlung und Tötung geworden sind und ihre Gebäude angegriffen wurden. Derartige Maßnahmen zielen besonders auf die Christen ab, die sich gegen die Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen wenden, die Menschenrechte vertreten und zu Kämpfern dieser Gruppen predigen. Leiter von Kirchen und Gemeinden und andere Christen werden bedroht, wenn sie nicht bereit sind, nationale Streiks zu unterstützen; und sie werden von kriminellen Gruppen zur Teilnahme an solchen Streiks gezwungen, die deren korrupten Aktivitäten und illegalen Geschäfte begünstigen. Auch rächen sich kriminelle Gruppen an früheren Mitgliedern, die aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben das kriminelle Leben hinter sich gelassen haben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Religion ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur und Identität indigener Gemeinschaften. Die Einführung von Ideen, die diesen alten, traditionellen Überzeugungen zuwiderlaufen, wird als Bedrohung angesehen. Zu den Strafen, die die örtlichen indigenen Behörden und Stammesführer gegen indigene christliche Konvertiten verhängen, zählen Gefängnisstrafen, Geldstrafen, physische und psychische Misshandlungen, die Verweigerung des Zugangs zu grundlegenden Ressourcen, die Beschlagnahmung von Eigentum und Zwangsarbeit.

Säkulare Intoleranz

Christen sehen sich in zunehmendem Maße verbalen Angriffen, sozialen Anfeindungen und Diskriminierung aufgrund von Intoleranz gegenüber christlichen Überzeugungen und Praktiken ausgesetzt. Eine strenge Auslegung des staatlichen Säkularismus bringt die Religionsfreiheit und das Recht auf Gewissensfreiheit häufig in Konflikt mit dem Recht auf Nichtdiskriminierung – nämlich dann, wenn Meinungsäußerungen, die auf Glaubensüberzeugungen basieren, als ein Verstoß gegen das Recht verstanden werden können, nicht diskriminiert zu werden. Es gibt außerdem das Bestreben, alle Beamten, die offen für ihren Glauben

oder ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche eintreten, aus ihren Ämtern zu entfernen. Die Teilhabe der Christen im politischen Bereich wurde dadurch erschwert.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte traditionelle Kirche in Kolumbien ist die römisch-katholische Kirche. In Gebieten, die von Drogenkartellen und Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden, sind traditionelle Kirchen von Angriffen bedroht. Außerdem kämpfen traditionelle Kirchen mit der zunehmenden religiösen Intoleranz in der Gesellschaft und mit der Ablehnung öffentlicher Glaubensbekundungen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Gruppe gehören christliche Konvertiten, die sich von einer christlichen Denomination ab- und einer anderen zuwenden, Konvertiten indigener Herkunft oder Konvertiten, die früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehört haben. Vor allem in der indigenen Bevölkerung erfahren christliche Konvertiten Druck und Gewalt, weil sie das Glaubenssystem der Mehrheit verlassen haben. Sie erleiden Schikanen, Ausweisung aus der Gemeinschaft, Diskriminierung bei der Nutzung von kommunalen Diensten und andere Formen physischer und psychischer Gewalt. Im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität erhalten christliche Konvertiten mitunter Morddrohungen, was dazu führen kann, dass sie ihre Heimat verlassen müssen.



Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu gehören hauptsächlich Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden. Sie erfahren Druck und Gewalt von Gruppen des organisierten Verbrechens. Obwohl die Regierung ihre wichtige Rolle bei der Umsetzung des Friedensabkommens und bei der humanitären Hilfe in vernachlässigten Gebieten bisher anerkannt hat, erhalten

diese christlichen Gemeinden nicht die gleichen staatlichen Leistungen wie die traditionellen Kirchen. Wenn sie sich in der Politik engagieren, stoßen sie zudem auf den heftigen Widerstand säkularistischer Interessengruppen. Darüber hinaus können sie nicht frei in indigenen Gemeinschaften arbeiten, und sie sind Risiken ausgesetzt, wenn sie es doch tun.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen sind bei der privaten Ausübung ihres Glaubens in unterschiedlichem Maße Gefahren wie Ablehnung, Belästigung, Drohungen, Einschränkungen und Vertreibung ausgesetzt. Sie können von ideologischen Interessengruppen angefeindet werden, wenn sie ihre auf dem christlichen Glauben basierenden Ansichten verteidigen. Zudem sind Christen Verfolgung ausgesetzt, wenn sie sich in indigenen Gemeinschaften oder in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, mit anderen Christen treffen.

Familienleben

In Gebieten, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, stehen Kinder christlicher Eltern in der Gefahr, von der ELN, FARC oder anderen illegalen Gruppen indoktriniert oder rekrutiert zu werden. Widerstand führt in der Regel zu Schikanen, Gewalt, dauerhafter Trennung von Familienmitgliedern oder Vertreibung aus der Gemeinschaft. In indigenen Gemeinschaften zielt die Schulbildung darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren, und

christliche Schüler werden gezwungen, an animistischen Handlungen teilzunehmen. Die Schikane von Christen in indigenen Gemeinschaften kann so weit gehen, dass Kinder von ihren christlichen Eltern getrennt werden. Sowohl in indigenen als auch in staatlichen Schulen wird das Recht der Eltern, ihre Kinder nach ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen, mitunter durch den Pflichtunterricht verletzt, der genau diesen Überzeugungen zuwiderläuft.

Gesellschaftliches Leben

In einigen indigenen Gemeinschaften werden Christen vom Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie Trinkwasser, Bildung und medizinischer Versorgung ausgeschlossen; oder sie werden ganz aus der Gemeinschaft und ihren Familien verbannt. Sie werden von der Gemeinschaft auch dazu gedrängt, Beiträge (in der Regel Geld oder landwirtschaftliche Erzeugnisse) für religiöse Praktiken zu leisten, die mit Ahnenverehrung und Animismus zusammenhängen. Kriminelle Gruppen verlangen von Christen oft erpresserische Geldzahlungen, wobei Leiter von Kirchen und Gemeinden besonders davon betroffen sind. Wenn sie sich weigern zu

zahlen, kann dies zu Gewalt führen oder das Risiko erhöhen, dass sie vertrieben oder ihre Kinder zwangsrekrutiert werden. Kriminelle Gruppen sind auch dafür bekannt, dass sie dringend benötigte staatliche und humanitäre Hilfe abfangen, um Christen zu zwingen, ihre Herrschaft zu akzeptieren.

Leben im Staat

In indigenen Gemeinschaften bleiben Übergriffe gegen Christen oft ungestraft. Dies ist der Fall, weil die indigenen Bräuche verfassungsrechtlich geschützt sind; außerdem sind die Stammesführer (häufig gleichzeitig die religiösen Autoritätspersonen im Stamm) sowohl Anstifter von Gewalt gegen Christen als auch diejenigen, denen die Rechtsprechung in ihrem Stamm unterstellt ist. Da die indigenen Gemeinschaften weitgehend Anspruch auf ihre eigene Gerichtsbarkeit haben, können Stammesführer mit großer Autonomie gegen Christen vorgehen, und betroffene Christen können sich nicht an staatliche Gerichte wenden. In vielen Gebieten haben kriminelle Gruppen de facto die Macht inne. Auch dort können Christen ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung, nicht in vollem Umfang wahrnehmen; sie sind diesen illegalen Gruppen ausgeliefert, die häufig straffrei handeln. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft sich zunehmend intolerant gegenüber öffentlichen Äußerungen des christlichen Glaubens verhält. Christen werden so in ihrer freien Meinungsäußerung und ihrem Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes eingeschränkt. Außerdem werden Christen beschuldigt, »Diskriminierer« und »menschenrechtsfeindlich« zu sein.

Kirchliches Leben

Kirchen sind häufig Ziel von Bedrohungen durch kriminelle Gruppen, indigene Anführer und ideologische Interessengruppen. Christliche Leiter und ihre Familien werden in indigenen Gemeinschaften besonders schikaniert, und christliche Aktivitäten sind in der Regel verboten. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind ebenfalls gerade christliche Leiter und ihre Familien die häufigsten Opfer von Gewalt, Überwachung und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich für die Menschenrechte, die Umwelt, die Umsetzung des Friedensabkommens oder die Eindämmung des Kokaanbaus einsetzen oder unter Jugendlichen arbeiten. In von kriminellen Gruppen kontrollierten Gebieten sind die Kinder von Pastoren in besonderem Maße Ziel von Menschenhandel, Zwangsrekrutierung oder Vergewaltigung. So sollen Pastoren eingeschüchtert und von der Fortsetzung ihres Dienstes abgehalten werden. Teile der Gesellschaft betrachten zunehmend kritisch die christliche Lehre in Bezug auf den Schutz von Ehe und Familie sowie die Art und Weise, wie sich die Kirchen in der Öffentlichkeit engagieren.



Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am internationalen Frauentag, dem 8. März 2023, wurden in der Stadt Popayán (im Departamento Cauca) drei Kirchen beschädigt. Am Ende der Demonstrationen anlässlich des Frauentags malten Demonstranten Graffiti und beleidigende Botschaften an die Wände der San-Francisco-Kirche und der Santo-Domingo-Kirche im Stadtzentrum sowie an die La-Milagrosa-Kirche im Stadtteil Prados del Norte.
- Als im April 2023 drei Christen in einer indigenen Gemeinschaft in Pitalito (Departamento Chocó) predigen wollten, wurde ihnen der Zutritt von indigenen Anführern verwehrt. Die Christen wurden wegen »Verletzung von Rechten und Kultur« sechs Stunden lang in einen Kerker eingesperrt, und die indigenen Anführer bekräftigten, dass Sanktionen folgen könnten, sollten die Christen noch einmal versuchen, dort zu predigen.
- Im August 2023 prangerte Erzbischof Pablo Emiro Salas Anteliz in der Stadt Barranquilla öffentlich einige Erpressungsfälle an. Er bezog sich auf die Erpressung von vier Priestern in der Region und wies den Erpressungsfall an dem Priester Jaime Barrios aus Puerto Colombia zurück. Der Erzbischof berichtete, dass die Erpressungen in Form von Briefen und Anrufen aus einem örtlichen Gefängnis kamen.



- Im Dezember 2022 wurden die Wände der La-Sagrada-Familia-Kirche in Santander mit Graffiti und den Initialen der ELN bemalt.

Familienleben und gesellschaftliches Leben, da weniger Meldungen über Unterdrückung durch den Stamm sowie über konfessionellen Protektionismus eingegangen sind. Nichtsdestotrotz hat die starke Präsenz von kriminellen Gruppen und Guerillas einen großen Einfluss auf das Klima der Angst und auf die Verwundbarkeit der christlichen Gemeinden im Land.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	34	68
2023	22	71
2022	30	68
2021	30	67
2020	41	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung Kolumbiens ist um 2,5 Punkte gesunken. Dies geht auf eine Verringerung des Wertes für Gewalt zurück, welcher von 15,4 Punkten im Vorjahr auf nun 14,1 Punkte abgefallen ist. Diesbezüglich ist ein Rückgang insbesondere bei Verurteilungen, sexuellem Missbrauch und angegriffenen christlichen Geschäften zu verzeichnen (wenngleich mindestens 16 Christen ermordet wurden). Hinzu kommt eine Verringerung des Drucks in den Lebensbereichen Privatleben,

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In Kolumbien kommt es im Rahmen des bestehenden Konfliktes nach wie vor zu sexualisierter Gewalt durch bewaffnete Gruppen. Dabei sind Frauen mit indigenem und afrokolumbianischem Hintergrund besonders gefährdet. Indigene Christinnen, die sich weigern, an den Riten und Bräuchen ihrer indigenen Gemeinschaft teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt, von der Gemeinschaft geächtet und beim Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen diskriminiert. In Gebieten, die von Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden, laufen Mädchen Gefahr, vergewaltigt und sexuell belästigt zu werden. Christliche Mädchen geraten dabei wegen ihrer bei ihnen vermuteten sexuellen Reinheit und ihres Gehorsams stärker ins Visier von kriminellen Gruppen.

Männer: Christliche Männer sind einem hohen Maß an Drohungen und Gewalt ausgesetzt, insbesondere in Regionen, die von Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden. Als Haushaltsvorstände müssen sie mit Erpressung und Tod rechnen. Für christliche Männer und Jungen stellen illegale bewaffnete Gruppen eine der größten Bedrohungen dar. Sie werden von ihnen entführt, zwangsrekrutiert und gewaltsam angegriffen; sie werden indoktriniert und zur Teilnahme an den Aktivitäten dieser Gruppen gezwungen. Leiter von Kirchen und Gemeinden sind aufgrund ihrer Tätigkeit besonders gefährdet, vor allem wenn sie sich gegen kriminelle Gruppen aussprechen. In einigen indigenen Gemeinschaften werden männliche Konvertiten unter Druck gesetzt und erleiden körperliche Bestrafung, Ächtung, Drohungen und Zwangsarbeit.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) für das Jahr 2022 heißt es bei Kolumbien: »Nach Angaben der Times of Israel hat sich der Präsidentschaftskandidat Rodolfo Hernández im Juni entschuldigt, nachdem Tonaufnahmen eines Radiointerviews aus dem Jahr 2016 aufgetaucht waren, in denen Hernández, der damalige Bürgermeister von Bucaramanga, sagte, er sei ein Anhänger eines ›großen deutschen Denkers‹ namens Hitler. In der Entschuldigung stellte Hernández klar, dass er sich auf Albert Einstein bezog.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kolumbien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kolumbien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von Milizen angegriffen, wenn sie ihren Glauben zum Ausdruck bringen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
35

LÄNDERPROFIL

Vietnam



Platz 35 / 68 Punkte (2023: Platz 25 / 70 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christen aus traditionellen Kirchen (wie aus der römisch-katholischen Kirche) genießen ein gewisses Maß an Freiheit, solange sie nicht politisch aktiv sind; denn das kann zu Inhaftierungen führen (z. B. in Fällen von Landraub oder Umweltfragen). Wenn katholische Kirchengemeinden große Grundstücke besitzen (z. B. bei Klöstern, Schulen oder Krankenhäusern), werden diese manchmal vom Staat für Bauzwecke beschlagnahmt. In seltenen Fällen, wenn lokale Parteiführer dazu anstiften, können Katholiken zur Zielscheibe staatlicher Übergriffe werden. Dies geschah etwa im Februar 2022, als Staatsbeamte eine katholische Messe unterbrachen. Sowohl Christen aus protestantischen Freikirchen als auch christliche Konvertiten aus einheimischen Religionen leiden aufgrund ihres Glaubens unter starkem Druck und Gewalt. Das gilt vor allem in den abgelegenen Gebieten in Zentral- und Nordvietnam. Die meisten gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes wie den Hmong. Sie erleiden soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Übergriffe. In manchen Fällen werden ihre Häuser verwüstet und sie sind gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Der Angriff auf Polizisten und Regierungsbeamte in der Provinz Dak Lak am 11. Juni 2023 war zwar nicht religiös motiviert oder auf Verfolgung zurückzuführen. Er zeigt aber, dass es schwelende Spannungen mit der Hmong-Minderheit und verschiedenen Stammesgruppen gibt, die leicht zu Gewaltausbrüchen führen können.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Vo Van Thuong

BEVÖLKERUNG

99.699.000

CHRISTEN

9.635.000 / 9,7 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit Einparteiensystem



Hintergrund

Vietnam ist seit dem Ende des Vietnamkriegs 1975 ein vereinigter Staat und einer der wenigen bis heute verbliebenen kommunistischen Staaten. Die alleinige Macht liegt bei der Kommunistischen Partei; und obwohl es eine Nationalversammlung gibt (die nicht frei und fair gewählt ist), nimmt das Politbüro die wichtigsten exekutiven Aufgaben wahr.

Wie in allen kommunistischen Ländern, gelten Christen als unpatriotisch und regierungskritisch und werden als solche streng überwacht, zensiert und diskriminiert. Christen sind nicht nur von Führungspositionen in der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, sondern auch von den militärischen Offiziersrängen. Sie werden hart bestraft, wenn sie von der Polizei angeklagt werden. 2021 wurde der Leiter des »Regierungskomitees für religiöse Angelegenheiten« (GCRA) zum stellvertretenden Innenminister ernannt, was zeigt, dass der Regierung sehr daran gelegen ist, die Kontrolle über religiöse Angelegenheiten zu behalten. Vietnam hat vehement protestiert, als es im Dezember 2022 auf die Liste der »Länder unter besonderer Beobachtung« des US-Außenministeriums gesetzt wurde. (Es war die erste »Herabstufung«, seit Vietnam 2006 aus der schlechtesten Kategorie der »besonders besorgniserregenden Länder« (CPC) gestrichen worden war). Aus dem am 9. März 2023 veröffentlichten 132-seitigen Weißbuch über Religionen und Religionspolitik geht hervor, dass sich kaum etwas für Christen und andere Religionen ändern wird. Wie ein Experte für das Land erläutert: »Das [für die Bewertung der Religionsfreiheit] Schädlichste in dem Buch war ein offener Bericht des Ministeriums für öffentliche Sicherheit über seine Probleme im Umgang mit evangelikalen Kirchen. Es war eine unverblühte Kritik an allen Gruppen und Leitern, unabhängig davon, ob sie legal registriert waren oder nicht.«

Mehr als 80 % aller Christen in Vietnam gehören der römisch-katholischen Kirche an. Während die Kirche in ihrer Lehre dem Vatikan folgt, gibt es immer wieder unterschwellige und weniger unterschwellige Versuche der Einflussnahme durch die Regierung. Am deutlichsten wird dies wohl bei der Wahl der Bischöfe. Der Vatikan und das Land Vietnam bemühen sich um eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen. Möglicherweise wird der Vatikan einen päpstlichen Vertreter in das Land entsenden, denn es gibt Anzeichen für eine bald bevorstehende Unterzeichnung eines gemeinsamen Abkommens. Die protestantischen Christen sind in viele Konfessionen aufgeteilt. Zwei größere und staatlich anerkannte sind die Southern Evangelical Church of Vietnam (Evangelische Kirche Vietnams Süd; ECVN-S) und die Evangelical Church of Vietnam North (Evangelische Kirche Vietnams Nord; ECVN-N). Obwohl Christen sich im Allgemeinen lieber aus der Politik heraushalten, werden sie von den Behörden genau überwacht.

Unter den ethnischen Minderheiten, die in Dörfern im zentralen Hochland leben, sind viele Christen. Sie werden wirtschaftlich und sozial benachteiligt, was sie während der Corona-Pandemie noch stärker zu spüren bekamen. Es gibt keine eindeutigen Beweise dafür, dass der Anschlag in



Dak Lak religiös motiviert war. Doch die Tatsache, dass die vietnamesische Polizei nach dem Anschlag ein Video veröffentlichte, das Kirchengebäude der »Montagnard Evangelical Church of Christ of the Central Highlands« (Montagnard Evangelische Kirche Christi des zentralen Hochlandes) zeigt, verheißt nichts Gutes für die Christen in der Region. Ein Experte für das Land kommentierte: »Die Regierung betrachtet die Evangelische Kirche Christi immer noch als reaktionäre Gruppe.« In den Medien, den Nachrichten und im staatlichen Fernsehen hieß es, die Menschen müssten »diese Kirche aus der Gemeinschaft entfernen.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	9.635.000	9,7
Muslime	178.000	0,2
Hindus	59.300	0,1
Buddhisten	49.010.000	49,2
Anhänger ethnischer Religionen	10.345.000	10,4
Juden	350	< 0,1
Bahai	448.000	0,4
Atheisten	6.100.000	6,1
Agnostiker	12.047.000	12,1
Andere	11.875.390	11,9

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Druck und Gewalt, die sich gegen Christen unter den ethnischen Minderheiten richten, sind im zentralen und nordwestlichen Hochland in den folgenden Provinzen besonders stark: Bac Giang, Bac Ninh, Bin Phuoc, Dak Lak, Dak Nong, Dien Bien, Gia Lai, Ha Giang, Ha Nam, Hoa Binh, Kon Tum, Lai Chau, Lam Dong, Lao Cai, Nghe An, Ninh Thuan, Phu Yen, Quang Binh, Quang Ngai, Son La, Thanh Hoa, Tra Vinh und Yen Bai. Dies deckt sich mit dem, was das US-Außenministerium auf Seite 19 seines Berichts zur internationalen Religionsfreiheit 2022 zu Vietnam feststellt: »Katholische Verantwortungsträger gaben an, dass die problematischsten Regionen im zentralen Hochland (Provinzen Gia Lai, Dak Lak, Dak Nong, Kon Tum und Lam Dong) und im nordwestlichen Hochland, einschließlich der Provinzen Hoa Binh, Son La, Lao Cai und Yen Bai, liegen.«

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung gemischt mit diktatorischer Paranoia

Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) verletzt die Rechte der christlichen Minderheit im zentralen Hochland, im Nordwesten und im Nordosten des Landes, indem sie sie schikaniert und verlangt, dass alle religiösen Einrichtungen vom Regierungsausschuss für religiöse Angelegenheiten überwacht werden. Die Regierung nutzt sogar die

Dienste lokaler Krimineller, die als »Rote-Flagge-Gruppen« bekannt sind. Diese Gruppen ermutigt die Regierung stillschweigend dazu, Christen anzugreifen und Kirchen zu enteignen. Die katholische Kirche ist die bei weitem größte christliche Gemeinschaft und daher das Hauptziel der Regierung. Das Misstrauen gegen die Kirche wird noch dadurch verstärkt, dass die katholische Kirche soziale Ungerechtigkeit und Umweltprobleme unter der kommunistischen Herrschaft immer wieder thematisiert. Dies führt häufig zu gewaltsamen Strafmaßnahmen und der Beschlagnahmung von kirchlichem Grundbesitz. Manche Dörfer heißen »kommunistisches Dorf« oder »christenfreies Dorf«. Die Bewohner dort sind nicht bereit, Christen in ihrem Dorf zu dulden.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In den engen Dorfgemeinschaften werden christliche Konvertiten oft gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören. Dorfvorsteher und Familienmitglieder setzen die Christen dabei besonders unter Druck. Stammesführer schließen Christen oft aus der Gemeinschaft aus, da sie diese als Verräter der gemeinschaftlichen Kultur und Identität ansehen und die Kultur des Stammes erhalten wollen. Aber auch andere Stammesmitglieder wenden oftmals Gewalt gegen christliche Konvertiten an und vertreiben sie aus den Dörfern.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Es gab und gibt immer wieder Vorfälle von Landraub, die sich insbesondere gegen die katholische Kirche richten. Dies geschieht vor allem in den Städten, wo Regierungsbeamte nach Grundstücken und Immobilien suchen, die sie konfiszieren können, um sie dann an private Bauherren zu verkaufen. Land, das sich im Besitz der katholischen Kirche oder von Christen aus ethnischen Minderheiten befindet, ist dabei ein bevorzugtes Ziel. Zwangsräumungen wurden häufig mit Hilfe von kriminellen Gruppen und »Rote-Flagge«-Wächtern durchgeführt, auch wenn dies inzwischen weniger in Erscheinung tritt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sie sich in den ländlichen Gebieten nicht den einheimischen Gemeinden anschließen können, sind die ausländischen Christen unfreiwillig isoliert. Zu dieser Kategorie gehören ausländische

Arbeiter aus Taiwan, Südkorea und den Philippinen; sie erleben Druck in Form von Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche und die evangelische Kirche Vietnams sind die größten traditionellen Kirchen. Während erstere im Jahr 2016 eine katholische Universität eröffnen konnte, haben Probleme mit Landraub durch die Behörden und die Verhaftung von katholischen Aktivisten zugenommen. Des Weiteren wurde im Dezember 2020 ein Kongress der evangelischen Kirche Vietnams behindert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit buddhistischem oder animistischem Hintergrund werden am stärksten verfolgt. Dies geschieht nicht nur durch die Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Die kommunistischen Behörden begegnen den christlichen Konvertiten oft besonders misstrauisch und feindselig, weil die meisten von ihnen ethnischen Minderheiten angehören. Das geschieht in der Regel auf lokaler Ebene.



Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den protestantischen Freikirchen gehören evangelikale Gemeinden und Pfingstgemeinden. Christen dieser Gemeinden versammeln sich in Hauskirchen, da viele ihrer

Denominationen nicht registriert sind. Sie werden intensiv überwacht und auf lokaler Ebene von den Behörden und der Gesellschaft diskriminiert.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In ländlichen Gebieten ist es gefährlich, über den eigenen Glauben zu sprechen; dies kann zu Gewalt seitens der Dorfgemeinschaft führen. In den Städten herrscht etwas mehr Freiheit, aber Schikanen und Verhöre durch die Polizei sind an der Tagesordnung. Ein Glaubenswechsel ist zwar nicht gesetzlich verboten, stößt aber auf starke Ablehnung. Der christliche Glaube gilt als fremd und wird als Bedrohung für die Familie und das kulturelle Erbe angesehen. Das trifft insbesondere in Gebieten zu, in denen der Ahnenkult vorherrscht. Oft sind Familienmitglieder gezwungen, sich zwischen der Abkehr vom christlichen Glauben und der Vertreibung und Ächtung durch Familie und Gesellschaft zu entscheiden.

Familienleben

Christliche Kinder in Vietnam werden dazu gedrängt, während ihrer gesamten Schulzeit an christenfeindlichem Unterricht in Form der kommunistischen Doktrin teilzunehmen. Christliche Kinder werden vor allem in Stammesgebieten aufgrund ihres Glaubens, des Glaubens ihrer Eltern und ihrer ethnischen Zugehörigkeit am Schulbesuch gehindert. Das gilt besonders für solche aus nicht registrierten Gemeinden, in einigen Fällen jedoch auch für Kinder

aus registrierten Konfessionen und Kirchen. Doch auch diejenigen, die eine Schule besuchen können, erleiden dort Schikanen und Mobbing durch Mitschüler und Lehrkräfte. Außerdem wird verheirateten christlichen Konvertiten in manchen Fällen mit einer Scheidung gedroht. Es ist üblich, dass Familien ihre Angehörigen, die Christen geworden sind, enterben, vertreiben und ihnen die Unterstützung entziehen.

Gesellschaftliches Leben

Stammesgemeinschaften in den Brennpunktregionen helfen bei der Überwachung der Christen. Die lokalen Behörden bestärken die Bevölkerung darin, christliche Gruppen einzuschränken, da diese als fremd und gefährlich angesehen werden. Christen, die sich um eine Arbeitsstelle bewerben oder denen eine Beförderung zustünde, werden sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor manchmal diskriminiert und ausgegrenzt. Bei Militär und Polizei ist eine Beförderung in den Offiziersrang für Christen ausgeschlossen.

In Nordvietnam sind die staatlichen Behörden dafür bekannt, Christen mit der Streichung ihrer Gesundheitsleistungen zu drohen, wenn sie sich staatlichen Anordnungen widersetzen oder sich weiterhin als christliche Gemeinde treffen.



Ein Experte von Open Doors erklärt: »Wenn Menschen, die offiziell als ›bedürftig‹ anerkannt wurden und deshalb Anspruch auf Sozialhilfe, medizinische Versorgung und andere Leistungen haben, Christen werden, hat das Konsequenzen: Die örtlichen Behörden entziehen ihnen den besonderen Status und sie gelten offiziell nicht mehr als bedürftig. In manchen Gegenden wird ihnen sogar gesagt: ›Weil ihr jetzt Christen seid, soll sich die Kirche um euch kümmern.«

Leben im Staat

In Vietnam wird die kommunistische Ideologie strikt befolgt, und alle anderen Überzeugungen werden abgelehnt. Anträge auf die Registrierung religiöser Aktivitäten werden entweder ignoriert, abgelehnt oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist beantwortet. Oftmals werden keine Gründe für eine Ablehnung angegeben, obwohl dies gesetzlich vorgesehen ist. Mitglieder der KPV dürfen keine Religion ausüben, und auch Offiziere der Armee dürfen nicht gläubig sein. Wie der Experte von Open Doors erläutert, können »Christen nur unter der Bedingung als Staatsbedienstete arbeiten, dass sie dafür ihren Glauben aufgeben.« Eine der Voraussetzungen für den Eintritt in den Staatsdienst lautet, dass innerhalb der erweiterten Familie des Bewerbers bis zu 3 Generationen lang niemand Christ gewesen sein darf. Wenn ein Beamter den christlichen Glauben angenommen hat oder einfach ›zu freundlich zu Christen ist‹, kann er degradiert oder entlassen werden. Selbst wenn er es schafft, seine Position zu behalten, werden ihm die Leistungen gestrichen und er kann nicht befördert werden.« In den Medien werden Christen so dargestellt, als ob sie versuchen würden, die koloniale Ideologie wieder einzuführen. Darüber hinaus werden ihnen störende und regierungsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen. Als ein katholischer Priester es wagte, die Einrichtung eines Covid-19-Impffonds und die

Aufforderung an die Bürger, dazu beizutragen, zu kritisieren, forderten die offiziellen Medien daraufhin sofort, man solle sich »um ihn kümmern«. Menschen, die Gewalt gegen Christen verüben, werden dafür fast nie rechtlich belangt.

Kirchliches Leben

Kirchen werden überwacht und gelegentlich werden Versammlungen gestört. Die Kirchen sind gesetzlich verpflichtet, ihre Aktivitäten bei den Behörden anzumelden. Der Experte für das Land fügt hinzu: »Außerdem verlangt die Regierung von der Kirche, ein Verzeichnis der Kirchenmitglieder vorzulegen. Mit dem Verzeichnis gehen sie in Uniform von Haus zu Haus, um zu ›klären‹, ob die Bewohner zu der angegebenen Kirche gehören. Auf diese Weise werden gerade junge Christen eingeschüchtert und mitunter davon abhalten, sich zu ihrem Glauben und ihrer Kirchenghörigkeit zu bekennen.« Die Beschaffung von christlichen Schriften in größeren Mengen kann riskant sein, vor allem wenn die Schriften importiert werden oder keine Genehmigung von der Regierung vorliegt. Jede Publikation muss von der Regierung genehmigt werden und die Einfuhr ist stark reglementiert. Es ist jedoch möglich, eine kleine Anzahl von christlichen Materialien zu beziehen. Sowohl katholische und evangelische Kirchenleiter als auch Aktivisten werden häufig verhaftet oder ins Exil verbannt, weil sie die Regierung kritisieren oder sich für Menschenrechte einsetzen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- 25. Mai 2023: Der katholische Aktivist Peter Bui Tuan Lam wurde von einem Gericht in Da Nang zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er Online-Publikationen gegen die kommunistische Partei erstellt und verbreitet hat.
- 8. April 2023: Der evangelische Missionar Y Krec Bya wurde von den Behörden in der Provinz Dak Lak festgenommen.
- 22. März 2023: Die örtlichen Behörden stürmten einen katholischen Gottesdienst in der Gemeinde Dak Giac in der Provinz Kon Tum und verlangten die Beendigung des Gottesdienstes.
- 5. Januar 2023: Der lutherische Pastor Dinh Diem starb während der Verbüßung einer Haftstrafe im Provinzgefängnis Nghe An Nr. 6. Im Jahr 2018 war er des »versuchten Umsturzes der Volksregierung« beschuldigt und zu 16 Jahren Haft verurteilt worden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	35	68
2023	25	70
2022	19	71
2021	19	72
2020	21	72

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der leichte Rückgang der Gesamtpunktzahl im Weltverfolgungsindex 2024 ist darauf zurückzuführen, dass die Wertungen in allen Lebensbereichen leicht gesunken sind; am deutlichsten im Bereich Leben im Staat.

Es ist jedoch anzumerken, dass die Berichterstattung, insbesondere aus den Regionen der ethnischen Minderheiten, behindert und manchmal fast unmöglich gemacht wird. Die ab dem 1. Januar 2018 in Kraft getretenen gesetzlichen Regelungen zum Thema Religion haben zu keinen wesentlichen Änderungen geführt; sie haben jedoch eine weitere Quelle der Unsicherheit geschaffen (obwohl sie auf dem Papier wie eine Verbesserung aussehen). Die Vorschriften haben weder die Bürokratie eingedämmt noch die verbreitete Befürchtung entkräftet, dass der Erhalt von behördlichen Genehmigungen stets mit dem Druck verbunden ist, sich an die kommunistische Ideologie anzupassen. Strengere Vorschriften für die Online-Kommunikation schränken den Freiraum für die Christen noch weiter ein. Sollten die neuen Gesetzesentwürfe für den Bereich Religion umgesetzt werden, würde dies eine starke Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Kirchen und Christen sowie noch mehr Bürokratie bedeuten.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Trotz einer der höchsten Frauenerwerbsquoten tragen Frauen einen ungleich höheren Anteil an der Hausarbeit und gelten als Untergebene. Das Land vertritt sozialistische Ideale der Gleichbehandlung. Dessen ungeachtet sind auch

konfuzianische Werte nach wie vor in den Schulbüchern präsent und spiegeln sich in der kulturellen Bevorzugung von Söhnen wider. Christinnen werden mitunter bereits in jungen Jahren zu Ehen mit Nicht-Christen gezwungen, insbesondere wenn sie zum christlichen Glauben konvertiert sind oder in Stammeskulturen leben. In der Ehe drohen ihnen Unterdrückung, Gewalt und erzwungene Scheidungen. Auch können christliche Frauen und Mädchen sexuelle Übergriffe erleiden.

Männer: Christliche Männer werden am Arbeitsplatz häufig diskriminiert, belästigt und überwacht. Aufgrund ihres Glaubens droht ihnen der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Da Männer in Vietnam die Hauptverdiener sind, lähmt dies die ganze Familie wirtschaftlich und schwächt ihre Stellung in der Gesellschaft. Werden sie in Gewahrsam genommen, so drohen ihnen eine brutale Behandlung und Schläge verbunden mit dem Druck, ihrem Glauben abzuschwören. Auch die Wehrpflicht stellt einen Druckpunkt für christliche Männer dar, da sie im Militär nicht frei in der Bibel lesen oder ihren Glauben anderweitig ausüben können.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Wie es für kommunistische Regierungen typisch ist, versuchen die vietnamesischen Behörden, alle religiösen Gruppen unter ihrer Kontrolle zu halten. Neben Christen stehen auch Anhänger des Caodaismus, der buddhistischen »Hoa-Hao-Bewegung« sowie des Islam unter besonderer Beobachtung. Diejenigen, die sich in staatlich kontrollierten Gremien organisieren, werden weitgehend in Ruhe gelassen; allerdings werden ihre Predigten zensiert. Unabhängige Gruppen werden jedoch als ernsthafte Bedrohung angesehen und von der Regierung, insbesondere von hohen Regierungsbeamten, stark unter Druck gesetzt. Dies kann zu Belästigung, Einschüchterung, Inhaftierung und Beschlagnahmung von Eigentum führen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Vietnam hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Vietnam kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christen werden verhaftet, wenn sie für ihre Rechte eintreten (ICCPR Art. 9 und 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Kinder werden in der Schule ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben; sie erhalten oft keine medizinische Versorgung aufgrund ihres Glaubens (ICCPR Art. 18; CRC Art. 14 und 24)
- Christliche Konvertitinnen werden gezwungen, nichtchristliche Männer zu heiraten und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
36

LÄNDERPROFIL

Bhutan



Platz 36 / 68 Punkte (2023: Platz 40 / 66 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Von allen Bhutanern wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Konvertiten zum christlichen Glauben werden mit Misstrauen beobachtet. Meistens versuchen ihre Familien und ihr soziales Umfeld, sie dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Neben den Konvertiten gibt es viele Christen, die der nepalesischen Minderheit angehören und im Süden Bhutans leben. Es gibt keine Kirchen, die offiziell staatlich anerkannt sind. Das bedeutet, dass sich Christen eigentlich im Bereich der Illegalität bewegen, wenn sie sich zum Gottesdienst versammeln. Außerdem benötigen alle Bürger für das tägliche Leben ein Dokument, das als »Nichtbeanstandungsbescheinigung« bezeichnet und von den Dorfbehörden ausgestellt wird, um zu bestätigen, dass die betreffende Person ein guter Bürger ist und im Dorf keine Probleme verursacht hat. Diese Bescheinigung wird für die Beantragung von Darlehen, die Anmeldung von Immobilien, die Bewerbung um eine Stelle und die Verlängerung des Personalausweises benötigt. Für Christen, die nicht die bhutanische Staatsbürgerschaft besitzen, ist es unmöglich, diese Bescheinigung zu erhalten. Manchmal wird Christen damit gedroht, aus dem Melderegister gestrichen zu werden, da die Bürger auf dem Volkszählungsformular ihre Religionszugehörigkeit angeben müssen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck

BEVÖLKERUNG

796.000

CHRISTEN

19.500 / 2,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

Bhutan ist eines der wenigen Beispiele, in denen ein Regierungswechsel von oben nach unten und nicht von unten nach oben vollzogen wurde. 1998 schuf der König eine konstitutionelle Monarchie. Der König ist jung, beliebt und gilt als Hüter des Buddhismus. Nach dem nationalen Sicherheitsgesetz von 1992 gilt es als Hochverrat, sich ablehnend gegenüber dem König, dem Volk oder dem Land zu äußern. Jeder, der sich dessen schuldig macht, kann ins Gefängnis kommen.

In der Verfassung heißt es, dass der Mahayana-Buddhismus als »spirituelles Erbe« der Nation geschützt ist und alle religiösen Institutionen die verfassungsmäßige Pflicht haben, dieses Erbe zu fördern. Im Mai 2011 fügte die Regierung eine »Anti-Konversionsklausel« ins Strafgesetzbuch ein, um Artikel 7, Absatz 4 der Verfassung zu erfüllen, welcher besagt: »Ein bhutanischer Bürger hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Niemand darf durch Zwang oder Anreize ermutigt werden, einem anderen Glauben anzugehören.« Es ist auffällig, dass in der Anti-Konversionsklausel (siehe unten) die Begriffe »Zwang« und »andere Anreize« nicht klar definiert sind. Das gibt den Behörden sowie ethnischen und religiösen Anführern Spielraum, Druck auf Konvertiten auszuüben. Die Anti-Konversionsklausel besagt: »Ein Angeklagter macht sich der Straftat schuldig, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, wenn der Angeklagte Zwang oder andere Anreize anwendet, um die Konversion einer Person von einer Religion oder einem Glauben zu einer/einem anderen zu bewirken« (Ergänzung A zu Abschnitt 463 des Strafgesetzbuchs). Weiterhin heißt es: »Der Tatbestand, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, ist als Vergehen anzusehen« (Ergänzung B zu Abschnitt 463). Dieses kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden.

Nachdem die Regierung im Jahr 2019 angekündigt hatte, dass eine Registrierung keine Voraussetzung für religiöse Versammlungen ist, hatten die Christen auf mehr Handlungsspielraum gehofft; aber bisher war keine Veränderung zu spüren. Es kann jedoch gut sein, dass die Behörden diese Frage absichtlich offen lassen, da sie in einer Zeit, in der sich die Regierung auf so viele andere Herausforderungen konzentrieren muss, keine unerwünschte öffentliche Unruhe schüren wollen. Minderheiten haben das aktive und passive Wahlrecht, aber die Stimme insbesondere religiöser Minderheiten wird in Gesellschaft und Regierung kaum beachtet. Bei den bürgerlichen und politischen Rechten ist noch ein langer Weg zurückzulegen.

Bhutan ist ein sehr kleines Land, das von China und Indien eingeschlossen ist – den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt. Diese Lage Bhutans zwischen Indien und China erfordert klug ausgewogene Außenbeziehungen, wobei die Verbindung zu Indien traditionell stärker ist und Bhutan das einzige Land an der Grenze zu China ist, zu dem Peking aufgrund des großen Einflusses Indiens keine formellen diplomatischen Beziehungen unterhält.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	19.500	2,4
Muslime	2.200	0,3
Hindus	95.300	12,0
Buddhisten	650.000	81,7
Anhänger ethnischer Religionen	28.100	3,5
Bahai	100	< 0,1
Agnostiker	260	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In Bhutan gibt es keine regionalen Brennpunkte, wo vermehrt Verletzungen der Religionsfreiheit zu verzeichnen sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus

Bhutan ist eigentlich ein säkularer Staat, doch das spirituelle Erbe des Landes ist der Mahayana-Buddhismus. In der Verfassung heißt es: »Alle religiösen Einrichtungen und Persönlichkeiten haben die Aufgabe, das geistige Erbe des Landes zu fördern.« Bis heute wurde es keiner einzigen Gemeinde erlaubt, ein Kirchengebäude zu bauen. Besonders in ländlichen Gegenden stellen sich buddhistische Mönche gegen die Anwesenheit von Christen. Sie setzen Christen

unter Druck, wieder zu ihrem alten buddhistischen Glauben zurückzukehren. Regierungsbeamte neigen dazu, eher auf der Seite der Mönche zu stehen (es ist üblich, dass Mönche für die Regierung arbeiten), und sind bereit, das buddhistische soziale Gefüge mit allen Mitteln zu erhalten. Die gesellschaftlichen Strukturen sind sehr eng; jede Abweichung wird als Störung der Harmonie empfunden, weshalb christliche Konvertiten auch von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt nur sehr wenige ausländische Christen. Ihnen ist es nicht möglich, sich den Hauskirchen anzuschließen.

Christen aus traditionellen Kirchen

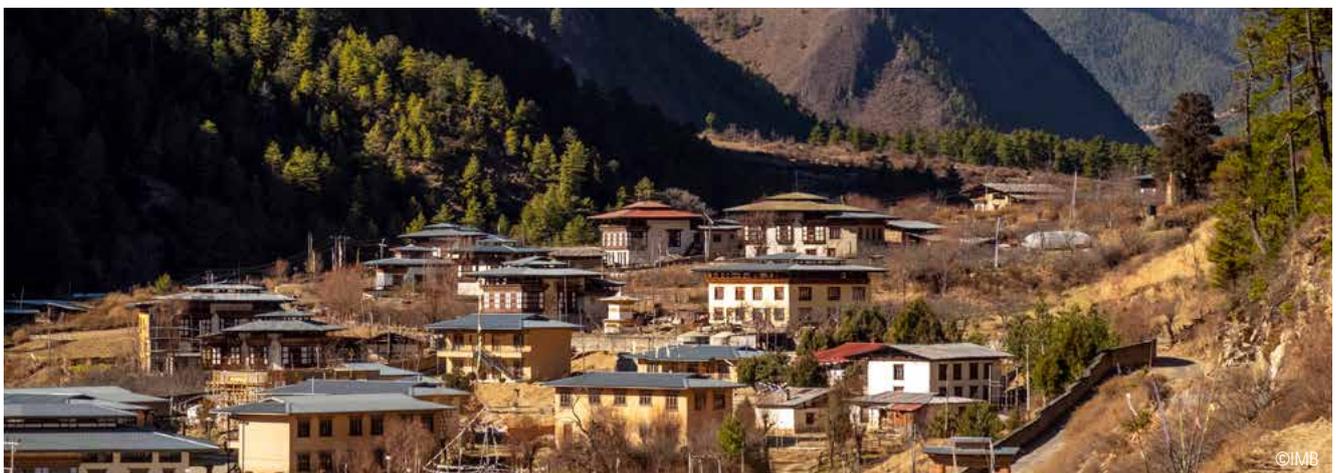
Die wenigen römisch-katholischen Christen werden zwar toleriert. Als Kirche sind sie jedoch nicht offiziell anerkannt und werden diskriminiert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen, die zuvor dem Buddhismus, dem Hinduismus oder einer Stammesreligion angehörten, erleben Diskriminierung sowie starken Druck vonseiten ihrer Familie und ihres sozialen Umfelds, zu ihrem jeweiligen alten Glauben zurückzukehren.

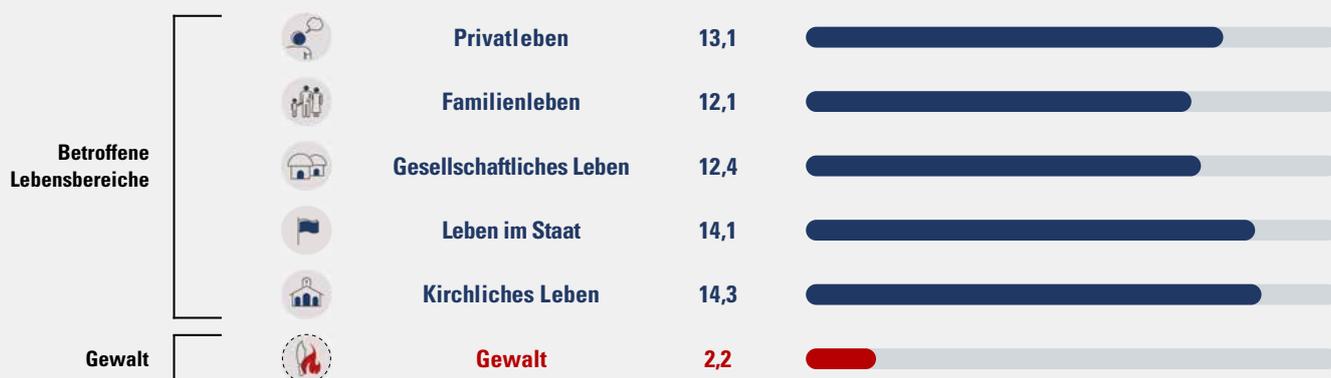
Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu gehören evangelikale und pfingstkirchliche Christen. Sie werden von den Behörden streng überwacht, gelegentlich kommt es zu Razzien und Verhaftungen.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Jeder Glaubenswechsel wird von der Familie, dem sozialen Umfeld, den religiösen Autoritäten und dem Staat strikt abgelehnt. Schon das Verteilen eines einfachen Traktats kann Grund für eine Verhaftung sein. Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches besagt, dass ein Glaubenswechsel durch »Zwang« oder »andere Anreize« eine strafbare Handlung darstellt. Die Begriffe sind nicht klar definiert, was es Behörden und religiösen Anführern erleichtert, sie als Anti-Konversions-Gesetzgebung zu verwenden. Konvertiten verstecken in der Regel ihren Glauben und treffen sich unauffällig mit anderen Christen. Christen und sogar christliche Gemeinden vermeiden es, christliche Symbole öffentlich zu zeigen, da dies eine negative Reaktion von Nationalisten und extremistischen Buddhisten hervorrufen könnte.

Familienleben

Kinder von Christen werden von Lehrern und Mitschülern unter Druck gesetzt und diskriminiert. Sie müssen sich mit dem Buddhismus beschäftigen und an Ritualen und Gebeten teilnehmen, einschließlich der Verneigung vor Schreinen. Christliche Beerdigungen werden häufig von nicht christlichen Familienmitgliedern, der Gesellschaft und den Behörden behindert. Wegen des starken Widerstands müssen verstorbene Christen oft im benachbarten Indien beerdigt werden. Taufen gelten als ultimativer Beweis eines Glaubenswechsels durch »Anreize«, weshalb sie nur im Geheimen stattfinden. Ein Forscher von Open Doors erklärt: »Christen erleben Schwierigkeiten bei den Meldebehörden; Regierungsbeamte versichern ihnen zwar immer wieder, dass sie einen Personalausweis erhalten werden, aber auch nach mehreren Besuchen haben sie noch keinen erhalten.«

Gesellschaftliches Leben

Besonders in den Dörfern wird von Christen erwartet, dass sie an den buddhistischen Aktivitäten teilnehmen, andernfalls werden sie schikaniert. Von ihren örtlichen Gemeinschaften werden Christen überwacht und den Behörden gemeldet. Diese Überwachung betrifft unter anderem auch Telefonanrufe und die Nutzung der sozialen Medien. Wenn ein Christ auf der Grundlage des Anti-Bekehrungs-Gesetzes beschuldigt wird, wird er auf die Polizeiwache vorgeladen und verhört. Christen werden bei Stellenausschreibungen und Subventionsprogrammen der Regierung benachteiligt; sie können auch entlassen werden, wenn ihr christlicher Glaube in der Öffentlichkeit bekannt wird. Daher verbergen Christen meist ihren Glauben.

Leben im Staat

Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als »spirituelles Erbe« der Nation. Obwohl die Verfassung das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit erwähnt, heißt es im Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches: »Ein Angeklagter macht sich der Straftat schuldig, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, wenn der Angeklagte Zwang oder andere Anreize anwendet, um die Konversion einer Person von einer Religion oder einem Glauben zu einer/einem anderen zu bewirken.« Dies kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Das »Amt für religiöse Organisation« – die staatliche Behörde, die für die Registrierung religiöser Organisationen zuständig ist – hat bisher keine einzige christliche zivilgesellschaftliche Organisation oder politische Partei anerkannt.

Kirchliches Leben

Das Thema Registrierung bleibt für Kirchen das größte Problem, denn ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Regierung, Christen dürften sich treffen, doch ihre Versammlungen werden zum Teil von Dorfbewohnern gestört oder ihre Rechtmäßigkeit wird auf lokaler Ebene infrage gestellt. Christliche Gruppen, die sich beim Amt für religiöse Organisation registrieren lassen wollen, bekommen keine Antwort. Bibeln und anderes christliches Material können nicht in Bhutan produziert werden. Der Import ist nicht erlaubt, außer er geschieht in kleinen Mengen und nur für den privaten Gebrauch.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	36	68
2023	40	66
2022	34	67
2021	43	64
2020	45	61

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Verfolgungssituation in Bhutan hat sich im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2024 nicht sehr verändert; die Gesamtwertung ist um 1,9 Punkte gestiegen. Es wurden mehr Gewalttaten gemeldet, aber die Gewalt hat immer noch ein vergleichsweise niedriges Ausmaß, obwohl sich der Wert verdoppelt hat. Am stärksten hat der Druck im Bereich gesellschaftliches Leben zugenommen, aber neben dem Druck auf einzelne Christen ist auch der Druck auf die Kirchen weiterhin hoch. Christliche Konvertiten erfahren aufgrund ihres Glaubenswechsels weiterhin Schwierigkeiten. Sie sind in der Gesellschaft nicht anerkannt; daher werden sie oft von ihren Mitbürgern gemieden und die Behörden verweigern ihnen offizielle Dokumente. Kinder von Christen werden in der Schule oft diskriminiert. Christliche Kirchen werden schikaniert und haben Schwierigkeiten, sich zu versammeln, vor allem nachdem ein Schreiben der

Abteilung für Recht und Ordnung des Innenministeriums vom April 2023 die Bezirksregierungsstellen von Dzongkhag und Thromde aufgefordert hatte, keine religiösen Versammlungen ohne Genehmigung zuzulassen, ebenso wenig wie Programme, die nicht mit den kulturellen, traditionellen und sozialen Werten Bhutans übereinstimmen.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Bhutan ist traditionell eine matriarchalische Gesellschaft, das heißt, Frauen werden seit jeher eher begünstigt. Doch die begrenzte politische Repräsentation von Frauen und die hohe Rate an Kinderehen schaffen ein Umfeld voller Widersprüche und setzen Frauen unter erheblichen familiären Druck. Frauen, die vom Buddhismus zum christlichen Glauben konvertieren, sind am stärksten von Verfolgung bedroht, in der Regel durch Enteignung oder Scheidung. Christinnen, die mit Nichtchristen verheiratet sind, werden unter Druck gesetzt, trotz häuslicher Gewalt bei ihren Ehemännern zu bleiben. Für alleinstehende christliche Konvertitinnen ist die Zwangsheirat genauso eine reale Bedrohung wie die Enteignung und der Zwang, das Elternhaus zu verlassen.

Männer: Die matriarchalischen Traditionen und Normen des Landes haben zur Folge, dass das Erbe und der Landbesitz bevorzugt an die weibliche Linie weitergegeben werden, wenngleich dies nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Männer, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, werden unter Umständen von ihrer Familie verstoßen, aus ihrem Haus vertrieben und verlieren ihr Erbe. Darüber hinaus können sie von Gleichaltrigen und ihrem sozialen Umfeld generell abgelehnt werden, was das Gefühl der Isolation noch verstärkt. Außerdem erfahren Männer auch Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder von der traditionellen (kooperativen) Landwirtschaft ausgeschlossen werden, ist davon die ganze Familie betroffen, da Männer üblicherweise die Hauptverdiener sind.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2022 heißt es zu Bhutan: »Der hinduistische Devi-Panchayan-Tempel in Thimphu, der von der Regierung finanziert, vom König genehmigt und 2019 geweiht wurde, wurde am 23. September (2022) feierlich eröffnet. [...] Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Minority Rights Group International gaben die Behörden buddhistischen Tempeln bei der Erteilung von Genehmigungen den Vorrang vor Hindu-Tempeln.« Die Lhotshampa, die in Bhutan leben, aber nepalesischer Abstammung sind, sind eine überwiegend hinduistische Gruppe, die vor allem im südlichen Tiefland des Landes ansässig ist. Sie machen schätzungsweise 33 % der Bevölkerung Bhutans aus. Sie waren in den letzten Jahrzehnten Opfer schwerer Diskriminierung und Verfolgung durch den Staat, aber nicht nur durch Bhutan allein, sondern auch durch Nepal.

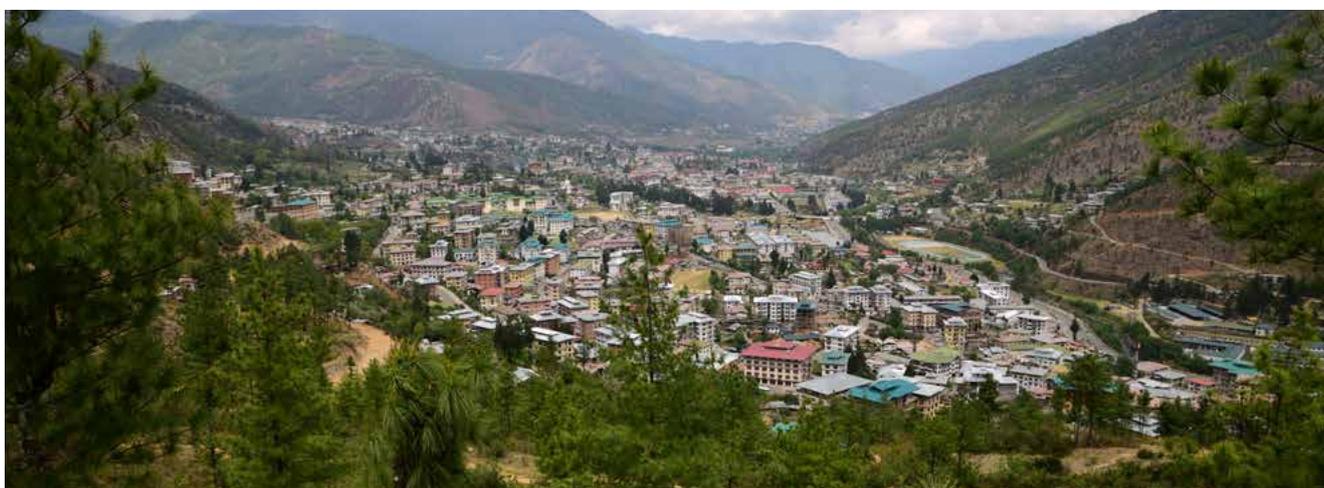
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Bhutan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Bhutan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit nicht-christlichen Männern zwangsverheiratet zu werden (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
37

LÄNDERPROFIL

Mexiko



Platz 37 / 68 Punkte (2023: Platz 38 / 67 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die verstärkte Präsenz krimineller Gruppen und ihr Kampf um territoriale Kontrolle bedeuten, dass Christen und Gemeindeleiter, die in den umkämpften Gebieten leben, ständig der Gefahr gezielter Übergriffe ausgesetzt sind. Dies geschieht immer dann, wenn Christen als Bedrohung für kriminelle Machenschaften wahrgenommen werden oder sie auf die Forderungen der kriminellen Gruppen nicht eingehen. In indigenen Gemeinschaften werden häufig synkretistische Bräuche praktiziert, die mit dem Katholizismus in Verbindung stehen. Diejenigen, die sich von diesen Praktiken abwenden, werden mit Ablehnung und Strafen wie Geldstrafen, Inhaftierung, eingeschränktem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Zwangsumsiedlung konfrontiert. Dies geschieht ohne ordnungsgemäße Ermittlungen und ohne Beistand durch die staatlichen Behörden. Die allgemeine gesellschaftliche Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben und christlichen Überzeugungen nimmt weiter zu. Sie richtet sich insbesondere gegen Christen, die sich auf der Grundlage ihres Glaubens zu Themen wie Ehe, Familie und Schutz des Lebens äußern. Öffentliche Äußerungen des christlichen Glaubens unterliegen einer strengen rechtlichen Kontrolle.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Andrés Manuel López Obrador

BEVÖLKERUNG

132.834.000

CHRISTEN

126.876.000 / 95,5 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Föderale Präsidentialrepublik



Hintergrund

Präsident Andrés Manuel López Obrador (im Folgenden AMLO abgekürzt) ist seit 2018 im Amt. Trotz seiner Versprechen, Korruption und Gewalt zu bekämpfen, leidet das Land weiterhin unter Gewalt und Unsicherheit. Darüber hinaus wurden Anschuldigungen gegen die Polizei, die Nationalgarde und sogar die Regierung erhoben; darin geht es um Absprachen mit Drogenbossen, Amtsmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen. Einige Bereiche der Zivilgesellschaft stufen die von AMLO (im Rahmen seines politischen Plans »Vierte Transformation«) ergriffenen politischen Maßnahmen als Diktatur ein. Diese Einstufung ist darin begründet, dass AMLO versucht, die Autonomie unabhängiger Behörden, die die Macht des Präsidenten kontrollieren sollen, zu beenden und die Macht in der Exekutive zu konzentrieren.

Mexiko hat keine Staatsreligion, und an staatlichen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht. Dies geht auf die Verfassung von 1857 zurück, in der die offizielle Trennung von Staat und Kirche festgeschrieben wurde. Nach dem Gesetz zur Regelung religiöser Organisationen ist es Kirchenvertretern nicht gestattet, öffentlich politische Meinungen zu äußern oder öffentliche Ämter zu bekleiden. Im Gegenzug dürfen staatlichen Behörden sich nicht in interne Angelegenheiten religiöser Vereinigungen einmischen. Die Intoleranz gegenüber Christen, die ihre auf ihrem Glauben beruhenden Ansichten verteidigen, hat zugenommen. Die Ursache dafür ist häufig eine falsche Auslegung der Trennung von Kirche und Staat.

Die Volks- und Wohnungszählung 2020 ergab, dass indigene Haushalte 11.800.247 Menschen umfassen; allerdings muss man beachten, dass es aufgrund von Covid-19 Schwierigkeiten bei der Erfassung gab. In einigen dieser indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie nicht den religiösen Praktiken und Bräuchen ihres Stammes folgen. Da die Anführer der indigenen Gruppen diejenigen sind, die in ihren jeweiligen Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit der indigenen Bevölkerung von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht garantiert.

Die größte christliche Konfession in Mexiko ist die römisch-katholische Kirche, auf die nach Schätzungen der World Christian Database (WCD) 2023 92,8 % aller Christen entfallen. Die protestantischen Kirchen gewinnen allerdings an Mitgliedern und Sichtbarkeit, insbesondere in ländlichen Gebieten. Auch Pfingstkirchen gewinnen immer mehr an Einfluss, vor allem im politischen Kontext.

Aufgrund der zunehmenden Gewalt gegen Kirchenleiter und ihre Aktivitäten (sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten) haben insbesondere katholische Leiter begonnen, auf die Gefahren hinzuweisen, denen sie ausgesetzt sind. Sie fordern von der Regierung die Einführung einer wirksameren Sicherheitsstrategie. Daraufhin wurden sie von AMLO scharf kritisiert und unter anderem als »Heuchler« bezeichnet.

Ebenso werden christliche Menschenrechtsaktivisten und Konfliktvermittler von den staatlichen Behörden als Kriminelle behandelt, wenn sie sich weigern, Vereinbarungen zu akzeptieren, die mit Aspekten von Korruption einhergehen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	126.876.000	95,5
Muslime	138.000	0,1
Hindus	12.500	< 0,1
Buddhisten	31.700	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.407.000	1,1
Juden	40.000	< 0,1
Bahai	47.600	< 0,1
Atheisten	157.000	0,1
Agnostiker	4.085.000	3,1
Andere	39.900	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Hauptgebiete für organisiertes Verbrechen und Korruption: Kriminelle Netzwerke haben sich über das gesamte mexikanische Staatsgebiet ausgebreitet und beschränken sich nicht mehr auf die sogenannten »Narco-Staaten«.



Nationalen Medien zufolge gibt es 159 kriminelle Gruppen, die im ganzen Land aktiv sind. Dem US-amerikanischen Congressional Research Service zufolge ist in jedem Bundesstaat mindestens ein Kartell aktiv.

Hauptgebiete für Unterdrückung durch den Stamm: Die Verletzung der Rechte von Christen innerhalb indigener Gemeinschaften findet vor allem im Süden Mexikos statt, d. h. in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Jalisco, Nayarit, Oaxaca, Puebla, Yucatán und Zacatecas.

Hauptgebiete für säkulare Intoleranz: Christen im ganzen Land sind von nationalen Gesetzen betroffen, die eine radikale Auffassung der Trennung von Kirche und Staat und der Nichtdiskriminierung unterstützen. Vandalismus an Kirchengebäuden und Intoleranz gegenüber Christen, die in strittigen Fragen christliche Ansichten vertreten, sind jedoch besonders in Bundesstaaten wie Colima, Jalisco, Guanajuato, Morelos, Mexiko-Stadt, México, Oaxaca und Veracruz anzutreffen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2022 von Transparency International ist Mexiko auf Platz 126 von 180 Ländern eingestuft. Das hohe Maß an Straflosigkeit und Korruption hat Beobachter dazu veranlasst, Mexiko als »Narco-Staat« zu bezeichnen. Christen, die Informationen über illegale Aktivitäten an die Behörden weitergeben, über Sünde und soziale Gerechtigkeit predigen und/oder als Verteidiger von Menschenrechten auftreten, werden von kriminellen Gruppen als Bedrohung ihrer Interessen angesehen. Sie können schnell zur Zielscheibe von Repressalien, Angriffen, Überwachung, Erpressung, Einbrüchen und Raubüberfällen auf ihre Gotteshäuser und Wohnungen, Todesdrohungen, Entführungsversuchen und sogar Morden werden. Bei ihrem Vorgehen gegen Leiter von Kirchen und Gemeinden zeigen kriminelle Gruppen ein steigendes Maß an Grausamkeit.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Staat interveniert unter indigenen Gemeinschaften nur minimal, da er ihnen das Recht auf Autonomie zugesteht. In solchen Gemeinschaften versuchen die Stammesführer, einen Lebensstil durchzusetzen, der durch animistische oder synkretistische Bräuche geregelt wird. Wenn Christen indigener Herkunft solche Bräuche ablehnen, werden sie von

der Gemeinschaft unter Druck gesetzt. Dies kann bedeuten, dass sie zwangsumgesiedelt, mit Geldstrafen belegt, isoliert, inhaftiert, geschlagen oder von grundlegenden Dienstleistungen der Gemeinschaft ausgeschlossen werden oder dass ihr Eigentum zerstört wird. Über die Comisión Nacional de los Derechos Humanos, die Nationale Menschenrechtsinstitution Mexikos, wurden Maßnahmen ergriffen, um die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Sicherheit von Christen indigener Herkunft zu gewährleisten. Trotzdem wird den zuvor beschriebenen Angriffen auf Christen nicht immer ausreichend nachgegangen.

Säkulare Intoleranz

Ideologische Interessengruppen sowie einige Regierungsbehörden versuchen, eine säkularistische Agenda zu fördern. Sie zielt darauf ab, die Beteiligung von Christen am öffentlichen Leben einzuschränken, insbesondere wenn sie öffentliche Ämter bekleiden. Christen erleben zunehmend gesellschaftliche Intoleranz, wenn sie ihre auf dem christlichen Glauben basierenden Ansichten zum Ausdruck bringen – auch am Arbeitsplatz oder in der Schule. Vandalismus an kirchlichem Eigentum nimmt zu, doch die Behörden führen nur selten gründliche Untersuchungen durch, da sie diese Vorfälle nicht als »echtes Problem« betrachten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierzu gehört vor allem die römisch-katholische Kirche, aber es gibt auch kleine orthodoxe, presbyterianische und anglikanische Gemeinschaften in Mexiko. Christen aus der römisch-katholischen Kirche sind von den Aktivitäten

krimineller Banden und der Korruption lokaler Behörden besonders betroffen; dabei kann es auch zu Gewalt gegen Gemeindeleiter kommen. Einigen traditionellen Kirchen steht es nicht frei, ihren Glauben mit Mitgliedern indigener Gemeinschaften zu teilen, die animistische und synkretistische Bräuche praktizieren. Christen aus traditionellen Kirchen haben mit der zunehmenden säkularen Intoleranz zu kämpfen. So versuchen ideologische Interessengruppen zu verhindern, dass auf dem christlichen Glauben basierende Meinungen in der Öffentlichkeit gehört werden; dabei kommt es auch zu Akten von Vandalismus an Kirchen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu den christlichen Konvertiten zählen in Mexiko Christen, die von traditionellen Kirchen zu anderen Denominationen übergetreten sind, Christen mit einem kriminellen (Banden-)Hintergrund sowie Christen indigener Herkunft, die die religiösen Praktiken ihrer Gemeinschaft aufgegeben haben. Die religiösen Praktiken indigener Gemeinschaften können auf dem Ahnenkult und Animismus beruhen oder synkretistisch sein (meist mit dem römisch-katholischen Glauben verbunden). Indigene Konvertiten stehen oft unter erheblichem Druck, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ihnen drohen Gewalt, Verhaftung und sogar Ausschluss aus der Gemeinschaft.

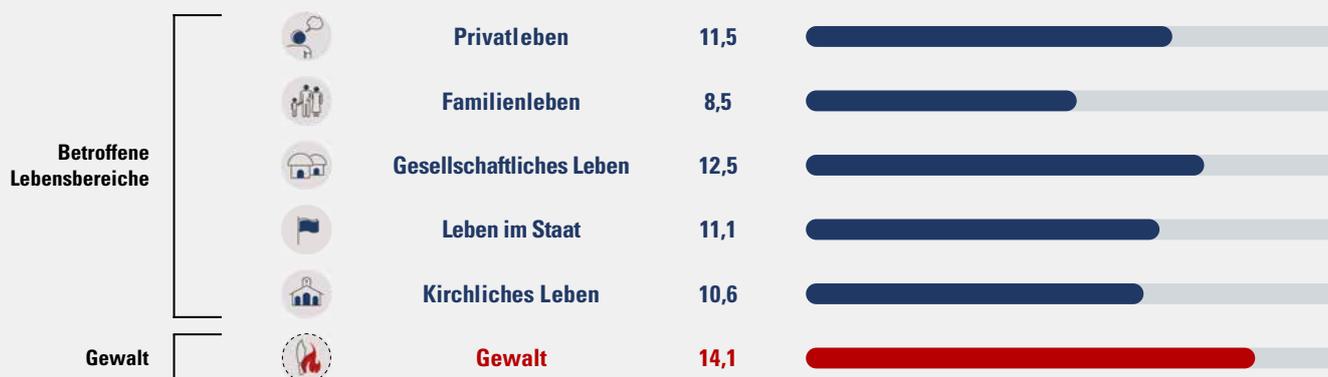
Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus evangelikalen Gemeinden, Pfingstgemeinden und der Erneuerungsbewegung leiden unter Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedern indigener Gemeinschaften, die keine anderen religiösen Gruppen in ihrer Gemeinschaft akzeptieren. In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, laufen Christen aus diesen Gemeinden außerdem Gefahr, wegen ihrer aktiven Weitergabe des Evangeliums unter Druck gesetzt oder angegriffen zu werden. Außerdem werden sie kritisiert und bedroht, wenn sie ihre religiösen Ansichten in der Öffentlichkeit vertreten.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Seit der Covid-19-Pandemie spielen Online-Plattformen eine wichtigere Rolle als je zuvor. Für kriminelle Gruppen wurde es dadurch einfacher, Christen ins Visier zu nehmen, die sich auf diesem Weg gegen Gewalt und illegale Aktivitäten aussprechen. Christen, die in den sozialen Medien christlich begründete Ansichten zu Themen wie Familie, Ehe und der Unantastbarkeit des Lebens vertraten, wurden kritisiert, verspottet und angegriffen. In einigen indigenen Gemeinschaften nahm die Überwachung von Christen in ihren Reihen nach der Pandemie stark zu. Wenn christliche Symbole gefunden wurden, wurden sie in den meisten Fällen zerstört und ihre Eigentümer bestraft. Christliche Konvertiten aus kriminellen Gruppen oder mit indigenem Hintergrund laufen Gefahr, von ihren Familienangehörigen denunziert und mit Repressalien belegt zu werden.

Familienleben

Auch Kinder Indigener geraten unter Druck wenn ihre Eltern den christlichen Glauben angenommen und den traditionellen Glauben der Gemeinschaft aufgegeben haben. Ihnen wird gedroht, sie von ihren Eltern zu trennen, oder sie werden daran gehindert, von den eigenen Eltern unterrichtet zu werden. Auch das organisierte Verbrechen ist eine Ursache für die Trennung von Familien: Die Gefahr von Angriffen kann so groß sein, dass einige christliche Familienmitglieder gezwungen sind, sich einen anderen, sichereren Ort zum Leben zu suchen. Die Rekrutierung von Kindern durch kriminelle Gruppen ist sprunghaft angestiegen. Die Kinder werden benutzt, um Drogen in Lebensmit-

teln und Medizin zu schmuggeln und in den sogenannten Selbstverteidigungsgruppen zu kämpfen. Zwangsvertreibung aus ihren indigenen Gemeinschaften ist eine weitere häufige Gefahr für Christen indigener Herkunft. Christliche Eltern haben zudem Schwierigkeiten, ihre Kinder gemäß ihrem religiösen Glauben zu erziehen, und zwar aufgrund verbindlicher Inhalte im schulischen Lehrplan und einiger gesetzlicher Vorschriften.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl in indigenen Gemeinschaften als auch in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, genau überwacht. Innerhalb indigener





Gemeinschaften sind Christen Schikanen, Geldstrafen, Drohungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die dem christlichen Glauben widersprechen. Kriminelle Gruppen erpressen Schutzgeld von Gemeindeführern und anderen Christen, damit diese ihre Aktivitäten ungestört ausführen können. Am Arbeitsplatz sehen sich Christen aufgrund der »Nichtdiskriminierungspolitik« in manchen Situationen Druck ausgesetzt, bestimmte Forderungen zu befolgen und an Aktivitäten teilzunehmen, die gegen ihr Gewissen verstoßen.

Leben im Staat

Artikel 24 der Verfassung gewährt Religions- und Weltanschauungsfreiheit, schränkt aber auch die Äußerung und Lehre des eigenen Glaubens ein. Auch die Möglichkeit, sich in einem politischen Kontext klar zu seinem Glauben zu bekennen, unterliegt Einschränkungen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird durch Gesetze und Gerichte eingeschränkt. Staatlichen Behörden erlauben kriminellen Gruppen im Zusammenhang mit der tiefver-

wurzelten Korruption, Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern. Dies trifft besonders Organisationen, die mit Jugendlichen oder Migranten arbeiten und Programme zur Drogen- und Kriminalitätsprävention anbieten. Weil sich indigene Gemeinschaften autonom verwalten dürfen, werden religiöse Konflikte, die Christen indigener Herkunft betreffen, in den meisten Fällen nach den Bräuchen des Stammes geregelt. Die gesetzlichen Vorgaben für Nichtdiskriminierung und strikten Säkularismus werden häufig dazu benutzt, ein Klima der Selbstzensur gegen Christen zu fördern, wenn diese ihre auf dem Glauben basierenden Ansichten im öffentlichen Raum zum Ausdruck bringen wollen.

Kirchliches Leben

In indigenen Gemeinschaften werden besonders diejenigen Christen indigener Herkunft schikaniert, die als christliche Leiter betrachtet werden. Auch ihre Familien erfahren Schikane. Diejenigen, die ihre Stimme gegen ihre Verfolger erheben, erfahren Feindseligkeiten, werden bedroht, zwangsvertrieben oder verhaftet. In Gebieten, in denen das organisierte Verbrechen dominiert, reagieren kriminelle Gruppen oft mit gewaltsamer Vergeltung, wenn Christen sie anzeigen. Gemeindeführer und ihre Familien werden häufiger als andere Opfer von Schutzgelderpressung, insbesondere wenn sie in der Seelsorge tätig sind. Christliche Predigten und Lehren werden von Lobbygruppen genauestens beobachtet. Diese Gruppen, die teilweise von Regierungsbeamten unterstützt werden, stempeln religiöse Leiter als »hasserfüllt«, »diskriminierend« oder respektlos gegenüber dem Säkularismus ab.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Januar 2023: Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte hat besondere Sicherheitsmaßnahmen für elf Mitglieder der Jesuitengemeinschaft von Cerocahui (Bundesstaat Chihuahua) gefordert. Die betroffenen Christen waren von kriminellen Gruppen angegriffen und bedroht worden, so dass sie ihre pastorale Arbeit nicht mehr ausüben konnten. Zwei Jesuitenpfarrer in Cerocahui waren im Juni 2022 ermordet worden.
- Januar 2023: María Concepción Hernández Hernández, eine Christin und Mitglied der Iglesia Bautista Gran Comisión, wurde von den Anführern ihres Dorfes Rancho Nuevo (Bundesstaat Hidalgo) an einen Baum gebunden und schwer geschlagen. Sie wurde angegriffen, nachdem sie eines ihrer Grundstücke aufgesucht

hatte, um der Bitte eines Nachbarn nachzukommen, dort zwei Bäume zu entfernen. Seit 2015 haben die örtlichen Behörden den Angehörigen der religiösen Minderheit den Zugang zu ihrem Land und dessen Nutzung für landwirtschaftlichen Anbau untersagt.

- August 2023: Miguel Montoya Moreno, Vikar für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese San Cristóbal De Las Casas (Bundesstaat Chiapas), prangerte öffentlich die zunehmenden Drohungen gegenüber Pfarrern an, die sich zu schwerer Gewalt äußern. Die Drohungen gingen sowohl von kriminellen Gruppen als auch von Regierungsvertretern aus. Moreno rief dazu auf, die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern zu beenden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	37	68
2023	38	67
2022	43	65
2021	37	64
2020	52	60

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2023 ist die Wertung von Mexiko insgesamt um 1,7 Punkte gestiegen. Der Wert für Gewalt ist weiterhin extrem hoch und hat sich sogar leicht erhöht. Aber der Punkteinstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich der Druck im Privatleben aufgrund neuer Berichte über betroffene indigene Christen merklich erhöht hat. Die größte Bedrohung für die Kirche geht weiterhin von kriminellen Gruppen aus, die weite Teile des Staatsgebiets kontrollieren. Sie betrachten Christen, die sich aufgrund ihres Glaubens in der Gesellschaft, für Frieden und Menschenrechte engagieren, als potenzielles Risiko für ihre illegalen Aktivitäten.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die anhaltende organisierte Gewalt bringt unter anderem Femizide, zunehmende häusliche Gewalt und Menschenhandel mit sich. Die kriminellen Gruppen haben die Covid-19-Pandemie ausgenutzt, um ihre Aktivitäten zunehmend ungestraft auszuweiten. Mädchen können unter dem Deckmantel der Mitgift verkauft werden, und sie sind ein leichtes Ziel für Entführungen und sexuelle Sklaverei durch bewaffnete Gruppen. Christliche Mädchen werden aufgrund ihrer vermeintlichen Gefügigkeit zur Zielscheibe. Sie können gezwungen werden, Beziehungen zu Mitgliedern krimineller Gruppen zu unterhalten. In indigenen Gemeinschaften ist Zwangsheirat ebenso üblich wie körperliche und verbale Misshandlung von christlichen Konvertitinnen.



Männer: Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalt und organisierter Verbrechen stehen junge Männer und Jungen in der Gefahr, getötet zu werden. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, besteht die Gefahr der Indoktrination und Zwangsrekrutierung; wer Widerstand leistet, wird bedroht, entführt und getötet. Männer sind als Familien- und Kirchenoberhäupter starkem Druck und Gewalt ausgesetzt, da Pastoren und Gemeindeleiter am häufigsten Opfer von Geldstrafen und Erpressung werden. Sie werden ins Visier genommen wegen ihrer gemeinnützigen Arbeit und weil sie sich gegen illegale Aktivitäten aussprechen. Christliche Konvertiten mit indigenem Hintergrund sind Schlägen, Schikanen und Ablehnung durch die Gemeinschaft ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit (erstellt im Auftrag des US-Außenministeriums) für 2022 heißt es: »Der Nationale Rat zur Verhinderung von Diskriminierung (CONAPRED) der mexikanischen Regierung hat auch im Jahr 2022 religiöse Diskriminierung gegen Mitglieder von LLDM [Kirche »La Luz del Mundo«] dokumentiert.« Das schließt auch verbale Belästigung ein. Es habe auch Berichte über Diskriminierung von Juden und über antisemitische Inhalte im Internet gegeben.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mexiko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mexiko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus indigenen Gemeinschaften werden von ihrer Familie und Gemeinschaft unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder aus indigenen Gemeinschaften werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen aus indigenen Gemeinschaften sind der Gefahr einer Zwangsheirat ausgesetzt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
38

LÄNDERPROFIL

Ägypten



Platz 38 / 68 Punkte (2023: Platz 35 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die meisten Verstöße gegen die Religionsfreiheit finden auf sozialer und gesellschaftlicher Ebene statt. Beispielsweise werden Christinnen auf offener Straße belästigt oder Christen werden zum Wegzug gezwungen, weil aufgebrauchte Menschenmengen ihnen angebliche Blasphemie vorwerfen. Diese Vorfälle ereignen sich vor allem in den ländlichen Gebieten Oberägyptens und in bestimmten städtischen Gebieten, in denen salafistische Gruppen aktiv sind. Präsident Abd al-Fattah al-Sisi äußert sich positiv über die traditionsreiche christliche Gemeinschaft in Ägypten. Trotzdem sind Christen schutzlos und werden immer wieder Opfer von Anschlägen und Übergriffen, weil die Strafverfolgung unzureichend bleibt und Sicherheitsbehörden bei manchen Angriffen auch Mittäter sind.

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen seitens ihrer Familien unter enormem Druck, zum Islam zurückzukehren. Der Großimam der ägyptischen Azhar-Universität, einer der einflussreichsten islamischen Universitäten der Welt, erklärte, dass Muslime nicht den christlichen Glauben annehmen dürften. Der Staat macht es außerdem unmöglich, einen Glaubenswechsel offiziell anerkennen zu lassen, und die Sicherheitsbehörden nehmen regelmäßig christliche Konvertiten muslimischer Herkunft fest.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Abd al-Fattah al-Sisi

BEVÖLKERUNG

108.032.000

CHRISTEN

9.797.000 / 9,1 %

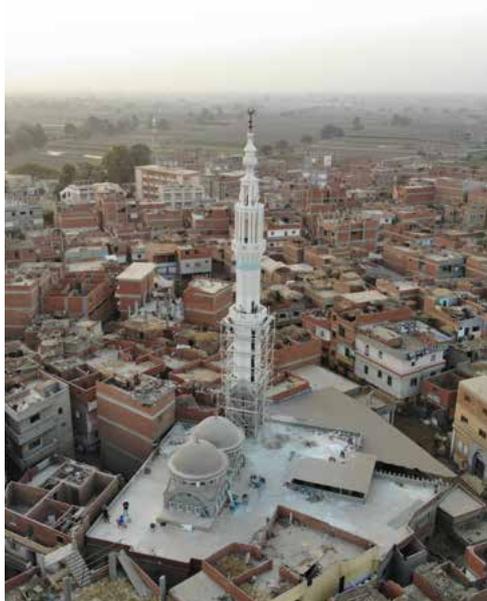
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Obwohl Ägypten formal eine Demokratie ist, sind in der Praxis die Befugnisse des Parlaments seit jeher schwach und de facto regiert der Präsident allein. Die Unabhängigkeit der Justiz ist begrenzt. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Regierung Gerichtsurteile einfach ignoriert. Mit der Vereidigung von Präsident al-Sisi im Jahr 2014 hat sich die politische Lage in Ägypten stabilisiert, aber die Situation der Menschenrechte befindet sich in einer Krise. Al-Sisi geht hart gegen oppositionelle Gruppen vor: Tausende seiner Kritiker wurden verhaftet, gefoltert, entführt und vor Militärgerichte gestellt. Im Jahr 2018 genehmigte der Präsident das »Gesetz zur Bekämpfung von Cyber- und Informationstechnologiedelikten«, das angeblich Extremismus und Terrorismus bekämpfen soll. In Wirklichkeit aber gibt dieses Gesetz den Behörden die Befugnis, Inhalte zu blockieren. Die sozialen Medien werden überwacht, Kritik an der Regierung oder am Islam wird nicht geduldet.

Ägypten ist kulturell konservativ geprägt. Das Land strebt danach, ein bedeutendes Zentrum des sunnitischen Islam zu sein. Vor allem in ländlichen und verarmten Gebieten, in denen viele Christen leben, haben extremistische Imame großen Einfluss. Im ganzen Land ist die Kluft zwischen Christen und Muslimen groß. Die Diskriminierung von Christen in der Arbeitswelt ist nach wie vor offensichtlich, insbesondere in staatlichen Einrichtungen. Läden und Geschäfte von Christen werden mitunter boykottiert. Christen sind Angriffen von wütenden Menschenmengen ausgesetzt, die sich durch Gerüchte über angebliche Blasphemie oder die Eröffnung einer neuen Kirche aufwiegeln lassen. In der Regel nutzen die lokalen Behörden sogenannte »Schlichtungstreffen«, um einen Konflikt zu lösen. Dies führt häufig dazu, dass muslimische Angreifer unbestraft bleiben und eine Kultur der Straffreiheit für Gewalt gegenüber Christen entsteht.

Nach Angaben der World Christian Database sind 90 Prozent der Ägypter Muslime, die meisten von ihnen Sunniten. Christen sind vor allem in Oberägypten und in den großen Städten zu finden. Mehr als 90 Prozent von ihnen gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an.

Laut der christlichen Hilfsorganisation »Middle East Concern« legt »Ägyptens Verfassung von 2014 [...] den Islam als Staatsreligion fest, und die Grundsätze des islamischen Rechts werden als die Hauptquelle der Gesetzgebung etabliert. [...] Die Verfassung besagt, dass die Religionsfreiheit uneingeschränkt gilt, und sie garantiert die freie Religionsausübung, sofern sie mit den Vorschriften übereinstimmt und durch Anhänger der abrahamitischen Religionen (das heißt des Judentums, Islam oder christlichen Glaubens) vollzogen wird. Obwohl ein Glaubenswechsel in der kodifizierten Rechtsordnung nicht verboten ist, bleibt in der Praxis die Abkehr vom Islam nicht erlaubt.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,8
Muslime	19.672.000	95,3
Hindus	1.900	< 0,1
Juden	100	< 0,1
Bahai	420	< 0,1
Atheisten	15.300	0,1
Agnostiker	369.000	1,8
Andere	100	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Oberägypten, der südliche Teil des Landes, ist dafür bekannt, islamisch konservativer und extremistischer zu sein als der Norden. In dieser Region ereignen sich die meisten Vorfälle und Angriffe von aufgebrachten Menschenmengen gegen Christen; im Gouvernement al-Minya in Oberägypten wird die höchste Zahl solcher Angriffe pro Einwohner verübt. Angriffe durch extremistische Muslime geschehen insbesondere in den Dörfern und Städten des Nildeltas im Norden. Islamisch-extremistische Gruppen wie die Muslimbruderschaft haben Unterstützer im ganzen Land. Dagegen sind gewalttätige islamistische Milizen nur im Nordosten der Sinai-Halbinsel sichtbar aktiv. Präsident al-Sisi behauptete Nachrichtenberichten zufolge indes

Ende Februar 2023, dass der Terrorismus in der Sinai-Region besiegt worden sei.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christen fühlen sich oft als Bürger zweiter Klasse. Im Umgang mit staatlichen Behörden werden sie diskriminiert; der Staat ist nicht bereit, die Grundrechte der Christen anzuerkennen und durchzusetzen. In der Vergangenheit gab es mehrere große Angriffe und Anschläge islamistischer Milizen, die auf Christen abzielten. Solche großen Anschläge (z. B. auf Kirchen) wurden in den vergangenen fünf Jahren zwar nicht mehr verübt, stattdessen wurden einzelne Christen von islamischen Extremisten ins Visier genommen, angegriffen und getötet.

Diktatorische Paranoia

Ägypten hat eine lange Tradition autoritärer Herrschaft. Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter der Führung des früheren Generals Abd al-Fattah al-Sisi regiert. Angesichts der enormen aktuellen wirtschaftlichen, politischen, sicherheitstechnischen und sozialen Herausforderungen scheint diese Regierung den grundlegenden Menschenrechten und dem demokratischen Pluralismus nur geringe Priorität einzuräumen. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

90 Prozent der Christen in Ägypten gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an. Außerdem gibt es auch traditionelle protestantische und katholische Kirchen und Gemeinden. Entgegen des offiziell im Land vermittelten Bildes werden koptische Christen im Bildungswesen und durch staatliche Gesetze in wesentlichen Aspekten ihres kirchlichen Lebens einschränkt. Im Allgemeinen werden koptische Christen aber vom Staat und von der muslimischen Mehrheit toleriert, weil sie auf eine beträchtliche Größe von mehreren Millionen Menschen und auf eine historische Präsenz verweisen können. Christen aus anderen traditionellen Kirchen werden regelmäßig von den umliegenden Nachbarschaften angegriffen. Gerüchte, ein Gebäude würde in eine Kirche umgewandelt, ein Vorwurf der Blasphemie (in den sozialen Medien) oder eine Beziehung zwischen einem Christen und einer Muslima reichen aus, um Gewalt auszulösen, etwa durch eine aufgestachelte Menschenmenge. In Fällen von Gewalt werden christliche Opfer oft gezwungen, an traditionellen Schlichtungstreffen teilzunehmen, aus denen die muslimischen Täter weitgehend straffrei hervorgehen. Unterdessen bleiben gewalttätige islamistische Milizen eine Gefahr.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine kleine, aber wachsende Zahl von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, die schwerwiegende Verfolgung erfahren, meist durch Familienangehörige. Sie werden für ihre Abwendung vom Islam durch Verwandte bestraft, oft mit Schlägen oder der Vertreibung aus dem Haus. Außerdem werden sie vom ägyptischen Geheimdienst streng überwacht, der regelmäßig christliche Konvertiten festnimmt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt mehrere evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen im Land. Manche dieser Christen sind Konvertiten muslimischer Herkunft in der zweiten oder dritten Generation, andere haben einen orthodoxen Hintergrund. Sie erleben Druck sowohl durch die muslimische Gesellschaft als auch – in einem geringeren Maße – durch die koptisch-orthodoxe Kirche.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Ein Beschluss des Kairoer Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2008 besagt, dass die freie Religionsausübung gewissen Einschränkungen unterliege und dass der Glaubenswechsel vom Islam zu einem anderen Glauben eine Verletzung der Prinzipien des Islam darstelle und deshalb verboten sei. Mehrere Christen wurden verhaftet oder durch eine aufgebrachte Menschenmenge angegriffen, nachdem sie angeblich in den sozialen Medien den Islam beleidigt hatten. Der Vorwurf der Blasphemie ist leicht zu erheben, weshalb die meisten Christen es vermeiden, über ihren Glauben mit Menschen zu sprechen, die sie nicht kennen oder denen sie nicht vertrauen. Die Feindseligkeit innerhalb der Gesellschaft gegenüber christlichen Konvertiten ist sehr hoch. Bloße Gerüchte eines Glaubenswechsels können zu Gewalt durch eine wütende Menge führen, insbesondere in ländlichen Gegenden. Der Glaubenswechsel wird als große Schande für die Familienehre gesehen. Häufig verstoßen Familien die Personen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Sie zwingen sie dazu, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Viele halten ihren christlichen Glauben geheim. Christen in Oberägypten sind aus Angst vor Schikanen vorsichtiger mit sichtbaren Symbolen wie Kreuzen in Autos. Die meisten, wenn nicht sogar alle koptischen Christen tragen ein tätowiertes Kreuz auf dem Arm. Es dient als Erkennungszeichen beim Betreten einer Kirche. Das macht sie jedoch auch für Angreifer leichter erkennbar.

Familienleben

Für Christen muslimischer Herkunft ist es unmöglich, ihre Religionszugehörigkeit in ihrem Personalausweis zu ändern. Kinder haben automatisch dieselbe Religionszu-

gehörigkeit wie ihre Väter. Das führt dazu, dass Kinder von christlichen Konvertiten als muslimisch registriert werden. Nach der Scharia darf ein Christ keine muslimische Frau heiraten. Der Druck vonseiten der Familie, sich von einem christlichen Konvertiten scheiden zu lassen, ist hoch. Doch selbst wenn es nicht zu einer Scheidung kommt, verliert der Ehepartner christlichen Glaubens gemäß der Scharia sein Erb- und Sorgerecht. Der Islam ist im Bildungssystem vorherrschend. Kinder von koptisch-orthodoxen Christen haben ihren eigenen Religionsunterricht, müssen aber dennoch im Rahmen des Lehrplans islamische Literatur und den Koran studieren. Zuweilen wird kein christlicher Religionsunterricht angeboten, und in einigen Fällen müssen christliche Schüler am islamischen Religionsunterricht teilnehmen. An christlichen Privatschulen bleibt Kindern dies oftmals erspart, doch solche Schulen sind nur für wenige christliche Familien finanziell erschwinglich.

Gesellschaftliches Leben

Diskriminierung in der Arbeitswelt ist weitverbreitet und findet in den verschiedenen Sektoren statt. Beispielsweise bekommen Christen keine Anstellungen im Geheimdienst oder in führenden Positionen der Armee, und auch in hohen Regierungsämtern sind sie unterrepräsentiert. Auch im privaten Sektor erfahren Christen regelmäßig Diskriminierung; diese hängt immer vom jeweiligen Arbeitgeber ab. In den letzten zehn Jahren gab es keinen einzigen christlichen Spieler in der Fußballnationalmannschaft, obwohl Christen etwa neun Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Diskriminierung in der Arbeitswelt hat zu einem hohen Maß an unternehmerischer Aktivität unter Christen geführt, da sie

sich bei der Suche nach Arbeitsplätzen nicht auf den Staat oder private Arbeitgeber verlassen können.

Der Druck und die Diskriminierung sind in armen und ländlichen Gebieten höher, insbesondere in Oberägypten. Örtliche islamistische Gruppen wissen, wo im Dorf Christen wohnen. Sie überwachen sie, um sicherzustellen, dass sie das Evangelium nicht weitergeben oder den Islam in anderer Weise »missachten«. In den letzten Jahren wurden immer wieder Christen angegriffen, da sie angeblich den Islam beleidigt oder eine Beziehung mit einer muslimischen Frau gehabt hatten. Die Polizeipräsenz und die staatliche Kontrolle sind in den ländlichen Gebieten weniger streng, und Angriffe auf Christen durch aufgebrauchte Menschenmengen bleiben oft ungestraft. Auch auf staatlicher Ebene werden Christen überwacht. Der Sicherheits- und Geheimdienst bespitzelt christliche Konvertiten – und versucht sie dazu zu bringen, Informationen über Gruppen von Christen muslimischer Herkunft preiszugeben. Unverschleierte Frauen, einschließlich Christinnen, sind besonders gefährdet, sexuell belästigt zu werden.

Leben im Staat

In Artikel 64 der Verfassung heißt es: »Die Freiheit des Glaubens ist uneingeschränkt«, dennoch sind christliche Konvertiten nicht geschützt. Offiziell anerkannten Christen steht es frei, ihr eigenes Personenstandsrecht und ihre religiösen Angelegenheiten zu regeln, aber in Fällen zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gilt die Scharia. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft seine Religionszugehörigkeit ändern lassen will, ist es wahrscheinlich, dass die Behörden ihn unter Beobachtung stellen und sich auf die Blasphemiegesetze berufen, um strafrechtlich gegen ihn vorzugehen. Vorwürfe der Blasphemie und Äußerungen gegen die Regierung können zu Verhaftung, Folter und Gefängnis führen. Die Misshandlung von christlichen Konvertiten durch Familienmitglieder wird als Familienangelegenheit betrachtet und kann straffrei erfolgen.

Kirchliches Leben

Kirchen nehmen nur selten christliche Konvertiten muslimischer Herkunft auf, um zu vermeiden, dass ihnen von der Regierung und der Gesellschaft Missionierung vorgeworfen wird, was zu Angriffen oder einer Schließung der Kirche aus »Sicherheitsgründen« führen könnte. Es ist üblich, dass die Polizei und Geheimdienste einen Zeitplan für alle Veranstaltungen in den Kirchen anfordern; und sie sind befugt, Veranstaltungen unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit abzusagen. Manchmal mischen sich Polizisten in Zivil unter die Gottesdienstbesucher, um zu überwachen, was gepredigt wird. Viele Gemeinden erfahren Widerstand oder sogar Gewalt, wenn sie ihr Kirchengebäude

nach dem 2016 erlassenen »Gesetz zum Bau von Kirchen« legitimieren lassen wollen. Gleichzeitig erhielten jedoch seit der Einführung des Gesetzes über 3.000 Kirchen diese Legitimation, was allgemein als beispielloser Schritt in der Geschichte Ägyptens betrachtet wird. In einigen Regionen können kirchliche Veranstaltungen diskret im Freien abgehalten werden, aber viele Christen sehen davon ab, da sie als Provokation ausgelegt werden könnten.



Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Mai 2023 wurde ein koptischer Architekt von einem Bulldozerfahrer überfahren und getötet. Der Täter gestand, den Christen wegen seines Glaubens angegriffen zu haben, und wurde in eine psychiatrische Klinik eingewiesen – ein gängiger Weg, um mit einzelnen muslimischen Extremisten umzugehen, die Christen angegriffen haben.
- Im Dezember 2022 verhinderten aufgebrauchte Muslime gewaltsam die Erneuerung des Daches einer Kirche im Nildelta. Die Menschenmenge griff dabei das Kirchengebäude und mehrere von koptischen Christen bewohnte Häuser an und verletzte einige Kopten.
- Im Juni 2023 reagierte ein koptischer Student in Oberägypten, nachdem er zahlreichen Beleidigungen seines christlichen Glaubens ausgesetzt war, und antwortete dem Beleidiger in einer privaten Nachricht über soziale Medien. Seine Nachricht wurden jedoch veröffentlicht. Er wurde der Blasphemie beschuldigt, von mehreren jungen muslimischen Männern schwer verprügelt und von der Polizei festgenommen. Seine Universität bestellte ihn wegen Missachtung der Religion beim Disziplinarrat ein und exmatrikulierte ihn anschließend. Nach diesem Vorfall mussten er und seine Familie wegen anhaltender Morddrohungen umziehen. Sein Fall führte zu einer Welle des Hasses gegen Christen in den sozialen Medien.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	38	68
2023	35	68
2022	20	71
2021	16	75
2020	16	76

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl Ägyptens auf dem Weltverfolgungsindex 2024 blieb gleich wie im Vorjahr. Das Land sank jedoch im Rang, da andere Länder auf dem Index eine höhere Punktzahl erreichten. Der Wert für Gewalt ist von 7,0 auf 7,8 Punkte sogar gestiegen, was aber durch einen Rückgang des Drucks in den anderen Bereichen kompensiert wurde, dessen Durchschnittswert um 0,1 auf 12,1 Punkte gesunken ist. Die Diskriminierung von Christen und andere Verstöße gegen die Religionsfreiheit finden vor allem im sozialen beziehungsweise gesellschaftlichen Bereich statt, insbesondere in Oberägypten sowie in städtischen Gebieten, in denen salafistische Bewegungen aktiv sind. Selbst der Bau einer Kirche kann zu gewalttätigen Reaktionen einer aufgebrachten muslimischen Menge führen. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sehen sich erheblichem Druck seitens ihrer Familien und auch der Sicherheitsbehörden ausgesetzt.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christliche Frauen aus benachteiligten Verhältnissen werden Berichten zufolge von Angehörigen islamistischer Netzwerke durch sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung und Zwangskonversion zur Heirat gezwungen. Dies geschieht vor allem in ländlichen und armen städtischen Gebieten. Die Polizei ist oft mitschuldig oder bleibt untätig, weshalb viele Frauen unauffindbar bleiben. Christliche Mädchen werden in Ehen gelockt; diese Mädchen sind oft minderjährig und kommen aus sozial schwachen Familien. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft werden mitunter zu Hause eingesperrt, geschlagen oder sogar getötet, um die »Ehre« der Familie zu

verteidigen. Wenn sie verheiratet sind, ist es für muslimische Männer ein Leichtes, sich von Christinnen scheiden zu lassen und ihnen das Sorgerecht für ihre Kinder wegzunehmen.

Männer: Es gibt nur wenige Christen in hohen militärischen oder staatlichen Positionen. Vor allem in ländlichen Gebieten haben junge Männer Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden – sie werden aufgrund ihres christlichen Glaubens benachteiligt. Die Belastung durch diese Entwicklung hat Berichten zufolge zu höheren Raten von häuslicher Gewalt und Scheidungen geführt. Verfolger nutzen die finanziellen Schwierigkeiten, um jüngere männliche Christen zum Islam zu bekehren, indem sie sie mit finanziellen Anreizen locken. Leiter von Kirchen und Gemeinden, die meist männlich und leicht als Christen zu erkennen sind, stehen besonders in der Gefahr, Opfer von Rechtsverletzungen (einschließlich Tötungen) zu werden.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Intoleranz, Diskriminierung und Verfolgung erleben, sind die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Sufis, des Weiteren Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von sunnitischen Kämpfern angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu praktizieren. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, religiöse Gebäude zu errichten. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten solcher Gruppen gelten als illegal, und so sind die Anhänger sowohl vonseiten der Staatsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert. Auch Atheisten, besonders wenn sie in den sozialen Medien aktiv sind, werden sehr häufig zur Zielscheibe von Verfolgung.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Ägypten hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Ägypten kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Gewalttäter gegen Christen werden oft nicht bestraft (ICCPR Art. 2)
- Christen werden willkürlich beschuldigt und wegen Blasphemie angeklagt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden automatisch als Muslime registriert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der öffentlichen und privaten Arbeitswelt diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Kirchen sehen sich zahlreichen Hindernissen gegenüber, wenn es darum geht, Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude zu erhalten und Lizenzen für die rechtliche Anerkennung zu bekommen (ICCPR Art. 21 und 26)
- Christliche Frauen, vor allem in ländlichen Gebieten, können ins Visier genommen und zur Heirat mit muslimischen Männern gezwungen werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern extremistischer Organisationen getötet (ICCPR Art. 6.1)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
39

LÄNDERPROFIL

Mosambik



Platz 39 / 68 Punkte (2023: Platz 32 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Verfolgung von Christen in Mosambik ist auf eine Reihe komplexer Faktoren zurückzuführen, die ein düsteres Bild für die Zukunft der Religionsfreiheit in dem Land zeichnen.

Erstens hat die Anwesenheit extremistischer Islamisten, vor allem in den nördlichen Regionen, das Leben für christliche Gruppen zunehmend gefährlich gemacht. Diese Extremisten haben eine Welle der Gewalt losgetreten, bei der christliche Versammlungsorte angegriffen, religiöse Leiter entführt und viele Christen getötet werden. Dabei handelt es sich nicht um Einzelaktionen, sondern es ist Teil einer breit angelegten ideologischen Kampagne zur Durchsetzung einer strengen Auslegung des islamischen Rechts, was Christen zu einem konkreten und leichten Ziel macht.

Zweitens verschärft der Einfluss der Drogenkartelle die ohnehin schon angespannte Situation. Mosambik hat sich zu einer bedeutenden Drehscheibe des internationalen Drogenhandels entwickelt. Das hat zur Folge, dass die Kartelle großes Interesse daran haben, verschiedene Teile des Landes zu kontrollieren. Jugendmitarbeiter der Kirchen, die sich oft in der Gesellschaft für Veränderungen einsetzen, werden aus diesem Grund Opfer

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Filipe Nyusi

BEVÖLKERUNG

34.035.000

CHRISTEN

19.184.000 / 56,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



von gewaltsamen Übergriffen und Einschüchterungen. Die kriminellen Organisationen betrachten jede Form von organisierter sozialer Aktivität, einschließlich kirchlicher Angebote, als Bedrohung ihrer Kontrolle über die örtliche Bevölkerung.

Zum Dritten verschlimmert die Haltung der Regierung zur Religionsfreiheit das Problem weiter. Staatliche Vorschriften und Praktiken schränken die Freiheit ein, Gottesdienste abzuhalten und religiöse Überzeugungen offen zu äußern. Die Kirchen sind mit bürokratischen Hürden konfrontiert; es gibt Einschränkungen für den Religionsunterricht. Wenn Christen ihren Glauben öffentlich bekennen, führt das oft dazu, dass sie genauer überprüft und manchmal sogar verhaftet werden.

Und schließlich führt der anhaltende Krieg gegen die Dschihadisten zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften und extremistischen Gruppen geraten Christen immer wieder zwischen die Fronten. Sie sind nicht nur Opfer extremistischer Gewalt, sondern leiden auch unter den Kollateralschäden, die durch militärische Einsätze verursacht werden.

Hintergrund

Mosambik wurde 1975 von Portugal unabhängig. 1992 konnte der Bürgerkrieg mit einem von den Vereinten Nationen ausgehandelten Friedensabkommen zwischen der damals einzigen Partei, der »Front für die Befreiung Mosambiks« (FRELIMO), und den Rebellen des »Nationalen Widerstands Mosambiks« (RENAMO) beendet werden. Es folgten stetige wirtschaftliche und politische Fortschritte, die durch das Wiederaufflammen von Spannungen und Gewalt zwischen FRELIMO und RENAMO seit 2012 allerdings wieder beeinträchtigt wurden. Im Jahr 2019 brachen erneut Kämpfe aus, nachdem die FRELIMO trotz umstrittener Wahlergebnisse an der Macht blieb.

Seit Oktober 2017 kommt es im Norden des Landes immer wieder zu Angriffen militanter Islamisten, die viele Christen töten und christliche Häuser niederbrennen. Die islamistische Gruppe »al-Sunnah Wa Jama'ah« (ASWJ) hat dazu aufgerufen, christliche Symbole zu beseitigen. Sie hat in einigen Teilen der Provinz Cabo Delgado die Häuser von Christen angegriffen. Christen sind aus ihren Wohnorten geflohen, um sich vor den Angriffen der Dschihadisten zu schützen. Die verbündeten Truppen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und Ruandas (zusammen mit Beratern aus anderen Ländern) haben die Dschihadisten erfolgreich zurückgedrängt. Doch trotz der Erfolge der Regierung und ihrer Verbündeten konnten die Dschihadisten ihren Einfluss nach Süden ausdehnen.

Die Einwanderer aus Südasien und die Bevölkerung der nördlichen Provinzen sind überwiegend muslimisch, vor allem an der Küste. In einigen

Gebieten im nördlichen Landesinneren gibt es eine hohe Dichte an christlichen Gemeinden. In den südlichen und zentralen Regionen ist die Zahl der Christen jedoch größer; unter ihnen leben auch Muslime.

Nach Angaben des US-Außenministeriums (IRFR 2021) gibt es im Land römisch-katholische, evangelikale/pfingstliche, »zionistisch-christliche« und anglikanische Kirchengemeinden (absteigend nach Größe der Konfessionen).

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	19.184.000	56,4
Muslime	6.067.000	17,8
Hindus	50.200	0,1
Buddhisten	3.400	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	8.563.000	25,2
Juden	200	< 0,1
Bahai	4.500	< 0,1
Atheisten	27.300	0,1
Agnostiker	128.000	0,4
Andere	7.000	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In der nördlichen Provinz Cabo Delgado finden die schwersten Übergriffe auf Christen statt. Dort verüben die mit dem »Islamischen Staat« (IS) verbündeten Kämpfer gewaltsame Angriffe.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Seit 2017 kommt es immer wieder zu Angriffen auf Christen durch Kämpfer der dem IS nahestehenden islamistischen Gruppe »al-Sunnah wa Jama'ah« (ASWJ). Tausende mussten deshalb bereits aus ihren Häusern fliehen. Die Fähigkeiten und der Einflussbereich dieser Kämpfer nehmen stetig zu.

Die Gruppierungen finanzieren sich durch die Zusammenarbeit mit Drogenkartellen und durch Korruption, in die einige Regierungsbeamte des Landes verwickelt sind.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

In abgelegenen Gebieten sehen Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen die zunehmenden Bemühungen zur Ausbreitung des Evangeliums als Bedrohung an. Infolgedessen beschweren sich die Clanchefs oft über derartige kirchliche Aktivitäten.



Diktatorische Paranoia

Die Regierung von Mosambik stellt keine wirkliche Demokratie dar. Sie ist nach wie vor repressiv und übt Druck auf einige Kirchen aus, die Regierungspolitik zu unterstützen. Die Verfassung verbietet jegliche religiöse Einflussnahme in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Einige Behörden erlegen religiösen Gruppen auch komplizierte Registrierungsbestimmungen auf. Die Regierung schränkt die Berichterstattung zur Lage der Gewalt im Norden Mosambiks ein.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Mosambik weist ein hohes Maß an organisierter Kriminalität auf. Drogen, Waffen und illegale Produkte von Wildtieren, wie Elfenbein, werden in großem Umfang in den Häfen gehandelt. Die islamistische Gruppe »al-Sunnah wa Jama'ah« betreibt zur Finanzierung ihrer Aktivitäten illegalen Handel. Kirchen, die sich in der Arbeit unter Jugendlichen und kriminellen Banden engagieren, werden von Kartellen bedroht und gewaltsam angegriffen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die römisch-katholische Kirche, die anglikanische Kirche und orthodoxe Kirchen. Sie werden häufig von Kämpfern der Miliz al-Sunnah wa Dschama'ah angegriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In diese Kategorie fallen Christen muslimischer Herkunft sowie Christen, die zuvor einer traditionellen afrikanischen Religion angehört haben. Ferner zählen auch Christen dazu, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind. Christen muslimischer Herkunft, die im mehrheitlich islamischen Norden leben, werden besonders schwer verfolgt. Solche Konvertiten werden sehr häufig Opfer von Angriffen extremistischer Muslime.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu protestantischen Freikirchen gehören Baptisten- und Pfingstgemeinden; Christen aus diesen Kirchen werden regelmäßig bedroht und angegriffen, weil sie aktiv das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In den nördlichen Gebieten, die unter dem Einfluss militanter Islamisten stehen, müssen Christen (insbesondere

Konvertiten aus dem Islam) ihren Glauben verheimlichen. Andernfalls riskieren sie, angegriffen oder getötet zu werden.

Familienleben

Im Norden, wo sich die Dschihadisten ausbreiten, ist es gefährlich, Kinder im christlichen Glauben zu erziehen. Dies gilt insbesondere für Gebiete, aus denen sich die Regierungstruppen zurückziehen mussten. Selbst in der Dorfgemeinschaft und in der Schule sind Christen Schikanen und Diskriminierung ausgesetzt. Kinder von evangelikalen Christen stehen in einigen Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung vor ähnlichen Problemen.

Gesellschaftliches Leben

Im Norden des Landes sind christliche Frauen und Mädchen in Gefahr, von islamistischen Aufständischen entführt zu werden. Zu diesen Entführungen kommt es häufig nach Überfällen auf Dörfer. In Cabo Delgado wurden Christen schikaniert, weil sie nach Ansicht der islamistischen Aufständischen nicht den muslimischen religiösen Standards entsprachen.

Leben im Staat

Im Norden wurden viele Kirchen und christliche Symbole mutwillig zerstört. Obwohl die Kirche in der postkolonialen Ära eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess gespielt hat, unterdrückt die Regierung unliebsame Ansichten der Kirche zu Themen wie den Menschenrechten. Die Regierung berät derzeit über einen neuen Gesetzentwurf, der eine strengere Regulierung von Religionsausübung vorsieht.

Kirchliches Leben

Christliche Predigten werden von den Behörden häufig auf regierungskritische Äußerungen hin überwacht, und im Norden werden sämtliche kirchlichen Aktivitäten von Dschihadisten kontrolliert. Die Regierung hat die Erteilung von Kirchenlizenzen bewusst hinausgezögert und bereitet weitere gesetzliche Einschränkungen vor. Ähnlich wie das Gesetz in Ruanda verlangt die Regierung staatlich ausgebildete Kirchenleiter und will verhindern, dass kleine kirchliche Gruppen sich ausbreiten.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Am 6. Februar 2023 wurde ein Angriff auf das christliche Dorf Namakioi verübt. Es kam zu einem Schusswechsel zwischen IS-Kämpfern und lokalen, regierungstreuen Milizen.
- Am 4. Februar 2023 wurde das christliche Dorf Moilo angegriffen. Die Dorfbewohner mussten fliehen und die IS-Kämpfer zündeten etwa 20 Häuser an.
- Am 4. Februar 2023 wurden die Fahrzeuge einiger Christen auf der Straße von Macomia nach Bimba aus einem Hinterhalt heraus attackiert. Dabei wurde einer der Angegriffenen getötet und zwei weitere wurden verwundet. Zwei Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt.





©Alamy

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	39	68
2023	32	68
2022	41	65
2021	45	63
2020	66	43

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2023 hatte Mosambik einen deutlichen Anstieg um drei Punkte verzeichnet, so dass sich die Gesamtwertung auf 68 erhöhte. Im Weltverfolgungsindex 2024 ist der Wert des Landes jedoch unverändert geblieben, was auf ein unverändert hohes Maß an Druck und Gewalt hindeutet. Dies ist auf die anhaltenden Aktivitäten der Dschihadisten vor allem in der nördlichen Region zurückzuführen. Trotz des Einsatzes von Streitkräften aus Ruanda und Südafrika, die in den letzten zwei Jahren mehrere Städte von den islamistischen Kämpfern zurückerobert haben, blieb deren Einfluss bemerkenswert stark. Darüber hinaus erschwert die Präsenz von Drogenkartellen in einigen Gebieten das Leben der

Christen und behindert vor allem kirchliche Initiativen, die sich auf das Engagement unter Jugendlichen konzentrieren. Obwohl die Wertung in diesem Bereich von 15,6 Punkten im Jahr 2023 auf 15,0 Punkte im Jahr 2024 leicht gesunken ist, bleibt die Gewalt auf einem extremen Niveau. Dementsprechend herausfordernd ist die Sicherheitslage für die Bevölkerung, insbesondere die Christen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die häufigsten Übergriffe, unter denen christliche Frauen und Mädchen leiden, sind sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und Zwangsverheiratung. Mosambik weist eine der höchsten Raten von Kinderehen weltweit auf, was auf den Einmarsch islamisch-extremistischer Milizen zurückzuführen ist. Entführungen sind in Regionen, in denen Dschihadisten und ihre Zellen einen großen Einfluss haben, weit verbreitet. Mädchen werden zur Zwangsarbeit eingesetzt, Frauen werden zum Sex und zur Verrichtung von Hausarbeit entführt. Christliche Konvertitinnen, die sich vom Islam oder traditionellen afrikanischen Religionen abgewandt haben, sind schutzlos dem Druck der Familie ausgesetzt. Die Konsequenzen sind z. B. Zwangsheirat, Verweigerung des Erbes und Verlust des Sorgerechts für die Kinder.

Männer: Islamische Unterdrückung ist die häufigste Triebkraft hinter der Verfolgung von Christen in Mosambik, was auf die Rolle islamistischer Aufständischer zurückzuführen ist. Berichten zufolge sind christliche Männer und Jungen bei Angriffen getötet worden; in anderen Fällen haben sie ihr Ackerland und ihren Besitz verloren, was ihre Familien in wirtschaftliche Not gebracht hat. Einige Jungen wurden zudem von Milizen zwangsrekrutiert. Ein Experte für das Land erklärt: »Bei all ihren Angriffen haben die Aufständischen es vor allem auf Männer und Jungen abgesehen, um Kämpfer aus der Bevölkerung zu rekrutieren.«

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten (z. B. Hindus, Buddhisten und Juden) sind nur in sehr geringer Zahl im Land vertreten; bei den meisten handelt es sich um Ausländer. Diese Gruppen sind von keiner spezifischen Form der Verfolgung betroffen. Allerdings heißt es im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2020: »Religiöse Leiter drückten weiterhin ihre Besorgnis darüber aus, dass ein 2019 vorgelegter Gesetzesentwurf über religiöse Praktiken, der zum Jahresende noch nicht im Parlament besprochen wurde, religiöse Gruppen mit weniger als 500 Zugehörigen von einer Registrierung beim Justizministerium ausschließen könnte. Leiter kleiner Religionsgemeinschaften äußerten die Sorge, dass sie durch diese Vorgaben daran gehindert würden, ihre Organisationen zu registrieren. Einem religiösen Leiter zufolge sieht der Gesetzesentwurf außerdem vor, dass die Gläubigen ihre Identität notariell beglaubigen lassen müssen. Dies würde ein bürokratisches Hindernis für die Religionsausübung darstellen.« Der Gesetzesentwurf wird noch diskutiert.

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung folgt immer noch traditionellen afrikanischen Religionen. Die meisten Anhänger dieser Religionen leben in entlegenen Regionen des Landes. Berichte über Verfolgung liegen nicht vor. Viele wenden sich dem Glauben an Jesus Christus zu.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mosambik hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mosambik kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Im Norden werden Christen wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen werden vergewaltigt und verschleppt (ICCPR Art. 7)
- Christliche Kinder werden wegen ihres Glaubens getötet (CRC Art.2)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)
- Konvertiten zum Christentum leiden im Norden unter Diskriminierung und Gewalt (ICCPR Art. 18 und 26)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
40

LÄNDERPROFIL

Katar



Platz 40 / 67 Punkte (2023: Platz 34 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Es gibt zwei unterschiedliche Gruppen von Christen in Katar. Die größere Gruppe ist die der ausländischen Christen, die als Arbeitsmigranten im Land sind. Muslimen das Evangelium weiterzugeben, ist streng verboten und kann zu strafrechtlicher Verfolgung und zur Abschiebung ausländischer Christen führen. Allerdings wurde ausländischen Christen in der Vergangenheit gestattet, große gottesdienstliche Veranstaltungen abzuhalten. Ein zentrales Problem bleibt für sie aber, dass nicht ausreichend kirchliche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Nur wenige Kirchen und Gemeinden erhalten die Erlaubnis, ein Gebäude zu errichten, und wenn, dann nur im offiziellen »religiösen Komplex« außerhalb der Hauptstadt Doha (in Mesaimeer). Viele Arbeitsmigranten müssen unter schlechten Bedingungen leben und arbeiten, und ihr christlicher Glaube macht sie noch verwundbarer.

Die andere Gruppe von Christen sind Konvertiten muslimischer Herkunft. Einheimische Konvertiten (mit katarischer Staatsbürgerschaft) stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer muslimischen Familien. Ausländische christliche Konvertiten hingegen, die Arbeitsmigranten sind, werden in erster Linie durch ihr soziales Lebensumfeld kontrolliert; für sie gelten häufig eher die gesellschaftlichen Normen ihrer Heimatländer als die kulturellen

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Emir Tamim bin Hamad Al Thani

BEVÖLKERUNG

3.029.000

CHRISTEN

414.000 / 13,7 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Normen Katars. Sowohl einheimischen als auch ausländischen christlichen Konvertiten drohen Diskriminierung, Belästigung und polizeiliche Überwachung. Außerdem wird ein Glaubenswechsel weg vom Islam nicht offiziell anerkannt und kann zu rechtlichen Problemen bei Personenstandsfragen und Eigentumsangelegenheiten führen.

Es gibt kaum Berichte über Christen, die wegen ihres Glaubens verletzt, inhaftiert oder getötet werden – der Grund ist allerdings die geringe Zahl der Konvertiten und die Tatsache, dass sie ihren Glauben geheim halten.

Hintergrund

Durch die Ausbeutung der Öl- und Gasfelder in Katar seit den 1940er-Jahren ist das einst arme Land zu Wohlstand gekommen. Katar ist eine absolute Monarchie, die von der Familie Al Thani regiert wird. Im Oktober 2021 fanden jedoch erstmals Wahlen für den neuen »Schura-Rat« statt, ein beratendes Gremium, dem 30 gewählte und 15 ernannte Mitglieder angehören. Die Organisation der Wahlen wurde an den Stammesstrukturen und -zugehörigkeiten orientiert. Das führte dazu, dass prominente Geschäftsleute und ehemalige Regierungsbeamte gewählt wurden. Der Staat verteilt seinen Reichtum großzügig. Eine soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit, wie sie die Region seit dem Arabischen Frühling anderswo erlebt, ist in Katar deswegen weitgehend ausgeblieben.

Seit dem Beginn der industriellen Öl- und Gasförderung in den 1970er-Jahren und dem damit verbundenen Zustrom ausländischer Arbeitskräfte hat die christliche Präsenz im Land zugenommen. Obwohl ausländischen Christen ein begrenztes Maß an Religionsfreiheit zugestanden wird, dauerte es bis 2008, bis die erste Kirche eingeweiht werden konnte – sie befindet sich im streng überwachten religiösen Komplex außerhalb Dohas. Die katarische Regierung betrachtet den christlichen Glauben als fremden Einfluss, weshalb Regelungen bezüglich der Kirchen Sache des Außenministeriums sind.

Laut der christlichen Organisation »Middle East Concern« verankert »die Verfassung von Katar [...] den Islam als Staatsreligion und das islamische Recht als Hauptquelle der Gesetzgebung. [...] Sie garantiert die Freiheit der Religionsausübung, sofern die öffentliche Ordnung und die Moral gewahrt bleiben. Die abrahamitischen Religionen (Judentum, christlicher Glaube und Islam) sind gesetzlich anerkannt, aber nach geltendem islamischen Recht ist es Muslimen faktisch verboten, ihre Religion zu wechseln. Nicht islamische Missionierung ist streng verboten und wird mit Gefängnisstrafen geahndet [...], auch wenn es die Regierung in den letzten Jahren vorgezogen hat, der Missionierung verdächtige Personen ohne Gerichtsverfahren auszuweisen.«

Das US-Außenministerium hält in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 2022 zu Katar fest: »Der religiöse Komplex in Mesaimeer, der auch als »Church City« bekannt ist und sich auf staatseigenem Land befindet, bot nach wie vor Raum für Gottesdienste der acht registrierten christlichen Denominationen. [...] Bürger Katars und andere Muslime durften diese Gottesdienste nicht besuchen. Vertreter des »Lenkungsausschusses der christlichen Kirchen« erklärten, dass sieben Gebäude des Komplexes überfüllt seien, und wiesen auf Schwierigkeiten beim Parken, beim Zugang und bei der Aufteilung der Nutzungszeiten hin.«



Die Katarer sind eine homogene Gemeinschaft mit starken familiären Bindungen. Sie sind bestrebt, ihre islamischen Normen aufrechtzuerhalten, indem sie sich gegen Modernisierung und Verwestlichung schützen. Der Glaubenswechsel weg vom Islam hin zum christlichen Glauben wird als Verrat angesehen. Er führt mitunter zu einem hohen Maß an Druck vonseiten der Familie und des sozialen Umfelds, einschließlich Ächtung, Zwangsheirat und körperlicher Gewalt.

Es ist es sehr wahrscheinlich, dass viele christliche Arbeitsmigranten (sexuellen) Missbrauch erleben, insbesondere Christinnen, die als Hausangestellte arbeiten (wenn auch dieses Problem nicht in erster Linie mit dem Glauben zusammenhängt). Wie ausländische Christen in Katar behandelt werden, beruht nicht so sehr auf ihrem Glauben wie auf ihrer Hautfarbe und ihrem ethnischen Hintergrund.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	414.000	13,7
Muslime	2.399.000	79,2
Hindus	92.800	3,0
Buddhisten	54.400	1,8
Bahai	3.500	0,1
Atheisten	2.200	0,1
Agnostiker	63.600	2,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Katar ist ein sehr kleines Land, und die Hauptstadt Doha bildet das Zentrum aller Aktivitäten. Die Risiken, denen Christen – und vor allem Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben – ausgesetzt sind, hängen davon ab, in welchem sozialen Umfeld sie leben. Einheimische Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden am härtesten verfolgt, indem sie von familiärer und gesellschaftlicher Seite unter Druck gesetzt werden. Ausländische Konvertiten, die sich in Katar dem christlichen Glauben zugewandt haben, erleben ähnlichen Druck wie in ihren Heimatländern, da sie oft mit anderen Gastarbeitern ihrer Ethnie oder Nation zusammenleben.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die politische Linie der katarischen Regierung und die Kultur werden durch die strikte Einhaltung des wahhabitischen Islam und der Scharia bestimmt. Von daher werden einheimische christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund zwangsläufig als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Aufgrund ihres christlichen Glaubens droht ihnen der Verlust von wirtschaftlicher Unterstützung, familiärer Sicherheit und rechtlichem Schutz.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft immer noch eine große Rolle. Religion ist eng mit der Familienidentität verbunden, und den Islam zu verlassen, wird als Verrat an der Familie betrachtet. Im Allgemeinen üben die Familien heftigen sozialen Druck auf christliche Konvertiten aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren. In vielen Fällen werden christliche Konvertiten von ihren Familien entfremdet.

Diktatorische Paranoia

Katar ist eine absolute Monarchie, die vom Emir regiert wird. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Im Gegenzug erwartet sie Gehorsam und duldet keine politische Opposition. Sie hat es sich zur Priorität gemacht, das Land streng islamisch zu halten, vor allem vor dem Hintergrund der geringen Zahl von Katarern im Vergleich zu der sehr hohen Zahl ausländischer Arbeitsmigranten. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung all ihre Aktivitäten. Das Land ist gut überwacht, und Ausländer müssen sich vorsichtig verhalten, da sie jederzeit des Landes verwiesen werden können.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Arbeiter aus Asien und Afrika werden unabhängig von ihrer Religion schlecht behandelt. Wenn diese Arbeiter außerdem noch Christen sind, macht sie das noch verwundbarer. Sie können unter Druck gesetzt werden, Muslime zu werden. Da die bestehenden Kirchen im religiösen Komplex überfüllt sind und sich die Regierung weigert, Erweiterungen zu genehmigen, können viele Christen keine Gottesdienste besuchen und ihren Glauben praktizieren. Die Nutzung von Wohngebäuden für gemeinsame Treffen ist zudem schwierig geworden.

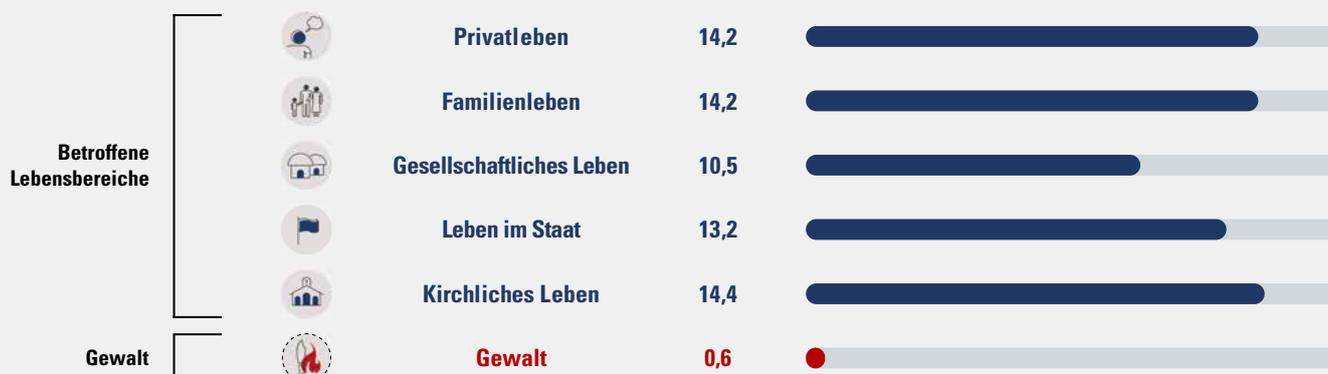
Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die Rechte von christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden massiv missachtet. Im Kontext der arabischen Stammeskultur wird ein Glaubenswechsel nicht nur als Verrat am islamischen Glauben gesehen, sondern auch als Bruch mit der Familie, dem Stamm und der arabischen ethnisch-nationalen Identität. Wer sich vom Islam abwendet, gilt als Abtrünniger und hat sich eines in Katar strafbaren Verbrechens schuldig gemacht. Diese Konvertiten werden von der Gesellschaft diskriminiert und schikaniert und riskieren sogar den Tod. Sie werden von Familienmitgliedern, Arbeitgebern und dem sozialen Umfeld unter heftigen Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, ganz gleich, ob sie einheimische oder ausländische Konvertiten sind.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Die private Ausübung des christlichen Glaubens wird Konvertiten durch sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Druck erschwert. Die öffentliche Ausübung des christlichen Glaubens ist illegal. Dies zu tun, würde entweder als Kritik am Islam oder als Versuch der Missionierung gewertet, und in beiden Fällen drohen schwere rechtliche Strafen wie Gefängnis oder Ausweisung. Außerdem kann ein sozial abweichendes Verhalten von der islamischen Norm – wie das Bekenntnis zum christlichen Glauben – zu öffentlichen Schikanen oder dem Verlust wirtschaftlicher Chancen führen. Dies gilt insbesondere für ausländische Arbeitskräfte mit geringen Qualifikationen, wie etwa Bauarbeiter.

Familienleben

Für christliche Konvertiten ist es aufgrund des hohen sozialen Drucks schwierig, ein Familienleben nach christlichen Werten zu führen und zu pflegen. Da der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht anerkannt wird, weigert sich der Staat auch, christliche Zeremonien anzuerkennen – etwa Hochzeiten von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft. Kinder von Eltern, die den christlichen Glauben angenommen haben, können nicht vom islamischen Unterricht befreit werden. Zudem sind alle Familien der Scharia unterworfen. Das kann dazu führen, dass Kinder zwangsweise von ihren Familienmitgliedern getrennt werden, sollten diese den christlichen Glauben annehmen.

Gesellschaftliches Leben

Die katarische Gesellschaft wird vom Wahhabismus beherrscht, einer fundamentalistischen Auslegung des Islam

und der Scharia. Das soziale Umfeld und örtliche Behörden reagieren daher schnell feindselig gegenüber denjenigen, die als »Fremde« oder Gegner des Islam erachtet werden. Christliche Arbeitsmigranten werden aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit von der katarischen Gesellschaft im Allgemeinen belästigt und diskriminiert.

Leben im Staat

Die Regierung Katars ist im Wesentlichen islamisch und im Grunde diktatorisch. Das Rechtssystem des Landes gründet in der Scharia. Deshalb hat die Regierung ein ureigenes Interesse daran, christlichen Nichtregierungsorganisationen Einhalt zu gebieten, öffentliche christliche Glaubensbekundungen zu zensieren und diejenigen zu verhaften und abzuschieben, die sie als Kritiker des Islam oder des Staates betrachtet.

Kirchliches Leben

Die erste Kirche in Katar wurde 2008 vorsichtig eröffnet (im religiösen Komplex). Dies bedeutete einen großen Fortschritt für die steigende Zahl von christlichen Arbeitsmigranten, die vor allem aus Südasien und von den Philippinen stammen. Die Eröffnung wurde jedoch von Kontroversen begleitet, da sich viele Katarer einem offiziell christlichen Gebäude in einem muslimischen Land entgegenstellten. Der religiöse Komplex wird ständig von Polizeipatrouillen überwacht, um einerseits zu gewährleisten, dass sich die Christen an die Vorschriften halten, und andererseits, um den Frieden zu wahren. Neue Vorschriften machen es immer schwieriger, große Privathäuser außerhalb des religiösen Komplexes für Gottesdienste und gemeinsame Treffen zu nutzen.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- In den letzten Jahren wurden Christen ausgewiesen, die unter katarischen Staatsbürgern oder im Land lebenden nicht christlichen Ausländern missionarisch tätig waren.
- Gewalttätige Vorfälle gegen Christen werden nur selten gemeldet – häufig weil niemand daran Interesse hat, dass Einzelheiten öffentlich bekannt werden. So werden auch Vorfälle, bei denen christliche Arbeitsmigranten betroffen sind, nicht gemeldet, weil die Opfer ihren Arbeitsplatz behalten möchten und andere Akteure (wie die Regierung) solche Vorfälle nicht dokumentiert sehen wollen. Außerdem ist es manchmal schwierig zu erkennen, ob ein Fall von Misshandlung direkt auf den christlichen Glauben eines Arbeitnehmers zurückzuführen ist oder nicht. Es wird jedoch geschätzt, dass Tausende von ausländischen Christen misshandelt werden. Laut dem Bericht »Why do you want to rest« von Amnesty International aus dem Jahr 2020 leiden nach wie vor Tausende Arbeitsmigranten unter Misshandlungen bei der Arbeit, allen Initiativen und Gesetzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Trotz. In einem früheren Bericht (»My Sleep Is My Break«, 2014) hat Amnesty International auf den (sexuellen) Missbrauch von Arbeitsmigrantinnen hingewiesen, von denen viele Christinnen sind.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	40	67
2023	34	68
2022	18	74
2021	29	67
2020	27	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung Katars auf dem Weltverfolgungsindex ist 2024 um einen Punkt zurückgegangen. Diese Entwicklung ist vor allem auf den gesunkenen Wert für Gewalt (von 1,5 auf 0,6 Punkte) zurückzuführen. Sowohl einheimische katarische als auch ausländische christliche Konvertiten erfahren die größten Schwierigkeiten, ihren Glauben zu leben.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Einschränkungen der Frauenrechte durch die Scharia und die kulturelle wahhabitische Auslegung des Islam machen Frauen verletzlich. Wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird, droht Konvertitinnen, geächtet, unter Hausarrest gestellt und von allen Kommunikationswegen abgeschnitten zu werden; sie werden womöglich geschlagen, von zu Hause vertrieben oder Opfer von sogenannten Ehrenmorden. Es ist ihnen zudem gesetzlich untersagt, einen Nichtmuslim zu heiraten; vielmehr stehen katarische Konvertitinnen in der Gefahr, mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden. In Katar arbeitende Hausmädchen, von denen viele Christinnen sind, werden häufig sexuell missbraucht und wie Sklavinnen behandelt.

Männer: Neben den offiziellen Beschränkungen nicht islamischer religiöser Äußerungen üben Christen zusätzlich Selbstzensur und versuchen, sich unauffällig zu verhalten. In der Regel sind es männliche Christen, die ins Zentrum des öffentlichen Interesses geraten – denn es sind die Männer, die in der Öffentlichkeit sichtbar sind und in erster

Linie mit den Behörden zu tun haben. Männliche Konvertiten geraten auch im familiären Kontext unter Druck. Wird ihr christlicher Glaube entdeckt, drohen ihre Familien unter Umständen damit, ihnen Frau und Kinder wegzunehmen. Christliche Männer geraten oft in die Isolation; sie werden von jeglicher christlicher Gemeinschaft abgeschnitten und verlieren möglicherweise ihren Arbeitsplatz. Darüber hinaus drohen ihnen physische und psychische Traumata und der Ausschluss aus der Familie.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2022 sind sunnitische und schiitische Muslime sowie acht christliche Denominationen die einzigen registrierten religiösen Gruppen. Andere religiöse Gruppen, wie die großen Gemeinden der ausländischen Hindus und Buddhisten, haben zwar keine offizielle Anerkennung, ihre Treffen werden aber im Allgemeinen toleriert, und es gibt mehrere inoffizielle Hindutempel im Land. »Vertreter der Hindu-Gemeinden äußerten sich jedoch besorgt darüber, dass die Regierung keine Genehmigung für die Eröffnung neuer Gebetsstätten erteilt habe«, so der Bericht. Und nach Angaben der internationalen Bahai-Gemeinde haben »die Bahai in den letzten Jahrzehnten unter Diskriminierung, Einschränkungen und Menschenrechtsverletzungen gelitten. Die Summe dieser Taten ist inzwischen untragbar geworden, denn sie bedrohen die Überlebensfähigkeit der Gemeinde.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Katar hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Katar kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind Schikane und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
41

LÄNDERPROFIL

Demokratische Republik Kongo



Platz 41 / 67 Punkte (2023: Platz 37 / 67 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

In den östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in Nord-Kivu, ist die Lage für Christen aufgrund der Präsenz bewaffneter Gruppen wie der »Allied Democratic Forces«(ADF-NALU) immer gefährlicher geworden. Diese Gruppe, die sich zum »Islamischen Staat« (IS) bekannt hat, geht besonders aggressiv gegen Christen vor. Das Ausmaß der Angriffe ist alarmierend: Christliche Dörfer wurden niedergebrannt, Pastoren, Priester und christliche Laien wurden entführt. Die ADF und andere bewaffnete Gruppen haben den christlichen Gemeinden unsagbares Leid zugefügt. Das Gebiet ist eine Brutstätte für mehr als hundert verschiedene bewaffnete Gruppen, was es für jeden, der sich gegen diese Organisationen ausspricht, extrem gefährlich macht.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Félix Tshisekedi

BEVÖLKERUNG

98.152.000

CHRISTEN

93.396.000 / 95,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund und solche, die früher traditionelle afrikanischen Religionen praktiziert haben, werden darüber hinaus unter Druck gesetzt, an nicht christlichen religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Vertreter der katholischen Kirche, die die Regierung öffentlich aufgefordert haben, die verfassungsgemäßen Wahltermine einzuhalten, wurden aufgrund ihres Einsatzes ebenfalls verbal belästigt und in verschiedener Weise beeinträchtigt.

Hintergrund

In der Demokratischen Republik Kongo herrscht seit mehr als 50 Jahren ein Konflikt zwischen einer Vielzahl bewaffneter Rebellengruppen. Die schwache Rechtsstaatlichkeit führte dazu, dass Gewalttaten wie Entführungen, Inhaftierungen und Morde an Journalisten im ganzen Land ungestraft fortgesetzt werden konnten. Nach einer lange verzögerten und umstrittenen Wahl wurde Félix Tshisekedi im Januar 2019 als Präsident vereidigt. Er hat versprochen, die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten. Außerdem hat er die meisten politischen Gefangenen freigelassen. Die Kämpfe zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen und die Angriffe dieser Gruppen auf Zivilisten haben jedoch weiter zugenommen. Obwohl das Land reich an Bodenschätzen ist, hat es mit Inflation und Korruption zu kämpfen.

Ein Bericht von Freedom House aus dem Jahr 2023 stellt die anhaltenden Herausforderungen dar, mit denen die Demokratische Republik Kongo seit Jahrzehnten konfrontiert ist: »Das politische System in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) ist aufgrund der Manipulation des Wahlprozesses durch politische Eliten gelähmt. Die Bürger sind nicht in der Lage, grundlegende bürgerliche Freiheiten frei auszuleben, und Korruption ist an der Tagesordnung. Die Sicherheit von Leib und Leben ist gefährdet durch die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen, die in vielen Teilen des Landes sowohl von Regierungstruppen als auch von Rebellengruppen und Milizen begangen werden.

Im Osten, wo die ADF dominiert, hat sich die Situation durch die Einmischung der Nachbarländer noch verschärft. Die ADF wurden vom US-Außenministerium als »terroristische Organisation im Ausland« bezeichnet.

Frauen und Mädchen bleiben besonders gefährdet, was sexuelle und genderbasierte Gewalt vonseiten bewaffneter Gruppen angeht. Männer und Jungen sind gefährdet, von Milizen zwangsrekrutiert zu werden. Außerdem droht ihnen Entführung und Ermordung. Dschihadisten gehen besonders gegen Kirchenleiter vor.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	93.396.000	95,2
Muslime	1.427.000	1,5
Hindus	144.000	0,1
Buddhisten	5.600	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	2.341.000	2,4
Juden	400	< 0,1
Bahai	406.000	0,4
Atheisten	19.800	< 0,1
Agnostiker	404.000	0,4
Andere	9.000	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Christen erfahren Schwierigkeiten durch islamisch-extremistische Gruppen, die vor allem in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri aktiv sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die islamische Unterdrückung ist in Nord-Kivu präsent, wo islamisch-extremistische Gruppen wie die ADF zusammen mit Menschen, die von ihrer Ideologie beeinflusst sind, Christen und Kirchen angreifen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International liegt die Demokratische Republik Kongo auf Platz 169 von 180. Die Korruption (und Straffreiheit für korrupte Aktivitäten) ist sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor weitverbreitet. Christen, die sich dagegen aussprechen, riskieren Angriffe.

Diktatorische Paranoia

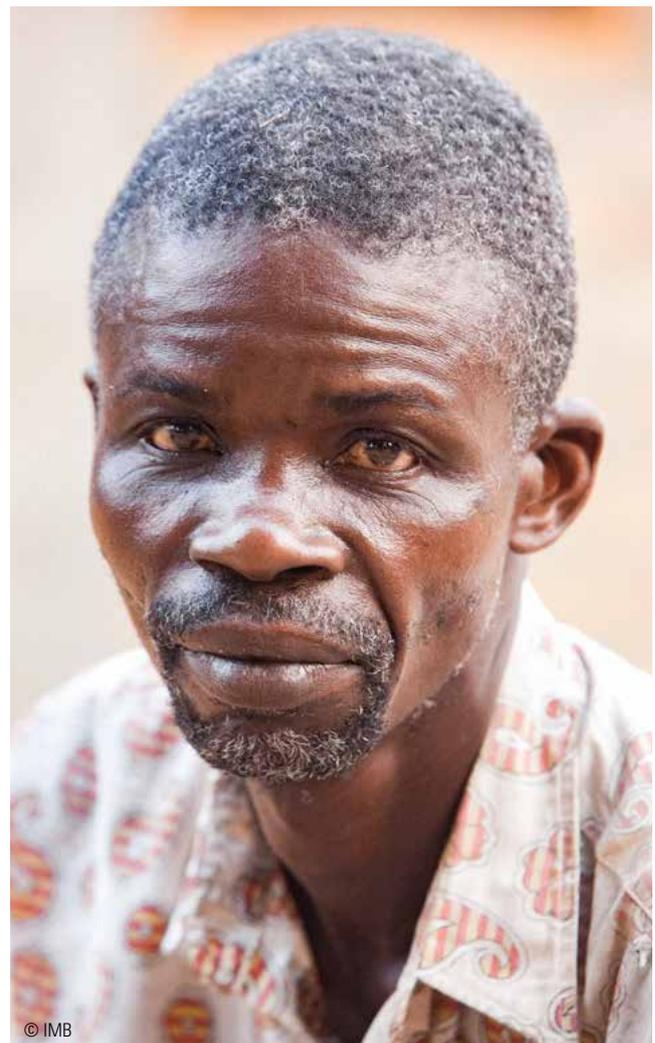
Die DR Kongo hat unter verschiedenen Regimen enorm gelitten. Der ehemalige Präsident Joseph Kabila hatte ohne Rechtsgrundlage die Wahlen zwei Jahre lang aufgeschoben.

Seine Anhänger und der Sicherheitsapparat gingen gegen Christen vor, die ihre Unzufriedenheit über seine Herrschaft zum Ausdruck brachten. Der Amtsinhaber, Präsident Félix Tshisekedi, kam im Dezember 2018 mit dem Versprechen an die Macht, das Durcheinander zu beseitigen und das Land nach vorne zu bringen. Allerdings gibt es bisher keine konkreten Reformen, die Christen im Land vor den brutalen Angriffen von Rebellengruppen schützen könnten. Die Korruption bleibt weitverbreitet, und der Sicherheitsapparat muss für seine Handlungen weiterhin keine Rechenschaft ablegen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Ein Großteil der Gewalt in Nord-Kivu, Kisangani und Kasai hat eine ethnische Komponente. Einige ethnische Anführer und Leiter von Rebellengruppen gehören Kulturen oder afrikanischen Religionen an, die eine feindselige Haltung gegenüber Christen vermitteln.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.





Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische und protestantische Kirchengemeinden erleben Gewalt vonseiten bewaffneter Gruppen; so werden etwa Kirchen angegriffen und Gemeindeleiter eingeschüchtert. In Zeiten politischer Unruhen sind Angriffe auf Kirchengebäude und Einschüchterungen von Kirchenleitern an der Tagesordnung. Von der Hauptstadt Kinshasa bis zur zentralen Provinz Kasai und seit kurzem auch in der östlichen Provinz Nord-Kivu wurden Kirchen, Klöster und katholische Schulen von bewaffneten Jugendbanden oder Milizionären verwüstet und geplündert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten zum christlichen Glauben (vor allem mit muslimischem Hintergrund) gibt es vor allem in Nord-Kivu. Sie sind der Verfolgung durch islamisch-extremistische Gruppen und dem Druck von Familie und sozialem Umfeld ausgesetzt. In geringerem Maß sind auch Christen von diesem Druck betroffen, die von der Katholischen Kirche zu einer protestantischen Denomination übergetreten sind oder die sich von einer traditionellen afrikanischen Religion abgewandt haben, um Jesus Christus nachzufolgen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Baptisten- und Pfingstkirchen wachsen schnell und werden von der islamisch-extremistischen Gruppe ADF angegriffen. Außerdem werden sie von Mitgliedern traditioneller Kirchen diskriminiert.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

In den von der ADF kontrollierten Gebieten ist jedes Bekenntnis zum christlichen Glauben gefährlich. Dschihadisten haben Menschen getötet, die christliche Symbole trugen. Wer sich mit anderen Christen trifft, kann entführt oder getötet werden. Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind (z. B. Katholiken, die sich einer evangelischen Kirche anschließen) sehen sich ebenfalls dem Druck und der Diskriminierung durch Familie und gesellschaftliches Umfeld ausgesetzt und können sogar aus ihrem Zuhause vertrieben werden. Christen, die vor ihrem Glaubenswechsel traditionelle afrikanischen Religionen praktiziert hatten, werden unter Druck gesetzt, sich an die traditionellen Rituale zu halten.

Familienleben

In den Gebieten, die von den ADF kontrolliert werden, können christliche Kinder aus der Schule entführt oder gezwungen werden, islamische Texte zu lernen. Konvertiten (entweder Christen mit muslimischem Hintergrund oder Protestanten mit katholischem Hintergrund) können ihr Erbe verlieren und zur Scheidung gezwungen werden. Zwangsscheidungen sind zum einen ein Mittel zur Bestrafung des Konvertiten, sie sind aber auch durch die Angst motiviert, dass Kämpfer der ADF die Dorfgemeinschaft aus Rache angreifen könnten, weil ein Bürger den Islam verlassen hat.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Betriebe sind von den ADF und Rebellengruppen in den Bankrott getrieben worden. Für Christen sind Reisen und der Zugang zu Bildung schwierig. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist die Entführung von Mädchen, insbesondere von Christinnen, durch bewaffnete Gruppen weitverbreitet. Sie können zur Ehe mit einem der Gruppenmitglieder gezwungen werden. Christen werden von ihren örtlichen Gemeinschaften überwacht; sie können der Polizei gemeldet und beschattet werden, außerdem kann ihre Kommunikation mitgelesen oder abgehört werden. In den von islamisch-extremistischen Gruppen kontrollierten Gebieten riskiert jeder, der sich gegen islamistische Gruppen ausspricht, schwere Angriffe.

Leben im Staat

Gewalt gegen Christen bleibt oft ungestraft. Christen, die sich gegen Ungerechtigkeit oder Korruption aussprechen, werden angegriffen.

Kirchliches Leben

In Konfliktregionen haben gewaltsame Angriffe dazu geführt, dass Dörfer und Kirchen leer stehen. Die Regierung überwacht Kirchen und Predigtinhalte, insbesondere solche

Kirchen, die als »unfreundlich« gegenüber dem Präsidenten angesehen werden. In einigen Gebieten verhindert die Regierung kirchliche Aktivitäten unter dem Vorwand, sie könnten zu öffentlichen Unruhen führen. Das Justizministerium hat seit 2014 keine Genehmigungen für Kirchen mehr erteilt.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- März 2023: Der »Islamische Staat« (IS) bekennt sich zu der Ermordung von 35 Christen im Dorf Mukondi in der Provinz Nord-Kivu.
- Januar 2023: Der IS erklärt, den Bombenanschlag auf die Pfingstkirche in Kasindi auf der ugandischen Seite der Grenze verübt zu haben, während die Menschen beteten. Die kongolesischen Behörden gaben die Zahl der Toten am Montag mit 14 an und die Zahl der Verletzten mit mindestens 63.

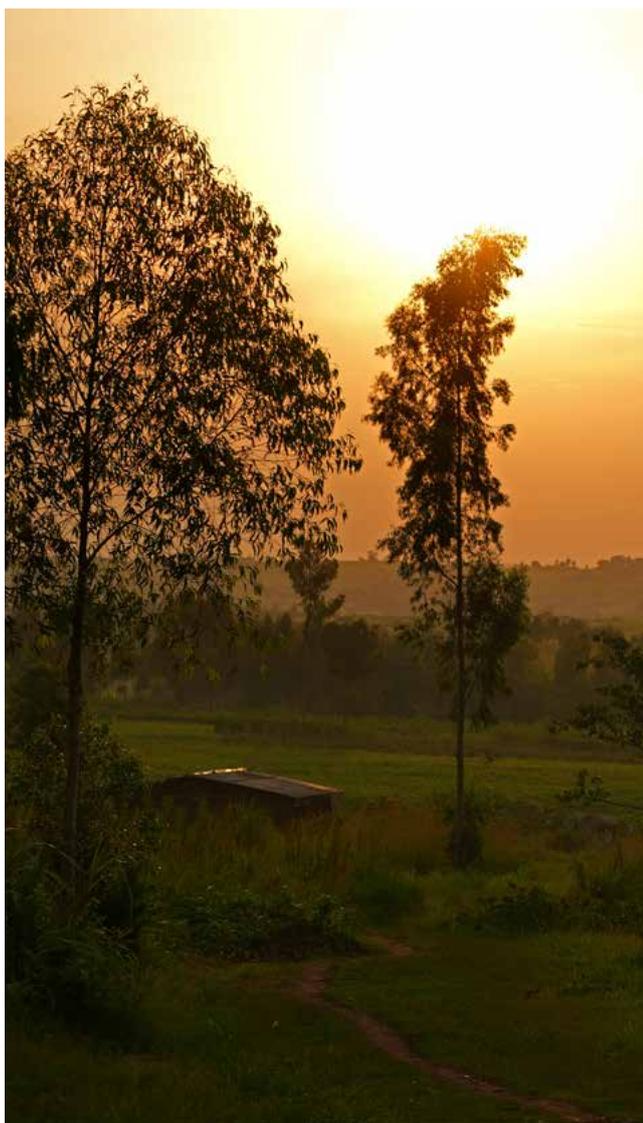


Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	41	67
2023	37	67
2022	40	66
2021	40	64
2020	57	56

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Demokratische Republik Kongo wurde mit der gleichen Punktzahl wie im vergangenen Jahr bewertet.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Demokratische Republik Kongo ist politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich vielschichtig. In verschiedenen Regionen werden Frauen allgemein als minderwertig behandelt, was sich auf viele Bereiche ihres Lebens auswirkt, auch auf den Kontakt mit ihren Kindern und ihren Zugang zu Bildung. Christlichen Frauen drohen Entführung, Vergewaltigung, sexuelle Folter und Zwangsarbeit, insbesondere durch die islamisch-extremistische Gruppe ADF und bewaffnete Gruppen in den nordöstlichen Regionen. Diese Übergriffe verursachen psychische Leiden und Traumata, und die mit erlittener sexueller Gewalt verbundene Scham führt häufig zur Isolation von Familie und Dorfgemeinschaft. Zwangsverheiratung und Zwangsscheidung sind ebenfalls eine Gefahr, vor allem für christliche Konvertitinnen, zumal die Ehen in der Regel sehr jung geschlossen werden.

Männer: In einem Umfeld von Gewalt und Straflosigkeit werden christliche Männer Opfer von Verstümmelungen, Entführungen, Zwangsrekrutierungen für Milizen, Zwangsarbeit, sexuellen Verstümmelungen, Ausweidungen und brutalen Morden. Um den Entführern zu entkommen, sind die Männer unter Umständen gezwungen, Lösegeld zu zahlen, das die ohnehin verarmten Familien über Jahre hinweg finanziell lähmt. Christliche Männer werden auch am Arbeitsplatz und beim Zugang zu Arbeitsplätzen diskriminiert. Diese Verfolgung dient der Schwächung der Familien und der Kirche im weiteren Sinne, vor allem, wenn Gemeindeführer zur Zielscheibe werden und wenn sie die Gewalt öffentlich angeprangert haben.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Zahl der religiösen Minderheiten in der Demokratischen Republik Kongo, einschließlich der Muslime, wird oftmals kontrovers diskutiert. Der Hohe Islamische Rat des Kongo schätzt, dass Muslime etwa 14 % der Bevölkerung des Landes ausmachen. Diese Zahl wird jedoch von einigen angezweifelt, was zu anhaltenden Meinungsverschiedenheiten führt. Die Muslime im Land haben sich darüber beschwert, dass sie nicht die gleichen Privilegien und die gleiche Behandlung wie die Christen erfahren.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Demokratische Republik Kongo hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Demokratische Republik Kongo kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden geächtet und mit Scheidung und Verlust des Erbes bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Gewalttäter gegen Christen werden oft nicht bestraft (ICCPR Art. 2)
- Christliche Kinder können gezwungen werden, islamische Schriften zu lernen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern islamistischer Organisationen getötet (ICCPR Art. 6.1)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
42

LÄNDERPROFIL

Indonesien



©Alamy

Platz 42 / 66 Punkte (2023: Platz 33 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund erleben häufig Druck, etwa Isolation und Beschimpfungen, und sehr vereinzelt auch Gewalt durch ihre Familien. In Brennpunkten wie Westjava oder Aceh üben islamisch-extremistische Gruppen einen starken Einfluss auf die lokale Politik aus. Wird eine Gemeinde als missionarisch aktiv wahrgenommen, so wird sie zu einem Angriffsziel; im Berichtszeitraum gab es mehr Vorfälle dieser Art. In einigen Regionen haben protestantische Freikirchen und katholische Gemeinden Schwierigkeiten, Genehmigungen für den Bau von Kirchen zu erhalten; sie werden von den örtlichen Behörden vielfach ignoriert.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Joko Widodo

BEVÖLKERUNG

281.844.000

CHRISTEN

34.562.000 / 12,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Indonesien ist das viertbevölkerungsreichste Land der Welt und die größte Volkswirtschaft in Südostasien. Es besteht aus mehr als 17.000 Inseln und ist eine der größten Demokratien der Welt. Der gemäßigte Islam wird zunehmend infrage gestellt, weil die Gesellschaft sich einer konservativen Form des Islam zuwendet. Bei den Wahlen 2019 nominierte Präsident Joko Widodo den konservativen islamischen Geistlichen Ma'ruf Amin zu seinem Vizepräsidenten. Damit stellte er sich Vorwürfen entgegen, die seine religiöse Glaubwürdigkeit in Frage gestellt hatten.

Die lokalen Behörden verfügen über ein hohes Maß an Autonomie, die bis zur Befolgung ihrer eigenen, selbst aufgestellten Regeln reicht. Ein Beispiel im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 waren Regionen und sogar ganze Provinzen wie Westsumatra. Dort wurden per Gesetz die Scharia und der Koran als Grundlage der herrschenden Kultur und Tradition anerkannt. In der Provinz Aceh gilt das Recht der Scharia.

Der Islam ist in den westlichen und zentralen Landesteilen stark vertreten, vor allem auf der bevölkerungsreichsten Insel Java. Christliche Männer, insbesondere Kirchenleiter und vom Islam konvertierte Christen, sind nach wie vor Angriffen ausgesetzt. Diese gehen sowohl von militanten Islamisten als auch von lokalen Regierungsbeamten aus.

Autoritarismus und Majoritarismus werden auch eingesetzt, um das Land zusammenzuhalten und um Schwierigkeiten und Spannungen auszugleichen. Einer der Spitzenkandidaten bei den für 2024 angesetzten Wahlen, der amtierende Verteidigungsminister Prabowo Subianto, hat eine Militärkarriere mit Menschenrechtsverletzungen im großen Stil hinter sich. Daran lässt sich ablesen, dass weder der Autoritarismus noch die Polarisierung in der indonesischen Politik in absehbarer Zeit aufhören werden. Die Streitkräfte könnten nach den Wahlen sogar mehr Unabhängigkeit und politischen Einfluss gewinnen. Die Polarisierung zwischen Islamisten und so genannten Pluralisten wird auch weiterhin die indonesische Politik bestimmen, da dies oft als Methode zur Gewinnung von Wählern angesehen wird. Die einhellige Zustimmung fast aller Parteien im Parlament zu einem neuen Strafgesetzbuch sorgte weltweit für Schlagzeilen. Im Fokus stand dabei, dass außerehelicher Geschlechtsverkehr unter Strafe gestellt wird (obwohl es sich dabei nur um Antragsdelikte handeln würde); wenig Beachtung fand hingegen seine einschränkende Wirkung auf die Religionsfreiheit und religiösen Minderheiten. Darüber hinaus sind die Parteien, die die amtierende Regierung unterstützen, im Berichtszeitraum in den Wahlkampfmodus übergegangen. Das Gerangel um politische Positionen beinhaltet immer auch das Herausstellen religiöser Bekenntnisse, um eine zunehmend konservative Wählerschaft zu umwerben.

Etwa ein Viertel aller indonesischen Christen sind römisch-katholisch und werden in der Verfassung des Landes als eigenständige Religion anerkannt (während Protestanten als »Christen« anerkannt werden). Geografisch gesehen sind Katholiken auf dem gesamten Archipel anzutreffen,

bilden aber in der Provinz Ost-Nusa-Tenggara (NTT) mit ihrer Insel Flores und auf den Komodo-Inseln die Bevölkerungsmehrheit.

Protestanten gibt es ebenfalls im ganzen Land, sie bewohnen aber hauptsächlich die östlichen Gebiete (z. B. Papua und Nordsulawesi). Gleichzeitig gibt es auch im westlichen Teil Indonesiens christliche Gebiete, z. B. in Nord-Tapanuli in Nordsumatra.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	34.562.000	12,3
Muslime	224.059.000	79,5
Hindus	4.476.000	1,6
Buddhisten	2.196.000	0,8
Anhänger ethnischer Religionen	5.597.000	2,1
Juden	200	< 0,1
Bahai	28.300	< 0,1
Atheisten	331.000	0,1
Agnostiker	3.735.000	1,3
Andere	6.499.200	2,3

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die schwerwiegendste Verfolgung findet in Aceh statt, der einzigen Provinz, in der die Scharia gilt. Der Bau neuer Kirchen in Aceh ist praktisch unmöglich, und Konvertiten aus dem Islam sind dort dem stärksten Druck ausgesetzt. Weitere Regionen, in denen es Übergriffe auf Christen gibt, sind Westsumatra, Banten, Westjava sowie Ostjava und Zentraljava.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Indonesien hat die größte muslimische Bevölkerung der Welt. Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, gelten in verschiedenen Regionen islamische Verordnungen;

in der Provinz Aceh gilt die Scharia. Die Provinz Westsumatra hat ein neues Gesetz verabschiedet, das anerkennt, dass die Bräuche der Provinz auf dem islamischen Recht beruhen. Indonesien ist dabei, wichtige Strafgesetze zu überarbeiten, die die Rechte von Minderheiten in Indonesien ernsthaft beeinträchtigen könnten. Der derzeitige Entwurf im Parlament konzentriert sich auf die Anerkennung von »jedem lebenden Recht« in Indonesien. Diese »lebenden Gesetze« können auf lokaler Ebene ausgelegt werden, d. h. die lokalen Behörden können sich für die Befolgung der Scharia-Vorschriften entscheiden. Da es in Indonesien keine einheitlichen »lebenden Gesetze« gibt, könnte dies Tür und Tor für weitverbreitete Rechtsverletzungen öffnen, einschließlich des weitreichenden Blasphemiegesetzes, das Minderheitengruppen in Angst und Schrecken versetzt. Dies alles ist Teil der konservativen Wende in der indonesischen Politik und Gesellschaft. Obwohl einige islamisch-extremistische Gruppen verboten wurden, üben diese weiterhin erheblichen Einfluss aus und tauchen oft unter anderen Namen wieder auf. Aus Saudi-Arabien fließt Geld zu Bildungszwecken nach Indonesien, mit der Folge, dass die wahhabitische Ideologie ins Land gebracht wird. In Moscheen und den Medien schüren extremistische islamische Anführer durch ihre Predigten Hass gegen Christen und andere religiöse Minderheiten. Manche von ihnen fungierten in der Vergangenheit sogar als Drahtzieher von Anschlägen. Mehrere konservative muslimische Parteien wie die »Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei« (PKS) sind dafür bekannt, dass sie die Gründung einer rein islamischen Nation vorantreiben wollen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die römisch-katholische Kirche sowie Kirchen, die in Verbindung mit verschiedenen Ethnien stehen, wie die Batak Christian Protestant Church. Diese Kirchen werden überwacht, und wenn sie wachsen, erleben sie Widerstand. In ärmeren Regionen wie Papua, den östlichen kleinen Sundainseln oder den Mentawai-Inseln sind die traditionellen Kirchen aggressiven Versuchen der Islamisierung ausgesetzt, besonders unter Kindern.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden streng überwacht und unter Druck gesetzt, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ähnlich verhält es sich auf der überwiegend hinduistischen Insel Bali: Wenn ein Hindu Christ wird, erlebt er starken Druck durch seine Familie und sein soziales Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische und pfingstkirchliche Christen werden von ihrem sozialen Umfeld und islamisch-extremistischen Gruppen angegriffen, wenn sie das Evangelium verkündigen. Nachbarn versuchen vielfach, den Bau neuer Kirchen zu verhindern, und die Behörden können die Erteilung von Genehmigungen verzögern.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Sechs Glaubensrichtungen sind in Indonesien offiziell anerkannt (Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus). Ein Glaubensübertritt von einer zur anderen anerkannten Religion ist zwar gesetzlich erlaubt, die Familien lehnen aber eine Abwendung, etwa vom Islam oder Hinduismus, strikt ab. Konvertiten können aus ihrem Zuhause verstoßen werden oder das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. In Brennpunktgebieten wie Aceh, Ostjava, Banten, Westjava und Westsumatra müssen sie ihren Glauben auf subtile Weise zum Ausdruck bringen. Andernfalls droht ihnen Ärger oder starker Druck, zum muslimischen (oder hinduistischen) Glauben zurückzukehren. Das

offene Zeigen christlicher Symbole ist beispielsweise in der Provinz Aceh nicht möglich.

Familienleben

Basierend auf Gesetz Nr. 23 aus dem Jahr 2002 müssen Ehepartner, die ein Kind adoptieren, derselben Religion angehören wie die biologischen Eltern des Kindes. Wenn die Religion der biologischen Eltern unbekannt ist, wird die regionale Mehrheitsreligion als Grundlage verwendet. Die Regierung verpflichtet Schulen, christliche Lehrer für den Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen. Vielerorts weigern sich die Schulen jedoch, christliche Lehrer anzustellen. Dies führt dazu, dass christliche Kinder im

Islam unterwiesen werden. Viele christliche Kinder werden wegen ihres Glaubens in der Schule schikaniert. Manchmal werden sie »Kafir« (Ungläubige) genannt. Muslimische Eltern verbieten ihren Kindern oft, mit christlichen Kindern zu spielen. Die allgemeine Haltung gegenüber Christen (und anderen Minderheiten) illustriert ein Vorfall aus dem Berichtszeitraum 2023: Das Bildungsministerium sah sich gezwungen einen Lehrplan für Religion zurückzuziehen, weil er falsche Lehren über den christlichen Glauben vermittelte. Dies zeigt eine Problematik bei der Entwicklung von Lehrmaterialien über den christlichen Glauben: Oft geschieht dies, ohne dass sie von Christen (Katholiken oder Protestanten) überprüft werden. Das Material scheint schließlich ohne Probleme geändert worden zu sein, aber die Tatsache, dass die Christen nicht einmal konsultiert worden waren, ist bemerkenswert.



Gesellschaftliches Leben

In Provinzen wie Aceh, Westsumatra, Ostjava, Westjava, West-Nusa-Tenggara und Gorontalo ist die Zahl der Christen, die für ein Studium an den angesehenen staatlichen Universitäten zugelassen werden, sehr begrenzt. Die meisten Stipendien werden an muslimische Studierende vergeben. Christen werden teilweise gesellschaftlich ausgegrenzt und schikaniert, weil sie als unrein gelten, zum Beispiel weil sie Schweinefleisch essen. Es gibt einen wachsenden Trend zu rein muslimischen Nachbarschaften (den sogenannten »Scharia-Wohnkomplexen«). Für viele Christen ist es schwierig (oder unmöglich), befördert zu werden. Christliche Schüler erhalten mitunter absichtlich im Religionsunterricht schlechtere Noten, sodass sie die Mindestanforderungen für den öffentlichen Dienst nicht erfüllen. Nach Angaben der Forscher von Open Doors gehören den »Foren für religiöse Harmonie« in den meisten Regionen ausschließlich Muslime an. Manchmal haben religiöse Minderheiten eine Stimme, aber sie ist nicht stark; die Interessen der Mehrheit haben Vorrang.

Leben im Staat

Christen werden immer vorsichtiger, wenn es darum geht, ihre religiösen Ansichten öffentlich zu äußern. Sie müssen bei Äußerungen, die als islamfeindlich wahrgenommen werden, befürchten wegen Blasphemie angeklagt zu werden. Wie ein Länderexperte sagte: »Das ist der Hauptgrund, warum viele Christen ihren Glauben gar nicht erst mit anderen teilen. Sie sind dazu bereit und wollen es auch, aber die Gesellschaft vermittelt ihnen, dass es zu gefährlich ist. Es ist besser, die »rukun« (Harmonie) ihres Volkes zu schützen, als sich Gedanken darüber machen zu müssen, was mit ihnen passieren könnte, wenn sie ihre Ansichten äußern.« In vielen Moscheepredigten und Online-Hetzkampagnen werden Christen verleumdet. In der Verfassung werden zwar sechs Glaubensrichtungen (Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus, Konfuzianismus) anerkannt, die gleichberechtigt behandelt werden sollten; in der Praxis ist dies jedoch oft nicht der Fall. Der »Präsidentialelass über religiöse Harmonie, die Förderung von Foren für religiöse Harmonie und den Bau von Gotteshäusern« von 2006 erschwerte es Kirchen und Gemeinden, Baugenehmigungen zu erhalten.

Kirchliches Leben

Kirchen haben Probleme bei der Registrierung von Kirchengemeinden und beim Bau von Kirchengebäuden. Laut einem Ministerialerlass von 2006 kann der Gemeindebetrieb nur unter bestimmten Bedingungen laufen: Eine Gemeinde muss mindestens 90 Mitglieder haben, sie muss die Zustimmung von 60 Nachbarn erhalten, die einem anderen

Glauben angehören, und sie benötigt die Zustimmung sowohl des Regierungspräsidenten (der dem Regierungsbezirk vorsteht, der Verwaltungseinheit unterhalb der Provinz) als auch des Forums zur religiösen Harmonie. Selbst wenn eine Genehmigung erteilt wird, behindern unter Umständen extremistische Gruppen den Zugang zur Kirche.

Im Jahr 2020 bemängelte Präsident Joko Widodo öffentlich die Schwierigkeiten, die Anhänger von Minderheitenreligionen beim Bau von Gotteshäusern haben. Der Präsident hatte verkündet, dass religiöse Minderheiten nicht diskriminiert werden dürften, und der Erlass wird möglicherweise aufgehoben. In der Praxis hat sich jedoch bisher nicht viel geändert.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- 17. September 2023: Die Behörden handelten einen Kompromiss aus und stellten die Gottesdienste in einer Kirche von Gereja Bethel Indonesia in Depok, Provinz Westjava, für mindestens zwei Wochen ein, nachdem eine aufgebrauchte Menge gegen die Existenz der Kirche protestiert hatte.
- 15. September 2023: Fünf Jugendliche aus Papua wurden tot an der Mündung des Brazza-Flusses in Dekai aufgefunden, der Hauptstadt des Bezirks Yahukimo in der Provinz Hochland von Papua. Die Jugendlichen – Jungen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren – waren alle Mitglieder der Protestant Tabernacle (Kingmi) Church of Papua. Nach Angaben der Kirche lieferten die fünf Jugendlichen regelmäßig Lebensmittel in das Dorf, nachdem sie sie in der Nähe gekauft hatten.

- 1. April 2023: Die Behörden schlossen die christlich-protestantische Kirche von Simalungun (Gereja Kristen Protestan Simalungun (GKPS)) in Cigelam, Babakancikao, Purwakarta, Provinz Westjava.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	42	66
2023	33	68
2022	28	68
2021	47	63
2020	49	60

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Lage der Christen in Indonesien hat sich nicht wesentlich verändert. Der Wert für Gewalt ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2023 leicht gesunken (von 12,8 Punkten auf 11,5), da weniger Morde gemeldet wurden. Die Bedrohung durch militante Islamisten ist möglicherweise vorübergehend zurückgegangen, nachdem Dutzende von islamisch-extremistischen Muslimen festgenommen und ihre Anschläge vereitelt wurden. Das Ausmaß des Drucks in den verschiedenen Lebensbereichen ist weitgehend unverändert geblieben, was darauf hindeutet, dass sich für die indonesischen Christen im Alltag nicht viel geändert hat.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die indonesische Regierung hat das anhaltende Problem der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zwar erkannt, doch sind weiterhin patriarchalische Geschlechternormen, Kinderehen und eine hohe Müttersterblichkeitsrate vorherrschend. Für die Opfer ist es oft schwierig, Vorfälle zu melden und Gerechtigkeit zu erhalten. Christlichen Frauen wird mit Scheidung gedroht, was den Verlust der körperlichen und wirtschaftlichen Sicherheit zur Folge hätte. Viele christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft entscheiden sich aus Angst vor gewalttätigen Reaktionen dafür, ihren neuen Glauben geheim zu halten. Gelegentlich werden alleinstehende christliche Konvertitinnen zur Heirat gedrängt. Christliche Frauen werden auch durch erzwungene Bekleidungs Vorschriften marginalisiert und häufig gedrängt, einen Hidschab zu tragen.

Männer: In Indonesien werden sowohl weibliche als auch männliche Christen Opfer von Übergriffen. Bei Männern ist dies jedoch weniger im privaten und häuslichen als vielmehr im öffentlichen Rahmen der Fall. So legen Berichte nahe, dass bekannte männliche Christen wie Pastoren und Aktivisten die Hauptziele der öffentlichen religiösen Diskriminierung

sind. Sie können unter anderem wegen »Anstiftung zum religiösen Hass« angeklagt werden und müssen sich vor Gericht verantworten. Die Präsenz islamisch-extremistischer Gruppen in der Region stellt ebenfalls eine Bedrohung dar.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Minderheitengruppen, die nicht zu den sechs anerkannten Glaubensrichtungen gehören, berichteten über Probleme bei der Angabe ihrer Religion auf Personalausweisen. Im Bemühen um Kontrolle unterstützte die Regierung eine Smartphone-App namens »Smart Pakem«. Diese ermöglichte den Bürgern, Anzeige wegen Ketzerei oder Blasphemie gegen Einzelpersonen und Gruppen zu erstatten, die (nach Ansicht der Regierung) inoffizielle oder unorthodoxe religiöse Praktiken ausübten. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese App, da sie befürchteten, sie könnte Toleranz und Religionsfreiheit untergraben. Inzwischen wurde die App aus dem Google Play Store und dem Apple Store entfernt. Muslimische Minderheiten wie Ahmadis und Schiiten werden Opfer von Übergriffen und werden sowohl von den Behörden als auch von extremistischen sunnitischen Gruppen beobachtet. Auch die hinduistische Minderheit wird marginalisiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Indonesien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Indonesien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden in der Arbeitswelt aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Kirchen erleben große Hindernisse, wenn sie Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude beantragen (ICCPR Art. 21 und 26)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern extremistischer Organisationen getötet (ICCPR Art. 6.1)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
43

LÄNDERPROFIL

Kamerun



Platz 43 / 66 Punkte (2023: Platz 45 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Lage in Kamerun wird für die Christen immer bedrohlicher, insbesondere in den nördlichen Regionen, wo der Extremismus unter großen Teilen der muslimischen Bevölkerung zunimmt. Ein Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist mit großen Gefahren verbunden. Christliche Literatur wie etwa Bibeln zu besitzen, kann Drohungen und sogar Gewalt nach sich ziehen. Dies führt dazu, dass viele christliche Konvertiten gezwungen sind, ihren Glauben im Verborgenen zu praktizieren. Weibliche Konvertiten sind besonders gefährdet. Ihnen droht die Zwangsverheiratung mit einem Nichtchristen oder die Entführung durch Boko Haram, einer Gruppe, deren Präsenz im Land zunimmt und die christliche Frauen unverhältnismäßig häufig für Entführungen ins Visier nimmt.

Außerdem werden kirchliche Aktivitäten massiv gestört, nicht nur von Boko Haram, sondern auch von bewaffneten Separatistengruppen und der Regierung selbst. Im Nordwesten und Südwesten richten sich die Separatisten insbesondere gegen Dorfgemeinschaften, die überwiegend von Christen bewohnt sind. Infolgedessen

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Paul Biya

BEVÖLKERUNG

28.608.000

CHRISTEN

17.647.000 / 61,7 %

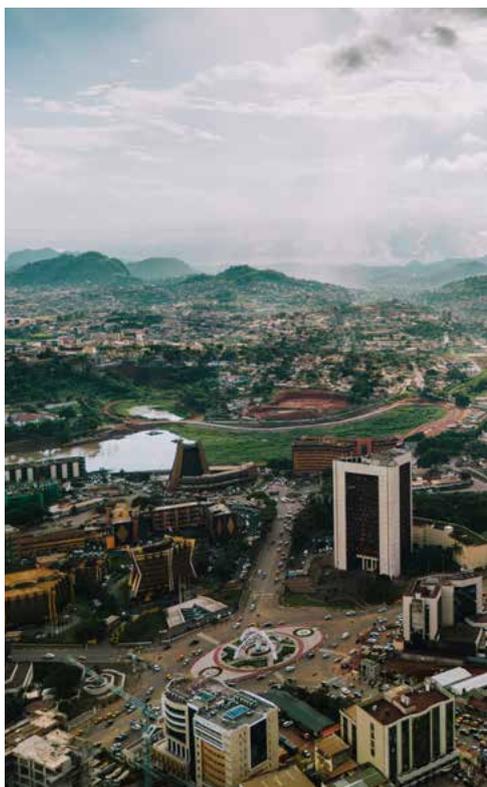
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



wurden auch Kirchengebäude in Mitleidenschaft gezogen und in Brand gesteckt; Leiter von Kirchen und Gemeinden sowie Theologiestudenten wurden entführt, so dokumentiert der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 des US-Außenministeriums (IRFR). Bewaffnete Gruppen besetzen oft Kirchen und verwandeln so geweihte Räume in Orte des bewaffneten Konflikts.

Außerdem unterdrückt die Regierung jeden, der es wagt, sich gegen Ungerechtigkeit auszusprechen. Dies betrifft auch Christen, die sich gegen die systematische Ungleichbehandlung einsetzen, etwa Leiter von Kirchen und Gemeinden. Sie werden durch Einschüchterung oder offenere Formen der Unterdrückung zum Schweigen gebracht. So unterbindet die Regierung jede Art des Widerspruchs aus religiösen Kreisen.

Hintergrund

Kamerun wird seit 1982 von Präsident Paul Biya regiert. Das Land ist strikt in französischsprachige und englischsprachige Regionen unterteilt. Insbesondere in den englischsprachigen Gebieten im Nordwesten und Südwesten herrscht seit 2016 ein Bürgerkrieg. Die Unruhen begannen als Protest englischsprachiger Fachkräfte, die sie sich in der Zentralregierung mangelhaft vertreten sahen. Die Regierung reagierte mit Gewalt, einschließlich willkürlicher Verhaftungen, Folter und Tötungen. So eskalierte die Situation. Es kam zur Bildung bewaffneter Separatistengruppen, zur Vertreibung von rund einer halben Million Menschen und zu anhaltenden Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Separatistenkämpfern.

Inmitten dieses Chaos und weil sich die Regierung auf die Bekämpfung der Separatisten konzentriert, sind Sicherheitslücken entstanden, die Boko Haram nun ausnutzt, vor allem in der Region Extrême-Nord. Dort sind Gemeinden und von Christen bewohnte Dorfgemeinschaften extremer Gewalt ausgesetzt. Frauen und Mädchen stehen in der Gefahr, entführt und mit Kämpfern zwangsverheiratet sowie zum Islam zwangskonvertiert zu werden. Auch christliche Männer und Jungen sind gefährdet, insbesondere diejenigen, die in der Kirche eine Leitungsfunktion haben. Für sie besteht die Gefahr, dass sie entführt, für Milizen zwangsrekrutiert, zur Zwangsarbeit genötigt oder gefoltert und getötet werden.

Christen in Kamerun sind politisch aktiv. Allerdings behindert sie dabei die herrschende Korruption und der Mangel an Demokratie. Laut dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegt Kamerun mit 26 Punkten (0 = sehr korrupt und 100 = sehr integer) den Rang 142 von 180 Ländern.

Die langjährige Herrschaft von Präsident Paul Biya scheint nicht zu Ende zu gehen. Zwar wird er zum Zeitpunkt der für 2025 angesetzten Präsidentschaftswahlen 92 Jahre alt sein; er wird aber voraussichtlich

für eine weitere Amtszeit kandidieren. Diese voraussichtliche Kandidatur ist bemerkenswert, angesichts der anhaltenden Krisen des Landes, insbesondere des Bürgerkriegs in den englischsprachigen Regionen, der grassierenden Korruption und der sich verschlechternden Menschenrechtssituation. Diese Probleme könnten durch Biyas mögliche Kandidatur sowie durch sein Alter weiter angeheizt werden beziehungsweise den Status quo aufrechterhalten. So bleibt wenig Hoffnung auf ein demokratischeres oder transparenteres Kamerun. Boko Haram wird weiterhin insbesondere christliche Gemeinschaften und Gemeinden angreifen und dazu die Sicherheitslücken ausnutzen, die sich der Gruppe bieten, weil sich die Regierung fortwährend auf die Unterdrückung der Separatistenbewegungen in den Regionen Southwest und Northwest konzentriert.

Dem IRFR zufolge leben die meisten Christen in den südlichen und westlichen Landesteilen. In den Regionen Northwest und Southwest gehören sie vor allem protestantischen Kirchen an, aber auch die Zahl der Kirchen der Erweckungsbewegung nimmt in diesen Gebieten stark zu.

In den Jahren 2022 und 2023 gab es keine Anzeichen für eine Verbesserung der Situation. Der Extremismus ist nach wie vor auf dem Vormarsch; jeder, der sich gegen Ungerechtigkeiten ausspricht, wird von der Regierung unterdrückt und zum Schweigen gebracht, auch Christen. Diese starke Verfolgung – sowohl vonseiten der Regierung als auch der bewaffneten Gruppen – erschwert es Christen, ihren Glauben auszuüben.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	17.647.000	61,7
Muslime	5.732.000	20,0
Buddhisten	550	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	4.915.000	17,2
Juden	87	< 0,1
Bahai	71.300	0,2
Atheisten	53.900	0,2
Agnostiker	171.000	0,6
Andere	17.300	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Das Aufrechterhalten von Kontrolle und Sicherheit ist in ganz Kamerun ein großes Problem. Außerdem sind Christen in den folgenden drei Regionen besonders mit Gewalt konfrontiert: In der Region Extrême-Nord, wo Boko Haram und »Islamischer Staat in der Provinz Westafrika« (ISWAP) weiterhin Angriffe verüben sowie in den Regionen Northwest und Southwest, dem Ort der englischsprachigen Unabhängigkeitsbewegung.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Von der islamischen Unterdrückung sind vor allem christliche Konvertiten in der nördlichen Region Adamaoua und in einigen östlichen Regionen betroffen. Sie werden von ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Milizen wie Boko Haram stellen eine ständige Bedrohung für Leben und Sicherheit dar. Sie sind für die Vertreibung vieler Christen verantwortlich, was dazu geführt hat, dass das friedliche Verhältnis zwischen Christen und Muslimen im heutigen Kamerun zu bröckeln beginnt.

Diktatorische Paranoia

Das Regime von Präsident Paul Biya ist für politische Verhaftungen und Morde an Christen verantwortlich, von denen viele nicht mit seiner Herrschaft einverstanden sind. Dies ist vor allem in den englischsprachigen Regionen der Fall, da dort die Unabhängigkeitsbewegung aktiv ist.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kamerun ist eines der korruptesten Länder der Welt. Im Norden werden korrupte Amtsträger mitunter bestochen (etwa von Imamen), damit Christen bei Angriffen von islamisch-extremistischen Gruppen nicht geschützt werden.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Ein großer Teil der Bevölkerung hält an traditionellen Glaubenssystemen fest. In Gebieten, wo sich Christen solchen Praktiken widersetzen, müssen sie damit rechnen, dass ihre Rechte beschnitten werden.

Konfessioneller Protektionismus

Die traditionellen Konfessionen begrüßen die Aktivitäten neuer christlicher Gruppen nicht. Im Jahr 2018 beispielsweise riefen die evangelische, baptistische und katholische Kirchen des Landes die Regierung dazu auf, eine Reihe von Pfingstkirchen zu schließen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische Christen (die über 42 Prozent der christlichen Bevölkerung ausmachen) und einige protestantische Konfessionen werden von der Regierung in ihrer Autonomie beschnitten. Sie werden gelegentlich auch Opfer der Gewalt von Boko Haram.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren in den mehrheitlich muslimischen Regionen den stärksten Druck und die meiste Gewalt von ihrer Familie und ihren Gemeinschaften beziehungsweise ihrem sozialen Umfeld. Viele christliche Konvertiten ziehen daher in andere Teile des Landes um, die ihnen mehr Sicherheit bieten. Christliche Konvertiten mit Hintergrund in einer ethnischen Religion sind ebenfalls dem Druck ihrer Gemeinschaften ausgesetzt, wenn auch weniger stark.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Norden Kameruns stoßen Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden auf Widerstand, wenn sie das Evangelium weitergeben oder versuchen, christliche Konvertiten muslimischer Herkunft in ihre Gemeinden zu integrieren. Einigen Kirchen wurde mit Schließung gedroht, weil sie die Regierung kritisierten.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren neuen Glauben oft verbergen. Sich zu versammeln, ist für sie sehr riskant, ebenso wie der Besitz einer Bibel oder christlicher Literatur.

Familienleben

Im Falle einer Scheidung haben christliche Konvertiten keinen Anspruch auf das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn ihr ehemaliger Ehepartner Muslim ist. Davon sind vor allem christliche Konvertitinnen im Norden des Landes betroffen. Durch den Glaubenswechsel zum christlichen Glauben kann auch das Recht auf das Erbe verloren gehen. In mehreren Fällen mussten sich verheiratete Konvertitinnen zwischen ihrem Ehemann und ihrem Glauben entscheiden, sodass es zu Zwangsscheidungen kam.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft werden in den abgelegenen Gebieten des Nordens von ihrem sozialen Umfeld und ihren Gemeinschaften schikaniert und bedroht. Sie werden sowohl im Bildungswesen als auch im Beruf diskriminiert und stehen unter strenger Beobachtung durch den staatlichen Geheimdienst, was dazu führt, dass sie sich selbst zensurieren.

Leben im Staat

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eingeschränkt, da die Regierung empfindlich auf vermeintliche oder tatsächliche Kritik reagiert. Es kann passieren, dass sie den Zugang zum Internet sperrt und Kritiker verhaften lässt.

Vor allem im Norden gehen die Sicherheitskräfte und die Streitkräfte straffrei aus, wenn sie Zivilisten willkürlich verhaften, foltern oder töten.

Kirchliches Leben

Zusammenstöße zwischen den Regierungstruppen und Separatisten haben christliche Aktivitäten in den englischsprachigen Regionen behindert. Für neue Kirchen ist es schwierig, sich bei der Regierung registrieren zu lassen. So arbeiten viele von ihnen ohne Registrierung. Das wird zwar selten geahndet, die fehlende Registrierung kann jedoch als Druckmittel eingesetzt werden, um einer Kirche mit der Schließung zu drohen, wenn die Regierung der Ansicht ist, dass die betroffene Kirche sie politisch nicht unterstütze.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Im Zusammenhang mit den Separatistenkämpfen in den Regionen Northwest und Southwest kam es zu zahlreichen Angriffen auf Christen und kirchliche Einrichtungen. So meldete der IRFR: »Nach Angaben eines römisch-katholischen Priesters der Diözese Kumbo (Region Northwest), hissten Separatisten am 16. Oktober [2022] in der Pfarrei Tobin während eines Gottesdienstes ihre Fahne vor dem Kirchengebäude der Missionsstation Sankt Therese. Sie feuerten mehrere Stunden lang mit Waffen auf das Stadtzentrum und unterbrachen damit den Sonntagsgottesdienst; die Kirchenbesucher verschlossen die Türen des Gebäudes und lagen mehrere Stunden lang auf dem Boden. Der Priester sagte, kein Kirchenbesucher sei verletzt worden und alle entkamen, nachdem die Separatisten fast drei Stunden später abzogen.«

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	43	66
2023	45	65
2022	44	65
2021	42	64
2020	48	60

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl ist um einen Punkt angestiegen, was auf eine Zunahme des Drucks zurückzuführen ist. Der Wert für Gewalt bleibt mit 15,9 Punkten extrem hoch. Der Druck nimmt im Allgemeinen zu, da das Land mit der Präsenz von Boko Haram und dem anhaltenden Bürgerkrieg unter der englischsprachigen Bevölkerung zu kämpfen hat. Gleichzeitig schränkt die Regierung die Religionsfreiheit der Christen ein.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Auch wenn es sich bei Kamerun um ein säkulares Land handelt, hat die Region Extrême-Nord unter der Gewalt von Boko Haram zu leiden. Frauen und Mädchen werden regelmäßig verschleppt, zwangsverheiratet, vergewaltigt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Mehrere

Mädchen wurden gezwungen, Selbstmordattentate zu verüben. Christliche Konvertitinnen aus traditionellen afrikanischen Religionen oder mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familien und dem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Oft sind sie von ihren Ehemännern oder Vätern abhängig; sie werden unter Hausarrest gestellt oder mit einem Nichtchristen zwangsverheiratet. Verheirateten christlichen Konvertitinnen droht die Scheidung, der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder und der Verlust des Erbes.

Männer: In den nördlichen Regionen stellt Boko Haram eine große Bedrohung für christliche Männer und Jungen dar, insbesondere für Leiter von Kirchen und Gemeinden. Männer werden entführt, zur Zwangsarbeit eingesetzt, gefoltert und von den Milizen zwangsrekrutiert. Die Konfliktsituation in den englischsprachigen Regionen hat ebenfalls zur Instabilität beigetragen und viele Menschen, darunter auch Christen, in die Flucht getrieben. Christen werden auch bei der Vergabe von Arbeitsplätzen diskriminiert, ihre Geschäfte werden boykottiert, und sie werden von Regierungsbeamten schikaniert, wenn sie sich gegen Korruption aussprechen. Dies trifft Familien von Christen in wirtschaftlicher, finanzieller und psychischer Hinsicht. Männliche christliche Konvertiten werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Häufig werden sie verstoßen und ihnen wird das Erbe verweigert.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Gruppen, die die Regierung nicht offen unterstützen, müssen mit Verstößen gegen ihre Rechte rechnen. In Gebieten, in denen Christen in der Mehrheit sind, werden Muslime ausgegrenzt, weil die Menschen sie als mögliche Sympathisanten von Boko Haram betrachten.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kamerun hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kamerun kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten sind Zwang, Gewalt und Schikanen ausgesetzt, einschließlich des Verlusts eines Arbeitsplatzes oder der Möglichkeit, sich weiterzubilden, wenn sie ihren Glauben nicht aufgeben (ICCPR Art. 18, ICESCR Art. 2)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden durch Boko Haram, Sicherheitsbeschränkungen und die Verweigerung von Registrierungen oder Versammlungsgenehmigungen eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 21)
- Christen werden in der öffentlichen und privaten Arbeitswelt diskriminiert (ICCPR Art. 18, ICESCR Art. 2)
- Aus Angst vor Repressalien aufgrund mangelnder Sicherheit wird Christen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert (ICCPR Art. 19)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
44

LÄNDERPROFIL

Brunei



©Alamy

Platz 44 / 66 Punkte (2023: Platz 46 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und dem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Der Glaubenswechsel wird nach dem Scharia-Strafrecht bestraft, wenn ein Verfahren gegen sie eingeleitet wird, auch wenn im Berichtszeitraum keine Fälle bekannt wurden. Alles wird versucht, um die Konvertiten zu ihrem ursprünglichen Glauben zurück zu bringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen angemeldet werden, aber um rechtmäßig tätig sein zu können, werden sie als Unternehmen, Vereine oder Familienzentren registriert. Als solche werden sie wie säkulare Organisationen behandelt und müssen der Regierung jedes Jahr ihre Finanz- und Geschäftsberichte vorlegen. Die gesamte Bevölkerung (einschließlich der Christen) ist von der schrittweisen Einführung der Scharia betroffen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Sultan Hassanal Bolkiah

BEVÖLKERUNG

449.000

CHRISTEN

54.200 / 12,1 %

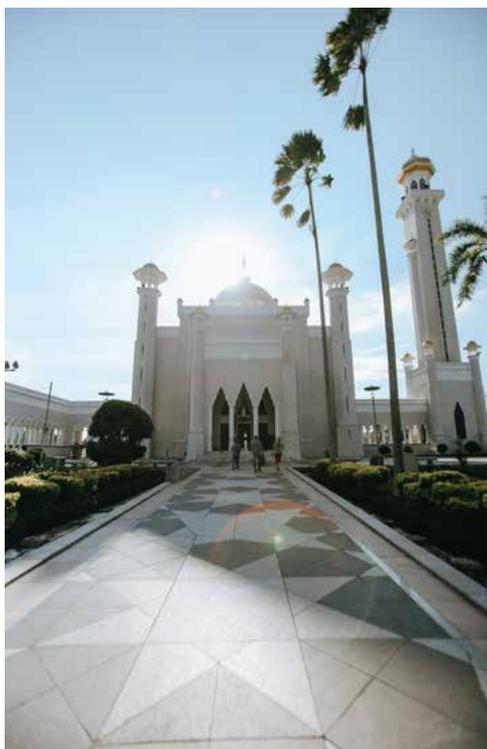
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

In Brunei regiert der Sultan als absoluter Monarch. Die Menschen haben großen Respekt vor dem Sultan, und die Nachfrage nach mehr politischer Beteiligung ist gering. Im Juni 2022 ersetzte der Sultan acht Minister im Rahmen einer großen Umstrukturierung des Kabinetts. Während seine eigenen ministeriellen Pflichten unverändert blieben, ist die Änderung bemerkenswert, weil zum ersten Mal seit 1958 eine Frau zu einem vollwertigen Mitglied des Kabinetts ernannt wurde, in diesem Fall als Bildungsministerin.

Die nationale Philosophie heißt »Melayu Islam Beraja« (MIB), eine Mischung aus malaiischen und islamischen kulturellen Werten, die von der Monarchie bewahrt wird. Im Mai 2014 wurde das neue Strafgesetz auf Grundlage der Scharia (das auch für Nichtmuslime gilt) eingeführt; die Umsetzung erfolgte jedoch erst 2019. Die internationalen Medien wiesen schnell auf die schwerwiegenden Folgen für die LGBTI-Gemeinschaft im Land hin, und es gab Aufrufe zum Boykott aller Luxushotels, die einem Unternehmen im Besitz des Sultans gehören. Bislang wurden keine Verfahren gegen religiöse Minderheiten (oder die LGBTI-Gemeinschaft) gemeldet.

Die ethnisch malaiischen Bruneier machen 57 % der Bevölkerung aus, und es wird offiziell davon ausgegangen, dass sie Muslime sind. Die chinesische Bevölkerung ist teils buddhistisch, teils christlich (der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung beträgt 12 %). Den Christen steht es frei, ihren Glauben auszuüben, aber sie wurden davor gewarnt, missionarisch aktiv oder allgemein zu sichtbar zu werden.

Neben der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirche gibt es in Brunei einige protestantische Kirchen, die auch ausländischen Gemeinschaften dienen (z. B. Filipinos und Indern).

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	54.200	12,1
Muslime	259.000	57,7
Hindus	4.200	0,9
Buddhisten	45.700	10,2
Anhänger ethnischer Religionen	45.300	10,1
Bahai	360	0,1
Atheisten	130	< 0,1
Agnostiker	5.300	1,2
Andere	35.530	7,9

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Das Land ist klein, und es gibt keine besonderen Gebiete, in denen Christen häufiger Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit diktatorischer Paranoia

Die Scharia in ihrer zivilen und administrativen Dimension wurde bereits vor der Unabhängigkeit Bruneis im Jahr 1984 vollständig umgesetzt. Die Regierung bietet potenziellen Konvertiten zum Islam (vor allem aus indigenen Gemeinschaften) Anreize, darunter Hilfe bei der Wohnungssuche und Sozialhilfe. Familienmitglieder und Nachbarn können Christen muslimischer Herkunft leicht Probleme bereiten, indem sie diese dem staatlichen Sicherheitsdienst KDN melden, was regelmäßig geschieht. Ein staatliches Gremium, der Oberste Rat der Malaiischen Islamischen Monarchie, bemüht sich um die Verbreitung der MIB-Philosophie und stellt sicher, dass sie in den Gesetzen und der Politik des Landes verankert wird.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie schließt römisch-katholische und anglikanische Kirchen ein. Sie werden streng überwacht und müssen Vorsicht walten lassen, obwohl sie weniger Druck ausgesetzt sind als neuere protestantische Gruppen und Konvertiten.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

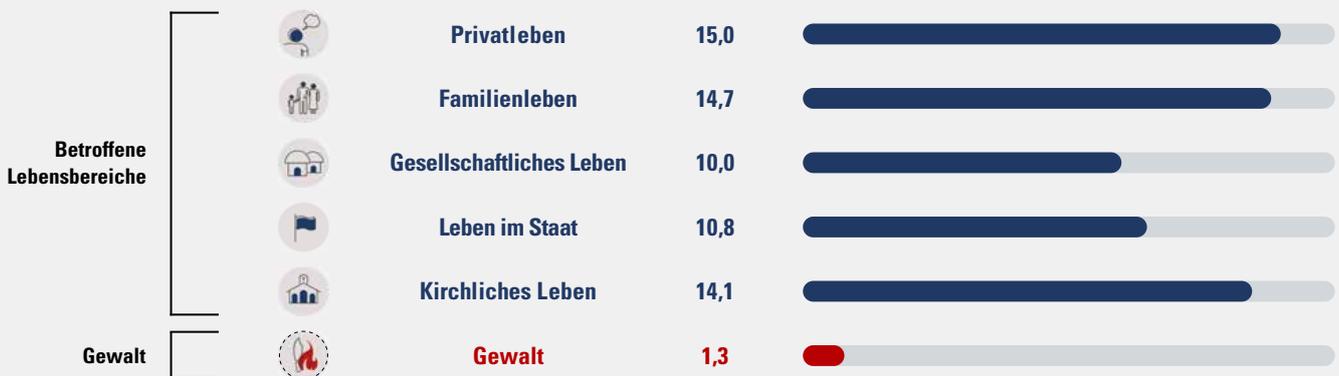
Christen muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird. Sollte ihr Glaubenswechsel bekannt werden, werden die Behörden einschreiten, um sie zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzubringen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den nichttraditionellen christlichen Gemeinschaften gehören die evangelikalen Gemeinden und die Pfingstgemeinden. Sie werden von den Behörden und dem Umfeld genau beobachtet.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.



Privatleben

Die Gesetze Bruneis sehen vor, dass die Abkehr vom Islam mit dem Tod oder einer langen Gefängnisstrafe mit körperlicher Züchtigung bestraft wird. Ein zum christlichen Glauben Konvertierter darf nicht über seinen Glauben sprechen, da dies als Missionierung ausgelegt werden kann, was gegen die Scharia verstößt und mit einer Gefängnisstrafe oder Geldstrafe geahndet werden kann. Christen und besonders Gemeindeleiter stehen unter der permanenten Überwachung der Behörden.

Familienleben

In den Schulen darf nicht über den christlichen Glauben gelehrt werden, und alle Schüler müssen den Islam (oder vielmehr die nationale MIB-Philosophie) studieren. Studentinnen müssen in staatlichen Bildungseinrichtungen ein Kopftuch tragen. Der Druck ist besonders hoch auf Kinder von Konvertiten, sobald entdeckt wird, dass ihre Eltern »Abtrünnige« sind. Das Gesetz verbietet es jedem Muslim, das Sorgerecht für einen Minderjährigen zugunsten eines Nichtmuslims aufzugeben. Daher können Nichtmuslime keine muslimischen Kinder oder Kinder, deren Eltern unbekannt sind, adoptieren.

Gesellschaftliches Leben

Der Islam durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft, und die Christen werden von der Gesellschaft und der Regierung unter Druck gesetzt, an islamischen Riten und Zeremonien teilzunehmen. Zudem gibt es strikte Vorgaben und Strafen in Bezug auf das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime. Die Kirchen verzeichnen einen allmählichen Rückgang der Mitgliederzahl, da Menschen zum Islam übertreten; in erster Linie, um sozialem Druck zu entgehen, aber auch wegen finanzieller Vorteile wie dem Erhalt von jährlich 1.000 Brunei-Dollar für 10 Jahre. Gelegentlich wird auch über andere Anreize berichtet. Die Bemühungen der islamischen Missionare (Dawah) werden in den nationalen Zeitungen weithin bekannt gemacht und gefeiert, wobei die Konvertiten mit ihren neuen Namen angekündigt werden.

Leben im Staat

Da es ein Gesetz gegen Aufwiegelung gibt und Christen die Lehren des MIB und das Scharia-Strafrecht immer im Hinterkopf haben, sind sie sehr darauf bedacht, sich selbst zu zensieren, um Ärger zu vermeiden, zumal nicht ganz klar ist, welche Äußerungen als aufrührerisch angesehen werden könnten. Vergünstigungen und Beförderungen sind auf Malaien und Konvertiten zum Islam beschränkt, wenn sie Staatsbürger sind, was den Druck auf Christen erhöht, zu konvertieren.

Kirchliches Leben

Sechs Kirchen haben offizielle Genehmigungen, die sie während der Kolonialzeit erhalten haben. Die Regierung erlaubt es nicht, dass andere Kirchen registriert werden. Alle Aktivitäten von Kirchen und besonders die Predigten werden überwacht. Vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, da sie von Informanten der Regierung bespitzelt werden. Diese Informanten sind manchmal selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wurde. Die Pastoren achten sehr darauf, nichts zu sagen, was als Kritik oder Beleidigung der Regierung oder der königlichen Familie ausgelegt werden könnte. Veröffentlichte Materialien unterliegen der gründlichen Überprüfung der Behörden. Es gibt ein dauerhaftes Verbot gegen die Einfuhr religiöser Schriften.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum wurde ein Gebäude einer christlichen Einrichtung angegriffen. Mehrere Christen sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen, und ein Christ wurde körperlich angegriffen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	44	66
2023	46	65
2022	46	64
2021	39	64
2020	37	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

In diesem Jahr stieg die Punktzahl um 0,7 Punkte, was eine stabile, aber schwierige Situation für die Christen im Land widerspiegelt. Die Einführung der Scharia hat sich bisher noch nicht auf das Ergebnis ausgewirkt, und es bleibt abzuwarten, was sie für die Christen bedeutet, abgesehen von zunehmender Unsicherheit und Angst. Der Druck auf das kirchliche Leben hat am stärksten zugenommen, da die Beschränkungen für die Arbeit unter Jugendlichen immer stärker spürbar werden, vor allem wenn ein solcher Dienst als Missionierung verstanden werden kann. Der durchschnittliche Druck ist sehr hoch. Der Wert für Gewalt hat sich verdreifacht, bleibt allerdings auf einem sehr niedrigen Maß. Die Kontrolle, Überwachung und Bespitzelung von Christen bleibt für die Behörden wichtiger als die Ausübung von Gewalt.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Obwohl Brunei das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) unterzeichnet hat, sind Frauen und religiöse Minderheiten durch das neue Scharia-Strafrecht bedroht. Aufgrund der strengen Umsetzung der islamischen Gesetze müssen sich christliche Frauen im Allgemeinen sittsam kleiden und können gezwungen werden, in staatlichen Bildungseinrichtungen und Büros einen Hijab zu tragen. Frauen und Mädchen werden in der Regel von ihrer Familie enteignet, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Sie können gezwungen werden, an religiösen Rehabilitationsprogrammen teilzunehmen. Manchmal wird den Frauen mit der Zwangsheirat

mit einem Muslim gedroht, oder wenn sie verheiratet sind, werden ihnen die Kinder weggenommen, um eine muslimische Erziehung sicherzustellen.

Männer: Konvertiten zum christlichen Glauben sind dem stärksten Druck ausgesetzt. Männer und Jungen werden in der Regel von der Familie verstoßen, wenn sie konvertieren, und sind gezwungen, das Elternhaus zu verlassen. Bei der Verfolgung durch religiöse Behörden sind sie Schlägen, Demütigungen und noch härterer Behandlung ausgesetzt. Auch in Bildungseinrichtungen können Schüler Diskriminierung und Beschimpfungen erfahren.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Gruppen, die als Abweichler gesehen werden, wie Schiiten und Ahmadis, sind verboten und werden verfolgt. Der Atheismus ist ebenfalls verboten. Die Aktivitäten von Hindus werden eingeschränkt. Der einzige Hindu-Tempel des Landes befindet sich in der britischen Kaserne des Gurkha-Regiments. Auch Sikhs und buddhistische Gemeinschaften besuchen diesen Tempel, um dort zu beten. Chinesischen Staatsangehörigen wurde untersagt, ihr Neujahrsfest mit dem Drachentanz zu feiern. Die indigene Gemeinschaft der Iban, von denen viele Animisten sind, ist ein besonderes Ziel für die Dawah (islamische Mission).

Am 15. Oktober 2019 wurde zum ersten Mal ein Nicht-Muslim nach der Scharia wegen Diebstahls angeklagt. In sozialen Medien in Brunei gab es schockierte Äußerungen darüber, dass die Scharia nun offenbar auch für Nicht-Muslime gilt.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Brunei hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Brunei kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden oder das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
45

LÄNDERPROFIL

Komoren



Platz 45 / 66 Punkte (2023: Platz 42 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Religiöse Minderheiten, insbesondere Christen, sind extremen Einschränkungen unterworfen, wenn es darum geht, ihren Glauben offen zu praktizieren oder auch nur darüber zu sprechen. Für christliche Familien, insbesondere für Konvertiten aus dem Islam, sind die Herausforderungen noch größer. Sie müssen ihre Kinder auf Medressen (Koranschulen) schicken oder sie werden angefeindet. Öffentliche Gottesdienste oder auch nur Gespräche über den christlichen Glauben im öffentlichen Raum können als strafbare Bekehrungsversuche ausgelegt werden. Es gibt immer wieder Berichte über lokale Gemeinschaften, die der Konversion zum christlichen Glauben verdächtige Personen ausschließen und so ein Umfeld schaffen, das der Religionsfreiheit entgegensteht. Frauen, die den christlichen Glauben angenommen haben, können als eine Form der sozialen und familiären Bestrafung unter Hausarrest gestellt werden. Unter diesen Bedingungen sind die Christen, insbesondere diejenigen, die vom Islam konvertiert sind, gezwungen, ihren Glauben im Verborgenen zu praktizieren. Eine derart restriktive religiöse Landschaft untergräbt die Religionsfreiheit erheblich und stellt die religiösen Minderheiten auf den Komoren vor große Herausforderungen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Azali Assoumani

BEVÖLKERUNG

926.000

CHRISTEN

4.700 / 0,5 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Föderale Präsidentialrepublik



Hintergrund

Auf die Unabhängigkeit von Frankreich um 1975 folgten Jahre politischer Instabilität. 2006 erlebte die Inselgruppe der Komoren einen demokratischen Wandel. Der Islam wird in der Verfassung zur Staatsreligion erklärt, und die schafiitische Rechtsschule des sunnitischen Islam bestimmt die Normen für das Leben auf den Komoren. 98 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Die Verfassung gewährt gleiche Rechte für alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion oder Weltanschauung. Allerdings ist Missionierung gesetzlich verboten und wird mit Geld- und Haftstrafen geahndet, außer für den sunnitischen Islam. Das Gesetz sieht die Ausweisung von Ausländern vor, die missionarisch tätig sind.

Es gibt nur eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen. Christliche Nichtregierungsorganisationen werden jedoch diskriminiert, indem der Staat ihnen Beschränkungen in Bezug auf Werbung und ihre Tätigkeiten auferlegt.

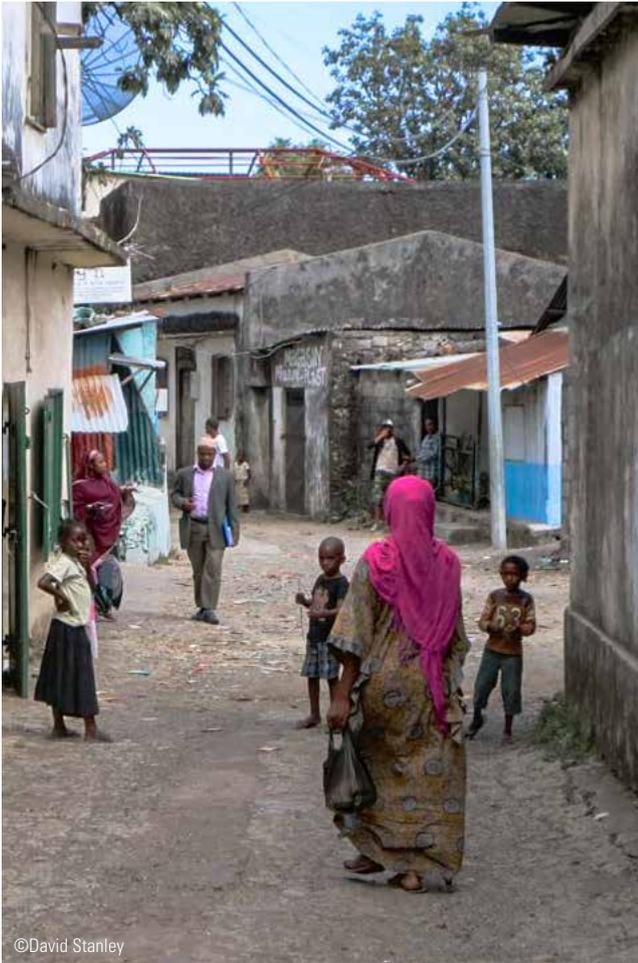
Anders als in anderen Teilen Afrikas sind die Familien auf den Komoren matriarchalisch organisiert. Die Frauen haben die Aufgabe, die Ehe zu begründen und ein Haus für die Familie zu bauen. Die religiöse Führung liegt zwar in den Händen der Männer, aber die Frauen haben innerhalb der Familie großen Einfluss. Rechtlich haben Frauen einen geringeren Status. Zudem ist ihre Situation dadurch beeinträchtigt, dass in der Kultur Polygamie und Kinderheirat praktiziert werden und der Ehemann einseitig die Scheidung erklären kann. Darüber hinaus ist das Land mit Problemen wie hoher Bevölkerungsdichte und Armut konfrontiert.

Vorteilhaft wirkt sich hingegen aus, dass die Kriminalitätsrate auf den Komoren niedrig ist und keine unmittelbare Bedrohung durch militante Islamisten besteht. Es gibt jedoch einige islamische Extremisten, Dschaulas genannt, welche die Christen schikanieren, insbesondere Konvertiten aus dem Islam.

Die christliche Bevölkerung der Komoren (0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) konzentriert sich in den wichtigsten Städten, insbesondere in der Hauptstadt Moroni und in Mutsamudu, der Hauptstadt der Insel Anjouan. Die Mehrheit der Christen ist römisch-katholisch.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.700	0,5
Muslime	911.000	98,4
Anhänger ethnischer Religionen	8.800	1,0
Bahai	790	0,1
Atheisten	120	< 0,1
Agnostiker	1.200	0,1

Quelle: World Christian Database



©David Stanley

Gibt es regionale Unterschiede?

Alle christlichen Gemeinschaften auf den Komoren sind der Verfolgung ausgesetzt. Die Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft ist am schlimmsten, unabhängig davon, in welcher Region sie leben.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist auf den Komoren nicht neu, hat sich aber verschärft, seit eine Verfassungsänderung vorgenommen wurde, die den sunnitischen Islam zur Staatsreligion erklärt. Einhergehend mit der neuen Verfassung nehmen immer mehr Komorer ein extremistisches Verständnis des Islam an, insbesondere auf den Inseln Anjouan und Mohéli. In Moscheen und islamischen Bildungseinrichtungen lehren einige muslimische Religionsführer regelmäßig

christenfeindliche Ansichten. Die Dschaulas, eine ultra-konservative Gruppe extremistischer Lehrer, von denen viele in Pakistan ausgebildet wurden, drängen das Land hin zu einer extremeren Auslegung der Scharia. Vor allem die Dschaulas belästigen, schikanieren und ächten Christen, insbesondere solche mit muslimischem Hintergrund. Wie in vielen anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist es für die Mehrheit der Komorer undenkbar, den Islam zu verlassen. Wer es dennoch tut, wird von Familie und gesellschaftlichem Umfeld diskriminiert und schikaniert. Christen werden Gottesdiensträume, öffentliche Gespräche über Religion und öffentliches Predigen verweigert.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung hat ihre Macht durch die Förderung des sunnitischen Islam auf Kosten aller anderen Religionen gefestigt und die Aktivitäten von Christen und christlichen Nichtregierungsorganisationen stark eingeschränkt. Sie hat offen erklärt, dass die Religionsfreiheit nicht für Konvertiten und Christen gelte.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christen dieser Gruppe (etwa aus der Kirche der Madagassen) dürfen keine Christen muslimischer Herkunft aufnehmen und nicht öffentlich außerhalb ihrer Kirchengebäude predigen, andernfalls werden sie ausgewiesen. Sie werden von extremistischen Muslimen, nicht christlichen religiösen Leitern und politischen Leitern unter Druck gesetzt. Ihre Lage könnte sich dadurch verbessern, dass die Regierung seit Kurzem positive Veränderungen anstrebt: sowohl innenpolitisch als auch im Hinblick auf den Aufbau von Beziehungen zu westlichen Ländern.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund werden zu Hause durch Familienangehörige und durch ihr soziales Umfeld verfolgt. Sie werden gemieden und völlig von ihren Familien und Freunden isoliert. Christliche Konvertiten erfahren auch Verfolgung von Regierungsbeamten, politischen Akteuren, nicht christlichen religiösen Leitern und islamisch-extremistischen Gruppen wie den bereits erwähnten Dschaulas.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe gehören Baptisten und andere evangelikale Christen. Sie sagen das Evangelium weiter und müssen deshalb mit Geld- und Haftstrafen rechnen. Im Strafgesetzbuch heißt es: »Wer unter Muslimen eine

andere Religion als den Islam offenbart, verbreitet und lehrt, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Komoren-Francs bestraft«.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Obwohl der Glaubenswechsel nicht offiziell verboten ist, werden Komorer, die sich vom Islam abgewandt haben, von ihrer Familie und ihren Freunden stark unter Druck gesetzt: Sie werden geächtet, verlieren ihren Lebensunterhalt und werden geschieden. Konvertiten könnten keine christlichen Symbole wie das Kreuz tragen, ohne dass ihnen Gewalt droht. Die Regierung hat öffentlich zur Gewalt gegen nicht sunnitische Bürger ermutigt. Das Gesetz verbietet die öffentliche Ausübung nicht sunnitischer religiöser Rituale mit der Begründung, dass sie den Zusammenhalt der Gesellschaft stören und die nationale Einheit gefährden. Öffentlich den christlichen Glauben zu predigen ist eine Straftat – und jede Erwähnung oder Äußerung des christlichen Glaubens kann als öffentliche Predigt ausgelegt werden. Missionierung ist auf den Komoren illegal und wird mit einer Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Komoren-Francs (entspricht etwa 100 bis 1.000 Euro) und einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr geahndet.

Familienleben

Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, dass es für die Komorer keine Religionsfreiheit gibt. Christliche Feierlichkeiten wie Hochzeiten können als Predigt ausgelegt werden. Dies ist illegal und könnte einen Angriff durch eine aufgebrachte Menge nach sich ziehen, weshalb sich Christen sehr zurückhalten. Für die Regierung sind alle Komorer sunnitische Muslime; jedes Kind (auch von Konvertiten) wird als Muslim betrachtet und als solcher registriert. Die Eltern können sich nicht weigern, ihre Kinder auf islamische Schulen zu schicken; deren Besuch ist Pflicht.

Gesellschaftliches Leben

Die offene Ausübung des christlichen Glaubens ist verboten, und die Gesellschaft hat ein wachsames Auge auf alle nicht muslimischen Gruppen, wobei Christen muslimischer Herkunft am stärksten ausgegrenzt, gemieden, belästigt und bedroht werden. Sie werden als Ausgestoßene gesehen, die keinen Respekt und keinen Schutz verdienen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Christen muslimischer Herkunft

gezwungen werden, ihren Glauben zu widerrufen; daher halten christliche Konvertiten ihren Glaubenswechsel geheim.

Leben im Staat

Auf den Komoren wird die Religionsfreiheit immer stärker eingeschränkt. Im Einklang mit der Verfassung fordert die Regierung die Bürger öffentlich dazu auf, alle Formen von Religion außer dem sunnitischen Islam abzulehnen. Familien und Gemeinschaften, die Konvertiten meiden, seien es Christen oder schiitische Muslime, erhalten ihre Impulse dazu von der Regierung. Es ist schwierig für Christen, Versammlungsorte für Gottesdienste zu finden, da die Regierung ihnen im ganzen Land nur an zwei ausgewiesenen Orten das Gebet erlaubt: dies sind die Kirchen für Ausländer in Moroni und Mutsamudu.



Kirchliches Leben

Kirchliche Aktivitäten werden weiterhin überwacht, um sicherzustellen, dass kein komorischer Staatsangehöriger daran teilnimmt. Christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden werden als illegale Missionierung angesehen; es gibt zwar Gemeinschaften von Konvertiten und nicht traditionelle christliche Gemeinschaften, aber sie können weder frei noch offiziell agieren. Die bestehenden Kirchen von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten dürfen keine neuen Gemeinden gründen, da dies ein Beweis für ihr Wachstum wäre. Seit Jahrzehnten wurde im Land keine neue Kirche mehr gebaut oder registriert.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine konkreten Beispiele genannt werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	45	66
2023	42	66
2022	53	63
2021	50	62
2020	54	57

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl der Komoren ist gleich geblieben.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Obwohl auf den Komoren Frauen diejenigen sind, die den Besitz erben, werden Religion und das gesellschaftliche Leben von sunnitischen Prinzipien beherrscht, wodurch christliche Frauen und Mädchen gesellschaftlich benachteiligt werden. Fälle von häuslicher Gewalt und Verfolgung von christlichen Frauen, insbesondere von Christinnen muslimischer Herkunft, werden oft nicht gemeldet, da Frauen

rechtlich und sozioökonomisch kaum geschützt sind. Außer strafrechtlicher Verfolgung drohen Konvertitinnen auch in höherem Maß Missbrauch und Diskriminierung. Komorische Frauen und Mädchen sind aufgrund der schwachen Grenzkontrollen des Landes zudem einem hohen Risiko des grenzüberschreitenden Menschenhandels ausgesetzt.

Männer: Die Situation von Christen, die schon aus christlichen Familien stammen, ist für Frauen und Männer sehr ähnlich. In Bezug auf christliche Konvertiten dagegen werden Frauen und Männer auf sehr unterschiedliche Weise verfolgt. Männer, die aus dem Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, werden vom gesellschaftlichen Umfeld unter Druck gesetzt. Aufgrund der vorherrschenden matriloalen Normen stehen sie besonders in der Gefahr, von zu Hause vertrieben oder zur Scheidung gezwungen werden. Dass es keine gesetzlichen Bestimmungen gegen die Diskriminierung von Konvertiten gibt und ein großer Teil der Bevölkerung mit den Extremisten sympathisiert, verschlimmert die diskriminierenden Bedingungen am Arbeitsplatz und die Gefahr körperlicher Gewalt. Viele Konvertiten sind daher gezwungen, aus dem Land zu fliehen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In den Jahren 2022 und 2023 berichteten schiitische Muslime und Ahmadis, dass sie keine öffentlichen Gottesdienste abhalten konnten und dass die Behörden gelegentlich ihre religiösen Versammlungen in Privathäusern besuchten, um ihre Praktiken zu beobachten, allerdings ohne diese zu stören. Der konservative Charakter der Gesellschaft und die Haltung der Regierung zur Religion haben zu diesen Einschränkungen beigetragen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Komoren haben sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Komoren kommen ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstoßen oder sie nicht schützen:

- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (CEDAW Art. 16)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

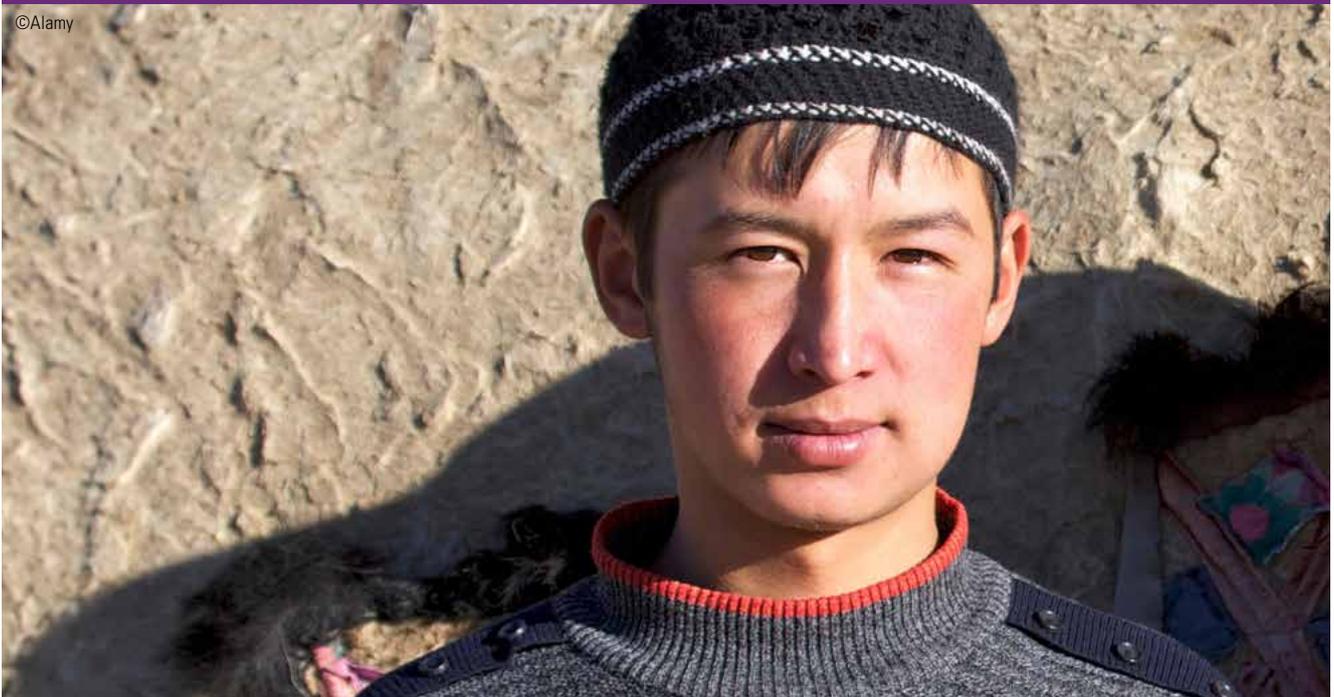
WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
46

LÄNDERPROFIL

Tadschikistan

©Alamy



Platz 46 / 66 Punkte (2023: Platz 44 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Regierung übt Druck auf alle »abweichenden« Gruppen aus, indem sie geltende Gesetze verschärft und rigoros durchsetzt. Einheimische Christen muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, die sowohl vom Staat als auch von der Familie und dem sozialen Umfeld ausgeht. Russisch-orthodoxe Gemeinden haben die wenigsten Probleme mit der Regierung, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte zur tadschikischen Bevölkerung aufzubauen. Das Jugendgesetz hat Christen (und andere religiöse Minderheiten) in eine juristische Ungewissheit gebracht, da nicht klar ist, welche Art der Jugendarbeit noch erlaubt ist.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Emomaliy Rahmon

BEVÖLKERUNG

10.162.000

CHRISTEN

63.100 / 0,6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Tadschikistan hat den höchsten muslimischen Bevölkerungsanteil in Zentralasien, aber es wäre falsch, Tadschikistan als ein muslimisches Land zu bezeichnen. Siebzig Jahre Atheismus zu Zeiten der Sowjetunion haben ihre Spuren hinterlassen. Die säkulare Regierung hält den Islam streng unter Kontrolle; die meisten Bürger folgen eher islamischer Kultur als strengen islamischen Vorschriften. Die meisten Christen sind ethnische Russen und gehören der russisch-orthodoxen Kirche an, aber es gibt auch um die 3.000 tadschikische christliche Konvertiten. Außerhalb der staatlich geführten und kontrollierten Einrichtungen sind religiöse Aktivitäten verboten. Insbesondere Protestanten, die im Gegensatz zu orthodoxen Christen als Extremisten gelten, sind erheblichen Übergriffen ausgesetzt. Tadschikistan hat eine lange Grenze zu Afghanistan, was die Gefahr der Einschleusung von islamisch-extremistischen Gruppen und des Opiumhandels mit sich bringt. Durch die Aktivitäten des »Islamischen Staats« (IS) kam es auch zu Morden, wie aus den Reisehinweisen der britischen Regierung hervorgeht.

Im August 2011 wurde ein neues Gesetz zur Regelung religiöser Angelegenheiten in Kraft gesetzt. Es untersagt jegliche religiöse Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Dieses Gesetz hatte enorme Auswirkungen auf kirchliche Aktivitäten, da schätzungsweise 50 Prozent aller Christen dieser Altersgruppe angehören. Im Januar 2018 traten Änderungen des Religionsgesetzes in Kraft, die es dem Staat unter anderem ermöglichen, die Anforderungen an religiöse Organisationen zu erhöhen, sodass sie alle ihre Aktivitäten melden und eine staatliche Genehmigung für die Ernennung aller Imame einholen müssen. Am 6. Oktober 2021 führte Tadschikistan neue Strafmaßnahmen gegen einen »im Untergrund« durchgeführten Religionsunterricht von Kindern ein. Das Strafgesetzbuch wurde dahingehend geändert, dass im Falle eines illegalen Religionsunterrichts, einschließlich des Unterrichts über das Internet, eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden kann.



Die meisten Christen gehören ethnischen Minderheiten an – sie sind Russen und Ukrainer. In den 1990er-Jahren, in der Anfangszeit der Unabhängigkeit Tadschikistans, war die Zahl der Christen im Land aufgrund der russischen und ukrainischen Auswanderungswelle drastisch zurückgegangen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	63.100	0,6
Muslime	9.966.000	98,1
Buddhisten	4.600	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	7.400	0,1
Juden	300	< 0,1
Bahai	4.400	< 0,1
Atheisten	15.700	0,2
Agnostiker	97.100	1,0
Andere	2.500	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Zu Rechtsverletzungen gegenüber christlichen Gemeinden durch Regierungsbeamte kommt es überall im Land. Der Druck von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten ist in ländlichen Gebieten stärker.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte Institutionen sind erlaubt. Der Druck der Behörden ist seit 2015 gestiegen, sodass die Zahl der Razzien bei Versammlungen, die Beschlagnahmungen von christlichem Material und die Zahl der Geldstrafen und Verhöre von Christen zugenommen haben. Protestanten werden als gefährliche Anhänger einer fremdartigen Sekte betrachtet, deren Ziel es sei, das derzeitige politische System zu zerstören.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Wenn einheimische (muslimische) Bürger zum christlichen Glauben konvertieren, werden sie von ihren Familien und

Gemeinschaften unter Druck gesetzt und gelegentlich mit körperlicher Gewalt dazu gezwungen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren, insbesondere in ländlichen Gebieten. Einige christliche Konvertiten werden unter Hausarrest gestellt oder aus ihren Wohnungen vertrieben. Viele halten ihren christlichen Glauben geheim.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den Christen aus traditionellen Kirchen gehören die Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche. Sie geben das Evangelium unter den Tadschiken nicht weiter, sodass sie ohne größere staatliche Einmischung arbeiten können, da das tadschikische Regime sie nicht als Bedrohung wahrnimmt. Außerdem will die tadschikische Regierung Russland nicht provozieren, indem sie gegen die russisch-orthodoxe Kirche vorgeht.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck seitens der Familie und des sozialen Umfelds, da der Glaubenswechsel als Verrat an Volk, Land und Religion angesehen wird, der Schande über die Familie bringt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den christlichen Konvertiten erfahren freikirchliche Christen und Gemeinden die zweitmeisten Übergriffe, weil sie aktiv das Evangelium weitergeben. Baptisten, evangelikale Christen und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter zahlreichen Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen durch die Behörden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Ein Glaubenswechsel ist zwar offiziell zulässig, wird aber als Verrat an Familie und Kultur angesehen. Dies kann zu Gewalt und Druck führen, da Menschen aus dem sozialen Umfeld christlicher Konvertiten versuchen, diese zu einem Widerruf ihres neuen Glaubens zu bewegen. Viele christliche Konvertiten halten ihren Glauben deshalb geheim.

Familienleben

Wenn ein Elternteil zum christlichen Glauben konvertiert, versuchen andere Familienmitglieder, das Sorgerecht für dessen Kinder zu erlangen, um sie nach islamischen Grundsätzen zu erziehen. Nach dem Gesetz dürfen Kinder und



Jugendliche unter 18 Jahren nicht an den Aktivitäten einer Kirche oder Moschee teilnehmen. Kinder von Christen werden von Mitgliedern ihres sozialen Umfelds verleumdet; muslimische Kinder dürfen oft keinen Kontakt zu ihnen pflegen. In der Sekundarschule müssen alle Kinder das Fach Religionsgeschichte belegen, das aus sunnitisch-muslimischer Sicht unterrichtet wird.

Gesellschaftliches Leben

Nicht orthodoxe Christen werden von Mitgliedern ihres sozialen Umfelds beobachtet und von lokalen Staatsbeamten überwacht, unter anderem durch Abhören ihrer Telefonate. Diese Christen werden mitunter schikaniert, verhört und bedroht. Dies gilt insbesondere für christliche Konvertiten, deren Glaubenswechsel öffentlich geworden ist.

Leben im Staat

Die Verfassung schützt die Religionsfreiheit. Jedoch verpflichtet das Religionsgesetz von 2009/2011 (mit Ergänzungen vom Januar 2018) alle religiösen Organisationen dazu, sich registrieren zu lassen. Alle kirchlichen Aktivitäten von nicht registrierten Gruppen sind illegal. Es besteht ein Verbot von nicht genehmigtem Religionsunterricht und eine Zensur aller religiösen Inhalte. Das Gesetz zu den Elternpflichten verbietet es Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, sich an den Aktivitäten religiöser Organisationen zu beteiligen.

Kirchliches Leben

Die Gesetze zur Regelung religiöser Angelegenheiten vom August 2011 verbieten jede kirchliche Jugendarbeit. Herstellung, Einfuhr, Verkauf und Verteilung von religiösen

Materialien durch registrierte religiöse Gruppen müssen von der Regierung genehmigt werden. Damit sind faktisch alle Materialien verboten, die von nicht registrierten religiösen Gruppen verwendet werden. Für ausländische Christen gibt es Einschränkungen bei der Einreise nach Tadschikistan. Es wird ein besonderes Visum benötigt, das sehr schwer zu bekommen ist.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurden keine gewaltsamen Übergriffe gemeldet. Das US-Außenministerium stellte in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 mit Hinblick auf Tadschikistan jedoch fest, dass »Personen außerhalb der Regierung nach wie vor erklärten, sie thematisierten nicht die gesellschaftliche Achtung religiöser Vielfalt, einschließlich Misshandlungen oder Diskriminierung aufgrund von religiösen Überzeugungen, aus Angst vor Schikanen durch die Regierung. Vertreter der Zivilgesellschaft sagten, sie vermieden weiterhin eine Diskussion über Religion im Allgemeinen und die Beziehungen zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen im Speziellen.«

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	46	66
2023	45	66
2022	45	65
2021	33	66
2020	31	65

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl von 66 Punkten ist im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2023 gleich geblieben. Die Regierung schränkt kirchliche Aktivitäten in vielerlei Hinsicht ein. Eine Kirche wurde geschlossen, und vor allem das Jugendgesetz hat Christen (und andere religiöse Minderheiten) in eine juristische Ungewissheit gebracht, da nicht klar ist, welche Art der Jugendarbeit noch erlaubt ist.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Männer und Frauen sind rechtlich gleichgestellt, aber in der traditionellen Kultur sind die Frauen den Männern unterworfen und häusliche Gewalt ist weitverbreitet. Christliche Konvertitinnen, die sich vom Islam abgewandt haben, sind besonders von Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt bedroht, da sie als Frauen nicht die Unabhängigkeit oder Freiheit haben, selbst ihre Religion zu wählen. Sie müssen mit Hausarrest, Schlägen, Ablehnung, Belästigung und Zwangsheirat rechnen. Wenn sie bereits verheiratet sind, sind häusliche Gewalt und eine Zwangsscheidung wahrscheinlich. Außerdem verbietet der Staat religiöse Kleidung oder Symbole, einschließlich derer, die von Christinnen getragen werden.

Männer: Wie in weiten Teilen Zentralasiens übernehmen Männer in Tadschikistan in Familien und Kirchen eine Führungsfunktion. Aufgrund dieser werden sie gezielt angegangen; sie werden von der Polizei durch Verhöre, Geldstrafen und das Stören von Zusammenkünften unter Druck gesetzt; der Staat verletzt ihre Religionsfreiheit mit Durchsuchungen, Festnahmen, Verhören, Beschlagnahmungen,



Geld- und Freiheitsstrafen. In der Haft werden die Männer verbal und körperlich misshandelt, bedroht, geschlagen und gezwungen, Informationen zu liefern. Christliche Konvertiten, deren Glaubenswechsel öffentlich geworden ist, können ihren Arbeitsplatz verlieren und werden von Angehörigen ihres sozialen Umfelds und ihrer Familie geschlagen, diskriminiert und ausgegrenzt. Beim obligatorischen Militärdienst sind Christen ebenfalls der Verfolgung ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Tadschikistan ist bekannt für Verstöße gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit und damit verbundene Menschenrechte wie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Keine bestimmte religiöse Gruppe ist besonders im Fokus des Staates – alle (Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahais etc.) leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung. Laut der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit hat im Jahr 2022 »die tadschikische Regierung [...] nach wie vor die muslimische Mehrheit des Landes stark unterdrückt. Kindern unter 18 Jahren ist der Besuch von Moscheen und von allen anderen öffentlichen religiösen Aktivitäten mit Ausnahme von Beerdigungen untersagt. Privater Religionsunterricht ist verboten, nur zu Hause dürfen Kinder von ihren Eltern in religiösen Belangen unterwiesen werden. Seit 2014 werden alle Imame von der Regierung ernannt, sie müssen staatlich vorgeschriebene religiöse Kleidungsstücke tragen und ihre Predigten sind strikt vorgeschrieben. Menschen unter 35 Jahren dürfen den Hadsch nicht durchführen.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Tadschikistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Tadschikistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien und Gemeinschaften ausgegrenzt und sind mit Widerstand und Gewalt konfrontiert (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder dürfen nicht an kirchlichen Aktivitäten teilnehmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Der Besitz von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Beschränkungen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertitinnen werden gezwungen, nichtchristliche Männer zu heiraten und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
47

LÄNDERPROFIL

Kasachstan



Platz 47 / 65 Punkte (2023: Platz 48 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Die Religionsfreiheit wird durch ein im September 2011 eingeführtes Gesetz eingeschränkt. Unter dem Vorwand der Bedrohung durch den militanten Islam kontrolliert die kasachische Regierung streng die Gesellschaft. Dazu bedient sie sich verstärkter Überwachung, Razzien bei Versammlungen und Verhaftungen. Russisch-orthodoxe Kirchen haben mit der Regierung am wenigsten Probleme, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte zur kasachischen Bevölkerung aufzubauen. Die einheimischen christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung durch den Staat, die Familie und ihr soziales Umfeld. Manche dieser Konvertiten werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen oder aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Örtliche Imame wenden sich in ihren Predigten gegen sie.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Qassym-Schomart Toqajew

BEVÖLKERUNG

19.407.000

CHRISTEN

4.859.000 / 25 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die ehemalige Sowjetrepublik Kasachstan erlangte 1991 ihre Unabhängigkeit und ist das reichste Land der Region. Seit 2010 verhält sich die Regierung zunehmend diktatorisch und ist gekennzeichnet von einer repressiven Politik ohne echte Opposition und von einer strengen Medienkontrolle. Seit der Machtübernahme durch Präsident Toqajew im Jahr 2019 hat sich die Lage nicht verbessert.

Die Hauptreligion ist der sunnitische Islam. Von Kasachen wird erwartet, dass sie Muslime sind. Dies erschwert das Leben von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, besonders in ländlichen Gebieten. Es wäre jedoch falsch, Kasachstan als muslimisches Land zu bezeichnen. Die meisten Kasachen folgen eher den Traditionen als den Lehren des Islam, und 70 Jahre sowjetischer Atheismus haben ihre Spuren hinterlassen: Die Regierung ist strikt säkular.

Eine bedeutende russische Minderheit im Norden ist der Grund dafür, warum im Vergleich zu anderen zentralasiatischen Ländern in Kasachstan die größte Anzahl von Christen leben und warum mehr als 90 Prozent aller Christen im Land der russisch-orthodoxen Kirche (ROK) angehören. In der Politik des Landes spielen Christen aber keine Rolle.

Die im September 2011 eingeführte Gesetzgebung zu religiösen Angelegenheiten sieht unter anderem vor, dass sich Religionsgemeinschaften neu registrieren müssen, dass nicht registrierte religiöse Aktivitäten verboten sind, dass die Herstellung und Verbreitung von religiösem Material im Land eingeschränkt sind und dass religiöse Aktivitäten für Kinder, wie etwa Sommerlager, verboten sind. Die Behörden führen Razzien in Gottesdiensten durch, bestrafen Äußerungen, die »religiösen Unfrieden stiften«, und nehmen Personen wegen »illegaler Missionstätigkeit« fest. Im Januar 2022 wurde das Religionsgesetz geändert. Damit wurde die staatliche Religionszensur ausgeweitet und das Abhalten religiöser Versammlungen außerhalb staatlich registrierter Gotteshäuser wurde erschwert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.859.000	25,0
Muslime	13.868.000	71,5
Hindus	920	< 0,1
Buddhisten	21.200	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	30.300	0,2
Juden	5.500	< 0,1
Bahai	9.800	0,1
Atheisten	80.900	0,4
Agnostiker	517.000	2,7
Andere	13.780	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Zu Rechtsverletzungen gegenüber christlichen Gemeinden durch Regierungsbeamte kommt es überall im Land. Der Druck von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten ist in ländlichen Gebieten stärker.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte religiöse Institutionen sind erlaubt. Die Behörden führen Razzien durch und verhaften Mitglieder nicht registrierter religiöser Gruppen. Davon betroffen sind insbesondere protestantische Christen, da sie als »fremder Einfluss« betrachtet werden, der darauf abziele, das aktuelle politische System zu zerstören.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind häufig dem Druck und manchmal der Gewalt ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Sie werden teilweise unter Hausarrest gestellt oder aus ihren Wohnungen vertrieben. Clanführer (mit Unterstützung der Behörden) betrachten die Hinwendung zum christlichen Glauben als

einen Angriff auf die kasachische Identität. Daher halten viele Konvertiten muslimischer Herkunft ihren neuen Glauben geheim.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die ROK genießt relative Freiheit, da ihre Gemeinden das Evangelium nicht an Kasachen weitergeben und daher nicht als Bedrohung angesehen werden. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland durch ein Vorgehen gegen die ROK zu provozieren.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die Regierung legt christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft Einschränkungen auf, und die Familie und das soziale Umfeld üben starken Druck auf sie aus.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden sind nicht registriert, und die Behörden belegen sie mit Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen, besonders wenn sie das Evangelium weitergeben.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Familie und der kasachischen Kultur gesehen. In ländlichen Gebieten erleiden christliche Konvertiten muslimischer Herkunft oft körperliche Gewalt. Daher sprechen sie nicht über ihren neuen Glauben; und sie verstecken christliche Materialien, die als Beweis für ihren Glaubenswechsel gegen sie verwendet werden könnten. Christen aus protestantischen Freikirchen werden häufig von den staatlichen Behörden beschuldigt, Evangelisation zu betreiben.

Familienleben

Kinder von Christen werden aufgrund des Glaubens ihrer Eltern diskriminiert; muslimische Kinder werden oft dazu angehalten, sich nicht mit ihnen zu treffen. Sie werden auch manchmal unter Druck gesetzt, gegen den Willen ihrer Eltern am Islamunterricht teilzunehmen. Regelmäßig veranstalten die Schulen staatlich finanzierte öffentliche Zusammenkünfte zur Bekämpfung von »Sekten«. Dabei wird Propaganda gegen religiöse Minderheiten verbreitet, einschließlich gegen evangelikale Christen. Offiziell ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings werden alle Kinder nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Die Adoption von kasachischen Kindern ist für christliche Familien verboten.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien oder dem sozialen Umfeld überwacht, verhört und bedroht. Die Behörden vor Ort überwachen nicht

registrierte Kirchen und führen Razzien durch. Ihre Mitglieder können wegen illegaler religiöser Aktivitäten bedroht, mit Geldstrafen belegt oder inhaftiert werden. Wenn Christen einmal im Strafregister verzeichnet sind, müssen sie sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Leben im Staat

Die Verfassung erkennt den staatlich unterstützten Muslimrat und die ROK an – alle anderen Religionsgemeinschaften müssen sich gemäß dem Gesetz von 2011 neu registrieren lassen. Doch der Registrierungsprozess ist kompliziert. Damit werden für nicht traditionelle religiöse Organisationen die Möglichkeiten eingeschränkt, auf einer offiziellen Grundlage zu arbeiten.



Kirchliches Leben

Religiöse Schulen und Nichtregierungsorganisationen sind nicht zugelassen. Jegliche soziale Arbeit, die von Christen geleistet wird, wird als eine Form von Missionierung angesehen und bekämpft. Der Druck und die Verteilung von religiöser Literatur sind eingeschränkt.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurden keine gewalttätigen Übergriffe gemeldet.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	47	65
2023	48	65
2022	47	64
2021	41	64
2020	35	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Landes ist mit 65 Punkten im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2023 gleich geblieben, und dennoch war in allen fünf Lebensbereichen ein leichter Anstieg des Drucks festzustellen. Die Religionsfreiheit wird in Kasachstan durch ein Gesetz vom September 2011 eingeschränkt; die kasachische Regierung bemüht sich um eine stärkere Kontrolle der gesamten Gesellschaft – was zu einer verschärften Überwachung und zu Razzien bei Versammlungen sowie zu Verhaftungen geführt hat. Die Regierung hat außerdem die Bedrohung durch den militanten Islam genutzt, um die Freiheitsrechte noch weiter einzuschränken, wovon auch die Kirche betroffen ist.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Nach kasachischem Recht sind Männer und Frauen gleichberechtigt. In der Praxis überwiegen jedoch

traditionelle Ansichten, welche die Frauen als den Männern untergeordnet betrachten. Es gibt nur wenige wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Polygamie, Kinder- und Zwangsehen, Brautentführungen und der weitverbreiteten häuslichen Gewalt. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind in höherem Maße körperlichen und verbalen Misshandlungen, Belästigungen, Drohungen und Hausarrest ausgesetzt; auch die Zwangsheirat mit einem Muslim ist nicht ausgeschlossen, manchmal in Verbindung mit einer Entführung. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der begrenzten finanziellen Unabhängigkeit ist es für Frauen schwierig, dem Druck und der Verfolgung zu entkommen.

Männer: Männer haben in der Regel mehr Verantwortung im öffentlichen Bereich. Die religiöse Verfolgung, die Männer erfahren, spiegelt diese soziokulturelle Struktur wider. Männliche Christen riskieren Verhöre, Bußgelder, Festnahmen und Haftstrafen. Der Militärdienst ist für junge Männer obligatorisch und ein zusätzliches potenzielles Risiko, in einem Staat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit stark kontrolliert zu werden. Männliche christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sind dem Druck durch ihre Familien ausgesetzt und erleben in der Regel verbale Belästigungen und Schläge. Auch der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein Risiko für Christen muslimischer Herkunft und Gemeindeführer, mit Auswirkungen auch auf ihre Familien.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der kasachischen Verfassung nach ist Kasachstan ein säkularer Staat. Die Behörden schränken nicht traditionelle religiöse Gruppen ein, darunter auch Muslime, die einer anderen Richtung des Islam folgen als der offiziell anerkannten Hanafi-Schule des sunnitischen Islam.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 des US-Außenministeriums heißt es zu Kasachstan: »Zeugen Jehovas berichteten, dass 25 ihrer Mitglieder zwischen September 2021 und August 2022 wegen angeblicher ‚illegaler Missionstätigkeit‘ verwarnet wurden. Sie wurden unter Druck gesetzt, das Versenden von Briefen oder das Tätigen von Telefonanrufen im Rahmen ihrer Evangelisierungsarbeit einzustellen. Im Jahr 2020 waren es noch 63 Festnahmen, Verwarnungen und Gerichtsverfahren gewesen.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kasachstan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kasachstan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kirchen nicht-traditioneller Konfessionen sind Opfer von Razzien und die Besucher werden willkürlich verhaftet (ICCPR Art. 9; 18 und 21)
- Der Besitz und die Verwendung von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Grenzen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden und der sie umgebenden Kommune überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
48

LÄNDERPROFIL

Jordanien



Platz 48 / 65 Punkte (2023: Platz 49 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Der überwiegende Teil der Christen in Jordanien gehört der orthodoxen oder der römisch-katholischen Kirche an. Insgesamt haben Christen ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit. Sie werden jedoch in Anstellungsverhältnissen diskriminiert, ihre Aktivitäten werden überwacht und Predigten im öffentlichen Raum eingeschränkt. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft offen seinen Glauben bekennt, kann er deshalb geschlagen, verhaftet oder getötet werden.

Nicht anerkannte Kirchen werden unter Umständen von den Behörden schikaniert, insbesondere solche Kirchen, die aktiv das Evangelium weitergeben. Obwohl sich Jordanien gerne als Musterbeispiel für Toleranz und interreligiösen Dialog präsentiert, sind extremistische Sunniten und Dschihadisten, die aus Syrien und dem Irak zurückkehren, weiterhin eine Bedrohung für die christliche Gemeinschaft. In Jordanien gibt es überproportional viele salafistische Muslime, die eine potenzielle Gefahr für die im Land lebenden Christen und generell andersgläubige Gruppen darstellen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Abdullah II.

BEVÖLKERUNG

10.312.000

CHRISTEN

170.000 / 1,6 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

In Jordanien sind zwei große politische Kräfte im Spiel: König Abdullah II. und die königliche Familie auf der einen Seite und die Streitkräfte und die Geheimpolizei auf der anderen. Der König hat einen großen Einfluss, da er Regierungen ernennt, Gesetze verabschiedet und das Parlament auflösen kann. Während die königliche Familie Jordanien als modernes, multi-religiöses Land fördern möchte (und auch die Bedeutung der jordanischen Christen in der Gesellschaft unterstreicht), scheint die Geheimpolizei mehr den Fokus darauf zu legen, muslimische Minderheiten zu unterdrücken und die Christen unter Kontrolle zu halten. Staatlich anerkannte christliche Gemeinschaften können relativ frei leben, wenn sie auf die Verkündigung des Evangeliums verzichten, und die Christen sind in Politik, Armee und Wirtschaft gut vertreten. Der Staat übt jedoch Druck auf nicht anerkannte christliche Gruppen aus und überwacht ihre Aktivitäten, insbesondere wenn sie aktiv das Evangelium weitergeben.

Obwohl die Sicherheitslage in Jordanien insgesamt stabil ist, gab es zwischen 2016 und 2019 vier islamistische Anschläge. Menschenrechtsaktivisten haben den jordanischen Machthabern vorgeworfen, die Bedrohung durch den Terrorismus zu nutzen, um die Rechte der Bürger und des Parlaments einzuschränken.

Jordanien beherbergt eine große Zahl von Geflüchteten, vor allem aus Syrien und dem Irak, mehrere Tausend von ihnen sind Christen.

Die christliche Hilfsorganisation »Middle East Concern« beschreibt den rechtlichen Rahmen für Jordanien wie folgt: »Die jordanische Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest. Sie bekennt sich zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung – auch in Bezug auf die Religion – und erklärt, dass die freie Ausübung von Gottesdiensten und religiösen Bräuchen zu gewährleisten ist, sofern diese mit der öffentlichen Ordnung und der Moral vereinbar sind. [...] Nach geltendem islamischem Recht ist es Muslimen faktisch untersagt, ihre Religion zu wechseln. Frauen, die als Muslimas registriert sind, dürfen keine Nichtmuslime heiraten.«

Jordanische Christen achten zunehmend besorgt darauf, worüber sie in den sozialen Medien schreiben (selbst wenn es um Beiträge über Essen während des Ramadan geht), und berichten über ein hohes Maß an Selbstzensur, um jede Möglichkeit einer Beleidigung der islamischen Mehrheit zu vermeiden.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	170.000	1,6
Muslime	9.807.059	95,1
Bahai	24.722	0,2
Atheisten	51.836	0,5
Agnostiker	254.198	2,5
Andere	4.984	< 0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Verfolgungssituation ist im ganzen Land etwa gleich, wobei die Kontrolle durch das soziale Umfeld in ländlichen Gebieten etwas größer ist als in den Städten. Außerdem ist der Süden des Landes für einen eher konservativ geprägten Islam bekannt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen unter dem größten Druck. Von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld werden sie sogar mit Gewalt bedroht. Dieselbe Bedrohung geht auch von religiösen und ethnischen Anführern aus. Alle Christen können von der Regierung überwacht werden. Außerdem geraten sie durch Jordanier, die durch die Ideologie des »Islamischen Staats« (IS) radikalisiert worden sind, in Gefahr. Die Regierung hat der Gesellschaft islamische Werte und Gesetze aufgezwungen, obwohl sie nach wie vor für Toleranz und eine friedliche Koexistenz mit anderen Religionen eintritt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Von dieser Art der Unterdrückung sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Die Gesellschaft Jordaniens ist weitgehend von Stammesstrukturen geprägt. Diese sind vor allem außerhalb der Großstädte zu finden. Sie sind Bestandteil des jordanischen Nationalismus. Nach der massenhaften Zuwanderung von Palästinensern nach dem Krieg mit Israel 1967 unterteilte sich die Gesellschaft in eigentliche Jordanier (sogenannte »Eastbanker«), die aus

der Region östlich des Jordan stammen, und palästinensische Jordanier (»Westbanker«), die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben. Die Eastbanker sind sozial, politisch und wirtschaftlich bessergestellt.

Diktatorische Paranoia

Jordanien wird politisch zunehmend als ein hybrides System beschrieben, in dem zwar weiterhin den meisten Verfahren einer Demokratie gefolgt wird, diese aber mit Formen des Autoritarismus verbunden werden. Das Land ist noch immer keine vollständige konstitutionelle Demokratie, und der König sowie der Geheimdienst »Da'irat al-Muchabarat al-Amma« sind die wichtigsten Entscheidungsinstanzen. Der König hat seine Unterstützung für die christlichen Gemeinschaften in Jordanien und im Nahen Osten klar zum Ausdruck gebracht. Er hat außerdem die Notwendigkeit benannt, diese christliche Präsenz aufrechtzuerhalten. Obwohl er eine gemäßigte und prowestliche Haltung einnimmt, muss der König ein Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen finden, einschließlich islamistischer Strömungen, die in Zeiten wirtschaftlicher Not oder als Reaktion auf regionale Ereignisse zunehmen.

Konfessioneller Protektionismus

Ein typisches Merkmal der jordanischen Kirche ist deren Zersplitterung. Es bestehen Spannungen zwischen den etablierten traditionellen Kirchen und den neueren Kirchen, oft einschließlich charismatischer und evangelikaler Bewegungen. Dies liegt daran, dass Evangelikale im Allgemeinen sowohl Konvertiten aus dem Islam als auch Christen aus traditionellen Kirchen in ihre Gemeinden aufnehmen. Evangelikalen Gemeindeführern zufolge sind es vor allem Leiter griechisch-orthodoxer (aber manchmal auch katholischer) Gemeinden, die Druck auf die neueren Denominationen ausüben.

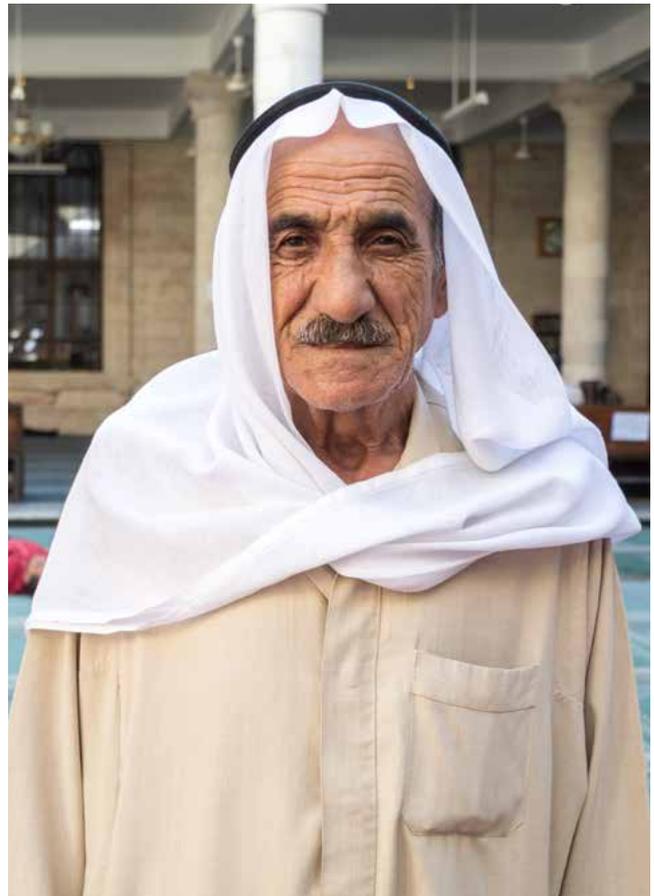
Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Christen muslimischer Herkunft erleiden aufgrund ihres Glaubens die meisten Übergriffe. Wenn der neue christliche Glaube von Konvertiten aufgedeckt wird, sind diese mitunter dem Druck und sogar der Gewalt ausgesetzt, die von Familie, dem sozialen Umfeld, Regierungsbeamten, nicht christlichen religiösen Leitern und gewalttätigen religiösen Gruppen ausgehen kann. Kinder von christlichen Konvertiten sind besonders angreifbar: Als Muslime registriert, wird von ihnen erwartet, dass sie außerhalb ihres Elternhauses ein muslimisches Leben führen und unter anderem am Islamunterricht teilnehmen.

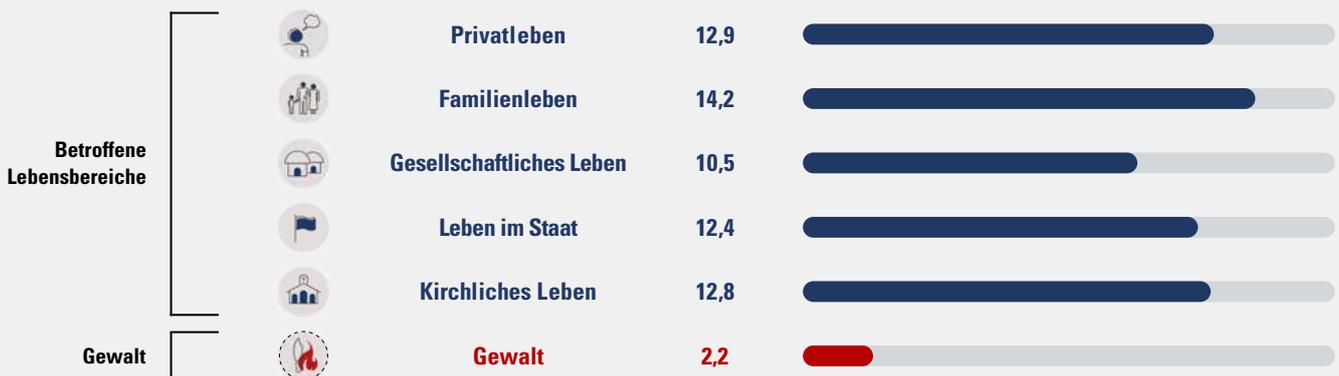
Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den christlichen Konvertiten sehen sich vor allem Christen aus evangelikalen, baptistischen und pfingstkirchlichen Gruppen mit Widerstand konfrontiert. Das trifft besonders auf Christen zu, die aktiv das Evangelium weitergeben. Sie stehen unter besonderer Beobachtung des Geheimdienstes, und Berichten zufolge erfahren sie Druck von der Regierung und den Ausschluss aus Anstellungsverhältnissen. Die meisten protestantischen Freikirchen werden nicht als Kirchen, sondern nur als Vereine anerkannt. Versuche, einen gleichwertigen Status wie andere kirchliche Denominationen zu erlangen, wurden stets abgelehnt.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Den Islam zu verlassen, wird zwar nicht kriminalisiert, ist aber auch nicht erlaubt. Wenn der Glaube christlicher Konvertiten aufgedeckt wird, können sie vor ein Scharia-

Gericht gestellt werden, das sie für »religionslos« erklären würde – mit der Folge, dass alle ihre bestehenden Verträge aufgelöst würden, auch das eheliche Bündnis. Christliche Konvertiten werden oftmals gezielt überwacht und können

von der Geheimpolizei schikaniert, an der Beschäftigung im öffentlichen Sektor gehindert und von ihrem Umfeld verstoßen werden. Konvertitinnen müssen besonders häufig mit Hausarrest, Zwangsverheiratung und anderen Maßnahmen zur Wiederherstellung der »Familienehre« rechnen. Wenn Christen mit Muslimen über ihren Glauben sprechen, kann dies leicht als versuchte »Missionierung« (die in Jordanien verboten ist) und als Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden werden.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten oder Kinder mit einer christlichen Mutter und einem muslimischen Vater werden automatisch als Muslime registriert. Eine Änderung dieses Status ist nicht möglich. Somit sind diese Kinder verpflichtet, am Islamunterricht in der Schule teilzunehmen. Im Falle einer Scheidung verliert nach islamischem Recht der Elternteil, der den Islam verlassen hat, das Sorgerecht für die Kinder.

Gesellschaftliches Leben

Überwachung (einschließlich der Telefonanrufe und Nutzung der sozialen Medien) trifft besonders intensiv christliche Konvertiten, deren Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt geworden ist, oder Christen, die aktiv das Evangelium weitergeben. Es wird von Fällen berichtet, in denen Christen aufgrund ihres Glaubenswechsels immer wieder ihren Arbeitsplatz verloren haben oder ihnen eine Anstellung verwehrt wurde. Bei Beförderungen in der Regierung oder den Streitkräften werden Muslime bevorzugt, wenngleich im Parlament neun Sitze für Christen vorgesehen sind und Christen regelmäßig in Ministerämter berufen werden. Da die meisten jordanischen Frauen den Hidschab tragen, fallen christliche Frauen in der Öffentlichkeit stärker auf und werden oft als unangemessen gekleidet angesehen. Das kann zu Belästigungen führen.



Leben im Staat

In der Verfassung Jordaniens ist der Islam als Staatsreligion und die Scharia als die wichtigste Grundlage der Gesetzgebung verankert. Es ist illegal, sich offiziell vom Islam abzuwenden, um zu einer anderen Religion überzutreten. Auch jede nicht islamische Missionierung ist gesetzeswidrig. Dies verstößt gegen Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es gibt keinen rechtlichen Mechanismus für einen Wechsel der offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam zu einer anderen (oder keiner) Religion. Grund dafür sind die Apostasiebestimmungen des islamischen Rechts. In Anbetracht der geltenden Gesetze zur Internetkriminalität und der bisherigen Verhaftungen durch die Regierung ist die Redefreiheit in Jordanien eingeschränkt. Christen sind sich der Notwendigkeit bewusst, gezielt kontroverse Äußerungen zu vermeiden, insbesondere solche, die Kritik am Islam, dem Königshaus oder dem Militär üben oder als Missionierung verstanden werden könnten. In Jordanien ist es eine Straftat, den Islam zu beleidigen.

Kirchliches Leben

Die Aktivitäten von Kirchen werden in gewissem Umfang routinemäßig überwacht, was vorgeblich dem Schutz der Kirchen dienen soll. Diese Überwachung kann jedoch gegen die Kirchen verwendet werden, etwa wenn kontroverse Predigten oder Handlungen festgestellt oder Muslime bei der Teilnahme von Gottesdiensten angetroffen werden. Der Verkauf von Bibeln und die Verteilung von christlichen Schriften ist nur an bestimmten Orten erlaubt, zum Beispiel in anerkannten Kirchengemeinden und in an sie angeschlossenen kirchlichen Buchhandlungen, nicht aber auf gewöhnlichen Märkten oder in normalen Buchläden.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine detaillierteren Orts- und Zeitangaben gemacht werden.

- Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft und Christen, die das Evangelium aktiv weitergeben, wurden regelmäßig zu Verhören vorgeladen. Dies war auch im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2024 der Fall. Wie lange diese Verhöre jeweils dauern, ist im Voraus nicht bekannt; ein Verhör kann von 20 Minuten bis zu 12 Tagen dauern.
- Frauen, die sich nicht wie Muslimas kleiden (das heißt keinen Hidschab tragen), laufen Gefahr, belästigt zu werden. Ohne erkennbar muslimische Kleidung werden sie als leicht angreifbar betrachtet. Mindestens zehn christliche Frauen wurden im Berichtszeitraum aus

diesem Grund sexuell belästigt. Aufgrund der Gefahr verzichten viele Christinnen vor allem nachts auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder Taxis.

- Mehrere christliche Konvertiten muslimischer Herkunft und Christen, die sich für die Unterstützung und die Anleitung von Konvertiten im christlichen Glauben einsetzen, wurden körperlich oder seelisch misshandelt, meist von den Familien der Konvertiten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	48	65
2023	49	65
2022	39	66
2021	38	64
2020	33	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl Jordaniens ist gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben, obwohl es in drei Lebensbereichen und bei der Bewertung von Gewalt einen leichten Anstieg gab. Der Staat übt Druck auf alle christlichen Gemeinden aus, insbesondere durch Überwachung. Nicht anerkannte Kirchen, insbesondere solche, die aktiv das Evangelium weitergeben, werden immer wieder von den Behörden schikaniert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind am stärksten von Verfolgung bedroht, wobei in der Regel die Familie den größten Druck ausübt. Die Konvertitinnen riskieren Hausarrest, Isolation, Schläge, sexuelle Belästigung, Zwangsheirat und in extremen Fällen sogar, Opfer eines Ehrenmordes zu werden. Konvertitinnen dürfen offiziell keine Christen heiraten. Sie müssen damit rechnen,

dass ihre Bewegungsfreiheit vom Staat und von ihren Familien eingeschränkt wird, um sie beispielsweise daran zu hindern, das Land zu verlassen. Das Personenstandsgesetz Jordaniens erleichtert Hausarrest und Zwangsehen, während das Apostasiegesetz zur Auflösung von Ehen und zum Entzug des Sorgerechts für Kinder berechtigt.

Männer: Alle männlichen Christen werden wirtschaftlich diskriminiert. Sie können ihre Arbeitsstelle verlieren, in ihrem beruflichen Vorankommen behindert und finanziell ausgebeutet werden. Das bringt Familien in finanzielle Schwierigkeiten und führt zu einem Gefühl der Wertlosigkeit für die Männer. Zusammen mit anderen Arten der Verfolgung kann dies Männer dazu veranlassen, auszuwandern. Die Heiratsgesetze machen eine legale Ehe zwischen einem nicht konvertierten christlichen Mann und einer christlichen Konvertitin unmöglich. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der vorherrschenden Schamkultur, die immer wieder dazu führt, dass Familien männliche christliche Konvertiten aufgrund ihrer Glaubensentscheidung angreifen, verstoßen und aus ihren Häusern vertreiben. Der Staat setzt Christen mit Verhören durch die Geheimpolizei unter Druck, wovon insbesondere Gemeindeleiter betroffen sind.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Allgemeinen neigen die jordanischen Behörden dazu, gegenüber nicht sunnitischen Gruppen repressiv zu sein. Der schiitische Islam ist besonders unter syrischen und irakischen Flüchtlingen verbreitet. Berichten zufolge ist es für Sunniten schwieriger, zum schiitischen Islam zu konvertieren als zum christlichen Glauben.

Da die Bahai-Religion nicht anerkannt ist, können die Aktivitäten ihrer Anhänger verboten werden, obwohl die meisten Bahai ihre Religion inoffiziell ausüben dürfen. Drusen werden sozial ausgegrenzt und leben traditionell in bestimmten Gebieten. Wie Bahai werden auch Drusen von der jordanischen Regierung nicht offiziell anerkannt, und da sie nicht über eigene religiöse Gebäude verfügen, beten sie weiterhin in sunnitisch-muslimischen Moscheen. Schließlich sehen sich Muslime, die sich entschließen, den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen oder gar Atheisten zu werden, einem ähnlichen Druck von Familie und Gesellschaft ausgesetzt wie Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Jordanien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Jordanien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet, und im Falle einer Scheidung droht ihnen der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder (ICCPR Art. 18)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden automatisch als Muslime registriert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens fälschlicherweise beschuldigt und inhaftiert (ICCPR Art. 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
49

LÄNDERPROFIL

Malaysia



Platz 49 / 64 Punkte (2023: Platz 43 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Konvertiten, die sich vom Islam abwenden und Christen werden, sind Druck und Gewalt ausgesetzt, da von jedem ethnischen Malaien erwartet wird, dass er Muslim ist. Wer davon abweicht, verstößt nicht nur gegen die Verfassung, sondern »lehnt sich auch auf« gegen die Gesellschaft im Allgemeinen und natürlich gegen die Normen der Familie und Nachbarschaft. Katholiken, Methodisten und Nichtregierungsorganisationen werden von den Behörden beobachtet, aber nicht traditionelle protestantische Gruppen sind häufiger Ziel von Übergriffen, da sie in der Regel aktiver über ihren Glauben sprechen. Die turbulenten Zeiten in der malaysischen Politik seit 2020 haben dazu geführt, dass alle malaysischen Parteien den Islam stärker betonen, und islamistische Parteien wie die »Pan-Malaysian Islamic Party« (PAS), die in mehreren Bundesstaaten an der Spitze der Regierung steht und aus den vorgezogenen Parlamentswahlen am 19. November 2022 als größte Einzelpartei hervorging, gestärkt wurden. Bei den sechs Landtagswahlen im August 2023 konnte sie ihre starke Position in der malaysischen Politik weiter festigen. PAS-Mitglieder äußern sich häufig gegen religiöse und ethnische Minderheiten, einschließlich Christen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Sultan Abdullah Shah

BEVÖLKERUNG

33.579.000

CHRISTEN

3.096.000 / 9,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Konstitutionelle Wahlmonarchie



Hintergrund

Aus den vorgezogenen Neuwahlen im November 2022 ging die PAS, die in mehreren Bundesstaaten über eine Regierungsmehrheit verfügt, als stärkste Einzelpartei hervor: Die Situation eines Parlaments ohne klare Mehrheitsverhältnisse war für Malaysia völlig neu, und der König des Landes ernannte schließlich den reformorientierten Oppositionsführer Anwar Ibrahim zum zehnten Premierminister des Landes und beendete damit die tagelange Unsicherheit. Obwohl Beobachter bei den Wahlen im August 2023 nicht von einer »Grünen Welle« sprachen, konnte die größte Oppositionspartei PAS ihre politische Position stärken: Neben der erfolgreichen Verteidigung der drei Bundesstaaten Kedah, Kelantan und Terengganu konnte die Koalition »Perikatan Nasional«, zu der die PAS gehört, in Penang, Selangor und Negeri Sembilan, den traditionellen Hochburgen der Regierungsparteien, Fuß fassen.

Die PAS hatte bereits für Schlagzeilen gesorgt, als ein PAS-Funktionär den Taliban zu ihrer erfolgreichen Machtübernahme in Kabul am 15. August 2021 gratulierte. Ein PAS-Abgeordneter bezeichnete die Bibel im August 2020 öffentlich als »verfälschtes Buch« und weigerte sich, diese Aussage zurückzunehmen oder sich dafür zu entschuldigen. Die christliche Ministerin für Jugend und Sport, Hannah Yeoh, wurde in den sozialen Medien und von einem PAS-Abgeordneten beschuldigt, ihr Ministerium für Programme zur Bekehrung muslimischer Jugendlicher zum Christentum zu nutzen; eine Behauptung, die jeder sachlichen Grundlage entbehrt.

Die malaysische Verfassung definiert den »Malaien« als einen Anhänger des Islam. Immer wieder warnen muslimisch-malaiische Organisationen und Politiker vor einer angeblichen Christianisierung. Malaysias Rechtssystem und seine politischen Institutionen sind stark vom Islam geprägt. Alle malaiischen Kinder in staatlichen Kindergärten sind verpflichtet, den Islamunterricht zu besuchen. An den Universitäten gibt es ein Pflichtfach für alle Studenten mit der Bezeichnung »islamische und asiatische Zivilisation«, das von vielen als ein staatliches Instrument zur Förderung der Islamisierung angesehen wird.

Obwohl das Motto der Regierung »Ein Malaysia« lautet, wird die Praxis der Diskriminierung nicht malaiischer ethnischer Minderheiten unvermindert fortgesetzt, indem die »Bumiputra« (wörtlich »Menschen des Bodens« – die malaiische Bevölkerung und einige weitere Völker, die als die indigenen Einwohner Malaysias angesehen werden) in öffentlichen Ämtern und bei den Streitkräften bevorzugt werden.

Die Mehrheit der Christen hat einen Bumiputra-Hintergrund, d. h. sie stammen von der indigenen Stammesbevölkerung ab. Sie haben zwar aus Sicht der Regierung Anspruch auf Förderungsmaßnahmen (positive Diskriminierung) wie subventionierten Wohnraum, Stipendien und andere, doch einem Länderexperten von Open Doors zufolge gilt dies in der Praxis nur, solange die Bumiputra keine Christen sind. Wenn sie Christen werden, werden ihnen diese Förderungen schnell wieder

entzogen. Neben den Christen mit Bumiputra-Hintergrund gibt es in Malaysia auch Christen aus den chinesischen und indischen ethnischen Minderheiten. Sie sind in eine Vielzahl verschiedener christlicher Denominationen aufgeteilt, die von kleinen Hauskirchen bis hin zu sogenannten Megachurches reichen.

Außerdem gibt es christliche Konvertiten mit muslimisch-malaiischem Hintergrund. Diese Christen sind einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt, da sie nicht nur ihren islamischen Glauben verlassen haben, sondern ihre Konversion auch als Verrat an ihrer ethnischen Zugehörigkeit und Nation angesehen wird.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	3.096.000	9,2
Muslime	18.808.000	56,0
Hindus	2.130.000	6,3
Buddhisten	1.810.000	5,4
Anhänger ethnischer Religionen	1.093.000	3,3
Juden	100	< 0,1
Bahai	78.900	0,2
Atheisten	41.100	0,1
Agnostiker	137.000	0,4
Andere	6.385.900	19,0

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In Malaysia gibt es keine spezifischen Brennpunkte der Christenverfolgung. Die islamische Missionsarbeit (Dawah) unter Christen – insbesondere unter den Bumiputra – konzentriert sich jedoch auf Gemeinden in Ostmalaysia, ist aber nicht auf diese Region beschränkt, wie ein Bericht aus dem westmalaysischen Bundesstaat Pahang zeigt. Es wurden staatlich unterstützte Pläne zur Erleichterung des Übertritts zum Islam veröffentlicht. Aufgrund der vielen zugewanderten Muslime ist die Religionszugehörigkeit im Bundesstaat Sabah bereits seit einigen Jahren nicht länger mehrheitlich christlich, und Sarawak ist nur noch auf dem Papier ein Staat mit christlicher Mehrheit.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Malaysia war als liberales und tolerantes islamisches Land bekannt, aber dieser Ruf hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Regierung hat versucht, die Scharia im Bundesstaat Kelantan einzuführen. Die wachsende Stärke der islamistischen PAS-Partei (siehe oben) veranlasst alle anderen malaiischen Parteien, ihr religiöses Profil aufzupolieren und zu versuchen, eine zunehmend islamische und konservative Wählerschaft für sich zu gewinnen. In Sorgerechtsangelegenheiten entscheidet das Zivilgericht häufig zugunsten der Mutter des Kindes. Bei nicht muslimischen Ehen kann es vorkommen, dass der Vater zum Islam konvertiert, um den Sorgerechtsstreit zu gewinnen, da er durch den Übertritt ein Druckmittel hat, wenn er den Fall vor ein Scharia-Gericht bringt. Die Polizei zieht es vor, die Entscheidungen der Scharia-Gerichte umzusetzen, da dies weniger Probleme verursacht. Die Verfassung verbietet Malaien den Wechsel zu anderen Religionen und schränkt die Verbreitung nicht muslimischer Religionen ein. Christliche Konvertiten stehen in der Gefahr, Gewalt zu erfahren und von ihren Familien unter Druck gesetzt zu werden, ihren Glauben zu verleugnen, da eine Hinwendung zum



christlichen Glauben als Schande angesehen wird. Politik und Gesellschaft sind stark von einem ethnischen Impuls zur Erhaltung und einem Gefühl der Überlegenheit der malaiischen Volksgruppe geprägt. Während dies eindeutig mit religiösen Motiven vermischt ist und von diesen dominiert wird, da ja jeder Malaie ein Muslim sein muss, zeigt er sich eindeutig in der islamisch-missionarischen »Dakwah«-Bewegung, die aggressiv in verarmten einheimischen Gemeinschaften in Ostmalaysia mit lukrativen Anreizen und Vorteilen aktiv ist.

Diktatorische Paranoia

Obwohl die diktatorische Paranoia in Malaysia sicherlich nur eine untergeordnete Triebkraft der Verfolgung ist, ist sie für das Verständnis der Situation des Landes von Bedeutung. Zwar gelang es der »United Malays National Organisation« (UMNO), ihre Niederlage bei den Wahlen im November 2022 in eine Regierungskoalition umzumünzen, doch der Korruptionsskandal des ehemaligen Premierministers Najib Razak und der Freispruch des UMNO-Vorsitzenden und Vizepremierministers Zahid Hamidi von 47 Bestechungsvorwürfen am 4. September 2023 scheinen immer mehr malaiische Wähler von der UMNO zu entfremden. Obwohl der Partei schon vorher der Untergang vorausgesagt wurde, scheinen mehr Wähler, auch unter den jungen Wählern, es vorzuziehen, für die PAS zu stimmen. Diktatorische Paranoia wird daher ein ständiger Begleiter der malaysischen Politik bleiben. Alle Parteien, die behaupteten, das malaiische Volk und seine Privilegien zu verteidigen, betonten erneut die Vorzugsbehandlung

des malaiischen Volkes (anstatt eine Politik der Gleichberechtigung zu verfolgen) und spielten mit religiösen und rassistischen Karten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierzu gehören in Malaysia römisch-katholische, anglikanische und methodistische Christen. Sie werden zwar diskriminiert, aber weniger als Konvertiten oder Christen aus protestantischen Freikirchen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Laut Gesetz steht auf Apostasie die Todesstrafe. Diese wurde jedoch bisher noch nie in die Tat umgesetzt. In einigen Regionen können christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sich versammeln. Sie alle stoßen jedoch in unterschiedlichem Maße auf den Widerstand der Familie, der Gesellschaft und der Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden. Sie werden oftmals überwacht, diskriminiert, eingeschüchtert und belästigt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Malaiischen Muslimen ist es in keinem Bundesstaat gesetzlich erlaubt, vom Islam zu einem anderen Glauben zu konvertieren. Die PAS will, dass Abtrünnige mit dem Tod bestraft werden, war aber bisher mit ihren Bemühungen nicht erfolgreich. Wer vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert, kann bestraft oder in ein islamisches »Läuterungszentrum« geschickt werden, wo Insassen unter Druck gesetzt werden, zum Islam zurückzukehren. Es gibt einen Leitfaden der Fatwa-Abteilung, der besagt, dass Weihnachtsbäume und -schmuck nicht verwendet werden sollten, wenn ein Muslim eine Weihnachtsveranstaltung besuchen möchte. Außerdem verbietet er Muslimen die Teilnahme an Weihnachtsfeiern, bei denen »Reden oder Gesten des Lobpreises der nicht muslimischen Religion« stattfinden.

Familienleben

Kinder von Paaren, bei denen ein Elternteil Muslim ist, werden automatisch als Muslime registriert und benötigen für einen offiziellen Glaubenswechsel die Zustimmung beider Elternteile. Alle Bemühungen von Muslimen, ihre Religionszugehörigkeit zu ändern, wenn sie erwachsen sind, enden in langwierigen Gerichtsverfahren mit nur sehr begrenztem Erfolg, und das Bildungswesen ist auf eine malaiische und islamische Weltsicht ausgerichtet, wodurch Minderheiten diskriminiert werden. Alle muslimischen Kinder müssen den Islamunterricht in den Schulen besuchen, und Kinder von Konvertiten können schikaniert, diskriminiert und unter Druck gesetzt werden, zum Islam überzutreten. Christliche Kinder werden häufig von Gleichaltrigen in der Schule und darüber hinaus mit herabsetzenden und erniedrigenden Worten gemobbt, die oft mit rassistischen Begriffen verbunden sind.

Gesellschaftliches Leben

An den öffentlichen Universitäten gilt immer noch das Quotensystem, bei dem Bumiputra-Studenten (Malaien und Indigene) einen höheren Anteil haben, während Studenten anderer ethnischer Herkunft weniger Plätze zur Verfügung stehen. Artikel 153 der Verfassung erlaubt ein Quotensystem für den Eintritt in den öffentlichen Dienst. Daher werden im öffentlichen Sektor Malaien bevorzugt und ethnische und religiöse Minderheiten nicht akzeptiert. Folglich bewerben sich Menschen aus ethnischen und religiösen Minderheiten nur selten auf diese Stellen. Politiker verschiedener malaiischer Parteien verteidigen das System offen und fordern teilweise seine Ausweitung.

Leben im Staat

Die Verfassung verbietet den Anhängern anderer Religionen, unter malaiischen Muslimen für ihren Glauben zu werben. Für ethnische Malaien ist es praktisch unmöglich, auf legalem Wege zum christlichen Glauben zu konvertieren, da die Verfassung dies verbietet und sie der Apostasie angeklagt werden können. Unternehmen, die sich nicht in malaiischem Besitz befinden, müssen mindestens einen Malaien als Vorstandsmitglied haben. Ein E-Book mit dem Titel »Exposing the Christian Agenda« (»Die Entlarvung der christlichen Agenda«) wurde in Malaysia veröffentlicht. In einer Entscheidung über die Frage, ob die Scharia oder das Zivilrecht im Konfliktfall Vorrang haben sollte, entschied ein neunköpfiges Gericht des Bundesgerichts von Malaysia, dass die Scharia-Gerichte laut Verfassung nicht das Recht haben, gerichtliche Überprüfungen vorzunehmen. Die Gerichtsverfahren gehen jedoch weiter, und die Abgrenzung zwischen Scharia- und Zivilgerichten bleibt unklar.



Kirchliches Leben

Für Kirchen ist es sehr riskant, malaiische Konvertiten zu integrieren, vor allem in Westmalaysia, und so treffen diese sich im Geheimen. Gemeindeführer sind natürliche Zielscheiben für Anfeindungen seitens religiöser oder ethnischer Gruppen, vor allem, wenn ihre Kirchen verdächtigt werden, evangelistisch tätig zu werden. Die Entführung von Pastor Raymond Koh am helllichten Tag im Februar 2017 hat die christliche Gemeinschaft erschüttert. Sein Verbleib ist nach wie vor unbekannt, und die Täter sind noch nicht gefunden worden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Sondereinheit der Polizei beteiligt war.

Im März 2021 entschied der Oberste Gerichtshof, dass das Verbot der Verwendung des Wortes »Allah« für Nichtmuslime verfassungswidrig ist. Die damalige Regierung erklärte, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen, änderte jedoch ihre Entscheidung und zog die Berufung im Mai 2023 zurück. Das Thema ist jedoch noch lange nicht erledigt, da es auf politischer Ebene weitergeht. Die malaiischen Machthaber halten es für wichtig, dass der Nationale Rat für islamische Religionsangelegenheiten die Verwendung des Wortes überprüft und eine endgültige Entscheidung darüber trifft. Das Innenministerium erklärte, dass Sitzungen mit den relevanten Interessengruppen, einschließlich der staatlichen islamischen Religionsräte, stattfinden werden, um einen Vorschlag zur Verbesserung der Verwaltungsrichtlinie über die Verwendung des Wortes »Allah« auszuarbeiten.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	49	64
2023	44	66
2022	50	63
2021	46	63
2020	40	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Wert für Gewalt liegt um 1,3 Punkte unter dem Wert vom Vorjahr, infolgedessen ist auch die Gesamtwertung Malaysias auf dem Weltverfolgungsindex 2024 etwas niedriger als 2023. Die Christen werden nach wie vor durch eine Politik, die den Malaien den Vorrang einräumt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt und benachteiligt, und es sieht nicht so aus, als würde sich dies in absehbarer Zeit ändern.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die gesetzlichen Rechte der Frauen werden durch Bestimmungen untergraben, die Ausnahmen für die Scharia vorsehen. Frauen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertieren, sind der Gefahr sexualisierter Gewalt und/oder der Zwangsheirat mit einem Muslim ausgesetzt; auch Mädchen unter 18 Jahren sind davon betroffen. Manchmal werden christliche Frauen zwangsverheiratet, um den finanziellen Unterhalt der Familie zu sichern. Die Covid-19-Pandemie hat Berichten zufolge zu einer Zunahme häuslicher Gewalt geführt, wovon wahrscheinlich auch Christinnen in solchen Ehen betroffen waren.

Männer: Männer und Jungen werden häufig von extrem konservativen muslimischen Gruppen ins Visier genommen. Die Verfolgung christlicher Männer erfolgt in der Regel in Form von Schikanen durch Selbstjustiz oder von Überwachung durch religiöse Autoritäten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit 2022 heißt es: »Die Regierung ging gegen einige Personen vor, die von der offiziellen Auslegung des Islam abwichen, und verwies einige zur ›Rehabilitation‹ in Zentren, in denen die staatlich anerkannte Ausübung des Islam gelehrt und durchgesetzt wurde. [...] Die Regierungen auf Bundes- und Landesebene verboten weiterhin religiöse Versammlungen und Gottesdienste für Gruppen, die als ›abweichende muslimische Gruppen angesehen werden, darunter Schia, Ahmadiyya und al-Arqam. Die Ahmadi-Muslime im Land berichteten zwar, dass sie ein Gebetszentrum unterhalten konnten, aber die staatlichen Religionsbehörden erlaubten ihnen nicht, Freitagsgebete abzuhalten, da diese nur in einer offiziell registrierten Moschee verrichtet werden können.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Malaysia hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Malaysia kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (CEDAW Art. 16)
- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (CRC Art. 14)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2024

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

LÄNDERPROFIL

Türkei

50

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX



Platz 50 / 64 Punkte (2023: Platz 41 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2022 – 30. September 2023

Überblick

Nationalismus und der Islam sind in der Türkei untrennbar miteinander verbunden. Wer kein Muslim ist oder sich sogar vom Islam abgewandt hat, beziehungsweise wer einen von der Mehrheitsreligion abweichenden Glauben offen zum Ausdruck bringt, wird nicht als loyaler Türke angesehen. Die Regierung hat begonnen, ausländische (westliche) Christen ins Visier zu nehmen und sie – auch wenn sie türkische Ehepartner und Kinder haben – aus dem Land zu verbannen.

Der Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben ist nicht illegal, aber Konvertiten werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren, was bis zur Androhung von Scheidung und Verlust des Erbrechts gehen kann. Manche Christen sehen sich daher gezwungen, ein Doppelleben zu führen und ihren Glaubenswechsel zu verbergen.

Alle von Verfolgung betroffenen Gruppen von Christen haben nur begrenzten Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft vor allem dann diskriminiert, wenn die Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung unterhalten. Da die Religionszugehörigkeit immer noch in den Personalausweisen vermerkt wird (heutzutage auf einem elektronischen Chip), ist es ein Leichtes, Christen im Bewerbungsprozess zu benachteiligen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Recep Tayyip Erdogan

BEVÖLKERUNG

85.957.000

CHRISTEN

169.000 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die Türkei ist eine Präsidentialrepublik unter der derzeitigen Führung von Recep Tayyip Erdogan. Nach der türkischen Gesetzgebung, die auf dem Lausanner Vertrag aus dem Jahr 1923 beruht, werden nur vier Religionsgemeinschaften anerkannt: Der sunnitische Islam, die griechisch-orthodoxe Kirche, die armenische apostolische Kirche und das Judentum. Die Religionszugehörigkeit eines Bürgers wird in amtlichen Dokumenten festgehalten. Zwar geschieht dies seit 2017 auf den neuen Personalausweisen nicht mehr in Form eines schriftlichen Eintrags, jedoch wird sie nach wie vor auf dem elektronischen Chip eines Personalausweises registriert. Außerdem ist es üblich, dass Regierungsbeamte nach der Religionszugehörigkeit einer Person fragen.

Die türkische Gesetzgebung untersagt die Ausbildung von Pastoren und Geistlichen in privaten Bildungseinrichtungen. Die Ausbildungsstätten der griechisch-orthodoxen Kirche sowie der armenischen apostolischen Kirche wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet. Doch unter den Garantien des Lausanner Vertrags erhalten diese beiden Kirchen vom Bildungsministerium eine Zulassung, um kirchliche Grundschulen weiterzubetreiben; Die katholische und die evangelische Kirche können die katechetische Ausbildung ihrer Kinder in den Räumlichkeiten der Kirche durchführen, verfügen jedoch nicht über offizielle Einrichtungen.

Offiziell ist die Türkei seit Atatürks Reformen Anfang des 20. Jahrhunderts ein säkularer Staat. Doch das Land islamisiert sich unter dem nationalistischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zunehmend, insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch von 2016. Die türkische Verfassung schränkt die Religionsfreiheit zwar technisch nicht ein, fördert und bevorzugt den türkischen Nationalcharakter und den sunnitischen Islam aber vor allen anderen Identitäten. Berichten zufolge ist es aufgrund der zunehmenden Islamisierung für Frauen, die keine Kopfbedeckung tragen (ob aus christlichen Motiven oder anderen Gründen), schwieriger geworden, einen Arbeitsplatz zu finden.

Nach dem Putschversuch im Juli 2016 haben sich die Entwicklungen in der Türkei dramatisch verändert. Die Regierung erhielt mehr diktatorische Befugnisse, und sowohl der Nationalismus als auch die Islamisierung nehmen zu. Der Kampf gegen die kurdische Minderheit, besonders gegen deren militanten Elemente verschärft sich, und die Türkei nimmt auf der internationalen Bühne eine wesentlich selbstbewusstere Haltung ein. Sie ist in den Nachbarländern Syrien und Irak militärisch aktiv, wobei sie vor allem kurdische Kräfte ins Visier nimmt.

Der Erwerb von Räumlichkeiten zur kirchlichen Nutzung kann sich als schwierig erweisen, da nach türkischem Recht nur bestimmte Gebäude als Kirchen genutzt werden können – und ob die Genehmigung dazu erteilt wird, hängt von der persönlichen Neigung des Bürgermeisters und der Haltung der örtlichen Bevölkerung ab. Nichtmuslime sind stillschweigend von einer Anstellung in der staatlichen Verwaltung und den

Sicherheitskräften ausgeschlossen. Sie berichten, dass bei der Einberufung zum Militärdienst ihre Religionszugehörigkeit vom Vorgesetzten vermerkt wird und sie sich zudem einer »Sicherheitsüberprüfung« unterziehen müssen. Ein Glaubenswechsel ist gesetzlich zwar nicht verboten, jedoch gilt der Wechsel zum christlichen Glauben allgemein als nicht hinnehmbar.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	169.000	0,2
Muslime	84.509.000	98,3
Hindus	820	< 0,1
Buddhisten	40.400	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	13.200	< 0,1
Juden	15.300	< 0,1
Bahai	24.200	< 0,1
Atheisten	59.800	0,1
Agnostiker	970.000	1,1
Andere	155.300	0,2

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Traditionelle christliche Gruppen wie die armenische Kirche oder die assyrische Kirche des Ostens sind im Südosten der Türkei hohem Druck und Feindseligkeiten ausgesetzt. Seit Jahrzehnten sind sie Opfer eines andauernden Konflikts zwischen der türkischen Armee und kurdisch-nationalistischen Gruppen. Die meisten türkischen christlichen Gemeinden gibt es in den Städten an der Westküste, einschließlich Istanbul. Diese Städte sind in der Regel gemäßiger und säkularer. Die Gebiete im Landesinneren dagegen sind eher konservativ und islamisch geprägt und die dortige Gesellschaft feindlich gegenüber Christen und christlichen Konvertiten eingestellt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung / Religiöser Nationalismus

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle ethnischen Minderheiten in der Türkei. Ein Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als Beleidigung der Familie und der Nation angesehen; Konvertiten werden schikaniert und von Familie und Gesellschaft sowie im Geschäftsleben ausgegrenzt. Allgemein herrscht die Meinung, dass ein wahrer Türke ein Muslim ist. Und so wird eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verletzung der Familienehre, sondern auch als »Beleidigung des Türkentums« verstanden. Einige christliche Konvertiten werden sogar von extremistischen nationalistischen Islamisten mit Gewalt bedroht. Auch ethnische Minderheiten (wie zum Beispiel Griechen, Armenier und Syrer) sind in ähnlicher Weise gesellschaftlichem Druck und Gewalt ausgesetzt und sehen sich mit rechtlichen Problemen und wirtschaftlicher Ausgrenzung konfrontiert.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft hat sich im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt verstärkt. Syrische Christen in der südöstlichen Türkei leiden besonders unter dem Druck des Bürgerkrieges in Syrien; sie werden von allen Seiten bedrängt – von kurdischen Clans, der Regierung und der militanten »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK). Stammesführer nutzen ihre Macht, um syrische Christen aus ihrer Heimat in dieser Region zu vertreiben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Nach wie vor spielen Stammesrecht und -bräuche eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Dort droht Konvertiten noch härtere Verfolgung, da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 geht die Regierung von Präsident Erdogan hart gegen die Opposition vor, verhält sich zunehmend antidemokratisch und schränkt unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein. Die Medien wurden beschnitten und Journalisten inhaftiert, weil, wie Präsident Erdogan behauptete, »Demokratie und Pressefreiheit unvereinbar seien«.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die beiden Kirchen, die als einzige im Lausanner Vertrag von 1923 anerkannt werden: die armenische apostolische Kirche und die griechisch-orthodoxe Kirche. Darüber hinaus zählen zu den traditionellen Kirchen auch die assyrische Kirche, die syrisch-orthodoxe Kirche sowie die syrisch-katholische Kirche. Diese Kirchen

werden regelmäßig überwacht und unterliegen Kontrollen und Beschränkungen durch die Regierung. Obwohl Präsident Erdogan im Oktober 2023 eine neue syrisch-orthodoxe Kirche eingeweiht hat (seit der Gründung der türkischen Republik die erste Kirche, die mit offizieller Unterstützung der Regierung gebaut wurde), werden Mitglieder historischer Kirchen in vielen offiziellen Angelegenheiten als »fremd« betrachtet und stoßen auf rechtliche und bürokratische Hindernisse sowie auf Schikanen durch Polizei und Gemeinde. So benötigen beispielsweise die armenische apostolische Kirche und die griechisch-orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, um eine neue Kirchenleitung wählen zu können.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten, die sich dem Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, tragen in der Türkei die Hauptlast der Verfolgung. Der Druck kommt von der Familie, dem sozialen Umfeld und sogar von lokalen Behörden. Sie gelten als Verräter der türkischen Identität.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu protestantischen Freikirchen gehören Baptisten- und Pfingstgemeinden; auch die Gemeinden christlicher Konvertiten zählen dazu. Diese Kirchen und Gemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen. Sie treffen sich in Privatwohnungen, was zu Widerständen in der Nachbarschaft führen kann. Eine neue, wachsende Gruppe von Christen in der Türkei besteht aus Christen, die aus Nachbarländern wie dem Iran geflohen sind. Sie sind in hohem Maße sozialen Anfeindungen ausgesetzt, in erster Linie wegen ihres Flüchtlingsstatus, doch ihr Glaube macht sie in zusätzlicher Weise angreifbar.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.

Privatleben

Das öffentliche Bekenntnis zu nicht muslimischen Glaubensrichtungen kann zu Schikanen führen. Das Zeigen christlicher Symbole ruft unter Umständen Feindseligkeit und physische Gewalt hervor. Christen der traditionellen Kirchen sind sozial und wirtschaftlich von der türkischen Gesellschaft ausgeschlossen. Konvertiten, sofern ihr neuer Glaube entdeckt wird, verlieren womöglich ihre Arbeit, sind Belästigungen von Familie und Freunden ausgesetzt oder erhalten Drohungen.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten werden oft schikaniert und gemobbt, weil ihre Familien als Verräter des islamischen Glaubens und der Nation angesehen werden. Kinder, deren Eltern entweder Ausländer sind oder einer der traditionellen christlichen Kirchen angehören, werden ebenso als »Feinde der Türkei« angesehen, da sie als Teil des »christlichen Westens« betrachtet werden.

Der türkische Lehrplan ist stark vom türkischen Nationalismus geprägt und stellt den christlichen Glauben als fremd und feindlich gegenüber der türkischen Gesellschaft dar.

Anträge auf eigene christliche Friedhöfe wurden in mehreren Teilen des Landes abgelehnt. Dies ist besonders problematisch, weil dort Christen nur dann nach christlichem Brauch bestattet werden können, wenn dies in Friedhofsbereichen geschieht, die sie mit allen Nichtmuslimen teilen, oder wenn sie auf dem nächstgelegenen traditionellen christlichen Friedhof beerdigt werden, der mitunter mehr als 500 Kilometer entfernt liegen kann.

Gesellschaftliches Leben

Christen haben kaum Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft diskriminiert. Der Islamunterricht ist obligatorisch – nicht muslimische Kinder können sich zwar gegen eine Teilnahme entscheiden, müssen aber damit rechnen, dass sie daraufhin von Lehrern und Mitschülern ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Medien stehen unter starkem Einfluss des Staates und dessen nationalistischem Druck und greifen regelmäßig nicht muslimische Minderheiten an. So werden Christen in Zeitungen und Fernsehen immer wieder diskriminiert und zum Sündenbock gemacht – einerseits, um Christen zum Schweigen zu bringen, und andererseits, um tolerantere Türken einzuschüchtern.

Leben im Staat

Für Christen ist der Zugang zu Anstellungen im öffentlichen Sektor stark eingeschränkt und ihre sozialen und wirtschaftlichen Chancen sind erheblich gemindert. Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches besagt Folgendes: »Wer die türkische Nation, die Republik oder die Große Nationalversammlung der Türkei öffentlich verunglimpft, wird mit Gefängnis bestraft«, was bedeutet, dass Christen äußerste Vorsicht walten lassen müssen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äußern.

Kirchliches Leben

Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als »Verein« eintragen lassen können, ist dies gleichwohl ein komplizierter Prozess, und Anträge wurden mitunter abgelehnt.

Genehmigungen für den Bau, die Reparatur oder die Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist ein langwieriger und schwieriger Vorgang, der durch die christenfeindliche Haltung im Beamtenapparat noch weiter erschwert wird. Die Ausbildung von christlichen Leitern ist rechtlich unmöglich. Die Ausbildungsstätten der traditionellen Kirchen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet, sodass Schulungen nur noch inoffiziell stattfinden können.



Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Die türkische Regierung verbot ausländischen Christen weiterhin die (Wieder-)Einreise ins Land, oft unter Angabe von vagen Sicherheitsgründen. Viele der betroffenen Christen leben schon seit Jahren in der Türkei, einige sind sogar mit türkischen Staatsbürgern verheiratet. Diejenigen, die schon früher mit einem Verbot belegt wurden, kämpfen oft noch immer mit den rechtlichen und praktischen Folgen für sich, ihre Familien und die Kirchengemeinden, denen sie angehören.

- **Christliche Flüchtlinge:** Christliche Flüchtlinge in der Türkei, darunter auch Konvertiten, die vom Islam zum christlichen Glauben übergetreten sind, sahen sich häufig einem hohen Maß an Missbrauch und Diskriminierung sowohl durch die lokalen Gemeinschaften als auch durch die Behörden ausgesetzt. Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind besonders gefährdet, da sie oft keinen legalen Status haben und eine Abschiebung in ihr Heimatland sehr gefährlich wäre. Viele dieser Christen sind Iraner, aber es sind auch andere Nationalitäten vertreten, darunter Syrer, Iraker und Afghanen.
- **Kirche beschädigt:** Im Juni 2023 erlaubte die Stadtverwaltung von Izmir einem privaten Veranstalter die Veranstaltung eines Jugendfestivals in der griechisch-orthodoxen Voukolos-Kirche in Izmir, wobei die Besucher die religiösen Ikonen beschädigten. Die Stadtverwaltung von Izmir hat sich daraufhin offiziell entschuldigt.
- **Gewalt in der Familie:** Mehrere, meist junge türkische Christen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, haben gewaltsame Übergriffe durch Familienmitglieder erlitten, einschließlich psychischer und körperlicher Misshandlung und Vertreibung aus ihren Häusern.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2024	50	64
2023	41	66
2022	42	65
2021	25	69
2020	36	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Rückgang der Gesamtpunktzahl ist vor allem auf einen Rückgang der Gewaltwertung von 5,7 im Berichtszeitraum 2023 auf aktuell 3,1 Punkte zurückzuführen. Es wurden weniger Kirchengebäude ins Visier genommen als zuvor, obwohl sich die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der Kirche insgesamt nicht wesentlich geändert hat. Der Hass in der Gesellschaft ist nach wie vor ein ernstes Problem

für alle Christen, unabhängig davon, ob sie traditionellen Kirchen, protestantischen Gemeinschaften oder der Gruppe der Flüchtlinge angehören. Darüber hinaus wird die protestantische Gemeinschaft weiterhin mit Einreiseverboten belegt und mehrere ausländische Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die vorherrschende Kultur und eine mangelhaft umgesetzte Gleichberechtigung haben zu geschlechtsspezifischer Ungleichheit und einem hohen Maß an häuslicher Gewalt geführt. Christliche Konvertitinnen sind davon besonders betroffen. Dies gilt vor allem in ländlichen Gebieten, da der Glaubenswechsel den Erwartungen an Frauen, ihrer Familie Ehre zu machen, widerspricht. Christinnen sind mit Hausarrest, körperlicher und sexueller Misshandlung sowie Belästigung und Ablehnung konfrontiert. Das veranlasst einige dazu, ihre Heimat zu verlassen und Schutz zu suchen. In einer Ehre- und Schamkultur tragen viele Missbrauchsopfer ihr Trauma allein. Auch im öffentlichen Raum werden Frauen unter Druck gesetzt, etwa durch die Erwartung, islamischen Kleidungs- und Verhaltensidealen zu entsprechen.

Männer: Alle Christen sind von Diskriminierung und Feindseligkeit in den Institutionen und auf kommunaler Ebene betroffen; doch Männer stehen unter dem zusätzlichen Druck, der durch religiöse und damit verwobene kulturelle Erwartungen auf sie ausgeübt wird. So wird von ihnen erwartet, dass sie den Islam und das Türkentum verteidigen, zwei Dinge, die in der öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind. Oft hindert das Männer daran, jemals eine Kirche zu betreten. Christliche Männer und

Jungen werden unter Umständen von den Behörden festgenommen, bedroht, verhaftet und misshandelt. Sie müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, dem Verlust ihres Erbes und/oder der Ablehnung durch ihre Familie rechnen. Außerdem kann es im Wehrdienst zu Diskriminierung und Belästigung kommen. Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche ist alltäglich und hat Auswirkungen auf christliche Gemeinschaften und Familien.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Gülen-Bewegung wird seit dem Putschversuch von 2016 massiv verfolgt. Die Jesiden im Südosten der Türkei stehen vor ähnlichen Problemen wie die syrischen Christen. Aus Syrien geflüchtete Alawiten fühlen sich enorm unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen. Auch die Aleviten werden diskriminiert (sie existieren offiziell nicht als eigene Gruppe und dürfen keine Gotteshäuser betreiben), ebenso wie die Kurden im Allgemeinen.

Das US-Außenministerium schreibt in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2022 über die Türkei: »Die Regierung schränkte weiterhin die Rechte der nicht muslimischen Minderheiten ein, insbesondere derjenigen, die nach der Auslegung des Lausanner Vertrags von 1923 durch die Regierung nicht anerkannt sind, was nur auf armenisch-apostolisch-orthodoxe Christen, Juden und griechisch-orthodoxe Christen zutrifft.« und stellt fest: »Die Regierung behandelte den alevitischen Islam weiterhin als eine heterodoxe muslimische ›Sekte‹ [...]. Dementsprechend erkannte die Regierung alevitische Gebetsstätten (Cemevis) nicht an, obwohl das Oberste Berufungsgericht 2018 entschieden hatte, dass Cemevis Gebetsstätten sind. Im März 2018 erklärte der Leiter von Diyanet, Moscheen seien die geeigneten Orte für die Anbetung, sowohl für Aleviten als auch für Sunniten.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Türkei hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Türkei kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

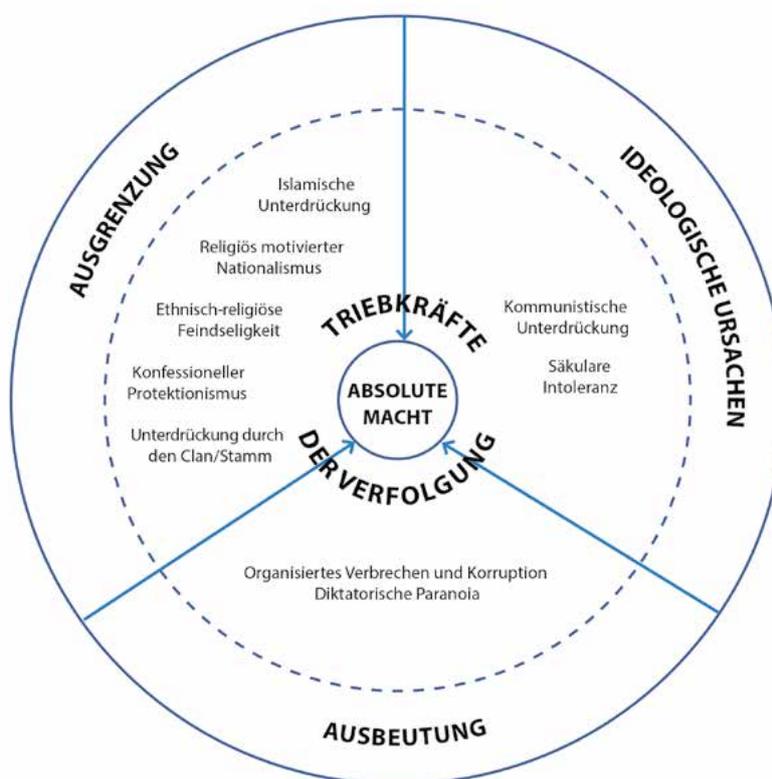
- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Kirchen werden von Mitgliedern der staatlichen Task Force angegriffen (ICCPR Art. 18)
- Christen sind bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Einschränkungen ausgesetzt und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)



5. Methodik hinter dem WVI

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die neun verschiedenen »Triebkräfte« speisen (vgl. Anhang 5).



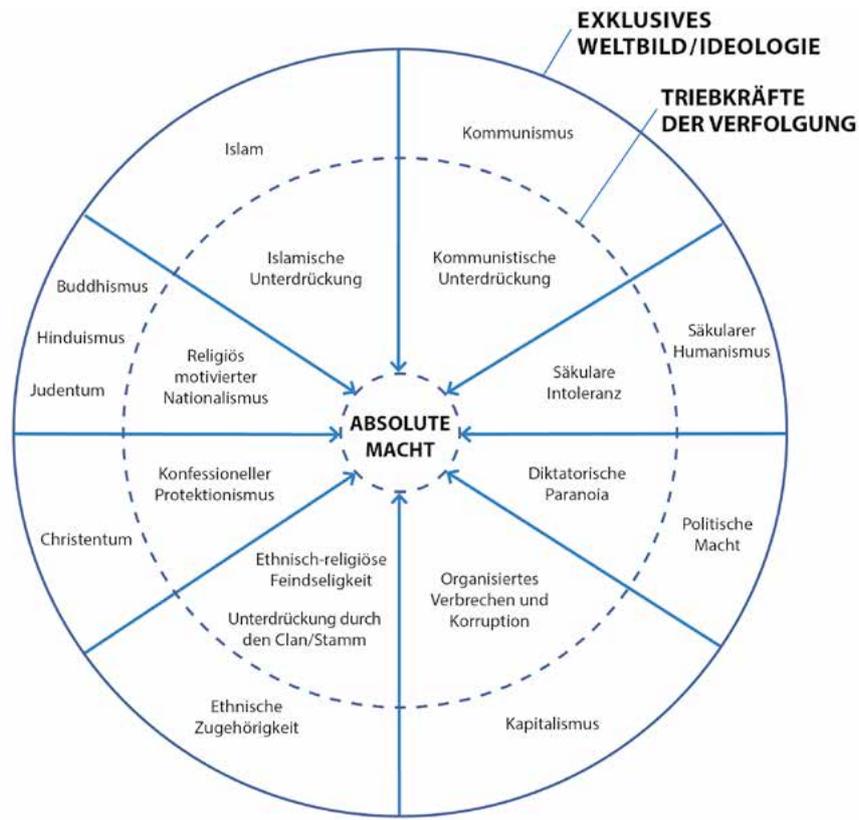
Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht

Die Open Doors Forschungsabteilung »World Watch Research« (WWR) verwendet den Begriff »Triebkräfte der Verfolgung« zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR neun verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundeliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik © Open Doors

Grafik 2: Die neun Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition.

Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als »jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.« Diese weit gefasste Definition beinhaltet (ohne darauf begrenzt zu sein) Einschränkungen, Druck, Diskriminierung, Opposition, Desinformation, Ungerechtigkeit, Einschüchterung, Misshandlung, Marginalisierung, Unterdrückung, Intoleranz, Verletzung, Verstoßung, Ächtung, Feindseligkeiten, Belästigung, Missbrauch, Gewalt, ethnische Säuberung und Völkermord.

Die von World Watch Research verwendete Definition von »Christ« und den »Kategorien von Christen« sind in Anhang 3 nachzulesen.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

World Watch Research sammelt und veröffentlicht seit 1992 detaillierte Daten über die Christenverfolgung. Die WVI-Methodik wurde während der 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Hapterscheinungsformen von Verfolgung: »squeeze« (dem konstanten Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und »smash« (gewaltsame Übergriffe). Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 4).

Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen von ortsansässigen Forschern und externen Länderexperten über die von Verfolgung betroffenen Länder ausgefüllt (bezogen auf den Berichtszeitraum, derzeit 1. Oktober – 30. September). Alle für die verschiedenen Lebensbereiche sowie den Bereich »Auftreten von Gewalt« verwendeten Fragen (Blöcke 1–6) sind in Anhang 1 zu finden. Weitere 16 Fragen (die durch einen beschreibenden Textabschnitt mit Hintergrundinformationen zu beantworten sind) bilden Block 7 des Fragebogens. Die Antworten auf die Fragen in Block 7 fließen nicht in die Punktwertung ein, sondern dienen zur Analyse der Länderdossiers.

Für jedes untersuchte Land werden Daten zur Gewalt und detaillierte Beschreibungen bereitgestellt, inwiefern Christen unter Druck gesetzt werden:

- **Lokale Netzwerke** – tragen so viele Informationen aus erster Hand zusammen wie möglich.
- **Open Doors Länderexperten** – sammeln und ordnen alle Informationen der lokalen Netzwerke, ergänzen diese durch ihre persönliche Fachkenntnis und füllen die WVI-Fragebögen für die untersuchten Länder aus.
- **Externe Experten** – stellen Informationen bereit, mit denen die ausgefüllten Fragebögen abgeglichen werden.
- **WWR-Analysten** – kombinieren die zuvor genannten Forschungsergebnisse mit den Ergebnissen ihrer persönlichen Beobachtungen und erstellen eine abschließende Version des ausgefüllten Fragebogens.

Die Fragen aus den Blöcken 1 bis 5 des WVI Fragebogens werden nicht mit einem schlichten »ja« oder »nein« beantwortet. Folgende Variablen finden an dieser Stelle Berücksichtigung:

- 1) Die Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien christlicher Gemeinschaften (max. 4 Punkte);
- 2) Der Anteil der im fraglichen Landesteil lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung des Landes (max. 4 Punkte);
- 3) Die Intensität der herrschenden Verfolgung (max. 4 Punkte);
- 4) Die Häufigkeit der Verfolgung (max. 4 Punkte).

Ein Bewertungsraster – siehe Grafik 3 – dient der Umwandlung der im Fragebogen festgehaltenen Antworten in Zahlen. Für jede einzelne Frage eines Blocks wird eine Wertung ermittelt¹; diese ergibt sich aus dem Durchschnitt der Punktzahlen, die für die vier Variablen vergeben wurden.

¹ Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 2 beigefügt. Die [ausführliche Version der WVI-Methodik](#) (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von christlichen Gemeinschaften ²	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>	3 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>	4 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0 % – 25 %	26 % – 50 %	51 % – 75 %	76 % – 100 %
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

Grafik 3: WVI Bewertungsraster

Die sich daraus ergebende Punktzahl für jede Frage fließt in die Gesamtpunktzahl für den Druck in dem jeweiligen Bereich ein. Anhand der für jeden Block berechneten Gesamtpunktzahl kann das Ausmaß des Drucks in den entsprechenden »Lebensbereichen« (z. B. Block 1 = Privatleben; Block 2 = Familienleben usw.) deutlich dargestellt werden. Verschiedene Triebkräfte der Verfolgung (s. Anhang 5), Verfolger (s. Anhang 6) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 7) können durch diese Vorgehensweise analysiert werden.

²Wenn in einem Land alle Kategorien von Christlichen Gemeinschaften (KCGs) existieren, wird für jede betroffene Kategorie ein Punkt vergeben. Allerdings existieren häufig nicht alle KCGs in einem Land oder nicht alle von ihnen sind der im fraglichen Block relevanten Art von Verfolgung ausgesetzt. In diesem Fall erfolgt die Wertung der vorliegenden Variable wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften (KCG)				
Punkte	4 KCGs im Land vorhanden	3 KCGs im Land vorhanden	2 KCGs im Land vorhanden	1 KCG im Land vorhanden
1	1 von 4 betroffen	-	-	-
2	2 von 4 betroffen	1 von 3 betroffen	1 von 2 betroffen	-
3	3 von 4 betroffen	2 von 3 betroffen	-	-
4	4 von 4 betroffen	3 von 3 betroffen	2 von 2 betroffen	1 von 1 betroffen

Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1–6 (bewertet) sowie Block 7 (ohne Wertung)

Block 1: Privatleben

- | | |
|-------------|---|
| 1.1 | Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt? |
| 1.2 | War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z.B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)? |
| 1.3 | War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren? |
| 1.4 | War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch Bekundungen auf Blogs oder Facebook etc.)? |
| 1.5 | War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen? |
| 1.6 | War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen? |
| 1.7 | War es für Christen riskant, mit ihren <i>engsten</i> Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden? |
| 1.8 | War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)? |
| 1.9 | War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen? |
| 1.10 | Wurden Christen von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest)? |

Block 2: Familienleben

- | | |
|------------|--|
| 2.1 | Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden? |
| 2.2 | Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht? |
| 2.3 | Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern? |
| 2.4 | Wurden christliche Taufen behindert? |
| 2.5 | Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt? |
| 2.6 | Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen? |
| 2.7 | Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen? |
| 2.8 | Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an antichristlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen? |

2.9	Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?
2.10	Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?
2.11	Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?
2.12	Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?
2.13	Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Block 3: Gesellschaftliches Leben

3.1	Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z.B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?
3.2	Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?
3.3	Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?
3.4	Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z.B. sauberes Trinkwasser)?
3.5	Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?
3.6	Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, Foren usw. teilzunehmen?
3.7	Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?
3.8	Hatten Christen aufgrund ihres Glaubens schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung?
3.9	Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?
3.10	Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?
3.11	Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z.B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?
3.12	Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z.B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?
3.13	Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Block 4: Leben im Staat

- | | |
|-------------|---|
| 4.1 | Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein? Bitte beachten Sie, dass es durchaus Widersprüche in den Gesetzen geben kann. |
| 4.2 | Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen? |
| 4.3 | Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z.B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen? |
| 4.4 | Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert? |
| 4.5 | Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden? |
| 4.6 | Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert? |
| 4.7 | Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z.B. Personalpolitik, Kundenauswahl)? |
| 4.8 | Wurden die Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern? |
| 4.9 | Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden? |
| 4.10 | War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen? |
| 4.11 | Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden? |
| 4.12 | Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen? |
| 4.13 | Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen? |
| 4.14 | Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen? |
| 4.15 | Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt? |
| 4.16 | Wurde internationalen Prozessbeobachtern der Zugang zu Verhandlungen gegen Christen erschwert oder verweigert? |

Block 5: Kirchliches Leben

5.1	Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?
5.2	War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?
5.3	Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäusern behindert, die ihnen früher genommen wurden?
5.4	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?
5.5	Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?
5.6	Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?
5.7	Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?
5.8	Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?
5.9	Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?
5.10	Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?
5.11	Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?
5.12	Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Materialien zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?
5.13	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?
5.14	Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?
5.15	Wurden Bibeln und andere religiöse Materialien im Besitz der Kirchen beschlagnahmt oder ihr Besitz bestraft?
5.16	Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?
5.17	Sind Kirchen, christliche Organisationen oder Institutionen daran gehindert worden, ihre Überzeugungen über Ehe- und Familienordnung zum Ausdruck zu bringen oder in die Tat umzusetzen?
5.18	Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?
5.19	Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?
5.20	War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Block 6: Auftreten von Gewalt

Gewalt ist definiert als der Entzug der physischen Freiheit oder als körperliche Verletzung von Christen oder Beschädigung ihres Eigentums. Dazu gehören auch schwere Bedrohungen (psychischer Missbrauch).

6.1	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen getötet (staatliche Exekutionen eingerechnet)?
6.2	Wie viele Kirchen oder öffentliche christliche Liegenschaften (Schulen, Krankenhäuser, Friedhöfe usw.) wurden angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt, geschlossen oder aus religiösen Gründen beschlagnahmt?
6.3	Wie viele Christen wurden aus Glaubensgründen ohne Prozess inhaftiert?
6.4	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen zu Aufhalten im Gefängnis, Arbeitslager, in einer psychiatrischen Einrichtung oder ähnlichem verurteilt worden?
6.5	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen entführt worden?
6.6	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen vergewaltigt oder anderweitig sexuell belästigt worden?
6.7	In wie vielen Fällen sind Christen zur Eheschließung mit Nichtchristen gezwungen worden?
6.8	Wie viele Christen sind in anderer Form aus religiösen Gründen körperlich oder geistig misshandelt worden (einschließlich Schläge und Morddrohungen)?
6.9	Wie viele Häuser oder anderes Eigentum von Christen (ausgenommen Geschäfte) wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt oder beschlagnahmt?
6.10	Wie viele Läden oder Geschäfte von Christen wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, niedergebrannt, geschlossen oder beschlagnahmt?
6.11	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen gezwungen worden, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen oder sich im Land zu verstecken?
6.12	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen gezwungen, ihr Land zu verlassen?

Block 7: Zusätzliche Fragen (ohne Wertung)

- 7.1** Veränderungen betreffend, die Sie in diesem Land beobachten: In welche Richtung haben in den letzten 12 Monaten Veränderungen in Bezug auf dem Umgang mit Christen und/oder den Kirchen stattgefunden?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapide Verschlechterung Verschlechterung Keine Veränderung Verschlechterung in einigen Regionen, aber Verbesserung in anderen Verbesserung Rapide Verbesserung
- 7.2** Das Wachstum der Kirche betreffend: Wie würden Sie das Wachstum der Kirche in diesem Land in den letzten 12 Monaten beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapides Wachstum Langsames Wachstum Keine wesentliche Veränderung Wachstum in einigen Regionen, aber Schwund in anderen Langsamer Schwund Rapider Schwund
- 7.3** Die Anzahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen betreffend: Wie würden Sie die zahlenmäßige Entwicklung der im Land getöteten Christen in den letzten 12 Monaten zusammenfassen?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Mehr getötet Weniger getötet Keine wesentliche Veränderung
- 7.4** Die Anzahl der wegen ihres Glaubens inhaftierten Christen betreffend: Wie würden Sie die zahlenmäßige Entwicklung der im Land inhaftierten Christen in den letzten 12 Monaten zusammenfassen?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapides Wachstum Langsames Wachstum Keine wesentliche Veränderung Wachstum in einigen Regionen, aber Schwund in anderen langsamer Schwund Rapider Schwund
- 7.5** Das Maß der unter Christen herrschenden Angst betreffend: Wie würden Sie das Ausmaß der Angst unter Christen in diesem Land beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Sehr hoch hoch gemäßigt niedrig sehr niedrig
- 7.6** Die Entwicklung des Ausmaßes von Angst unter Christen betreffend: Wie würden Sie die Entwicklung hinsichtlich des Ausmaßes von Angst unter Christen in diesem Land beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapide Zunahme Langsame Zunahme Keine wesentliche Veränderung Zunahme in einigen Regionen, aber Abnahme in anderen Langsame Abnahme Rapide Abnahme
- 7.7** Welchen Formen der Verfolgung sind Männer und Jungen besonders stark ausgesetzt?
- 7.8** Welchen Formen der Verfolgung sind Frauen und Mädchen besonders stark ausgesetzt?
- 7.9** Gibt es in Ihrem Umfeld Gesetze oder akzeptierte Praktiken, die christliche Frauen und Mädchen anfälliger für Verfolgung machen?

7.10	Betrifft die Verfolgung von Männern und Jungen in irgendeiner Hinsicht besonders christliche Familien und Gemeinschaften?
7.11	Betrifft die Verfolgung von Frauen und Mädchen in irgendeiner Hinsicht besonders christliche Familien und Gemeinschaften?
7.12	Gibt es in diesem Land irgendwelche »Frühwarnzeichen«, die darauf hindeuten, dass die Kirchen oder einzelne Christen in Zukunft stärker verfolgt werden könnten als gegenwärtig?
7.13	Gibt es im Hinblick auf die Verfolgung von Christen Aspekte, die spezifisch für dieses Land sind und die nicht durch eine der Fragen in diesem Fragebogen abgedeckt werden?
7.14	Liegen Ihnen detaillierte Informationen über nichtchristliche religiöse Minderheiten im Land vor, die ausgegrenzt oder verfolgt wurden? Welche anderen Gruppen in dem Land wurden in gleichem Maße oder sogar noch stärker verfolgt als Christen?
7.15	<p>Welches waren die wichtigsten allgemeinen Veränderungen im Land?</p> <p>Ihre Antwort könnte sich an den folgenden Fragen orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was waren die wichtigsten politischen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten wirtschaftlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten technologischen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten religiösen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten gesetzlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst?
7.16	Weitere Anmerkungen

Bitte beachten: In Block 6 des Fragebogens kommt ein anderes Wertungssystem zur Anwendung: Die ersten beiden Fragen, bei denen es um Morde an Christen sowie Angriffe auf Kirchen und andere christliche Gebäude geht, werden jeweils mit maximal 30 Punkten gewertet. Für die übrigen zehn Fragen können insgesamt nicht mehr als 30 Punkte vergeben werden.

Aus den so ermittelten Wertungen ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land. Aus allen Ländern mit 41 oder mehr Punkten (d. h. Länder mit hoher, sehr hoher oder extremer Verfolgung) wird die Rangfolge der Länder für den jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex gebildet, siehe Grafik 4. Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)³ für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.



Entwickelt von World Watch Research

Grafik 4: Verfolgungskategorien mit den zugehörigen Bewertungsintervallen

³International Institute for Religious Freedom (<http://www.iirf.eu>).

Diese Bewertungsmethode ermöglicht einen Vergleich zwischen einzelnen Ländern, obwohl die Verfolgungssituation dort sehr verschieden ist. Entscheidend dafür ist, dass der methodische Ausgangspunkt sich darauf konzentriert, was Christen in ihrem täglichen Leben erleben (Blöcke 1–4) und mit welchen Schwierigkeiten die Kirche täglich konfrontiert ist (Block 5). Gewaltsame Übergriffe (alle in Block 6 erfasst) können in jedem der Lebensbereiche (Blöcke 1–5) auftreten.

So kann z. B. ein Land, in dem die Haupttriebkraft der Verfolgung die islamische Unterdrückung ist, mit einem Land verglichen werden, in dem organisierte Korruption und Kriminalität vorherrschen. Das nachstehende Diagramm 5 zeigt die Block- und Gesamtwerte für die fünf Länder mit den höchsten Werten im WWL-Berichtszeitraum 2023.

Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaft-liches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE WVI 2023	SUMME PUNKTE bis zu 3 Dezimalstellen
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	14,4	98	97,779
2	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,6	8,7	92	91,620
3	Jemen	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	5,9	89	89,261
4	Eritrea	14,6	14,9	15,5	15,9	15,7	12,2	89	88,788
5	Libyen	15,6	15,5	15,9	16,1	16,3	9,1	88	88,463

Grafik 5: Der Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2023 zeigt Wertungen für einzelne Bereiche sowie die Gesamtwertung

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vergleich einzelner Länder anhand ihrer WVI-Platzierung ist jedoch nur innerhalb desselben Erfassungszeitraumes möglich; will man die Situation von Ländern aus unterschiedlichen Zeiträumen vergleichen, so kann dies nur anhand der Punktwertung geschehen. Sowohl die WVI-Platzierungen als auch die Gesamtpunktzahl sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen⁴ zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

Weiterführende Informationen

Die hier beschriebene Methodik ist eine Kurzfassung der jährlich aktualisierten [ausführlichen Version der WVI-Methodik](#) (englisch) zu entnehmen. Weitere nützliche Hintergrunddokumente sind:

- Was ist der Weltverfolgungsindex? – Video ([Link](#))
- Häufig gestellte Fragen zum Weltverfolgungsindex ([Link](#))

⁴Die Länderprofile sind unter <https://www.opendooors.de/laenderprofile> abrufbar.

Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Mitarbeitern, Kontaktpersonen und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (16 weitere Fragen in Block 7 helfen dabei, Hintergrundinformationen zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1–5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

1.3 War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

Ja Nein N/A Nicht bekannt

»Nein« = 0 Punkte.

»Ja« = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen⁵. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0 % – 25 %	26 % – 50 %	51 % – 75 %	76 % – 100 %
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort »Ja« ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:

»3 von 4 Kategorien betroffen« = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100 %:

»76–100 % der christlichen Bevölkerung« = 4 Punkte.

⁵Ein fünfter Faktor, der geschlechtsspezifische Informationen liefert, wird ebenfalls für jede der 84 Fragen in den Blöcken 1–6 beantwortet. Dies beeinflusst jedoch nicht die Punktzahl. Für jede Frage muss der Forscher angeben, ob es sich um eine bestimmte Situation handelt: Nur Männer / meistens Männer / beide gleich / meistens Frauen / nur Frauen / unbekannt / n. a.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt – gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte – mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte – hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte – sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WWI sind schwerwiegend:
 »hohe Intensität« = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt – sporadisch	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte – regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich »sporadisch«.
3 Punkte – häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte – permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WWI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen.
 »häufig« = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist $= \frac{13}{4} = 3,250$. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	121	30,250	12,604

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = 30,250 Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30,250}{40,000} \times \frac{100}{6} = 12,604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1–5 (Bereich »squeeze«)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den »squeeze«-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WWI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1–5	55,736

Das Maß der Verfolgung in unserem WWI-Musterland im Bereich »squeeze« (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = 55,736 Punkte

Als nächstes muss der Bereich »smash« (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. November bis 31. Oktober) vorgefallen sind. Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1–5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2–9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Gesamtzahlen	36	10	1,852

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von **10** Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \times \frac{100}{6} = 1,852.$$

7. Summierung der Blöcke 1–5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamtwertung	55,736

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von **58** Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen.

Platz WVI	Land	Privatleben	Familienleben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Gesamtpunktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	Summe Punkte WVI
?	Musterland	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	57,6	58

Anhang 3: Definition von »Christ« und Kategorien von Christen

Der WWI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen wegen ihres Glaubens erleben. Die WWI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als

»jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört«.

Auf Basis dieser Definition ordnet die WWI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

1. Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten

In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.

2. Traditionelle Kirchen

Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.

3. Gemeinschaften christlicher Konvertiten

Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt, um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen »Haus-« oder »Untergrundkirchen« zusammen.⁶

4. Mitglieder von protestantischen Freikirchen

Das sind z.B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden) und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von »Christ«), fallen sie unter diese Kategorie.

⁶ Als »interkonnessionelle Konvertiten« werden Christen bezeichnet, die eine Konfession verlassen, um sich einer anderen anzuschließen. Sie werden in der Regel jedoch nicht zur den Christen dieser Kategorie gezählt.

Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen

Das »Konzept der fünf Lebensbereiche« wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich »Auftreten von Gewalt« beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

1. Privatleben	<p>Das Privatleben wird definiert als das Innenleben eines Christen, das forum internum, die Freiheit der Gedanken und des Gewissens.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit, seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.</p>
2. Familienleben	<p>Das Familienleben wird definiert als die Kernfamilie und die erweiterte Familie eines Christen.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.</p>
3. Gesellschaftliches Leben	<p>Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungs Vorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).</p>

4. Leben im Staat

Das Leben im Staat wird definiert als die Interaktion zwischen Christen und dem Staat, in dem sie leben. Dazu gehören Rechte und Gesetze, das Justizsystem, die nationale öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben.

Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?«

Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieansuldigungen, Straflosgkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.

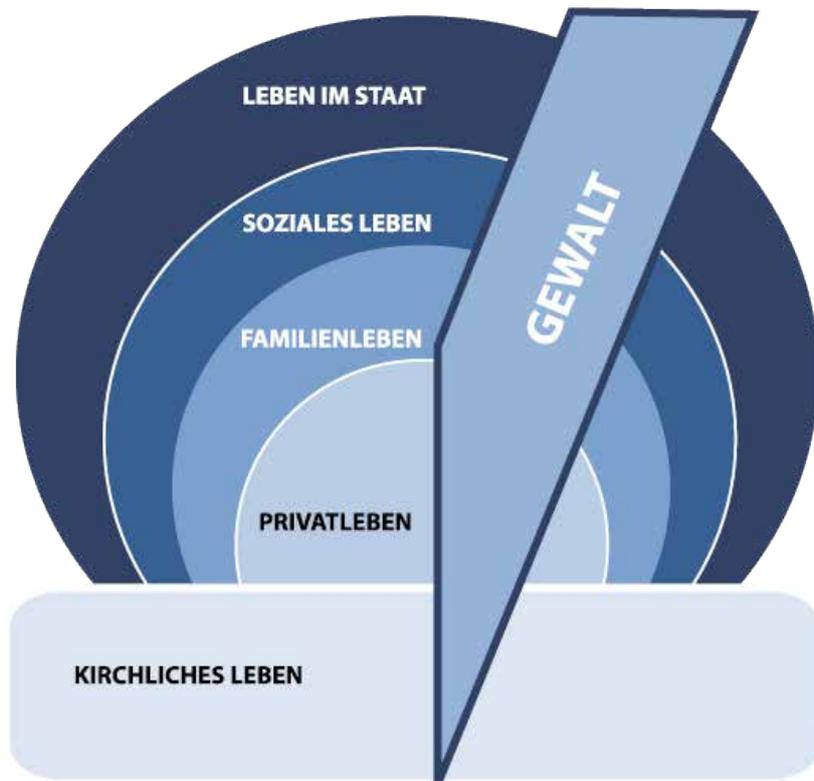
5. Kirchliches Leben

Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird.

Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?«

Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung nicht registrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder psychischer Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.



*Verwendung der Grafik mit Genehmigung
von Christof Sauer, IIRF*

*Grafik 6: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche
(© Christof Sauer, IIRF)*

Anhang 5: Erläuterungen zu den neun Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik neun verschiedene Triebkräfte identifiziert – siehe die nachfolgenden Erläuterungen. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss jede Triebkraft auf die Gesellschaft des analysierten Landes hat.

Beschreibung der einzelnen Triebkräfte:

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie Al Kaida, dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder Al Shabaab.

Diese »islamische Bewegung« tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z.B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nichtislamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft sind gewaltsame Angriffe durch Mobs von Hindu-Extremisten in Indien. Vor dem Hintergrund stetig zunehmender Einschränkung der Religionsfreiheit (z.B. durch Anti-Bekehrungs-Gesetze), verüben Mobs regelmäßig Angriffe auf Christen, die ihren Glauben in der Öffentlichkeit bezeugen.

Die Aktivitäten derartiger »national-religiöser Bewegungen« sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der innerhalb eines Clans bzw. Stammes oder der erweiterten Familie von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf inter-ethnische Konflikte.) Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, wo Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an nichtchristlichen traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger »ethnischer Bewegungen« ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Gruppen.

4. Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der eine ethnische Gruppe einer anderen ethnischen Gruppe aufgrund unterschiedlicher religiöser Überzeugungen feindselig begegnet. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf Anfeindungen innerhalb eines Clans oder Stammes, die aus einem Glaubenswechsel herrühren.) Sie führt nicht ausschließlich, aber in den meisten Fällen zu gewaltsamen Übergriffen und vielfältigen Aggressionen.

- Ein Beispiel für derartige gewaltsame Übergriffe ist das Vorgehen von Viehhirten des Fulani-Stammes in unterschiedlichen geopolitischen Bereichen Nord- und Zentralnigerias. Sie greifen die zumeist christlichen Siedlungen in der Region an, vergewaltigen Frauen, töten und verstümmeln die Bewohner oder zwingen sie zur Flucht aus ihren Dörfern; darüber hinaus zerstören sie Häuser, Felder und Vorräte, um den Bewohnern eine Rückkehr unmöglich zu machen.

Das Auftreten derartiger »ethnischer Bewegungen« ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Volksgruppen.

5. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wenngleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Die eritreisch-orthodoxe Tewahedo-Kirche (EOC) ist die älteste und größte christliche Gemeinschaft in Eritrea, und ihre Führer stehen neuen Formen des christlichen Glaubens im Land ablehnend gegenüber; dies betrifft vor allem pfingstkirchliche Gruppen. Die Führer der EOC sind dafür bekannt, dass sie aktiv Bemühungen unterstützen, das Wachstum anderer christlicher Kirchen zu beschränken.
- In Ländern wie Ägypten, Eritrea und Äthiopien müssen Christen, die eine Kategorie von christlichen Gemeinschaften verlassen, um sich einer anderen anzuschließen (z. B. wenn sie eine orthodoxe Kirche verlassen, um sich einer Pfingstgruppe anzuschließen), mit Anfeindungen von Familienmitgliedern rechnen, die bis zu Gewalt und/oder vorübergehendem Hausarrest reichen können.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser »kirchlichen Bewegung« beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

6. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und den Christen kaum Handlungsräume gewährt.

- Ein Beispiel dafür ist China. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die kommunistische Ideologie unter der Führung von Präsident Xi Jinping immer orthodoxer wird. Das Ziel der Kommunistischen Partei, die Macht zu halten und die soziale Harmonie zu wahren, beinhaltet die Kontrolle aller Religionen durch strenge Vorschriften und eine Politik der »Sinisierung«. Dazu gehört auch eine verstärkte Kontrolle der wachsenden christlichen Minderheit.
- In Nordkorea kommt es in seinem System von Gefangenenlagern häufig zu gezielter Gewalt gegen Christen.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

7. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem »hate speech« (dt.: Hassrede), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualekundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTI+-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafanordnungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese »säkularistische Bewegung« tritt weltweit in Erscheinung.

8. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird kein spezifisches ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem

Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Beispiel: Die Regierung von Eritrea weitet die Kontrolle der dortigen Kirchen immer stärker aus. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen aus diesen Gruppen in Schiffscontainern). Mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Eritreisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch einschränkende Maßnahmen gegen die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt nur in einzelnen Ländern in Erscheinung, hat dort jedoch in der Regel Auswirkung auf alle Bereiche des Landes.

9. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenspiel aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (die in Drogen- oder Menschenhandel etc. involviert sind) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

Anhang 6: Auflistung der Verfolger

Der Begriff »Verfolger« wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung von Open Doors, World Watch Research, benennt 12 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen – siehe die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Verfolgern. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss die beteiligten Verfolger in dem analysierten Land ausüben, jeweils in Bezug zu den verschiedenen Triebkräften der Verfolgung.

1. Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Lehrer, Polizisten, lokale Beamte, Präsidenten (z.B. Kim Jong Un/Nordkorea)

2. Anführer ethnischer Gruppierungen

Beispielsweise Stammesführer

3. Nichtchristliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Imame, Rabbis, buddhistische Mönche in Leitungsfunktionen

4. Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Patriarchen, Bischöfe, Priester, Pastoren

5. Gewaltbereite religiöse Gruppierungen

Beispielsweise Boko Haram (Nigeria), Hamas (Palästinensergebiete), Bodu Bala Sena (BBS) und Sinhala Ravaya (SR) (beide in Sri Lanka)

6. Ideologische Lobbygruppen

Beispielsweise einige LGBTI+-Gruppierungen, säkulare oder humanistische Lobbygruppen

7. Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs

Beispielsweise Studenten, Nachbarn, Ladenbesitzer, Mobs

8. Mitglieder der erweiterten Familie

Enge oder auch entfernte Verwandte

9. Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise die Bharatiya Janata Partei (BJP) in Indien oder die AKP in der Türkei

10. Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen

Beispielsweise die FARC in Kolumbien

11. Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens

In Lateinamerika existieren beispielsweise mehrere solcher Kartelle, ebenso in Italien oder anderen Teilen der Welt

12. Multilaterale Organisationen

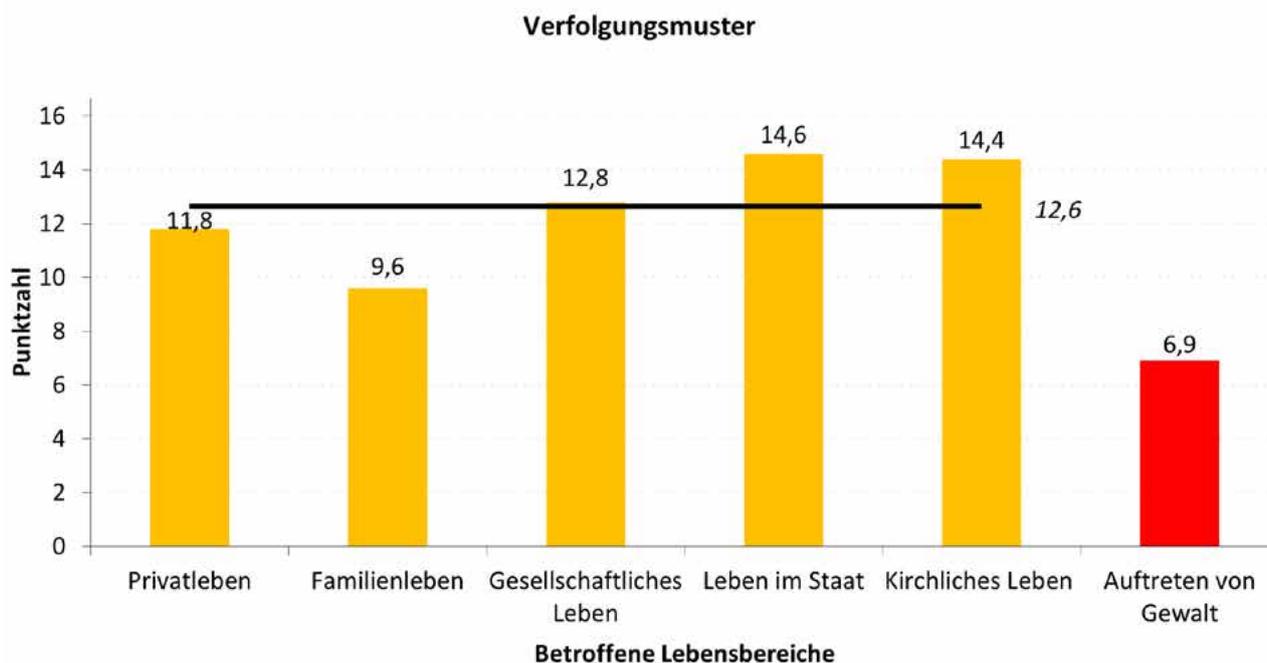
Beispielsweise der UN angegliederte Organisationen, die eine Ausbreitung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Sexualerziehung vorantreiben, die biblischen Werten widerspricht; ebenso die OIC mit ihrer Agenda einer Islamisierung des afrikanischen Kontinents.

Anhang 7: Erläuterungen zum »Verfolgungsmuster«

Die detaillierten Länderwertungen, resultierend aus den sechs Frageblöcken des WVI-Fragebogens, ergeben ein so genanntes »Verfolgungsmuster«. Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Der Durchschnittswertung aus den Blöcken 1–5
- Die Abweichung von der Durchschnittswertung in jedem Lebensbereich
- Das Ausmaß physischer Gewalt, dem Christen in dem Land ausgesetzt sind

Das nachfolgende Beispiel zeigt das Verfolgungsmuster von Vietnam (WVI 2023)



Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der durchschnittliche Druck auf Christen in Vietnam ist mit 12,6 Punkten weiterhin sehr hoch.
- Der Druck ist am höchsten in den Bereichen des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens (extrem hoher Druck), gefolgt von den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und Privatlebens (sehr hoher Druck). Vom Druck im privaten und familiären Bereich sind Konvertiten besonders stark betroffen; im staatlichen und kirchlichen Bereich stehen dagegen alle Christen unter hohem Druck. Dieser Druck verstärkt sich durch die zunehmende kommunistische Rhetorik, die fortgesetzte Enteignung von Land der katholischen Kirche, das 2018 in Kraft getretene Religionsgesetz mit seinen übergroßen Anforderungen, deren rigorose Durchsetzung sowie das anhaltende Misstrauen gegenüber allen Christen (insbesondere Konvertiten) und gegenüber allen ethnischen und religiösen Minderheiten.
- Der Wert für Gewalt ist erneut gesunken. Von 8,7 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2022 sank der Wert 2023 auf 6,9 Punkte. Gleichzeitig wurde auch vergangenes Jahr ein Mord gemeldet und es wurden mehrere Kirchen angegriffen. Auch setzte die Regierung ihre Politik der Inhaftierung von Christen fort, insbesondere im Zusammenhang mit Razzien gegen »illegale religiöse Aktivitäten«. Es war sehr schwierig, Informationen aus allen Teilen des Landes zu erhalten, insbesondere aus den Regionen, in denen ethnische Minderheiten leben.

Ein besonderer Nutzen des Verfolgungsmusters besteht nach Auffassung von World Watch Research in der Möglichkeit, es zur Prüfung der ausgefüllten Fragebögen auf ihre Konsistenz heranzuziehen. Darüber hinaus liefert es wichtige Anhaltspunkte, um künftige Weiterentwicklungen herrschender Verfolgungssituation in einzelnen Ländern einzuschätzen. Drittens kann es als Indikator helfen, neue Aufbrüche von Verfolgung in Ländern außerhalb des Weltverfolgungsindex vorherzusehen.

6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht das Werk den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste der 50 Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt und diskriminiert werden. Dort sind derzeit rund 317 Millionen Christen einem sehr hohen bis extremen Maß an Verfolgung ausgesetzt. »Open Doors existiert nur aus einem Grund: weil es verfolgte Christen gibt«, so der Gründer des Hilfswerks, der Holländer Anne van der Bijl, auch bekannt als »Bruder Andrew«.

Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe, Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf.

Die Arbeit von Open Doors Deutschland e. V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Hilfe in mehr als 70 Ländern – Gewalt und Hass entgegenwirken

Die Stärkung der »Kirche im Untergrund« kennzeichnet die Tätigkeit von Open Doors bis heute. Unterstützt wird das Hilfswerk dabei von Christen und Kirchen aus aller Welt. So wurden 2022 etwa 3,3 Millionen Christen geschult (teilweise auch online oder per Radio) – darunter viele Leiter – und beispielsweise darin unterstützt, in gewaltbeladenen Situationen deeskalierend zu agieren. Aufgrund des hohen Gewaltaufkommens wurde in jüngerer Zeit die Ausbildung von Trauma-Beratern verstärkt. Gleichzeitig bietet Open Doors Hilfe für traumatisierte vergewaltigte Frauen und Mädchen sowie für Hinterbliebene von ermordeten Christen an. Nach dem [Tätigkeitsbericht](#) wurden 2022 mehr als 1,7 Million Bibeln und christliche Materialien verteilt, etwa 597.000 Personen profitierten von praktischen Hilfsprojekten, darunter Hilfe zur Selbsthilfe und Nothilfe. Alle Bemühungen zielen darauf ab, die Kirche inmitten von Verfolgung zu stärken. »Unser weltweiter Dienst für verfolgte Christen kann nur gelingen, wenn alle Christen sich als Ganzes verstehen und füreinander einstehen«, sagt Markus Rode, der Leiter von Open Doors Deutschland.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · **I** www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de